







Bismarck-Jahrbuch.



Bismarck-Jahrbuch.

Herausgegeben

von

Horst Kohl.



Vierter Band.

Leipzig.

G. J. Göschen'sche Verlagshandlung.

1897.

Von diesem Werke sind zehn nummerirte Exemplare auf Büttenpapier gedruckt und in Pergament gebunden worden, welche zum Preise von je M. 36.—. direkt von der Verlagshandlung zu beziehen sind.

Vorwort.

Indem ich der großen Gemeinde der Bismarckfreunde des Bismarck-Jahrbuchs vierten Band darbiete, thue ich es mit dem Ausdrucke des Dankes für alle diejenigen, die das Werk durch ihre Beiträge oder durch Subscription bisher unterstützt haben, und mit der Bitte an die leider noch sehr große Zahl der Lauen, dem für die Bismarckforschung so bedeutsamen Unternehmen eine mehr als platonische Zuneigung zuzuwenden. Es wäre höchlichst zu bedauern, wenn das Bismarck-Jahrbuch wegen des Mangels an Abonnenten eingehen müßte. Bisher hat es sich dank der rühmlichen Opferfreudigkeit des ersten wie des gegenwärtigen Verlegers behauptet, auf die Dauer jedoch wird kein Verleger im Stande sein, die großen Kosten des Unternehmens ohne jede Aussicht auf Gewinn zu tragen. Um auch dem weniger Bemittelten die Anschaffung zu ermöglichen, ist der Preis des Bandes ermäßigt worden; in entsprechendem Maße mußte der Umfang des Bandes vermindert werden.

Eine Veränderung weist die „Chronik" auf; sie ist in diesem Bande nur geführt für die Zeit vom 17. September bis 31. December 1896. Das ist geschehen, weil aus praktischen Rücksichten in den weiteren Bänden die Chronik das Kalenderjahr vom 1. Januar bis 31. December umfassen soll. Der Termin für das Erscheinen des fertigen Bandes ist auf den März verlegt worden; demgemäß soll der nächste — fünfte — Band des Jahrbuchs mit der Chronik des ganzen Jahres 1897

schon im März 1898 erscheinen. Die ersten beiden Lieferungen des neuen Bandes werden noch vor Weihnachten ausgegeben werden können. Von einer Sammlung bemerkenswerther Artikel der „Hamburger Nachrichten“, wie sie als Anhang bisher der Chronik beigegeben worden ist, habe ich abgesehen und nur diejenigen Artikel in die Chronik unmittelbar aufgenommen, die aus irgend einem Grunde historisches Interesse besitzen. Ausdrücklich will ich hierbei wiederholen, was ich schon früher erklärt habe, daß es Artikel der „Hamburger Nachrichten“, die der Fürst selbst verfaßt hat, nicht giebt. Als „authentisch“ im eigentlichen Wortsinne ist demnach kein einziger anzusehen, und das große Werk von Johannes Penzler ist in Wirklichkeit nichts weiter als eine Sammlung von Zeitungsartikeln, von denen einige auf gelegentlichen Informationen beruhen. Es ist nothwendig, dies festzustellen, damit das Conto des Fürsten Bismarck nicht mit Zeitungsartikeln belastet werde, für die er jede Verantwortlichkeit ablehnen muß.

Chemnitz, 15. September 1897.

Horst Kohl.

Inhalt.

b. Chronik 1896 (Schluß).

Berichtigungen.

S. 233 Z. 3 v. o. lies: Euer Erlaucht statt Ew. Excellenz.
S. 236 Z. 6 v. o. lies: 38 statt 32.
S. 285 Z. 19 v. o. lies: Trauerode statt Traurede.
S. 321 Z. 16 v. u.: Das Schreiben Bismarcks an Senator
Sauer ist vom 3. October datirt.

I.

Urkunden und Briefe.



1.

Siebzehn Briefe Kaiser Wilhelms I. an Fürst Bismarck.[1])

1869. 1870. 1873. 1877. 1879. 1881. 1882. 1883.

I.

Das andere Papier habe ich noch behalten. In beifolgendem verstehe ich geradezu den Vorgang nicht, da die genannten Ausgaben doch größtentheils vorhergesehen waren, ich daher die nun doch eintretende Verlegenheit aus Fonds-Mangel nicht zu combiniren vermag. 7. 5. 1869.

W., 7./5. 69.

II.

B(abels)b(er)g, 29. 6. 69.

Wenn Fürst Gortschakoff mich zu sprechen wünscht, so würde ich ihn morgen den 30. um 2 Uhr in Berlin empfangen und falls Sie mich vorher informiren wollten über Ihre Conversation mit ihm, würde ich Sie von 1 Uhr an erwarten. 29. 6. 1869.

Wilhelm.

III.

Berlin, 27./10. 69.

Sie wissen bereits, daß die Finanz Minister Crisis erledigt ist und zwar in Ihrem Sinne. Die Argumente, welche Sie in diesem Moment für die Wahl Camphausens anführten, sind ganz dieselben, welche ich bei seiner Wahl im Auge hatte — wir mußten in einem so critischen Moment eine finanzielle 27. 10. 1869.

---

[1]) Die Schreibung der Originale ist beibehalten worden.

27. 10. 1869. Capacität berufen, die zugleich Vertrauen erweckt. Nachdem Graf Eulenburg und ich selbst Alles vergeblich angewendet hatte, um v. d. Heydt von seiner Fahnenflüchtigkeit vor der Action zurückzuhalten, habe ich mich rasch für Camphausen endschieden und v. d. Heydt die auch von Ihnen gewünschte Anschwärzung verliehen und ihm noch eigenhändig geschrieben, um ihm nochmals meinen Dank und meine Anerkennung für seinen Muth und für seine Erfolgreichen Leistungen namentlich im Jahr 1866 auszusprechen. — Er glaubt noch immer, daß nur seine Person der Hemmschuh sei, der jeden Steuerzuschlag Seitens der Kammer zurückhält und glaubt, daß mit seinem Zurücktritt die Kammer traitabel sein wird, und das kann man nur achten. Dagegen glaubt das Ministerium, Forkenbeck und die öffentliche Meinung, daß die Kammer keinem Minister einen Steuerzuschlag bewilligen wird, weil das so viel hieße, als die Wiederwahl der dafür Votirenden unmöglich zu machen. Auch Camphausen theilt diese letztere Ansicht und daher sinnt er auf andere Mittel, das Déficit zu decken, namentlich eine Zeitweise Verminderung der Schuldentilgungssumme, da er mit Bestimmtheit annimmt, daß dies dem Staats-Credit nicht nachtheilig sein wird. Er hat diesen Vorschlag im Sommer an v. d. Heydt gemacht, keine Antwort erhalten und v. d. Heydt hat mir diesen Ausweg nicht genannt, als ich Ihn beschwor, andere Mittel zu ersinnen als den Steuer-Zuschlag.

Die politischen Antécédenzien Camphausens schlagen Sie nicht so hoch an, wie ich und seine nunmehrigen Collegen. Ich ließ ihm daher sagen, daß sein Eintritt unmöglich sei, wenn er politische Bedingungen an die Richtung des Gouvernements stelle; namentlich könne, um Geldbewilligungen zu erlangen, von keinen Concessionen an die libérale Parthei die Rede sein. Er hat Beides versprochen, wenngleich er gesagt hat, daß er, wenn der Moment nicht so critisch sei, wo Patriotismus den Ausschlag gebe, wohl nicht leicht in dies Ministerium eingetreten wäre. Dies ist bezeichnend genug, um Vorsicht vorwalten zu lassen.

Ihren Vorschlag herzukommen, habe ich Ihnen durch Eulenburg entschieden abrathen müssen, denn die Unterbrechung

einer Carlsbader Kur, ist das Schlimmste, was man thun kann! Außerdem ist alles glatt nach den von Ihnen selbst aufgestellten Gesichtspunkten abgelaufen. 27. 10. 1869.

Was dagegen Ihren Vorschlag betrifft, sich durch eine erweiterte Stellung Delbrücks Erleichterungen in Ihrer Stelle zu verschaffen, so nehme ich denselben sehr gern auf und werde Ihre Vorschläge erwarten, wie Sie dieselben dem Ministerium und auch wohl dem Reichstag[1]) machen wollen. Denn daß Sie einer solchen Erleichterung schlechterdings bedürfen, begreift Jedermann und machte ich Ihnen schon dieserhalb selbst Vorschläge. Also jetzt ruhig Carlsbad, dann noch Ruhe und dann Rückkehr! Gott mit Ihnen.

Ihr

Wilhelm.

IV.

Berlin, 4./12. 69.

Mit der innigsten Theilnahme erfahre ich heute erst und bestätigend durch Ihren soeben erhaltenen Brief, die Ursache Ihrer plötzlichen Reise![2]) Gott wende in Gnaden von Ihnen und Ihrer Gemahlin einen harten, schmerzlichen Schlag ab!! 4. 12. 1869.

Ihr

treu ergebener

Wilhelm.

V.

B. 22. 1. 70.

Da Sie mir neulich sagten, daß Sie die Pièçen über die Jerusalemer Vorgänge nicht besäßen, so sende ich Ihnen dieselben hierbei mit dem Berichte meines Sohnes und bitte mir das Ganze nach genommener Copie zurück. 22. 1. 1870.

Wilhelm.

Wie gedenkt die Regierung sich zu dem Duncker-Eberty-schen Preß-Vorschlag zu verhalten!! Eulenburg scheint auf

---

[1]) Orig.: Reichsrathe.

[2]) Von Varzin nach Berlin in der Absicht, nach Bonn an das Krankenbett des auf der Mensur schwer verwundeten Grafen Herbert v. Bismarck zu reisen; doch unterblieb die Reise infolge Eintreffens günstigerer Nachrichten.

22. 1. 1870. Einiges eingehen zu wollen, was mir, namentlich nach den neuesten französischen Erfahrungen sehr gewagt erscheint!!

VI.

(Bei Verleihung des Eisernen Kreuzes I. Klasse):

24. 12. 1870. Aus dankbarster Anerkennung des 18. Dezembers 1870 am 24. Dezember 1870.

Versailles. Wilhelm.[1])

VII.

Berlin, 2. 4. 73.

2. 4. 1873. Erst gestern Abend wurde ich meiner Vergeßlichkeit inne, daß ich, sogar bei Ihrer Anwesenheit bei mir, Ihres Geburtstages nicht eingedenk war. Daher folgt heute erst nachträglich (und darum gewiß kein poisson d'Avril) mein herzlich(er) Glückwunsch zu neuem Lebens Abschnitt! Vor Allem möge er Ihnen Gesundheit bringen, die, wie mir scheint, sich wenigstens nicht in Berlin verschlimmert hat, — damit Sie Ihre hohen Eigenschaften noch lange zum Wohl des Vaterlandes bethätigen können.

Ihr treu ergebener
Wilhelm.

VIII.

Berlin, zum 24. Dezember 1877.

24. 12. 1877. Damit Varzin nicht ohne eine Abbildung des dankbar Unterzeichneten bleibe, deren Berlin schon einige besitzt, so wähle ich Weihnachten, um mich Ihnen zu Pferde zu senden, wenngleich ich fürchte, daß ich dereinst in der dargestellten Haltung mir das Rückgrad brechen muß!

Ihnen und Ihrer Familie ein frohes Fest wünschend

Ihr dankbarer
Wilhelm.[2])

---

[1]) Die Antwort Bismarcks s. unter 3 V (S. 27).

[2]) Die Antwort Bismarcks s. unter 3 XVII (S. 43).

IX.

Mainau, 20. 7. 79.

Empfangen Sie meinen besten Dank für Ihr Schreiben nach Uebergabe des endlich vollendeten Bildes und freue ich mich, daß es Ihren Beifall hat. Ebenso danke ich Ihnen für Ihren Brief über eine gewisse Aeußerung Ihrerseits über Frdthls Zukunft. . .

20. 7. 1879.

Vor Allem aber muß ich Ihnen nun noch nachträglich Glück wünschen zu dem Siege, den Sie im Reichstag erfochten haben![1]) Zu den vielen Siegen im Aeußeren tritt nun zu denen im Innern überhaupt noch dieser auf dem Finanz Gebieth. Sie unternahmen es, in ein Wespen-Nest zu stechen, wobei ich Ihnen aus Ueberzeugung beitrat, wenn auch mit Bangigkeit, ob der erste Wurf gelingen würde. Ein ähnlicher Umschwung der öffentlichen Meinung ist wohl selten in so kurzer Zeit errungen worden, und man siehet, Sie trafen, nach ungeheurer Arbeit und Anstrengung den Nagel auf den Kopf, und wenn derselbe auch Etwas beim Einschlagen brökelte, so ist doch die Majorität von 160 Stimmen ein Triumph, der Ihnen manche schwere Stunde der Vorarbeit und des Kampfes versüßen wird. Das Vaterland wird Sie dafür seegnen — wenn auch nicht die Opposition!

Ihr
dankbarer König
Wilhelm.

X.

Sie haben in Ihrem theilnehmenden Brief das richtige Wort bei diesem entsetzlichen Ereigniß[2]) gefunden:

14. 3. 1881.

welche Leere für mich eintritt

und ich füge hinzu für uns, namentlich bei der in Unterhandlung begriffenen Angelegenheit. Gott helfe weiter.

Wilhelm. 14./3. 81.

---

[1]) In Sachen der Zolltarifreform.

[2]) Der Ermordung des Zaren Alexander II.

XI.

Berlin, den 1. April 1881.

1. 4. 1881. Meiner Gewohnheit gemäß [l.: entgegen] Ihnen am heutigen Tage meine Glückwünsche persönlich zu überbringen, bin ich heute genöthigt, dies schriftlich hiermit zu thun. Sie können denken, daß meine Wünsche immer nur darauf gerichtet sind, daß die Vorsehung Ihnen Gesundheit und mit dieser Kraft und fernere Ausdauer in Ihrem so schönen wie beschwerlichen Berufe verleihen möge, damit Sie mir und dem Vaterlande erhalten bleiben zur Aus- und Durchführung noch so vieler und großer Pläne, die Ihr Genius Ihrer schöpferischen Kraft eingiebt. Das walte Gott!

Da ich vermuthe, daß Sie weder in Ausführung noch Abbildung die Reliefs des Marschalls Saals im Lichterfelder Cadetten Hause kennen, so sende ich Ihnen am heutigen Tage jene Abbildungen. Möge die militärische Bildungs Anstalt ferner so viele geistig[1]) und körperlich tüchtige Männer erziehen, die unseren Nachkommen so Großes zu lösen bestimmt werden dürften, wie die Lebenden gelöset haben!

Ihr

dankbarer König

Wilhelm.[2])

Der Grund zu diesen schriftlichen Wünschen ist ein gewaltiger Stoß, den ich beim Einsteigen in den Wagen gestern, nach einem Diné beim Hohenzollernschen Paare, mir am Vorderkopf zuzog, der freilich nicht von Bedeutung ist, aber doch Vorsicht und Ruhe verlangt, wenngleich der Arzt mir eine Fahrt bei dem Sonnenschein verordnete.

---

[1]) Orig.: geistige.

[2]) Bismarcks Antwort s. unter 3 XXIV (S. 50).

XII.

Schloß Babelsberg, 15. 8. 81.

Sehr erfreut bin ich von Ihnen selbst zu hören, daß Sie einen günstigen Erfolg Ihrer Kur empfinden, aber eine ruhigere Nach-Kur natürlich nöthig ist. Ich komme morgen, den 16. nach Berlin und werde zwischen 1 und 3 Uhr zu Ihnen kommen auf der Rückfahrt hierher. 15. 8. 1881.

Ihr
Wilhelm.

XIII.

Berlin, 10. 5. 82.

Für Ihre lieben Wünsche bei der Geburt eines Urenkels sage ich Ihnen meinen herzlichsten Dank. Dies so glückliche Familien Ereigniß ist aber auch geschichtlich von hoher Wichtigkeit. Denn wenn die Vorsehung dem kleinen Ankömmling Leben und Gedeihen schenkt, so ist seine Zukunft eine bestimmte, und somit wären meine drei Nachfolger in der Krone lebend vor mir! Ein mächtiger Gedanke! — 10. 5. 1882.

Weniger erfreulich sind Ihre Mittheilungen über Ihren Gesundheits Zustand, die ich aufrichtig bedaure in jeder Hinsicht. Denn Ihre Anwesenheit wäre so wichtig in den nächsten sehr ernsten Vorgängen im Reichstag. Wenngleich in der öffentlichen Meinung sich ein bedeutender Umschwung in der Monopolfrage zugetragen hat, so stehet dieselbe doch noch sehr précaire, und nur Sie könnten sie vielleicht retten oder wenigstens für das nächste Jahr weiter sich vorarbeiten lassen.

Der Landtag, der morgen also geschlossen wird, ist im Ganzen viel besser verlaufen, als man erwarten konnte; aber freilich sind die letzten Tage seines Bestehens recht unerfreulich gewesen. Die englisch-irische Frage und die französisch-egyptische sind les points noirs du moment! Daß der Kaiser A. endlich Giers ernannt hat und nach heutigem Télégramme er den Chitrowo[1]) auf des Fürsten von Bulgarien heftiges

[1]) Russischer Generalconsul in Bulgarien.

10.5.1882. Drängen abberufen hat, sowie die Ernennung der Fürstin Kötschenberg zur Oberhofmeisterin sind die ersten Lichtpunkte seit einem Jahre in dem russischen Chaos! Aber Ignatief?! —

Nun, ich hoffe, auf baldiges Wiedersehn.

Ihr

dankbarer König

Wilhelm.

XIV.

B. 6. 6. 82.

6.6.1882. Sehr erfreut Sie bei uns zu wissen, hoffentlich wohler als in den letzten Wochen. Sie werden mir wissen lassen, wann ich Sie sprechen kann, wenn Sie ausgeruhet sind.

Ihr

Wilhelm.

XV.

Berlin, 30. 10. 82.

30.10.1882. Aus Ihrem gütigen Brief ersehe ich mit Freuden, daß Sie Ihre Gesundheit jetzt viel gestärkter fühlen, als früher und willige ich daher gerne in Ihre längere Abwesenheit, um sich ferner kräftigen zu können zur Winter-Kammer-Campagne.

Ich kann nur in Ihren Beifall einstimmen, über die bessere politische Temperatur, die sich im Lande bei den Wahlen gezeigt hat, und theile ich ganz Ihre Ansicht, daß die Erlasse vom letzten November und Januar[1]) — allein Ihr Werk großer Voraussicht — diesen Umschwung in denkenden politischen Männern, endlich herbeigeführt haben. Möge nur in den Debatten auch die volkswirthschaftliche Politik endlich siegen, die im vorigen Jahr schon zu erwarten war, aber nicht glückte!

Die Mittheilungen Ihres Sohnes aus London sind ungemein intéressant und das Vertrauen, welches die Englischen

---

[1]) 17. November 1881 und 4. Januar 1882.

Staats=Männer ihm beweisen, ist ein Grund mehr, ihm die dauernde höhere Rolle bei der Botschaft anzuweisen, deren Ernennung ich in den nächsten Tagen entgegensehen kann, wie mir Graf Hatzfeld (mir) heute sagte. 30. 10. 1882.

Wir sind vom Wetter bei den Jagden in Ludwigslust außerordentlich begünstigt worden, und konnte ich 4 Stück Rothwild, darunter ein geringer Hirsch, und 21 Sauen erlegen, unter denen sehr starke Keiler waren.

Mich Ihrer Frau Gemahlin angelegentlichst empfehlend

Ihr
dankbarer König
Wilhelm.

XVI.

Berlin, den 1. April 1883.

Wie immer bringe ich Ihnen meine herzlichen Wünsche zum heutigen Tage, den der Allmächtige in Seiner Weisheit und Gnade, Sie der Welt und — mir schenkte!! Mögte dieses Lebensjahr weniger körperlich peinigend[1]) für Sie dahin gehen, als die letzten Monate des abgelaufenen. Denn was mangelnde Gesundheit sagt, habe ich in den letzten Wochen — recht schwer empfunden, wo ich nur durch Mittels=Personen mit Ihnen, aber Gottlob immer im Einverständniß, verhandeln mußte. Und so muß ich also auch heute zur Feder greifen, statt persönlich vor Ihnen zu erscheinen. 1. 4. 1883.

Da Ostern so nahe noch liegt, sende ich Ihnen als Andenken an dies heilige Fest und an den heutigen Tag ein unausweichliches Ey, das den Adler trägt, den Sie neu geschaffen haben! Möge sein Flug in den nächsten Tagen ein glücklicher sein!

Ihr
treu ergebener
dankbarer
Wilhelm.

---

[1]) Orig.: peinigender.

XVII.

Baden-Baden, 4. 10. 83.

4. 10. 1883. Ihren so lieben Brief, in welchem Sie mir leider, wenn auch nicht unerwartet, Ihr Ausbleiben von der Festlichkeit der Enthüllung des Denkmals auf dem Nieder-Wald anzeigten, konnte mich nur schmerzlich berühren, noch mehr aber ist dies der Fall nach dem Gelingen dieser Feier. Dieselbe ist eine der gelungensten, die ich je erlebt, durch Anordnung, Durchführung, Grandiosität des Denkmals an sich, der unerwarteten Aufklärung des Wetters und vor Allem durch die Gefühle, die namentlich diejenigen durchdrangen, die thätigen Antheil an den Kämpfen und Erfolgen nahmen, denen das Gebilde geweihet ist! Zu diesen gehörten nun hauptsächlich Sie als Herbeiführer dieser mächtigen Ereignisse und Leiter derselben zum grandiosen Frieden. Ihnen hierfür öffentlich von Neuem meinen Dank und meine Anerkennung auszusprechen, wäre meinem Herzen ein dankbares Bedürfniß gewesen! Es sollte nicht sein, aber gedacht ist Ihrer vielfach geworden!

Daß Sie sich in Etwas wohler fühlen nach den Kuren, freut mich ungemein und theile ich die Hoffnungen, daß Sie gestärkt in den laborieusen Winter eintreten werden.

Durch Graf Hatzfeldt, wird Ihnen bereits mitgetheilt sein, welche Unterredung ich mit dem Fürsten Dolgorouky im Auftrage seines Kaisers gehabt habe. Anliegend sende ich Ihnen eine Aufzeichnung des Inhalts dieser Unterredung. Die Absicht, die der Kaiser bei dieser Gelegenheit hatte, erkenne ich vollkommen und freue ich mich derselben und habe ich auch nie an seinen Gesinnungen und Wünschen gezweifelt, aber das Factum der immensen Anhäufung seiner Truppen an den West Grenzen, ist unnatürlicher Art. . . .

Mich Ihrer Gemahlin bestens empfehlend

Ihr

dankbarer

Wilhelm.

2.

Drei Briefe Bismarcks an den Prinzen von Preußen.

1852. 1858.

I.

Vorbemerkung. Herr v. Bismarck wurde im Juni 1852 nach Wien gesendet, um in der Zollfrage mit Oesterreich zu verhandeln. Obwohl er, entsprechend den ihm ertheilten Instructionen, seine Mission dahin aufgefaßt hatte, „die Beziehungen beider Cabinete so freundlich als möglich zu gestalten, ohne in der Zollsache etwas nachzugeben, unnöthige Spannungen zu heben und die Bedeutung der Zollfrage und der Divergenz in derselben nicht mehr als nöthig wachsen und auf andre Fragen und auf die allgemeinen Beziehungen beider Mächte Einfluß gewinnen zu lassen" (Bericht vom 21. Juli 1852, v. Poschinger IV 98), wurde doch von Uebelwollenden in Berlin und anderwärts, mündlich und in der Presse, das Gerücht verbreitet, daß er in Wien seine Instructionen überschritten habe. Da auch der Prinz von Preußen diesen Verdächtigungen Glauben zu schenken schien, rechtfertigte sich Herr v. Bismarck gegen diese Insinuationen in folgendem Schreiben:

Durchlauchtigster Prinz,
Gnädigster Prinz und Herr,

23. 7. 1852.

Ew. Königl. Hoheit erlaube ich mir unterthänigst zu bitten, von der anliegenden Abschrift eines Briefes, den ich gestern an Herrn v. Manteuffel gerichtet habe [s. S. 16 ff.], gnädigst Kenntniß zu nehmen. Zugleich lege ich ein Schreiben des letztern an mich, vom 30. v. M. bei, nach dessen Empfang eine Unterhandlung mit Graf Platen nicht mehr eine unrichtige Auffassung meiner Mission, sondern eine absichtliche Pflichtwidrigkeit gewesen sein würde. Ew. Königl. Hoheit werden die Existenz einiger früher gemachten Randbemerkungen auf demselben, welche mehr von der Wahrheitsliebe als von der Höflichkeit dictirt sind, gnädigst verzeihn wollen.

Als ein vom Gegner stammendes, und deshalb unverwerfliches Zeugniß füge ich noch einen Artikel eines specifisch östreichischen Organs, der Augsburger Zeitung, in der Gestalt, wie ihn ein demokratisches Blatt, die Mittelrheinische Zeitung, abdruckt, unterthänigst bei. In der That bin ich in Wien

23. 7. 1852. nicht einmal soweit gegangen, als mir meine Instructionen, die ich während meines dortigen Aufenthaltes aus gelegentlichen Erlassen des Königl. Ministeriums entnehmen konnte, gestatteten. In denselben heißt es: „ich solle Verhandlungen nicht suchen, sondern, nach Constatirung meiner Willfährigkeit, es an mich kommen lassen"; ferner „in der Form so freundlich und eingehend als möglich sein, in der Sache aber allen festen Engagements und allen eigentlichen (dieses Wort ist ausdrücklich hineincorrigirt) Verhandlungen entschlüpfen"; an andrer Stelle: „alles zu vermeiden, was meine Abreise als einen Bruch könnte erscheinen lassen", und endlich: „was an Instruction fehlt, werden Sie Sich selbst ergänzen; sollte man Sie zu sehr zum Verhandeln drängen, so daß Sie ohne zu verletzen nicht ausweichen können, so erbitten Sie Sich Zeit zur Instructions-Einholung."

Ich war danach ganz berechtigt, auf Verhandlungen wenigstens der Form nach einzugehn, wenn ich wollte; aber ich bin niemals soweit gegangen, einzuräumen, daß ich über einen der vielen mir gemachten Vorschläge förmlich Instruction einholen würde, sondern bin nicht nur „eigentlichen", aber auch allen Verhandlungen „entschlüpft". Die von augenscheinlich sehr gut unterrichteten Correspondenten herrührenden Zeitungsartikel, nach welchen ich auf eigne Hand Punctationen abgeschlossen haben soll, sind meiner Ansicht nach absichtliche, von persönlichen oder politischen Gegnern herrührende Entstellungen. Meine „Randbemerkungen" zu den hanöverschen Vorschlägen, die ich, wie ich mit meinem Ehrenwort schriftlich bekräftige, außer Herrn v. Manteuffel keinem Menschen mitgetheilt habe, werden jetzt schon in der Augsburger Zeitung besprochen. Ich weiß nicht, wie das Factum ihrer Existenz zur Oeffentlichkeit gelangt sein kann. Vielleicht hat sie Herr v. Manteuffel, in den ich bei seinem ehrenwerthen Charakter und seinen persönlichen Beziehungen zu mir volles Vertrauen setze, dem Herrn Klentze mitgetheilt, um diesem darzuthun, daß Graf Platen andre Vorschläge machte, als die Königl. hanöversche Regirung. Von Herrn Klentze weiß ich, daß er die Intrigue und die Unwahrheit aus Geschmack an der Sache

selbst liebt, und daß er mir persönlich übelwill, weil ich hier in Frankfurt seinen eifrigen Bemühungen, mich zu einer Abweichung von meiner Instruction in der hanöverschen Verfassungsfrage zu überreden, widerstanden habe. 23. 7. 1852.

Vielleicht geruhn Ew. Königl. Hoheit von dem anliegenden Schreiben des Herrn v. Schele Einsicht zu nehmen. Ich erhielt dasselbe in Wien, während mir der Kaiserl. Russische Geschäftsträger gleichzeitig eine Note des Herrn v. Budberg vorlas, nach welcher dieser aus dem Munde Sr. Majestät des Königs von Hanover, sowie von Herrn v. Schele die Erklärung empfangen haben wollte, daß Hanover den Septembervertrag als unverbindlich ansehn und auflösen werde, sobald die süddeutschen Staaten aus dem Zollverein scheiden. Ich habe Herrn v. Schele, mit dem ich nahe befreundet bin, hierüber sowie über den Inhalt seines Schreibens eines Bessern zu belehren gesucht, und ihm namentlich vorgehalten, daß es kein sichreres Mittel gebe, den Zollverein zusammenzuhalten, als wenn Hanover jedem Zweifel darüber, ob es treu am Septembervertrage halten werde, ein für allemal ein Ende machte.

Ew. Königl. Hoheit wollen gnädigst verzeihn, daß ich Höchstdieselben mit dieser Auseinandersetzung belästige; ich konnte dem Verlangen nicht widerstehn, soweit es an mir liegt, den Beweis zu liefern, daß ich mich weder von meiner Dienstpflicht, noch von derjenigen politischen Richtung entfernt habe, für deren Innehaltung ich wiederholt und namentlich vor meiner Abreise nach Wien, die Ehre hatte, Ew. Königl. Hoheit gnädige Anerkennung zu empfangen.

Ehrfurchtsvoll ersterbe ich

Ew. Königl. Hoheit

unterthänigster

Frankfurt, 23. July 1852. v. Bismarck.

Beilage.

Brief Bismarcks an den Ministerpräsidenten O. v. Manteuffel.

Ew. Excellenz,

22. 7. 1852. Einige Mittheilungen, welche mir Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen gestern gemacht haben, geben mir die Ueberzeugung, daß ich mich bei den mündlichen Erläuterungen über den Verlauf meiner Mission in Wien Ew. Excellenz gegenüber mißverständlich ausgedrückt habe.

Ich erlaube mir daher Nachstehendes zu wiederholen, respective zu berichtigen.

Ich habe in Wien weder mit Graf Platen noch mit sonst jemand Unterhandlungen in der Zollfrage gepflogen, sondern mich darauf beschränkt, die täglich wiederholten Erörterungen von vermittelnder Tendenz, welche mir in einer Weise, daß ich sie ohne Unhöflichkeit nicht ablehnen konnte, von den Herren v. Fonton, v. Platen, v. Könneritz und v. Lincke entgegengebracht wurden, conversationsweise anzuhören, meine Zweifel zu äußern, ob sie der Königlichen Regirung annehmbar sein würden, und sie, soweit es der Mühe werth schien, zur geneigten Kenntnißnahme Ew. Excellenz zu bringen. Auf die erhaltene Mittheilung, daß Graf Platen nach Hanover geschrieben habe, ich hätte mich auf seine Vermittelung eingelassen, habe ich denselben, soweit es Ew. Excellenz Weisung, dem Grafen Platen keine Vorhaltungen über die Sache zu machen, gestattete, über den Sachverhalt zu erforschen gesucht und sein Wort erhalten, daß er dergleichen „notorische Unwahrheiten“ gegen niemand ausgesprochen habe. Sollte er es doch gethan haben, so könnte ich nur vermuthen, daß er, in der irrigen Voraussetzung, es werde doch schließlich zu Unterhandlungen kommen, sich selbst das Verdienst, sie herbeigeführt zu haben, in Hanover, wo er nicht gut angeschrieben ist, rechtzeitig habe sicherstellen wollen, wie ich mir schon mündlich Ew. Excellenz anzudeuten erlaubte. Nach den Aeußerungen Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen spielte in den Höchstdemselben durch Herrn Klentze gemachten Mittheilungen auch das Blatt

mit Vorschlägen des Grafen Platen, auf welchem ich die Abweichungen der Preußischen Auffassung in margine bemerkt hatte, eine Rolle als Beweisstück, daß ich mich auf Unterhandlungen in Wien eingelassen hätte, und sollte diese Pièce durch Graf Platen nach Hanover eingereicht und von dort nach Berlin gelangt sein! Ew. Excellenz wissen, daß ich diese Pièce von Graf Platen ohne irgend welche Erklärung in Empfang genommen, von dem Augenblick an, bis ich sie Ew. Excellenz übergab, niemand gezeigt habe, weil ich sie für irrelevant hielt, und daß ich sie lediglich zu meinem Privatgebrauch mit den gedachten Marginal-Notizen versehn habe, von welchen, so lange ich das Blatt in Händen hatte, und überhaupt durch mich niemand als ich selbst Kenntniß gehabt hat. Herr Klentze hat also Sr. Königl. Hoheit dieses Papier, welches ich Ew. Excellenz nachrichtlich vorlegte, in einer unrichtigen Bedeutung dargestellt. Ich würde mich darauf beschränken, Se. Königl. Hoheit den Prinzen über den wahren Sachverhalt aufzuklären, wenn nicht in mehren Zeitungen, besonders in der Deutschen Allgemeinen, von sonst offenbar gut unterrichteten Correspondenten, die Behauptung aufgestellt würde, daß ich im Widerspruch mit meinen Instructionen in Wien Unterhandlungen eingeleitet hätte. Je strenger meine Begriffe von Subordination und Dienstpflicht sind, um so mehr fühle ich das Bedürfniß, ein entschiedenes démenti derartiger Beschuldigungen in allgemein glaubwürdiger Weise ausgesprochen zu sehn, zumal im andern Falle meine Integrität und Glaubwürdigkeit fremden Cabinetten gegenüber mit einer levis nota behaftet bliebe. Ich habe in der Zollsache den Wiener Diplomaten gegenüber weder ein Wort schriftlich von mir gegeben, noch mündlich irgend jemand irgend eine Zusicherung ertheilt, noch die Sache überhaupt anders als im Wege der Conversation besprochen, und grade dem Grafen Platen habe ich erklärt, daß ich eher meinen Abschied nehmen, als die von ihm gewünschten Concessionen zu Hause befürworten oder das Werkzeug ihrer Ausführung in dem unglaublichen Fall ihrer Annahme sein würde, eine Aeußerung, die Graf Platen, wie ich weiß, seinen Collegen mitgetheilt hat.

22. 7. 1852.

22.7.1852. Meine gehorsamste Bitte auf Grund des Vorstehenden geht dahin,

daß Ew. Excellenz das literarische Cabinet geneigtest anweisen wollen, in solchen Blättern, welche als gouvernemental bekannt sind, den Insinuationen, als hätte ich in Wien abweichend von meiner Instruction gehandelt, zu widersprechen.

In ehrerbietigster Ergebenheit

Ew. Excellenz

gehorsamster

Frankfurt, 22. July 1852. v. Bismarck.

II.

Durchlauchtigster Prinz,
Gnädigster Prinz und Herr,

25. 7. 1852. In der Anlage beehre ich mich, mit der unterthänigsten Bitte um demnächstige Rücksendung, den Text der letzten Erklärung Preußens in der Zoll-Conferenz ehrfurchtsvoll vorzulegen, in der Voraussetzung, daß derselbe Ew. Königl. Hoheit noch nicht auf andrem Wege zugegangen ist.

Indem ich meinen unterthänigsten Dank für das gnädige Schreiben sage, welches mir Herr v. Canitz überbracht hat, bemerke ich zu demselben unterthänigst, daß ich die Erklärung, Preußen wolle die Zollfrage als eine offne und unpräjudicirte betrachtet wissen, in Folge der erhaltnen Aufträge und in Einklang mit den Erklärungen der Königlichen Regirung, einschließlich der vom 7. Juni, habe abgeben müssen. Letztre hält die Zollunion nur „zur Zeit“ und „für jetzt“ unmöglich. Ich habe vor meiner Abreise nach Wien gegen Herrn v. Manteuffel den Wunsch ausgesprochen, von Hause aus erklären zu dürfen, daß wir uns niemals auf die Zollunion einlassen würden, damit unsre Position klarer und günstiger werde. Er erwiderte mir, daß er selbst das auch gern gethan haben würde; es sei aber mit unsrer bisherigen, aus dem Gang der Ereignisse successive entwickelten Haltung nicht überein-

stimmend. Er sei mit mir darüber einig, daß wir die Zolleinigung niemals bewilligen könnten, halte es aber politisch richtiger, bei jetziger Sachlage diese Ablehnung in jener milden Form auszusprechen. Ich habe die Ueberzeugung später gewonnen, daß, mit Rücksicht auf die Stellung unsrer Bundesgenossen, namentlich Hanovers, diese Auffassung des Herrn v. Manteuffel die richtige war. 25. 7. 1852.

Von Herrn v. Manteuffel habe ich vorgestern ein Schreiben erhalten, aus welchem ich ersehe, daß Herr Klentze bemüht ist, Zwietracht zwischen uns beiden zu säen, und die handgreiflichsten, von Herrn v. Manteuffel sofort als solche erkannten Unwahrheiten zu diesem Zweck nicht scheut. Indessen ist mein persönliches Verhältniß zu dem Herrn Minister-Präsidenten glücklicher Weise der Art, daß volle Offenheit zwischen uns herrscht, und keiner von uns glaubt, daß der Andre ihm wissentlich Unrecht thun werde. Wenn aber auch dieses freundschaftliche und jede Verständigung leicht machende Verhältniß nicht existirte, so habe ich zwar unter allen Umständen das Bedürfniß, Ew. Königl. Hoheit zu überzeugen, daß meine Werke und meine Worte in Einklang stehn, und ich Instructionen am allerwenigsten nach der hier fraglichen Richtung hin überschreite oder lax auslege; fern liegt es mir aber, da, wo es sich um Interessen der Krone und des Landes handelt, persönliche Angelegenheiten in den Vordergrund zu stellen, oder in Geschäften mitreden zu lassen.

Die Erklärung, welche ich erbeten hatte, ist bereits in der neuesten Preußischen Zeitung erschienen.[1])

Ehrfurchtsvoll ersterbe ich

Ew. Königl. Hoheit

unterthänigster

Frankfurt, 25. July 1852. v. Bismarck.

---

[1]) Preuß. Zeitung 23. 7. 1852: Die Deutsche Allg. Ztg. vom 20. d. M. enthält die Behauptung, daß Herr v. Bismarck-Schönhausen seinen Auftrag in der handelspolitischen Frage nicht streng festgehalten habe. Obwohl nun bereits früher von verschiedenen wohlunterrichteten Seiten dieser eben

III.

Durchlauchtigster Prinz,
Gnädigster Prinz und Herr,

26. 7. 1858. in der heutigen Ausschußsitzung verlas Herr v. Schrenk den Bericht, mit welchem der Beschlußentwurf über die dänische Antwort [1]) der Bundesversammlung vorgelegt werden soll. [2])

---

so unwahren als nichtigen Erfindung das gebührende Dementi zu Theil geworden ist, sehen wir uns doch veranlaßt, wegen Wiederholung dieser Erfindung in jenem Blatte aufs Neue jene völlig unbegründete Behauptung als solche aufs Bestimmteste zurückzuweisen.

Zu der gleichen Sache schrieb die Neue Preuß. Zeitung 24. 7. 1852 No. 169: Die Kölnische Zeitung brachte vor einigen Tagen einen etwas mysteriös gehaltenen Artikel in der handelspolitischen Frage, wonach Herr v. Bismarck in Wien „persönliche Ansichten" vertreten und Oesterreich die „vertraulichen Besprechungen" abgebrochen habe. Wir sind in der Lage, dies dahin zu berichtigen, daß sich die persönlichen Ansichten des Herrn v. Bismarck in dieser Frage in der vollständigsten Uebereinstimmung befanden mit denen, welche er Namens der Regierung in Wien zu vertreten hatte, und daher die Insinuation des *Correspondenten in der „Kölnischen Zeitung" ganz aus der Luft gegriffen ist, selbst wenn sie wiederum von einem Mitarbeiter der Centralstelle herrühren sollte, der im Stande wäre, aus „Quellen" zu schöpfen. Nicht anders verhält es sich mit der patriotischen Andeutung, daß von Seiten Oesterreichs die „vertraulichen Besprechungen" abgebrochen wären. Wir wissen so viel mit Bestimmtheit, daß die üblichen Conferenzen in der Staatskanzlei, welche durch die laufenden Geschäfte für einen preußischen Gesandten in Wien bedingt werden, regelmäßig und ohne Unterbrechung stattgefunden haben, und zwar die letzte wenige Stunden vor der Abreise des Herrn v. Bismarck. Was dieser mit Graf Buol unter vier Augen gesprochen, und wer von beiden die Conversation über ein bestimmtes Thema zuerst abgebrochen hat, das möchte selbst ein an der „Quelle" sitzender Central-Preß-Knabe nicht genau genug wissen, um officiöse Artikel darüber nach Köln schreiben zu können. Zu bemerken ist noch, daß die Abreise des Herrn v. Bismarck aus Wien auf dringendes und wiederholtes Verlangen des Grafen Thun stattgefunden hat, der der Mitwirkung seines preußischen Collegen in Frankfurt bedurfte, und daß diesem Verlangen mit Rücksicht auf die noch bis Mitte August sich verlängernde Abwesenheit Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich, welcher selbstständig die auswärtige Politik leitet, entsprochen worden ist.

[1]) Auf den Beschluß des Bundestags vom 11. Februar 1858 zu Gunsten der Herzogthümer Lauenburg und Holstein, die sich über Verletzung ihrer Verfassung durch Dänemark beim Bunde beschwert hatten; sie ist abgedruckt in den Protokollen des Bundestags 1858 § 152, vgl. v. Poschinger, Preußen im Bundestage III 283 Anm. 2.

[2]) Vgl. Protokolle des Bundestags 1858 § 338.

26. 7. 1858.

Es ließ sich von unserm Standpunkte nur wenig dagegen erinnern, und dieses Wenige wurde auf meinen Wunsch geändert. Die Mitglieder beider Ausschüsse[1]) waren bereit, den Vortrag sofort zu unterschreiben, nur der Gesandte von Hanover[2]) verlangte, ohne Einwendungen gegen den Inhalt zu machen, eine Frist, um seiner Regirung den Wortlaut vorlegen zu können. Die Vollziehung durch Unterschrift wurde deshalb einstweilen bis zum Mittwoch ausgesetzt, der Entwurf aber provisorisch gedruckt. Ich habe die Ehre, Ew. Königl. Hoheit hierneben ein Exemplar vorzulegen, und berichte gleichzeitig an das Ministerium nach Berlin, da meine Expedition den Minister-Präsidenten nicht mehr in Baden treffen wird. Es wäre zu bedauern, wenn die Bemühungen Hanovers, sich eine Sonderstellung zu schaffen, uns verhinderten, die Sache schon am nächsten Donnerstag einzubringen. Den Erfolg, welchen die feste Haltung Preußens gehabt hat, würde ich noch höher anschlagen, wenn ich ihn der Bereitwilligkeit, sich an Preußen anzuschließen, oder einem aufrichtigen Interesse für die Sache selbst zuschreiben dürfte. Aber es wäre eine Täuschung, wenn wir dem Entgegenkommen unsrer Bundesgenossen andre Motive unterlegen wollten, als die Furcht, vor der öffentlichen Meinung gegen Preußen zurückzustehn, und wir sind ihnen daher auch keinen Dank dafür schuldig, daß sie sich widerwillig und verdrossen unsrer Politik fügen. Die letztre hat auch in Kopenhagen schon eine frühzeitige Frucht getragen. Man erfüllt dort laut der abschriftlich anliegenden Depesche[3]) sofort die wichtigste der von uns unter II 1 des Beschlußentwurfs gestellten Forderungen.

Ich habe heut dem Grafen Rechberg mitgetheilt, daß wir in der Rastatter Sache wünschen müßten, die Abstimmung über unsern Vortrag wegen Verweisung an die Militair-Commission in der nächsten Sitzung vorgenommen zu sehn. Er wünschte wiederum, die Sache lieber noch 8 bis 14 Tage aufgeschoben zu sehn, um abzuwarten, ob die Verhandlungen

---

[1]) Des Holsteinischen und des Executionsausschusses.

[2]) Herr v. Heimbruch.

[3]) S. Beilage.

26. 7. 1858. inzwischen nicht einen Ausweg darböten; auf meine Frage, welche Verhandlungen er denn meine, sagte er mir, daß Oestreich seit Wochen bemüht sei, Baden zu einer Nachgiebigkeit zu bewegen, bisher aber den gewünschten Erfolg noch nicht erreicht habe und nun fürchte, daß Preußen in einem ablehnenden Votum eine Beleidigung finden würde. Ich entgegnete ihm, daß seit Stellung unsres Antrags nunmehr 14, seit der Fälligkeit der Abstimmung aber 5 Wochen verflossen seien, und so dankbar ich auch für die Vertretung der Wünsche Preußens durch Oestreich bei der Gr. Badischen Regirung sei, so lasse sich doch kaum erwarten, daß dieselbe in den nächsten 8 Tagen bessere Resultate geben werde, als in der langen Zeit, welche bisher verflossen sei. Wenn wir uns stillschweigend gefallen ließen, daß über unsern Antrag nicht abgestimmt werde, so sei das gleichbedeutend mit einer Zurücknahme desselben, und würde so aussehn, als ob wir froh wären, wenn Oestreich es einstweilen bei der von uns angefochtenen Kriegsbesatzung in statu quo beließe. Die offiziösen Blätter Oestreichs hätten es ohnehin schon als einen Act schonender Großmuth bezeichnet, wenn nicht abgestimmt würde, und auf dergleichen mache Preußen keinen Anspruch.

Ich blieb dabei, daß die Abstimmung stattfinden müsse; nach derselben werde es in den Händen von Oestreich liegen, den Verhandlungen einen Stillstand zu geben, während dessen der für Oestreich so günstige und für uns rechtswidrige gegenwärtige Zustand fortbestehn werde, so lange mir nicht etwa der Befehl zugehe, unsre früheren Anträge auf Zurückziehung der östreichischen Kriegsbesatzung zu erneuern.

Es ist ein eigenthümliches und für uns sehr befriedigendes Resultat, daß Graf Rechberg, der noch vor 6 Wochen so eilig in Betreibung dieser Angelegenheit war, jetzt die Abstimmung fürchtet und zu hintertreiben sucht. Grade darin aber liegt der sicherste Beweis, daß es den Preußischen Interessen entspricht, dieselbe vorzunehmen; wenn sie uns in eine schlechtere Position brächte, so würde Graf Rechberg sie mit Eifer herbeiführen. Er und seine Freunde haben kein gutes Gewissen in der Sache, und es ist leicht möglich, daß die Majorität es

dennoch vorzieht, für Verweisung an die Militair-Commission zu votiren. Geschieht es nicht, so bleibt den widersprechenden Regirungen jedenfalls das Gefühl, daß sie ohne Grund rücksichtslos verfahren sind und an uns ein Unrecht wieder gut zu machen haben. Graf Rechberg hat sich auf morgen bei mir angesagt, um neue Ueberredungsversuche zu machen, aber dieselben werden keinen Erfolg haben, denn es wäre meines unterthänigen Dafürhaltens ein sehr fehlerhafter Zug in diesem Schachspiel, wenn wir durch irgend ein Zeichen von rückgängiger Bewegung wieder Zweifel an der Festigkeit unsrer Entschließungen in der Hauptsache hervorriefen.

26. 7. 1858.

Wenn Ew. Königl. Hoheit am Donnerstag hier eintreffen, so werde ich Höchstdenselben schon melden können, welchen Ausgang die Verlegenheit unsrer Gegner genommen hat. . . .

In tiefster Ehrfurcht verharre ich

Ew. Königl. Hoheit

unterthänigster

Frankfurt, 26. July 1858. v. Bismarck.

Beilage.

Telegramm.

Kopenhagen 26. July 1858 4 Uhr 58 NM.

Au Ministre de Danemarc à Francfort s. M.

Le ministre pour les affaires intérieures communes de la monarchie a été supprimé à partir du 1. août.

Hall.

3.

Fünfunddreißig Briefe Bismarcks an König und Kaiser Wilhelm I.

1864. 1866. 1870. 1872. 1874. 1875. 1876. 1877. 1878. 1879. 1880. 1881. 1872. 1883. 1884. 1885. 1887.

I.

Berlin, 24. Dezember 1864.

Ew. Majestät

24. 12. 1864. sage ich meinen ehrfurchtsvollen und wärmsten Dank dafür, daß Allerhöchstdieselben meiner heut in Gnaden gedacht haben. Möge Gott mir soviel Kraft geben, als ich guten Willen habe, den Stab, dessen Symbol Ew. Majestät mir als ein lebenslänglich theures Andenken heut schenken[1]), nach Allerhöchst Ihrem Willen zum Heile unsres Vaterlandes zu führen. Ich habe das gläubige Vertrauen zu Gott, daß Ew. Majestät Stab im deutschen Lande blühen werde wie der Stecken Arons laut dem 4. Buch Mosis im 17. Kapitel, und daß er zur Noth sich auch in die Schlange verwandeln werde, welche die übrigen Stäbe verschlingt, wie es im 7. Kapitel des 2. Buches erzählt ist. Verzeihn Ew. Majestät meinem dankbaren Gefühl diese Bezugnahme. Angesichts des Weihnachtsfestes habe ich das Bedürfniß, Ew. Majestät zu versichern, daß meine Treue und mein Gehorsam gegen den Herrn, den Gott mir auf Erden gesetzt hat, auf derselben festen Grundlage beruhn, wie mein Glaube.

In tiefster Ehrfurcht und unwandelbarer Treue ersterbe ich

Ew. Majestät

alleruntertänigster

v. Bismarck.

---

[1]) Zum Weihnachtsfeste 1864 übersandte König Wilhelm Herrn v. Bismarck einen Spazierstock, auf welchem sich — kunstreich in Elfenbein geschnitzt — das Bildniß des Königs mit einem Lorbeerkranz befand. In dem begleitenden Schreiben heißt es: „Ich sende Ihnen gerade diesen Stock, damit Sie Sich beim Anblick dieses Kranzes stets erinnern, daß Sie es gewesen, welcher diese Lorbeeren gepflanzt hat.“ Eine genaue Beschreibung des Stockes findet sich in der Kreuzzeitung vom 14. Jan. 1865 No. 12, Berl. Zuschauer.

II.

Berlin den 31. Januar 1866.

Ew. Majestät

beehre ich mich, da ich leider noch am Ausgehn verhindert bin, die hauptsächlichen heut eingegangnen Depeschen allerunterthänigst zu übersenden und erlaube mir auf diesem Wege zugleich eine vom französischen Botschafter vertraulich an mich gerichtete Anfrage ehrfurchtsvoll vorzutragen. Derselbe beabsichtigt am nächsten Dienstag wiederum eine Soirée mit Theatervorstellung zu geben, und fragt mich, ob Ew. Majestät und Ihre Majestät die Königin wohl geruhn würden, seine ehrfurchtsvolle Einladung dazu anzunehmen. Nach dem Balle bei Graf Goltz und mit Rücksicht auf die politische Situation würde ich es im dienstlichen Interesse mit allerunterthänigstem Danke erkennen, wenn Ew. Majestät die Gnade hätten einzuwilligen. Sollten Ew. Majestät geneigen, darauf einzugehn, so würde der Botschafter sehr dankbar sein, wenn ich ihm einen Wink darüber zugehn lassen könnte, ob auf den Einladungen die Anwesenheit Ew. Majestät durch Erwähnung der „Uniform" anzudeuten sein, und ob er zunächst eine Demarche bei Ihrer Majestät der Königin durch die Oberhofmeisterin zu machen haben würde. Wegen der Vorbereitungen und Absendung der Einladungen wäre es erwünscht, wenn ich den Botschafter bald mit der versprochnen vertraulichen Information versehn könnte.

31. 1. 1866.

v. Bismarck.

III.

Berlin 22. April 1866.

Ew. Majestät

lege ich ehrfurchtsvoll den anliegenden heut von Manteuffel erhaltnen Brief vor. Ich kann mich dem darin enthaltnen Gedankengange und der Schlußauffassung, namentlich dem Satze, daß wir *keine* Pferde verkaufen sollten, nur allerunterthänigst anschließen. Ew. Majestät wollen Sich überzeugt

22. 4. 1866.

22. 4. 1866. halten, daß es meinem Gefühle, ich kann sagen, meinem Glauben widerstrebt, die höchsten landesväterlichen Entschließungen über Krieg und Frieden in zudringlicher Weise beeinflussen zu wollen; es ist das ein Gebiet, auf dem ich Gott allein getrost überlasse Ew. Majestät Herz zum Wohle des Vaterlandes zu lenken, und mehr beten als rathen möchte. Die Ueberzeugung aber darf ich dabei doch nicht verhehlen, daß uns, wenn es jetzt gelingt, den Frieden zu erhalten, die Kriegsgefahr später, vielleicht in Monaten unter ungünstigeren Verhältnissen bedrohn werde. Der Friede läßt sich auf die Dauer nur halten, wenn beide Theile ihn wollen; Oestreich mag jetzt aus Opportunitätsrücksichten wünschen, ihn nicht gestört zu sehn. Aber wer, wie Ew. Majestät allerunterthänigster Diener, seit 16 Jahren mit der östreichischen Politik intim zu thun gehabt hat, kann nicht zweifeln, daß in Wien die Feindschaft gegen Preußen zum obersten, man möchte sagen, alleinigen Staatszwecke geworden ist. Sie wird sich activ bethätigen, sobald das Wiener Cabinet die Umstände günstiger findet als jetzt. Sie in Italien, Frankreich günstiger zu gestalten, wird das nächste Streben Oestreichs sein. Vielleicht aber ist Haß, Kampflust, Geldverlegenheit schon jetzt zu groß, um auf unsre gestrige Antwort[1]) einzugehn. Dann haben Ew. Majestät jedenfalls die Genugthuung, für den Frieden gethan zu haben, was mit Ehren thunlich war.

v. Bismarck.

IV.

Berlin, 13. Januar 1870.

Allerdurchlauchtigster König,
Allergnädigster Herr,

13. 1. 1870. Ew. Majestät sage ich meinen tief gefühlten Dank für die huldreiche Verleihung der Sieges-Medaille und für den ehrenvollen Platz, den Ew. Majestät mir auf diesem historischen Denkmal anzuweisen geruht haben. Die Erinnerung, welche

[1]) Staats-Archiv, von Aegidi u. Klauhold, Bd. X. No. 2256.

dieses geprägte Document der Nachwelt erhalten wird, gewinnt 13. 1. 1870.
für mich und die Meinigen ihre besondre Bedeutung durch
die gnädigen Zeilen, mit denen Ew. Majestät die Verleihung
zu begleiten geruht haben.

Wenn mein Selbstgefühl eine hohe Befriedigung darin
findet, daß es mir vergönnt ist, meinen Namen unter den
Flügeln des Königlichen Adlers, der Deutschland seine Bahnen
anweist, auf die Nachwelt kommen zu sehn, so ist mein Herz
noch mehr befriedigt in dem Gefühle, unter Gottes sichtbarem
Segen einem angestammten Herrn zu dienen, dem ich mit
voller persönlicher Liebe anhänge und dessen Zufriedenheit zu
besitzen für mich der in diesem Leben begehrteste Lohn ist.
Genehmigen Ew. Majestät den Ausdruck ehrfurchtsvoller und
unwandelbarer Treue, mit dem ich ersterbe

Ew. Majestät

treugehorsamster Diener

v. Bismarck.

V.

Versailles, 25. December 1870.

Ew. Majestät wollen meinen ehrfurchtsvollen Dank huld- 25. 12. 1870.
reich entgegennehmen für die so gnädige Auszeichnung, welche
Allerhöchstdieselben mir als ein Andenken an dieses historisch
so denkwürdige Weihnachtsfest zu verleihen geruht haben.
Ew. Majestät haben mir zwei Auszeichnungen in einer ver-
liehen, durch die eigenhändige Inschrift auf derselben, welche
diesem Gnadenbeweis einen besonders hohen Werth verleiht.
Ich bin leider nicht gesund (genug), um ausgehn zu können,
hoffe aber bald Ew. Majestät den mündlichen Ausdruck meines
alleruntertḣänigsten Dankes zu Füßen legen zu können.

v. Bismarck.

VI.

Berlin, 11. Januar 1872.

11. 1. 1872. Nach der heutigen Ministerialsitzung, in welcher sich neue principielle Meinungsverschiedenheiten zwischen Herrn v. Mühler und unsern Collegen herausstellten, habe ich ersterem Ew. Majestät allerhöchste Ordre vom 5. c. persönlich übergeben und von ihm die Erklärung erhalten, daß er morgen sein Abschiedsgesuch Ew. Majestät einreichen werde. Eine vertrauliche Unterredung, welche ich heut Vormittag mit Abgeordneten verschiedner Parteien, auch der Conservativen, gehabt habe, bestätigte rückhaltlos die Voraussicht, daß die persönliche Stellung des Cultusministers den wesentlichsten Grund für die Schwierigkeit abgiebt, welcher die Vorlagen aus seinem Ressort im Landtage begegnen.

v. Bismarck.

VII.

Varzin, 1. August 1872.[1])

Ew. Majestät

1. 8. 1872. haben meiner Frau und mir durch die huldreiche Theilnahme an unserm Familienfeste[2]) eine große Freude bereitet und wollen unsern ehrfurchtsvollen Dank gnädig entgegennehmen.

Mit Recht heben Ew. Majestät unter den Segnungen, die ich Gott zu danken habe, das Glück der Häuslichkeit in erster Linie hervor, aber zum Glück gehört in meinem Hause, für meine Frau sowohl, wie für mich, das Bewußtsein der Zufriedenheit Ew. Majestät, und die so überaus gnädigen und freundlichen Worte der Anerkennung, welche das allerhöchste Schreiben enthält, sind für kranke Nerven wohlthuender als

---

[1]) Zuerst in den „Grenzboten“ 3. April 1890 veröffentlicht, hier in genauem Abdruck nach dem Original zur Vervollständigung wiederholt.

[2]) Dem Feste der silbernen Hochzeit, 28. Juli 1872; das Schreiben des Kaisers vom 26. Juli 1872, das eine kostbare Vase begleitete, s. in Bismarck-Regesten II, 50.

alle ärztliche Hülfe. Ich habe im Rückblick auf mein Leben so unerschöpflichen Anlaß, Gott für Seine unverdiente Barmherzigkeit zu danken, daß ich oft fürchte, es könne mir nicht so gut bis zu Ende gehn. Für eine besonders glückliche Fügung aber erkenne ich es, daß Gott mich auf Erden zum Dienste eines Herrn berufen hat, dem ich freudig und mit Liebe diene, weil die angestammte Treue des Unterthanen unter Ew. Majestät Führung niemals zu befürchten hat, mit einem warmen Gefühl für die Ehre und das Wohl des Vaterlandes in Widerstreit zu gerathen. Möge Gott mir auch ferner zu dem Willen die Kraft geben, Ew. Majestät so zu dienen, daß ich mir die allerhöchste Zufriedenheit erhalte, von der ein so gnädiges Zeugniß heut vor mir liegt, in Gestalt des Handschreibens vom 26. Die Vase, welche rechtzeitig eintraf, ist ein wahrhaft monumentaler Ausdruck Königlicher Huld, und dabei so solide, daß ich hoffen darf, nicht die „Scherben", sondern das Ganze wird meinen Nachkommen die gnädige Theilnahme Ew. Majestät an unsrer Silberhochzeit vergegenwärtigen. 1. 8. 1872.

Die Offiziere des 54. Regiments hatten die kameradschaftliche Freundschaft gehabt, ihre Musik von Colberg herzuschicken. Sonst waren wir, wie die ländlichen Verhältnisse es mit sich bringen, auf den engern Familienkreis beschränkt; nur der frühere amerikanische Gesandte in London, Motley, ein Jugendfreund von mir, war zufällig zum Besuch hier. Außer Ihrer Majestät der Kaiserin hatte Se. Majestät der König von Baiern und Ihre K. H. Prinz Carl und Friedrich Carl und Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz mich mit telegraphischen Glückwünschen beehrt.

Mit meiner Gesundheit geht es langsam besser; gearbeitet habe ich allerdings garnicht; doch hoffe ich für die Zeit der Kaiserbesuche mich zum Dienst bei Ew. Majestät melden zu können.

v. Bismarck.

VIII.

Varzin, 12. August 1872.

12. 8. 1872. Ew. Majestät danke ich ehrfurchtsvoll für das huldreiche Handschreiben vom Tage von Wörth. Ich hoffe zu Anfang September in Berlin zu sein, wenn auch in meiner Arbeitsfähigkeit nicht so gefördert, wie ich erwartet hatte und wünschen möchte. Schon aus diesem Grunde, aber auch politisch ist es mir eine Beruhigung, daß Ew. Majestät sich bei der Zusammenkunft auf „Bindendes nicht einlassen“ wollen. Ich fürchte die Geschäftigkeit des Fürsten Gortschakow, nachdem ich in den Zeitungen lese, daß er Jomini und Hamburger, seine beiden Haupt-Faiseurs, mitbringen will.

Ew. Majestät haben meine Ansicht über den allerunterthänigst wieder beigefügten Brief des Ober-Hofpredigers Hoffmann befohlen. . . .

Daß der Hofprediger Hoffmann schon jetzt eine sichre Meinung über die Frage abgiebt, wundert mich nicht, denn ich kenne seit Jahren die sanguinische Sicherheit, mit welcher sich dieser geistliche Herr auf dem ihm ganz fremden Boden der Politik bewegt. Sein gänzlicher Mangel an der discreten Zurückhaltung, welche zarte Geschäfte erfordern, lassen mich befürchten, daß er dies vorliegende durch seine Einmischung nur erschweren und Ew. Majestät Namen, wie das schon im Winter in Berlin geschehn zu sein scheint, mißbräuchlich benutzen wird. Ich kann daher nur ehrfurchtsvoll anrathen, dem Oberhofprediger jede Thätigkeit auf diesem Felde huldreichst untersagen zu wollen . . . Einige Sorge macht mir in meiner Einsamkeit die Rangfrage zwischen den Majestäten von Rußland und Oestreich. Graf Stillfried scheint zu meinem Erstaunen zu glauben, daß noch heut ein allgemeiner Vorrang eines Kaiserhofes oder Hauses vor einem andern von dem letztern irgendwo anerkannt werde. Das war selbst im vorigen Jahrhundert niemals unbestritten und ist 1814—15 und 1818 in Aachen durchaus aufgegeben. An Rang giebt an sich keiner der beiden Kaiser dem andern den pas. Die Auswege, die

sich bieten, sind in erster Linie das Regirungsalter, eventuell, nach Uebereinkunft, das Lebensalter, auf Congressen das Alphabet. Diese schwierige Frage muß meines allerunterthänigsten Dafürhaltens durch Vermittlung von Ew. Majestät Botschaftern in Petersburg und Wien à l'amiable geordnet werden, bevor die Herrschaften Sich begegnen. 12. 8. 1872.

v. Bismarck.

IX.

Varzin, 13. November 1872.[1])

Allergnädigster König und Herr,

ich bin sehr niedergeschlagen darüber, daß ich auf Ew. Majestät huldreiches Schreiben vom 9 c. nicht sofort nach Berlin kommen und mich Ew. Majestät in der schwebenden Krisis zur Verfügung stellen konnte, um so mehr, als ich gegen Ende des vorigen Monats glaubte, daß ich bald so weit hergestellt sein würde. Ich befand mich seit meiner Rückkehr von Berlin in fortschreitender Zunahme der Kräfte und ließ mich dadurch und durch das Interesse zur Sache, im Widerspruche mit den dringenden Mahnungen des Arztes, verleiten, auf Graf Eulenburgs wiederholte Aufforderungen einzugehn, indem ich durch Eingaben an Ew. Majestät, durch Correspondenzen mit den Ministern und Gliedern des Herrnhauses auf den Gang der Dinge zu wirken suchte. Es ist das auf diesem Wege und aus der Ferne gewiß sehr gewagt, da mir die aufklärende Discussion und die Kenntniß der Gegengründe fehlt, und ebenso die ausreichende Arbeitshülfe. Ich hoffte aber, daß es nur wenige Tage dauern werde, bis die Geschäfte wieder in ruhigeres Fahrwasser gelangten. Dieser Versuch hat mich aber leider zu rasch überführt, wie mein Arzt Recht hat, und wie gering der Vorrath meiner neu gesammelten Kräfte war. Ich bin sehr entmuthigt darüber, denn meine Einwirkung auf die Geschäfte wird eher eine störende gewesen sein, und die wenigen Tage der Arbeit und der Gemüthsbewegung, welche 13. 11. 1872.

---

[1]) Zuerst, doch ungenau, veröffentlicht in den „Grenzboten" 3. 4. 1890 No. 14, hier genau nach dem Originale.

13. 11. 1872. nervenkranke Reizbarkeit damit verbindet, haben hingereicht, mir die Ermattung meiner geistigen Arbeitskraft wieder klar zu machen. Ich fürchte, daß ich verbrauchter bin, als ich mir selbst eingestehn mag, und diese Sorge, sowie das Gefühl der Beschämung darüber, daß ich in so wichtigen Momenten nicht auf meinem Posten und zu Ew. Majestät Dienst bin, drücken mich nieder, wenn ich mir auch sage, daß ich mich in Demuth dem Willen Gottes zu ergeben habe, der meiner Mitwirkung nicht bedarf und meinen Kräften ihre Schranke zieht. Meine Unruhe findet ihr Gegengewicht in dem Vertrauen, welches Ew. Majestät am Schlusse Ihres Schreibens aussprechen und welches ich von Herzen theile, daß Gottes Gnade, die Ew. Majestät Regirung bisher gesegnet hat, auch weiterhelfen werde. Der Weg, den Ew. Majestät im Conseil gebilligt haben, kann eben so gut, wie der von mir vorgeschlagne, zu denselben Zielen führen, wenn nur kein Bruch mit dem jetzigen Abgeordnetenhause dazwischen kommt, und wenn meine Collegen unter sich einig bleiben. Das werden sie Ew. Majestät zu Liebe thun, wenn auch bisher manche Anzeichen der Divergenzen bis hierher erkennbar wurden. Ich fürchte, daß meine Correspondenzen mit den einzelnen unter ihnen, je nachdem sie Fragen an mich richteten, die Elemente der Verstimmung gelegentlich vermehrt haben, und daß Mißverständnisse mir gegenüber dadurch entstanden sind, daß der Inhalt meiner Briefe nur denen, an die sie gerichtet waren, vollständig bekannt wurde. Ich habe daher Roon gebeten, mich nur dann zuzuziehn, wenn Ew. Majestät es besonders befehlen, und ihn benachrichtigt, daß ich mit den einzelnen Collegen nicht mehr correspondiren würde.

Auf diese Weise wird meine Heranziehung, so lange mir Gott nicht zu bessern Kräften hilft, allein in Ew. Majestät gnädige und nachsichtige Hand gelegt sein. Meine Hoffnung und meine Bitte zu Gott aber ist, daß mir bald wieder vergönnt sein möge, unter Ew. Majestät Auge selbst wieder meine Pflicht zu thun und die Beruhigung wiederzugewinnen, die in der Arbeit liegt.

v. Bismarck.

X.

Berlin, 24. December 1872.

Ew. Majestät

danke ich ehrfurchtsvoll und herzlich für das schöne und aus- 24. 12. 1872.
zeichnende Geschenk zum Weihnachtsabend.[1])

Mein Vater war 1783 bei Leib-Carabinier eingetreten und hat noch die Ehre gehabt, Friedrich dem Großen bei der Revue als Junker vorgestellt zu werden, bei welcher Gelegenheit der große König geruht hat, ihm das Beispiel seines Großvaters, des bei Czaslau gebliebnen Majors v. Bismarck (von damals vacant von Schulenburg, später Bayreuth-Dragonern) in gnädig anerkennender Weise als Muster vorzuhalten. Diese und viele andre aus dem Munde meines Vaters überkommende lebendige Mittheilungen aus der großen Zeit, welche das vor mir stehende Kunstwerk vergegenwärtigt, und zu denen ich eine wohlerhaltne Reihe von Briefen meines Großvaters aus den Feldlagern des Siebenjährigen Krieges rechnen kann, bilden die dauernden Eindrücke meiner Kindheit, und ich habe es jederzeit bedauert, daß es mir nach dem Willen meiner Eltern nicht erlaubt war, lieber vor der Front als hinter dem Schreibtische meine Anhänglichkeit an das angestammte Königshaus und meine Begeisterung für die Größe und den Ruhm des Vaterlandes zu bethätigen. Auch heut, nachdem Ew. Majestät Gnade mich zu den höchsten staatsmännischen Ehren erhoben hat, vermag ich das Bedauern, ähnliche Stufen nicht als Soldat mir erstritten zu haben, nicht ganz zu unterdrücken. Verzeihn Ew. Majestät am Heiligen Abend einem Manne, der gewohnt ist, an christlichen Gedenktagen auf seine Vergangenheit zurück zu blicken, diese Aussprache persönlicher Empfindungen. Ich wäre vielleicht ein unbrauchbarer General geworden, aber nach meiner eignen Neigung hätte ich lieber Schlachten für Ew. Majestät gewonnen, wie die Generäle, die das Denkmal zieren, als diplomatische Campagnen. Nach Gottes Willen und nach

---

[1]) Nachbildung des Rauchschen Standbildes Friedrichs des Großen in Bronzeguß. — Der Brief, in den „Grenzboten“ a. a. O. ungenau veröffentlicht, wird hier wortgetreu nach dem Originale mitgetheilt.

24. 12. 1872. Ew. Majestät Gnade habe ich die Aussicht, in Schrift und in Erz genannt zu werden, wenn die Nachwelt die Erinnerung an Ew. Majestät glorreiche Regirung verewigt. Aber die herzliche Anhänglichkeit, die ich, unabhängig von der Treue jedes ehrlichen Edelmannes für seinen Landesherrn, für Ew. Majestät Person fühle, der Schmerz und die Sorge, die ich darüber empfinde, daß ich Ew. Majestät nicht immer nach Wunsch und nicht mehr mit voller Kraft dienen kann, werden in keinem Denkmal Ausdruck finden können; und doch ist es nur dieses persönliche Gefühl in letzter Instanz, welches die Diener ihrem Monarchen, die Soldaten ihrem Führer auf Wegen, wie Friedrich II. und Ew. Majestät nach Gottes Rathschluß gegangen sind, in rücksichtsloser Hingebung nachzieht. Meine Arbeitskraft entspricht nicht mehr meinem Willen, aber der Wille wird bis zum letzten Athem Ew. Majestät gehören.

v. Bismarck.

XI.

A. Concept, fremder Entwurf mit eigenhändigen Correcturen Bismarcks.

Kissingen, 27. Juli 1874.

Ew. Majestät

27. 7. 1874. allergnädigstes Schreiben vom 17. d. M. zu beantworten, verbot mir bisher ärztliche Vorschrift und auch heut noch zwingt mich mein Zustand, mich einer fremden Hand zu bedienen.

Unter allen Zeichen der Theilnahme, die mir von so vielen Seiten zugegangen sind, konnte mich nichts mehr aufrichten und beglücken, als die Worte, welche Ew. Majestät an mich gerichtet haben. Denn sie reichen über den Augenblick hinaus und knüpfen an die Vergangenheit an, in der es mir vergönnt gewesen ist, Ew. Majestät unter Gottes Segen zu dienen. Möge es mir gelingen, mit Ew. Majestät mir zu jeder Zeit unentbehrlichem Beistand die Aufgabe meines Lebens zu vollenden, welches in Ew. Majestät Dienst gefährdet, auch diesmal wieder durch Gottes Hülfe aus Mörderhand gerettet worden ist.

Diese Gefahr und die Schädigung, welche meine Gesund- 27. 7. 1874.
heit dadurch erfahren, werde ich gern über mich nehmen, wenn die durch das Attentat allgemein gewordene Erkenntniß der Pläne unsrer Gegner die Durchführung der von Ew. Majestät mir gestellten Aufgabe erleichtert.

Geruhn Ew. Majestät mit meinem ehrfurchtsvollen Dank meinen allerunterthänigsten Wunsch für ungestörten und befriedigenden Erfolg von Allerhöchstdero Cur zu genehmigen.

v. Bismarck.

B. Concept, eigenhändig niedergeschrieben.

Ew. Majestät

wollen huldreich verzeihn, daß ich meinen ehrfurchtsvollen Dank für das so gnädige Schreiben vom 17. zurückgehalten habe, bis ich selbst wieder die Feder führen kann. Es geht noch schlecht, aber doch [gut] genug, um selbst schreiben zu können, wie sehr mich die Worte Ew. Majestät erfreut und gehoben haben.

Ew. Majestät sprachen bei meiner Ernennung zum General ein huldreiches Wort, welches meine innerste Empfindung traf, daß ich Ew. Majestät auch als Minister mit im Sinne des Soldaten diente. Ich bin bemüht, als solcher dem erhabnen Beispiel treuer Pflichterfüllung nachzustreben, welches Ew. Majestät Ihren Dienern geben. Möge es mir auch gelingen, Ew. Majestät darin nachzufolgen, daß ich mich durch dergl. Real-Injurien, wie die vom 13. weniger erbittern lasse. Ich bitte Gott um Demuth und Versöhnlichkeit, denn Zorn und Haß sind schlechte Rathgeber in der Politik.

v. Bismarck.

XII.

Varzin, 13. August 1875.

Ew. Majestät huldreiches Schreiben vom 8. c. aus Gastein 13. 8. 1875.
habe ich mit ehrfurchtsvollem Danke erhalten und mich vor

13. 8. 1875. Allem gefreut, daß Ew. Majestät die Kur gut bekommen ist, trotz allen schlechten Wetters in den Alpen. Den Brief der Königin Victoria beehre ich mich wieder beizufügen; es wäre sehr interessant gewesen, wenn Ihre Majestät Sich genauer über den Ursprung der damaligen Kriegsgerüchte ausgelassen hätte.[1]) Die Quellen müssen der hohen Frau doch für sehr sicher gegolten haben, sonst würde Ihre Majestät Sich nicht von Neuem darauf berufen und würde die englische Regirung auch nicht so gewichtige und für uns so unfreundliche Schritte daran geknüpft haben. Ich weiß nicht, ob Ew. Majestät es für thunlich halten, die Königin Victoria beim Worte zu nehmen, wenn Ihre Majestät versichert, es sei Ihr „ein Leichtes, nachzuweisen, daß Ihre Befürchtungen nicht übertrieben waren". Es wäre sonst wohl von Wichtigkeit, zu ermitteln, von welcher Seite her so „kräftige Irrthümer" nach Windsor haben befördert werden können. Die Andeutung über Personen, welche als „Vertreter" der Regirung Ew. Majestät gelten müssen, scheint auf Graf Münster zu zielen. Derselbe kann ja sehr wohl, gleich dem Grafen Moltke, akademisch von der Nützlichkeit eines rechtzeitigen Angriffs auf Frankreich gesprochen haben, obschon ich es nicht weiß und er niemals dazu beauftragt worden ist. Man kann ja sagen, daß es für den Frieden nicht förderlich ist, wenn Frankreich die Sicherheit habe, daß es unter keinen Umständen angegriffen wird, es mag thun, was es will. Ich würde noch heut, wie 1867 in der Luxemburger Frage, Ew. Majestät niemals zureden, einen Krieg um deswillen sofort zu führen, weil wahrscheinlich ist, daß der Gegner ihn bald beginnen werde; man kann die Wege der göttlichen Vorsehung dazu niemals sicher genug im Voraus erkennen. Aber es ist auch nicht nützlich, dem Gegner die Sicherheit zu geben, daß man seinen Angriff jedenfalls abwarten werde. Deshalb würde ich Münster noch nicht tadeln, wenn er in solchem Sinne gelegentlich geredet hätte, und die englische Regirung hätte deshalb noch kein Recht gehabt, auf außeramtliche Reden

---

[1]) Vgl. dazu den Aufsatz: Frankreichs angebliche Bedrohung im Jahre 1875 in den Berliner Neuesten Nachrichten vom 27. August 1895 No. 401 (Morgen-Ausgabe).

eines Botschafters amtliche Schritte zu gründen und sans nous dire gare die andern Mächte zu einer Pression auf uns aufzufordern. Ein so ernstes und unfreundliches Verfahren läßt doch vermuthen, daß die Königin Victoria noch andre Gründe gehabt habe, an kriegerische Absichten zu glauben, als gelegentliche Gesprächswendungen des Grafen Münster, an die ich nicht einmal glaube. Lord Russell hat versichert, daß er jederzeit seinen festen Glauben an unsre friedlichen Absichten berichtet habe. Dagegen haben alle Ultramontane und ihre Freunde uns heimlich und öffentlich in der Presse angeklagt, den Krieg in kurzer Frist zu wollen, und der französische Botschafter, der in diesen Kreisen lebt, hat die Lügen derselben als sichre Nachrichten nach Paris gegeben. Aber auch das würde im Grunde noch nicht hinreichen, der Königin Victoria die Zuversicht und das Vertrauen zu den von Ew. Majestät Selbst dementirten Unwahrheiten zu geben, die Höchstdieselbe noch in dem Briefe vom 20. Juni ausspricht. Ich bin mit den Eigenthümlichkeiten der Königin zu wenig bekannt, um eine Meinung darüber zu haben, ob es möglich ist, daß die Wendung, es sei „ein Leichtes nachzuweisen" etwa nur den Zweck haben könnte, eine Uebereilung, die einmal geschehn ist, zu maskiren, anstatt sie offen einzugestehn.

13. 8. 1875.

Verzeihn Ew. Majestät, wenn das Interesse des „Fachmannes" mich über diesen abgemachten Punkt nach dreimonatlicher Enthaltung hat weitläuftig werden lassen.

Die türkischen Sachen können kaum große Verhältnisse annehmen, wenn nur die drei Kaiserhöfe einig bleiben, und dazu können grade Ew. Majestät am erfolgreichsten wirken, weil wir die Einzigen sind, die zunächst, und noch sehr lange, keine directen Interessen auf dem Spiele stehend haben. Im Uebrigen kann es für uns nur nützlich sein, wenn die öffentliche Aufmerksamkeit und die Politik der andern Mächte sich einmal einer andern Richtung als der deutsch-französischen Frage eine Zeit lang zuwenden.

Da Ew. Majestät die Gnade haben, meiner Gesundheit zu erwähnen, so melde ich darüber ehrfurchtsvoll, daß die

13. 8. 1875. sechs Wochen lang durchgeführte Kissinger Kur mich schließlich doch mehr als im vorigen Jahre angegriffen hat. Ich bin sehr matt geworden, kann wenig gehn und noch garnicht reiten. Ein Regime von Malz- und Sool-Bädern soll dem nun wieder abhelfen und haben die 4 ersten in der That gut gewirkt. Ich hoffe daher, daß die nächsten sechs Wochen mich wieder geschäftsfähiger machen werden, wenn ich auch fürchte, daß ich auf Ew. Majestät huldreiche Nachsicht in höherem Maße rechnen muß, als meinem Pflichtgefühl zulässig scheint. Meine Frau und Tochter danken ehrfurchtsvoll für Ew. Majestät huldreiche Erinnerung und empfehlen sich der allerhöchsten Gnade.

v. Bismarck.

XIII.

Berlin, 8. Juni 1876.

8. 6. 1876. Ew. Majestät erwidere ich ehrfurchtsvoll, daß ich Berichte über die Sitzungen des Landesausschusses bisher nicht erhalten und nach dem, was ich in den Zeitungen darüber gelesen habe, nicht glaube, daß eine der Sitzungen eine stürmische gewesen sei, wenn man auch von Angriffen erzählt, die Baron Zorn v. Bulach, der Führer der Ultramontanen, gegen Ew. Majestät Regirung gerichtet hat; aber nicht in Betreff des Herrn v. Möller, sondern wegen Nichtvorlage eines Jagdgesetzes. Genaueres weiß ich darüber noch nicht. . . . Jedenfalls sind die Gerüchte grundlos erfunden, die zuerst darüber in den Zeitungen standen, daß Möller beabsichtige, den Abschied zu nehmen; er selbst hat sie dementiren lassen. Noch weniger habe ich die Absicht, bei Ew. Majestät eine Veränderung in Anregung zu bringen, habe auch gegen niemand, weder hier noch im Elsaß eine Aeußerung gethan, die dahin gedeutet werden könnte. Ew. Majestät wollen Sich huldreichst erinnern, daß ich gleich nach dem Erscheinen der Vertrauensmänner Allerhöchstdenselben mündlich vortrug, wie angenehm es mich überrascht habe, von denselben zu hören, daß Möller die Zuneigung und das Vertrauen der Deutsch-Gesinnten habe, und

wie dadurch für mich alle Zweifel über die Nützlichkeit einer Aenderung für jetzt gelöst wären. Seitdem habe ich zu keiner Zeit auch nur einen Gedanken daran gehabt, geschweige denn eine Absicht geäußert, Möllers Entfernung aus Straßburg bei Ew. Majestät anzuregen, und kann nur allerunterthänigst bitten, die Quelle, aus der solche Gerüchte stammen, als eine unglaubwürdige ansehn zu wollen. 8. 6. 1876.

v. Bismarck.

XIV.

Berlin, 21. März 1877.

Ew. Majestät hatte ich gehofft, heut persönlich meinen ehrfurchtsvollen Dank für den neuen durch Graf Redern mir überbrachten allerhöchsten Gnadenbeweis[1]) zu Füßen legen zu können; mein Arzt sagt aber, durch meinen Ausgang heut würde ich die Aussicht vermindert haben, morgen vor Ew. Majestät erscheinen zu können. Ich beschränke mich deshalb heut auf diesen schriftlichen Ausdruck meiner Dankbarkeit und der Freude, die Ew. Majestät mir durch dieses Zeichen allerhöchster Anerkennung und durch die huldreichen Zeilen machen, welche dasselbe begleiten. Ich werde leider selbst dem Berufe eines Oberjägermeisters in Ew. Majestät getreuem Herzogthum Pommern nicht mehr mit der frühern Rüstigkeit und Lust am edlen Waidwerk obliegen können; aber mein Sohn, derselbe, bei dem Ew. Majestät vor 25 Jahren in Frankfurt die Gnade hatten, die Pathenstelle zu übernehmen,[2]) wird so Gott will noch lange Jahre in dankbarer Ehrfurcht seines erhabnen Pathen bei Führung des hohen Jägeramtes gedenken. Sein nächster Gutsnachbar wird dabei der Erbküchenmeister, Graf Kleist, sein, so daß die pommerschen Erbämter im Dienste ihres Herzogs zweckmäßig ineinander greifen können. Ich hoffe, daß es mir vergönnt sein wird, morgen 21. 3. 1877.

---

[1]) Die Ernennung zum Erboberlandjägermeister des Herzogthums Pommern.

[2]) Graf Wilhelm v. Bismarck.

21. 3. 1877. mit meinen ehrfurchtsvollen und herzlichen Glückwünschen meinen allerunterthänigsten Dank mündlich wiederholen zu dürfen.

v. Bismarck.

XV.

Varzin, 28. Juli 1877.

28. 7. 1877. Eine mir gestern zugegangne Mittheilung des Admirals Henk benachrichtigt mich, daß Ew. Majestät die Gnade gehabt haben, die am 25. c. bei Kiel vom Stapel gelaufne Corvette auf meinen Namen taufen zu lassen. Geruhn Ew. Majestät meinen ehrfurchtsvollen und tief empfundenen Dank für diese neue und hohe Auszeichnung huldreich entgegenzunehmen. Ich würde ihn gern dadurch bethätigen, daß ich Ew. Majestät recht bald wieder in dem Fahrwasser meiner Amtsgeschäfte mit derselben Hingebung und Anstrengung zu dienen suchte, wie die Bemannung von Ew. Majestät Schiff „Bismarck" es überall zur See mit Sicherheit thun wird. Ich hoffe die guten Aussichten dazu, die ich in Kissingen gewonnen habe, im nächsten Monat in Gastein noch verbessern zu können. Für den Augenblick bin ich aber leider noch nicht gewiß, wann ich die Reise werde antreten können, da eine heftige Erkältung, wie das unsichre Wetter dieses Sommers sie mit sich bringt, mich nöthigt, das Zimmer und meistens das Bett zu hüten. Ich habe deshalb leider kaum Aussicht, Ew. Majestät noch in Gastein selbst meinen allerunterthänigsten Dank dafür in Person zu Füßen zu legen, daß Allerhöchstdieselben dort in den Alpen meiner in Gnaden gedacht haben.

v. Bismarck.

XVI.

Varzin, 11. August 1877.[1]

11. 8. 1877. Ew. Majestät danke ich ehrfurchtsvoll für das huldreiche Schreiben aus Gastein vom 6. und empfinde mit Allerhöchstdenselben ein peinliches Bedauern über die unvorsichtige Zer-

[1]) Vgl. dazu den Aufsatz Deutschland und Rußland in den Hamb. Nachr. 14. October 1896 M.-A.

splitterung der russischen Heere und die dadurch verursachten 11. 8. 1877.
Unfälle. Nicht daß ich politisch eine für Deutschlands Frieden gefährliche Wendung deshalb befürchtete; im Gegentheil haben diese unvermutheten Siege der Türken die Möglichkeit einer weitern Verbreitung des Krieges durch Einmischung Englands oder Beunruhigung Oestreichs in die Ferne gerückt. Aber es ist unmöglich, ohne bewegte Theilnahme das Unglück dieser tapfern und befreundeten Truppen zu lesen und ohne Erbitterung von den schändlichen Greuelthaten der Türken gegen Verwundete und Wehrlose Kenntniß zu nehmen. Bei solchen Barbareien ist es schwer, die diplomatische Ruhe zu bewahren, und ich denke, daß unter allen christlichen Mächten das Gefühl der Entrüstung allgemein sein muß. Vielleicht würde es den Intentionen Ew. Majestät entsprechen, wenn das auswärtige Amt eine Mittheilung in diesem Sinne an die übrigen Cabinette richtete und dieselben zu gemeinsamen Vorstellungen bei der Pforte aufforderte. Für die Russen liegt in diesen Erscheinungen ein Zeugniß, daß sie wirklich die Vorkämpfer christlicher Civilisation gegen heidnische Barbarei in diesem Kriege sind. Ich freue mich aus Ew. Majestät Schreiben die Bestätigung meiner Ueberzeugung zu entnehmen, daß Deutschland die Hand zu irgend welcher Demüthigung Rußlands nicht bieten darf und daß Ew. Majestät dem Kaiser Alexander „Farbe halten“ wollen, das heißt die neutralité bienveillante durchführen und bei den, jetzt wie zu vermuthen ferner gerückten Friedensverhandlungen billige Wünsche Rußlands diplomatisch unterstützen; auch solche, die nicht in allgemein christlichen, sondern in berechtigten russischen Wünschen ihren Grund haben. Solche Wünsche geltend zu machen, wird Rußland allerdings nur als Sieger in der Lage sein, und der Sieg wird ihnen vielleicht noch länger den Rücken drehn, wenn sie, wie die letzten Berichte über eine angebliche dritte Schlacht bei Plevna bekunden würden, falls sie richtig sind —, wenn sie fortfahren, starke feindliche Stellungen schnell und mit unzureichenden Kräften nehmen zu wollen. Nutzlose Aufopferung braver Soldaten ist das einzige Resultat. Ew. Majestät besorgten, daß die Türken den Kampf vor dem Eintreffen der

11. 8. 1877. russischen Verstärkungen erneuern würden; nach den Zeitungen scheint es aber, daß den Russen die Geduld fehlt, bessere Gestaltungen abzuwarten. Für Ew. Majestät Politik scheint wenigstens eine Frucht schon gereift zu sein, die der richtigen Würdigung der deutschen Freundschaft in der öffentlichen Meinung Rußlands. Die vorjährigen Bestrebungen des Fürsten Gortschakow und andrer antideutscher Politiker, eine uns feindliche Fühlung zunächst mit Oestreich, und dann nach Belieben mit Frankreich zu finden, Deutschland aber in der Meinung des russischen Volkes und Heeres zu discreditiren, sind definitiv mißlungen; wir sind mit England in gutem Vernehmen geblieben, und die früher deutschfeindlichen Moskauer wollen eine Adresse an Ew. Majestät richten; die Freundschaft Oestreichs haben Ew. Majestät in Ischl gestärkt, und die bisher unermüdlichen Verläumder der deutschen Politik finden mit ihren Fabeln über Kriegsgelüste keinen Anklang mehr. Der Drei-Kaiserbund wird unter Ew. Majestät Führung mit Gottes Hülfe auch ferner im Stande sein, dem Kaiser Alexander freie Bahn und dem übrigen Europa den Frieden zu erhalten. Ich werde mich glücklich schätzen, wenn ich Ew. Majestät in dieser glorreichen Aufgabe wieder mit vollen Kräften dienen kann. Noch bin ich leider nicht so weit; wenn auch die unmittelbaren Krankheitserscheinungen seit Kissingen zurückgetreten sind, so ist doch meine allgemeine Schwäche jetzt fast größer als vor meiner Abreise nach Kissingen. Jede geistige Arbeit erregt meine Nerven, so daß der Schlaf mich flieht. Wollte ich mich ganz enthalten, so würde ich mit einigen meiner Kollegen auf dem Gebiete innerer Gesetzgebung in unheilbaren Zwiespalt gerathen. Gesetzentwürfe, die ich der Industrie schädlich oder unpractisch halte, entstehn in meiner Abwesenheit, und der Kampf dagegen macht mir viel eigne Arbeit; noch mehr das Verlangen, in unsern Zoll- und Steuergesetzen und im Eisenbahnwesen die Reformen anzubahnen, die ich nothwendig glaube, für die ich aber keinen Beistand finde. Ich bin eben unter Ew. Majestät Ministern, allenfalls mit Friedenthal, der einzige, der vermöge seines Besitzes zugleich zu den „Regirten" gehört und mit diesen empfindet, wo und wie die Schuhe

drücken, die uns vom grünen Tische der Gesetzgebung her an- 11. 8. 1877.
gemessen werden. Die Minister, ihre Räthe, die Mehrzahl der Abgeordneten sind gelehrte Leute, ohne Besitz, ohne Gewerbe, unbetheiligt an Industrie und Handel, außerhalb des practischen Lebens stehend; ihre Gesetzentwürfe, überwiegend Juristenarbeit, stiften oft Unheil, und die Abgeordneten aus dem practischen Leben sind einmal, den Gelehrten gegenüber, in Landtag und Reichstag die Minderheit, und dann treiben sie leider mehr Politik, als daß sie ihre materiellen Interessen vertreten sollten. So kommt es denn, daß ein Gesetzentwurf, der die Letztern schädigt, wenn er einmal von den Ministern eingebracht ist, durch die Mehrheit der Gelehrten und Beamten in den Parlamenten leicht durchgebracht, meist noch verschlechtert wird. Verzeihn Ew. Majestät diese Darlegung der Verhältnisse, welche mich hier zur Arbeit nöthigen, während die Gesundheit Ruhe verlangt. Die auswärtigen Geschäfte sind nicht die aufreibenden.

Ich soll nach Gastein gehn, vermag aber immer noch nicht den Entschluß zur Reise zu fassen, wegen Schwäche und Menschenscheu.

Meine Frau, welche Tölz in Bayern gebrauchen soll, dankt ehrfurchtsvoll für Ew. Majestät huldreiche Grüße und wünscht Ew. Majestät fernerer Gnade allerunterthänigst empfohlen zu sein.

v. Bismarck.

XVII.

Varzin, 30. Dec. 1877.

Ew. Majestät sage ich meinen ehrfurchtsvollen Dank für 30. 12. 1877.
das huldreiche Weihnachtsgeschenk,[1]) welches fortan eine dauernde Zierde meines hiesigen Hauses bilden wird. Wenn, wie Ew. Majestät gnädige Zeilen andeuten,[2]) in einigen Linien die ungezwungne Haltung nicht wiedergegeben ist, in welcher wir Zeitgenossen den durchlauchtigsten Reiter im Sattel zu

---

[1]) Kaiser Wilhelm zu Pferd.

[2]) S. o. S. 6. Schreiben des Königs vom 24. December 1877.

30. 12. 1877. sehn gewohnt sind, so muß man dem Künstler zugeben, daß eine monumentale Darstellung ihre eignen Gesetze hat, nach denen der Eindruck des Bildes, von vorn gesehn, durch die Abweichung von dem Natürlichen eher gesteigert wird.

Mit meinem Danke erlaube ich mir meinen allerunterthänigsten Glückwunsch Ew. Majestät zu Füßen zu legen. Gott wolle Allerhöchstdieselben auch im neuen Jahre in gewohnter Frische, Gesundheit und in allem Segen erhalten, der bisher Ew. Majestät Regirung begleitet hat. Ich werde mich glücklich schätzen, wenn ich im neuen Jahre meinen Dienst bald wieder antreten und zu Ew. Majestät Zufriedenheit versehn kann. Seit einigen Tagen bin ich von einer heftigen Grippe befallen, die mich so angreift, daß ich nur für kurze Zeit heut habe aufstehn können. Ich bin, ohne mir schädliche Gewalt anzuthun, deshalb nicht im Stande, diese Zeilen zu einem politischen Berichte auszudehnen. Graf Lehndorff, der mich gestern verließ, habe ich gebeten, Ew. Majestät, auf Befragen, über meine Sondirungen durch Bennigsen einige Meldungen zu machen. Nach denselben erwarte ich im Reichstage eine günstige Aufnahme für Erhöhung von indirecten Steuern, wenn eine umfassende, reformartige, Vorlage gemacht wird. Große Summen (von Tabak, Bier u. dergl.) werden leichter bewilligt werden, als kleine unbescheidne expédients und Lückenbüßer. Ich hoffe, dieses scheinbare Räthsel bald bei besserer Gesundheit lösen zu können.

v. Bismarck.

XVIII.

Berlin, 9. November 1878.

9. 11. 1878. Ew. Majestät haben mir durch das huldreiche Schreiben vom 6. eine Ueberraschung bereitet, die um so freudiger war, als sie zusammenfiel mit dem so sehr gnädigen Ausdruck der Theilnahme, welchen Ew. Majestät an dem Freudenfest meiner Tochter und an den gemischten Gefühlen bekundet haben, welche meine Frau an jenem Tage bewegen mußten. Nur wer selbst eine einzige Tochter hat das Haus verlassen sehn,

9. 11. 1878.

konnte die Bedeutung der zarten Aufmerksamkeit ermessen, mit welcher Ew. Majestät Huld meiner Frau einen Trost hat gewähren wollen. Verzeihn Ew. Majestät, daß ich zuerst für den Gnadenact danke, der Haus und Herz berührt. In meiner Eigenschaft von Ew. Majestät Diener im Reich und im Staat bin ich beschämt darüber, daß Allerhöchstdieselben mein angestrengtes, aber leider schon gelähmtes Streben nach treuer Pflichterfüllung mit einer neuen Auszeichnung [1]) und insbesondre mit so warmen und mir tief zum Herzen gehenden Worten haben anerkennen wollen. Die schwere Heimsuchung, welche Ew. Majestät betroffen hat, nicht bloß durch Verwundung auf dem Schlachtfelde, wie es sich heut für Monarchen gestaltet, sondern durch den Undank der Menschen, wie er sich ausspricht in dem Verbrechen und in allem, was sich daran knüpfte, bildet für mich ein neues Band der Pflicht, welches mich noch fester als bisher dem allerhöchsten Dienste verbindet. In der Schlechtigkeit der Untreue liegt für treue Unterthanen ein Sporn der Treue, und ich bitte Gott seitdem noch eifriger als früher, mir die Gesundheit zu geben, deren ich bedarf, um Ew. Majestät, so lange ich lebe, meine herzliche Dankbarkeit und meine Treue als geborner Dienstmann des Brandenburgischen Herrscherhauses durch die That zu beweisen.

Meine Gesundheit läßt zu wünschen übrig; ich bedarf einer absoluten Ruhe für einige Zeit, die mir seit Jahr und Tag gefehlt hat; ich hoffe sie während der Landtagsverhandlungen in Friedrichsruh zu finden und will mich durch eigne Mattigkeit nicht beirren lassen in der Freude, mit der ich von Ew. Majestät zunehmenden Kräften durch Lehndorff höre und in Ew. Majestät festen Schriftzügen das Zeugniß für die Herstellung der in Gastein noch leidenden rechten Hand erblicke.

v. Bismarck.

---

[1]) Verleihung des Rothen Adler-Ordens mit Krone, Scepter und Schwert.

XIX.

Friedrichsruh, 3. Dez. 1878.

3. 12. 1878. Zu meiner tiefen Betrübniß bin ich nicht im Stande Ew. Majestät meine ehrfurchtsvolle Begrüßung übermorgen gemeinsam mit meinen Collegen darbringen zu können. Ich vermag nur schriftlich Ew. Majestät den herzlichsten Wunsch zu Füßen zu legen, daß Gottes Segen in der wieder übernommnen Regirung Ew. Majestät Trost und Genugthuung gewähren möge für die Verbrechen und den Undank der Menschen, welche Ew. Majestät im Herzen eben so schwer als äußerlich haben verwunden müssen.

Der plötzliche Uebergang aus der Gasteiner Kur in die Arbeiten des Reichstags scheint meine Herstellung gehindert zu haben, so daß ich heut noch nicht wieder so wohl bin, wie ich im September war. Wenn aber Ew. Majestät die Gnade haben wollen, mir noch 4 bis 6 Wochen arbeitfreie Einsamkeit und Waldluft zu gestatten, so darf ich hoffen, daß es mir mit Gottes Hülfe gelingen werde, mich im Januar für die Arbeiten zur Vorbereitung des Reichstags mit frischen Kräften zu Allerhöchstdero Verfügung stellen zu können. Die Reichstagsverhandlungen werden in diesem Jahre wegen der Nothwendigkeit tief eingreifender finanzieller und wirthschaftlicher Reformen besonders schwierig und voraussichtlich von harten Kämpfen der Parteien unter einander und gegen Ew. Majestät Regirung begleitet sein. An einem schließlichen günstigen Erfolge, auf dem finanziellen wie auf dem wirthschaftlichen Gebiete, zweifle ich aber nicht, wenn es gelingt, die Einigkeit des Staatsministeriums in sich und mit den wichtigeren Bundesregirungen zu erhalten und der Regirung diejenige Festigkeit und Entschlossenheit zu bewahren, welche Ew. Majestät Führung uns in allen schwierigen Lagen gewährt hat und der wir, nächst Gott, so große Erfolge verdanken.

v. Bismarck.

XX.

Friedrichsruh, 29. Decbr. 1878.

Ew. Majestät danke ich ehrfurchtsvoll für das huldreiche Weihnachtsgeschenk, dessen Gepräge der „Erinnerung“ gewidmet ist, deren schmerzliche Eindrücke in den Herzen derer, die sie mit erlebten, unauslöschlich sind. Dennoch kann ich die Münze nicht ohne ein Gefühl tiefer Dankbarkeit für Gottes Gnade betrachten, die es gewollt hat, daß Ew. Majestät nach so schwerer Verwundung, nach so schmerzlichem Eingriff in das geistige wie in das körperliche Empfindungsvermögen im Vollbesitz der frühern Gesundheit und in neuer Bethätigung Ihres erhabenen Berufes, diese Denkmünze konnten schlagen lassen. Sie ist das Denkmal der mit Gottes Hülfe von Ew. Majestät und von Deutschland abgewendeten Gefahr, und es wäre undankbar gegen Gott, diesem Gefühl nicht den Vorrang vor der traurigen „Erinnerung“ an das zu gewähren, was am 2. Juni geschah und geschehn konnte. 29. 12. 1878.

Mögen Ew. Majestät geruhn, in Gnaden die ehrfurchtsvollen Wünsche entgegenzunehmen, die ich, in Gemeinschaft mit allen andern treuen Dienern, zum Jahreswechsel in dem Vertrauen darbringe, daß in der göttlichen Gnade, die Ew. Majestät Herstellung im ablaufenden Jahre gewollt und bewirkt hat, auch die Bürgschaft für Gottes Segen im neuen Jahre liegt. Den vereinten Gebeten der christlichen und königstreuen Mehrheit der Unterthanen Ew. Majestät wird die Erhörung nicht versagt bleiben.

v. Bismarck.

XXI.

Varzin, 30. Mai 1879.

Unter Rücksendung der Anlage des Allergnädigsten Handschreibens von gestern erlaube ich mir von einer Mittheilung an den Kronprinzen von Dänemark ehrfurchtsvoll abzurathen. 30. 5. 1879.

Die Darstellung, welche Se. Königl. Hoheit Ihrer Majestät der Kaiserin gegeben hat, entspricht dem Sachverhalt nicht.

30. 5. 1879. Ob die Eheschließung [1]) überhaupt einen antideutschen politischen Hintergrund hatte, kann unerörtert bleiben; daß aber dabei eine Deputation von malcontenten und conspirirenden Unterthanen Ew. Majestät zu den Feierlichkeiten am dänischen Hofe amtlich zugezogen wurde, widersprach den Traditionen benachbarter und mit einander in friedlichen Beziehungen lebender Souveräne. Weit darüber hinaus aber geht die Thatsache, daß die Mitglieder dieser welfischen Deputation mit dänischen Orden ausgezeichnet wurden, als ob sie amtlich das Gefolge des Herzogs von Cumberland bildeten.

Ew. Majestät haben dieser starken Demonstration gegenüber Sich jeder Aeußerung von Empfindlichkeit enthalten; der Kaiserl. Gesandte hatte der Hochzeit des hanöverschen Prätendenten natürlich nicht beiwohnen können; aber er und sein Nachfolger haben die regelmäßigen Beziehungen, ohne die befremdliche Demonstration des dänischen Hofes auch nur zu berühren, [aufrecht erhalten]. Es liegt keine diesseitige Kundgebung vor, welche wieder gut zu machen wäre, sondern lediglich eine einseitige, von Ew. Majestät mit keinem Worte gerügte, Verletzung des völkerrechtlichen Herkommens von dänischer Seite.

Wenn in dieser Sachlage Se. Dänische Majestät Selbst Ew. Majestät gegenüber einen directen begütigenden Schritt thäte, um jene bedauerliche Demonstration ungeschehn zu machen, so würde es sich meines ehrfurchtsvollen Dafürhaltens empfehlen, denselben freundlich entgegenzunehmen. Aber einer mündlichen Aeußerung des Kronprinzen bei zufälliger Begegnung mit Ihrer Majestät der Kaiserin eine von Allerhöchstderselben in Ew. Majestät Auftrage verfaßte schriftliche Auslassung folgen zu lassen, würde ich für zu *viel* halten. Es würde außerdem ein so weitgehendes Entgegenkommen von unsern, weder ehrlichen noch discreten Gegnern benutzt werden können, um die Situation so darzustellen, als ob Ew. Majestät Allerhöchstsich

---

[1]) Des Herzogs Ernst August von Cumberland mit der Prinzessin Thyra, 21. December 1878.

im Gewissen gedrängt fühlten, irgend etwas in dieser Sache wieder gut zu machen, während ein solches Gefühl doch nur auf dänischer Seite vorhanden sein kann. 30. 5. 1879.

v. Bismarck.

XXII.

Varzin, 30. December 1879.

Ew. Majestät danke ich ehrfurchtsvoll, daß Allerhöchst- 30. 12. 1879. dieselben meiner am Weihnachtsfeste in Gnaden gedacht und Allerhöchstihren „Kanzler in Germanien", wie es im Style des heiligen Römischen Reiches hieß, mit einem Bilde der Germania beehrt haben. Meine Frau bewahrt mir das huldreiche Geschenk einstweilen, ich hoffe aber, es in der ersten Woche des Jahres in Berlin in Empfang zu nehmen. Kleine Rückschritte in der Genesung und die große Schwäche, an der ich noch leide, haben mich zu wiederholten Verschiebungen meiner Reise nach Berlin gezwungen, und leider werde ich am Neujahrstage noch nicht anwesend sein können. Ich erlaube mir daher meine ehrfurchtsvollen Wünsche für das kommende Jahr Ew. Majestät schriftlich zu Füßen zu legen und bitte Gott, daß Er mit Seinem Segen bei uns und unserm irdischen Herrn bleiben, Ew. Majestät gesund erhalten und mir vergönnen wolle, daß ich meinen Dienst wieder zu Ew. Majestät Zufriedenheit versehn könne.

v. Bismarck.

XXIII.

Berlin, 22. März 1880.

Ew. Majestät danke ich ehrfurchtsvoll für die huldreiche 22. 3. 1880. Art, in welcher Allerhöchstdieselben meiner heut gedacht und mir eine hohe Freude dadurch gemacht haben, daß mein Sohn der Gnade theilhaftig geworden ist, mit welcher Ew. Majestät mich selbst beglücken und mir auch in körperlichen Leiden die Freudigkeit am allerhöchsten Dienste erhalten. Mein Sohn wird von mir die treue Anhänglichkeit an Ew. Majestät ohnehin

22. 3. 1880. erben, aber die gnädige Auszeichnung, die er dem heutigen Tage zu danken hat, wird ihm auch ein Sporn sein, sich unter seinen Standesgenossen dadurch auszuzeichnen, daß er die Treue nicht bloß in der Empfindung, sondern auch durch arbeitsame Thätigkeit im allerhöchsten Dienste bekundet.

Gott erhalte Ew. Majestät in dem kräftigen Wohlbefinden, von dem die heutigen Meldungen Zeugniß ablegen.

v. Bismarck.

Da mein Sohn in seiner Stellung nicht wagen kann, Ew. Majestät zu danken, so erlaube ich mir sein an mich dienstlich gerichtetes Schreiben ehrfurchtsvoll beizulegen.

v. Bismarck.

XXIV.

Berlin, 2. April 1881.

2. 4. 1881. Ew. Majestät danke ich ehrfurchtsvoll für die gnädigen Wünsche zu meinem Geburtstage und für die huldreichen Worte der Anerkennung, mit denen dieselben begleitet sind.[1]) Mit großem Interesse habe ich die Reliefs des Marschall-Saales in Lichterfelde kennen gelernt; das Cadettenhaus kenne ich leider noch nicht, da ich in den letzten Jahren an Gesundheit und Zeit hier nie so viel erübrigen konnte, um die Sehenswürdigkeiten Berlins zu sehn. Ich theile vollständig Ew. Majestät Glauben an die Zukunft unsrer militärischen Bildung und sehe in ihr ein Gegengewicht so mancher übler Folgen unsrer civilistischen Erziehung. Ich freue mich über jedes neue Jahr, welches Gott mir schenkt, um an dem Entwicklungsgange unsres Vaterlandes in Ew. Majestät Dienst weiter arbeiten zu können, und die Ueberzeugung in mir zu befestigen, daß Gottes Vorsehung die Deutschen gnädiger als andre Nationen der Zukunft entgegenführt. Möge Er zu diesem

---

[1]) S. v. 1 No. XI (S. 8).

Zwecke uns Ew. Majestät erfahrne und väterliche Leitung lange erhalten und für heut die äußerliche Verletzung bald und schmerzlos vorübergehn lassen. 2. 4. 1881.

v. Bismarck.

XXV.

Berlin, 22. 3. 1882.

Geruhn Ew. Majestät meinen ehrfurchtsvollen Dank für die mir heut früh noch nicht bekannten huldreichen Auszeichnungen[1]) entgegenzunehmen, mit welchen Allerhöchstdieselben heut meinen Sohn und meinen Schwiegersohn Graf Rantzau begnadigt haben. 22. 3. 1882.

v. Bismarck.

XXVI.

Friedrichsruh, 26. Mai 1882.[2])

Ew. Majestät danke ich ehrfurchtsvoll für das gnädige Schreiben vom 25. und freue mich, daß Allerhöchstdieselben die Strapazen der Exerzierperiode in gewohnter Rüstigkeit überwunden haben. 26. 5. 1882.

Mir selbst geht es seit dem warmen Wetter erheblich besser und hoffe ich nun gewiß, vor Zusammentritt des Reichstags nach Berlin kommen und in die Geschäfte eintreten zu können, wenn ich auch durch die Erfahrungen des letzten Monats in der Berechnung meiner Gesundheit sehr eingeschüchtert worden bin.

Ueber die definitive Ernennung des Grafen Hatzfeldt zum Staatssecretär und die Besetzung der vacanten diplomatischen

---

[1]) Der Kaiser theilte am 22. März 1882 dem Fürsten B. mit, daß er seinen Sohn Graf W. B. zu den Offizieren à la suite der Armee mit der Uniform des 1. Garde-Dragoner-Regiments versetzt und seinem Schwiegersohn die Erlaubniß zum Tragen der Uniform des 3. Garde-Ulanen-Regiments mit den für Verabschiedete vorgeschriebenen Abzeichen verliehen habe.

[2]) Aus einem Concept.

26. 5. 1882. Posten hatte ich seit einem Monat von Woche zu Woche gehofft, Ew. Majestät die nöthigen Vorlagen nach genommner mündlicher Rücksprache mit Graf Hatzfeldt machen zu können. Durch meine Krankheit und Graf Hatzfeldts Reise zur G. (?) Feier bin ich daran bisher verhindert worden; doch habe ich schon gestern aus Anlaß der Nothwendigkeit, das Reichs- und Staatshandbuch neu zu drucken und um in demselben die Posten nicht als vacant anzuführen, den Unterstaatssecretär Busch beauftragt, zunächst die Ernennung des Grafen Hatzfeldt zum Staatssecretär und des Gesandten v. Radowitz zum Botschafter in Constantinopel bei Ew. Majestät zum Vortrag zu bringen. Ich würde gern vor Allerhöchster Vollziehung mit Graf H. Rücksprache genommen haben, weiß aber nicht, ob seine Rückkehr aus Italien nahe genug bevorsteht, um sie abzuwarten. Für Graf H. selbst hat jeder Aufschub den Vortheil, daß er das höhere Botschafter-Gehalt etwas länger bezieht, bevor er von 40 000 Thlr. auf 16 000 herabsteigt. Ich kann indessen gegen Ew. Majestät Allerhöchste Meinung, daß dies nicht länger so bleiben könne, nichts einwenden, und werde Dr. Busch veranlassen, dem Gf. Hatzfeldt darüber zu telegraphiren.

Bei der Unmöglichkeit, während meiner Krankheit mehr als die nothwendigsten auswärtigen Geschäfte im Auge zu behalten, bin ich von hier aus nicht im Stande geblieben, über die Lage des Pensionsgesetzes für Offiziere und Reichsbeamte die befohlne Auskunft sofort zu geben. Ich schreibe deshalb gleichzeitig an den Minister v. Bitter und den Staatssecretär Scholz, welche mich in den innern Angelegenheiten vertreten, um Ew. Majestät die befohlnen Berichte zu erstatten.

v. Bismarck.

XXVII.

Berlin, 15. December 1882.

15. 12. 1882. Ew. Majestät gnädiges Handschreiben habe ich gestern Abend erhalten und theile vollständig die Allerhöchste Ueberzeugung, daß wir kein Recht haben, von Rußland Explicationen

über seine Festungs- oder Bahnbauten zu verlangen, und daß es nicht politisch sein würde, eine Preß-Polemik zwischen beiden Ländern darüber ins Werk zu setzen. Wenn Graf Hatzfeldt geglaubt hat, darüber Ew. Majestät einen Antrag stellen zu sollen, so hat er mich oder die Aufforderungen, die mir von den höchsten Militärbehörden amtlich zugegangen sind, nicht richtig verstanden. Der Kriegsminister und Gf. Moltke haben seit vorigem Sommer (1881) von mir Schritte verlangt, um Geld zu militärischen Bauten an unsern Eisenbahnen flüssig zu machen, weil die Russen jetzt schneller an der Gränze concentriren könnten wie wir. Ich habe es abgelehnt, dieses Bedürfniß bei Ew. Majestät und dem Reichstage zu vertreten, obschon ich nicht [be]streite, daß es begründet ist; es ist aber ein rein militärisches und muß die Forderung vom Militär, nicht von der politischen Behörde ausgehn. Ich habe aber gerathen, bevor man Ew. Majestät bittet, an den Reichstag zu gehn, um Geld für jene Bauten an unsern Bahnen zu fordern, die öffentliche Meinung bei uns in einer für Rußland schonenden Weise auf dieses Geldbedürfniß vorzubereiten. Das Recht Rußlands, bei sich zu bauen, ist ebenso unbestreitbar wie das Ew. Majestät, Königsberg zu befestigen, und die Presse gegen Rußland ins Gefecht zu führen, würde meinen Ansichten ganz zuwiderlaufen. Ich hatte mir überhaupt nicht vorgenommen, Ew. Majestät oder dem Parlament gegenüber diese, rein militärische Frage zu vertreten, da ich zuviel andre Geschäfte habe und die Sache politisch gefärbt würde, wenn ich sie betriebe. Warum Gr. Hatzfeldt sie in meinem Namen zur Sprache gebracht hat, werde ich erst melden können, wenn ich ihn gesprochen habe. 15. 12. 1882.

v. Bismarck.

XXVIII.

Friedrichsruh, 25. December 1883.

Ew. Majestät danke ich in Ehrfurcht und von Herzen für das huldreiche Weihnachtsgeschenk und insbesondre für 25. 12. 1883.

25. 12. 1883. die gnädigen Worte, welche dasselbe begleiteten.[1]) Sie geben mir die volle Befriedigung, die ich auf dem Niederwald empfunden haben würde, wenn ich dem Feste hätte beiwohnen können. Ew. Majestät Zufriedenheit mit mir hat für mich höhern Werth als der Beifall aller Andern. Ich danke Gott, daß er mein Herz so gestimmt hat, denn Ew. Majestät Zufriedenheit habe ich erwerben können, den Beifall der Andern aber selten und vorübergehend. Ich danke aber auch Ew. Majestät für die Unwandelbarkeit, mit welcher Allerhöchstdieselben mir in dem langen Zeitraum von mehr als 20 Jahren, unbeirrt durch die Angriffe meiner Gegner und durch meine eignen mir wohlbekannten Fehler, in den schwierigsten und in den ruhigen Zeiten stets Ihr Vertrauen bewahrt und mir ein huldreicher Herr geblieben sind. Weiter bedarf ich auf dieser Welt, neben dem Frieden mit dem eignen Gewissen vor Gott, nicht mehr. Gottes Segen ist mit Ew. Majestät Regiment gewesen und hat Ew. Majestät, vor andern Monarchen, die Großes ausgeführt haben, den Vorzug gegeben, daß Allerhöchstdero Diener mit Dankbarkeit gegen Ew. Majestät auf ihre Dienstleistungen zurückblicken. Die Treue des Herrschers erzeugt und erhält die Treue seiner Diener.

Meine Frau dankt ehrfurchtsvoll für Ew. Majestät huldreiche Grüße in dem gnädigen Schreiben vom 21. c., auf welches ich gesondert antworte. Es geht ihr langsam besser, nachdem ich einige Wochen hindurch sehr besorgt um sie gewesen bin. Sie beauftragt mich, ihre unterthänigsten Empfehlungen und Glückwünsche zum Jahreswechsel Ew. Majestät zu Füßen zu legen. Ich selbst bin augenblicklich körperlich wieder rüstiger, wie seit mehren Jahren, und habe gestern die Freude gehabt, mit meinen beiden auf Urlaub hier anwesenden Söhnen einen mehrstündigen Ritt im Walde machen zu können. Wenn ich für geistige Arbeiten meine Nerven noch nicht so anspannen

[1]) Der Kaiser übersandte dem Fürsten B. eine große bronzene Nachbildung des Nationaldenkmals auf dem Niederwald mit folgender Widmung: „Zu Weihnachten 1883. Der Schlußstein Ihrer Politik, eine Feier, die hauptsächlich Ihnen galt und der Sie leider nicht beiwohnen konnten. Wilhelm."

darf, wie der Dienst es fordert, so hoffe ich auch hierin auf weitre Besserung, wenn Ew. Majestät mir huldreich gestatten, noch bis zum Ende des nächsten Monats hier zu bleiben. 25. 12. 1883.

Gott schenke Ew. Majestät ein frohes Fest, in Gesundheit und Zufriedenheit.

v. Bismarck.

XXIX.

Friedrichsruh, 31. December 1883.

Ew. Majestät lege ich meinen ehrfurchtsvollen und herzlichen Glückwunsch zum Neuen Jahr zu Füßen. Es ist dieß der zweiundzwanzigste Jahreswechsel, an dem ich die Ehre habe, Ew. Majestät als Allerhöchstdero Minister zu beglückwünschen und Gott zu danken, daß Er Ew. Majestät uns und dem Lande, mir aber Ew. Majestät Gnade und Vertrauen erhalten hat. Meine Frau und meine Kinder, sowie meine hier anwesende Schwester bitten um huldreiche Erlaubniß, ihre allerunterthänigsten Glückwünsche den meinigen beizufügen, wie sie sich mit mir im Gebet vereinigen, daß Gott auch im neuen Jahre wie bisher, Ew. Majestät schütze und gesund erhalte, zum Segen des Landes und zur Freude Ihrer Unterthanen. 31. 12. 1883.

v. Bismarck.

XXX.

Varzin, 2. September 1884.

Ew. Majestät haben den Gedenktag von Sedan für mich zu einem besonders freudigen und ehrenvollen gemacht durch die huldreiche Verleihung des Ordens pour le mérite, und Allerhöchstdieselben haben die Bedeutung dieser Auszeichnung durch die überaus gnädigen Worte der sie begleitenden Ordre vom gestrigen Tage erhöht.[1]) Es macht mich glücklich, daraus zu ersehn und mir im Hinblick auf eine lange Reihe von Jahren zu vergegenwärtigen, daß Ew. Majestät Gnade und 2. 9. 1884.

---

[1]) Das Schreiben findet sich abgedruckt in den Bismarck-Regesten II 327.

2. 9. 1884. Vertrauen mir stets ohne Wandel zur Seite gestanden haben, und daß Ew. Majestät Nachsicht auch die Abnahme meiner Kräfte deckt. Ew. Majestät Anerkennung und Wohlwollen ist an sich die höchste Befriedigung, die ich auf dieser Welt erstrebe, aber ich habe auch meine Freude daran, wenn die Welt es erfährt, daß ich im Besitz dieses von mir erstrebten Gutes, der Gnade meines irdischen Herrn, unausgesetzt bin und bleibe. Sie zu verdienen, werde ich stets in Treue und Eifer bemüht sein und mich dessen würdig erhalten, daß Ew. Majestät höchste und competente Autorität mir „Herz und Sinn eines Preußischen Soldaten" zuerkennt. Ein höheres Lob erstrebe ich nicht, wie das in diesen Worten liegende, wenn sie Ew. Majestät Unterschrift tragen.

Am 11. hoffe ich, Ew. Majestät meinen wiederholten Dank persönlich zu Füßen zu legen und Allerhöchstdieselben in erwünschtem Wohlsein sehn zu dürfen.

v. Bismarck.

XXXI.

Berlin, 25. December 1884.

25. 12. 1884. Ew. Majestät danke ich ehrfurchtsvoll für das schöne Weihnachtsgeschenk. Das Kunstwerk mahnt mich einigermaßen an meine eigne Situation: während der Centaur beide Hände braucht, um das riesige Horn auf der Schulter zu tragen, hängt sich das Weib mit ihrer ganzen Last in seine Barthaare; so macht es mit mir, während ich mit Ew. Majestät und des Landes Dienst alle Hände voll zu thun habe, die Opposition im Parlament; sie rauft an mir, auf die Gefahr hin, mich im Tragen der Geschäftslast zu stören. Dabei ist sie leider viel häßlicher als das weibliche Wesen, welches der Künstler dem Centauren an den Bart gehängt hat. Ich werde mich indessen dadurch nicht abhalten lassen, die Last, welche ich in Ew. Majestät Dienst trage, freudig und fest auf der Schulter zu halten, so lange mir Gott dazu die Kraft und Ew. Majestät Gnade erhält.

Mit den herzlichsten und ehrfurchtsvollsten Wünschen für Ew. Majestät Festfeier verbinde ich vorbehaltlich mündlicher Wiederholung diejenigen für das kommende Jahr. 25. 12. 1884.

v. Bismarck.

XXXII.

Kissingen, 23. Juni 1885.

Ew. Majestät danke ich allerunterthänigst für das huldreiche Telegramm, mit welchem Allerhöchstdieselben mich beehrt haben. Die Verluste, welche Ew. Majestät durch den Tod treuer Diener in jüngster Zeit erlitten haben, sind zahlreich und schwer und enthalten für uns Ueberlebende die Mahnung, durch erhöhte Hingabe für den Allerhöchsten Dienst und für Ew. Majestät Person die leer gewordnen Stellen derer auszufüllen, die Ew. Majestät Herzen nahe standen. Es ist mir besonders schmerzlich, daß meine Gesundheit mir nicht erlaubt, meine ehrfurchtsvolle Theilnahme an der Trauer Ew. Majestät durch meine persönliche Anwesenheit zu bethätigen. Ich darf aber hoffen, daß meine Kur in diesem Jahre besonders günstig wirken werde, und spüre schon jetzt gesteigerte Rüstigkeit bei körperlichen Anstrengungen. Dazu trägt die verminderte Geschäftslast wesentlich bei; die Langsamkeit, mit der sich die englische Ministerkrisis entwickelt, hat eine Ruhe im diplomatischen Verkehr herbeigeführt, wie sie sonst auch in der Sommerzeit nicht üblich ist. Von keinem der Botschafter gehn Berichte von der Natur ein, daß sie viel Arbeit verursachten. Die Wünsche des Herzogs von Cambridge, über welche ich heut amtlich berichte, sind von Ew. Majestät schon vollständig beantwortet und damals [ist] dem Herzoge alles gesagt [worden], was sich sagen läßt, der Courtoisie ist damit von Seiten Ew. Majestät volles Genügen geschehn, geschäftlich aber ist die Sache nicht von Ew. Majestät, nicht vom Kaiser, sondern nur vom Bundesrathe und von dem Braunschweigschen Ministerium zu behandeln. . . . 23. 6. 1885.

23. 6. 1885. Gott wolle zu Ew. Majestät Kur in Ems und besonders in Gastein, wie in früheren, so auch in diesem Jahre seinen Segen geben.

v. Bismarck.

XXXIII.

Berlin, 8. July 1885.

8. 7. 1885. Ew. Majestät wollen mir huldreich gestatten, meinen telegraphisch ausgesprochnen Dank für Allerhöchstdero gnädige Wünsche zur Hochzeit meines Sohnes[1]) in Ehrfurcht zu wiederholen. Das junge Paar ist einstweilen nach Hanau gereist, um dort den künftigen Wohnsitz vorzubereiten, und macht dann eine Hochzeitsreise über Paris nach England und Schottland. Ich selbst beabsichtige, jetzt von Ew. Majestät gnädiger Erlaubniß Gebrauch machend, mich bis gegen Ende August in Varzin auszuruhn, soweit die laufenden Geschäfte es gestatten werden. Meine Frau geht für einige Wochen zur Kur nach Homburg, und mein ältester Sohn braucht gleichzeitig eine Wasserkur in dem Homburg benachbarten Königstein. Während der Zeit wird Graf Hatzfeldt unter Beistand des Abtheilungsdirectors Grafen Berchem die Geschäfte hier leiten, bis ihn im August mein Sohn wieder ablöst. Wenn die stille Sommerzeit zu Ende geht, hoffe ich selbst wieder hier anwesend oder doch in Friedrichsruh zu sein, wo ich leicht erreichbar bin. In der Zwischenzeit hoffe ich die Schäden wieder auszugleichen, welche der anstrengende Winter in meiner Arbeitskraft angerichtet hat. Mit lebhafter Freude haben meine Frau und ich die günstigen Nachrichten über Ew. Majestät fortschreitende Erholung und Kräftigung erhalten, und hoffen wir zu Gott, daß auch in diesem Jahre die Gasteiner Kur die Herstellung Ew. Majestät von den leidigen Frühlingsanfällen vollenden werde, so daß Allerhöchstdieselben mit der gleichen Widerstandskraft wie früher dem Winter entgegentreten. . . .

v. Bismarck.

---

[1]) des Grafen Wilhelm v. Bismarck.

XXXIV.

Berlin, den 25. September 1885.

25. 9. 1885.

Mein Aufenthalt in Varzin ist für die Kräftigung meiner Gesundheit nicht in dem Maße wirksam gewesen, wie ich es gehofft hatte. Nach ärztlicher Ansicht ist der Mißerfolg vorzugsweise dem gesteigerten Maß von Arbeit zuzuschreiben, welches grade in den letzten Monaten aus verschiednen Ursachen mir persönlich zur Last gefallen ist. Außerdem hat die ungewöhnliche Ungunst der Witterung ohne Zweifel dazu beigetragen, von der grade jener Theil von Pommern im Gegensatz zum Westen von Deutschland in der sonst günstigsten Zeit des Jahres betroffen wurde, so daß Kälte und tägliche Regengüsse den Aufenthalt im Freien erschwerten. Die Tage meines Berliner Aufenthalts seit dem Ende der vorigen Woche haben die Ansprüche, welche an meine Person gemacht werden, noch erheblich gesteigert, so daß täglich eine Verschlechterung meines Befindens, begleitet von zunehmender Heftigkeit der Gesichtsschmerzen, eingetreten ist.

Meine Ueberbürdung hat zum großen Theil darin ihren Grund, daß in Berlin zu viel persönliche Ansprüche auf mich eindringen, die ich ohne Unhöflichkeit nicht abweisen kann, und daß auch die Zahl der Geschäfte, die nicht nur im auswärtigen, sondern auch im innern Dienst zu meiner persönlichen Bearbeitung gelangen, hier eine sehr viel größere ist als auf dem Lande. Um mich für den parlamentarischen Winterfeldzug dienstfähig zu erhalten, bitte ich deshalb Ew. Majestät um huldreiche Erlaubniß, meinen Aufenthalt noch auf einige Zeit nach Friedrichsruh verlegen zu dürfen, wo nächsten Montag ohnehin ein lokales Geschäft meine Anwesenheit vorübergehend nothwendig macht.

Für den Gang der auswärtigen Geschäfte wird die Frage, ob ich mich in Berlin oder Friedrichsruh aufhalte, einen Unterschied nur insofern machen, als ich von den fremden Diplomaten weniger mit mündlichem Verkehr werde heimgesucht werden. Bei der schnellen und häufigen Verbindung durch

25 9. 1885. die Eisenbahn, welche nur vier Stunden erfordert und täglich nach Bedürfniß vier Mal und öfter stattfinden kann, ist kein Nachtheil für die Geschäfte zu befürchten, für mich aber davon Vortheil zu hoffen, daß ich die Entfernung zwischen mir und den Herren, die mich ohne dringende Nothwendigkeit zu sehn verlangen, etwas vergrößere. Sobald ich mich überzeuge, daß der Allerhöchste Dienst irgend welchen Nachtheil davon erlitte oder daß es Ew. Majestät Wünschen zuwiderläuft, würde ich unverzüglich meinen Aufenthalt hierher verlegen.

v. Bismarck.

XXXV.

Friedrichsruh, 26. September 1887.

26. 9. 1887. Ew. Majestät danke ich in Ehrfurcht für das huldreiche Handschreiben zum 23. c. und für das gnädige Geschenk der Abbildung des Palais, in welchem ich so viele Jahre hindurch die Ehre gehabt habe, Vortrag zu halten und die Allerhöchsten Befehle entgegenzunehmen. Eine besondre Weihe erhielt der Tag für mich durch die Begrüßung, mit welcher Ihre Königl. Hoheiten die Prinzen Wilhelm und Heinrich mich in Ew. Majestät Auftrage beehrten. Auch ohne diese neuen Gnadenbeweise war das Gefühl, mit welchem ich den 25. Jahrestag meiner Ernennung zum Minister begrüßte, das Gefühl des herzlichsten und ehrfurchtsvollsten Dankes gegen Ew. Majestät. Minister ernennt jeder Landesherr, aber es ist in neuerer Zeit kaum vorgekommen, daß ein Monarch einen Minister-Präsidenten 25 Jahre hindurch in bewegten Zeiten, wo nicht alles gelingt, gegen alle Feindschaften und Intrigen hält und deckt. Ich habe in dieser Zeit manchen früheren Freund zum Gegner werden sehn, Ew. Majestät Gnade und Vertrauen sind für mich aber unwandelbar gleich geblieben. In dem Gedanken daran liegt für mich reicher Lohn für jede Arbeit und Trost in Krankheit und Einsamkeit. Ich liebe mein Vaterland, das Deutsche wie das Preußische, aber ich hätte ihm nicht mit Freuden gedient, wenn es mir nicht vergönnt gewesen wäre,

es zur Zufriedenheit meines Königs zu thun. Die hohe Stellung, welche ich der Gnade Ew. Majestät verdanke, hat zur Unterlage und zum unzerstörbaren Kern den Brandenburgischen Lehnsmann und Preußischen Offizier Ew. Majestät, und deshalb beglückt mich Ew. Majestät Zufriedenheit und wäre jede Popularität ohne dieselbe für mich werthlos . . . Ich habe am 23., neben vielen Telegrammen und Zuschriften aus dem In- und Auslande, sehr gnädige Grüße und Wünsche von Ihren Majestäten von Sachsen und Würtemberg, von Sr. Königl. Hoheit dem Regenten von Bayern, den Großherzögen von Weimar, Baden und Mecklenburg und andern regirenden Herrn erhalten, dann auch von Sr. Majestät dem Könige von Italien und dem Minister Crispi. Die beiden letztern streiften die Politik und waren schwierig zu beantworten; da der Text derselben Ew. Majestät vielleicht interessirt, so habe ich das auswärtige Amt zur Einsendung desselben veranlaßt. 26. 9. 1887.

Ich bitte Gott, daß er mir noch länger die Freude gönne, Ew. Majestät zu Allerhöchster Zufriedenheit zu dienen.

v. Bismarck.



4.

Fünfunddreißig Briefe Albrechts v. Roon an Bismarck.
1863. 1864. 1866. 1867. 1868. 1869. 1871. 1873.

I.

Lieber B.! [1])

c. 8. 7. 1863. Gottlob, daß es dem Könige gut geht! Aus reiner Sehnsucht nach Ihnen bin ich 2 Tage früher von meiner westphälischen Expedition heimgekehrt, und nun — ist es doch sehr gut, daß Sie beim Könige bleiben. Ich hoffe und wünsche sogar, daß Sie ihn nach Gastein begleiten, einerseits aus Interesse für den Herrn,

---

[1]) Dieser undatirte Brief ist die Antwort auf Bismarcks Brief vom 6. Juli 1863 [Bismarck-Jahrbuch III 258 f.]; er ist c. 8. Juli 1863 geschrieben. — Zwanzig Briefe Roons an Bismarck s. Bismarck-Jahrbuch III 229 ff.

c. 8. 7. 1863. andrerseits aber auch, weil ich glaube, daß Ihren Nerven die frische leichte Alpenluft besser ist, als das lauwarme Wasser der Bai von Bayonne und die südliche Luft, die Sie nicht roburirt, sondern an unser rauheres Klima verräth. Ihre Frau Gemahlin, die ich eben sah, ist derselben Ansicht. — Die Oesterreicher würde ich anführen, zum Schein abreisen und wieder in C. sein, wenn der Kaiser dort eintrifft. Die Straßentumulte scheinen vorüber zu sein. Die Soldaten schritten nicht ein und werden nie einschreiten vor der Insolvenz-Erklärung der Polizei, dann nicht als deren Arm, sondern auf deren Requisition aus eignem Recht und nach eigener Disposition. Herr Seidel,[1]) der die auf Grund des Tumultgesetzes an die Stadt zu erhebenden Ansprüche fürchtet, hat zwar laut nach Truppenhülfe geschrieen und ebenso der Weißbier-Philister, aber — Wrangel wird Ihnen das Weitere erzählen; er will morgen in Carlsbad eintreffen. Es wird gut sein, Sr. Majestät zu präveniren, damit er auf Wrangels Ankunft und langathmige Berichte gefaßt sei. — Schölers catonische Maaßregeln[2]) sind mir ganz neu; ich werde mich danach erkundigen; die von Ihnen geäußerten Besorgnisse theile ich nicht; bei uns schießt man nicht so scharf, als gedroht wird. Bis jetzt ist der Recurs an mich noch nicht ergriffen, und der an den König bleibt dann noch in Reserve.

Eulenburg fand ich, als ich ihn bei meiner Rückkunft besuchte, in Akten vergraben. Was er schafft, kann ich dennoch nicht beurtheilen; ich lasse heut durch Moritz, der seit einigen Tagen hier ist und morgen mit Ihrer Familie gemeinsam die Reise nach Pommern antreten wird, Klützow, Kröcher, Jacobi darüber sondiren, nachdem eine Entrevue mit Hahn gestern resultatlos geblieben. Ueber die Desertionen im 14. und 54. Regiment urtheile ich anders als Sie. Uebrigens hatte Werder die betreffende Dislocationsveränderung bereits verfügt; es war nichts mehr zu ändern . . . Schwerin ist in Stettin gewesen; Moritz will aber beobachtet haben, er sei obenhin behandelt worden, d. h. öffentlich. Uebrigens sagt Oberst Peterson, ein streng conservativer Mann, der gleich uns die Danziger Rede[3]) perhorreszirt, daß der Kr. Pr. seit Danzig liberale Zuckungen nicht mehr gehabt habe und den Conservativen sich mehr und mehr genähert habe; auf die Truppen habe er überall den besten Eindruck gemacht und bei der Bevölkerung, trotz aller St(adt) V(erordneten) Beschlüsse, den freudigsten Empfang gefunden. — Daß die Fr(au) Kr(on) Pr(inzessin) Sch[ulze] Del[itzsch] hier empfangen habe, ist eine ebensolche Tendenzlüge der Demokraten wie die Behauptung, daß

[1]) Oberbürgermeister von Berlin.

[2]) in Magdeburg, s. Bismarcks Brief vom 6. Juli.

[3]) des Kronprinzen.

der Kr. Pr. überall schweigend und traurig empfangen worden sei. c. 8. 7. 1863.
Brafs[1]) sagt mir, jene Nachricht sei bereits offiziös dementirt worden.

Sonnabend früh trete ich meinen Urlaub an, gehe zunächst auf 5 Tage nach Schlesien (Gr. Tinz bei Liegnitz) bis zum 16. d. M., dann nach dem Salzburgischen; den Punkt weiß ich noch nicht zu bestimmen, werde ihn aber melden. Ich hoffe mündlich, indem ich dem Könige bei seiner Durchreise in Salzburg aufwarte.

Aber die Courier-Stunde ist da! Mit vielen herzlichen Grüßen von mir und den Meinen, sowie von Moritz

Ihr
treuergebener
v. Roon.

II.

Berchtesgaden, 31. Juli 1863.

Lieber B.!

Sie wissen wohl durch Manteuffel, daß ich seit 23. d. M. hier etablirt bin und mich verhältnißmäßig wohl befinde. Aber selbst in dieser entzückenden Natur kann ich der Sorge für die Zukunft nicht ledig werden. Es giebt doch Regentage und an solchen viele Stunden zum Grillenfangen. Heute ist ein solcher Tag, und da kömmt mir aus Berlin die beifolgende Denkschrift zu, welche zwar nichts Neues, aber doch einiges Gesunde enthält, was Sie und ich auch schon gedacht haben, und es giebt doch eine Art von Befriedigung, in den Gedanken Anderer den Wiederhall der eigenen zu finden. Das qu. P[ro] Mem[oria] ist, obgleich es meine Adresse trug, an das Staats-Ministerium gerichtet; es ist daher in der Ordnung, daß ich es an Sie abgebe, indem ich mich willig der Pflicht unterziehe, den Einsendern zu danken und zu sagen, daß ich ihr Elaborat an das Staats-Ministerium habe gelangen lassen. — 31. 7. 1863.

Doch genug von demselben! Ich wollte eigentlich von Wichtigerem mit Ihnen plaudern. Manteuffel schreibt mir soeben über Dienstsachen, und fügt eine kurze Andeutung hinzu, aus welcher ich schließen muß, daß die bewußte Citation nach Gastein nicht stattfinden wird. Ich weiß nicht genau, bin ich darüber mehr betrübt oder mehr erbittert. Meine desfallsigen Empfindungen lassen sich nicht schreiben, und zum Sprechen fehlt mir die Gelegenheit, da Seine Majestät mein Hinkommen für überflüssig erklärt haben. Wenn daher nichts Anderes beschlossen wird, so werde ich am 14. von hier gen Berlin aufbrechen, wo wir uns etwa am 20. k. M.

[1]) Redakteur der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung.

31. 7. 1863. wohl Alle zusammenfinden werden in einer wahrlich nicht beneidenswerthen Situation, während Serenissimus in Baden-Baden auf sich wirken läßt alle dem Ministerium feindseligen Einflüsse. Sie wunderten Sich neulich, daß ich auf der Rückfahrt von Berlin die Existenz des Ministeriums zur Discussion gebracht; es war geschehen im dunklen Vorgefühl der nun bevorstehenden Ereignisse und der daraus sich ergebenden Verhältnisse. Dort und hier gedrängt, könnten auch gewisse Neigungen wieder erwachen, welche in dem Ihnen mitgetheilten Wunsche nach idyllischer Zurückgezogenheit ihr Fortleben bezeugten, ich meine die Zustimmung zu dem von Ihnen geäußerten Einfall, sich bei Berchtesgaden einen Bauerhof zu kaufen und sich dahin zurückzuziehen. — Sprechen Sie denn gar nicht mit Manteuffel über alle diese Dinge, und vermögen Sie den König nicht zu der unerläßlichen Citation, zu der er doch geneigt schien, zu veranlassen? Manteuffel äußerte in einem neulichen Schreiben, er halte es für wünschenswerth, daß diese Angelegenheit nicht vorzugsweise von den Ministern betrieben würde. Ich halte es allerdings für besser, wenn der betreffende Entschluß Allerhöchstselbst gefaßt, wenn auch durch eine Person in der Umgebung souflirt wird; allein wenn er nun nicht gefaßt wird, ohne daß wir eintreten, so muß es doch geschehen, weil das Königliche Interesse es durchaus erheischt.

Also Kaiser Franz Joseph kömmt morgen in der That nach G(astein?) ich muß gestehen, daß ich bisher sehr entschieden an diesem Besuche zweifelte, und ich thue es noch; die alberne Rechbergsche Note nach Petersburg bestärkt mich in dieser Meinung. Man wird so lange sagen: „ich komme", bis irgend eine vermeintliche Unmöglichkeit die Ausführung verhindert. Ohne diesen hohen Besuch möchte ich Ihnen, wie Manteuffel — falls die Kur es zuläßt — eine kleine Excursion vorschlagen nach St. Wolfgang im Fusch-Thal, ganz in Ihrer Nähe. Da ich mich aus wissenschaftlichen Marotten für diese Localität interessire, so werde ich wohl diesen Abstecher machen, auch wenn Sie nicht kommen wollen oder können; nützlich aber wäre es doch vielleicht, wenn wir uns irgendwo sähen, bevor die Herren Preußen dies Alpenland wieder verlassen. Nach Gastein werde ich, da Manteuffel deshalb gefragt und eine Ablehnung zur Antwort erhalten hat, nun nicht kommen; es wäre besser gewesen, er hätte nicht gefragt.

Schreiben Sie mir, was Sie über das proponirte Rendez-vous denken und seine Ausführbarkeit und Nothwendigkeit und zwar durch Einlage bei Manteuffel, der mir täglich einen recommandirten Brief schickt.

Ich muß ihm antworten und schließe mit meinen herzlichsten Grüßen.

v. Roon.

III.

Berchtesgaden, 13. August 63.

Heute ist wahrlich kein Regentag, aber ich schreibe Ihnen doch, 1. um Ihnen anzuzeigen, daß ich am 15. N. M. [Nachmittags] das hiesige Paradies verlassen werde, um mich in das Berliner Fegefeuer zurück zu begeben. Zu dem Ende werde ich am 15. d. M. N. M. um 5,30 in Salzburg die Eisenbahn besteigen, Abends 10 Uhr in München anlangen, dort im „Marienbade" absteigen und bis zum 17. früh daselbst verweilen. Dies Detail schreibe ich in der Hoffnung, Ihnen noch einmal zu begegnen, weil ich das Bedürfniß habe, noch Einiges mit Ihnen durchzusprechen, bevor ich in Berlin mit den Collegen zusammentreffe, namentlich mit dem „Finnenkicker".[1] Ich erfahre soeben durch Manteuffel, Seine Majestät werde erst am 15. d. von Gastein aufbrechen. Hat er den Aufenthalt in Salzburg aufgegeben, so wird er denselben Zug, den ich gewählt, nach München benutzen, und wir werden unterwegs, wo Sie doch nichts anderes vornehmen können, Gelegenheit zum Sprechen haben. Eine Antwort auf diese Benachrichtigung ist nur auf telegraphischem Wege noch möglich und zwar müßte sie nach Salzburg durch Vermittelung etwa des Eisenbahn-Stations-Chefs an mich gelangen, da in Berchtesgaden kein Telegraphen-Amt ist und ich in Salzburg kein Absteigequartier nehme, sondern direkt zum Bahnhof fahre.

13. 8. 1863.

Durch Manteuffel erfahre ich ferner soeben, daß die von Lehnert und Mühler eingegangenen Nachrichten unseren Absichten günstig sind, die Allerhöchste Entscheidung aber nochmals hinausgeschoben ist bis zum Eingang des Mühlerschen Berichts. Da dieser gestern oder heute dort eingelaufen sein dürfte, so bin ich in höchster Spannung, ob es Ihnen gelungen, die Sache zur Vollendung zu bringen. Sie haben ganz recht, wiederhole ich, Lt. und M. [Lehnert und Mühler] sind gefährlicher und ihre Entfernung wichtiger; da wir aber mindestens eine von drei Entscheidungen brauchen, um nicht fiasco zu machen, so muß man die zahlbare Abschlagszahlung vorläufig einstreichen und dann von der Allerhöchsten Gerechtigkeit die fernere Honorirung der weiteren fälligen Wechsel in Anspruch nehmen. Ich bitte Sie daher wiederholt aufs Dringendste: lassen Sie Sich nicht von der abstrakten Wahrheit, daß Lt. und M. reifer zum Fortschicken als D.[2] sind, zu neuen Zögerungen veranlassen. D's Entfernung ist aus Ursachen der politischen Raison umso gebotener, als die der beiden größeren Sünder praktisch zweifelhaft

[1]) Spitzname des Finanzministers von Bodelschwingh.

[2]) Duncker.

13. 8. 1863. ist. Wenn die erstere erfolgt, und die beiden anderen nicht durchzusetzen sind, so würde ich mit Ihnen meine amtliche Existenz daran setzen, um durchzusetzen, was unerläßlich. Aber ich meine, diese Extremität wird vermieden, wenn D. jetzt springt. Dies wird für uns ein Pfand für das Nachspringen der Anderen.

Ich will nicht mehr sagen. Ich weiß, Sie legen einigen Werth auf meine herzliche Ergebenheit für Sie. Nach dem, was wir zusammen bereits durchgemacht und erfahren und was wir zusammen durchzuleben ferner entschlossen sind, würde ich zu meinem tiefen Schmerz annehmen müssen, daß ich mich in jener Voraussetzung dennoch getäuscht, wenn Sie D's Entfernung, obgleich sie möglich geworden, nicht zur Ausführung brächten. Das Eisen muß warm geschmiedet werden, und es ist warm, wenn Mühlers Bericht und des Königs Zusage zusammen stimmen, wie ich hoffe. —

Verzeihen Sie, wenn ich zuviel geschrieben, mehr als Sie zu lesen wünschten; ich konnte nicht anders. Ich bin zu tief davon durchdrungen, daß Versäumtes nachgeholt werden muß, wenn es ein Unerläßliches ist.

Nun aber schleunigst und herzlichst „Adieu!" von

Ihrem

treuesten und ergebensten Freunde

v. Roon.

IV.

Berlin, 25. August 1863.

25. 8. 1863. Anbei übersende ich Ihnen, lieber B., Abschrift einer vom Ober Präsidenten Senfft an das Staats-Ministerium gerichteten Eingabe. Ob selbige bereits offiziell eingegangen ist, weiß ich nicht. Ich halte es aber für nützlich, daß Sie so bald als möglich davon Kenntniß erhalten, um so mehr als Eulenburg Ihnen jetzt in die Scheren läuft. Daß Senfft dabei wieder die Thorheit begeht, von seinem Abgange zu sprechen, kann füglich übersehen werden, da die von ihm angenommene Voraussetzung nicht zutrifft.

Daß der König den statistischen Congreß nicht eröffnen kann, erscheint mir außer allem Zweifel. Ebenso sehr bin ich aber auch überzeugt, daß der Kron-Prinz sich dabei nicht in Scene setzen darf. Das Natürliche ist wohl, daß die Rolle dem Minister des Innern verbleibe. — Eulenburg theilte mir gestern mit, der König habe das von Bodelschwingh ihm vorgelegte Auflösungs-Dekret vollzogen und nur das Datum offen gelassen. So hat Bodelschwingh an Eulenburg geschrieben. Ersterer ist nicht hier, aber auf seinen hiesigen Fußtapfen stehen Schmerzensschreie und Thränenpfühle wegen der Cabinets-Ordre vom 9. d. M. betreffs der allgemeinen

Einziehung der Rekruten zum October c. — Es ist nöthig, dringend nöthig, daß Sie den König nach Berlin zurückbegleiten, um hier den zukünftigen Dingen Gestalt zu geben. Nachher im September mögen Sie baden oder Hühner schießen. 25. 8. 1863.

Die Frankfurter farce ist doch recht verdrießlich, weil sie dem demokratischen Treiben Vorschub leistet und dem Abgeordnetentage als Folie dient.

Gott erhalte Sie! In alter Gesinnung

Ihr

v. Roon.

Die Abschrift habe ich von Senfft erhalten.

V.

Berlin, 30/12. 63.

Vor etwa 8 Tagen theilte ich Ihnen mit, daß Prinz Biron mir, auf Grund eines gelegentlichen Gesprächs, angezeigt, das Haus Erlanger sei geneigt, mit der diesseitigen Regierung event. ein Anleihegeschäft „unter gewissen Bedingungen“ zu machen, und daß ich dem Prinzen darauf geschrieben, es wäre interessant für uns, diese Bedingungen kennen zu lernen. Der Eifer des Prinzen, dem zu entsprechen, gibt sich in dem anliegenden mir gestern durch einen Commissionär — ich weiß nicht des Prinzen oder jenes Hauses — übergebenen Schreiben kund, worin die Ankunft des Prinzen und des Baron E[rlanger] zum 2. Januar f. angekündigt wird, um das Geschäft zu machen. — Dies kann vielleicht unbequem werden, und ich stelle anheim, ob nicht die Herren telegraphisch abbestellt und zu einem späteren Termin eingeladen werden. Auf der andern Seite sind vielleicht vor der definitiven Ablehnung seitens des Abgeordneten-Hauses bessere Bedingungen für die Anleihe zu erlangen, als nach derselben. Da diese Angelegenheit indeß nicht unmittelbar meines Ressorts, so mag ich darüber nicht befinden, und stelle anheim, darüber mit dem Finanzminister in Verbindung zu treten. Meine gelegentliche Conversation mit Prinz Biron, die Veranlassung der in Rede stehenden Offerte, bezog sich eigentlich auf den Ruf des Banquier Jacob Landau zu Breslau, der mir das Anerbieten gemacht hatte, die Anleihe durch Freiwilligkeit in Schlesien wenigstens theilweise zu decken. 30. 12. 1863.

Guten Morgen! Ich kam gestern, durch böse Wege aufgehalten, leider zu spät nach Hause, hoffe aber Unwiederbringliches nicht versäumt zu haben.

Ihr

v. Roon.

5*

Beilage.

Ew. Excellenz

30. 12. 1863. Schreiben vom 23. d. M. zu Folge habe ich den Herrn A. Lodomez, Agent des Hauses Erlanger zu Frankfurt a. M. nach Frankfurt a. M. gesendet. Der Ueberbringer dieser Zeilen ist der Betreffende und wird er Ew. Excellenz Vortrag über das Geschäft halten können.

Nach einem Telegramme des Consortiums aus Frankfurt a. M. werde ich in Berlin den 2. Januar n. J. eintreffen und mir erlauben, Ew. Excellenz den Baron von Erlanger vorzustellen.

Mit der größten Verehrung habe ich die Ehre zu seyn

Ew. Excellenz

poln. Wartenberg d. 28/12. 63. ergebener Freund

Calixt Prinz Biron v. Kurland.

VI.

Berlin, 29/1. 64.

29. 1. 1864. Anbei erhalten Sie, lieber B., den auf Befehl Sr. Majestät neu redigirten Entwurf der Wrangelschen Instruction und einen mit Rücksicht auf das Allerhöchste Marginale von mir redigirten Entwurf einer besonderen Ordre an den Feldmarschall, worin versucht wird, den unpassenden Anspruch Sr. Majestät auf Schonung der Demonstranten auf ein billiges Maaß zu bringen. Ich bitte Alles zum Conseil mitzubringen. Die Depesche an Wrangel ist um 9 Uhr fortgegangen. Kalt Blut!

Ihr

v. Roon.

VII.

Berlin, 30. 1. 64.

Lieber B!

30. 1. 1864. Da Sie ja Manteuffels Handschrift zu lesen vermögen, so sende ich Ihnen das beiliegende Billet s. p. r. zur Durchsicht mit Ausnahme des durchgestrichenen Eingangssatzes, der ein militärisches Detail behandelt. Ich glaube, daß Manteuffel in mancher Beziehung nicht Unrecht hat. —

Will der König nicht bestimmt mit Ihnen oder uns brechen, so, glaube ich, wird sich eine Formel finden lassen, die ihn befriedigt und die Lossagung Oesterreichs und die Feindschaft Englands verhindert. Der arme Herr ist in einer beklagenswerthen Agitation, die ihn zum Bruch mit Ihnen, mit uns führen könnte und damit zur Selbstvernichtung seines Regiments, ja des Königlichen Regiments in Preußen überhaupt.

30.1.1864. Wenn Sie dies verhindern können, so müssen, so werden Sie es ja thun. Er ist, wie mir scheint, in einer gewissen Reizbarkeit, der man Rechnung tragen muß und daher den Anlaß zu verhängnißvollem Moussiren möglichst zu entziehen hat. Ich weiß, ich sage Ihnen nichts Neues, aber es war mir Bedürfniß, Ihnen die Anlage mitzutheilen, wie wohl ich ihr nicht Wort für Wort adhärire.

Ihr

v. Roon.

VIII.

Berlin, 7/2. 64.

7.2.1864. Anbei der Auszug aus Waldemars Briefe, den Sie wünschten und den ich Sr. Majestät vorgelesen habe. Letztere billigte die auch vom General Falkenstein articulirte militärische Nothwendigkeit der Sicherung unserer rückwärtigen Verbindungen. Was haben Sie nun mit Karolyi für Frankfurt verabredet. Ich habe von Sr. Majestät den Auftrag in dem Allerhöchst gebilligten Sinne wegen Mitbesetzung von Altona, Neumünster, Kiel und Rendsburg zu schreiben. Dieser Brief geht noch heute Abend ab. Sie erhalten Abschrift davon mit der Bitte weiterer entsprechender Veranlassung.

Guten Abend!

v. Roon.

Ich lege auch den Brief von Falkenstein s. p. r. bei.

Beilage.

Auszug aus dem Briefe Waldemars von Roon,
vom 5. Februar 1864.

Ehe ich schließe, muß ich noch eine Sache erwähnen, die mir heute wirklich schwer in den Gliedern steckt und die ich Dir vortragen muß, wenn ich auch nicht sicher bin, dadurch eine Wendung der deutschen Politik Preußens zu Stande zu bringen. — Bereits in Rendsburg waren wir Alle auf das Höchste erbittert, daß die Sachsen daselbst, anstatt uns Platz zu machen, die Garnison noch bedeutend verstärkt hatten in dem Augenblick, da unsere Durchmärsche begannen. Der sächsische Commandant inhibirte und verweigerte (auf Instruktion des Bundes oder seiner Commissäre) die Einquartierung auch nur eines preußischen oder österreichischen Soldaten in Rendsburg. Indessen kam ein Garde-Bataillon von uns, und später, glaub' ich, noch eins dadurch unter, daß es erklärte, nöthigenfalls Gewalt brauchen zu wollen: es war mitten in der Nacht angekommen mit der Eisenbahn und sollte nun hier kein Quartier erhalten dürfen! — Nachher kam die Dir bekannte Ge-

7. 2. 1864. schichte mit dem Kronwerk Rendsburg. Dasselbe ist nun freilich dem Bund nicht ausgeliefert, ein preußischer Commandant ist eingesetzt — aber 1600 Bajonette fehlen uns dadurch am Dannewerke, und mit Schmerz und Wuth sehen die dort zurückgehaltenen Truppen sowohl, wie hier die ganze Armee, daß diese Ränke und Feindseligkeiten in unserem Rücken uns in einem Augenblicke Verlegenheiten bereiten, wo wir in der Front mit Schweiß und Blut um den Sieg ringen! — Aber noch mehr: Heute kam Oberstlieutenant Chauvin hier an, zu Fuß von der nächsten Eisenbahnstation Bockelund. Derselbe hat mit dem größten Eifer die Herstellung einer gesicherten telegraphischen Verbindung ins Werk gesetzt. Nachdem durch unsere Ingenieure die Eisenbahn nebst Brücken schon jetzt hergestellt ist, sodaß die Bahn über Rendsburg hinaus bis Lottorf fahrbar ist, hat Chauvin auch den Telegraphen von dort bis Kronwerk Rendsburg hergestellt und mit preußischen Beamten besetzt. Darauf wollte er nun auch in Rendsburg selbst preußische Beamte statt der gänzlich unzuverlässigen (wenn auch 20 mal von den Bundescommissarien in Pflicht genommenen!) dänischen Beamten einsetzen. Der General Hacke verweigert dies ebenso entschieden, wie die Herausgabe der dänischen Dräthe, die durch Holstein führen, zu preußischer Benutzung. Er erklärt, sich dem mit Gewalt zu widersetzen! er stellt einen Doppelposten vor das Telegraphen-Büreau! (den Chauvin, wie er sagt, als Ehrenposten betrachtet für seine Beamten, die inzwischen doch schon den Platz eingenommen hatten.) Ich weiß nicht, was in der Sache nun weiter geschehen ist oder noch geschehen wird, hoffe auch, daß Chauvin schon noch Mittel finden wird, uns eine sichere Verbindung zu verschaffen. Aber ich frage, ob es wohl erhört ist, daß die beiden deutschen Großmächte, deren Armeen in einem so ernsten Kampfe begriffen sind, es dulden dürfen, daß ihnen in ihrem Rücken solche Schwierigkeiten bereitet werden, ja, daß sie die größten Gefahren für das Wohl ihrer Truppen in Folge der unverschämten Politik einiger Kleinstaaten laufen!

Wenn ich König von Preußen wäre: meine Geduld wäre zu Ende! . . .

IX.

Berlin, 9. Februar 64.

9. 2. 1864. Anbei das mir gestern zurückgelassene Concept. An den Feldmarschall habe ich gestern eindringlich geschrieben, vertraulich, selbst auf die Gefahr hin, daß er dem Kron-Prinz Mittheilung macht. Ich habe ihm die Folgen seiner Unthätigkeit und seines Augenzukneifens deutlich gemacht und ins Gewissen geschoben. Gott helfe dem alten Herrn!

Zur Sitzung kann und soll ich heute nicht kommen. Vielleicht orientiren Sie mich event. über die Stellungen und Stimmungen an Allerh. Stelle. 9. 2. 1864.

Ihr Billet von gestern Abend [1]) wegen der Garnisonen, die wir in Holstein bedürfen, fällt zusammen mit den meinerseits nach Schleswig gegebenen Fingerzeigen.

v. Roon.

X.

Berlin, 5. März 1864.

Sind Ihre identischen Depeschen fertig? Kann Wrangel also auf Jütland los gelassen werden? Schicken Sie etwa heute einen Feldjäger nach Schleswig? — Diese drei Fragen sind hervorgerufen durch den Umstand, daß der König eine bezügliche Instruction für den Feldmarschall genehmigt, eine desfallsige Ordre gezeichnet, mir aber nicht gesagt hat, ob Beides noch heut abgeschickt werden sollte. Auf meine desfallsige Frage hieß es, Se. Majestät würden Sie noch befragen. Ob dies geschehen und was darauf geantwortet, weiß ich beides nicht, wenn Sie es mir nicht jetzt die Güte haben zu schreiben. 5. 3. 1864.

Ihr

v. R. [2])

XI.

Berlin, 4/4. 64.

Um nicht oft Vergessenes nochmals zu vergessen, schreibe ich diese ganz vertraulichen Zeilen, dabei voraussetzend, daß Sie meiner Feder das freundschaftliche Vorrecht gestatten, was Sie meiner Zunge bisher nimmer versagt haben. 4. 4. 1864.

Haben Sie den Posten in Kassel schon wieder besetzt? Wäre nicht etwa Kamptz gut dazu? Und wollen Sie dann nicht dem General Röder den in der Schweiz geben? — Ich weiß, daß er Ihr und Ihrer Politik treuer Freund ist. Er kennt die Verhältnisse in der Schweiz und die Personen besser wie jemand sonst. Jedermann würde darum diese Wahl begreifen und billigen. Ueberdies ist R.

---

[1]) Gemeint ist offenbar das in Bismarck-Jahrbuch III 265 mitgetheilte Billet von „Montag"; es ist, wie dieser Brief Roons lehrt, vom 8. nicht vom 1. Februar zu datiren.

[2]) Bismarcks Antwort vom gleichen Tage s. in Roons Denkwürdigkeiten (2. Aufl.) II 167.

4.4.1864. bei Sr. Majestät persona grata. Auch würde damit nur eine vom hochseligen Könige gegebene Verheißung erfüllt, die lediglich durch die Intriguen des Herrn v. Schleinitz, der seinen Neffen Kamptz vorzog, ins Wasser gefallen ist. —

Ueberlegen Sie die Sache, R. und seine Eigenschaften kennen Sie. Unter den letzteren ist die politische Zuverlässigkeit und Ergebenheit für Ihre Person und Politik gewiß sehr schätzbar, aber ich meine, er hat deren mehrere, die für einen Diplomaten recht werthvoll und unter den Adepten Ihres Ressorts recht selten sind.

Guten Abend!

Ihr
treuer Freund
v. R.

XII.

Berlin, 16/5. 64.

16.5.1864. Ich glaube vertraulich daran erinnern zu sollen, daß der General v. Werder beschieden werden muß hinsichtlich des von ihm beantragten Ausnahme-Zustandes, dessen Zweckmäßigkeit mir vollkommen einleuchtet. Wenn wir jetzt, nachdem man sich in Posen endlich zu einem Entschluß ermannt hat, die Sache todt schweigen oder im Sande verrinnen lassen, so können wir nicht klagen, wenn die Entschlußlosigkeit später als chronische Krankheit sich documentirt. Die jetzigen Polizei-Maaßnahmen sind ungesetzlich und der Aberglaube in Betreff *gesetzlicher* Ausnahme-Maaßregeln verderblich. Jedenfalls bitte ich die Sache *baldigst* erledigen zu wollen.

v. Roon.

XIII.

Berlin, 29. Mai 64.

Lieber B.!

29.5.1864. Eine dicke Backe verhinderte mich die Kirche oder Sie zu besuchen, was ich übrigens nicht für gleich erbaulich erklärt haben will. Ich fühlte während der einsamen Kirchenstunde das vielleicht ganz überflüssige Bedürfniß, zu Ihnen zu sprechen. Ich habe die mich drängenden Gedanken beigehend zu Papier gebracht. Eine neuliche Aeußerung von Ihnen über die Bedeutung der Stimmungen in der Armee, die mich salva venia an ähnliche meines früheren Kollegen A[uerswald] erinnerte, ließ mir keine Ruhe. Entschuldigen Sie mich, so gut Sie können, wenn ich Eulen nach Athen trug; am besten dadurch, wenn Sie Sich erinnern, daß Sie es mit dem

treuesten Freunde zu thun haben, dessen Aufgabe es, um dieser Eigenschaft willen, sein muß, auch Widersprüche und Differenzen durch freimüthige Besprechung zum Austrag zu bringen. 29.5.1864.

Herzlichst
Ihr
v. Roon.

Beilage.[1])

„Die Armee hat keine Berechtigung zu politischen Meinungsäußerungen; sie ist das Instrument, von dem die Politik den geeigneten Gebrauch macht, dessen Existenz, für den wirklichen Erfolg der diplomatischen Action zwar unentbehrlich, auf den dieser letzteren zum Grunde liegenden politischen Gedanken indeß niemals bestimmend einwirken darf."

Dieser Satz, theoretisch oder in abstracto vollkommen richtig, erleidet doch in seiner praktischen oder concreten Anwendung mancherlei Einschränkungen.

Es gab und giebt keine Armee, welche sich lediglich als politisches Instrument, als Lanzette für den diplomatischen Operateur auffaßt und begreift; selbst bloße Landsknechte und Söldner werden, darüber hinaus, eigene, durch Standes-Interessen und Vorurtheile diktirte Empfindungen und Vorstellungen, Sympathien und Antipathien haben, die man nicht ungestraft ignoriren darf, weil die völlige Nichtbeachtung dieser Eigenschaften des Instrumentes seine Schneidigkeit und Brauchbarkeit in Frage stellen würde. Und je entwickelter das Selbstbewußtsein, das Standesgefühl in einem Heere sich findet, desto empfindlicher und kitzlicher wird es für Alles, was seine Interessen und Vorurtheile verletzt oder zu verletzen scheint. Ist aber die Politik in ihrer Ausübung die Kunst, welche mit Interessen und Vorurtheilen zu rechnen hat, so wird sie sich auch ihre Aufgabe nicht dadurch leicht zu machen suchen dürfen, daß sie diese oder jene, theoretisch nicht berechtigt erscheinende Interessen bei ihrem Calcül außer Betracht läßt.

Aber genug solcher allgemeinen Sätze!

In ihrer Anwendung auf unsere gegenwärtige Situation komme ich zu folgenden Resultaten:

1. Der Widerwille unserer Armee gegen die Fortdauer eines Waffenstillstandes, dessen Bedingungen — gleichgültig durch wessen

---

[1]) Die Denkschrift ist nach dem Conzept zwar schon in Roons Denkwürdigkeiten II, 186—188 abgedruckt worden, wird aber der Vollständigkeit halber hier wiederholt.

29. 5. 1864. Verschulden sie stipulirt wurden — in ihrer Unbestimmtheit, Zweideutigkeit und offenbaren Nachtheiligkeit, den Besiegten zum Herrn in einem ihm mit den Waffen abgenommenen Lande, den Sieger eben daselbst zu einem kaumgeduldeten Gaste in einer Herberge machen, dessen Dasein ihm durch alle Mittel raffinirter Chicane und Prellerei verleidet werden kann, ist m. E. völlig begreiflich und berechtigt.

2. Dieser Widerwille ist aber zugleich sehr beachtenswerth. Für die Würdigung diplomatischer Finasserien fehlt in der Armee das entsprechende Organ; desto reger ist die Empfindung für die Unleidlichkeit der täglich gefühlten Demüthigung und Vernachlässigung der eigenen Interessen. Die Armee aber — und zwar nicht blos die von den nachtheiligen Verhältnissen in Jütland unmittelbar betroffenen Truppen — legt die Nachtheile der Situation der Regierung und zwar zunächst den leitenden Organen ihrer Politik zur Last, und diese Imputation findet ihren Reflex in der Volksmeinung; nicht die Presse, sondern alle aus Jütland ins Vaterland kommenden Briefe tönen davon wieder. — Stützt sich aber eine Regierung — und dies ist unser Fall — vornehmlich auf den bewaffneten Theil des Volkes und dessen Angehörige, so ist die Meinung des Heeres über das politische Thun und Lassen der Regierung gewiß nicht gleichgültig.

3. Dieser letztere Satz findet seine allgemeine Anwendung, abgesehen von den jütischen Waffenstillstands-Verhältnissen, in vollstem Maaße auch in Bezug auf die künftigen Friedensbedingungen. Die Armee, mit Freuden bereit Blut und Leben für Preußens Ruhm und Machterweiterung ferner hinzugeben, würde es als tiefe Kränkung empfinden, wenn — was hoffentlich nicht zu besorgen — ein fauler Friede zu Stande käme. Volle Genüge würde uns die Einverleibung der Herzogthümer gewähren. Aber man hat auch in der Armee eine dunkle Vorstellung von den einem solchen Arrangement feindlichen Strömungen in gewissen hohen Regionen und erwartet daher nicht das Höchste, sondern nur Angemessenes und Preußens Würdiges. Man vertraut dem bisher als glücklich und geschickt bewährten Piloten, daß er, durch alle Klippen hindurch, das Schiff in einen sturmsicheren, guten, nicht in einen bloßen Nothhafen leiten werde, in welchem zu verweilen ebenso unmöglich sein würde, als ihn wieder zu verlassen. Es ist überflüssig zu sagen, daß ein solcher Ausgang aller bisherigen ruhmvollen Operationen unserer Politik das unrühmliche Ende des jetzigen Regiments in Preußen sein würde. —

Berlin, 29. Mai 64.

XIV.

Berlin, 15/7. 64.

Im Begriff abzureisen empfange ich die Abschriften der an Prinz Fr. Karl und Prinz Adalbert ergangenen Waffenstillstands-Depeschen, und ich verschiebe die Abreise, um Ihnen, theurer lieber B., zwei überflüssige (?) Worte zu schreiben: Verzeihen Sie mir, wenn ich vielleicht Eulen nach Athen trage, aber ich kann es nicht lassen. — Daß Sie mit dem Gesammtstaats-Hanemann sehr anständig zu Rande kommen würden, wenn Sie allein das Erforderliche zu bestimmen hätten, ist mir nicht zweifelhaft, aber ich fürchte halt den Wiener Kleinmuth und Neid, indem ich erinnere, welches die Oesterreichische Losung war, die man Ihnen am 22. und 23. v. M. in Carlsbad entgegen gerufen hat. Ihr durch die Ueberwältigung der K. K. Aengstlichkeit erlangter Ruhm steht auf dem Spiele und mehr noch, wenn jetzt die Wiener Friedensliebe Preußens Ehre einen Makel anhängt, indem sie uns zu einem faulen Frieden zu beschwatzen weiß. Wenn Rechberg vor 3 Wochen zu einem Frieden à tout prix bereit war, so traue ich ihm zu, daß er heute mit der Linie Flensburg-Tondern oder höchstens Apenrade-Tondern zufrieden sein würde oder wohl gar auf Gesammtstaats-Ideen einzugehen bereit sein möchte. — Ich kenne die diesseitigen Motive zu dem bewilligten Waffenstillstande nicht, aber ich hoffe, daß man letzteren nicht bewilligt haben würde, wenn man nicht eine annehmbare Friedensbasis zugesichert erhalten hat. Als eine solche erscheint meinem politischen Sentiment nur eine vollständige Abtretung der drei Herzogthümer an die Alliirten (keinen Dritten) gegen die Herausgabe des eroberten Jütland. Dies wird auch hier allgemein, von allen Partheien, auch von unseren Kollegen ganz bestimmt erwartet, und ich zittere, wenn ich die Möglichkeit erwäge, daß man, aus Rücksicht für Wien oder wen sonst mit etwas wenigerem zu begnügen sich entschließen könnte. Bisher ging Alles vortrefflich, aber jetzt erst stehen wir vor der entscheidenden Krisis, zu welcher Düppel und Alsen und der diplomatische Sieg von Carlsbad nur vorbereitende Katastrophen waren. —

15. 7. 1864.

Aber nun bitte ich Sie herzlich, ergrimmen Sie nicht über Ihren alten Freund, daß er Ihnen vielleicht so ganz ungegründete, grillenhafte Besorgnisse zu erkennen gab; Ihre Freundschaft giebt mir ja ein Recht dazu. Dixi!

Ich will nun morgen nach Nürnberg fahren, dort den Sonntag zubringen (im Rothen Roß), Montag nach München fahren, dort schlafen im Marienbad, Dienstag nach Salzburg und Mittwoch nach Gastein gehen, und dort meine Kur beginnen, bevor Se. Majestät dort eintrifft. Und Sie? Natürlich werden Sie, der schwebenden

15. 7. 1864. Unterhandlungen wegen, beim Könige bleiben müssen. Wollte ich meiner Stimmung folgen oder könnte ich damit etwas nützen, so reisete ich am liebsten über Carlsbad. Mein bischen Weisheit habe ich aber in den vorstehenden Zeilen niedergelegt, von denen ich herzlich und heiß wünsche, daß sie Ihnen ganz, ganz überflüssig und unnöthig erscheinen mögen, weil Sie ohnedies wissen werden, was sich für uns und für Sie schickt.

Ist das liebenswürdige Bescheidenheit oder anmaaßliche Ueberhebung meinerseits?

Ich hörte, daß Sie leidend wären. Ist das Ernst? Sie dürfen nicht krank sein, das ist Landesverrath! — J. Maj. die Königin A. hat successive alle Minister zur Tafel bei Sich gesehen, auch meine Frau für morgen zur Audienz befohlen, war gnädig und huldvoll wie in alter Zeit. Das bedeutet etwas!! Ist es meine Schuld, wenn ich zuweilen fürchte und nichts Gutes?

In herzlicher Ergebenheit

Ihr

v. Roon.

XV.

Kanzleivermerk: Wien, den 30. Juli 1864.

Telegramm Bismarcks an Roon.[1])

Kriegsminister von Roon

Gastein.

tel. chiffr.
(Kanzleivermerk: Chiffr.
zur Station 10 Uhr Abends.)

30. 7. 1864. Privat. Sollte der König Zweifel haben, die heut telegraphirten Präliminar- und Waffenstillstands-Bedingungen zu genehmigen, so bitte ich dringend, diese Zweifel mit aller Anstrengung zu bekämpfen. Ich kann telegraphisch nicht erschöpfend motiviren, und wenn der König bei einem im Großen so günstigen Abschluß wiederholt wegen Detail-Sachen mit kategorischen Telegrammen eingreift, so kann ich kein Augenmaß für die Situation behalten. Will S. Maj. mehr fordern, als ich nach der Gesammtlage ohne Schaden möglich halte, so ist es nicht richtig, daß ich selbst hier bin. Werther kann die

[1]) Nach eigenhändigem Concept Bismarcks.

Eröffnungen ebenso gut machen und ich den Urlaub zur Kur antreten, ohne den ich fürchte ernster Nervenkrankheit entgegen zu gehen. 30. 7. 1864.

Antwort Roons:

Telegramm.

Gastein, den 31. Juli 1864.
9 Uhr 45 Min. Vorm.
10 — 35 — "

An
den Preußischen Minister-Präsidenten.

Entzifferung.

Privat. Ich rufe Beifall von Herzen. Was Sie wünschen, muß ich aus Ueberzeugung ohne Umschweif thun. Ich werde dem Könige in nächster Viertelstunde vorschlagen zu telegraphiren: „Auf den Mir ausgedrückten speciellen Wunsch Sr. Majestät des Kaisers genehmige Ich den Abschluß, wie er Mir vorgeschlagen." 31. 7. 1864.

Ich freue mich Sie bald hier zu sehen, und wünsche, daß der König Ihr baldigstes Herkommen anordne.

(gez.) v. Roon.

XVI.

Berlin, 20/9. 64.[1])

Lieber Bismarck!

Der gestern Abend an Sie abgeschickten Depesche, die Sie hoffentlich heute früh erhalten haben werden, will ich hinzufügen, daß der König, der zufällig gestern Abend zur Stadt gekommen war, die in Ihrem Schreiben enthaltenen trüben Nachrichten mit den unverkennbaren Zeichen der wärmsten und herzlichsten Theilnahme empfing und sofort und ohne alles Besinnen die Entscheidung traf, die ich Ihnen mitgetheilt; er schärfte es mir noch beim Hinausgehen besonders ein, ja sogleich zu telegraphiren; er wünsche sehnlichst, daß Ihr längeres Dortbleiben zu Ihrer und Ihrer Frau Gemahlin Beruhigung dienen möge; versäumt werde hier gar nichts; mit Rußland seien politische Unterhandlungen nicht im Gange, und in Betreff des jüngsten Ansinnens Oesterreichs, den Süddeutschen den Zutritt zum Zollverein bis zum 15. October offen zu halten, sei ablehnende Entscheidung bereits getroffen. Ob Hr. v. Schrenck 20. 9. 1864.

---

[1]) Dieser Brief ist die Antwort auf Bismarcks Brief vom 18. 9. 1864, Bismarck-Jahrbuch III 267 f.

20.9.1864. darüber fallen werde, sei ja zweifelhaft und selbst, wenn dies geschähe, so müsse man die Chance laufen.

Meines Erachtens ist nur eine übrigens nicht erhebliche Angelegenheit, die auf Sie warten muß. Graf Scharsberg und Graf Droste sind hier angekommen als Deputirte von Mitgliedern des katholischen Adels, um dem Könige eine Addresse in Betreff der Verabschiedung der Gebrüder Kerssenbrook zu überreichen. Die Herren, die sich an Pückler wegen einer Audienz gewandt, sind an mich als Ressortminister, gewiesen worden und haben mir Abschrift der Addresse übergeben. Ich habe dem Könige gerathen, die Annahme der Addresse abzulehnen. Se. Majestät theilen meine Auffassungen, will Sich aber erst entschließen, nachdem er auch Sie gehört. Da die Hn. aber hier im Hôtel des Princes warten und Sie vielleicht erst nach mehreren Tagen zurückkehren, so schicke ich Ihnen beigehend die Verhandlungen. Vielleicht findet eine Meinungsverschiedenheit zwischen uns nicht statt, und vielleicht kann dann die Angelegenheit durch Ihr schriftliches Votum auch vor Ihrer Rückkunft erledigt werden.

Moritz [1]) ist hier mit seiner Frau und Tochter in Ausstattungsangelegenheiten. Wie sehr tief und herzlich wir Alle durch die trüben Nachrichten über Ihre theure Gemahlin berührt werden, brauche ich Ihnen wohl nicht zu versichern. Könnte unsere Theilnahme und unser Gebet nur heilen und helfen! Wir Alle, mein ganzes Haus und dessen Gäste, grüßen aufs innigste. Keudell ist benachrichtigt. In treuer und herzlicher Ergebenheit

Ihr

v. Roon. [2])

XVII.

Berlin, 29/9. 64.

Lieber Bismarck!

29.9.1864. Wollen Sie mir und den Meinigen nicht die Freude machen, Morgen um $^1/_2$6 Uhr mit uns zu essen? Wir haben gehofft, Sie würden nach alter Art von selbst einmal kommen, weil allein zu speisen weder gesund noch vergnüglich ist; da Sie bisher nicht kamen, so muß ich Gewalt brauchen. Fremde finden Sie aber nicht; daher Ueberrock s. v. pl.

Ihr

U. A. w. g. v. Roon [3]).

---

[1]) v. Blankenburg.

[2]) Bismarcks Antwort vom 22. Septbr. 1864 s. Bismarck-Jahrbuch III 268 ff.

[3]) Bismarcks Antwort vom 29./9. 64 s. Bismarck-Jahrbuch III 270.

XVIII.

Berlin, 16/11. 64.

Lieber B.!

Gestern Abend fand ich noch für mich eine Einladung nach Dessau, und werde ihr folgen. Sie sind nicht nach Stettin gegangen, erwarten Ihre Frau Gemahlin aber heute Abend; werden Sie morgen nach D. gehen? Oder haben Sie andere Dispositionen getroffen? Da Bodelschwingh auch nach D. will, so werden Sie uns wohl vor dem Sonnabend nicht versammeln? Oder liegt etwas Dringendes vor, so daß wir besser thäten, auch zu Hause zu bleiben? 16. 11. 1864.

Ihr

v. Roon.

XIX.

Berlin, 22. 5. 66.

Indem ich die Anlage s. p. rem. zur gef. Kenntnißnahme vorlege, bemerke ich, daß ich zwar das Gespenst nicht sehe, das den Admiral beunruhigt, daß indeß dennoch alle nöthigen Vorsichtsmaaßregeln angeordnet worden sind, außerdem daß ein zweites Kanonenboot (Cyclop) nach der Elbe gesandt worden ist, oder vielmehr werden wird. Ein Angriff von der Landseite auf unsere Flotte würde unter allen Umständen die Einäscherung von Kiel nach sich ziehen; ich kann mir daher nicht denken, daß man damit umgeht. 22. 5. 1866.

v. Roon.

XX.

Berlin, 4/6. 66.[1])

Ich habe Krupp benachrichtigt, daß ich ihm erst für Morgen eine definitive Entscheidung erwirken könne, bitte nun aber, daß die mündlich anberaumte Conferenz angeordnet werde. Da ich Ihren Beistand in derselben nicht entbehren kann, so kann ich mich nicht dazu verstehen, ohne Sie mit v. d. H. u. J. (?) zu verhandeln. 4. 6. 1866.

v. Roon.

N. S. Ich habe Morgen Vormittag (Stunde noch unbestimmt und wahrscheinlich spät) Vortrag bei Sr. Majestät, worauf ich bei Anberaumung der Conferenz zu rücksichtigen bitte.

---

[1]) Vgl. dazu die beiden kurzen Briefe Bismarcks an Roon in Bismarck-Jahrbuch III 276 No. XXIII. XXIV.

XXI.

Berlin, 10. 6. 66.

10. 6. 1866. Ich erinnere ergebenst an zwei Dinge:

1. die gef. Rückgabe der meinerseits vorgelegten Bekanntmachung in Betreff der freiwilligen Gaben;

2. ob Sie wegen der Belegung von Bockenheim in Cassel anfragen wollen; ich werde mein Telegramm an General v. Beyer in dieser Beziehung vorläufig unbestimmt lassen.

v. Roon.

XXII.

Berlin, 24. Juni 66.

24. 6. 1866. Der anliegende Briefauszug bringt Ihnen wahrscheinlich nicht gerade viel Neues; er bestätigt nur bekannte Soupçons. Auch ist Schreiber (der gewisse Schöler) nicht überall ganz unterrichtet, auch nicht ohne Interesse, denn er will, à tout prix, glaube ich, Ihr Correspondent und Instrument in der Pariser Presse werden. Dennoch ist er im Allgemeinen wie mir scheint, orientirt, und sein Urtheil über G[oltz] ist wohl richtig, denn wir sind junkerhaft brutal und eitel wie ein Affe.

v. R.

XXIII.

Berlin, 20. 6. 67.

20. 6. 1867. Da ich von Sr. Majestät einige Tage Urlaub erhalten habe, so bitte ich, mich zu entschuldigen, wenn ich heute u. s. w. auf meinem Curulischen fehle. Gott segne Sie!

Ihr
v. Roon.

XXIV.

Berlin, 28. 10. 67.

28. 10. 1867. Anbei, mein lieber und verehrter Freund, übersende ich Ihnen den Entwurf eines von mir in Angelegenheiten meiner Gesundheit an Se. Majestät zu richtenden Schreibens mit der Bitte, ihn in Betreff Ihrer Stellung zu der Frage gefälligst durchzusehen und mir, bei der bald erbetenen Rückgabe, freundlichst zu sagen, ob Ihrer Auffassung darin der richtige Ausdruck gegeben ist. Ich glaube dies auf Grund älterer Auslassungen Ihrerseits gegen mich

direkt und neuerer indirekter, die mir Moritz mitgetheilt hat. Der Entwurf ist das Produkt langer innerer Kämpfe und Ueberlegungen. 28. 10. 1867.

Glauben Sie mir: Es ist keine hohle Phrase, wenn ich versichere, ich liebe das Leben nicht so sehr, um die trockene Entscheidung des Königs „Kein Urlaub, kein Abschied" für eine Härte zu halten; ich würde alsdann, allen „Zweifelsqualen" enthoben, Ihnen ferner nachkeuchen und nachhinken, so gut ich kann, und Gottes weiteren Fügungen ergebungsvoll entgegensehen. Vor der ärztlichen Einsicht habe ich viel zu wenig Respekt, um nicht gern zuzugestehen, daß die verheißene Heilung äußerst problematisch ist.

Guten Morgen!

Ihr

v. Roon[1]).

XXV.

Berlin, 25. 10. 68.[2])

25. 10. 1868. Warum ich Ihnen nicht schreibe, lieber B.? Weil ich Sie lieb habe; weil ich Sie täglich, stündlich vermisse und weder selbst im Stande bin, die Lücke auszufüllen, noch einen auch nur halbschlächtigen Ersatzmann für Sie weiß; weil ich ungern und schmerzlich den Genuß entbehre, Sie in Frische und Kraftfülle wirken zu sehen: darum mochte ich Sie bisher weder mit einer Geschäftssylbe noch mit einem Freundes-Zuruf beunruhigen, damit nicht die unentbehrliche Wiederkehr Ihrer Frische durch mich auch nur um eine Minute verzögert werden möchte. — Und deshalb ist in Ihrem gestern Abend eingegangenen Schreiben vom 24., welches mir genug zu denken gab, nichts Peinlicheres enthalten als die am Schlusse beigefügte Notiz über die noch immer unzulängliche Reconvaleszenz. Gott wolle in Gnaden zusetzen, was Ihnen noch fehlt, um des Vaterlandes, um Ihret-, um Ihrer Freunde willen!

In geschäftlicher Beantwortung Ihres Briefes gebe ich Ihnen, der Zuschrift gemäß, anliegend zunächst die Eckschen Schreiben zurück. Aus Ihrem Einverständniß mit dem Inhalte auch des nomine des Bundeskanzlers an den Finanz-Minister gerichteten Schreibens entnehme ich mit Vergnügen, daß darin Uebereinstimmung auch mit meinen Auffassungen zu finden ist. Vielleicht ist dies nicht in ganz gleichem Grade der Fall, in Betreff der Spezialien der in dem mir abschriftlich mitgetheilten Briefe an den „verehrten

---

[1]) Bismarcks Antwort vom 30. Oktober s. in Roons Denkwürdigkeiten II 351 f.

[2]) Roons Brief ist die Antwort auf Bismarcks Brief vom 24. Oktober 1868, Roons Denkwürdigkeiten II 395.

25. 10. 1868. Kollegen[1]) ventilirten Defizit-Frage. — Sie haben m. E. vollkommen Recht in den geltend gemachten Grundsätzen: Man soll nicht vom Kapital zehren, und laufende Ausgaben müssen durch laufende Einnahmen gedeckt werden, nicht aus den activis des Vermögens. Es ist daher correct, Steuer-Zuschläge für dies Carenz-Jahr zu verlangen. Wenn dieselben indeß verweigert werden, so fragt es sich, ob man dann den ungedeckt gebliebenen Theil des Ausgabe-Budgets entbehren und sich mit 5 Millionen weniger behelfen kann. Heydt hat $1^3/_4$ Millionen herausgefunden, die allenfalls — wiewohl nicht ohne große Schädigung der öffentlichen Interessen — entbehrt werden könnten. Die Herren Collegen — ich bin dabei nicht betheiligt — wollten ob dieser Reduction aus dem Häuschen. Man machte geltend, daß Sie nicht wüßten, wie überaus karg das diesjährige Budget bemessen worden sei; daß nützliche Ausgaben garnicht und die blos nothwendigen nur zum Theil zum Ansatz gekommen seien. Ihr Programm würde anders lauten, wenn Sie Einsicht von den Etats genommen hätten. Ich machte zwar — anfänglich mit einigem Erfolg — den Versuch, Ihr Programm oder doch wenigstens den prinzipiellen Theil desselben aufrecht zu erhalten, allein ich mußte mich überzeugen, daß — falls die von Ihnen event. proponirte Reduction um 5 Mill. unausführbar, wie ich glauben muß — die Sache nicht durchzusetzen sei. Es kömmt eben alles darauf an, ob die Reduction wirklich unmöglich ist. Dies wird behauptet, und ich kann in der That das Gegentheil nicht beweisen. Mein Mittelvorschlag, jedenfalls zuerst den Steuerzuschlag dem Defizit gegenüberzustellen und erst nach der Ablehnung zum Schmalztöpfchen zu greifen, hat wenigstens den Erfolg gehabt, daß Heydt sich, falls Sie auf dem Zuschlage bestehen, bereit erklärt, darauf einzugehen, aber nur darauf, nicht aber auf die Etats-Reduction, die schlechthin unmöglich sei, weil Zinsen, Gehälter und alle sonstigen nöthigen Ausgaben geleistet werden müßten und blos nützliche höchstens im Betrage von $1^3/_4$ Millionen vorhanden seien. Der Finanzminister war bereits heut früh beim Könige gewesen und hatte ihm Ihr Schreiben vorgelegt. Während der heutigen Sitzung gelangte es mit einem Billet Sr. Majestät an Heydt zurück, der es uns nun vorlas, so wie die Königlichen Zeilen, in denen eine Hinneigung zu Heydt's Vorschlag, so wie der Befehl enthalten war, das Staats-Ministerium zu informiren und zu hören und alsdann zu berichten. Ich habe aus diesen Verhandlungen die Ueberzeugung gewonnen, daß, ungeachtet der Richtigkeit der Prinzipien, auf welche Sie hinweisen, dennoch bei der gegenwärtigen Lage der Verhältnisse nicht danach zu verfahren ist, weil die Möglich-

[1]) v. der Heydt, s. Roons Denkwürdigkeiten II 396 f.

keit fehlt, den zweiten Theil Ihres Programms, die Reduction, auszuführen. Ich glaube, wenn Sie hier wären, so würden Sie vielleicht eine enquête über diese Möglichkeit anstellen und Sich, wenn diese — wie ich glaube — nicht dargethan würde, ebenfalls für das Zurückgreifen auf die Bestände erklären; dagegen glaube ich nicht, daß Sie die Reduction à tout prix, d. h. mit Preisgebung auch der durchaus nöthigen Ausgaben, für zweckmäßig erklären würden. Genug davon! Mehr zu thun, als ich in Ihrem Sinne zu thun versucht, lag außer dem Bereiche meines Vermögens und meiner Stellung. 25. 10. 1868.

Heute ist Wehrmann an Costenobles Stelle ins Staats-Ministerium eingeführt und ein Vorschlag gezeichnet worden, wonach Wagener, der einen Strike beabsichtigen zu wollen schien, zum Geh. Ober [-Regierungs-Rath] ernannt werden soll.

Mit den herzlichsten Wünschen für Ihre Stärkung und den freundlichsten Grüßen von den Meinen an Sie und Ihr ganzes Haus

Ihr
herzlich ergebener
v. Roon.[1])

XXVI.

Berlin, 27/10. 68.

Ihr Schreiben von gestern, lieber B., behandelt fast ausschließlich die Frage Wagener, und ist daher, wie ich Ihnen bereits gestern mitgetheilt, in der Hauptsache erledigt. W. ist durch seine Ernennung beruhigt und — wie mir Heydt so eben mittheilt — sehr dankbar. Im Uebrigen ist bei der Gelegenheit zur Sprache gebracht worden, daß W.'s Verhältniß zur Kreuzzeitung und noch mehr zur Zeidlerschen Correspondenz zu großer und mißtrauischer Befangenheit führe. Sehr auffallend ist in der That, wie ausgezeichnet die Presse über alle Vorgänge im Staats-Ministerio unterrichtet ist, seit W. das Protokoll führt. Zum Beweise lege ich Ihnen das heutige Blatt der National-Zeitung bei, die aus der Kreuzzeitung geschöpft hat. Sie werden daraus entnehmen, daß der Gang der Verhandlungen Schritt für Schritt durch die Presse und zwar aufs prompteste registrirt wird. Daß von den gestrigen Verhandlungen noch nichts gemeldet wird, erklärt sich vielleicht daraus, daß W. gestern das Protokoll Krankheitshalber nicht geführt hat. Man hat sich 27. 10. 1868.

[1]) Roons Brief kreuzte sich mit einem Briefe Bismarcks vom 26. Oktober 1868 (Roons Denkwürdigkeiten II 397 f.); Bismarck antwortete auf den Brief vom 25. am 27. Oktober (Roons Denkwürdigkeiten II 398 f.).

27. 10. 1868. daher, seit Wehrmann ernannt, dafür entschieden, diesen zur Protokollführung heranzuziehen, wenigstens in allen wichtigen Verhandlungen. Man wird ja nun sehen, ob dennoch die Presse so prompt informirt bleibt. — Mir persönlich gefällt weder W.'s Verhalten in der Frage seiner Beförderung, sein Drohen und Maulen, noch hat die Ernennung Wehrmanns meinen Beifall, aber seitdem ich davon gehört, war nichts mehr darin zu ändern. Mögen Sie Ihrer Zügelfaust nicht zuviel zugetraut haben! Die Verdienste, die Sie W. mit Recht vindiziren, sprechen keineswegs für Wehrmann. Aber — verglichen mit seinem Vorgänger — mag er ein büreaukratischer Halbgott sein; diese Folie ist ihm sehr günstig. Ihrem Erlasse vom 18. d. M. an das Bundeskanzler-Amt[1]) kann ich in allen prinzipiellen Punkten aus voller Ueberzeugung zustimmen; nicht so in den praktischen Fragen, die er zwar offen läßt, dennoch aber in einem Sinne zu lösen geneigt scheint, der vielleicht eine Unmöglichkeit involvirt. Ich meine die Reduction des Preuß. Budgets um 5—6 Millionen. Ob re vera eine solche Unmöglichkeit existirt, vermag ich, meiner Stellung nach, nicht zu untersuchen, noch weniger, sämmtlichen Kollegen gegenüber, positiv zu verneinen. Der Abstrich müßte I(hres) E(rachtens) erfolgen, nachdem die Zuschläge verweigert sind, d. h. das Budget — da es balanciren muß, müßte nach der Verwerfung umgearbeitet werden. Und wenn sich die Kollegen, incl. Heydt, dem widersetzten, so folgte die Alternative: Auflösung des Land-Tages oder Rücktritt des Ministeriums. Erstere bringt ein schlimmeres Haus, in letzteren wird und kann der König nicht willigen. Der dann herrschenden Verwirrung und Verlegenheit entspricht das allgemeine Hohnlachen unserer in- und ausländischen Feinde; man würde uns wieder unterschätzen und schlecht behandeln, und der Krieg wäre wieder vor der Thüre. Aber brauchen wir ihn? — Nur soviel als Ergänzung zu meinem gestrigen Schreiben. Es ist unmöglich, Alles zu schreiben, was über die Frage zu sagen ist.

Ich schicke Ihnen den Erlaß vom 18. zurück. Auch lege ich Abschrift des Protokolls der gestrigen Staats-Ministerial-Sitzung bei. Endlich remittire ich auch, der Zuschrift gemäß, die Briefe von Heydt und W.

Heilen Sie Sich ganz aus und kommen Sie streitbar — weil „schlaffähig“ — zu uns zurück, die wir Sie schmerzlichst entbehren.

Viele Grüße von mir und den Meinen für Sie und Ihre verehrten Damen.

v. Roon.

---

[1]) v. Poschinger, Dokumente zur Wirthschaftspolitik II No. 75.

XXVII.

Berlin, 22. 11. 68.

Lieber B.!

Keudell schrieb mir, daß es Ihnen Vergnügen machen würde, wenn ich Ihnen etwas über mein Brandenburgisches Tusculum mittheilte. Ich danke Ihnen für dies Freundschaftszeichen herzlichst, und säume nicht länger dem Verlangen zu entsprechen, nachdem mich verschiedene Jagdparthien — nach Schönwald, Wildenow, Letzlingen pp. — bisher, außer dem Flöhen meines alten bekannten Pudels, davon abgehalten. 22. 11. 1868.

Gütergotz sive Jüterjots ist natürlich neben der Herrlichkeit Varzin gar nicht zu nennen; es ist neben diesem Stör ein bloßer Häring, aber der Häring ist immer zur Hand, während man dem Stör weit nachreisen muß. Ueberdies habe ich die Kleinigkeit um einen mäßigen Preis gekauft, für 135 000 Thlr. Im Ganzen hat der Blumentopf eine Oberfläche von ca. 2 700 Morgen, wovon 1 336 Morgen wohlgepflegter Wald mit schlagbaren Hölzern im marktgängigen Werthe von ca. 50 000, vielleicht 55 000 Thlr. (nach oberförsterlicher Schätzung) auf ca. 250 Morgen — natürlich vorherrschend Nordische Pinien, daneben Erlen, Birken, wenige Eichen-Reste. Rechne ich diesen Holzwerth ab, den ich, bei der Nähe der Residenzen ohne Zweifel baldigst realisiren könnte, so blieben mir vom Kaufgelde noch 80 000 Thlr. aus der Ackerwirthschaft und Brennerei zu verzinsen. Zu 4 % müßte sich ein Netto-Ertrag von 3 200 Thlr. ergeben. Der Pächter zahlt incl. der ihm obliegenden Steuern ca. 3 000 Thlr., d. h. — da er für sich wohl wenigstens 1000 Thlr. aus dem Gute nimmt — ebensoviel mindestens weniger, als das Gut bringt. Da er die Unbesonnenheit begangen, im letzten März zu sterben, so werde ich — wenn ich ihm dies nicht nachmache — so unbesonnen sein, die Klitsche von Johannis ab in eigene Bewirthschaftung zu nehmen; Verwalter und Wirthschafterin sind engagirt. — Sie sehen, der alte Mann ist noch immer unternehmungslustig und noch nicht ganz ohne den alten Muth. Uebrigens ist die dazu erforderliche Aufwendung von diesem Artikel nicht gerade titanisch. Das Risico ist mäßig, und die Nähe — ich fahre mit eigenen Pferden in $1^1/_2$ Stunden nach G. — macht es noch kleiner. Diese Nähe hat mich vorzugsweise für die Erwerbung disponirt. Sobald die ersten Lerchen schwirren, kann ich dort hinausziehen und ohne Beschwerde jeden Tag — wenn es sein muß — von 10 Uhr bis 3 Uhr dennoch meiner hiesigen Büreaugeschäfte warten. Unter Benutzung der Potsdamer oder Anhalter Eisen-Bahn kann ich die Reise bis auf 1 Stunde abkürzen. Gütergotz liegt an der Chaussee von Potsdam nach

22. 11. 1868. Grofs-Beeren, von beiden Orten je eine kleine Meile entfernt; ebenso weit von Zehlendorf, von wo binnen Kurzem Chaussee über Teltow nach G. führen wird. Begründet diese Lage eine schätzenswerthe Annehmlichkeit, so muß ich mir alle sonstigen Annehmlichkeiten des Landsitzes selbst freilich erst — und hier fange ich an die Schattenseiten zu enthüllen — mit schwerem Gelde und mancher Sorge und Unruhe erschaffen. Das schwere und massive große Herrenhaus hatte seit seiner Erbauung vor 65 Jahren schwerlich jemals einen Bauhandwerker gesehen. In gewisser Weise großartig, aber unzweckmäßig von dem einst berühmten Gilly [1]) erbaut, bedurfte es einer gänzlichen Reformation in Haupt und Gliedern, und dies Vergnügen wird mir wohl an 15000 Thlr. kosten; dann aber wird es sein, wie ich es mir unter den gegebenen Umständen nur wünschen kann. Der Park oder Garten, der es auf allen Seiten umgiebt und vom Wirthschaftshofe trennt, enthält viele hübsche alte Bäume (Linden, Tannen, Akazien, Pappeln, Eschen, Ahorn) und stößt an einen hübschen 60 Morgen großen Landsee und (auf einer Seite) an den Wald, ist aber ebenso verwildert und verwüstet als das Haus. Unter der Leitung von Lenné's Nachfolger gibt ihm mein neu engagirter geschickter Gärtner Styl und Ordnung, und läßt mich dafür viele 100 Thaler Tagelohn bezahlen. Wenn Sie nun meinen, daß diese Dinge mir, bei meiner bekannten Freude am Organisiren, Vergnügen machen neben der Unruhe und Sorge, so will ich Ihnen im Geheimen gestehen, daß Sie nicht vorbeischossen. Aber es darf niemand wissen; sonst bekommen die Bau- und Pflanz-Dämonen soviel Oberwasser, daß ich darin ertrinke.

Das mag für heute genug sein! Das Weitere müssen Sie Selbst sehen, wenn Sie mich dort besuchen, was ja, bei der gerühmten Nähe, jeden Tag geschehen kann. Aber von einer partie honteuse sprach ich noch nicht, von der Jagd! Diese ist durch den Pächter völlig ruinirt; da ich sie an mich genommen und die Bauernjagd dazu gepachtet, auch im Begriff stehe, durch Pachtung einer benachbarten Bauernjagd sie [die Jagd][2]) bis auf 10000 Morgen, zur Hälfte Wald, auszudehnen, so hoffe ich in einigen Jahren — wenn ichs erlebe — Ihnen dort auch ein mäßiges Vergnügen anbieten zu können. Ebenso gründlich wie dieser Bericht sind auch meine, unsere Wünsche für Sie und Ihr Haus.

Ihr
alter Freund
v. Roon.

---

[1]) Gilly, geb. 16. Febr. 1771 zu Altdamm bei Stettin, führte als Architekt in Berlin die Antike in die Architektur ein; er starb 3. August 1800. Sein hervorragendster Schüler war Schinkel.

[2]) Ergänzung des Herausgebers.

XXVIII.

Berlin, 22/2. 69.[1])

22. 2. 1869.

Für heute hat die Substituirungs-Frage jedenfalls keine Bedeutung, da ich nicht in die Sitzung gehe. Uebrigens lege ich keinen großen Werth darauf.

Einen viel größeren auf Ihre Klagen; ich komme heut gegen 7 Uhr zu Ihnen, wenn Sie, wie Sie sagen, mit mir sprechen wollen.

Getreulichst Ihr

v. Roon.

Soeben erhalte ich Einladung zum Conseil um $3^1/_2$ Uhr bei Sr. Majestät; ich würde sehr bedauern, wenn Sie dabei fehlten, aber Ihr Wohlbefinden steht mir höher.

XXIX.

Berlin, 1/4. 69.

1. 4. 1869.

Meine herzlichsten und innigsten Glückwünsche, denen ich die der Meinigen hinzufüge, Ihnen, mein geliebter und geehrter Freund, persönlich auszusprechen, bin ich entweder durch Ihre Abwesenheit oder durch meine Bescheidenheit verhindert, denn einem von der Reise eben Heimgekehrten ins Haus zu stürmen, halte ich nicht für bescheiden.

Gott mit Ihnen!

Ihr treuergebener

v. Roon.

XXX.

Telegramm.[2])

Monat Aug. 1869

Varzin von Berlin

30. 6^h 28 M. Nachm.

Herrn Ministerpräsident Grafen Bismarck

Varzin.

30. 8. 1869.

Weil materiell unmöglich, den Topf fünf Tage am Feuer zu erhalten, verzichte auf Begegnung am 5.

Schwebende Frage wird sich schlichten ohne Wandelung der Grundsätze.

v. Roon.

---

[1]) Dieser Brief ist die Antwort auf Bismarcks Brief vom gleichen Tage, Bismarck-Jahrbuch III 277.

[2]) Dieses Telegramm ist die Antwort auf Bismarcks Brief vom 27. 8. 1869, Bismarck-Jahrbuch III 283 ff.

XXXI.

Berlin, 21/9. 69.

Mein lieber und verehrter Freund!

21. 9. 1869. Man hat mir gestern gesagt, Sie hätten Sich gewundert, daß ich einen Ihrer Briefe unbeantwortet gelassen hätte. Sie haben zweimal an mich geschrieben: unter dem 27. und dem 29. v. M.[1]) Auf den letzteren habe ich sehr ausführlich unter dem 31. v. M. oder dem 1. d. M. geantwortet,[2]) seitdem aber nichts von der bezügl. Angelegenheit (der Anstellung des G. Post-R. Heldberg) gehört; hoffentlich haben Sie doch dies mein Antwortschreiben richtig erhalten? — Auf Ihren Brief vom 27. v. M., der eine Antwort war auf meine Mittheilung vom 23. v. M.[3]) habe ich allerdings nur telegraphisch[4]) das Nöthige geantwortet. Ich glaubte damit genug gethan zu haben, daß ich Sie per Telegramm benachrichtigte, es würden meinerseits übereilte Entschlüsse nicht gefaßt werden, um so weniger als die Collegen, wie mir durch Staats-Ministerial-Schreiben mitgetheilt wurde, sehr bereit waren, auf mein Begehren nach einer nochmaligen Discussion über Art. 53 der B.-Verf. einzugehen, indem sie mir zugleich privatim versicherten, daß sie der von mir angefochtenen Interpretation des qu. Artikels nicht volle Aufmerksamkeit geschenkt hätten. Dies berechtigte mich zu der in dem erwähnten Telegramm ausgedrückten Friedensaussicht, aus welcher ich zugleich die Befugniß, ja die Pflicht ableitete, Sie mit weiteren schriftlichen Discussionen nicht zu behelligen. Solche waren und sind aber unvermeidlich, wenn ich auf Ihren Brief vom 27. näher eingehen wollte. Denn aus diesem entnahm ich nur, daß es mir nicht gelungen war, den Streitpunkt in das rechte Licht zu setzen. Sie haben mir Vieles entgegnet, was ich nicht für controvers halte, und Manches, was Sie, um der Consequenzen willen, selbst nicht aufrecht halten wollen können. Mit Ihnen, dessen treue Königliche Gesinnung und unabhängige Denkungsweise mir gar nicht zweifelhaft sein kann, würde ich mich leicht verständigen trotz der in Ihrem Schreiben vom 27. hervortretenden Divergenz. Ganz anders verhält es sich aber Collegen gegenüber, die von gewandten und schlauen Geheimeräthen, die durch trügerische dialektische Künste selbst dem Teufel die Klauen abdisputiren möchten, gegängelt und geführt werden, wohin sie wollen, und es ist ganz gleichgültig, ob dieser Einfluß in der Beschränktheit, der Trägheit oder der Unterordnung

---

[1]) Bismarck-Jahrbuch III 283 ff. 288 f.

[2]) Bismarck-Jahrbuch III 290 f.

[3]) lies 22. v. M., Bismarck-Jahrbuch III 279 ff.

[4]) Telegramm vom 30. August 1869.

unter die büreaukratische Routine wurzelt. — Sie würden, glaube 21. 9. 1869. ich, bei der Berathung qu. nicht ganz gleichmüthig geblieben sein, wenn Sie, wie ich, wahrgenommen, daß, während der Decernent ungeheuerliche Deductionen mit behaglicher Breite leistet, der eine College Privatbriefe schreibt, der andere schläft und der dritte auf Kunststücke sinnt, um zwischen den controversen Meinungen ein Stühlchen zu finden, auf das er sich setzen kann. — Uebrigens habe ich, Ihrem Rathe gemäß, die Streitfrage in loyalster und friedsamster Weise zur Kenntniß Sr. Majestät gebracht und gefunden, daß der Herr darüber mehr verwundert als erzürnt war. Er wies auf das Titelblatt der „Rangliste der Königlich Preußischen Armee und Marine" hin, sagte „gewiß ist die Preußische Marine — und zwar sie allein — die Bundes-Marine und ebenso gewiß, daß die Bundes-Marine eine Preußische ist, ungeachtet jetzt auch andere deutsche Dienstpflichtige in dieselbe eingestellt werden können, die sonst in dem heimischen Land-Contingent dienen müßten." „Daß Meine Offiziere und Beamte durch die der Preußischen Marine beigelegte Qualität als Bundes-Marine zu Mir nicht in ein anderes als das bisherige Dienstverhältniß getreten sind: darüber kann doch gar kein Streit sein" u. s. w. — Sie ermessen leicht, da Sie meine Person gewiß immer mit Gerechtigkeit beurtheilen wollen, daß ich diese Sache nicht in dem illoyalen Tone des Anklägers, sondern behufs meiner eigenen Beruhigung, resp. Berichtigung zur Sprache gebracht habe. — Des Königs Verhältniß zur Marine, beruht es auf dem eigenen Souverainetäts-Recht des Herrn oder auf dem für Ihn aus der B.-Verf. (Art. 53) abgeleiteten Recht? Diese Frage hat vorläufig gewiß keine praktische Bedeutung; immerhin aber bin ich, der Preußische Minister des Königs von Preußen, verpflichtet, mich in dubio für den ersten Theil dieser Alternative auszusprechen und einzusetzen. Die Immunität der Marine-Beamten ist dem gegenüber etwas durchaus Untergeordnetes und Kleines. Sobald Mühler zurück ist, will ich jene Frage auf die Tagesordnung bringen lassen, und stelle anheim, ob Sie es angemessen finden, sich darüber nochmals vernehmen zu lassen; event. würde ich selbst den von Ihnen kundgegebenen Dissensus aus Ihrem Briefe vom 27. v. M. mittheilen, wiewohl ich glaube, daß Ihre Auslassung der Frage in gewissem Grade aus dem Wege geht. — Nun genug davon! — Eine andere brennende Frage beschäftigt uns. Sie werden schon wissen, daß Goldonkel Ihren an Wehrmann gerichteten Brief über den palliativen Charakter der Kürzung der Steuer-Kredite zum Ausgangspunkt einer sehr breiten Immediat-Vorstellung gemacht hat, in welcher er auch bei mangelndem Vertrauen seinen Rücktritt in Aussicht nimmt. Er hat dem Staats-Ministerium davon Mittheilung gemacht, erklärend, daß er ohne Groll ginge, wenn es gewünscht würde, mit dem Zusatz, daß

21. 9. 1869. Se. Maj. ihm gesagt, daß, wenn Sie Ihr Verbleiben im Amte von seinem Austritt abhängig machten, er gehen müsse; „das sehe ick auch in." Er hatte seine gemüthliche Seite herausgekehrt. — Der Herr sprach mit mir über diese Sache, meinte, besser wäre es wohl gewesen, wenn Sie, was Sie W., ihm (dem Goldonkel) direkt geschrieben. Ich beschränkte mich vorläufig auf die Wiederholung der alten, 1862 viel gesungenen Weise „Mit v. d. H.'s Vorsitz im Staats-Ministerium ist Niemand befriedigt." Itzenplitz und Eulenburg muß ich darin Recht geben, daß der Land-Tag H. Alles verweigern wird, was er zur Deckung des Defizits verlangt, Alles! — Sicher aber ist es mir auch nicht, daß er gegenüber einem Nachfolger (etwa Graf Königsmark?) faciler sein wird. Sympathien und Vertrauen werden Hrn. v. d. H. bekanntlich von keiner Seite gewidmet, auch nicht von seinen Untergebenen; es wäre sehr erwünscht, wenn er selbst den Abschied erbäte, wozu er nicht abgeneigt zu sein versichert. Der Herr gedenkt in Pietät seiner Bereitwilligkeit von 66 und würde daher nur auf Grund eines Heydtschen Abschiedsgesuches oder staatsministerieller oder parlamentarischer Nöthigung dazu sich entschließen. Wir haben uns jetzt vorgesetzt zu versuchen, ob H. sich nicht freiwillig zum Abtritt bekehrt. Einer solchen Kundgebung müßten aber andere Drucker zugefügt werden und die Aussicht auf einen convenablen Nachfolger, für welchen Königsmark von Eulenburg gehalten wird. — Ich bin am Rande, lieber B., und ich habe Ihnen noch so Vieles zu sagen. Könnte ich Sie nur einmal sprechen. Sie fehlen uns sehr! Und nun dazu die zweifelhaften Nachrichten über Ihr Befinden! — Moritz war hier in Gütergotz 2 Tage bei mir mit Theresen. Mit ihm habe ich viel geseufzt und gerathschlagt über Ihr Fehlen und Ihre Surrogate, aber Cichorien, nichts als Cichorien! Ihr Fernbleiben mag eine physische Nothwendigkeit sein, allein solche ist auf die Länge nicht zu ertragen; es geht Alles aus dem Leim, und ich alter Sünder habe zuweilen Gewissensbisse, mich den rollenden Rädern der neuen Aera entgegengeworfen zu haben, da wir, wenn auch zu blendenden, doch schließlich zu ganz andern Resultaten gekommen und zu kommen scheinen, als mir in meinen früheren Tagen wünschenswerth geschienen. Wozu all der Lärm, wenn es nicht gelingt, für die Zukunft geordnete Bahnen zu schaffen?

In Genthin ist die junge Mutter noch immer sehr schwach, doch fieberfrei, das Kind gedeiht. Hedwig hinkt, immer noch an Krücken, hofft aber auf Besserung; ich selbst hatte kürzlich wieder meine alten asthmatischen Zustände und fühle mein zunehmendes Alter oft sehr drückend und schmerzlich; mit den abnehmenden Kräften aber wächst die Sehnsucht nach Ruhe und Zurückgezogenheit. Nächst der Rücksicht für den Herrn ist es nur meine unverminderte herz-

liche Sympathie für Sie, mein theurer B., die mich abhält und festhält an dem Joche, wenngleich — ultra posse etc. — 21. 9. 1869.

Mit herzlichen Grüßen von Haus zu Haus

Ihr getreuer
v. Roon.[1])

XXXII.

Berlin, 23/11. 69.[2])

In Beantwortung Ihres freundlichen, in kritischen Zuständen, hoffentlich nicht nach 10 Uhr Abends geschriebenen Briefleins vom 20. d. M.[3]) erwiedere ich, daß ich, schon bevor mir Wehrmann Ihre Concepte zur Einsicht vorgelegt, fest entschlossen war, Ihren Wünschen in Betreff D[elbrück]'s ungeachtet mancher Bedenken unbedingt zuzustimmen. So selbstsüchtig und unweise bin ich nicht, daß ich nicht bereitwillig die Hand zu Allem böte, was Sie, theurer B., erleichtern und uns erhalten kann. Daß meine Ressort-Interessen und persönlichen Empfindungen in dieser Angelegenheit nicht maaßgebend für mich sein durften, war mir keinen Augenblick zweifelhaft. Denn ich bin ein müder, alter Mann, dessen Thatkraft und Productivität nahezu erschöpft ist, der sich am liebsten mit den Händeln dieser Zeit gar nicht mehr abgäbe, der nur noch aus Pietät auf dem innehabenden Sessel für eine kurze Zeit verharrt, während die Welt von Ihnen noch Zeichen und Wunder erwartet und erwarten, ja verlangen kann und m u ß. 23. 11. 1869.

Dieser Auffassung gemäß habe ich bereits gestern kurzer Hand die Zustimmung des Staats-Ministeriums beantragt und erhalten, dergestalt, daß Ihr Antrag an den König abgehen kann, sobald Sie ihn vollzogen haben. Auch habe ich mich durch eine vorläufige Besprechung mit Sr. Maj. dessen versichert, daß der Antrag eine gnädige Aufnahme finden wird.

Die Russischen Berichte hat mir Th[ile] mitgetheilt; F[leury] war und ist ein Fanfaron, dem man sagen muß, daß er sich nicht um ungelegte Eier bekümmern soll, und daß wir uns nicht graulich machen lassen. Ueber die Badischen Velleitäten bin ich nicht unterrichtet; der König schwieg darüber, als ich ihm mittheilte, daß und warum Ihnen eigenhändige Briefe sauer würden. Dagegen hatte ich Veranlassung, des Königs sentiment nicht blos in Betreff des

---

[1]) Die Antwort Bismarcks vom 24. Septbr. 1869 s. Bismarck-Jahrbuch III 291 ff.

[2]) In Roons Denkwürdigkeiten II 411 ff. nach einem Concepte; hier nach dem Originale.

[3]) Roon, Denkwürdigkeiten II 410 f.

23. 11. 1869. Verkaufs der Braunschweig. Eisenbahnen, sondern auch hinsichtlich der damit im Zusammenhang stehenden Braunschweig. Successionsfrage kennen zu lernen. Der Herr widersprach nicht, als ich auf die politische Unmöglichkeit der Welfischen Succession hinwies. Er zitirte zwar ein Schleinitzsches Gutachten, welches uns keinerlei Recht zugestände, schien aber damit nicht einverstanden, betonte vielmehr sehr lebhaft die Nothwendigkeit, in dieser Frage je eher je lieber schlüssig zu werden, da die Frage jeden Augenblick brennend werden könne. . . . .

Mit C[amphausen] bin ich bisher wohl zufrieden, kann Ihnen aber nicht bergen, daß mir das Triumvirat D[elbrück], C[amphausen] und W[ehrmann] in Ihrer nächsten Nähe Gedanken macht, die ich aber heute nicht näher besprechen möchte, weil ich durch mein Zahnweh ohne Zähne zum Denken und Schreiben fast unfähig bin.

Dennoch zum Schluß noch ein Wort freundlicher Ermahnung aus vollem Herzen! — Wenn Sie nun durch das liebe Karlsbader Wasser wirklich wieder zur gründlichen Reinigung Ihres inwendigen körperlichen Menschen gelangen — was Gott geben möge — so dürfen Sie ohne Versündigung nicht wieder in Ihre alte Lebensweise zurückfallen: Schlafen bis Mittag, Wachen bis zum Morgengrauen, Arbeiten bei Nacht und Essen für zwei bis Drei! Sie sollten vielmehr Gott danken dadurch, daß Sie Sich fähig halten Ihrem Lande zu dienen mit der ganzen reichen Fülle Ihrer Mittel. Sollte Ihre Energie wirklich nicht hinreichen, um Ihrer extravaganten Natur die regelrechte Lebensordnung eines ehrsamen deutschen Hausvaters aufzunöthigen? Das müssen Sie können! Das erbitte ich für Sie und von Ihnen mit dem warmen Eifer wahrer Freundschaft als

Ihr
alter
v. Roon.

(Mit Bleistift): Wagener soll nicht krank sein; ich weiß nichts von ihm.

XXXIII.

Berlin, 2. Dezbr. 1869.

2. 12. 1869. Ihr Schreiben, lieber B., in der Celler Angelegenheit[1]) gelangte allerdings schon Montag Nachts in K. Wusterhausen in meine Hände. Wenn ich erst heute darauf antworte, so folgt daraus nicht meine Saumseligkeit, sondern vielmehr mein reifliches Wenden und Betreiben der qu. Angelegenheit, wiewohl ich pure Ihrer Auf-

---

[1]) Bismarck-Jahrbuch III 293f.

fassung **nicht** beitrete, vielmehr hoffe, daß Sie nachträglich der 2. 12. 1869. meinigen sich anschließen werden. Am Dienstag auf der Jagd rapportirte ich Sr. M. über Ihr Schreiben und übergab ihm Abends Ihr Pro Memoria. Er schien über Ihren Vorschlag gewissermaßen betroffen, meinte, darauf werde er schwerlich eingehen können, ohne seinen Behörden Blößen zu geben, resp. sie für die Folge einzuschüchtern, sprach wiederholt von der seitens der Regierung allgemeiner zu ertheilenden Erlaubniß zum Aufhängen von Gedenktafeln in den Kirchen, fragte schließlich, was ich dazu sagte. So lange die Angelegenheit vor den Gerichten schwebt, war meine Antwort, würde ich darin entschieden gar nichts thun und mir meinen Entschluß bis nach erfolgtem Richterspruch vorbehalten. Ist letzterer den Militär-Behörden, wie ich erwarte, günstig und wird ihr Eigenthumsrecht anerkannt, und die Nichtbefolgung des Possessorien-Befehls durch einen Formfehler des letzteren entschuldigt: dann ist der Moment da, wo S. M. aus Allerh. eigener Initiative die Wiederherstellung des Denkmals aus den disponiblen Mitteln König Georgs befehlen kann und — wie ich meine — sollte. In dem betreffenden Erlaß würde ich noch einen Schritt weiter gehen und erklären, daß mir dergleichen Denkmale für Soldatentreue durchaus nicht widerwärtig seien, daß S. M. die Errichtung blos an die baupolizeilichen Vorschriften gebunden erachten und eine politische Demonstration daran niemals geknüpft erachten wollen. Darum und weil ein Spargelfeld von Denkmälern viel Geld beansprucht, wollen S. M. das Aufhängen von Gedenktafeln in den Kirchen mit den Namen der Gefallenen allgemein gestatten. Ich glaube, daß dieser, mein Vorschlag, bei S. M., wiewohl noch erregte Aeußerungen über unzeitige Großmuth, die nur mit Undank gelohnt zu werden pflege, folgten, Aussicht auf Annahme hat. — Eulenburg und Delbrück habe ich von der Sache gleichfalls gesprochen. Ersterer stimmt mir unbedingt bei. Letzterer besuchte mich als außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Bennigsens & Co., welche durch meine Vermittelung Audienz in der Sache erlangen wollten. Ich habe diese Vermittelung abgelehnt, unter Hinweis auf die Inopportunität irgend eines weiteren Schrittes, bevor man res judicata habe, und fand darin bei D[elbrück] volle Zustimmung. Heute früh habe ich Sr. Majestät hievon Meldung gemacht, und der Herr billigte ausdrücklich den von mir ertheilten Bescheid. Allerhöchstderselbe hat auch, wie ich glaube, aber nicht weiß, mit Thile von der Sache gesprochen. Da ihn heute die Chinesen absorbirten, so habe ich mir darüber Gewißheit noch nicht verschaffen können. — Delbrück schien der Ansicht, daß die Hannoverischen Herrn bei bewandten Umständen in Angelegenheit ihres Wahlpuffs sich vorläufig ruhig verhalten würden.

2. 12. 1869. Herzlichen Dank für die gütige Nachfrage nach den Meinigen. Meine Frau ist seit Sonntag in Genthin, um meiner Tochter E. für einige Tage Gesellschaft zu leisten. Ihr Zustand (d. h. E.'s) ist langweilig, aber wir hoffen nicht bedenklich. Meine zweite Tochter ist noch immer auf Krücken gutes Muthes. Sonst — all right. Ich küsse Ihrer Fr. Gemahlin die Hand und freue mich, mit den Meinen, daß Sie nun bald wieder hier sein werden. Aber kommen Sie nicht zu früh, d. h. nicht wider ärztlichen Rath. Denn Sie müssen gesund hier sein; krank, kränklich oder gereizt würden Sie unsere Schäden nicht heilen, sondern nur verschlimmern können.

Gott segne und kräftige Sie! In alter Treue

Ihr

v. Roon.

Verzeihen Sie die Ferkelzucht, der ich mich bei flüchtiger Schrift nicht habe erwehren können.

Sie haben doch meinen letzten Brief erhalten?

XXXIV.

Berlin, 20/4. 71.

20. 4. 1871. Es war mir nicht möglich, heute noch zu Ihnen zu kommen, wie ich nach der Unterredung mit Sr. Majestät gern wollte; ich kann indeß nicht schlafen gehen, ohne Ihnen mitzutheilen, wie der Herr bereit war, die letzte streitige Angelegenheit nach meinem Vorschlage ganz in Ihre Hand zu legen. Hoffentlich haben Sie bereits das betreffende Marginale aus dem Palais. Ihnen über die anderen Punkte die entsprechenden Mittheilungen zu machen, behalte ich mir bis morgen vor.

In aufrichtigster Ergebenheit

Ihr

v. Roon.

XXXV.

Gütergotz, 31/3. 73.

31. 3. 1873. Weil ich erst Morgen gegen Abend nach Berlin zurückkehren kann und mag, so drängt es mich, Ihnen schriftlich meine Sympathien und meine Wünsche für den morgenden Tag und seine fernere vielmalige gesunde Wiederkehr von Herzen auszudrücken. Wenngleich es Ihnen an sonstigen Glückwünschen gewiß nicht fehlen wird, so wollen Sie doch versichert sein, daß die meinigen an Wärme und Aufrichtigkeit nicht leicht zu übertreffen sind. Gott segne Sie!

Ihr treuergebener

v. Roon.

5.

Nachlese zu den Briefen Bismarcks an Albrecht v. Roon.[1])
1863. 1866. 1870.

I.

Berlin, Sonntag [6. 9. 1863].

Lieber Roon,

meine geliebte Schwiegermutter ist gestern Nachmittag gestorben; meine Frau verlangt dringend mein Kommen, und ich denke um 1 nach Pommern abzureisen, wenn der König es gestattet, dem ich telegraphirt habe. 6. 9. 1863.

Ich habe viel zu thun, um auszugehn bis dahin, würde aber froh sein, Sie zu sehn.

Ihr

v. B.

II.

Baden, 11. Oct. 63.

Lieber Roon,

Der König trifft 14. früh in Berlin ein und hält conseil an demselben Tage. Näheres mündlich. Diese Zeilen nur, um zu erinnern, ob Sie vom Könige die nachgelassenen Schriften von Mandt erhalten und mit dem Verzeichniß verglichen haben? 11. 10. 1863.

Ihr

v. B.

III.

Dienstag [1866].

Die Anlage[2]) enthält eine Aufforderung mehr, von der Vollmacht zur Berufung von Truppen aus den Festungen, die Ihnen der König gab, Gebrauch zu machen. 1866.

Ihr

v. B.

IV.

Telegramm. Varzin, 30. 4. 1870.

Herzlichsten Glückwunsch für Sie und die Ihrigen. Hier Besserung stätig, aber langsam. 30. 4. 1870.

Bismarck und Familie.

---

[1]) Vgl. Bismarck-Jahrbuch III 257 ff.

[2]) Ein Brief Moltkes? Roon.

6.

Ein Brief des Kronprinzen Friedrich Wilhelm an Graf Bismarck.

1870.

Potsdam, 30. 5. 70.

30. 5. 1870. Ich habe gestern Sr. Majestät die beiden Briefe vorgelesen, welche der Fürst und der Erbprinz von Hohenzollern unterm 23. resp. 25. Mai in der Spanischen Angelegenheit an mich richteten, und deren ich Ihnen gegenüber am Himmelfahrtstage Erwähnung that.

Se. Majestät war betroffen, eine als abgethan betrachtete Sache so unmittelbar wieder angeregt zu sehen, wiewohl der Umstand, daß der Erbprinz gewissermaßen seinerseits und aus freien Stücken vorgeht, nachdem zuvor seitens des Vaters aus fideicommissarischen Rücksichten nein gesagt worden war, — ein novum ist.

Ganz von der Hand wollte der König besagte Angelegenheit nicht weisen, aber auf meinen Vorschlag: den Erbprinzen nach dem neuen Palais ganz in der Stille kommen zu lassen, nicht eher eingehen, als bis er mit Ihnen Rücksprache genommen hätte.

Ich meine nun, man sollte den Erbprinzen sobald als möglich zu uns kommen und unterm Vorwand einer mündlichen Message aus Brüssel, wo er eben zum Besuche weilte, so verborgen wie möglich weilen lassen, um sich définitif zu äußern.

Mir scheint es, als ob Vater und Sohn jetzt die Annahme wünschen und die erbprinzliche Initiative sich meiner Vermittelung bedienen soll, um die Majorats-Angelegenheit erledigungsfähig zu machen.

Ihr ergebenster

Friedrich Wilhelm,
Kronprinz.

7.

Zweiunddreißig Briefe Edwins v. Manteuffel an Bismarck.

1852. 1856. 1858. 1863. 1864. 1865. 1866. 1871. 1872. 1873. 1874. 1876. 1877. 1878. 1879. 1882.

I.

Lieber Bismarck.

1. 6. 1852.

Herr v. Josser bringt Ihnen ein officielles Schreiben. Ich grüße Sie sehr herzlich. Die Kaiserin hat mir gesagt, daß sie hofft, Sie in Schlangenbad in nächster Zeit zu sehen.

Kein Empfang, Absperrung der Höfe und Sicherheit, und sind dazu Truppen nöthig, auch Truppen, aber alles unter dem Charakter der polizeilichen Aufsicht.

Herzlich ergeben und treu ergeben und in allen Sentiments und schrecklichster Eile.

Giessen, 1. 6. 52. E. Manteuffel.

Nach meiner Ansicht würden General Herwarth, Oberst Gf. Waldersee, Oberst Kessel immer auf dem Bahnhofe stehen und Befehle abwarten können, und geschieht das neben dem Ceremoniell, so giebt der Verwandtschaftsgrad da(für) eine hinreichende Erklärung.

II.

Hoher Gönner und verehrter Freund.

16. 12. 1856.

Ihren ausführlichen Brief vom 15. d. M. habe ich heute früh erhalten.

Sie setzen ein Unterrichtetsein von dem, was da vorgeht, bei mir voraus, was nicht vorhanden ist. Ich bin daher gar nicht in der Lage, in die Materie einzugehen, und kann Alles, was Sie sagen, nur auf Ihre Autorität annehmen. Also hoher Gönner, es giebt eine Person, so groß und hoch und mächtig, daß der König von Preußen seine Maßnahmen abhängig machen soll von dem Eindruck, den dieselben auf jene Person machen können? In den Satz hinein kann ich Ihnen noch nicht folgen, Bismarck. Aber ich entrire in die Materie und habe meine Recrutenbesichtigungen, die mein ganzes Denken erfordern, und so breche ich ab. Lassen Sie mich ruhig bei diesen Recrutenbesichtigungen; dabei bleibe ich mit meinen Principien in Einigkeit, und dazu reichen auch meine Facultäten aus.

16. 12. 1856. Kleist geht es Gott sei Dank fortwährend besser. Ich habe ihm heute Abend erzählt, daß ich einen Brief von Ihnen hätte, habe aber nichts von Ihren Rücksichtnahmen auf . . . gesagt, weil er doch noch sehr angegriffen ist.

Meine Frau dankt herzlich für Ihre Grüße, und ich bitte Sie, mich Ihrer verehrten Frau Gemahlin, die in Frankfurt viel besser für mich gesonnen war als Sie, zu Gnaden zu empfehlen.

In aufrichtiger Anhänglichkeit und Ergebenheit

Düsseldorf, 16. December 1856.

E. Manteuffel.

III.

Verehrter Gönner.

28. 2. 1858. Für 2 Briefe habe ich Ihnen zu danken. Die Beilage des 2. Briefes, welche Sie zweifelhaft waren durch Graf Goltz oder durch mich zur Kenntniß Sr. Kgl. Hoheit des Prinzen von Preußen gebracht zu wissen, hat mir der Minister Manteuffel auch officiell mitgetheilt.

Was nun die Sache anbelangt, so haben mich Ihre Briefe sehr interessirt und mir Aufklärungen über das Verhältniß des Gesandten und Militärbevollmächtigten gegeben. Soll der Staat nicht leiden, so muß in einem das moralische Uebergewicht liegen und die Wahl beider danach getroffen werden. Da in Preußen der Militär rechts unterschreibt, so ist für mich die Frage entschieden, wo der Nominativ eigentlich liegen müßte. Das wäre meine Theorie. Der Kriegsminister aber ist verschieden, wie ein Scharnhorstischer Ausspruch, und ce sont les circonstances qui décident sagt der von dem eigentlichen Napoleon. Ergo glaube ich, daß Sie unter den obwaltenden Verhältnissen einen militär-wissenschaftlich durchgebildeten, zuverlässigen, treuen und arbeitskräftigen Bevollmächtigten mit liebenswürdigen Formen hinhaben müssen, der nicht strebt, No. 1 zu sein, sondern der nur im Auge hat, daß das Interesse des Staates gefördert wird, und dazu einen Commandanten, der keine Politik treibt, aber ein im preußischen Dienst erzogener und von ihm durchdrungener Officier ist.

In diesen Auffassungen habe ich mich bemüht, auf die Wahlen zu wirken. Den König habe ich gestern Nachmittag gesehen und G(ott) s(ei) D(ank) in fortschreitender Besserung gefunden. Legen Sie mich Ihrer verehrten Frau Gemahlin, die es, als ich in Frankfurt war, besser mit mir meinte als Sie, zu Füßen, und haben

Sie die Güte, meinen Schwager und meine Schwägerin, die immer sehr dankbar verpflichtet von Ihnen schreiben, zu grüßen, so ist das sehr freundlich von Ihnen. 28. 2. 1858.

Aufrichtig und herzlich ergeben

Berlin, 28/2. 58. E. Manteuffel.

IV.

Ew. Excellenz.

Ich habe in Paris auch neben General Fleury bei Tisch gesessen und [ihn] auch in Compiègne gesehen und würde gern ihn morgen bei Ihnen wiedersehen — aber ich esse bei Graf Voss, habe mir dieses Diner selbst arrangirt, bin einmal aus Princip zuverlässig, und selbst wenn ich meinen Pedantismus opfern wollte, so könnte ich dem alten Voss nie das crève-coeur anthun, sein Diner Bonapartisten Gesellschaft wegen versäumt zu haben. Sonst hätte ich Fleury ganz gern gesehen. Verzeihen Sie daher, ich bitte Sie herzlich, wenn ich Ihre freundliche Einladung zu morgen nicht annehme. 23. 12. 1863.

Berlin, 23. December 1863.

E. Manteuffel.

V.

Ew. Excellenz

sende ich das Resultat meines Nachdenkens. Es mag nützlich sein, daß ich nach Wien gehe, um dem Kaiser militairische Gründe für die Unvermeidlichkeit der Besetzung Jütlands vorzutragen, aber ich glaube, zu einem Erfolge ist es nothwendig, daß ich in letzter Instanz erklären kann: wenn Oestreich Preußen vor dem Feinde verläßt, so werden Preußische Truppen allein nach Jütland marschiren. 21. 2. 1864.

Abgesehen nun hiervon, halte ich die bestimmten Verhandlungen über die anderen Gegenstände — Bundesanträge, Mittelstaaten-Frontmachen ꝛc. — in Wien für bedenklich. Erstens bin ich den Sachen nicht ganz gewachsen, und wie weit mir ohne Vorstudien der bloße Instinct helfen würde, ist doch bedenklich — dann halte ich es aber geradezu nachtheilig, den Schwerpunkt der Verhandlungen von Berlin nach Wien zu verlegen. Ew. Excellenz haben mit Graf Carolyi die Sachen so weit geführt, wie es noch niemals durch Specialsendungen nach Wien oder in Wien selbst durch den Gesandten erreicht worden ist. Warum dies ändern?

21. 2. 1864. Es ist geändert, wenn ich dort ernsthaft über diese Sachen zu verhandeln habe und Graf Rechberg mir sagt: der Kaiser will es nicht anders, und ich das dann hierher telegraphiren muß, wie Carolyi es jetzt von hier aus thut. Mein Sentiment ist, daß Ew. Excellenz das Heft der Verhandlungen nicht an Graf Rechberg übertragen, indem dieselben über die wichtigsten Punkte in Wien gepflogen werden, daß ich diese Sachen nur dann berühre, um zu zeigen, daß ich informirt bin, und vielleicht hören zu können, wie weit man in Wien zu gehen gedenkt, daß meine Sendung aber rein den Charakter behält, um auf den Kaiser persönlich zu wirken und ihn empfänglicher für die hier als nothwendig erachteten weitern Schritte zu machen.

Können Ew. Excellenz mir bereits sagen lassen, wann ich kommen soll; ich mögte es wegen meiner Zeiteintheilung gern wissen, weil ich es nöthig erachte, nach Charlottenburg zu fahren und einen Brief der Königin Wittwe an Erzherzogin Sophie mitzunehmen.

Berlin, 21. Februar 1864.

E. Manteuffel.

VI.

Ew. Excellenz

25. 2. 1864. benachrichtige ich ganz ergebenst, daß ich heute, d. h. morgen früh oder auch heute früh, denn es ist 2 Uhr, eine Relation über die gestrigen und heutigen Verhandlungen an den König per Feldjäger fortsende, dann einen Brief an diesen über die weitere Behandlung des Beustschen Würzburgauftretens. Unterstützen Ew. Excellenz den Vorschlag, es muß Klarheit in das Verhältniß mit Sachsen kommen und König Johann offen für seinen Minister eintreten oder sich von ihm lossagen. Dann ist es zu wichtig, daß bald eine Antwort aus Paris über Ew. Excellenz Eröffnung an Baron Talleyrand kommt; ich liege so lange brach, und darüber vergeht die Zeit und leidet die Moral der Truppen und die Stellung des Königs. Dann wäre es mir sehr wünschenswerth, wenn ich die telegraphischen Nachrichten vom Kriegsschauplatz, sofern sie interessant, und wenn es geht von Minister Roon, dem ich mich sehr herzlich empfehle, etwas über die Pläne und die Vorbereitungen von wegen Düppels bekäme. Der Kaiser fragt mich jedesmal, und so etwas giebt Anknüpfungspunkte. Aber ich bitte telegraphisch, denn hoffentlich bleibe ich nicht mehr lange, denn mir wird bange — nach meinen Acten.

Wien, 25. Februar 1864.

E. Manteuffel.

VII.

Ew. Excellenz

schicke ich auf Allerhöchsten Befehl die Anlage, um deren geneigte Rückgabe ich bitte. Es ist gar viel Unsinn im Hornschen Raisonnement. Wichtig scheinen mir die Raisonnements, ich wollte sagen, Sentiments, vom Kaiser Alexander. Machen Sie doch, daß auch Kaiser Franz Joseph herkommt, und dann, darauf fußt der Gedanke in des Königs Politik, so glaube ich, ich kann durch Graf Crenneville ihn wenigstens (ohne Compromittirung) zur Kenntniß des Kaisers Fz. Joseph bringen. Geht er darauf ein, gut; — thut er es nicht, dann weiß man, woran man ist. Ich ließe die beiden Kaiser herkommen, löste bis dahin die Schleswigsche Armee durch frische Truppen ab, ließe das 3. Armee-Corps zum 1. Juni hier sein, Gablenz auch kommen, und machte unter dem Eindruck meine Politik. 14. 5. 1864.

Herzlich

E. Manteuffel.

Berlin, 14. Mai 1864.

VIII.

Ew. Excellenz

danke ich herzlich verbindlich für die Privatzeilen vom heutigen Tage. Sie haben 100 000 mal Recht, und doch kann ich mich über die Vorgänge nicht rechtfertigen. Ich glaube bei der Veröffentlichung der Ordre an die Generalordens-Commission ist die Contrasignatur nicht einmal nöthig hinzugefügt zu werden; sie bekommt nur Bedeutung, weil der Etat dabei in Frage kommt vis à vis Kammer und Oberrechenkammer, und dazu reicht sie, wenn sie in den Acten ist. Die Ordenssachen sind eigentlich reiner Souverainitätsausfluß, und schon 1849 bat ich den König, die Ausgabe auf die Kronfideicommißkasse zu nehmen, was im Princip richtig und das einzige Mittel gegen die Ordensvergeudung wäre. Wollen Ew. Excellenz meine Meinung wissen, so ist es nothwendig, daß der König der Ordre mit dem Schwarz-weißen Bande rückwirkende Kraft auf 48 und 49 (Schleswig und Baden rc.) giebt, weil sich sonst ein Theil der Armee verletzt fühlt. Sprechen Ew. Excellenz mit dem König über die Sache, was ich sogar gut finde, auch darüber, daß Ew. Excellenz nicht nochmals gehört worden, so vertreten Ew. Excellenz diesen Gesichtspunkt, und ich glaube, die Armee wird es Ihnen danken. Der Kriegsminister ist auch dieser Ansicht. Ew. Excellenz haben doch die Güte, mir die Ordre an das Staatsministerium 14. 5. 1864.

14. 5. 1864. vom 4. März d. J. wieder zu schicken, damit das Datum geändert werden kann. Ich erwähne es, weil Ew. Excellenz mir einen Brief, worin das Ersuchen stand, ohne die Ordre zurückgeschickt haben. Nun also nochmals, ich gebe Ihnen, wie die Dinge stehen, in der Sache Recht, und mehr kann ich nicht thun.

In herzlicher Verehrung E. Manteuffel.

Berlin, 14. Mai 1864.

IX.

Ew. Excellenz

10. 11. 1864. ist es vielleicht interessant, einen Brief mehr des Grafen Rechberg zu lesen! Ich hatte ihm einige Worte der Theilnahme geschrieben, seine Antwort ist eingehender, als es mein Schreiben erforderte. Ich sende Ew. Excellenz diese Antwort vertraulich mit der herzlichen Bitte, sie nicht in die Büreaux zu geben, sondern sie mir unter Couvert wieder zu schicken. Ich hatte geglaubt, Graf Rechberg würde, wenn er vertrauliche Gründe über seinen Rücktritt gäbe, die Ungarischen Verhältnisse oder die Handelsfrage anführen; — nach seinen Gründen scheint der Zusammentritt des Reichsraths von Einfluß gewesen zu sein; diesem gegenüber hält man Schmerling für unentbehrlich und hat daher lieber Rechberg gehen lassen. Wird in Wien noch die Ansicht des Souverains von der Rücksichtnahme auf eine Kammeropposition bestimmt, so sieht es schlimm aus und scheint mir zu zeigen, daß man das Coquettiren mit den Kammern der Mittelstaaten — denn in diesen regiren diese bereits — nicht aufgeben will, und daß man auch hierin Rücksicht auf England nimmt, mit dessen öffentlicher Meinung man in Wien es unter keiner Bedingung verderben will. Mich hat Graf Rechbergs Rücktritt unangenehm berührt, und ich hätte gern gewußt, ob ein arretirter Plan im Wiener Cabinet gefaßt sei, oder ob es nur, wie ich fast glaube, hin und herschwanke. Bei der Wichtigkeit, die ich nun auf genaue Kenntniß des Wiener Terrains lege, war ich fast versucht, dem Könige zu proponiren, daß ich unter dem Vorwande, die Wolter spielen zu sehen, über Prag und Wien nach Berlin reise — aber Ew. Excellenz waren nicht da, mein Kopf thut mir immer noch weh, ich wußte nicht, ob mein Erscheinen in Wien nicht in einer Ihnen unangenehmen Art in Paris ausgelegt werden könnte, ich befand und befinde mich überhaupt in einem energielosen Zustande, und so schrieb ich nicht an den König, sondern nur ein theilnehmendes Wort an Rechberg, und in einer Correspondenz an Graf Crenneville eine Andeutung auf das Verbrauchen von Ministern. Von diesem habe ich noch keine Antwort.

Graf Mensdorff ist übrigens ganz besonders mit Graf Crenne- 10. 11. 1864.
ville liirt. Ich wollte nur 2 Zeilen schreiben und schreibe ein Simmelsammelsurium, und da ich das einmal gethan, so füge ich auch noch ein Wort Sentiment hinzu, indem ich Ihnen sage, daß ich mich mehr, als ich es aussprechen kann, gefreut habe, daß der l. Gott Ihnen Ihre Frau Gemahlin erhalten. Er helfe Ihnen im Hause und im Amte gnädig weiter. Herzlich

E. Manteuffel.

Schloß Tanneberg, 10. November 1864.

X.

Ew. Excellenz

danke ich für die gestrige Antwort, aber ich bin jetzt schrecklich vor- 19. 1. 1865.
sichtig geworden, und so citire ich fort: Rein muß es bleiben zwischen ihm und mir!

Ich habe heute gesagt, als Sie als für den Procentsatz seiend angeführt wurden, das erscheine mir an und für sich zweifelhaft, aber seit gestern unmöglich, alldieweil Sie da[1]) gelobt (was über alle unsere bisherigen Eide hinausgeht), die Rechte des Königs zu mehren, und da müssen politische Klugheitsrücksichten wie Sand am Meere obwalten, Ew. Excellenz könnten nie Vorlagen einbringen lassen, welche diese Rechte mindern und nicht mehren, was bei dem Procentsatz der Fall sei. So habe ich geschlossen und gesprochen und bitte nun um eine ebenso hübsche Antwort als gestern.

In aufrichtig herzlicher Verehrung

Berlin, 19. Januar 1865. E. Manteuffel.

Soeben fällt mir ein, ob der Schwarze Adler-Orden nicht an das Abgeordnetenhaus zu verleihen wäre; die Herren müßten dann alle das Gelöbniß leisten, und der ganze Verfassungsstreit hätte ein Ende!

XI.

Ew. Excellenz und sehr geliebte Excellenz.

Ich kann, wenn ich sehr durchdrungen von einer Sache bin, 23. 5. 1865.
nicht so recht ganz officiell schreiben und die Ueberschrift oder besser Anrede deutet den Charakter meines Briefes an. Der hochselige

---

[1]) Im Capitel des Schwarzen Adler-Ordens.

23. 5. 1865. König hat mir wiederholt gesagt, ich sei einmal ein Mensch, der Zeit brauche, um eine Sache zu überlegen und zu durchdenken. Ich glaube an Instinct und Urtheil der Könige, und seit jenem Ausspruche nehme ich mir immer Zeit zum Ueberlegen, wenn ich Zeit dazu habe. Als ich gestern Abend ½11 Uhr von Merseburg zurückkam, fand ich Ew. Excellenz Schreiben vom 19. d. M. vor. Ich sollte heute früh nach dem Exercieren Vortrag haben und habe daher gestern Nacht und heute früh kriegsrechtliche Erkenntnisse und andere Dinge, die ich vorzutragen hatte — auch Auslegungen über eine von Niebur verfaßte Ordre über Befugnisse des Finanzministers in Militärangelegenheiten — bearbeitet, habe den Besichtigungen, einem Begräbnisse beigewohnt, dann meine laufenden Geschäfte erledigt und bin erst jetzt Abends 11 Uhr zum Durchlesen der mir von Ew. Excellenz unter dem 19. huj. geschickten Piecen gekommen. Ich brauche, wie ich eben angeführt, Zeit zum Lesen und Denken, und so habe ich Instruction und Promemoria noch gar nicht ordentlich gelesen. Aber die Erlasse an Baron Werther habe ich studirt, und aus ihnen mache ich vorläufig mein Raisonnement; und meine Bittstellung, die ich Ew. Excellenz vortrage.

Wie die Dinge liegen, halte ich eine Aufklärung mit dem Wiener Cabinet für nothwendig. Die beste würde dadurch herbeigeführt, wenn es zu ermöglichen wäre, daß Ew. Excellenz mit Graf Mensdorff selbst sprächen. Ich halte das für das Einzige zum Ziele führende. Ist das wirklich nicht möglich, so glaube ich es als ein pis aller, wenn ich nach Wien geschickt werde — aber eine Cleopatra bin ich nicht, die den Cäsar in einer Nacht bewältigt. Soll ich hingehen, so muß ich mit etwas Anderem als persönlichen Reizen ausgerüstet werden. Ehe ich Ew. Excellenz daher meine Desiderien zur Vervollständigung der Instruction vortrage, ist es mir wünschenswerth, die Oestreichischen Auffassungen genauer zu kennen. Die mir gesandten Piecen enthalten außer einem nicht officiellen Oestreichischen Promemoria nur Ew. Excellenz Erlasse an Baron Werther. Ich mögte nun gern Einsicht in die Oestreichischen Depeschen (ich weiß nicht, ob das der Kunstausdruck ist) und die Wertherschen Berichte haben, die den Erlassen vom 17. April und 12. Mai[1]) vorhergegangen sind. Haben Ew. Excellenz die Güte, mir diese zu schicken? Es ist mir das wichtiger als die mir mitgetheilten Sachen, denn den Preußischen Standpunkt glaube ich zu kennen, es kommt mir, wenn ich nach Wien gehe, hauptsächlich darauf an, dem Oestreichischen Cabinet in seinen Auffassungen entgegentreten und wills Gott eine andere Grundlage geben zu können. Erst wenn ich hierin instruirt bin, kann ich Ew. Excellenz vortragen, was ich nach meiner Wiener

[1]) Sybel, Begründung des deutschen Reiches IV, 109. 116.

Kenntniß für nothwendig erachte, meiner Instruction hinzugefügt zu sehen. Werden Ew. Excellenz nicht ungeduldig, ich bin im Handeln schneller als in den Vorbereitungen zu handeln. Zwei Punkte berühre ich schon vorläufig. Mir ist aus guter Quelle gesagt, und ich habe das heute bereits dem Kriegsminister mitgetheilt, daß das Zusammenkommen der Stände in Holstein den Uebelstand mit sich bringt, daß eine Menge Leute durch frühere Erklärungen compromittirt sind, daß diese Leute heute die Einverleibung in Preußen wünschen, daß sie aber aus äußeren Rücksichten dagegen stimmen müßten und würden, wenn sie zur öffentlichen Stimmabgabe genöthigt würden — daß es also im Preußischen Interesse liege, den Zusammentritt der Stände zu trainiren und erst, wenn es sich um Zustimmung eines fait accompli handle, eintreten zu lassen. Der zweite Punkt ist, daß ich den Ausspruch von Halbhuber, Preußen ginge einem Olmütz entgegen, adoptire und zum Ausgangspunkt meiner Ansicht über die Erledigung der Herzogthümerfrage und der Herstellung eines wirklich guten Einvernehmens mit Oestreich mache. Olmütz war — wenigstens so weit gingen meine Verabredungen mit Fürst Schwarzenberg in Olmütz, — der Gedanke einer Art Theilung Deutschlands zwischen Oestreichischer und Preußischer Oberherrschaft vom conservativen Princip aus, da die Mittelstaaten ꝛc. nicht mächtig genug seien, die revolutionairen Elemente in ihren Kammern und in ihrer Presse zur Ordnung zu bringen. In der Ausführung, mit der ich nichts zu thun gehabt, ist Olmütz dann Schimpf für Preußen geworden, aber der Grundgedanke war richtig, und auf ihn muß man in irgend einer Form zurückkommen und Oestreich geht, so weit ich es kenne, darauf ein.[1]) Kurz, da wir Land wollen und an Oestreich keine Entschädigung von unserem Lande dafür geben können, dieses aber uns keinen Länderzuwachs ohne eigne Machtvergrößerung gönnt, so muß wie 1803 Deutschland die Kosten des Bündnisses bezahlen. Es kommt nur darauf an, hierfür die richtige Form zu finden, wozu es mir vor Allem an geographischen Kenntnissen fehlt. Aber den Gedanken halte ich für richtig.

23. 5. 1865.

Es ist Mitternacht vorbei und morgen im tollsten Staube und in großer Hitze Besichtigung. Ich schließe und bitte um Verzeihung, es nicht früher gethan zu haben.

Berlin, 23. Mai 1865. E. Manteuffel.

---

[1]) Ein großes Fragezeichen am Rande von Bismarcks Hand läßt dessen Zweifel erkennen.

XII.

Sehr herzlich verehrte Excellenz, obgleich
ich ein schrecklicher Parlamentsgegner bin.

21. 4. 1866. Ew. Excellenz danke ich sehr herzlich für Ihre Zeilen, von gestern. G(ott) s(ei) D(ank), daß es Ihnen und doch auch der Gräfin besser geht. Hier sende ich Ihnen einen Brief. Ich habe diese Form gewählt, damit Sie, wenn ich etwas, was nicht in Ihrer Auffassung geschrieben ist, (geschrieben habe)[1]), dem Könige gleich Aufklärung geben können und dann, weil ich das Parlament in der ganzen Situation nicht ignoriren, aber hinter Ihrem Rücken nicht über dasselbe sprechen wollte. Ihretwegen hätte ich den Brief gern kürzer gefaßt, aber der König liest auch einen langen Brief und folgt in diesem meinem ihm bekannten Ideengang. Hier geht Alles gut, aber Festigkeit in Berlin ist auch hier das Entscheidende. Daß die Nationalen nicht mit ernannt, erschwert mir Vieles. Nicht wahr, Ew. Excellenz telegraphiren auf meinen Bericht von gestern gleich ein Ja.

Schloß Gottorff, 21. April 1866.

E. Manteuffel.

Ich schreibe erst morgen an den König. Wünschen Sie, daß ich keine Variationen auf die in dem Briefe an Sie behandelte Basis meiner politischen Ansicht über die Entwaffnungsfrage spiele, so telegraphiren Sie morgen früh, daß ich es nicht thun soll.

E. Manteuffel.

XIII.

Ew. Excellenz

10. 6. 1866. Expressen mit dem eigenhändigen Briefe habe ich erhalten und ebenso mit dem Erlaß Nr. 157. Ich kann nur bedauern, daß Ew. Excellenz mir diese ganze Situation nicht zur rechten Zeit geschildert oder wenigstens den mir mitgetheilten Allerhöchsten Befehl, daß ich jede militärische Maßregel vermeiden solle, die vor dem 14. oder 15. Juni zum Ausbruch der Feindseligkeiten führen solle, als nicht mehr in Kraft bezeichnet haben. Ueber den Passus in dem Schreiben Ew. Excellenz betreffs des Verständnisses, das mein Versehen in der Armee findet, gehe ich in Betracht der Schlußworte hinweg.

Ew. Excellenz ganz ergebener Diener

Rendsburg, 10. Juni 1866. E. Manteuffel.

---

[1]) Ergänzung des Herausgebers.

XIV.

Dijon, 23. Februar 1871.

Ew. Excellenz

reiche ich in der Anlage das durch Versehen eingesiegelte Concept zurück. Für die Mittheilung der Reinschrift bin ich Ew. Excellenz sehr dankbar, da sie für mich von großem Interesse; ebenso danke ich verbindlichst für Ew. Excellenz eigenhändiges Schreiben. Die Directiven, die ich von General Graf Moltke erhalten, entsprechen Ew. Excellenz Ansicht, die meine eigne über die nächste militärische Aufgabe der Südarmee ist. Wird eine solche noch nothwendig? Ich wünsche es nicht. Wie Europa aussieht, so erachte ich den Frieden für sehr wünschenswerth, denn dauert der Krieg fort, so wird eine Einmischung der Neutralen unvermeidlich, und Niemand kann wissen, wohin das dann führt. Hätte ich mitzusprechen, so würde ich, wenn die gegenwärtige factische Gewalt die Friedensbedingungen, die Ew. Excellenz als nothwendig gestellt, bewilligt, schnell abschließen — wenn sie auf dieselben nicht voll eingehen will, sondern trainirt, nicht um 24 Stunden den Waffenstillstand verlängern, sondern mit Keulenschlägen auf den Rest der französischen Armeen losschlagen, ehe die Neutralen sich vollkommen einigen, und würde citissime mit Kaiser Napoleon abschließen, die abgetretenen und die als Garantie für die Kriegskosten zu occupirenden Landestheile besetzen und Frankreich sich selbst überlassen. Die neutralen Mächte können gegen einen mit der noch de jure bestehenden Regierung abgeschlossenen Frieden nichts sagen, haben jedenfalls in ihre bisherigen Auffassungen und Abmachungen den Knüppel zwischen die Beine geworfen erhalten, wie des hochseligen Königs Lieblingsausdruck bei solchen Dingen hieß. Ew. Excellenz Gedanken, doch noch mit Kaiser Napoleon abzuschließen — weil die Buonapartes die Franzosen doch zu behandeln wissen, die Bourbons entnervt, die Orleans Zwitter sind — halte ich für richtig, und glaube heute noch, daß es ein Fehler gewesen, daß man es 1814 nicht gethan. Meine Phantasie malt sich ebenfalls den Effect aus, den solche Wendung machen würde. Das Bedenken ist nur, ob Kaiser Napoleon die Garantie giebt, sich nicht mit der Republik gegen uns zu alliiren und den jetzt eingegangenen Frieden als abgezwungen zu erklären, eventuell aber die Macht und den Credit haben wird, die Kriegskosten balde abzuzahlen. Doch das sind alles Dinge, die Ew. Excellenz besser kennen, ich sage nur — sofortiger Friede mit Jules Favre, oder sofortiger Wiederbeginn der Feindseligkeiten und Abschluß mit Napoleon, ehe die Neutralen zum Handeln kommen, und sage nur

23. 2. 1871.

23.2.1871. noch, daß Ew. Excellenz Herr Sohn sehr wohl ist, mir gefällt und sich, glaube ich, auch hier gefällt. Der liebe Gott mit Ew. Excellenz und Ihren Entschließungen.

E. Manteuffel.

XV.

Ew. Durchlaucht

10.11.1872. sende ich Abschrift von zwei Briefen, die Graf St. Vallier erhalten; der eine ist von Herrn Thiers, der andere von Graf Rémusat. Beide zeigen, welchen Werth das französische Gouvernement auf die Auffassungen des Berliner Cabinets legt.

Dann berühre ich einen Punkt, der vielleicht ein Hieb in die Luft. — Mir ist vielfach gesagt worden, man beabsichtige, den Grafen Volan Volanski (in der Anlage ist sein ganzer Titel) mit der Geschäftsführung als Römisch katholischer Feldpropst zu betrauen. Der Mann wird von der Prinzeß Hohenzollern in Oliva protegirt, ist von ihr auch Ihren Majestäten dem Kaiser und der Kaiserin empfohlen. Er ist jetzt hier bei der 6. Division, hat verstanden sich gut mit Generallieutenant von Schwerin und seinem Stabe und auch mit der französischen katholischen Geistlichkeit in Reims zu stellen. Nach meiner Ansicht fehlt dem Manne Geschäfts- und Ressortkenntniß. Er wollte einen Bericht über die Religiosität der 6. Division an Se. Majestät den Kaiser einreichen, wandte sich direct an mich; er soll jetzt die Römisch katholischen Geistlichen der Occupationsarmee aufgefordert haben, gemeinschaftlich eine Bitte um Herstellung des Friedens zwischen Kirche und Staat an Se. Majestät zu richten. Alles in loyalster Form. Ich habe das inhibirt, kann es jedoch nicht greifen, um Eclat in der Occupationsarmee zu vermeiden, den ich nicht will, aber ich halte mich verpflichtet, Ew. Durchlaucht meine Ansicht über den Mann auszusprechen. Ich traue ihm nicht.

Nancy, 10. November 1872.

E. Manteuffel.

XVI.

Nancy, 22. November 1872.

Ew. Durchlaucht

22.11.1872. geehrte Schreiben vom 13. und 17. d. M. habe ich erhalten. Ew. Durchlaucht sagen in dem zweiten Nichts von Ihrem Befinden, und ich hoffe zu Gott, daß es Ihnen wieder besser geht. Aber ich

kann hier nur wiederholen, was ich Ew. Durchlaucht schon oft gesagt habe: ein Mann mit so hohem Ziele darf Berliner Einflüsse und Landtagsvorgänge gar nicht auf seine Nerven influiren lassen, weil er eben unendlich höher steht als diese pygmäenartigen Mitgeschöpfe: Halten Ew. Durchlaucht dies doch recht fest! 22. 11. 1872.

Der Brief vom 17. fiel gerade in die hiesige Crise. — Ich weiß nicht, ob Ew. Durchlaucht gelesen hatten, daß im Soir gestanden, ich habe Graf St. Vallier mit einem Auftrage politischen Inhalts beauftragt gehabt; ich verlangte eine Berichtigung; diese Forderung war vor der Crise gestellt, fiel aber in diese, und gestern zeigte mir Graf St. Vallier ein Telegramm, worin Herr Thiers sagt, er habe eine Berichtigung fertigen lassen, bedauere aber mein Verlangen, da ihm diese Berichtigung im gegenwärtigen Moment schaden würde. Ich hatte soeben Ew. Durchlaucht Brief empfangen, und in dessen Sinne bat ich Graf St. Vallier, Herrn Thiers zu telegraphiren, er möge die Berichtigung fallen lassen. Das Telegramm ist zu spät gekommen, und die Berichtigung steht im heutigen Bien publique. Ich lege Ew. Durchlaucht dieselbe im Zeitungsausschnitt vor.

Der Inhalt der Berichtigung, der Ausspruch des Herrn Thiers, daß derselbe ihm im gegenwärtigen Momente schade, und der Umstand, daß er nichts destoweniger geglaubt hat, sie einrücken zu müssen — schildert Ew. Durchlaucht die ganze Situation genauer als lange Berichte.

Zu wünschen ist, daß die gegenwärtige Crisis mit dem Verbleiben des Herrn Thiers im Amte endet, weil nur so die regelmäßige Zahlung der Kriegsschuld gesichert ist, aber beweisen thut diese Crisis wieder, daß Frankreich sehr langer Zeit bedürfen wird, um stabile Zustände zu schaffen, und daß für uns keine Gefahr für die Zukunft darin liegt, wenn das Gouvernement Thiers jetzt Ruhe und Ordnung und den Credit Frankreichs aufrecht erhält.

Noch danke ich Ew. Durchlaucht unterthänig für die vertrauliche Mittheilung über Consul Bamberg. Oberst Burg hatte mir bereits von dieser Sachlage Kenntniß gegeben, die er aus seinem früheren Verhältniß durch Graf Goltz erfahren; aber auch abgesehen davon, so spreche ich nur mit dem Chef meines Stabes die Tagesfragen durch, habe also auch noch niemals Herrn Bamberg in militair-politische Fragen des Tages gezogen. Aber schuldig bin ich Herrn Bamberg doch, Ew. Durchlaucht auszusprechen, daß ich anfangs gegen denselben eingenommen gewesen bin, daß ich aber im Laufe der Zeit eine gute Meinung von ihm gewonnen habe, und ihn für eine Kraft halte, die verwandt werden sollte. Versichern kann ich Ew. Durchlaucht außerdem auch noch, daß Herr Bamberg,

22. 11. 1872. wenigstens in seinen Gesprächen mit mir, Discretion in Bezug auf die Vergangenheit zeigt, und geradezu eine persönliche Verehrung und Bewunderung von Ew. Durchlaucht an den Tag legt.

Schließlich theile ich Ew. Durchlaucht noch mit, daß ich vor wenigen Tagen abermals zum Bericht darüber aufgefordert worden bin, ob der katholische Feldgeistliche Graf Volansky nicht eine Ordensauszeichnung verdiene. Ich berichte, quod non, führe das Factum aber an, um zu zeigen, wie fleißig seine Protectoren sind.

E. Manteuffel.

Beilage.

Quelques journaux ont annoncé que des félicitations avaient été adressées à M. le Président de la République sur son Message, par le prince Orloff, ambassadeur de Russie, et par le général Manteuffel, commandant en chef des troupes d'occupation. Les journaux qui ont reproduit ces bruits, n'ont pas assez fait attention à la situation différente des deux personnages dont ils ont parlé. Le commandant en chef, général de Manteuffel, n'est pas ambassadeur. Il ne pouvait donc parler au nom de son gouvernement, comme le prince Orloff avait qualité pour le faire au nom de son souverain.

Nous serions heureux de constater les sympathies que les gouvernements étrangers ont pour la France. Nous avons les meilleures raisons de croire à la sincérité comme à l'unanimité de ces sympathies, mais nous n'en connaissons pas encore l'exacte expression, et nous ignorons, jusqu'à quel point sont bien informés nos confrères.

XVII.

Nancy, 6. December 1872.

Ew. Durchlaucht

6. 12. 1872. habe ich gestern bereits telegraphisch angezeigt, daß ich die beiden chiffrirten Depeschen vom 5. d. M. empfangen und den in der ersten enthaltenen Auftrag den gegebenen Vorschriften gemäß ausgerichtet hätte. Heute früh habe ich nun auch Ew. Durchlaucht geehrtes Schreiben vom 3. d. M. erhalten, indem Sie mir über die Verhältnisse näher schreiben. Ich danke Ew. Durchlaucht aufrichtigst für das mir darin erwiesene Vertrauen. Das Schreiben veranlaßte mich, eine Fahrt nach Epinal aufzugeben, da es einmal möglich war, daß Ew. Durchlaucht mir heute noch neue telegraphische Weisungen zugehen ließen, anderntheils ich aus demselben ersah,

6. 12. 1872.

welches Gewicht Ew. Durchlaucht auf die Gestaltung der hiesigen Verhältnisse legen, und ich es daher für wichtiger hielt, mit Graf St. Vallier zu sprechen, anstatt in Epinal Baracken zu inspiciren. Dieser war bei mir. Nun die Hauptsache ist, daß Ew. Durchlaucht klar sehen. Ich kann in diesem Augenblicke Graf St. Vallier nicht als einen sicheren Canal benutzen, um Herrn Thiers vertrauliche Eröffnungen zu machen. Gestern Nachmittag nahm er die ihm gemachten vertraulichen Mittheilungen über die Presse mit großem Interesse auf, heute sagte er mir, daß der Inhalt derselben bereits in der Norddeutschen Zeitung stände und Herr Thiers die erforderlichen Aufklärungen über die Preßartikel hierdurch erfahren habe. Graf St. Vallier ist viel zu fein, um nicht den Unterschied zu wissen zwischen einem Zeitungsartikel und einer vertraulichen Eröffnung von Ew. Durchlaucht. Aber das Resultat der Commissionswahlen ist ihm gestern Abend noch zugegangen, wo die Rechte einen so bedeutenden Sieg errungen. Graf St. Vallier gehört zur Rechten, und die Passionen sind so erregt, daß er seine persönlichen Relationen mit seinen Freunden risquirt, wenn er in der Intimität mit Herrn Thiers von dem Augenblicke an bleibt, wo dieser sich mit der Rechten nicht aussöhnt, sondern sich der Linken noch prononcirter anschließt. Dieses aber will er nicht. So fasse ich Graf St. Valliers gegenwärtige Stimmung auf, und deshalb habe ich auch nicht weiter in ihn gedrungen und ihm auch keine Andeutung von Ew. Durchlaucht zweitem gestrigen Telegramme oder von Ihrem Briefe gemacht.

Die Rechte der Assemblée ist in diesem Augenblicke so impressionirt, daß das Raisonnement aufhört; sie sieht blos 2 Wege: Anschluß von Herrn Thiers an sie, oder Refus dieses Anschlusses. Letzteres wäre in ihren Augen gleichbedeutend mit baldiger Herrschaft von Gambetta. Im ersteren Falle hofft die Rechte Herrn Thiers nach und nach Minister aus ihrer Mitte aufdringen zu können, die dann der Assemblée verantwortlich würden und Herrn Thiers so in ihren Principien festhielten. Im anderen Falle scheint die Rechte entschlossen zu sein, bis zum Sturze des Herrn Thiers zu gehen, und würde vielleicht der erste ostensible Schritt prononcirter Feindschaft mit der sein, daß diplomatische Agenten, welche zur Rechten gehören, ihre Demission gäben.

Die Entscheidung über den Weg, den Herr Thiers nehmen wird, glaubt man in der Wahl zur Besetzung der beiden vacanten Ministerposten zu sehen. Besetzt Herr Thiers diese mit Mitgliedern des rechten Centrums, so würde ein großer Theil der jetzigen Opposition hierin den Beginn seiner Lossagung von Gambetta erblicken und sich mit Herrn Thiers von Neuem zu einigen suchen; besetzt Herr Thiers die vacanten Ministerposten mit Mitgliedern

6. 12. 1872. der Linken, so ist es wahrscheinlich, daß die gesammte Opposition den Handschuh entschieden aufnimmt.

Die Nation will Ruhe und Ordnung und unterwirft sich dem, der ihr diese garantirt. Noch hat Herr Thiers die öffentliche Meinung des Landes für sich, seine eignen Organe aber haben theilweis nicht mehr volles Vertrauen zur Festigkeit seiner Stellung und denken bereits an ihre eigne Zukunft. Von dem diplomatischen Corps scheint Fürst Orloff allein sich während dieser Crisis Herrn Thiers angeschlossen zu haben in hervortretender Weise.

So liegen die Dinge in diesem Augenblicke, so weit ich sie hier übersehen kann.

Ich werde mich freuen, wenn ich Ew. Durchlaucht erst wieder in Berlin weiß.

In ausgezeichnetester Verehrung

E. Manteuffel.

XVIII.

Nancy, 8. December 1872.

Ew. Durchlaucht.

8. 12. 1872. Graf St. Vallier hatte verschiedene im Occupationsterrain bei den Truppenunterbringungen beschäftigte französische Beamte Herrn Thiers zu Ordensverleihungen vorgeschlagen und lange keine Antwort bekommen. Heute hat er einen Brief des Herrn Barthélemy St. Hilaire empfangen, der ihm sagt, daß seine Vorschläge Folge haben würden; er schickte mir diesen Brief, und da dessen Schluß auf die politische Situation Bezug hat, so nahm ich Abschrift von diesem. Bei der Stellung des Herrn Barthélemy St. Hilaire interessirt es Ew. Durchlaucht vielleicht, seine Ansicht über den Stand der Crisis zu kennen. Sein Brief war vom 7. December. Ew. Durchlaucht lege ich im Anschluß an mein Schreiben vom 6. d. M. diese Abschrift vertraulich vor.

E. Manteuffel.

XIX.

Nancy, 23. Januar 1873.

Ew. Durchlaucht.

23. 1. 1873. Graf St. Vallier ist heute von längerem Urlaube, zuletzt von Paris, zurückgekehrt. Totaleindruck meiner Unterredung mit ihm:

Herr Thiers wohler, heiterer, frischer, zuversichtlicher als je; inwendig sehr zufrieden mit dem Tode Napoleons, voller Zuversicht,

daß er sich mit der Assemblée einigt, überzeugt, daß bis Ende Mai die 4. Milliarde abgezahlt ist, und daß er für die 5. Milliarde so gute Garantieen wird bieten können, daß wir im Juni und Juli ganz Frankreich räumten. 23. 1. 1873.

Ich nehme hierauf keine Rücksicht, sondern stelle nach wie vor meine Anforderungen auf Schießplätze zum Sommer für die Artillerie, da ich das Lager von Châlons nicht mehr habe, und auf große Exercierplätze zum Herbst für die anderen Waffen, was ihnen große Unbequemlichkeiten und Kosten verursacht, wenn wir nicht vorher räumen.

Der französische Botschafter aus Berlin berichtet, „was man in Berlin Ministercrisis nannte, seien nichts als des nuages, nach deren Vertreibung Ew. Durchlaucht mächtiger und einflußreicher als je bei Sr. Majestät sein würden", was Herr Thiers auch glaubt und wünscht.

Ich bitte Ew. Durchlaucht, nicht zu lange Achill zu sein und nicht zu übersehen, daß dieser viel darum gegeben, wenn er schon vor dem Tode des Patroclus wieder zu den Waffen gegriffen gehabt.

E. Manteuffel.

XX.

Verdun, 11. August 1873.

Ew. Durchlaucht

sollen nicht antworten, höchstens lesen. Ich habe mich gefreut, als ich Ihr eigenhändiges Schreiben vom 4. d. M. bekam, ich habe mich aber erschrocken, als ich am Schluß las, daß Schreiben oder Nichtschreiben mit Ihrer Gesundheit zusammenhinge. Die ist uns nothwendig, denn wir gehen noch ernsten Kämpfen gegen Rom entgegen, und da ich den Kampf mitkämpfe, so ärgert mich die Presse so, wenn man meinen Namen in dieses Partheigetriebe gegen Ew. Durchlaucht hineinziehen will. Und dann ärgert es mich, wenn die Presse mich als Minister-Candidaten hinstellt. Was Ew. Durchlaucht Person anbelangt, so glaube ich — ich kann mich von dem Tage der Geburt Ihrer Gräfin Tochter an darauf berufen, wie ich zu Ihrem politischen Indiehöhekommen gestanden habe; und was Feldmarschall Roon anbelangt, so bewahre mich Gott davor, je eine Erbschaft antreten zu müssen, wie die seine in der Armeeverwaltung. Was aber, rein sachlich, beide Posten anbelangt, so mögte ich mich auch auf meine Vergangenheit berufen. Eine gewisse Objectivität im Urtheil kann man mir da nicht absprechen; nun so weiß ich einmal, daß es mir an klassischer Durchbildung fehlt, um solchen Posten je einnehmen zu können — (ich frage Ew. Durchlaucht, ob Graf Roon 11. 8. 1873.

11. 8. 1873. den Posten eines Ministerpräsidenten ausfüllt) — dann aber hätte ich in meiner ganzen Laufbahn doch vielleicht Chance gehabt, in den verschiedenen Crisen eine Ministerstelle erhalten zu können, wenn meine Selbsterkenntniß mich nicht eben immer abgehalten hätte, sie zu ambiren. Also davon ist nie und niemals die Rede, aber ins Herz schneidet es, wenn die öffentliche Meinung immer wieder irre geführt und ich als ein ambitiöser, fremdes Verdienst nicht anerkennender Mann hingestellt werde, der ein Feind seines eignen Volkes, von diesem mit Mißtrauen angesehen, nur durch die Gunst des Monarchen in seinen Stellen erhalten wird. So etwas geht dann in die Geschichte über, und darunter leiden meine Kinder. In jenem officiösen Artikel werde ich wieder so geschildert, und sein Raisonnement basirt eben auf 2 Unwahrheiten, einmal, daß ich in Belfort eine Rede an französische Beamte gehalten, dann, daß ich als Gegner einer nationalen Politik hingestellt werde. Sind Leute da, die mich hassen oder fürchten, so sollen sie ihren Kampf gegen mich wenigstens vornehm treiben. Ich verlange gar nichts, als daß ein klein bischen Rücksicht auf meine Individualität genommen wird. Die ist wahrhaftig nicht habsüchtig oder Stellen ambitiös, sie will nur, daß Vertrauen gezeigt wird. Geschieht das, so bin ich um den Finger zu wickeln. Hier schicke ich Ew. Durchlaucht den neulich vergessenen Artikel, nicht mehr, damit jetzt noch etwas geschieht, denn ich wiederhole, Ew. Durchlaucht Gesundheit ist mir lieber, sondern damit Sie ihn blos lesen. Aber wie ist es möglich, daß Ew. Durchlaucht nicht die ganze Presse unter sich haben, daß es eine selbstständige Eulenburgische Presse geben kann? Die Deutsche Centralgewalt muß stärker organisirt werden, sonst geht das nicht; die Dinge sind zu weit, als daß Particularismus noch erlaubt wäre. Ew. Durchlaucht danke ich herzlich für den Ausspruch Ihrer Ansichten. Ich thue jetzt gar nichts, sondern bitte erst Ende August General Albedyll, daß ich eine Ordre bekomme zu räumen, sobald gezahlt ist. Bis dahin inhibire ich alle Vorbereitungen dazu, beginne mit der Räumung erst nach Eingang dieser Ordre, und dann stimmt es mit der Zeit.

Noch eine Sache mögte ich Ew. Durchlaucht vertraulich erzählen. Graf St. Vallier ist in Paris. Graf Conclany vertritt die Mission, außerdem sind hier bei der Mission ein Oberstlieutenant Hitschler und ein Major Hartmann, die in der Intendantur sind. Graf Conclany war früher in London Secretair beim Herzog Broglie. Er ist Royalist. Gestern aßen die Herren bei mir. Es wurde [von] Fusion gesprochen, auch von der Armee war die Rede, was sie thun würde, falls die jetzige oder künftige Assemblée den Bourbon proclamirte. Graf Conclany meinte, dem Votum der Assemblee Folge zu leisten. Da fuhren beide Officiere auf und protestirten. Burg meinte, die Scene sei interessanter und aufklärender gewesen als

viele Memoires. Die Armee ist in ihrer Mehrzahl nicht für das heutige Gouvernement mit seinen klerikalen und bourbonischen Tendenzen. Ich lege mich der Frau Fürstin zu Füßen und empfehle mich Gräfin Marie zum 21. August, und grüße Ihren Nachfolger, meinen Ordonnanzoffizier. — 11. 8. 1873.

E. Manteuffel.

XXI.

Ew. Durchlaucht.

Graf St. Vallier hat mir einen Brief von Herrn Thiers zur Einsicht geschickt, weil derselbe am Schluß desselben ihn beauftragt, mir Glückwünsche zu meiner Ernennung zum Grlfldmarschall zu sagen. Diese Phrase habe ich weggelassen, sonst habe ich den Brief abgeschrieben und schicke die Abschrift Ew. Durchlaucht, weil es Sie vielleicht interessirt, Kenntniß davon zu nehmen... Der Brief, in dem Herr Thiers von seiner Liebe zu den Studien und von seinem Wunsche, sich diesen ganz widmen zu können, spricht, ist aus demselben Ort und von demselben Datum als sein Brief an den Maire von Nancy, der sein politisches Programm enthält. Dies ist charakteristisch. Dann halte ich es nicht ohne Bedeutung, daß Graf St.Vallier, der (eine feine Nase) durch und durch Legitimist ist, in diesem Augenblick wieder Relationen mit Hrn. Thiers anknüpft, und daß dieser ihn durch Wahlaussichten an sich zu fesseln sucht. Das Wetter ist hier wunderschön, und es ist Schade, daß Ew. Durchlaucht nicht hier sind. Mit Ihren Herren Söhnen bin ich neulich ein Stück zusammen gereist. Auch der älteste gefällt mir. Ich gratulire Ew. Durchlaucht. — 13. 10. 1873.

Gastein, 13. October 1873. E. Manteuffel.

Abschrift. **Beilage.**

Ouchy 30 7bre 1873.
Canton de Vaud

Mon cher Monsieur de St. Vallier.

Je viens de recevoir à Ouchy où je suis en ce moment, votre lettre du 27, et j'y reponds à l'instant même. Cette lettre m'a vivement touché et m'a rappelé des tems douloureux sans doute, mais des tems où nous rendions à notre pays des services grandement utiles, de ceux que la flatterie ou l'intérêt des partis n'invente pas, et que leur ingratitude ne fait pas oublier; à ces services vous avez eu votre large part, et j'aurai toujours un grand plaisir à le reconnaître. On n'est pas juste pour vous, mais vous êtes jeune encore, vous avez les talents de votre carrière, et le

13. 10. 1873. tems vous dédommagera, et j'espère les électeurs de l'est ne seront pas ingrats, je leur rappellerais au besoin ce qu'ils vous doivent. Quant à moi, sorti des affaires publiques, la conscience satisfaite, heureux plus que je ne puis le dire d'être rendu à des études que j'aime avec passion, je ne regrette rien que de n'avoir pas plus d'années à consacrer à la science, mais il m'en reste quelques unes encore, et je serai bien satisfait de retrouver quelques fois, et le plus souvent possible, les hommes qui comme vous m'ont fortement aidé dans l'accomplissement d'une tâche, qui a été glorieuse, si j'en juge par les témoignages que j'ai reçus de la France et de l'Europe qui est une sorte de postérité par le dégagement absolu des passions de parti.

Je serai à Paris pour très peu de jours, d'abord au boulevard Malesherbe, puis dans le courant de la semaine Faubourg St. Honoré 45 et j'aurai à vous voir un véritable plaisir.

A vous de cœur. sig. A. Thiers.

XXII.

Ew. Durchlaucht

20. 11. 1873. wissen, daß ich nach Petersburg muß, um dem Georgsfeste beizuwohnen. Gern hätte ich Ew. Durchlaucht vor dieser Reise gesprochen, und dennoch schreibe ich Herrn v. Zitzewitz heute, daß ich meine Absicht, ihn jetzt zu besuchen, aufgebe. Ginge ich jetzt in die Nähe von Varzin, so machten die Menschen doch wieder aus dieser Hofquälerei eine geheime Sendung.

Aber wenn Ew. Durchlaucht noch in Varzin sind bei meiner Rückkehr aus Petersburg, sehe ich mir das von Herrn v. Zitzewitz vorgeschlagene Gut an und erlaube mir Ew. Durchlaucht aufzuwarten. Ich soll den 3. December in Petersburg sein und beabsichtige den 24. d. M. von hier nach Berlin zurückzukehren.

Ew. Durchlaucht bitte ich, mich der Frau Fürstin zu Füßen zu legen, und zeichne in ausgezeichneter Verehrung

Heidelberg, 20. November 1873. E. Manteuffel
GFM.

XXIII.

Ew. Durchlaucht.

23. 12. 1873. Ich bin heute bei Minister Bülow gewesen und habe ihn gebeten, Ew. Durchlaucht zu bitten, mir, wie Sie neulich es ausgesprochen, die Papiere von Graf Radolinsky zu schicken und zu gestatten, daß ich dann momentan als Ihr vortragender Rath fungirte.

und diese Papiere nach meiner Personal- und Verhältniß-Kenntniß beleuchtete. 23. 12. 1873.

Wie ich einmal bin, sage ich Ew. Durchlaucht gern selbst, was ich einmal gebeten habe, Ihnen in meinem Namen zu sagen. Aber als ich so über Graf Radolinsky dachte und mir vergegenwärtigte, daß er ursprünglich nach Brüssel gewünscht und daß ich Hrn. v. Balan an das Wort im Vater Unser erinnert „führe mich nicht in Versuchung", bin ich von Graf Radolinsky wieder auf Brüssel selbst gekommen.

Darf ich Ew. Durchlaucht da meinen Ideengang vorlegen?

Die Römisch-Katholische Bewegung im eignen Lande gewinnt Terrain. Reine Repressivmaßregeln führen weiter, als man denkt, und unsere gesetzlichen Nadelstiche reizen, ohne todt zu schlagen. Man muß nach meiner Ansicht die Sache nicht im eignen Lande, sondern da, wo der Heerd der Bewegung des eignen Landes ist, auskämpfen. Das ist Brüssel!

Jetzt sagt man, daß auch der Jesuiten-General seinen Wohnsitz dort nehmen wird.

Ist das zu dulden? Nein.

Belgien ist ein unabhängiges Land. — Aber nicht so weit, um die eigene Existenz des Nachbarn zu gefährden. Ich sollte denken, daß, wenn der Jesuiten-General nach Brüssel geht oder sonst dort prononcirte Feinde des Deutschen Kaiserthums auftreten, Deutschland deren Ausweisung verlangen kann. Leistet Belgien dann Folge, so entmuthigt das die Römisch-Katholischen im Inlande, widerstrebt es, so folgen fernere Schritte, und die Gedanken des Inlandes werden nach Außen abgeleitet. Sollte England wirklich abgestumpft sein gegen die Gefahr, welche ihm droht, wenn der Jesuitismus immer mehr agitirt von Brüssel aus? Ich glaube, man muß suchen, das Schlachtfeld vom Inlande auf das Ausland zu legen, und vielleicht lassen sich in Brüssel wieder Ersparnisse machen, die dann aber vor der Ablieferung ans Kriegsministerium gleich an die Armee vertheilt werden.

Lassen Ew. Durchlaucht dem armen Radolinsky nicht entgelten, wenn ich Ihnen meine Reverien vorgelegt habe.

Berlin, 23. December 1873.

E. Manteuffel GFM.

XXIV.

Ew. Durchlaucht.

Die Fürstin sagte mir schon Donnerstag Abend, daß Sie unwohl wären, und heute Mittag höre ich, daß es Ihnen eher 8. 3. 1874.

8. 3. 1874. schlechter als besser geht. Ich hoffe zu Gott, daß Ew. Durchlaucht bald wieder ganz hergestellt sind, und hoffe dies nicht blos Ihretwegen, sondern auch der res publica wegen, und glaube daran, weil ich eben Sie für nothwendig halte. Ich frage nicht nach Ew. Durchlaucht Befinden, denn wie es Ew. Durchlaucht geht, höre ich, ohne zu fragen, aber da ich neulich auf einen Wunsch von Ew. Durchlaucht nicht eingegangen bin, so mögte ich Ihnen gar gern sagen, wie aufrichtig herzlich ich wünsche, daß Sie bald wieder ganz hergestellt sind. Auch Karl XII. reichte nicht mit dem Stiefelschicken aus und mußte selbst nach Schweden kommen, und so wenig ein Reichstag bedeutet, wenn ein Mann ihm gegenübersteht, so mächtig kann er werden, wenn dies nicht ist. Also sage ich Ew. Durchlaucht meine recht herzlichen Wünsche für schnelle Genesung. Ich weiß nicht, warum ich das Alles schreibe, aber ich schreibe es.

Berlin, 8. März 1874. E. Manteuffel GFM.

XXV.

Berlin, 16. März 1874.

Ew. Durchlaucht

16. 3. 1874. sind zu meiner herzlichen Freude wieder so weit hergestellt, daß Sie Vorträge annehmen können, und so halte ich Ew. Durchlaucht heute auch einen, der zwar nicht von Wichtigkeit, — den Ihnen zu halten aber die mir einmal innewohnende pedantische Dienst- und Ressort-Auffassung doch erfordert, weil es mir unangemessen erscheint, wenn Ew. Durchlaucht Dinge, welche auf die Occupation in Frankreich Bezug haben und meine Person betreffen, indirect und nicht durch mich erfahren. Vorgestern traf bei mir eine Kiste aus Paris ein, in der sich in sehr hübschem Einband die Geschichte des Consulats und des Empire von Herrn Thiers befand und in deren erstem Theile Herr Thiers eigenhändig geschrieben hatte:

à Mr le Baron de Manteuffel, témoignage de gratitude et d'amitié pour sa conduite humaine et généreuse pendant l'occupation des provinces françaises dans les années 1871, 1872, 1873.

A. Thiers.

Ich habe hierauf, so gut wie ich konnte, einen Brief an Hrn. Thiers stylisirt, ihm gedankt und gesagt, daß ich nach unseren Reglements die Genehmigung Sr. Majestät des Kaisers zur Annahme seines Geschenks nachgesucht, diese sofort erhalten habe und zwar mit dem Ausspruche, wie Se. Majestät Sich über das Zeugniß

freue, welches Hr. Thiers dem General gäbe, dem Se. Majestät das Commando der Armee übertragen gehabt, und in diesem Ausspruch des Kaisers möge er einen neuen Beweis der Achtung sehen, die Se. Majestät ihm seit Langem zolle und die während seiner Präsidentschaft noch gestiegen sei. Dann habe ich Madame Thiers und Melle Dosne meine Sentiments ausgesprochen und ihn gefragt, warum er mir nur Sympathie für 18 Brumaire zutraue und mich unfähig halte, die Principien von 89 zu verstehen. 16. 3. 1874.

Kurz ich habe so aimable geschrieben, wie ich kann, und dieses wollte ich Ew. Durchlaucht vortragen. Der liebe Gott gebe gnädig, daß Ew. Durchlaucht bald wieder völlig hergestellt sind, denn das ist, abgesehen von allen persönlichen Sentiments, nothwendig fürs Ganze.

E. Manteuffel GFM.

XXVI.

Ew. Durchlaucht

erlaube ich mir einen Band der neuesten Auflage von L. Rankes Geschichte der Päpste vorzulegen. Die Sache hängt folgendermaßen zusammen. Als ich das Buch gelesen, fragte ich den Professor, ob er es Ew. Durchlaucht nicht übersenden werde, da es Sie schon wegen der chronologischen Zusammenstellung der Anfänge und des Verlaufs des Concils interessiren müsse. Der Professor meinte, er wisse nicht, ob Ew. Durchlaucht die Uebersendung angenehm, und ob sie auch gut von Ew. Durchlaucht aufgenommen werden würde. Da ich dies nun glaube, so erbot ich mich, das Buch Ew. Durchlaucht vorzulegen und Sie zu bitten, den Passus über Pius IX. und sein Concil zu lesen. Dies thue ich nun hiermit, und sehr dankbar würde ich sein, wenn Ew. Durchlaucht dem Professor ein Paar Worte antworten ließen. In den Zeiten unter König Friedrich Wilhelm IV. schrieb Ranke in wichtigen Fällen Memoires, die ich dann dem Könige vorlas. So hat er auch jetzt, als wir neulich über sein Buch sprachen und die Tagesfrage dabei berührten, ein Memoire über die Behandlung dieser dictirt. Ich habe es ihm weggenommen, weil ich es immer interessant finde, ein Urtheil zu lesen, das die Dinge objectiv und vom höheren Horizonte auffaßt. Ich wollte dieses Memoir erst Ew. Durchlaucht mit dem Buche senden, aber Sie werden so viel mit dergleichen überschüttet, daß ich es richtiger finde, Ew. Durchlaucht zu fragen, ob Sie dieses Rankesche Memoir, das nach meiner Ansicht auch Basis zu ersprießlichen Raisonnements in der Presse giebt, lesen wollen. Ist dies der Fall, so bedarf es 11. 9. 1874.

11. 9. 1874. nur eines ja an mich, und ich sende es Ew. Durchlaucht. Ich reise morgen nach Hannover zu den Manövern und von dort am 19. d. M. nach Gastein.

Ich lege mich der Fürstin zu Füßen und empfehle mich Gräfin Marie.

E. Manteuffel
GFM.

Spiegelberg, 11. September 1874.

XXVII.

Ew. Durchlaucht

11. 9. 1876. danke ich noch sehr herzlich für freundliche Aufnahme, auf die ich großen Werth lege . . .

Noch Eins — soll ich es schreiben, soll ich es machen wie ich in Varzin gethan und nicht zum Aussprechen gekommen bin? Ich schreibe: L. Rankes Ansicht seit Beginn der Orientalischen Krise ist: Garantie von Rußland unserer annectirten Länder und von Elsaß und Lothringen, und dann mit Rußland durch dick und dünn.

In sehr alter Verehrung

E. Manteuffel.

Berlin, 11. September 1876.

Minister Bülow habe ich Alles gesagt, er hofft aber sehnlichst auf das Dictat.

XXVIII.

Ew. Durchlaucht

28. 6. 1877. erwidere ich ganz ergebenst, daß ich mich pünktlich einstellen werde heute 6 Uhr, aber nicht wahr, unter dem „zu Tisch besuchen", kann ich doch verstehen, daß ich auch etwas zu essen bekomme und nicht blos die geschäftliche Mittheilung?

In sehr aufrichtiger Verehrung

Berlin, 28. Juni 1877. E. Manteuffel.

XXIX.

[Undatirt.]

Ew. Durchlaucht.

Professor Ranke ist sehr genau mit Herrn Thiers bekannt. Sein Sohn war Hülfsgeistlicher in Nancy. Er ist auf einige Tage nach Paris gereist und heute früh von dort hierher gekommen. Herr Thiers hat ihn zweimal zu Tisch geladen und viel mit ihm

gesprochen. Nach Rankes Relation hat Thiers die volle Ueberzeugung, daß er wieder Präsident der Republik wird.

Er hat folgende Aeußerungen gemacht: Mac Mahon unfähig, Broglie einseitig und hoffsüchtig. Dies Gouvernement werde Alles thun, um die Auflösung der Assemblée hinaus zu schieben, aber das ginge doch nur bis auf einen gewissen Punkt, und die Stimme in der Nation für die Auflösung würde immer allgemeiner; endlich müßten doch neue Wahlen kommen, und die würden das Gouvernement sofort stürzen. Die Gefahr des jetzigen Gouvernements bestände außer in schlechten Maßnahmen in Bezug auf Armee, Handel und Verwaltung hauptsächlich darin, daß die Reaction gegen das Ministerium immer mehr eine Färbung nach Links nähme, und daß die Wahlen vielmehr links sein würden, als wenn unter seinem Regimente gewählt worden wäre. Aber er hoffe auch dieser Gefahr entgegentreten zu können, denn er bekäme doch viele Nachrichten aus dem Lande, daß man bestimmt gegen die äußerste Linke sei. Eine Gefahr von Krieg läge nicht vor, denn selbst wenn die Führer der gegenwärtigen Majorität rein toll werden sollten, so sei sein Einfluß in solchem extremen Falle doch noch so, daß die Assemblée vernünftig bleiben würde.

Ranke sagt, Herr Thiers sei sehr wohl, sehr heiter aber wie ihm scheine, doch sehr Optimist gewesen. Madame Thiers sei gereizt und kritisire laut; ein General, dessen Name er nicht wußte, hat bei Tisch geklagt, daß die Armee jetzt aus Ersparnißrücksichten vernachlässigt werde.

E. Manteuffel.

XXX.

Ew. Durchlaucht

hat es interessirt, als ich Ihnen einmal schrieb,[1]) Rankes Ansicht sei, daß in Brüssel der Heerd des Römischen Einflusses auf die Katholiken in Deutschland sei. Dort sind nun im Innern Aenderungen eingetreten. Heute meint Ranke, der Heerd der socialistischen Bewegungen sei wieder in der Schweiz, und nach seiner Ansicht müsse es Aufgabe unserer Politik sein, daß Deutschland, Frankreich und Italien die Schweiz theile[2]). *6. 12. 1878.*

Ich hoffe zu Gott, daß es Ew. Durchlaucht gut geht. In aufrichtiger Verehrung

Berlin, 6. December 1878. E. Manteuffel.

---

[1]) S. o. S. 117.

[2]) Neben den Worten „Schweiz theile" Ausrufungszeichen von Bismarcks Hand.

XXXI.

Ew. Durchlaucht

18. 12. 1879. danke ich aus recht warmem Herzen für Ihren Brief vom 13. d. M. Graf Wilhelm hat den ganzen Tag gearbeitet, und morgen früh sollte meine Antwort mit allen ihren Anlagen in Ew. Durchlaucht Auffassung abgehen. Heute Abend habe ich jedoch eine Allerhöchste Cab.-Ordre in meiner militärischen Patentfrage erhalten, die mir zeigt, daß Se. Majestät mein Verbleiben hierselbst nicht für angemessen erachtet, denn daß der Herr mich für einen General ansieht, der seinem Könige gegenüber nicht Ueberzeugungen ausspricht, für die er steht und fällt, glaube ich nicht. Nach alten Armeegrundsätzen muß ich einige Zeit vorübergehen lassen, bevor ich antworte. Aber unter diesen Umständen halte ich es für Unrecht, Anträge über das Ressortverhältniß des Staatssecretairs zum Statthalter zu stellen, die auf mein Verbleiben in dieser Stellung basirt sind. Ich nehme daher davon Abstand. Versichern kann ich Ew. Durchlaucht, daß Ihr Herr Sohn auch in Bearbeitung dieser Ressortfrage klaren Blick und sehr gesundes Urtheil bewiesen hat, und daß ich mit sehr dankbaren Gefühlen gegen Ew. Durchlaucht scheiden werde.

In unwandelbarer und altbegründeter Verehrung

E. Manteuffel.

Straßburg, 18. December 1879.

XXXII.

Ew. Durchlaucht

30. 3. 1882. sage ich meine allerherzlichsten Glückwunsche zum Geburtstage. Der liebe Gott segne Ew. Durchlaucht Walten und Haus fort und fort.

Heute knüpfe ich aber an meine Glückwünsche eine Freundschaftsbitte. Meine geistige Energie über meinen Körper nimmt ab. Eine einfache Grippe hat mich vor Kurzem mehr umgeworfen als sonst; dann denke ich vielmehr an Topper und die Zukunft meiner Kinder als früher, wo meine Gedanken nur im Dienste waren. Das sind Symptome, und mein Raisonnement sagt mir auch, daß es dem Dienste frommt, wenn ich im Amte verbleibe, bis die nächste Landesausschußsitzung in die Verhandlungen in deutscher Sprache hinübergeleitet ist. Ob ich aber, wenn meine körperliche Schwäche zunimmt, dann noch die Klarheit über mich besitze, selbstständige Schritte behufs meiner Entbindung vom Amte zu thun, weiß ich nicht. Meine lange Erfahrung in Behandlung von Personalien lehrt mich, daß Generale in richtiger Selbsterkenntniß ihrer

Kräfte um den Abschied schrieben, und daß dieselben Generale, wenn der König vorläufig dies Gesuch nicht genehmigt hatte, ein Jahr darauf es nicht verstanden, wenn ihnen angedeutet wurde, der Zeitpunkt sei gekommen, den Dienst zu quittiren. Es kann mir im nächsten Winter ebenso ergehn. Meine Bitte ist, daß Ew. Durchlaucht mich nicht mich überleben lassen im Amt, sondern falls es nöthig, selbstständig meinen Rücktritt aus der Statthalterschaft beantragen und durchsetzen. Die Unterstaatssecretaire v. Puttkamer und v. Mayr meinen es gut mit mir, beide Herren stehen Ew. Durchlaucht näher und werden nach dem Schluß des Landesausschusses ehrlich Auskunft über mich geben können. Antworten Ew. Durchlaucht nur nicht, aber behalten Sie meine Bitte im Herzen. Ich lege meinen Nachruf in Ew. Durchlaucht Hand. Größeres Vertrauen kann ich Niemandem erweisen. 30. 3. 1882.

In tiefbegründeter Anhänglichkeit und Verehrung

Straßburg, 30. März 1882. E. Manteuffel.

8.

Ein Brief Bismarcks an Edwin v. Manteuffel.[1]

1882.

Friedrichsruh, 7/4. 82.

Ew. Excellenz

danke ich von Herzen für Ihren freundlichen Glückwunsch. Meine Freude darüber hat eine Einbuße erlitten durch die Nachricht über Ihr Befinden, welches nicht so gut zu sein scheint, wie Ihre Freunde es wünschen. Ich beklage das aufrichtig, bitte aber Ew. Excellenz inständig, Sich durch das vorübergehende Gefühl des Unwohlseins nicht auf solche Gedanken führen zu lassen, wie Sie hier in Ihrem Briefe ausgesprochen. Auch ich fühle mich krank und würde gern aus dem Amte scheiden, wenn wir unsern Allergnädigsten Herrn in Seinem Alter und in der jetzigen Zeit verlassen dürften. E. E. werden sich erinnern, daß ich vor 3 Jahren mit Erfolg 7. 4. 1882.

---

[1]) Antwort auf Manteuffels Brief vom 30. März 1882, s. 7 XXXII.

7. 4. 1882. an Ihr Soldatenherz appellirt habe. Ich erlaube mir, das jetzt zu wiederholen. Selbst krank und mit verminderter Arbeitsfähigkeit werden Sie die Verwaltung von Elsaß-Lothringen besser und für das Vaterland ersprießlicher leiten, als irgend ein Andrer. Ich bin noch, ebenso wie vor 3 Jahren, ganz außer Stande, dem Kaiser überhaupt Jemanden namhaft zu machen, den ich als Ihren Nachfolger vorschlagen könnte. Ich bin überzeugt, daß E. E. es nicht über sich gewinnen werden, Ihren Kriegsherrn, Ihr Vaterland, Ihren alten Freund im Stich zu lassen. In dubiis libertas habe ich Ihnen geschrieben. In der vorliegenden Sache kann aber kein Zweifel sein, und wenn E. E. mit dem Reste Ihrer Krankheit Ihre melancholischen Gedanken vertrieben haben werden, werden Sie mir Recht geben.

Dies hofft und bittet

Ihr treuer Freund

v. Bismarck.

9.

Ein Brief Bismarcks an die Redaction der Kreuzzeitung.

1851.

Frankfurt, 19. 5. 51.

19. 5. 1851. Bei meiner Abreise versprach mir Wagener, daß ich hier einen Beauftragten der Hamburger Conservativen finden würde; bisher habe ich nichts der Art verspürt. Ich wünschte von irgend jemand, der mit der Sache vertraut ist, eine Darstellung des Hamburger Streits, da ich hier weder in Zeitungen, noch in Acten die Materialien finde, die mir fehlen; nicht einmal die Hamburger Verfassung, die jetzige Lage der Sache, die vorhandenen Widerstandsmittel kann ich hier genügend kennen lernen. Können Sie mir nicht jemand nachweisen, der sich die Mühe giebt, mich gründlich zu informiren?

Ich habe vor 4 oder 5 Tagen einen Brief an Sie zur Post gegeben, von fremder Hand addressirt; Addresse gleich diesem; ist der angekommen? Briefe von meiner Hand und unter meiner Addresse werden hier geöffnet, diesen schicke ich durch das Ministerium. Bitte, schreiben Sie mir gleich, ob der Brief, der einen ziemlich indifferenten Zeitungsartikel enthält, angekommen ist. Addressiren Sie an den Grafen zu Lynar, Frankfurt im englischen Hof, und wenn ich wieder schreibe, so lassen Sie unter der Chiffer ω zu Ende des Zuschauers ein „empfangen" drucken, sonst bin ich nicht sicher, ob die Briefcorsaren mein Schreiben nicht unterschlagen haben. Es geht hier „immer langsam voran, daß rc.", und ich habe wenig Glauben an erfreuliche Resultate. Die Gründe kann ich Ihnen schriftlich nicht so auseinandersetzen wie ich möchte. 19. 5. 1851.

Ihr ergebener

sehr eilig. v. B.

Antwort Wageners.

Werther Freund und Gönner!

Anbei übersende ich Ihnen in der Hamburger Verfassungs-Angelegenheit drei Schriftstücke zur gefälligen Kenntnißnahme und werde in einigen Tagen ein Druckexemplar von der Eingabe an den Bundestag nachfolgen lassen. Sie wollten die Güte haben, wenn ich damals recht verstanden, und sich erst darüber erkundigen und mich dann bescheiden, ob es gebräuchlich, in derartigen Angelegenheiten in Frankfurt einen Bevollmächtigten zu bestellen. Uebrigens werde ich die Hamburger veranlassen, Ihnen über alle dortigen Vorkommnisse durch mich unverzüglich weitere Mittheilungen zu machen. Ihr fraglicher Brief ist hier richtig angekommen und bereits in der Zeitung abgedruckt. Die in den Anlagen erwähnte Petition des deutschen Clubs vom 25. Mai 1848 wird in den Archiven des Parlaments leicht zu ermitteln sein, und würden Sie die Hamburger zu besonderem Danke verpflichten, wenn Sie ihnen die Unterschriften verschaffen könnten. 22. 5. 1851.

Die beiliegenden Couverte werden Sie benutzen können.

Herzliche Grüße von Ihrem

treu ergebenen

Berlin, 22. Mai 1851. Wagener.

10.

Vier Briefe H. Wageners an Bismarck.

1851. 1852. 1853.

I.

Lieber Freund und Gönner!

14. 6. 1851. In der Anlage übersende ich Ihnen Abschrift eines Schreibens mit der Bitte um Ihren gütigen Rath?

In treuer Liebe

Ihr

Berlin, 14. Juni 1851. Wagener.

Für Ihren letzten Brief meinen herzlichsten Dank! Für Sie habe ich immer Zeit, und bitte mir nur zu bestimmen, über welche Dinge Sie besonders Nachricht wünschen. Unserer inneren Entwickelung traue ich noch immer nicht ganz, da Herr Westphalen sich, wie es scheint, nicht entschließen kann, den Herren Geheime-Räthen an die Krone zu greifen, auch schwerlich das Personal der Oberpräsidenten wie der Landtags-Marschälle wesentlich modificirt werden dürfte. Ohne dies aber werden wir uns mit dem Ausspruch des Augusteischen Raben begnügen müssen. Die Besetzung des Finanz-Ministerii ist, so viel ich erfahren, noch völlig im Ungewissen. Die Schreibart der Zeitung ist jetzt grundsätzlich etwas grob, weil dies an gewisser Stelle immer noch den meisten Eindruck macht. Am politischen Himmel sonst Nichts von Bedeutung.

Beifolgend eine kleine Notiz zu Ihrer Unterhaltung.

Wie immer

Ihr

B., 14. 6. 51. Wagener.

II.

Sehr geehrter Gönner!

16. 9. 1851. Der neue Finanzminister v. Bodelschwingh ziert sich einiger Maßen gegen den p. Bloch vorzugehen, indem er sich namentlich darauf beruft, daß Sie ihm davon abgerathen und ihm versichert hätten, daß Sie Bloch für einen ehrlichen, und wenn auch eitlen und ehrgeizigen, doch uneigennützigen Mann hielten. Sie würden mich gerade jetzt zu besonderem Danke verpflichten, wenn Sie die

Güte haben wollten, mich mit ein paar Worten zu benachrichtigen, ob und inwieweit der Hr. v. Bodelschwingh Sie falsch verstanden und unrichtig interpretirt? 16. 9. 1851.

Mit herzlicher Empfehlung

Ihr

Berlin, d. 16. 9. 51. treu ergebener

Wagener.

III.

Verehrter Freund und Gönner!

Soeben erhalte ich Ihr geehrtes Schreiben vom 17. d. Mts., und beeile mich, Ihnen darauf zu erwidern, daß ich in Ihre Versicherungen und Mittheilungen natürlich nicht den mindesten Zweifel gesetzt habe oder setze, daß ich aber hier unmittelbar durch den Grafen N. und mittelbar von dem Finanz-Minister erfuhr, daß ein Schwanken eingetreten sei, ob man nicht auf die russische Vermittelung oder auf den sog. sächsischen Vorschlag eingehen solle. Hiergegen unsere Polemik. Uebrigens verbreitet man jetzt hier, wie ich glaube aus officiöser Quelle, sehr geflissentlich das Gerücht, als hätten Sie Ihre Mission nach Wien nicht richtig aufgefaßt oder gar Ihre Instructionen überschritten.[1] Ich theile Ihnen dies zu Ihrer Direction mit. Die drei mit Beschlag belegten Nos. unserer Zeitung erfolgen anbei. Mit herzlichem Gruß, und in treuer Ergebenheit 19. 7. 1852.

Ihr

Berlin, den 19. Juli 1852. Wagener.

IV.

Verehrter Freund und Gönner!

Mit herzlicher Freude habe ich Ihre Handschrift wieder begrüßt,[2] und wenn ich Ihnen erst heute meinen Dank ausspreche, so bitte ich dies damit zu entschuldigen, daß der nichtsnutzige Blochsche Proceß seit länger als einer Woche alle meine Kräfte in Anspruch genommen hat. Sehr dankbar würde ich es erkennen, wenn Sie mir von Zeit zu Zeit Ihre Ansichten über die obschwebenden Fragen mittheilten, ich weiß kaum jemand, dessen Meinung für mich ein größeres Gewicht hat als die Ihrige. 8. 5. 1853.

---

[1]) Vgl. oben S. 13 ff. und den Brief Bismarcks an den Bruder vom 25. Juli 1852, s. Bismarckbriefe, herausgegeben von H. Kohl (Bielefeld, Velhagen & Klasing 1897) S. 93.

[2]) In dem Briefe vom 27. April 1853, s. Bismarckbriefe S. 98.

8. 5. 1853. Was Sie über die Presse schreiben, würde ich vollständig unterschreiben können, wenn die Handhabung eines derartigen Gesetzes hier in der rechten Hand läge und wenn auch in geistiger Beziehung etwas in der und für die Presse geschehe.

Ihr Monitum über die Behandlung der mittleren und kleineren deutschen Staaten halte ich für begründet und werde mich für die Folge danach richten.

Bei der Handwerkerfrage scheint mir alles darauf anzukommen, daß man nicht das egoistische, sondern das moralische, nicht das Element des Schutzzolls und Monopols, sondern das Element der Ruhe und Ehre, [der] bürgerlichen wie [der] politischen, in den Vordergrund stellt. Freilich ist die Aufgabe bei dem vorherrschenden Materialismus der Zeit keine leichte, und wer mag sagen, ob noch Lebenskraft genug in den betreffenden Kreisen, um sie gelingen zu lassen? Gelingt sie aber nicht, dann scheint mir die Sache überhaupt sehr bedenklich auszusehen, mögen auch die Regierungen sich noch eine Zeit lang mit geschlossenen Augen darüber täuschen.

In Bezug auf den Deutschen Bund theile ich Ihre Ansichten vollkommen, er ist selbst ein Nothstand und daher auch nur für einen solchen brauchbar.

Mit herzlicher Empfehlung und mit der Bitte, Ihrer Frau Gemahlin meinen ehrerbietigsten Respect zu vermelden, verharre ich

Ihr

treu ergebener

Berlin, den 8. Mai 1853. Wagener.

PS. Ueber die hiesige Situation werden Sie ebenso genau unterrichtet sein, als ich; befehlen Sie über irgend etwas Auskunft, so stehe ich mit Vergnügen zu Diensten.



11.

Ein Brief des Grafen Robert v. d. Goltz an Bismarck.

1852.

Berlin, den 14. Febr. 1852.

14. 2. 1852. Erlauben Sie mir, lieber Bismarck, auf Grund unserer alten Bekanntschaft eine vertrauliche Anfrage an Sie zu richten.

Die Kreuzzeitung, welche sich in dankenswerther Weise der Mühe zu unterziehen pflegt, die Lügen und Verleumdungen, welche auf Kosten ihrer politischen Gegner in Umlauf gesetzt werden, abzudrucken, auf diesem Wege in einem größeren Kreise zu verbreiten,

14. 2. 1852.

aber auch zur Kenntniß der Betheiligten zu bringen und sie hierdurch unschädlicher zu machen, enthält in No. 38 unter der Ueberschrift: „Wie sie agitiren!“ einen, unzweifelhaft in diesem Sinne abgefaßten Artikel, welcher zwar den, von derartigen Mittheilungen unzertrennlichen räthselhaften Charakter trägt, aber doch durch einzelne Andeutungen die Vermuthung nahelegt, daß es hierbei auf eine gegen mich gerichtete Verdächtigung abgesehen sei. Von den Unterzeichnern des Programms des Preußischen Wochenblattes bin ich nämlich außer dem Geheimerath Mathis der Einzige, welcher bei der Bundes-Central-Commission thätig gewesen ist, und meine Verwendung bei dieser Behörde hat erst ein Jahr nach derjenigen des Herrn Mathis aufgehört. Wer von uns beiden aber auch gemeint sein möge, so muß es mich jedenfalls lebhaft interessiren, jener Verdächtigung auf den Grund zu gehen. Daß ich zu diesem Zwecke Ihre freundliche Vermittelung in Anspruch nehme, werden Sie um so begreiflicher finden, als ich das genannte Blatt als ein halbofficielles Organ der Kgl. Bundestagsgesandtschaft ansehen zu dürfen glaube; denn ich bin nicht allein Zeuge gewesen, wie Sie den Ihnen für die Preß-Angelegenheiten zugeordneten Beamten über die an die Kreuzzeitung zu richtende Correspondenz instruirten, sondern ich habe auch noch in neuerer Zeit Artikel in diesem Blatte gelesen, deren Ursprung nicht schwer zu erkennen war. Es ist ferner nach dem Inhalte des erwähnten Artikels mehr als wahrscheinlich, daß derselbe, obgleich von Berlin datirt, doch nicht hier, sondern in Frankfurt a. M. seine Entstehung gefunden hat.

Ich habe mir nach der Lectüre dieses Artikels, von dessen vortrefflichen, im Eingange aufgestellten Grundsätzen ich nur wünschte, daß die Kreuzzeitung und ihre Partei sie immer befolgt hätte, sogleich die „politischen Briefe“ der O. P. A. Z.[1]) — welche mir, wie ich zu meiner Schande gestehen muß — bisher unbekannt geblieben waren — kommen lassen und die letzten zehn derselben gelesen. Zu meiner Ueberraschung fand ich darin nicht, wie ich nach dem Artikel der Kreuzzeitung erwarten durfte, die Ansichten des Preuß. Wochenblattes vertreten, vielmehr so ziemlich das gerade Gegentheil davon. Ich habe mich hiernach überzeugt, daß der Einsender des fraglichen Artikels entweder jene Briefe selbst nicht gelesen hat, oder daß ihm das Preuß. Wochenblatt gänzlich unbekannt ist, oder daß er diejenigen Leser der Kreuzzeitung, bei welchen eine dieser beiden Alternativen zutrifft, in beleidigender Weise zu düpiren sucht, oder endlich, daß er der Partei des Preuß. Wochenblattes ein doppeltes Spiel Schuld giebt. In der That gehört eine an Blödsinn grenzende Urtheilslosigkeit oder ein seltener Grad von Böswilligkeit und Lügen-

[1]) Ober-Postamts-Zeitung.

14. 2. 1852. haftigkeit dazu, um die Partei des Preuß. Wochenblattes eines Schutz- und Trutzbündnisses mit dem „politischen Briefsteller“ gegen das preußische Gouvernement anzuklagen und sie zu beschuldigen, sich „des schwarz-gelben Reservoirs an der Zeil“ zur Erreichung ihrer Zwecke zu bedienen.

Wie seltsame Erfahrungen man auch heut zu Tage macht, so will ich doch von Mitarbeitern der Kreuzzeitung weder das Eine noch das Andere annehmen. Ich möchte mich vielmehr gern überzeugen, daß der Einsender des fraglichen Leitartikels durch ein absurdes Gerücht mystificirt worden sei. Es dürfte nicht allein Ihnen, lieber Bismarck, daran liegen, durch Erkundigungen bei den Ihnen untergeordneten Beamten und nöthigenfalls bei der Redaction der Neuen Preuß. Ztg. das dieser Angelegenheit zum Grunde liegende Sachverhältniß zu ermitteln, sondern ich glaube auch von Ihrem offenen Charakter und mit Rücksicht auf unser früheres gegenseitiges Verhältniß zuversichtlich erwarten zu dürfen, daß Sie mir sobald als möglich das Resultat Ihrer Ermittelungen der Wahrheit gemäß mittheilen und mich hierdurch in die Lage versetzen werden, mich gegen derartige Verdächtigungen sicherzustellen. Es bleibt mir zu diesem Zweck kein anderer Weg, als mich vertrauensvoll an Sie zu wenden, indem ich seit geraumer Zeit in keinerlei Verbindungen mit Frankfurt stehe.

Mit aufrichtiger Ergebenheit bin ich

der Ihrige

R. Goltz.

12.

Ein unvollendeter Brief Bismarcks an Graf R. v. d. Goltz.

1853.

[ohne Datum].[1])

Lieber Goltz.

? 8. 1853. Ich gebe die Hoffnung noch nicht auf, Sie noch in Ostende zu finden. Wir machen am 11. Ferien, und ich hoffe dann Urlaub zu erhalten, um ins Seebad zu gehn. Ist S. K. H. alsdann noch in Ostende, so würde ich diesen Ort wählen.

[1]) Doch Anfang August 1853.

Hier machen sie mir das Leben erstaunlich sauer, und es wird so kommen, wie ich gefürchtet habe, daß man mich in Berlin schließlich für einen unverträglichen Menschen hält, weil ich mit dem Engel, dem Prokesch, nicht fertig werden kann. Ich habe gewisse Nachricht, daß Oestreich alles aufbietet, mich hier zu beseitigen, selbst durch das Mittel, mich nach Wien zu erbitten, um mich unschädlich zu machen. Vielleicht versteht man sich auch dazu, diesem Zwecke Prokesch zu opfern, weil man ihn ohnehin nicht brauchen kann, denn er verdirbt es mit allen seinen Collegen. Wenn man mich auf der Bresche im Stich läßt, so ziehe ich es vor, mich wieder zum Landjunker zu verpuppen. Ich muß mir die Autorisation, gegen Oestreich Stand zu halten, in Berlin mühsam erstreiten, denn Manteuffel allein kann es mir nicht verschaffen. Prokesch setzt Pontius und Pilatus gegen mich in Bewegung, und Deetz steht ihm treulich bei. So wie er in seinen an den König gelangenden Berichten den Prinzlichen Hof verdächtigt und wahrscheinlich dasselbe in umgekehrter Richtung thut, so rührt er mir jetzt durch seine verbreitete Correspondenz eine Menge von Ungelegenheiten ein, daß ich mich gegen allerhand Insinuationen mit großer Papier- und Zeitverschwendung vertheidigen muß. Durch den Polizei-Präsidenten bringt er förmliche Denunciationen gegen mich an, als ob ich öſtreichische Spione und andres Lumpengesindel zu meinem intimsten Umgange zählte und ihnen ein „mehr als bedenkliches Vertrauen“ schenkte.[1]) Dergleichen Insinuationen, erstunken und erlogen, gehn an alle möglichen Personen. Ein solches Spionirwesen und geheime Beobachtung kann ich mir schon Ehren halber nicht gefallen lassen. Mag es mit meinem Rückzug oder mit Deetzens enden, so kann es nicht bleiben. Ich weiß, daß D. in seinen heimlichen Berichten niemand schont, und könnte mündlich Aufschlüsse darüber geben, die höchst spaßhaft wären, wenn sie nicht ihre ernsthafte Seite hätten.

? 8. 1853.

---

[1]) Vgl. die Briefe Bismarcks vom 5. und 6. August 1853 an General L. v. Gerlach in „Bismarcks Briefen an den General L. v. Gerlach“, herausgegeben von H. Kohl, S. 90 f. 91 ff.

13.

Zehn Briefe des Grafen Thun an Bismarck.

1851. 1852. 1853.

I.

Verehrtester Leidenscumpan!

18. 12. 1851. Ist es Ihnen recht, wenn wir übermorgen, Samstag, Bundestagssitzung haben? Morgen ist es mir noch ein bischen zu zeitig, wir könnten uns dann noch morgen nach dem Militärausschuß — Jux besprechen; ich würde die Herren bei der Einladung verständigen lassen, daß die Abstimmung über die handelspolitische und die Militärgerichtsbarkeitsfrage vorkommen wird, wenn Sie damit einverstanden sind; ich könnte auch die Postbefreiung vornehmen, indessen drängt die nicht so, und ich weiß nicht, ob alle darauf vorbereitet sind.

Haben Sie irgend ein Bedenken in irgend einer Beziehung, so bitte ich Sie es mich wissen zu lassen.

Ihr
aufrichtig ergebener
den 18/12 [1851]. F. v. Thun.

II.

Verehrtester College!

23. 1. 1852. Als Gruß zur Wiederkunft schicke ich Ihnen hier ein Antwortsschreiben bezüglich des angenehmen Herrn Crüger[1]) zu. Ich bitte Sie, diese Mittheilung vorläufig als vertraulich zu betrachten. Auf Ihr offizielles Schreiben kann ich nicht anders antworten, wünschen Sie es aber in dieser offiziellen Weise zu beseitigen, so bin ich meines Theils gern erbötig, die Hand dazu zu reichen.

Gebe der Himmel, daß Sie mit Instructionen zurückgekommen sind, die ein freundschaftliches gemeinschaftliches Vorgehen möglich machen; wie die Sachen jetzt stehen, erscheint mir das ganz unmöglich, denn, wenn man auch dem persönlichen Charakter alle Rechnung trägt, so wie man auf dem Punkte angekommen ist, daß ein jeder durch die Handlungsweise des andern in seinem innersten Rechtlichkeits- und Sittlichkeitsgefühl verletzt ist, so ist ein

---

[1]) Crüger war preußisches Mitglied der Bundeskassenabtheilung; zur Sache vgl. den Bericht Bismarcks an Minister v. Manteuffel vom 24. Januar 1852 bei v. Poschinger, Preußen im Bundestag IV 59 No. 22.

wahrhaft freundschaftliches, gemeinschaftliches Vorangehen geradezu eine Unmöglichkeit, man kann höchstens noch den Schein gegen andere decken.[1]

23. 1. 1852.

Daß Niemand sehnlicher als ich wünscht, daß ein solches unnatürliches und unbefriedigendes Verhältniß aufhöre, brauche ich Sie wohl nicht erst zu versichern.

Ihr
aufrichtiger
23/1. 52. F. v. Thun.

III.

Verehrtester College!

8. 2. 1852.

Da ich noch nicht ausgehen kann, so ersuche ich Sie, ob Sie vielleicht die Güte haben wollten, mich morgen gegen 12 Uhr aufzusuchen. Ich habe ausführliche Instructionen in der leidigen Flottenfrage erhalten und wünschte Ihnen dieselben vertraulich mitzutheilen, um zu sehen, ob wir nicht zu irgend einem, etwas erfreulicheren Resultate kommen können. Ist man von allen Seiten guten Willens, wie man es unsrer Seits gewiß ist, und will man die Sache nicht bei dieser Gelegenheit zum Bruch bringen, so sollte es meiner Ansicht nach nicht so schwer sein, und so lang ich das freilich für einen Mann, der auf seinen ehrlichen Namen noch hält, kaum noch ehrbare Amt eines Mitgliedes dieser mit Protesten und allen möglichen Dingen beworfenen Versammlung tragen muß, werde ich wenigstens meinerseits nichts unversucht lassen, was zu einer Einigung führen kann.

Ihr
aufrichtig ergebener
Den 8. Febr. 1852. F. v. Thun.

IV.

(Ohne Ueberschrift.)

12. 7. 1852.

Als ich in die Stadt kam, fand ich den Entwurf des Vortrags des Herrn v. Schrenck in der Preßangelegenheit. Ich halte es für das Zweckmäßigste, denselben Ihnen zu überschicken, bevor ich ihn noch gelesen habe. Sie werden darin die Hauptpunkte finden, über die wir uns geeinigt haben (wenn wir auch über einige

---

[1]) Vgl. Thuns Brief an Bismarck vom 15. Januar 1852 und Bismarcks Antwort vom 19. Januar in Bismarck-Jahrbuch III 58 ff.

12. 7. 1852. namentlich § 31 und 32 uns eine Einigung nach Kenntnißnahme der Anträge Herrn v. Schrencks noch vorbehalten mußten), und es wird die Sache am meisten fördern, wenn Sie uns so bald als möglich Ihre Bemerkungen und in wieweit Sie auf unsere Ansicht eingehen könnten, mittheilen wollten. Müßte dies erst von Berlin abgewartet werden, so würde das, fürchte ich, die Arbeit sehr verzögern. Wünschen Sie vorläufig mit mir die Sache erst einmal vertraulich zu besprechen, so bin ich stets bereit, halte aber eine Zusammenkunft des Ausschusses auf jeden Fall für unerläßlich, [um so mehr] als ich von meiner Regierung keine bestimmten Instructionen habe, sondern mir vollkommen freie Hand gelassen ist, ich also selbst bei einer mir ganz fremden Sache das pro et contra hören und höchst gewissenhaft vorgehen muß. Ich erwarte also nur einen Wink von Ihnen, wann und ob wir uns erst sprechen sollen oder der Ausschuß gleich einzuberufen wäre, was mir das Zweckmäßigste schiene, da eine spätere Besprechung zwischen uns zu mehr führen dürfte, wenn ich erst die Ansicht der andern Herren über Ihre Vorschläge kenne.

Ihr

aufrichtig ergebener

den 12. Juli [1852]. F. v. Thun.

V.

Tetschen[1]), den 28. Sept. 1852.

Verehrtester Freund und College,

28. 9. 1852. Ich kann nicht leugnen, daß, so sehr es mich auch gefreut hat, von Ihnen ein Lebenszeichen zu erhalten, das erste Gefühl bei Ansicht Ihrer Schriftzüge Angst und Schrecken war, das Schreiben könne meinem genußreichen Ferienleben ein plötzliches Ende bringen. Ich war Ihnen daher in meinem Innersten sehr dankbar, daß Sie mich hierüber gleich in den ersten Zeilen beruhigt haben. . . .

Daß in der Flottensache nichts weiter erledigt ist als „Deutschland", thut mir sehr leid; die Ferien wären ein guter Moment gewesen, um mit etwas Eigenmächtigkeit aufzuräumen, aber freilich, wenn sich Niemand meldet, ist nichts zu thun. Daß Sie Ihr Haus verlassen mußten, erfuhren wir durch Me Lütteroth, die diese Tage hier durchgekommen ist, um — nach Pest zu den Manoeuvern zu gehen. So leid es mir für Sie thut, so freut es mich doch, daß Sie künftig näher Ihren Collegen wohnen werden.

---

[1]) Graf Thun schrieb: Frankfurt, Herr v. Bismarck hat die falsche Ortsangabe auf dem Briefe berichtigt.

Verändert werde ich wohl auch nicht viel im lieben „einigen“ Deutschland finden, wenigstens nicht zum Besseren. So viel scheint mir gewiß, daß der Ton, den die Kreuzzeitung anschlägt, kaum geeignet ist, Deutschland und Preußen zu nützen. Mit Bierhausgrobheiten und Fanfaronaden, die gar keinen Grund haben, da ich nicht einsehe, woher Krieg entstehen sollte, wenn die Kreuzzeitungspartei nicht in Böhmen oder Schlesien eindringt, weil Oesterreich es gewagt hat, Anträge auf eine Zoll- und Handelseinigung zu stellen, hat man, soviel ich weiß, noch nie in der Welt viel Gutes geschafft. 28. 9. 1852.

Da Sie Ihrer Familie nicht erwähnen, so hoffe ich, daß Alles nach Wunsch gehe. Ich bitte Sie, mich und meine Frau den Ihrigen auf das Angelegentlichste zu empfehlen, so wie letztere Ihnen selbst auf das Freundlichste genannt sein will. Ich treffe wahrscheinlich den 18. Oktober Abends in Frankfurt ein.

Mit der freundschaftlichsten Verehrung

Ihr

aufrichtig ergebener

F. v. Thun.

VI.

Wien, den 18. Oktober 1852.

Verehrtester College und Freund,

Baron Nell wird Ihnen schon mitgetheilt haben, daß ich am 15. d. nach Wien gehen mußte, und Sie werden sich daher über die Nachricht nicht wundern können, daß ich den 21. in Frankfurt noch nicht zurücksein werde. Man ist aber hier doch der Ansicht, daß es gut wäre, wenn man den für den Wiederbeginn der Bundesversammlung festgesetzten Termin wenigstens formell durch Abhaltung einer Sitzung einhielte und somit die Ferien zur bestimmten Zeit schlössen. Ich soll nach dem bestimmten Willen des Grafen Buol zur nächsten Sitzung am 28. in Frankfurt anwesend sein und ersuche Sie daher, für die erste Sitzung die Stimmen Oesterreichs und das Präsidium gefälligst übernehmen zu wollen. Sollte — wie ich vermuthe — nichts Dringendes vorliegen, so werden Sie vielleicht geneigt sein, die eigentlichen Geschäfte auf die nächste Sitzung zu verschieben, in der ersten nur die vorläufige Beendigung der Ferien und den Uebergang der Geschäftsleitung an die regelmäßigen Ausschüsse, sowie etwa den Rechenschaftsbericht des Ferien-Ausschusses zu constatiren. 18. 10. 1852.

18. 10. 1852. Indem ich mich sonach der Hoffnung hingebe, Sie bald persönlich zu begrüßen, bitte ich Sie einstweilen den erneuerten Ausdruck meiner aufrichtigsten und herzlichsten Anhänglichkeit und Freundschaft zu genehmigen.

F. v. Thun.

VII.

Berlin, den 31. Dez. 1852.

Verehrtester Freund und College.

31. 12. 1852. Ich kann beiliegendes, an Sie gerichtetes Schreiben des Grafen Buol nicht abgehen lassen, ohne einen freundschaftlichen Gruß von der Spree beizufügen, mit den besten Wünschen zu dem bereits über uns schwebenden neuen Jahr.

Sie sehen, daß mir dieses Schreiben sub volanti zukam, es ist also keine Indiscretion meinerseits, es gelesen zu haben. Ich war beauftragt, es Herrn v. Manteuffel mitzutheilen und ihn um gleiche Instructionen zu ersuchen, die wohl auch bereits abgegangen sein dürften. Somit können wir hoffen, bald einen neuen würdigen Bruder in der Souveränen-Familie[1]) zu begrüßen.

Graf Stolberg, dem ich heute im Thiergarten begegnete, richtete mir in Ihrem Namen aus, wenn ich noch ein Interesse am Bundestage hätte, möchte ich doch machen, daß bald ein neuer österreichischer Bundesgesandter einlaufe. Allerdings habe ich noch das größte Interesse, aber — sehr wenig Macht, und einiger Schadenfreude kann ich mich doch nicht erwehren, daß Sie nun auch einmal verschmecken, wie es thut, wenn man nur mit einem Flügel fliegen kann, was ich in dem nunmehr verstreichenden Jahre 9 oder 10 Mal erprobt habe!

Ich bin überzeugt, Sie werden über mein ungewöhnlich brillantes Debut hier die herzlichste Freude gehabt haben, ich hoffe, daß die Anwesenheit meines wirklich ausgezeichneten Monarchen einen Strich des Abschnittes macht und wir jetzt in allem ein neues, vereintes Wirken beginnen. Vergißt man so manches Unangenehme aus den traurigen vergangenen Jahren, so bin ich überzeugt, wird es nicht schwer sein.

Empfehlen Sie mich bestens Ihrer verehrten Gemahlin und behalten Sie selbst mir ein freundschaftliches Andenken, vor Allem verzeihen Sie mir aber mein heutiges Geschmiere, ich habe gestern

---

[1]) Napoleon III.

wieder einmal mit heftigen Kopfschmerzen im Bette zugebracht und bin — wie immer in so einem Falle — heute noch mehr **Vieh** als Mensch. 31. 12. 1852.

Ihr
aufrichtig und treu ergebener
F. v. Thun.

VIII.

Berlin, 14. Januar 1853.

Verehrtester Freund und College.

Indem ich heute ein offizielles Schreiben an Sie richte, welches die Sache ganz in dasselbe Geleis leitet, wie zur Zeit des Austretens des Grafen Buol (Sitzung vom 20. März 1823 § 51), kann ich nicht umhin, demselben einige vertrauliche, herzliche Worte beizufügen. 14. 1. 1853.

Wir haben ernste, schwere Zeiten mit einander durchgemacht, so schwer, wie sie hoffentlich nicht mehr sobald über Deutschland hereinbrechen werden; wir waren oft verschiedener Meinung, haben uns auch oft ernstlich gezankt, aber davon bin ich doch überzeugt, wir haben keinen [Augenblick] verloren — was unumgänglich nothwendig, damit zwei Männer an derselben Stange ziehen und sich selber achten können — nämlich das Gefühl, es mit einem gewissenhaften redlichen Ehrenmann zu thun zu haben. Sie haben dabei eine viel schwierigere Stellung gehabt, in Folge trauriger Vorereignisse, die man besser vergißt und die keiner von uns verschuldet hat, die wir beide gleich aufrichtig betrauern. Ich erkenne dieses Ihr Streben vollkommen an und werde in Ihnen stets den gewissenhaften Ehrenmann achten, dem ich näher zu stehen die Freude hatte. Ich bitte Sie unter allen Umständen des Lebens auf mich zu rechnen und in mir etwas mehr als einen bloß zufälligen Bekannten zu sehen. Möge uns das Geschick wieder einmal in nähere Beziehungen zu einander bringen — das ist mein aufrichtigster Wunsch.

Nur mit Bedauern habe ich gesehen, daß die Wahl meines Nachfolgers hier mißliebig ist. Ich glaube, ehrlich gesagt — mit Unrecht! Derjenige, den wir beide am meisten gewünscht hätten, war unmöglich, wie ich alle Ursache zu glauben habe, vorzüglich, weil Graf Arnim gleich Anfangs im Namen seiner Regierung dagegen — wenn auch in milder Form — protestirt hat. Unter allen übrigen ist meiner innigsten Ueberzeugung nach Prokesch der geeignetste. Der Umstand, daß er 4 Jahre in Berlin war und die hiesigen Verhältnisse genau kennt, wird gewiß vom größten Nutzen sein.

14. 1. 1853. Nur eins bitte ich Sie, machen Sie seine Stellung nicht noch schwieriger und lassen Sie sich durch die bloße Form nicht abschrecken. Es mag sein — ich kann es nicht beurtheilen, da ich ihn zu wenig kenne — daß dieselbe manchmal unangenehm ist, aber ich habe mich aus den hiesigen Akten überzeugt, daß er in der Sache zu jeder Zeit versöhnlich und milde war. An den äußeren Menschen muß sich aber eben der vernünftige Mann gewöhnen und einen Jeden nehmen, wie er ist. Wir haben gewiß auch manches an uns, was nicht Jedem convenirt.

Und nun noch meine herzlichsten Wünsche für das Gedeihen Ihres Wirkens und für Sie selbst! Daß ich Sie hier nach Möglichkeit unterstützen werde und es zu meiner Hauptaufgabe mache, ein glückliches, ganz inniges Verhältniß zwischen Oesterreich und Preußen herbeizuführen und zu erhalten — darauf können Sie sich verlassen.

Meine besten Empfehlungen Ihrer verehrten Frau Gemahlin.

Mit wahrer Hochachtung

Ihr

ergebenster

F. v. Thun.

IX.

Berlin, den 24. Januar 1853.

Verehrtester Freund!

24. 1. 1853. Ich beeile mich Ihnen auf den so eben empfangenen Brief vom 22. nur zwei Worte zu antworten. Sie haben meine Absicht und die meiner Regierung ganz richtig aufgefaßt. Prokesch bringt ein Schreiben von mir an die Bundesversammlung mit, in welchem ich mich von ihr beurlaube und meinen Collegen für die mir bewiesene Freundschaft und Unterstützung danke. Wir haben dabei ganz den alten Usus beibehalten, und es schien auch das geeignetste Verfahren, um die Continuität der Vertretung nicht zu unterbrechen.

Für alles Freundliche und Herzliche, welches Ihr Brief enthält, meinen herzlichsten Dank; Sie wieder zu sehen und mit Ihnen über Manches zu schwätzen, wird mich zu jeder Zeit herzlich freuen. Ich hoffe, daß die Sonne, die uns hier viel holder scheint, mich nicht zu lange auf das Vergnügen warten läßt, meine Frankfurter Collegensammlung täglich vor Augen zu haben und mich an manche harte, aber doch auch interessante Zeiten zu erinnern.

Mit meiner Stellung hier bin ich Gott sei Dank sehr zufrieden, ich bin von allen Seiten mit großer Freundlichkeit und Zuvorkommenheit aufgenommen worden, und von vielen einflußreichen Männern

wird mir deutlich bewiesen, daß man wünscht, meine Stellung nutz= 24. 1. 1853.
bringend und einflußreich zu machen. Einen großen Theil davon verdanke ich wohl Ihnen.[1]) Meinerseits soll gewiß nichts versäumt werden, um dieses allen Theilen gleich nützliche Ziel zu erreichen.

Namentlich bin ich sehr freundlich zu den Hofjagden zugezogen worden, wobei ich zwar noch vom Glücke nicht sehr begünstigt war, indessen schon mehrere sehr angenehme Tage verlebte und wodurch mir eine sehr erwünschte Gelegenheit geboten wird, mich Sr. Majestät nahen zu können.

Meine Frau und ich bedauern lebhaft, daß wir den sozialen Triumphen Ihres Hauses, von denen uns die Zeitungen die schönsten Details bringen,[2]) nicht mehr beiwohnen konnten.

Meine Frau, die Gott sei Dank wohl ist, will Ihnen und Ihrer Frau Gemahlin auf das herzlichste genannt sein.

Mit unveränderlichen Gefühlen der Hochachtung und Freundschaft

F. v. Thun.

X.

Tetschen a./Elbe, 23. Okt. 1853.

Verehrtester Freund.

. . . Es hat mir sehr leid gethan, Sie, als ich am 17. August 23. 10. 1853.
auf ein Paar Stunden in Frankfurt war, schon verreist zu finden. Ich hoffe, Sie haben Ihre Ferien genossen, ich habe sie leider durch den Gebrauch von Carlsbad sehr zerstückeln müssen, indessen doch nachher noch ordentlich das Leben genossen und u. A. 4 Hirsche geschossen. Ich höre, die Ulm=Rastädter Frage ist im Gange, erledigt zu werden, das sollte mich sehr freuen. Ueberhaupt hoffe ich, daß man sich zwischen Wien und Berlin so geeinigt hat, daß eine größere Uebereinstimmung in Frankfurt möglich wird. Es thut wahrlich noth! Ich gehe die letzten Tage dieses oder die nächsten Tage des künftigen Monats nach Wien und von dort über hier nach Berlin, wo ich bestimmt hoffe, vor halbem November einzutreffen. Hoffentlich sehe ich Sie dann bald dort. Ich bin begierig zu sehen, wie sich die Verhältnisse dort gestaltet haben.

---

[1]) Vgl. Brief Bismarcks an Gerlach vom 4. December 1852 in meiner Ausgabe S. 43 ff.

[2]) Dem großen Ball, am 17. Januar, über den die Kreuzzeitung am 21. und 22. Januar ausführliche Mittheilungen brachte.

23. 10. 1853. Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin sowie allen meinen Freunden und ehemaligen Collegen und behalten Sie im freundlichen Andenken

Ihren
aufrichtig und herzlich ergebenen
F. v. Thun.

14.

Ein Brief des Grafen v. Seckendorff[1]) an Bismarck.

1854.

Ew. Hochwohlgeboren

1. 3. 1854. erlaube ich mir, in der Anlage eine für den Herrn Minister-Präsidenten Freiherrn v. Manteuffel bestimmte Depesche mit dem ergebensten Ersuchen zu übersenden, selbige auf sicherem Wege nach Berlin gelangen zu lassen, auch dem Ueberbringer deren richtige Abgabe gefälligst zu bescheinigen.

In neuerer Zeit hat sich auch hier häufiger als früher das Bedürfniß einer vollkommen sicheren Depeschenbeförderung herausgestellt, ohne daß ich dasselbe bisher in Berlin zur Sprache zu bringen eine dringende Veranlassung gehabt hätte. Gewiß würde es aber bei der Leichtigkeit und den geringen Kosten der jetzigen Verkehrsmittel sehr zweckmäßig seyn, eine regelmäßige Kurier-Verbindung mit Frankfurt, an welcher Karlsruhe, vielleicht auch München theilnehmen könnten, herzustellen. Wichtigere Depeschen könnten sub volanti gehen; — eine sichere Person würde sich dort wohl finden. Vielleicht lassen mir Ew. Hochwohlgeboren gelegentlich Ihre Ansichten hierüber zukommen.

Die Sächsisch-Württembergischen Sondergelüste sind vorläufig aufgegeben, doch darf man nach meiner hiesigen Erfahrung keinen Augenblick sicher seyn, daß sie nicht aufs Neue hervortreten werden. Es ist nun einmal das wohlbekannte Mittel gewisser unruhiger Köpfe, sich eine Bedeutung zu verschaffen, die sie sonst nicht haben würden. Hier arbeiten sich übrigens der König und Herr v. B(eust) getreulich in die Hände. Des Ersteren natürliche Neigung, sich über die Grenzen seines kleinen Königreichs hinaus wichtig zu machen, erstirbt mit den Jahren keineswegs. Gewisse Russische Sympathien und dann auch das Bestreben, den Kaiser N. womöglich aus seiner schweren Verlegenheit zu retten, wirken mit. So lange

[1]) Graf Seckendorff war preußischer Gesandter am Stuttgarter Hofe.

Preußen indessen mit Oesterreich zusammenhält, sind alle solche Tendenzen der Mittel- und Kleinstaaten nicht zu fürchten. Auch habe ich zu dem Verstande des Herrn von der Pfordten zuviel Vertrauen, als daß er sich in Umtriebe einlassen sollte, deren Erfolg sehr zweifelhaft und die Baiern mit viel geringeren Staaten auf gleiche Linie stellen würden. Vergrößern wollen sich zwar alle Coalitionsgenossen, und es wäre möglich, daß diese Sucht die sonderbarsten Erscheinungen hervorriefe. 1. 3. 1854.

Der Reg.-Rath Zitelmann hatte sich halb und halb hier für das Ende voriger Woche angekündigt. Gewiß würde er für seinen Beruf hier Näheres erfahren, was Interesse haben könnte. Die Württembergische Presse ist im Ganzen nicht übel gesinnt für Preußen, mit Ausnahme des österreichisch-katholischen Volksblattes. Doch mäßigt sich auch dieses bedeutend, seitdem es uns mit dem Wiener Cabinet Hand in Hand in der orientalischen Frage gehen sieht.

Ob der päbstliche Hof die Uebereinkunft mit dem Bischof von Rottenburg bestätigt, weiß man hier noch nicht bestimmt, doch hofft man das Beste. Mir scheint es sehr unwahrscheinlich, daß Rom die Württembergische Kirchenfrage nicht mit der Badischen in Verbindung bringt. Württemberg würde dann durch seine abgesonderte Unterhandlung nicht viel gewonnen haben. Seine Verhältnisse zu Baden sind seit langen Jahren gespannt. Hier klagt man ebenso wie in Karlsruhe über unfreundnachbarliche Gesinnung. Der Regent glaubt dem König wegen gewisser, seinem hochseligen Vater angethanen Unbilden gram seyn zu dürfen.

Mit der aufrichtigsten Hochachtung und Ergebenheit

Stuttgart, den 1. März 1854. Seckendorff.



15.

Ein Brief Bismarcks an Minister Dalwigk und Antwort Dalwigks.

1855.

Ew. Excellenz

erlaube ich mir die mir soeben für Hochdieselben zugegangene Einlage[1]) ganz ergebenst zu übersenden. Sehr gern würde ich von dem für mich so angenehmen Auftrage den 18. 2. 1855.

[1]) Das große Band vom Rothen Adlerorden.

18. 2. 1855. Anlaß genommen haben, Ihnen persönlich meine Aufwartung zu machen, aber eine schleunige Weisung, welche ich noch vor dem heutigen Postschluß erledigen muß, fesselt mich an den Schreibtisch, und ich kann für heut nur schriftlich die Freude aussprechen, mit welcher mich, wie Ew. Excellenz auch ohne meine Versicherung wissen, dieser Ausdruck der Gesinnungen meines allergnädigsten Herrn erfüllt. Es bedarf für Ew. Excellenz nicht der Versicherung, daß meine freudige Theilnahme ebensosehr aus meiner persönlichen Verehrung für Ew. Excellenz wie aus der Wahrnehmung entspringt, daß bei Sr. Majestät dem Könige die für beide Theile unerfreuliche Vergangenheit zu den vollständig überwundenen Standpunkten gehört.

Genehmigen ꝛc.

Frankfurt, 18. 2. 1855. v. Bismarck.

Antwort Dalwigks.

Ew. Excellenz

19. 2. 1855. haben mich durch die geneigte Sendung vom 18. l. M. gestern Abend spät auf so angenehme Weise überrascht und dabei die mir von Sr. Majestät dem Könige, Ihrem Allergnädigsten Herrn, verliehene ehrende Auszeichnung mit so gütigen, mich wahrhaft erfreuenden Worten begleitet, daß ich es mir nicht versagen kann, Ew. Excellenz schon heute, und noch ehe es mir möglich ist, persönlich meine Empfindungen auszusprechen, meinen herzlichsten Dank darzubringen.

Der Einladung Folge zu leisten, mit der Ew. Excellenz mich für diesen Abend beehrt haben, hindert mich leider die tiefe Trauer, in der ich mich befinde. Ich beklage aber recht aufrichtig, dadurch namentlich auch abgehalten zu sein, der gnädigen Frau mündlich den Ausdruck der innigen Verehrung darzubringen, die ich ihr in vollem Maße widme.

Genehmigen Ew. Excellenz den erneuerten Ausdruck ausgezeichnetster Hochachtung, mit der ich zu sein die Ehre habe

Ew. Excellenz

gehorsamster Diener

Darmstadt, am 19. Februar 1855. v. Dalwigk.

16.

Ein Brief Uhdens[1]) an Bismarck.

1855.

Ew. Hochwohlgeboren

wollen nicht erschrecken, auch von mir durch ein Schreiben belästigt zu werden, allein im Grunde tragen Sie selbst die Schuld daran, indem der G. L. v. Gerlach auf Grund einer vertraulichen Mittheilung wünschte, Ihnen unmittelbar meine geringe Ansicht über die weitere Behandlung der kurhessischen Verfassungs-Angelegenheit mitzutheilen. Daß ich dem Principe nach entschieden gegen jedes weitere Unterhandeln der Regierung mit den Ständen, wenn solche von Bundeswegen veranlaßt wird, bin, werden Sie bereits aus dem von mir dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten früher erstatteten Gutachten ersehen haben. Es heißt gradezu die Autorität der Regierung untergraben, wenn eine solche nachträgliche Verhandlung auf Grund eines Bundesbeschlusses, der mit seiner Unterlage, nemlich dem Ausschußberichte, bald genug (wenn auch unerlaubter Weise) veröffentlicht werden würde, veranlaßt werden sollte. Wie würden der Opposition die Flügel wachsen! Keine Beruhigung, sondern eine neue Aufregung würde die unmittelbare Folge sein und damit auch der Zweck der ganzen Maaßregel vereitelt werden. Daß eine solche neue Aufregung, zumal auf Kosten der Regierungs-Autorität, in der gegenwärtigen Zeit thunlichst zu vermeiden, bedarf wohl eben keiner sehr scharfsinnigen Beleuchtung; allein es fragt sich, ob und wie ein solcher Schritt zu beseitigen, oder doch eventuell dessen Folgen möglichst zu paralysiren sind?

14. 6. 1855.

Wenn Oestreich streng Farbe halten wollte, so würde m. E. unzweifelhaft die Majorität des Bundes sich gegen das beabsichtigte Gutachten des Bundes-Ausschußes aussprechen und gleich eine definitive Entscheidung treffen, auf die das Land, wenigstens alle Gutgesinnten, sehnlichst warten und die ihnen, selbst wenn sie nicht völlig nach ihren Wünschen ausfallen sollte, lieber ist als ein nochmaliges Transigiren, das das erwünschte Ziel, nemlich die Beseitigung des jetzigen schwankenden Zustandes, wiederum in die Ferne rückt. Allein Oestreich will eben nicht, es verfolgt, so weit ich es von meiner Vogelperspektive aus übersehen kann, dabei ganz andere Zwecke, es will sich den Einfluß auf Kurhessen in Bezug auf die großen Fragen

[1]) Preußischer Bevollmächtigter am kurhessischen Hofe.

14. 6. 1855. der äußeren Politik bewahren (ignoscas quaeso, daß ich Eulen nach Athen trage). Der Kurfürstl. Minister v. Baumbach ist ebenso wie v. Trott durch und durch Oestreichisch gesinnt. Der Kurfürst neigt seinem Herzen nach (soweit er eins hat) zu Preußen, allein Eitelkeit und Habsucht zieht ihn oft nach der anderen Seite. Der einzige Mann (Sie mögen es mir nun glauben oder nicht, ich habe aber Beweise dafür), der sich jetzt völlig und aufrichtig zur Preußischen Politik bekennt, ist Hassenpflug Auf seine Entfernung wird deshalb quovis modo hingearbeitet, und freilich würde seine Stellung, falls der Ausschuß-Antrag zum Bundesbeschluß erhoben wird, eine sehr schwierige, wenn nicht unmögliche werden. Hierzu kommt nun noch eine Kirchliche Differenz wegen der Wahl des C.-R. Vilmar zum General-Superintendenten, wobei ebenfalls Zwischenträger sind, zumal H. erklärt hat, sein Amt niederzulegen, falls der Kurfürst die Bestätigung der Wahl versagen sollte. Ohne irgend auch nur entfernt eine Quelle anzudeuten, hatte ich deshalb H. gewarnt, auf seiner Hut zu sein, besonders da es mir auffällig sei, daß v. B. und nicht er nach Frankfurt a. M. zur weiteren Negociation entsendet wäre. Die Unbefangenheit des H. ist aber in dieser Beziehung unglaublich, da er mit größter Treuherzigkeit versichert, daß v. B. seine Mission im besten Sinne und im vollen Einverständniß mit ihm vollzogen habe, obgleich freilich ohne Resultat.

Da ich nun bei dieser Sachlage fast selbst fürchte, daß ein Majoritätsbeschluß gegen den Ausschuß-Antrag nicht zu erzielen sein dürfte, so habe ich dem H. folgenden Rath gegeben:

a) schleunige Berufung des Landtags,
b) Verlegung der noch übrig gebliebenen Differenzen rücksichtlich der Verfassungs-Angelegenheit Seitens der Regierung an die Stände zur möglichst gütlichen Vereinigung,
c) Ersuchen an den Bund, jede weitere Entscheidung in dieser Sache auszusetzen, bis das Resultat der beabsichtigten weiteren Verhandlung mit den Ständen angezeigt worden.

Daß die Stellung der Regierung dadurch eine ungleich vortheilhaftere wird, wenn dieselbe die Initiative ergreift und officiell wenigstens gleichsam von freien Stücken die Hand zur Ausgleichung bietet, als wenn ihr von bundeswegen eine solche Verpflichtung auferlegt wird, bedarf wohl keiner näheren Ausführung.

Unterwerfen Sie diesen Ausweg Ihrem erleuchteten Ermessen und, erlaubt es Ihnen Ihre Zeit, theilen Sie mir Ihre Ansicht darüber mit.[1])

---

[1]) Randbemerkung Bismarcks: sehr lang.

Sehr wünschenswerth würde es mir sein, die v. Oertzenschen Gründe wegen seines Antrags zu erfahren. 14. 6. 1855.

Mit aufrichtiger Hochachtung und Verehrung

Ew. Hochwohlgeboren

treu ergebenster

Berlin, 14. Juny 1855. Uhden.

17.

Ein Brief des Pastors Becker an Bismarck.

1857.

Hochwohlgeborner Herr,
Höchstzuverehrender Herr Bundestagsgesandter!

Gestatten Ew. Hochwohlgeboren es dem Unterzeichneten, Ihnen einige Zeilen vorlegen zu dürfen, und geruhen Hochdieselben, sie einer Beachtung zu würdigen. 15. 1. 1857.

Ich würde es nicht wagen, in eigener Angelegenheit bittend vor Ew. Hochwohlgeboren zu treten, die Sache, welche mir den Muth dazu gibt, betrifft aber unsern allerheiligsten Glauben, das Reich und die Ehre unseres Herrn Jesu Christi, des Sohnes Gottes und Heilandes der Welt.

Seine Ehre wird aber öffentlich ganz ungescheut namentlich in einem Lästerbuche angegriffen, welches in Altona bei E. M. Heilbutt erschienen ist und vielleicht noch fortgesetzt wird; denn 4 Bände sind bereits ans Licht getreten. Es führt das Machwerk aber diesen Titel: „Geschichte des Rabbi Jeschua ben Jozef Hanotzri, genannt Jesus Christus.“ Ein solches Buch darf also jetzt der Herr Heilbutt in der Christenheit erscheinen lassen, den Schöpfer und Erlöser der Welt bloß: „Rabbi Jeschua (Jesus) ben Jozef Hanotzri (Sohn Josephs, den Nazarener)“ nennen? Ueberwunden ist wissenschaftlich der hohle mystische Standpunkt eines Strauß, und nun erscheint eine solch elende Giftpflanze, um das arme Volk um sein Allerheiligstes, seinen Glauben zu betrügen und zu bringen und dem Heilande seine Krone zu rauben? Denn in einer neuen Ankündigung heißt es: „Die Geschichte ist populär und für Jedermann verständlich gehalten und erfordert keine gelehrten Vorkenntnisse.“ Daß aber mein obiges Urtheil begründet ist, werden Ew. Hochwohlgeboren schon aus dieser theilweisen Angabe des Inhalts ersehen können: — „Geburt Jeschuas in

15. 1. 1857. Nazareth (!). Er widmet sich dem Tischlerhandwerk (!). Sein erster öffentlicher Vortrag in Jerusalem bei Gelegenheit der Bormitzera, beim Antritt des 13. Jahres. Die Grundlage seiner wissenschaftlichen Bildung. Vorbereitende Veranlassung zu seinem Reformationswerk. Er ist ein Schüler des Hillel und Schammai und des Rabbi Schimeon. Er wird zum Chaber und Rabbi ernannt. Seine Reise nach Alexandrien und Zusammenkunft mit Philo und andern griechischen Gelehrten. Rückkunft nach Judäa und Beginn des Reformationswerkes. Die jüdische politische Verschwörung gegen den römischen Staat. Rabbi Jeschua gründet eine eigene Schule. Die nicht bloß in den Evangelien, sondern auch im Talmud enthaltenen Aussprüche desselben. Plan der Verschworenen, R. Jeschua als Melech Maschiach (König Messias), griechisch Christos, zu erwählen und zu proclamiren. Widerstand des R. Jeschua" u. s. w.

In einer christlichen Zeitschrift, dem „Freimund", welche in Nördlingen erscheint, hatte ich darüber schon unter dem 25. September 1856 gesagt: „Man traut seinen Augen kaum, wenn man solch Zeug im 19. Jahrhundert der christlichen Zeitrechnung, besonders in unserer sogenannten christlich angeregten Zeit liefert. Also solche Erbärmlichkeiten, solche Lästerungen darf der Herr Heilbutt in Altona der Welt bieten und auf Absatz speculiren! Vielleicht ist er ein Jude? Nun wolan, dürfen die Juden jetzt solch Gift, solchen Hohn über den Sohn Gottes frei ausschäumen, und die Regierungen, welche sich christliche nennen, dazu schweigen? Heißt das nicht sich „fremder Sünden theilhaftig machen?" Stehen wir da nicht tiefer als die Türken, unter denen Niemand bei Todesstrafe den Lügenpropheten Muhamed und das Lügenbuch, den Koran, schmähen darf? Hat ja doch auch Muhamed größere Ehrfurcht vor Christo; denn er spricht von ihm im Koran Sure 3: „Die Engel sprechen: O Maria, Gott verkündet Dir das von ihm kommende Wort, sein Name wird sein: Messias Jesus, Sohn Marias."

„Etwas sehr leichtes wäre es nun aber, solch elendes Machwerk zu widerlegen, wenn es das verdiente und man den Abschaum des Satans dadurch erst noch ehren wollte. Es ist nur eine aufgewärmte Brühe, wie sie in den jüdischen Lästerbüchern: Toledoth Jeschua Hanotzri, d. h. Geschichte Jesu von Nazareth — und in dem Buche: Chissuk denunah, d. h. Stärkung des Glaubens (des jüdischen) vorkommen, von denen das erstere von Huldrich 1705 und das letztere von Wagenseil widerlegt worden ist.

„Nur einige Absurditäten wollen wir doch anführen. Der Herr Jesus soll ein Schüler des Hillel und Schammai gewesen sein! Beide blühten 68—44 vor Christo. Und von beiden sagt der Israelit Jost in seiner „Geschichte der Israeliten", erster Theil,

S. 156: „Die wichtigsten Schulen waren die des Schammai und Hillel, deren Lehrsätze ebenso verschieden waren als ihre beiderseitigen Gemüthsarten. Hillel war sanft, gutmüthig und menschenfreundlich. Schammai hingegen war heftig, ungeduldig und stürmisch, streng und unerschütterlich, sogar gewaltsam." Wie hätte der sanftmüthige Jesus beiden folgen können. Er sagt selbst: „Niemand kann zwei Herren dienen", auch nicht zwei Lehrern, die verschieden sind, folgen. Matth. 6, 24. — Und nun soll der Herr Christus auch mit dem Philo in Egypten zusammengetroffen sein! Er kam aber dahin nur in seiner ersten Kindheit, und Philo blühte und starb erst 40 Jahre nach Jesu Tode am Kreuze." 15. 1. 1857.

Ich hätte mich mit diesem öffentlichen Zeugnisse begnügen und denken können: dixi et animam salvavi; allein es gibt mir doch noch kein rechtes Genüge, da ich sehe, wie das elende Buch fort und fort angepriesen wird und die betrogenen Käufer dadurch vergiftet werden. Heißt es ja doch sogar von ihm in der Leipziger Illustrirten Zeitung unter dem 10. Januar 1857, S. 43: „Mit diesem Werke beginnt eine neue Aera für das Christenthum!" Und ferner: „Dieses Werk ist das bedeutendste von allen über diesen Gegenstand erschienenen und zeichnet sich besonders dadurch aus, daß fast alle Behauptungen darin auch zugleich erwiesen sind." Was! Die Lügen und Lästerungen von unserem Heilande, der nicht allein zum gewöhnlichen Menschen in dem Buche, sondern zum Lügner und Betrüger gemacht wird, sollen erwiesen sein? Ganz recht hat daher ein anderer Recensent, der von dem Buche so urtheilt: „Der Satan hat in diesem Werke sich verkörpert!"

Ich frage aber: Kann und darf solch Satansgift den Leuten frei und ungescheut geboten werden? Hat nicht der himmlische Vater schon im 2. Psalm in Beziehung auf seinen lieben Sohn geboten: „Küsset den Sohn, daß er nicht zürne, und ihr umkommt auf dem Wege, denn sein Zorn wird bald anbrennen. Aber wohl Allen, die auf ihn trauen?" Ps. 2, 12. Das Wort „Küssen" bedeutet hier in der Grundsprache ganz dasselbe, welches dort Pharao zum Joseph sagt: „Deinem Wort soll alles mein Volk gehorsam sein" 1. Mos. 41, 40 — beim Herrn Christo noch nachdrücklicher: „Es soll Dich als ihren König ehren, Dich anbeten und an dem Befehle Deines Mundes hängen." Spricht das der Vater nicht geradezu bei der Verklärung seines lieben Sohnes aus in den Worten: „Dies ist mein lieber Sohn, an welchem ich Wohlgefallen habe, den sollt ihr hören?" Matth. 17, 5. Und sagt nicht der Sohn: „Alle sollen den Sohn ehren, wie sie den Vater ehren? Wer den Sohn nicht ehret (anbetet), der ehret auch den Vater nicht, der ihn gesandt hat." Joh. 5, 23. Einen Solchen aber trifft der Fluch. Denn Paulus spricht: „So Jemand den Herrn Jesum Christum

15. 1. 1857. nicht lieb hat, der sei Anathema (verflucht) Maharam Motha, wörtlich: Ihr Herr kommt d. h. zum Gericht. 1. Cor. 16, 22.

An solchem Fluche, denke ich, nehmen nun aber auch die Regierungen mit Theil, wenn sie den Herrn Jesum nicht lieben und ehren und es gestatten, daß seine Ehre in den Staub getreten wird, wie es in jenem Lästerbuche geschieht. Ach, wollten wir Deutschen von neuem den Fluch Gottes über uns ziehen, wenn wir es zugeben, daß der Satan frei das Gift des Unglaubens und der Lästerung verbreiten kann? — Wollen die Juden in solchem verstockten Sinne bleiben, so mögen sie es auf ihre Gefahr. Dürfen aber gottlose Juden für Christen solche Lästerbücher schreiben und sie unter ihnen verkaufen und ausbreiten, die zum Zwecke haben, Christum zu höhnen? Wird nicht dadurch das Wort unseres theueren, geliebten Herrn und Königs: „Ich und Mein Haus, Wir wollen dem Herrn dienen", zum Gespött, zur Carricatur? Wird nicht die ganze christliche Kirche mit ihrer Lehre, ihrer Geschichte zum Gelächter? Und das dürften ihr solche neumodischen Juden ganz ungestraft bieten, wie es in jenem Buche geschieht? Ich fürchte Gottes Strafgerichte, wenn sie es dürfen. Sagt ja doch auch schon selbst unsere „Verfassungs-Urkunde" vom 6. Februar 1850, Artikel 28: „Vergehen, welche durch Wort, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung begangen werden, sind nach den allgemeinen Strafgesetzen zu bestrafen." Und soviel ich weiß, gibt es auch für die übrigen deutschen Bundesstaaten ähnliche Gesetze.

Ich wage es daher, weil die Sache zu wichtig ist, und der Menschen Seele und Seligkeit betrifft, mit einer unterthänigen Bitte vor Ew. Hochwohlgeboren zu treten. Es ist diese:

> daß Ew. Hochwohlgeboren bei der hohen deutschen Bundesversammlung es beantragen und befürworten wollten, daß jene bei Heilbutt in Altona erschienene Lästerschrift in den deutschen Bundesstaaten verboten und die dagegen Handelnden mit Strafe belegt werden.

Um Christi unseres Herrn und Meisters willen bitte ich Ew. Hochwohlgeboren, sich diesem Liebesdienste unterziehen zu wollen, damit unbefestigte Seelen vor dem Gifte bewahrt bleiben. Er wird es Ew. Hochwohlgeboren schon hier und einst an dem Tage des Gerichts reichlich belohnen. Denn er sagt: „Wer mich bekennt vor den Menschen, den will Ich bekennen vor meinem himmlischen Vater. Wer mich aber verläugnet vor den Menschen, den will Ich auch verläugnen vor meinem himmlischen Vater" Matth. 10, 32. 33, vergl. Luc. 9, 26.

Verzeihen Ew. Hochwohlgeboren mein langes Schreiben, und auch, wenn Hochdenselben ich den rechten Titel und die rechte Ehre

nicht sollte gegeben haben. In Beziehung auf die Sache schwebten mir die Worte des Sohnes Gottes vor der Seele: „Wenn diese werden schweigen, so werden die Steine schreien“ Luc. 19, 40. 15. 1. 1857.

Noch eine unterthänige Bitte erlaube ich mir hinzuzufügen, das ist die:

daß Ew. Hochwohlgeboren mich durch einige erwidernde Zeilen wollten beglücken lassen.

Der gnadenreiche Gott segne in dem neuen Jahre Ew. Hochwohlgeboren und alle Mitglieder der hohen Bundes-Versammlung.

Mit der vollkommensten Ehrerbietung ersterbe ich

Ew. Hochwohlgeboren

Königsberg i. d. Neu-Mark, am 15. Januar 1857.

unterthäniger

C. Becker, luther. Pastor.[1])

18.

Ein Brief Bismarcks an Regierungsrath Rudloff nebst Rudloffs Antworten.

1858.

Frankfurt, 28. Febr. 1858.[2])

Von allerhöchster Stelle habe ich vor einigen Tagen den Auftrag erhalten, den Verfasser einiger Artikel in der Postzeitung zu ermitteln, welche über Vorgänge aus den intimsten Kreisen der Königl. Familie genaue Auskunft geben und den Unwillen der höchsten Herrschaften erregt haben. Sehr wider mein Erwarten ist mir bei den angestellten Ermittlungen Ihr Name genannt worden. Da es mir sehr unlieb sein würde, wenn Ihnen Unannehmlichkeiten daraus erwüchsen, so werde ich einstweilen nach Berlin antworten, daß meine Erkundigungen 28. 2. 1858.

---

[1]) Herr v. Bismarck wendete sich mit Schreiben vom 23. Januar 1857 (v. Poschinger, Pr. im B.-T. III 84 No. 49) an den dänischen Gesandten am Bunde Frhrn. v. Bülow, und dieser setzte bei seiner Regierung durch, daß das Buch schon am 1. Februar 1857 in der Heilbuttschen Buchhandlung mit Beschlag belegt wurde. Ein Antrag des Verlegers auf Freigabe wurde am 23. Mai 1857 abschlägig beschieden (nach v. Poschinger).

[2]) Original im Besitz des Herrn G. Hirzel, Leipzig.

28. 2. 1858. ein sichres Resultat nicht geliefert haben.[1] Da aber auch nach andrer Seite hin Aufträge ertheilt sind, die vielleicht auf dasselbe Ergebniß führen, so stelle ich Ihnen anheim, ob Sie nicht freiwillig mit dem General v. Gerlach, durch den mir der Auftrag übermittelt wurde,[2] sprechen wollen. Liegt dieß in Ihrer Absicht, so bitte ich umgehend um Nachricht und will dann dem General schreiben, um Sie in einer Weise zu empfehlen, daß er die Sache zu beseitigen sucht, wenn ihm die Sicherheit wird, daß die Correspondenzen aufhören. Glauben Sie, diesen Weg nicht einschlagen zu sollen, so will ich zwar versuchen, meine Berichte so zu erstatten, daß ich Sie nicht in Verlegenheit bringe, falls Sie mir Ihr Wort geben, daß Ihre Beziehungen zur Postzeitung, oder im Allgemeinen Ihre Mittheilungen über Vorgänge am Hofe, die auf amtlichem Wege zu Ihrer Kenntniß gelangen, ein Ende nehmen. Ich kann aber wie gesagt nicht dafür einstehn, daß dem, besonders bei J. M. der Königin sehr lebhaften Wunsche, die Quelle jener Artikel zu ermitteln, von andrer Seite genügt wird.

Mit dem aufrichtigen Wunsche, daß die Sache sich ohne Verdrießlichkeiten für Sie abthun läßt, bin ich Ihr ergebenster

v. Bismarck.

Antworten Rudloffs.

I.

Hochwohlgeborner Herr,
Hochgeehrter Herr Geheimer Legations-Rath!

2. 3. 1858. Ew. Hochwohlgeboren wollen zuerst erlauben, meinen verbindlichsten Dank für die Gewogenheit ganz gehorsamst abzustatten, mit welcher Hochdieselben geneigt sind, eine unangenehme Angelegenheit auszugleichen. In dem Gefühle dieser Erkenntlichkeit finde ich auch den Muth, gleich nach dem Empfange des geehrten Schreibens mich ganz offen auszusprechen.

In Folge meiner dortigen Bekanntschaft mit dem verstorbenen Dr. Malten habe ich allerdings Mittheilungen für die Frankfurter Postzeitung geschrieben, in demselben Bestreben, in welchem mir öfter

---

[1] S. Brief an Gerlach S. 343 f. (meiner Ausgabe).

[2] S. Bismarck-Jahrbuch II 254 f.

von Vorgesetzten selbst solche Arbeiten übertragen wurden, richtige Ansichten nämlich über preußische Verhältnisse zu verbreiten. Ich darf nun wohl hoffen, daß Ew. Hochwohlgeboren mir nicht zutrauen, in diese Correspondenzen solche Nachrichten zu verflechten, welche mir auf vertraulichem oder amtlichem Wege zugänglich geworden sind. Meine hiesige amtliche Thätigkeit auf dem Polizei-Präsidium betrifft Gegenstände, welche für ein auswärtiges politisches Journal kein Interesse bieten (Gewerbe-, Armen-, Vereinswesen), ich bin daher auch nicht einmal in Versuchung gekommen, aus diesem Decernate Mittheilungen zu machen. Hofnachrichten habe ich nie aus amtlichen Quellen gewußt, versichere überdies ausdrücklich, daß ich mit niemandem aus der Allerhöchsten Umgebung irgendwie in Verbindung stehe; zwei Flügeladjutanten kenne ich nur zum oberflächlichen Anreden. Ich bin daher bis diesen Augenblick auch in voller Unkenntniß über etwaige „Vorgänge aus den intimsten Kreisen der Königl. Familie" und besinne mich somit auch vergebens, was ich nach dieser Richtung hin geschrieben haben könnte, weil mir keine Quelle zu Gebote steht, als die des gewöhnlichen Tagesgesprächs und die Neue Preußische Zeitung. Um es Ew. Hochwohlgeboren gleich ganz ehrlich der strengsten Wahrheit gemäß zu gestehen, meine Correspondenzen der Frankfurter Postzeitung sind nur eine Paraphrase der täglichen Nachrichten der Neuen Preußischen Zeitung gewesen; das erstere Blatt nennt das letztere begreiflich ungerne als Quelle, obgleich die Mittheilungen desselben unter veränderter Form genehm sind. Eine Vergleichung wird beweisen, daß ich selten über das Niveau der Neuen Preuß. Ztg., neuerdings der officiellen Kammerverhandlungen, hinausgegangen bin.

2. 3. 1858.

Die Notizen der letzteren Zeitung stimmen aber wörtlich mit denen des Staatsanzeigers überein, kommen aus officiösen Quellen und konnten daher auch unbedenklich von mir benutzt werden.

Nach diesen äußeren und inneren Gründen muß ich mir die Vermuthung erlauben, daß die Frankfurter Postzeitungs-Redaction nicht den wirklich gemeinten Correspondenten genannt hat. Ich bin zu dieser Aeußerung wohl um so mehr berechtigt, als unter ihren drei oder vier hiesigen Berichterstattern einer sich befindet, dessen Mittheilungen, wie ich bestimmt weiß, in andern Blättern hier in höheren Kreisen mehrfach Aergerniß und Unwillen hervorgerufen haben. Ich darf daher wohl ganz gehorsamst bitten, noch einmal gütigst recherchiren zu lassen, ob gerade meine Artikel die incriminirten sind. Sollte wider Erwarten ein Tadel mich treffen, so ist ein Versehen vorgefallen, welches ich natürlich selbst auf das tiefste bedaure, da es meinen Grundsätzen auf das entschiedenste widerspricht, Vorgänge aus dem Kreise der Königl. Familie und gerade jetzt noch in die Oeffentlichkeit zu bringen. Ich wiederhole

2. 3. 1858. daher auch ausdrücklich die Versicherung, keine solche Verbindungen zu besitzen, welche mich zu ähnlichen Mittheilungen in den Stand setzen könnten.

Augenblicklich in dem Gefühle meiner Schuldlosigkeit wage Ew. Hochwohlgeboren ich ganz gehorsamst zu bitten, mein offenes Bekenntniß des seitherigen Mitarbeitens an der Postzeitung noch nicht gleich weiter geltend machen zu wollen, da sich hoffentlich eine zutreffende Aufklärung ergeben dürfte, welche mich weiteren Unannehmlichkeiten überhebt. Da meiner Seits wahrhaftig keine Indiscretion vorliegt, so ließe sich durch Ew. Hochwohlgeboren gewogentliche Aeußerung in diesem Sinne eine Verschweigung meines Namens wohl rechtfertigen. Sind indessen Ew. Hochwohlgeboren durch meine Aufklärungen noch nicht befriedigt und weitere Schritte meinerseits erforderlich, so darf ich wohl ganz gehorsamst bitten, mir gewogentlich weitere Weisung ertheilen zu wollen, um eine Angelegenheit zu erledigen, deren Thatbestand, wenn er wirklich gegen mich zeugen sollte, nicht im entferntesten beabsichtigt wurde.

Genehmigen Ew. Hochwohlgeboren die erneuerte Versicherung meiner Dankbarkeit und großen Verehrung, mit welcher ich die Ehre habe zu verharren

Ew. Hochwohlgeboren

Berlin, den 2. März 1858. ganz gehorsamster
Schöneberger Straße 27. Rudloff.

II.

Hochwohlgeborner Herr,
Hochgeehrtester Herr Geheimer Legationsrath!

6. 3. 1858. Ew. Hochwohlgeboren erneuere ich in gehorsamster Beantwortung des geehrten Schreibens vom 3. d. M.[1]) meinen verbindlichsten Dank für die Geneigtheit, meinen Namen als seitherigen Mitarbeiter an der Frankfurter Postzeitung nicht nennen zu wollen. Nach Durchsicht der betreffenden Blätter muß ich noch mehr bei der früheren Ansicht beharren, daß mir Artikel nicht zur Last gelegt werden können, welche hier höheren Orts Unwillen hervorgerufen haben, weil mir einfach die Quellen für dortige Vorgänge fehlen. So bin ich denn auch rücksichtlich des jetzt erwähnten Falls noch in Unkenntniß, ob und wie der Tod des Generals v. Plehwe Sr. Majestät dem Könige bekannt geworden ist; es cursiren hier augenblicklich leider! so viele verschiedenartige Versionen über Ereignisse, Gespräche in den höheren Kreisen, daß, eben weil dieselben je nach der beabsich-

[1]) Dasselbe ist noch nicht bekannt geworden.

tigten Tendenz gefärbt sind, eine weitere Publication derselben thatsächlich ebenso unsicher, wie meines Erachtens nach unpatriotisch ist. 6. 3. 1858.

Die Redaction der Postzeitung kann daher auch, wenn sie bei der Wahrheit bleibt, mich nicht für solche Artikel verantwortlich machen, zumal bei dem Wechsel der Correspondenzzeichen die Verfasser ihre Mittheilungen unter verschiedener Form mit Zusätzen und Abänderungen wieder suchen müssen. Die Neue Preuß. Ztg. hat übrigens über Handlungen und Aeußerungen Sr. Majestät des Königs Referate aus fremden Zeitungen, welche den Beweis zuverlässiger Quellen liefern, jetzt öfter gebracht, so daß den auswärtigen Blättern zureichendere Mittel zu Gebote stehen müssen, als den hiesigen willfährige Kräfte.

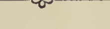
Nach dem in Folge derartiger Ermittelungen einmal rege gewordenen Verdacht kann es natürlich der Klugheit nur entsprechen, die Correspondenzen abzubrechen. Ich habe freilich geglaubt, das Interesse der Regierung nach schwachen Kräften zu fördern, wenn einer Zeitung zuverlässige, im preußischen Sinne geschriebene Artikel zugesandt würden, welche in ihrer allgemeinen Haltung solchen Auffassungen entschieden abgeneigt ist.

Ew. Hochwohlgeboren geneigtem Wohlwollen mich ehrerbietigst empfehlend zeichne ich mit großer Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

gehorsamster Diener

Berlin, den 6. März 1858. Rudloff.



19.

Ein Brief des Herrn v. Usedom an Bismarck.

1859.

Frankfurt, 30. Juni 59.

Verehrter College! Hr. v. Fonton ist, glaube ich, über die hiesigen Zustände recht wohl unterrichtet, und gleicherweise wird Fürst Gortschakoff Ihnen aus diesen Depeschen kein Geheimniß machen. Ich irre also wohl schwerlich, wenn ich Sie ad causam vollkommen informirt erachte und weitere Aufschlüsse Ihnen erspare. 30. 6. 1859.

Meine Anwesenheit in Berlin hat mir die Ueberzeugung gegeben, daß unsere Mobilmachung eher einem plötzlichen Entschlusse ab irato, als einer kalten Berechnung zuzuschreiben ist, und daß

30. 6. 1859. man allmählig einzusehen beginnt, was man sich damit auf den Hals geladen. Viele der Ruhigern und Einsichtigern wären die allenthalben unpopuläre Maßregel gern wieder los: aber wie kann das jetzt ohne nova geschehen? Da dieselbe zu Oestreichs Schutz ergriffen wurde, so müßte man eigentlich mit dem wachsenden Kriegsunglück der Oestreicher nur desto energischer auf dem betretenen Wege fortfahren.

Ich gehöre zu Denen, welche die Sachen nicht weiter als bis zur Aufstellung einer Observationsarmee gehen lassen möchten und einen Krieg, den Preussen in der dermaligen Lage seiner europäischen und deutschen Allianzen mit Frankreich anfängt, geradezu für verderblich halten. Auch habe ich diese Ansicht officiell und privatlich, schriftlich und mündlich, kurz auf jede Weise zur Geltung zu bringen gesucht: aber als ich nach Berlin kam, war die Mobilmachung schon beschloßne Sache. Vor dem Kriege aber scheint es mir noch möglich, das Land zu schützen, sofern Alle, die für den Frieden sind, ihre Bestrebungen dahin vereinigen. Ich weiß nicht, ob ich Sie, theuerster College, zu diesen zählen darf. Sofern es aber wäre, so würde ich großen Werth darauf legen, daß Sie im Interesse der Sache Ihre Reise nach Berlin, von der ich dort hörte, so viel als irgend möglich beschleunigen möchten. Ich werde in den ersten Wochen des Juli gleichfalls wieder dort sein.

Leben Sie bestens wohl, verehrtester College, ich freue mich sehr, zu hören, daß Sie in Petersburg zufrieden sind.

Mit ausgezeichnetster Hochachtung

Ihr herzlich ergebener

Usedom.

Rob. Goltz wird in diesen Tagen in Berlin eintreffen, um Gruner zu vertreten, dessen Gesundheit völlig zusammengebrochen ist. Er muß schleunig nach Marienbad. Dem Minister geht es wohl, mir selbst weniger.

20.

Zwei Briefe des Herrn H. V. v. Unruh an Bismarck.

1859.

I.

Ew. Excellenz

12. 9. 1859. kennen ohne Zweifel die neueste österreichische Note an mehrere deutsche Regierungen in Betreff der deutschen, den Vortritt Preußens

begünstigenden Bewegung und insbesondere in Betreff der Antwort, welche der Herzog von Coburg-Gotha auf die Adresse der Stadt Gotha ertheilt hat.[1]) 12. 9. 1859.

Wenn ich dieses merkwürdige Actenstück gegen Hochdenselben zu erwähnen mir erlaube, so geschieht dies einmal, weil doch die Möglichkeit vorhanden ist, daß Sie dasselbe noch nicht in Händen haben, hauptsächlich aber, damit Sie erfahren, daß jene Note bereits zur Kenntniß mehrerer Privatpersonen gelangt ist, und daß das Verhalten Preußens gegenüber dieser Herausforderung über die deutsche Reformbewegung muthmaßlich entscheiden wird. Die Führer derselben warten mit größter Spannung darauf, welchen Weg Preußen einschlagen wird. Dieselbe Spannung wird auch bald in größeren Kreisen herrschen, welche, wie ich nicht zweifele, den Inhalt der Note schnell erfahren werden. Was 6 Menschen, wenngleich in vertraulicher Weise erfahren, wissen bald Viele.

Indem Graf Rechberg in den stärksten Ausdrücken, welche mir jemahls in diplomatischen Actenstücken vorgekommen sind, gegen die auf Einigung Deutschlands gerichteten Bestrebungen und deren preußische Tendenzen auftritt, die oben erwähnte Antwort des Herzogs von Coburg in verletzendem, verweisenden Tone angreift, Protest dagegen einlegt und die Rechte Oesterreichs gegen solche bundeswidrigen Schritte geltend macht; rechnet er augenscheinlich mit Bestimmtheit auf die Unentschlossenheit und Schwäche der preuß. auswärtigen Politik. Läßt Preußen sich dieses rücksichtslose, die Beherrschung Deutschlands in Anspruch nehmende Verfahren stillschweigend gefallen und ertheilt es auf die Stettiner Adresse an den Prinz Regenten eine matte Antwort, wie ich fast fürchte, so haben wir in Eisenach Eulen nach Athen getragen und machen bei der Zusammenkunft mit den Süddeutschen am 15. und 16. dieses Mts. in Frankfurt a/M. vollständig Fiasco. Die Herzen derselben gehören uns ohnehin noch lange nicht, nur die Köpfe der Denkenden werden von der Staatskraft Preußens und von der Einigkeit zwischen Fürst und Volk angezogen. Die Herzen müssen durch energisches Auftreten Preußens in der nationalen Frage, durch sicheres Ergreifen jeder passenden Gelegenheit erobert werden. Diese Eroberung muß vollzogen sein, bevor eine internationale Krisis eintritt und Preußen die Hand an den Degen legt. Hierin hauptsächlich suche ich den Sinn und Zweck der deutschen Reformbewegung, und deshalb habe ich mich daran betheiligt. Aber wir vermögen nichts im preuß.-deutschen Interesse zu thun, wenn die preuß. Regierung uns im Stiche läßt. Dahin rechne ich auch jedes Ausweichen, jede Lauheit.

---

[1]) Vgl. Aus meinem Leben und aus meiner Zeit. Von Ernst II. Bd. I, 521 f.

12. 9. 1859. Dahingegen würde Graf Rechberg Preußen direct in die Hände gearbeitet haben, wenn dasselbe, gestützt auf das dem Prinz Regenten mit Leib und Seele ergebene preuß. Volk, das agressive, drohende Auftreten Oesterreichs mit Energie zurückwiese, die Forderung der deutschen Nation nach einheitlicher, rein deutscher Centralgewalt 2c. für wohl begründet und berechtigt erklärte und in diesem Sinne auch auf die Stettiner Adresse bündig antwortete. Gelangte dann die unverschämte, österreichische Note und eine solche Antwort Preußens bald in die Oeffentlichkeit (wie die französischen und russischen Noten während des orientalischen Krieges), so ist die moralische Eroberung Deutschlands, welche der Prinz Regent in seiner Ansprache an die Minister damals treffend hervorhob, im Wesentlichen vollzogen und die Gefahr für Preußen auf ein Minimum reducirt. Oesterreich ist ganz außer Stande, ein mit der deutschen Nation moralisch geeinigtes Preußen anzugreifen. Den deutschen Volkskrieg unter preußischer Führung heraufbeschwören, wäre so gut der Untergang Louis Napoleons wie Napoleons I.

Glückt es dagegen Oesterreich und Louis Napoleon, Preußen in der nationalen Frage flau zu erhalten, kann Oesterreich ungestraft drohend gegen die legale und loyale deutsche Reformbewegung auftreten, die polizeiliche Unterdrückung in den, nicht deutschen Staaten fordern und durchsetzen, so ist Preußen in Deutschland discreditirt, damit isolirt und bildet das geeignetste Podium für den dritten Act in dem napoleonischen Drama. Il faut avilir la Prusse et après la démolir.

Der Graf Schwerin irrt sich, wenn er wirklich glauben sollte, daß die nichtpreußischen Deutschen die Taube für ein nicht actives Preußen spicken, braten, anrichten und so lange warm halten sollen, bis Preußen gefahrlos den Mund öffnen kann. Immer werden die preuß. Waffen den Ausschlag geben müssen, aber der Geist von 1813 muß wieder erwachen und sich über ganz Deutschland ausbreiten, damit wir, wenn es sein muß, ein Lützen und Bautzen verlieren, aber Gr.-Behren, Dennewitz, Culm, Katzbach und Leipzig gewinnen und nicht Frieden schließen nach einem zweiten Solferino.

Vielleicht lächeln Ew. Excellenz über diese Ergießungen. Ich wollte zehn Zeilen schreiben, aber wovon Kopf und Herz voll sind, davon geht der Mund über. Wie auch bei mir und meinen Freunden die nationale Frage ganz im Vordergrunde steht, jeden Hintergedanken ausschließt, können Sie daraus entnehmen, daß wir, auch Herr v. Bennigsen, uns aufrichtig freuen würden, wenn Ihre Ernennung zum Minister des Auswärtigen erfolgte. Preußen bedarf jetzt mehr als je einer klaren, festen und kühnen Politik. Die kühnste ist die verhältnißmäßig gefahrloseste.

Sollten Sie mir etwas zu antworten haben, namentlich in betreff Ihrer Ansicht über die deutsche Reformbewegung, so findet mich Ihr Brief vom 14. bis 17. d. M. morgens in Frankfurt a/M. im Landsberg, sonst in Berlin, Dorotheenstraße 46. 12. 9. 1859.

Mit der vorzüglichsten wahrsten Hochachtung habe ich die Ehre zu sein

Ew. Excellenz

ganz ergebenster Diener

Berlin, den 12. September 1859. v. Unruh.

II.

Ew. Excellenz

vielfach gegen mich geübte Güte hat zur natürlichen Folge, daß ich weiter darauf baue, auf die Gefahr hin, Ihnen lästig zu werden. Es handelt sich diesmal um eine Empfehlung an unsern Gesandten in Paris, vorausgesetzt, daß Ihre persönliche Stellung zu demselben einen wirksamen Schritt gestattet. 1. 11. 1859.

Ew. Excellenz wissen, daß meine Gesellschaft (für Fabrikation von Eisenbahnbedarf) bedeutende Lieferungen für die französisch-russischen Eisenbahnen gehabt und jetzt beendigt hat. Die französisch-russische Gesellschaft ist nun im Begriffe, 5200 Wagons neu zu bestellen. Bei der totalen Stockung der Industrie ist eine Lebensfrage für unsere hiesige Wagenfabrik, einen guten Theil von dieser Bestellung zu erhaschen. Da die französischen Herrn in Petersburg mit unseren Lieferungen zufrieden sind und mir wohlwollen, so würde ich jenen Zweck in Petersburg erreicht haben, wenn nicht die russische Regierung in den Fehler der österreichischen verfallen wäre und neben dem Petersburger Comité noch ein Pariser gestattet hätte. Dieses hat das Recht der Zustimmung oder Ablehnung zu allen Bestellungen, welche nicht in Rußland ausgeführt werden.

Deshalb stehe ich im Begriff, nach Paris zu gehen. Es fällt mir nun nicht ein, eine diplomatische Einwirkung in Anspruch zu nehmen. Dagegen hat der Gesandte doch oft Gelegenheit, privatim auf bestimmende Personen einzuwirken, Zutritt zu verschaffen, persönliche Berührungen herbeizuführen. Meine Bitte ist also auf eine Empfehlung dieser Art unter der obigen Voraussetzung gerichtet. Sollten Hochdieselben zufällig den Generaldirector Colignon oder Mitglieder des Pariser Comités (v. Meyendorff) sehen, so würde es gewiß von großem Nutzen sein, wenn Sie sich dann des Berliner Raubritters hinter den Schornsteinen in der Chausseestraße erinnerten. Die Petersburger Herren können viel thun, wenn sie Gewicht darauf legen, daß wir dort ein Etablissement zum Wagenbau besitzen, also

1. 11. 1859. halb und halb russische Lieferanten sind. Auf Grund dessen hätte man uns eigentlich einen Theil der Lieferung unabhängig vom Pariser Comité geben können und kann es vielleicht noch. Ihr Herr Vorgänger, Freiherr v. Werthern, ist bei unserm Unternehmen durch Actienbesitz interessirt.

Man fordert mich hier von verschiedenen Seiten auf, die Wahl zum Abgeordneten anzunehmen; ich habe es jedoch aus verschiedenen Gründen abgelehnt. Ich wüßte wirklich kaum, ob ich mich rechts oder links setzen sollte? Zur Opposition habe ich weder Neigung, noch halte ich dieselbe für gerathen, und mich einverstanden erklären mit der schwächlichen inneren und äußeren Politik könnte ich auch nicht. Also mache ich Eisenbahnwagen. Auch die deutsche Bewegung droht, keinesweges revolutionair zu werden, sondern sanft einzuschlafen. Die Note des Herzogs von Coburg, der mir selbst sagte, Graf Rechberg werde seine Antwort nicht hinter den Spiegel stecken, ebenso die Antwort des Herrn v. Schleinitz sind vortreffliche Wiegenlieder.[1]) Ohne Muth macht Preußen keine moralischen Eroberungen.

Genehmigen Ew. Excellenz die unveränderten Gesinnungen aufrichtiger Hochachtung

Ew. Excellenz

ganz ergebensten Dieners

Berlin, den 1. Novmb. 1859 v. Unruh.

Chaussee-Straße 11.

21.

Zwei Briefe Leopolds v. Gerlach an Bismarck.

1860.

I.

Sanssouci, 1. Mai 1860.[2])

Lieber Bismarck.

1. 5. 1860 Sie werden sich wundern, von mir, wie in alten Zeiten, einen politischen Brief und zwar wie damals aus Sanssouci zu erhalten.

---

[1]) Die Note des Herzogs von Coburg an Graf Rechberg ist in den Denkwürdigkeiten des Herzogs nicht erwähnt, die Note des Herrn v. Schleinitz dagegen dort zum größten Theile publicirt. Bd. I 522 f.

[2]) Der hier mitgetheilte Brief Gerlachs ist der bisher vermißte, auf den das in den „Briefen Bismarcks an General L. v. Gerlach" (herausgegeben von H. Kohl) S. 345 ff. veröffentlichte Brieffragment vom 2./4. Mai 1860 die Antwort bildet. — Vgl. Bismarck-Jahrbuch II 191 ff.

1. 5. 1860.

Es fehlt mir aber die Eigenschaft eines Staatsmanns (wie so viele andere), mein Verhältniß zu den Menschen nicht menschlich, sondern lediglich nach Interessen, Nutzen, Geschäften u. dergl. zu betrachten. Darum ignorire ich meine und meines lieben Herrn Nullität und schreibe, als wenn noch Alles beim Alten wäre. Ja, ich möchte auch noch dasjenige ignoriren, was man mir von Ihrer veränderten Stellung u. s. w. gesagt hat; das ist aber schon der Anknüpfung wegen unmöglich. Nach dem Gespräch, was ich im Gasthofe mit Ihnen hatte und was durch die Eisenbahn unterbrochen wurde, war es mir besonders betrübt, daß Sie sich durch Ihre Erbitterung gegen Oestreich von der einfachen Stellung zum Recht und zur Revolution hatten abbringen lassen. Ihnen ist eine Allianz mit Frankreich und mit Piemont eine Möglichkeit, ein Gedanke, der mir fern liegt und Ihnen, lieber Bismarck, auch fern liegen sollte; einmahl weil L. Napoleon fast noch mehr als sein Onkel (für mich) die incarnirte Revolution, und weil Cavour dem Princip nach ein Rheinbunds-Minister wie z. B. Montgelas ist. Die Grundsätze der h. Allianz können und dürfen Sie nicht verleugnen, sie sind keine andern, als daß die Obrigkeit von Gott ist und daß die Fürsten demgemäß als von Gott beauftragte Diener regieren müssen. Diese Gedanken sind weder schwärmerisch, noch unpractisch. Sie sind vielmehr die allein practischen. Wer hat denn sich mit dem alten Bonaparte alliirt, ohne davon Verderben zu erndten, wie Spanien, Toscana, wie [Preußen] seit 1794, Oestreich seit 1809 u. s. w. Wenn eins in Deutschland, ja in Europa obenauf geblieben ist, so ist es die Ehre, der Ruhm und die Anerkenntniß derer, die stets fest den Franzosen und Bonaparte gegenüber gestanden haben. Alle, die es mit ihnen hielten, machten zuletzt schlechte Geschäfte. — Was hat denn England bei der französischen Allianz gewonnen, was Rußland, und was hat uns Bonapartes Freundschaft in der Neufchateller Sache genutzt. Zuletzt holt einen auf diesem Wege nothwendig der Teufel, wenn er uns auch eine Weile zappeln läßt.

Nach dieser leider nothwendigen Einleitung komme ich auf unser letztes Gespräch. Wenn ich mich in die Lage des auswärtigen Ministers des Prinzen Regenten setze, so halte ich es mit Ihnen für das Nothwendigste, dem Herrn Muth bei seinen Besorgnissen vor Frankreich einzusprechen, und dazu giebt es manchen Stoff. 1. Ist ein Angriffskrieg stets gefährlich und ohne bedeutende Uebermacht nicht zu unternehmen. 1814 waren wir Bonaparten 3fach überlegen, und doch war die Sache militärisch mehr als gewagt, wenn man nicht mit Sicherheit hätte auf seine décheance zählen können. (Pr. Wilhelm und Bülow opponirten 1815 von demselben Standpunkt dem alten Blücher). Er, B., sah das selbst ein, als er nach seinem fiasco in Rußland sagte: si j'étois Bourbon, si j'étois

1. 5. 1860. né sur le thrône, si j'étois mon petit fils u. s. w. 2. ist es über alle Maaßen unwahrscheinlich, daß wir, von Bonaparte angegriffen, allein bleiben sollten, so war es ja nicht einmahl 1806, wo wir schwächer und B. stärker war, als jetzt, und der Feldzug 1807 bot noch viele Chancen. 3. sind wir noch nicht bis zum Kriege, und bis dahin semper aliquid fit.

Unsre Politik muß jetzt eine sehr zurückhaltende sein. Man muß zunächst Deutschland sagen und zeigen, daß man gesonnen ist, sich zu vertheidigen, wenn man angegriffen wird. Sowie dieser Glaube ein allgemeiner und fester wird, kommen die Allianzen von selbst. Sie haben ganz recht, daß man sie nicht zu eifrig suchen darf, am wenigsten darf man Concessionen machen, um sie zu erlangen, wie z. B. an Oestreich eine garantie von Venetien. Das hilft nichts und verwickelt vor der Zeit.

In der Bundespolitik bin ich darin mit Ihnen einig, daß man gegen die Majoritäten protestiren muß in den Dingen, die, wie z. B. die Besatzung der Bundesfestungen, nur auf dem Wege der Verträge abgemacht werden können. Aber die Hessische Sache halte ich für über die Begriffe verkehrt begonnen. Sie huldigt einem constitutionellen Buchstaben zu Gunsten einer schlechten Partei und bringt in ganz Deutschland eine Rechts-Ungewißheit hervor. Es gränzt an Wahnsinn, daß Schleinitz leidet, daß der Bund angefochten wird, dessen dünner formeller Bestand jetzt für uns viel günstiger als für Oestreich ist. In der Verhandlung über den Bundesfeldherrn hätte man m. E. die ganz richtige Preußische Ansicht aussprechen, aber nicht auf Abschaffung der bisherigen Verfassung bestehen sollen. Zur Ausführung kommt der Bundes-Feldherr doch nicht, und eine Erklärung, daß weder Oestreich noch Preußen sich eine solche Unterordnung könnten gefallen lassen, würde genügt und weniger Widerspruch gefunden haben. Ich habe dabei an die jetzt aufgedeckten geheimen Instructionen des Bundesfeldherrn Schwarzenberg von 1814 gedacht. „Die Nation" gewinnt man durch Thaten, aber nicht durch Liberalism.

Nun ist noch eins, was ich Ihnen sagen möchte. Sie stehen jetzt ganz allein dem Ministerium gegenüber. Das ist eine unhaltbare Stellung, in der ich mich zu meiner Betrübniß oft befunden habe. Als ich die Unmöglichkeit sah, so isolirt etwas auszurichten, fing ich damit an, bei jeder sehr schwierigen Verwickelung mir Hilfe herbeizurufen. Das habe ich damals einigemahl mit Ihnen, mit E. Manteuffel, selbst mit Senfft, meinem Bruder, Gröben so gemacht und fast stets mit Erfolg. Bei dem Prinzen wirkt so etwas.

Können Sie sich denn nicht auf R. Goltz verlassen. Gegen mich hat er sich nach der neuen Aera sehr offen und zuverlässig geäußert. Selbst Bernstorff wäre vielleicht brauchbar.

Verzeihen Sie, daß ich diesen Brief at random abgeschossen. 1. 5. 1860.
Ich rechne nicht auf Treffen, werde aber stets mit aufrichtiger Liebe verharren

Ihr

alter Freund

L. v. G.

II.

(Adressat ungenannt.)

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat mich in 22. 8. 1860. Kenntniß gesetzt, daß des Kaisers von Rußland Majestät regelmäßige Nachrichten über das Befinden Sr. Majestät des Königs zu erhalten wünschen. Ich werde demgemäß den diensthuenden Königl. Flügel-Adjutanten die Anweisung geben, alle acht Tage einen Bericht über das Befinden S. Maj. des Königs an Ew. Hochwohlgeboren zur gefälligen weiteren Veranlassung einzuschicken.

Was den jetzigen Gesundheitszustand des Königs anbetrifft, so hat sich derselbe seit der Abreise der Kaiserin Mutter Majestät in nichts Wesentlichem verändert. Appetit, Schlaf, Verdauung ist fortwährend gut und das Aussehn viel besser, als man es nach einem so langen Krankheitszustande erwarten sollte. Die Lähmung der linken Seite hat zwar nachgelassen, der König ist aber doch noch fortdauernd am Gehen verhindert und fährt, um die freie Luft zu genießen, in einem Rollstuhl. Jedoch haben die Nachmittags-Spatzierfahrten im Wagen wieder begonnen. Das kranke Gehirn verhindert aber fortdauernd ein folgerechtes Sprechen und ein sicheres Verständniß, obschon keines von beidem ganz fehlt. Einzelne Sätze sagt der König ganz richtig, und oft drückt er auch seine Gedanken verständlich aus und kann sogar hin und wieder Personen, die ihn intressiren, nennen. Im Allgemeinen zeigt es sich deutlich, daß Se. Majestät innerlich ein klares Bewußtsein, besonders von geistlichen Dingen haben, ja oft Reden aufgefaßt haben, wo man es kaum hatte vermuthen können. Auch von seinem traurigen Gesundheitszustand hat der hohe Leidende eine klare Anschauung, was sich oft in herzzerreißender Weise zeigt.

Sanssouci, 22. August 1860. v. Gerlach.



22.

Zwei Briefe H. Leos an Bismarck.

1851. 1863.

I.

Verehrtester Freund! [1])

3. 5. 1851. Es scheint, ich soll oft in meinem leben das besondere geschick haben, männer von Halle fortschaffen zu helfen, die ich am allerliebsten mit eisernen ketten an Halle anschmiedete, indessen amicus Plato — amicior veritas — also wenn Sie mich aufs gewissen fragen, ob ich glaube, daß, gh. [2]) Pernice wohl auf eine stellung, wie Sie sie im allgemeinen bezeichnen, eingehen werde, muß ich antworten, sie wird seinen wünschen im allgemeinen auch sehr entsprechen, und es nur auf nähere umstände ankommen. Fragen Sie mich nach seinen wissenschaftlichen und persönlichen qualificationen, so glaube ich nicht nur sagen zu müssen, daß er wie überhaupt nach allen seiten ein sehr tüchtiger geschäftsmann, so insbesondere ein sehr gründlicher und genauer kenner des deutschen älteren sowohl als neueren staatsrecht ist — sondern ich muß geradezu sagen, daß ich ihn gegenwärtig für den ersten kenner des deutschen privatfürstenrechts halte, wofür auch die vielen, vielen angelegenheiten deutscher fürstlicher und anderer häuser des hohen adels bürgen, die ihm bereits anvertraut wurden und fortwährend werden. Handelte es sich um eine selbstständige stellung als diplomat, so würde ich meinen, er sei dazu zuweilen zu vorsichtig und im ganzen zu menschenfreundlich (im guten sinne — denn er scheint nicht einmal feinden nachtragen zu können) — aber a consiliis wüste ich niemanden eine beßere zugabe zu wünschen — denn er ist ein lebendiges reichs- und staatsrepertorium und besitzt eine ausgezeichnete gabe rascher, klarer und gefälliger arbeit.

Was die frage nach seinen äußeren verhältnissen betrifft, so habe ich, da ich ihm sehr nahe stehe, kurzen proceß gemacht und ihm gesagt, er möge mir nicht übel nehmen, wenn ich ihm eine indiscrete frage vorlegte, es käme mir aus einem grunde, den ich nicht sagen könne, darauf an, genau zu wissen, was er von seiner hallischen stellung genau einnehme, und er hat mir ganz genaue

---

[1]) Leo bediente sich der lateinischen Schrift; ich habe die deutsche Schrift beibehalten, die Rechtschreibung Leos jedoch nicht geändert.

[2]) Geheimer Rath.

rechenschaft gegeben, soweit ich auskunft brauchte. Er hat also als curator und professor 2000 th. besoldung — als curator werden ihm 1400 th. repräsentations- und bureaukosten vergütet, wovon er freilich 700 th. zu besoldung des unterbeamteten, für bureaumiethe und anderes braucht, 700 th. aber seinem gesellschaftlichen leben zufallen, also einen wesentlichen theil seiner einnahme bilden. Die honorar- und decanatsgelder würden nach einem sehr niedrigen jährlichen durchschnitt auf jährlich 600 th. zu bestimmen sein. Also Sie können zusammen (2000+700+600) seine fixe einnahme, soweit sie an seiner hiesigen stellung hängt, auf 3300 th. anschlagen, und dabei würde er noch die einnahmen als präsident des hiesigen (in Deutschland allein noch übrigen) schöppenstuhles, und, falls er das ertheilen juristischer gutachten an deutsche hohe adelsfamilien (was ihm sehr viel einbringt) in einer neuen stellung aufgeben müßte, diese einnahmen gar nicht in anschlag bringen — was er auch, glaube ich, nicht thun würde — doch weiß ich das nicht so genau, sondern vermuthe es nur, wenn ich die freude, die er im allgemeinen an der theilnahme an öffentlichen geschäften hat, bei mir in anschlag bringe. 3. 5. 1851.

So habe ich, glaube ich nichts vergeßen, was Sie zu wissen wünschen.

In althergebrachter treuer anhänglichkeit

ganz ergebenst

Halle, den 3. Mai 51. Ihr H. Leo.

II.

Mein verehrtester Freund!

Setzen Sie mir die pistole nicht wieder so auf die brust — wenn ich nicht schreibe, soll ich mit Pernice übereinstimmen! — da das nun nicht ganz der fall ist, muß ich schreiben. Ich habe aber almälich vor schreibfedern einen so furchtbaren ekel bekommen, daß ein brief von meiner seite ein furchtbar heroischer entschluß ist und oft die dringendsten briefe über einen monat unbeantwortet bleiben. Wenn sie mir also wider ein solches dilemma stellen, riskiren Sie in demselben mit einer ganz falschen voraussetzung hängen zu bleiben. 17. 1. 1863.

Pernice's darlegung wäre vortrefflich, wenn das heilige römische reich noch bestände — aber es besteht nicht. Die unebenbürtigen ehen sowohl der sonderburger als der augustenburger

17. 1. 1863. familie sind unbestreitbar vorhanden. Da nun weder eine familienabmachung noch gar eine solche mit kaiserlicher bestätigung vorhanden ist, würde der reichshofrath sicherlich diese unebenbürtigen ehen geltend machen — um dadurch diese familien zu bewegen, nachträglich vom kaiser die unebenbürtigen frauen in den fürstenstand erheben zu lassen und dadurch dem kaiser unmassen von geld zu verschaffen, wie von dem alten Dessauer für seine liebe Föse. Da nun aber jetzt kein geldgeschäft mehr mit der sache verbunden ist, so wird die sache nicht so schwer genommen, und sobald der bund die unebenbürtigen ehen als irrelevant betrachtet, ist die sache abgemacht, wie es bei der jetzigen badischen familie der fall ist, die ja auch aus unebenbürtiger ehe stammt! — Ebenso ward die versäumte lehensmuthung mit erkauf eines lehenspardons abgemacht, und da dieser stets für das nöthige geld gewährt ward vom kaiser, wenn das versäumniß nicht mala fide stattgehabt — hat sich nun die praxis festgestellt, daß auf lehensmuthungsversäumnisse, bei denen nicht mala fides nachgewiesen werden kann, gar keine rücksicht genommen wird.

Soweit also ist Pernice's darlegung zwar vollkommen richtig, aber für den moment unwirksam. Dagegen sind die russischen ansprüche auf das gottorpsche erbe in Holstein in dem augenblicke liquid, wo der Herzog von Augustenburg in Holstein succedirt — denn Rußland hat 1769 und 1773 zwar auf das gottorpsche erbe ganz verzichtet in Schleswig — aber nicht in Holstein — sondern hat sich den rückfall des gottorpschen erbes in Holstein an Rußland vorbehalten für den fall des aussterbens des damals regierenden königs von Dänemark oder seines bruders posterität. Es hat diesen vorbehalt in den unterhandlungen von 1851 und 1852 weiter limitirt zu gunsten des jetzigen königs von Dänemark und seiner nachkommenschaft, aber nicht zu gunsten des Augustenburgers — sowie also Dänemark Holstein verliert, sind die russischen ansprüche auf die ganze ostküste Holsteins von Kiel (inclusive) bis Cismar (inclusive) liquid.

Die herrschaften Pinneberg und Ranzau sind zwar 1640 den wirklichen alodialerben der Schaumburger, nämlich den nachkommen der gräfin Anna von Limburg-Styrum, von Dänemark mit gewalt abgedrückt worden; aber Dänemark hat sie *seitdem* behalten, und die mutter jener Anna (wittwe des letzten Schaumburgers) mit 143000 rh. abgefunden für Pinneberg und Ranzau, was den Gottorpern von Pinneberg zugefallen und von diesen an einen grafen Ranzau als deutsche reichsgrafschaft verkauft worden war, testamentarisch durch dieses grafen Ranzau sohn wider erhalten, der keine erben hinterließ und dessen bruder, als präsumtiver mörder des erblassers, auch ohne kinder, im gefängnisse starb. —

Pinneberg und Ranzau haben früher nie zum herzogthum Holstein gehört, sind erst 1806 dazu gerechnet, aber trotzdem bis ganz zuletzt als besonderer theil von Holstein administrirt worden. Sobald aber Dänemark darauf verzichten müßte (mit dessen gelde und rechte es doch zusammen hängt, denn es ist früher nicht für das herzogthum Holstein, sondern für das königreich Dänemark erworben), hätte nicht der Augustenburger, sondern der graf von Limburg-Styrum das successionsrecht. — Außerdem sind die Ploener herrschaften in Holstein beim aussterben der Ploener linie vom damaligen könige von Dänemark ganz allein erworben worden; indem er die erbansprüche der übrigen linien, auch der Augustenburger, abkaufte, für dänisches geld. Sie können also Dänemark auch von dem, dessen vorfahren sie bereits verkauft haben, nicht noch einmal abgenommen werden. 17. 1. 1863.

Was aber ist Holstein für ein land, wenn die ganze ostküste von Kiel bis Eismar an Rußland, Ranzau und Pinneberg (in welcher landschaft Altona liegt) an Dänemark und ebenso die Plöner herrschaften (die mit der oldenburgischen herrschaft Eutin den übrigen osten des landes füllen) an Dänemark kommen? Dann erhält der Augustenburger ein ländchen in der mitte Holsteins, was etwa so groß ist, wie jetzt Lauenburg, und ist auf beiden seiten von der see abgeschnitten. Europa kann gar nicht zugeben, daß Kiel an Rußland kömmt — und so bleibt also nichts übrig als ein europäischer vergleich, der Holstein ganz den Dänen läßt gegen eine feste garantie der rechte dieses deutschen landes und Schleswigs, die einfach hergestellt ist, so wie Rendsburg bundesfestung wird und der dortige commandant angewiesen [wird], einer für wahrung der landesrechte in Holstein und Schleswig bestellten behörde starke hand zu leisten, so wie die Dänen zugesagte Rechte wieder verletzen. — Die schriften von Zöpfl und Zachariä kenne ich nicht — kann Ihnen also auch nichts darüber schreiben.

Daß ich keine politischen artikel in die †zeitung schreibe, hat einfach meinen ekel vor der feder und die überzeugung zur grundlage, daß man in politischen dingen den leuten die sachen noch so klar ins maul schmieren kann — es hilft doch nichts — denn es ist ein großer irrthum, wenn man glaubt, des menschen wille hänge von der erkenntniß ab — umgekehrt: die erkenntniß hängt vom willen ab — wie unser HErr deutlich es selbst sagt: so jemand will des willen thun, der wird inne werden u. s. w.

In alter liebe und treue

der Ihrige

Halle, 17/1. 63. H. Leo.

23.

Zwei Briefe Lassalles an Bismarck.[1])

1864.

I.

Excellenz!

13. 1. 1864. Vor allem klage ich mich an, gestern vergessen zu haben, Ihnen noch einmal ans Herz zu legen, daß die Wählbarkeit schlechterdings allen Deutschen ertheilt werden muß. Ein immenses Machtmittel! Die wirkliche „moralische" Eroberung Deutschlands!

Was die Wahltechnik betrifft, so habe ich noch gestern Nacht die gesammte französische Gesetzgebungsgeschichte nachgelesen und da allerdings wenig Zweckmäßiges gefunden. Aber ich habe auch nachgedacht und bin nunmehr allerdings wohl in der Lage, Ew. Excellenz die gewünschten Zauberrecepte zur Verhütung der Wahlenthaltung wie der Stimmenzerbröckelung vorlegen zu können. An der durchgreifenden Wirkung derselben wäre nicht im Geringsten zu zweifeln!

Ich erwarte demnach die Fixirung eines Abends Seiten Ew. Excellenz. Ich bitte aber dringend, den Abend so zu wählen, daß wir nicht gestört werden. Ich habe viel über die Wahltechnik und noch mehr über Anderes mit Ew. Excellenz zu reden und eine ungestörte und erschöpfende Besprechung ist bei dem drängenden Character der Situation wirklich unumgängliches Bedürfniß.

Der Bestimmung Ew. Excellenz entgegensehend, mit ausgezeichnetster Hochachtung

Ew. Excellenz
ergebenster
F. Lassalle.

Berlin, Mittwoch 13/1. 64.
Potsdamer Str. 13.

II.

Excellenz!

16. 1. 1864. Ich würde nicht drängen, aber die äußern Ereignisse drängen gewaltig, und somit bitte ich, mein Drängen zu entschuldigen. Ich schrieb Ihnen bereits Mittwoch, daß ich die gewünschten „Zauberrecepte" — Zauberrecepte von der durchgreifendsten Wirkung — gefunden habe. Unsere nächste Unterredung wird, wie ich glaube, endlich von entscheidenden Beschlüssen gefolgt sein

---

[1]) Ueber Lassalles Beziehungen zu Bismarck vgl. die Aeußerungen Bismarcks in der Rede vom 17. 9. 1878 (Pol. Reden VII, 254 ff.).

und da, wie ich ebenso glaube, diese entscheidenden Entschlüsse unmöglich länger zu verschieben sind, so werde ich mir erlauben, morgen (Sonntag) Abend 8½ Uhr bei Ihnen vorzusprechen. Sollten Ew. Excellenz zu dieser Zeit verhindert sein, so bitte ich mir eine andere möglichst nahe Zeit bestimmen zu wollen. 16. 1. 1864.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Excellenz

Sonnabend Abend [16. 1. 1864] ergebenster

Potsdamer Str. 13. F. Lassalle.

24.

Vier Briefe Ottos v. Manteuffel an Bismarck.[1]

1852. 1860. 1866.

I.

Gratulor ex animo, acceptire dankbar die Pathenstelle,[2] vor der Hand aber reise ich mit seit einer Stunde wartenden Courier-Pferden nach Crossen, von wo ich am 14. d. M. hieher zurückkehre. 4. 8. 1852.

Animiren Sie den Canitz, in der Zollsache derb aufzutreten, namentlich in Nassau, da kann er geradezu drohen.

Unverändert

4/8. [1852]. Manteuffel.

II.

Ew. Hochwohlgeboren

geehrtes Schreiben von vorgestern[3]) veranlaßt mich, Ihnen einige Worte über den Stand unserer Zollangelegenheit zu sagen. 19. 11. 1852.

Als Herr Prokesch sich hier in hochtönenden Phrasen erging, daß man in Oesterreich von höheren politischen Rücksichten geleitet unter allen Umständen eine Verständigung mit Preußen wolle, daß man jeden Handels-Vertrag, der von den feindseligsten Federn des Finanz-Ministerii redigirt sein möchte, unterzeichnen wolle, daß aber

---

[1]) Vgl. Bismarck-Jahrbuch III 142 ff.

[2]) bei Wilhelm v. Bismarck.

[3]) Gemeint ist wohl Bismarcks Bericht vom 15. 11. 1852 (v. Poschinger, Preußen im Bundestag IV 126 ff. No. 52), der am 17. in Berlin einging.

19. 11. 1852. nur das auf Revolution speculirende Preufsen an der Nichtzustandebringung eines so nahe liegenden Arrangements schuld sei, als ähnliche Klänge auch aus Petersburg und aus Meyendorffs Feder mir zukamen, beauftragte ich Graf Arnim in Wien, an rechter Stelle zu fragen, was es mit diesen Redensarten für eine Bewandtniß habe. Es waltete dabei das doppelte Interesse vor, einmal uns vor ungerechten Beschuldigungen zu bewahren, zweitens aber auch die uns namentlich von Hannover in ungünstiger Weise angebotene Vermittelung abzuwehren.

Graf Arnim hat denn im Allgemeinen Graf Buol ganz außerordentlich herabgestimmt gefunden; man offerirt: Aufgeben der Zoll-Einigung, 12 jährige Dauer und Beschränkung auf einen, beiden Theilen vortheilhaften, die gegenseitige Freiheit nicht beeinträchtigenden Handels-Vertrag, man verlangt nicht, daß wir nach Wien kommen, sondern will nach Berlin oder wohin wir sonst wollen senden. Man will nur für Oesterreich und nicht für die Coalitions-Staaten, aber nur mit Preußen verhandeln und den übrigen Staaten Accessionen vorbehalten. Es bleibt also eigentlich nur die allerdings bedeutungsvolle Frage der Zeit als Schwierigkeit zurück. Aber auch über diese hinfortzukommen zeigt sich Aussicht. Wir haben nämlich mit Braunschweig schon abgeschlossen und gedenken in den nächsten Tagen mit den Thüringischen Staaten abzuschließen. Sobald das geschehen ist, können wir den Zoll-Verein als reconstruirt d. h. die Coalitions-Staaten als ausgeschieden betrachten; und dann können wir ohne Inconsequenz mit Oesterreich verhandeln. Graf Buol hat deshalb bereits eine Note an Graf Arnim gerichtet, diese ist indeß noch nicht beantwortet und wird die Erwiderung hier entworfen, aber nicht eher abgelassen werden, als bis jene Voraussetzung, nämlich Reconstruirung des Zoll-Vereins erfolgt ist. So liegt die Sache. Alles, was Herr v. Dalwigk von V e r h a n d l u n g e n fabelt, ist gelogen; man kann es keine Verhandlung nennen, wenn Oesterreich den Wunsch, mit uns zu verhandeln, zu erkennen giebt und wir noch nicht einmal geantwortet haben.

Daß, wenn wir niemals zu Verhandlungen kommen, die Sache sehr schnell erledigt sein kann, vielleicht, um das Resultat zu sichern, erledigt sein muß, ist richtig.

Eine sehr schlimme Rolle bei der ganzen Sache spielt Hannover, und ich muß an mich halten, dies nicht zum Schaden des Einverständnisses Herrn v. Scheele derb zu sagen. Dort weigert man sich nicht nur, einen Bevollmächtigten hierher zu senden, sondern hat sich auch nicht entblödet, in Oldenburg ganz schlimm gegen uns zu agitiren und Braunschweig geradezu von Ratification der Tractate abzumahnen. In Oldenburg hat man tüchtig geantwortet; in Braunschweig scheint man zu schwanken. Die Herren Hannoveraner

wünschen, daß wir mit Oesterreich direct verhandeln; sollten sie denn wirklich nicht einsehn, daß zur Erreichung dieses Wunsches die Vorbedingung in der Möglichkeit der Verhandlung beruht? 19. 11. 1852.

Ich werde Ihnen, geehrter Freund, dankbar sein, wenn Sie mir bald hierüber Ihre Meinung sagen, und Sie Sich namentlich darüber aussprechen, ob Sie in meinem Gange Bedenken sehn.

Se. Majestät sind plötzlich sehr antinapoleonisch und meinen, daß der Präsident mit allen Revolutionairs unter einer Decke spiele.

Das lange englische Memorandum gegen die Ziffer III[1]) findet Se. Majestät vortrefflich; ich finde es confus und umsomehr ungenügend, als ich schon jetzt weiß, daß es die Engländer gereut. Nichtsdestoweniger stimme ich darin überein, daß man, wenn irgend möglich, die Engländer beim Worte halten muß. Deshalb werden wir auch auf die von ihnen vorgeschlagene Conferenz in London eingehn. Oesterreich scheint dazu keine Lust zu haben.

Hochachtungsvoll

19/11. [1852]. Manteuffel.

(Nachschrift am Rand der ersten Seite):

Wenn ein Arrangement mit Oesterreich gelingen soll, so ist es nothwendig, daß nicht davon gesprochen werde und Leidenschaften und Zeitungen davon fern bleiben. Deshalb finde ich es sehr thörigt, daß Herr Dalwigk solche Reden führt, und würde sie lieber desavouiren als genehmigen.[2])

III.

Ew. Excellenz

würden einen meiner Wünsche erfüllen und mich dankbar verpflichten, wenn es Ihnen gelänge, dem Grafen Taczanowsky eine möglichst hohe, seinem Range in Preußen entsprechende Russische Decoration zu verschaffen. 21. 10. 1860.

Der Umstand, daß derselbe als Pole sich sowohl bei uns wie in Russisch-Polen stets loyal und gouvernemental gezeigt hat, und sein durch ein sehr großes Vermögen unterstützter Einfluß auf seine Landsleute dürften Motive sein, welche vielleicht gerade jetzt geeignet wären, Geltung zu finden.

[1]) d. h. die Bezeichnung „Napoleon III."

[2]) Bismarcks Antwort vom 24. November 1852 s. in v. Poschinger, Preußen im Bundestag IV 129 ff. No. 54.

21. 10. 1860. Genehmigen Ew. Excellenz die Versicherung ausgezeichneter Hochachtung, womit ich verharre

Ew. Excellenz

ganz ergebener Diener

Berlin, d. 21. Oct. 1860. Manteuffel.

IV.

Ew. Excellenz

10. 12. 1866. habe ich so lange nicht gesehen, daß es mein Wunsch ist, Ihnen persönlich wieder einmal zu begegnen.

Ich erlaube mir daher, Sie, verehrter Herr Graf, zu benachrichtigen, daß ich morgen den 11. December nach Berlin komme und den 12. December dort verbleibe. An diesem Tage habe ich von 11—2 Uhr einen Johanniter-Convent; zu jeder anderen Zeit aber, mit Ausnahme der Stunde von 3—4 Uhr, bin ich bereit, mich bei Ihnen einzufinden. Wollen oder können Ew. Excellenz mich nicht sehen, so bedarf es einer Antwort nicht; andernfalls stelle ich anheim, mich durch den Bothen Noack genannt Kollow mündlich (Anhalt. Straße No. 7) bescheiden zu lassen. Noch bemerke ich, daß ich weder von Politik noch von persönlichen Angelegenheiten zu sprechen habe, auch auf den ersten Wink mich zu entfernen bereit sein werde.

Mit hochachtungsvoller Ergebenheit

Crossen b. Golssen, d. 10. Dec. 1866. Manteuffel.

25.

Acht Briefe Ludwigs v. Gerlach.[1]

1864. 1865. 1866.

I.

[25. 4. 1864].

25. 4. 1864. Ich beschwöre Sie, verehrter Freund,

brechen Sie in London **nicht** mit Oestreich,

Sie versinken sonst in democratische Allianzen, gefährden Preußens Großmachtsstellung und verlieren den schwer errungenen Preis Ihrer politischen Siege.

Ihr treu ergebener

L. v. Gerlach.

[1]) Vgl. Bismarck-Jahrbuch III 43 ff.

II.

I. Wenn der König das Beitzkesche Ehrengerichtsurtheil nicht bestätigt, so würde eine natürliche Folge sein, daß künftig die Ehrengerichte in solchen Fällen auf Freisprechung erkenneten, was doch ein arges Uebel wäre. Will der König gnädig sein, so kann[1]) er ihn ja nach Befinden nach einiger Zeit begnadigen oder rehabilitiren. 2. 1. 1865.

II. In der Schleswig Holsteinschen Sache ist ein Hauptgrund die Rechtsbeständigkeit der Entsagung des alten Augustenburgers und deren Verbindlichkeit für sein ganzes Haus, an welcher ich als Jurist keinen Zweifel habe. Es ist dieß zugleich ein Ehrenpunct für Preußen und für Sie selbst, verehrter Freund, da Sie dieselbe vermittelt haben. Aber gerade hierüber ist altum silentium.

Mit verbindlichem Dank für Ihr gütiges Vertrauen

Der Ihrige

2. Jan. '65. L. v. Gerlach.

III.

[Undatirt — etwa Juli 1865]

1. Ich rathe, auch als Jurist, ab, das königliche budget in die Gesetzsammlung einzurücken. Es würde dieß viele Freunde und Wohlgesinnte irre machen, als wolle man es dadurch als **Gesetz** quasi einschwärzen. So würde die an sich **sehr** gute Maaßregel der **Veröffentlichung** des K. budgets verdorben. c. 7. 1865.

2. Ich widerrathe noch speciell darüber mit Bod[elschwingh] zu brechen.

3. Auflösung des Unterhauses wäre eine unverfängliche, vielleicht rathsame Maaßregel, **wenn** die Regierung aus Einem Gusse und in sich Stahlfest wäre. Wie die Sachen stehn, warne ich vor der Auflösung. Es ist zweifelhaft, ob und wie die Regierung die Erschütterung der Wahlen und ein, wenn auch etwas besseres doch feindliches, neues Unterhaus ertragen würde. Das alte mag sich selbst ferner aufreiben.

Ceterum censeo — sagt der alte langweilige Cato — das „viribus unitis" mit Oestreich so viel irgend möglich aufrecht zu halten.

---

[1]) Gerlach schreibt stets: kan.

IV.

Magdeburg, 10. Jan. 66.

10. 1. 1866. Angelegentlichst, verehrter Freund, drängt mich meine Pflicht, zu warnen vor des Grafen Itzenplitz Arbeiter Gesetzentwurf.

Die Coalitionsfreiheit ist dessen unwichtigster Theil, — das Uebrige zerstört die Gewerbe-Gesetzgebung seit 1849, und wesentlich alles, was die Conservativen seither vertheidigt haben.

Es ist mit einem Wort: Schulze-Delitzsch.

Das bloße Einbringen ist schon ein Unglück, und nun gar: Schulze-Delitzsch Hand in Hand mit der Regierung entweder die Conservativen im Landtage besiegend, oder von ihnen besiegt.

Auch Ober Präs. v. Witzleben, und, dem Vernehmen nach, Graf Eulenburg, sind entschieden gegen den Entwurf.

Nennen Sie in dieser Sache nicht den Namen

Ihres treuen Dieners
L. v. Gerlach.

V.

An Frau v. Bismarck.

Magdeburg, 23. Febr. 66.

23. 2. 1866. Darf ich wieder, verehrte Freundin, mich einschleichen durch das Hinterpförtchen und bitten, den Rath, den Sie finden, wenn Sie dieses Blatt umschlagen, dem Gemahl vorzulesen oder zuzustecken? Er hat mich ja so oft freundlich angehört, und der „Alte" hat wenigstens die Eigenschaft, daß er für sich nichts mehr wünschet und hofft auf dieser Welt.

Ihr treu ergebener unterthänigster Diener
L. v. Gerlach.

Ich warne dringend vor Staatsstreichen. Nur ein wirklicher Nothstand, der Freund und Feind in die Augen leuchtet, kann Staatsstreiche rechtfertigen.

Jetzt würden sie

die Regierung und die conservative Partei in sich uneins machen, zerrütten, auflösen, und

dem neu antretenden Könige das Zurückoctroyiren nicht nur erleichtern, sondern ihn dazu drängen.

Man regiere ruhig fort, — man stärke die Regierung und die Freunde im Lande, deren keiner gering zu achten ist — man erleichtere womöglich Landeslasten — und ajournire Marine-Anleihe u. s. w. 23. 2. 1866.

Jedenfalls erst Berathung mit den vertrauten Freunden!

Ihr
L. v. Gerlach.

VI.

An Geheimrath Bucher (?)

Magdeburg, 23. Febr. 66.

Zunächst, lieber Herr Gh. Rath, freue ich mich mit Ihrem Briefe von gestern mich ganz eins zu wissen. Ich warne wo ich kann gegen Staatsstreich[1]) und Schreien nach Staatsstreich, (— obgleich ich ihn, (ungeachtet meiner antiabsoluti[sti]schen — Sympathien nicht nur, sondern tiefsten Ueberzeugungen), nicht unter allen Umständen für rechtswidrig, und leider für wahrscheinlich halte —). 23. 2. 1866.

Ich füge Ihren Gründen noch hinzu, daß ein Staatsstreich eine unabsehbare Verwirrung der Gewissen, eine Zerrüttung der Regierung in sich und der conservativen Partei in sich, ferner die dringendste Gefahr für den vielleicht ganz nahen Fall einer neuen Regierung

(der Kr[on] Pr[in]z müßte eine Art Held sein um dann nicht sofort in entgegengesetzter Richtung zu octroyiren)

und endlich höchst wahrscheinlich maaßlose Concessionen an den Liberalismus

(Uebergabe der Ev. Kirche an die Democratie, Vernichtung der ständischen und der Landraths-Verfassung, Unterdrückung der conserv. Presse u. s. w., — dann auch bald erst partielle, dann totale Aenderung des Ministerii)

zur Folge haben würde. Bismarcks Stärke ist die Vf.-Urkunde; ohne sie wäre er nie Minister geworden. Was that denn Gr. Brandenburg,

(nachdem wir ihn zum Pr. Minister gemacht und er mit uns alle seine Maaßregeln — als mit den „Freunden des Königs“ so nannte er uns — concertirt hatte)

als er Berlin und die Versammlung untergekriegt hatte? Er schüttelte uns ab, octroyirte die Charte Waldeck, ließ sich von Radowitz nach Erfurt führen und war überhaupt ein recht schwacher Staatsmann.

---

[1]) Am Rande Fragezeichen von Bismarcks Hand.

23. 2. 1866. Ich würde die jetzige Situation für die Regierung als höchst günstig ansehn, **wenn** sie consolidirter in sich wäre und nicht so viele Elemente der Schwäche in sich hätte (wozu namentlich und hauptsächlich das Alter des Königs und der Kr[on] Pr[in]z gehört),

und **wenn** die conservative Partei einigermaßen ihre Schuldigkeit thäte und nicht so egoistisch, faul, principlos und überhaupt regierungsunfähig wäre.

Ich hoffe am 17. März nach Berlin zu kommen zu meinem Vortrag im Ev. Verein. Vorher würde es mir sehr schwer werden; ich würde aber zur Noth auch vorher kommen. Aber so nah ist der Staatsstreich[1]) doch wohl nicht. Ich möchte Ihnen rathen, Sich in täglicher Verbindung mit H. Kleist und M. Blankenburg zu halten (der sehr starkes Vertrauen zu Ihnen hat), und die — besonders letzterer — so weit Bismks Vertrauen haben, daß er von solchen Gefahren vorher unterrichtet sein muß.

Ein Brief von H. Kleist v. 20. d. sagt nichts davon. Also — fernere Ordre erwartend

Ihr treuer Verehrer
L. v. Gerlach.

P. S. Ich möchte Sie bitten diesen Brief oder seinen wesentlichen Inhalt H. Kleist und Moritz mitzutheilen.

VII.

An Frau v. Bismarck.

21. 3. 1866. Noch einmal klemme ich mich in die Hinterthür hinein und bitte die gütige Freundin, dem Gemahl, was unten steht, ins Ohr zu sagen.

Donnerstag [21. März 1866]

Ihr
L. v. Gerlach.

Ich reise morgen ab ohne die gehoffte Instruction. Herbert ist Schuld, der an das Camin kam und uns auf die ferne Zukunft richtete.

Machen Sie es ja Oestreich leicht, sich zu vergleichen. Der Krieg ist ein furchtbares Uebel; ich meine: dieser Krieg, — der Sieg (wie zur Zeit Olmütz) fast ärger als die Niederlage.

Und — setzen Sie **keine** Octroyirungs-Gedanken[2]) in Cours, — sie sind mindestens voreilig und demoralisiren die Unsern.

---

[1]) Ueber dem Worte Ausrufungszeichen von Bismarcks Hand, am Rande die Frage: wozu?

[2]) Ueber dem Worte stehen im Original zwei Fragezeichen von Bismarcks Hand.

VIII.

Magdeburg, 12. Mai 66.

Gott hat Sie bewahrt, verehrter Freund, vor der Kugel des Meuchelmörders. 12. 5. 1866.

Mein Dank für diese Gnade sei, daß ich Gott bitte, Sein heiliges Gesetz und die Erkenntniß Seines Willens tief einzusenken in Ihr Gewissen und durch Sie in des Königs und unsres Vaterlandes Gewissen.

Bewahren Sie Preußen vor einem ungerechten Kriege, vor einem Kriege, der selbst, wenn wir siegen, uns mit schwerem Verderben bedroht.

Das freundliche Vertrauen, welches Sie mir in den letzten Jahren gewährt haben, zwingt mich, so zu Ihnen zu reden. Sie wissen, daß Ihnen alles irdische und ewige Heil wünscht

Ihr alter Freund

Ich lege Ihnen mein Friedenswort bei.[1]   L. v. Gerlach.

Beilage.

Preußen und Oesterreich erklären förmlich vor aller Welt, daß sie einander nicht angreifen wollen.

Der Kaiser hat „sein Wort dafür verpfändet, daß Oesterreich keinen Angriff im Sinne habe", und „eben so klar und bündig" hat der König „sein Wort gegeben", daß seinen Absichten nichts ferner liege, als ein Angriffskrieg gegen Oesterreich."[2])

Niemand hat ein Recht, diese Versicherungen Lügen zu strafen, weder nach der einen noch nach der andern Seite hin. Unter Anrufung der Majestät des ewigen Königs haben 1815 Preußen und Oesterreich, beide sieggekrönt in der gerechtesten Sache, ihre Kronen und ihre Regierungen dem heiligen Willen und Gebote Gottes feierlich untergeordnet vor den Augen der befreieten Christenheit durch die heilige Allianz. Diese hat nun ein halbes Jahrhundert hindurch unter den Deutschen Mächten und mit verhältnißmäßig wenigen Ausnahmen in Europa den Frieden aufrecht erhalten.

Hüten wir uns vor der scheußlichen Irrlehre, als umfaßten Gottes heilige Gebote nicht auch die Gebiete der Politik, der Diplomatie und des Krieges, und als hätten diese Gebiete kein höheres Gesetz als patriotischen Egoismus.

---

[1]) Krieg und Bundes-Reform. Vom Verfasser der Rundschauen. Separat-Abdruck aus der Neuen Preußischen Zeitung. Berlin (F. Heinicke) 1866. Ich theile die kleine Schrift, die jetzt nur schwer zugänglich ist, in der Beilage mit.

[2]) Vergl. die Noten Preußens und Oesterreichs vom 15. und 7. April in der Kreuzzeitung vom 19. und 17. April.

12. 5. 1866. Justitia fundamentum regnorum.

Die Freiheit, Macht und Ehre Deutschlands wird an seiner verwundbarsten Stelle verletzt, wenn so theuren und feierlichen Versicherungen seiner erhabensten Herrscher der Glaube versagt wird.

Niemals hat König Wilhelm in seinem langen Leben den Charakter eines friedliebenden Herrschers verläugnet. Er kann seines ehrwürdigen Herrn Vaters letzten Willen nicht vergessen, der Frieden und Einigkeit mit Oesterreich empfiehlt als eine Grundmaxime für die Regierung Preußens.

Es ist wohl nicht nöthig, erst noch daran zu erinnern, daß von dem Könige von Preußen die Rede ist und nicht von dem Grafen Bismarck, welcher nur das Organ des Königs gewesen ist, sein Königliches Wort Oesterreich mitzutheilen.

Oesterreich aber wird durch seine besten Interessen abgemahnt vom Kriege. Es ist in schwere innere Verfassungskrisen verwickelt, und seine Finanzen fordern gebieterisch Frieden. Man spricht zwar von Bankerutt und Assignaten nach dem Vorbilde des Convents in Paris im Jahre 1793, als von einem Mittel, aus den Verfassungskrisen herauszukommen und zugleich Krieg zu führen. Aber dem Convent stand die Guillotine zu Gebote, welche die Häupter vieler Tausende mit Einschluß des Königs und der Königin traf. Es ist nicht glaublich, daß Oesterreich unter solchen Umständen Krieg anfangen will gegen das wohlgerüstete Preußen und — was dann fast unvermeidlich — zugleich gegen die lauernde Italienische Revolution. Die traditionell-conservative Oesterreichische Politik müßte plötzlich umgesprungen sein in ihr äußerstes — wahnwitziges — Gegentheil.

Aber die Oesterreichischen Rüstungen?

Diese sind vollkommen erklärlich als Defensive.

Seit Gastein — und noch vor irgend einer Differenz mit Preußen — ist Oesterreich in den Elbherzogthümern in einer politisch und militärisch nachtheiligen Stellung. Jeder unerwartete Bruch mit Preußen läßt den Oesterreichischen Truppen in Holstein kaum eine andere Wahl als Flucht oder Gefangenschaft, und Holstein — jetzt der nächste Streitgegenstand — fiele Preußen ohne Weiteres in die Hände.

Alle annexionistische Stimmen bedrohen Holstein.

„Machtentfaltung", „Machterweiterung" Preußens wird in den Preußischen conservativen Blättern jetzt lauter als je gefordert, auch in solchen Blättern, deren Verbindungen mit der Regierung vorausgesetzt und nicht geläugnet werden, mit specieller Beziehung auf die Herzogthümer. Aeußerungen solcher Blätter können nicht mit derselben Geringschätzung behandelt werden, welche gewissenlose politische Kannegießer mit Recht trifft. Daß Preußen berufen ist, seine Macht zu entfalten, und dies bisher nicht hinlänglich gethan hat, ist eine Wahrheit, die unten noch näher betrachtet werden wird. Allein je unwidersprechlicher dieser Beruf ist, desto natürlicher ist es, daß Oesterreich erwägt, auf wessen Kosten diese Machterweiterung stattfinden und wie weit sie getrieben werden soll.

12. 5. 1866.

Nach der für Preußen verbindlichen Bundesverfassung würden Differenzen wie die über Holstein nicht durch Krieg, sondern durch Vermittelung des Bundes zu entscheiden sein. Es mag sein, daß dieser Weg unmöglich ist, wenn einmal Preußen und Oesterreich unheilbar entzweit sind. Allein diese Unmöglichkeit stellt um so heller die Nothwendigkeit gütlicher Vereinbarung und, als Vorbereitung dazu, friedfertiger Gesinnung ins Licht. Es ist nicht bekannt geworden, welchen Vergleich über die Herzogthümer Preußen proponirt. Bundesreform aber und Parlament auf Grund des allgemeinen Stimmrechts schweben mit so unbestimmten Umrissen und zweifelhaftem Erfolge in dunkler Zukunft, daß man Oesterreichs friedlichen Versicherungen nicht deshalb mißtrauen darf, weil es auf alle Eventualitäten sich vorbereitet.

Es tritt hinzu, daß Oesterreich in seinem Italienischen Besitz unausgesetzt bedroht ist von der Regierung und von den revolutionären Parteien des Königreichs Italien. Keine Regierung und keine nennenswerthe Italienische Partei hat bisher gesagt, oder auch nur angedeutet, daß sie Venetien anders als nur vorläufig als Oesterreich gehörig anerkenne, und Napoleon der Dritte hat sein Wort: „Frei bis zur Adria“ nie zurückgenommen. Er kann es auch nicht zurücknehmen, ohne mit den Traditionen seines Onkels und den Erinnerungen seiner eigenen Jugend zu brechen. Man kann es daher als gewiß, mindestens als höchst wahrscheinlich ansehen, daß ernstliche Verwickelungen Oesterreichs mit Preußen Angriffe Italiens, — sei es der Italienischen Regierung oder der Italienischen „Actions“-Partei — auf Venetien zur Folge haben würden, wenn, was zweifelhaft ist, der Lehnsherr in Paris die Zügel nicht straff anzöge. Unter diesen Umständen ist für Oesterreich reichliche Veranlassung zu defensiven Rüstungen in Venetien vorhanden. In der Note vom 26. Januar d. J.[1]) bezeichnet zwar Preußen — mit vollem Rechte — „die Revolution als den gemeinsamen Feind“ Preußens und Oesterreichs und sagt, in den Tagen von Gastein habe Preußen geglaubt, „über die Nothwendigkeit und den Plan des Kampfes gegen die Revolution mit Oesterreich einig zu sein.“ Allein Preußen ist doch mit dem Königreich Italien — dessen Politik, namentlich in Beziehung auf Venetien, von der Revolution schwer oder gar nicht zu trennen ist, — in besonders freundliche Verhältnisse getreten, in Verhältnisse, die nach manchen Andeutungen eine Art Solidarität Preußens und Italiens Oesterreich gegenüber in Aussicht stellen. In der conservativen Presse Preußens ist der frühere Abscheu gegen König Victor Emanuel völlig oder fast völlig verstummt. Ob Garibaldi und sein glänzender Empfang in England jetzt noch so viel conservative Entrüstung hervorrufen würde, wie damals, wird möglicherweise eine nahe Zukunft lehren.

---

[1]) Vgl. Kreuzzeitung vom 10. April.

12. 5. 1866. Italiens Stellung würde selbst dann noch als aggressiv und Oesterreichs als defensiv gelten müssen, wenn Oesterreich aus militärischen oder politischen Gründen die Grenze am Mincio überschritte. Denn nicht davon hängt der offensive oder defensive Charakter der Haltung einer Macht ab, ob sie mit ihren Streitkräften innerhalb ihrer Grenzen bleibt, sondern von dem wesentlichen Inhalt ihrer Absichten. Oesterreichs Krieg von 1859 war und blieb ein Defensivkrieg, obgleich es zuerst über den Tessin ging, und wurde als ein Defensivkrieg von Preußen — welches in diesem Sinne rüstete — und von Deutschland anerkannt.

Dies Alles zusammengenommen erklärt hinlänglich die Oesterreichischen Rüstungen, namentlich die in Venetien, ohne daß man dem „verpfändeten Worte" des Kaisers zu mißtrauen und schon an sich so höchst unwahrscheinliche, aggressive Absichten Oesterreichs anzunehmen hat.

Aber Oesterreich begünstigt doch in Holstein „die revolutionären Bestrebungen des „sogenannten Kieler Hofes" und sieht „der Umwandlung des conservativen Holstein in einen Herd revolutionärer Bestrebungen ruhig zu". So die schon erwähnte Preußische Note vom 26. Januar.

Erinnern wir uns zunächst der Thatsachen. Es wäre unglaublich, wenn man es nicht immer wieder erführe, wie rasch man vergißt, nicht allein was man erlebt, sondern auch was man selbst gemeint, gesagt und gethan hat.

Als König Friedrich der Siebente 1863 starb, wurde in wenigen Tagen fast ganz Deutschland Augustenburgisch, in einem ähnlichen Grade, wie Deutschland im März 1848 auf das Signal aus Paris revolutionstrunken wurde. Der Verfasser dieses Aufsatzes hat gleich damals öffentlich und wiederholt darauf hingewiesen, daß Augustenburg seinen ohnehin sehr zweifelhaften Ansprüchen in bester Form Rechtens entsagt hat unter Vermittelung Preußens, dessen Organ für diese Verhandlungen der jetzige Graf Bismarck war, daß mithin Augustenburg kein Recht an Schleswig-Holstein mehr hat, daß die fünf Großmächte durch den Londoner Vertrag von 1852, als ein gutes Werk der damaligen conservativen Reaction, die Succession in den Herzogthümern definitiv und rechtsgültig festgestellt hatten, und daß die Augustenburgische Bewegung von 1863 denselben revolutionären Character wie der Holsteinische Aufstand von 1848 an sich trug. Der Verfasser stand damals sehr vereinzelt mit dieser Anschauung auch unter seinen politischen Gesinnungsgenossen, ebenso wie im März 1848 diejenigen vereinzelt waren, welche dem damaligen Taumel im Princip widerstanden.

Es ist das große Verdienst Preußens, daß es damals, gemeinschaftlich mit Oesterreich, dem Revolutionsschwindel die Waffen aus der Hand genommen hat. Nicht Augustenburgische Freischaaren, auch nicht die vom Augustenburgerthum fortgerissenen Mittel- und Kleinstaaten, sondern die Armeen der Deutschen Großmächte haben den Krieg gegen Dänemark geführt, auf dessen Ursachen und Verlauf hier nicht näher einzugehen ist.

Gleichwohl setzte schon damals der Erbprinz von Augustenburg, ein preußischer Offizier, in Holstein als Prätendent sich fest und gründete den „sogenannten Kieler Hof". Oesterreich drang, sicherem Vernehmen nach, auf seine Entfernung. Aber ohne Erfolg. Seine Beschützer waren zu mächtig. Die klare und bündige Augustenburgische Entsagung und der Vertrag von London („Protokoll" nannte man ihn, den Augustenburgern nachsprechend) wurde angezweifelt, und noch am 28. Mai 1864 — zwischen Düppel und Alsen — erklärten Preußen und Oesterreich in der Londoner Conferenz sich für den Erbprinzen als künftigen Souverän der vereinigten Herzogthümer, da er der Bestberechtigte in den Augen Deutschlands und seine Anerkennung von Seiten des Deutschen Bundes gewiß sei, er auch die unzweifelhaften Stimmen der immensen Mehrheit der Bevölkerung der Herzogthümer für sich habe." [1]) 12. 5. 1866.

„Das gesammte Europa weiß" — sagt Oesterreich in der Note vom 8. Februar d. J. [2]) — „daß die Bestrebungen, die heute in Holstein vorherrschen, dieselben sind, die zur Zeit der Gasteiner Convention und längst vor dieser Epoche bestanden und aus welchen der Widerstand der Herzogthümer gegen Dänemark seine Kraft schöpfte."

Jetzt freilich hat Preußen mit Recht und zum Heile Deutschlands jene Aeußerung in London zurückgenommen. Preußen erkennt die Augustenburgische Entsagung als rechtsbeständig, den Londoner Vertrag als verbindlich und König Christian als legitimen Nachfolger König Friedrichs auch in den Herzogthümern an und gründet auf diese Basis den Preußisch-Oesterreichischen Besitztitel an diesen Ländern. Zugleich bekennt es sich, ebenfalls mit Recht, zu seiner Pflicht gegen Deutschland, nicht zu dulden, daß ein Vasallenstaat der Deutschen Demokratie den Norden von Deutschland abschließe.

Auf diesem guten Wege der besseren Einsicht und des Rechts hätte Oesterreich Preußen folgen und das schwierige Verhältniß zu Preußen nicht durch Begünstigung des Augustenburgerthums verbittern sollen.

Allein sehr schwer ist Oesterreich diese Wendung gemacht worden.

Gleichzeitig mit der Abkehr Preußens von der Augustenburgischen Pseudolegitimität sprachen sich in Preußen die Annexionstendenzen aus, anfänglich mit gewissen Beschränkungen und leise, dann aber immer lauter und ohne Einschränkung. Es war kaum möglich, jene Abkehr und diese

---

[1]) Wörtlich: „La séparation complète des Duchés du Royaume de Danemarc et leur réunion dans un seul état sous la souveraineté du Prince héréditaire de Schl.-H. Augustenburg, qui peut non seulement faire valoir aux yeux de l'Allemagne le plus de droits à la succession dans les Duchés et dont la reconnaissance par la Diète Germanique est assurée en conséquence, mais qui réunit aussi les suffrages indubitables de l'immense majorité des populations de ces pays."

[2]) Vgl. Kreuzzeitung vom 10. April.

12. 5. 1866. Tendenzen nicht in Verbindung mit einander zu bringen. Die Annexionstendenzen nahmen zum Theil einen fast wilden Character an. Ein christlich-conservatives Blatt[1]), dem als solchem Mäßigung vor andern Blättern wohl angestanden hätte, behauptete zuletzt eine „natürliche und geschichtliche Tendenz“ Preußens zum „Wachsthum, welcher eine Mission für Deutschland und Europa zum Grunde liege“, und welche bei Gelegenheit der Schleswig-Holsteinischen Händel „allen Seiten mit gebieterischer, den Einzelwillen und Einzelgedanken überflügelnder Nothwendigkeit sich aufgedrungen“ habe, so daß „der Erwerb der Herzogthümer mit der Frage von der Existenz Preußens identisch“ sei, was nur das „von Affecten getrübte Auge Oesterreichischer Staatsmänner und der Neid und die Eifersucht des schon 1848 moralisch überholten Oesterreichs verkennen könne“, — Aeußerungen, die in eigenthümlichem Contraste stehen mit der gleichzeitigen Behauptung desselben Artikels: „jeder wirklich gute Preuße habe Oesterreichs Verlust der Lombardei mit eignem Schmerze mit erlebt und auch den Wiedergewinn in Oesterreichs Namen noch nicht aufgegeben“, — einer Behauptung, die besonders in diesem Augenblicke naiv klingt, wo über Oesterreichs Rüstungen in Venetien als gegen Preußen implicite mit gerichtet Beschwerde geführt wird. Conservative Blätter nennen den Widerstand gegen die Annexion „Adern-Unterbindung Preußens“.

So stürmische Tendenzen, welche rücksichtslos die greifende Hand nach Holstein ausstrecken, das doch bis jetzt noch Gegenstand der Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich ist, mußten Oesterreich veranlassen, Stützpunkte seines bedrohten Mitbesitzes in Holstein zu suchen, und diese fand es daselbst *nur* im Augustenburgerthum. Es ist möglich, daß Oesterreich noch der Meinung ist, die es im Mai 1864 zusammen mit Preußen aussprach. Preußen wenigstens wird dieses Beharren auf der noch vor kurzer Zeit gemeinsamen Ansicht mit Nachsicht zu beurtheilen haben. Aber auch abgesehen hiervon ist es zweifelhaft, ob es einen Staatsmann in Europa giebt, der, *so* bedroht, dennoch gewissenhaft genug gewesen wäre, einen solchen Stützpunkt von vorn herein von der Hand zu weisen; Preußen hat in Schleswig Augustenburgische anti-annexionistische Kundgebungen mit schweren Strafen bedroht, während es die annexionistischen Kundgebungen in Holstein billigend annimmt. Und doch verhalten diese sich eben so wie jene zu dem *gemeinschaftlichen* Besitze.

Dem berechtigten Preußischen Berufe der Macht*entfaltung* in Deutschland steht der eben so berechtigte Oesterreichische Beruf der Macht*erhaltung* in Deutschland gegenüber. Dieser Dualismus ist der lebendige Grundcharacter, die reale Basis der Verfassung von Deutschland. Er hat seit dreihundert Jahren mehr und mehr sich ausgebildet und befestigt und ist nach der glorreichen Befreiung von Deutschland 1815 durch feierliche Verträge besiegelt worden. Er hat Deutschland fünfzig Jahre Frieden

[1]) Siehe das „Volksblatt für Stadt und Land“ vom 14. April 1866.

und blühenden Wohlstand und — wie fast nie früher — Freiheit von 12. 5. 1866. fremder Einmischung verschafft. Deutschland ist nicht mehr Deutschland, wenn Preußen fehlt oder wenn Oesterreich fehlt. Darum ist Preußens Ehre und Macht ein Kleinod nicht bloß Deutschlands, sondern auch Oesterreichs, und Oesterreichs Ehre und Macht ein Kleinod Preußens. Jede Wunde Preußens ist aber auch eine Wunde Oesterreichs und jede Wunde Oesterreichs eine Wunde Preußens. Krieg zwischen Preußen und Oesterreich wäre ein so grundverderblicher Krieg, daß das materielle Unheil, welches jeder Krieg nach sich zieht, Zerrüttung des Wohlstandes, der Gewerbe, der Finanzen u. s. w. dabei kaum in Betracht käme. Es wäre ein Krieg, der Deutschland, der insbesondere Preußen und Oesterreich in ihren wesentlichen Lebensorganen schwer, vielleicht tödtlich beschädigte, welcher Theil auch als Sieger daraus hervorginge, — ein Krieg, ähnlich dem Kriege, welchen Preußens weiser Entschluß in Olmütz von uns abwendete, als unser Sieg mit viel ärgerem Verderben als unsere Niederlage uns bedroht hätte, nämlich mit dem Versinken in die Revolution. Die Italienische Revolution Preußens Alliirter, — Venetien, Ungarn, Galizien der Deutschen Herrschaft entrissen, — Intervention Frankreichs und Rußlands, — Disposition dieser Mächte, wie 1802, über Deutsche Lande, — Louis Napoleon wie Italiens so auch Deutschlands Lehnsherr, — das sind Aussichten, deren Realisirung nahe liegt, auch wenn kein Unfall die Preußischen Waffen trifft. „Morituri te salutant“ (als Sterbende begrüßen wir Dich), so sollen, nach Sueton, Gladiatoren den Kaiser Claudius angeredet haben, als sie zu seiner Belustigung einander zerfleischen sollten. Ein Berliner Blatt bildet zwei solcher Gladiatoren (Preußen und Oesterreich) ab, wie sie mit diesen Worten vor dem Thron des freundlich lächelnden Imperators in Paris sich verneigen.

Der Deutsche Bund hat große Mängel, — aber ich zertrümmere meine Familie oder mein Vaterland nicht deshalb, weil sie Mängel haben. Die wesentlichsten Mängel des Bundes sind die Mängel Preußens und Oesterreichs selbst. Ein süddeutscher Demokrat hat einmal gesagt: wenn nur Preußen und Oesterreich nicht wären, so würde es wohlstehen um den Bund — als ob Jemand sagte: um diese Ehe würde es wohlstehen, wenn nur Mann und Frau nicht wären. Preußen und Oesterreich sind der wesentliche Inhalt des Bundes. Als erst Oesterreich, dann Preußen, im März 1848 fielen, fiel auch der Bund. Als sie 1850 wieder aufgestanden und zur Besinnung gekommen waren, stand auch der Bund wieder auf und kam zur Besinnung. Das erste Bedürfniß des Bundes, die Vorbedingung seiner Reform, ist, daß Preußen und Oesterreich, jedes in seinem Innern alles Revolutionswesen besiege und Freiheit und Recht realisire, womit Preußen in den letzten drei Jahren einen guten Anfang gemacht hat. Tritt dann noch Einigkeit, bethätigt durch gemeinsames Handeln, Preußens und Oesterreichs in Deutschland im Sinne der Preußischen Note vom 26. Januar d. J., d. i., wie diese Note sich ausdrückt: im Sinne „des

12. 5. 1866. Kampfes gegen die Revolution als den gemeinsamen Feind", hinzu, so würde Machtentfaltung und Bundesreform den beiden Großmächten in den Schooß fallen.

„Oestreich Preußen Hand in Hand,
Sonst Deutschland außer Rand und Band."

Preußen braucht um seine Machtentfaltung nicht besorgt zu sein. Wo Macht mit Gerechtigkeit, Mäßigung, Weisheit und Muth gebraucht wird, da entfaltet sie sich ihrer Natur nach.

Wie kräftig hat Preußens Macht, — sein Ansehen in ganz Europa, — sich entfaltet in den drei letzten Jahren dadurch, daß das selbständige Preußische Königthum den feindlichen Parteien in Preußen kühn und erfolgreich die Spitze geboten hat. Bleiben wir auf diesem durch die Erfahrung bewährten Wege.

Ganz Deutschland ist Preußens und Oesterreichs Machtgebiet. Beide haben auf diesem großen Machtgebiete vollkommen Platz neben und mit einander. Sie müssen nur einig sein. Gerechtigkeit, Mäßigung, Weisheit, Einigkeit — das sind die treibenden Lebenskräfte ihrer beiderseitigen Machtentfaltung. Einigkeit Preußens und Oesterreichs über die Nothwendigkeit und den Plan des Kampfes gegen die Revolution — diese schönen Worte der Preußischen Note vom 26. Januar d. J. stellen Machtgebiete, Europäische Machtgebiete, noch unbezwungene Machtgebiete uns vor Augen, vor denen die Herzogthümerfrage ins Kleinliche sich verliert. Wenn aber Preußen seit 1848 in buntem Wechsel aus Revolution in Reaction, aus Frankfurt und Erfurt nach Olmütz, aus Reaction in neue Aera geschwankt, und erst vor drei Jahren aus der neuen Aera heraustretend, wieder festen Fuß gefaßt hat im Bewußtsein der Selbständigkeit seines Königthums, und wenn noch jetzt Preußen so zerfallen ist in seinem Innern, daß es kein Etatsgesetz zu Stande bringt, so muß alles dies seine Machtentfaltung vorläufig noch hemmen.

Aus solcher gemeinsamen Machtentfaltung hat auch die Bundesreform sich zu erbauen. Es ist kein Nachtheil für den Kleinen, den Großen zum Nachbar und Bundesgenossen zu haben. Gott hat beide geschaffen. Das aber ist vom Uebel und unter Umständen unerträglich, es ist auch den besten Interessen der Mittleren und Kleinen zuwider, wenn Recht und Pflicht nicht in dem wahren Verhältnisse zur Macht vertheilt ist, und nach einer Organisation dieser richtigen Vertheilung hat die Bundesreform zu streben.

Die Herzöge von Württemberg, Weimar und Braunschweig, die Fürsten von Anhalt u. s. w. hielten es im vorigen Jahrhundert nicht für eine Erniedrigung, sondern für eine hohe Ehre, den Preußischen Königen zu dienen. Mehrere derselben erstiegen in diesem Dienste Stellungen in Deutschland und Europa, auf welche keiner der heutigen mittleren und kleinen Deutschen Fürsten hinab sehen kann, sondern zu welchen die meisten

von ihnen vielmehr hinaufsehen müssen, zumal wenn sie, wie es 1848 landüblich war, ihrer eigenen Unterthanen sich nicht erwehren können. 12. 5. 1866.

Was soll aber nun aus den Herzogthümern werden, wenn kein Krieg? — dieser Frage ist der Verfasser dieses Aufsatzes gewärtig.

Ist der Prätendent einmal beseitigt, so ist es natürlich, daß Preußen die Herzogthümer erhalte, was ja jetzt die dortigen Conservativen auch wollen. Oesterreich will in Norddeutschland sich nicht vergrößern. Es hat an sich kein Interesse dabei, Holstein, — gewissermaßen einen verlorenen Posten, mehr ein Moment der Schwäche als der Stärke, — gegen Preußen zu behaupten. Preußens solide Freundschaft, wenn sie irgend auf die Dauer gewährt werden könnte, (— nicht Allianz, nicht Garantie; wir sagen nur: Freundschaft —) hat einen viel höheren Werth für Oesterreich als die Herzogthümer. Aber Oesterreich fürchtet mit Recht für seine Ehre und für seine Gesammtstellung in Deutschland — diese ist die wesentliche Basis seiner Macht in seinen tieferschütterten außerdeutschen Landen — mithin für seine Existenz, wenn es die Herzogthümer sich abdringen oder abdrohen ließe. Also worauf es zuerst ankommt zur Lösung dieser Frage, was aus den Herzogthümern werden soll, ist, daß Preußen und Oesterreich die Herstellung der Einigkeit und Freundschaft unter einander suchen. Dann wird ein Vergleich nicht schwer sein. Bis jetzt ist nicht bekannt geworden, was Preußen für Holstein geboten hat. Daß Geld geboten worden, wird neuerdings in Abrede gestellt. Zunächst wird also das Gasteiner Interim fortdauern. Es hat dies wohl seine Inconvenienzen, doch nur solche, die gegen die colossalen Uebel eines Krieges zwischen Preußen und Oesterreich nicht in Betracht kommen. Die Könige von Preußen haben die precäre Stellung ihres Neuenburg von 1815 an mitten in den Schweizer Wirren und selbst, nachdem die Revolution sie 1848 außer Besitz gesetzt, ertragen bis 1856, wo Preußen fast zum Kriege darüber gedrängt wurde, nicht um Neuenburg zu behaupten, sondern um es mit Ehren los zu werden, wie es auch geschehen ist. Das Interim ist für Preußen um so erträglicher, da ihm die zunächst wesentlichsten Rechte an Kiel u. s. w. eingeräumt sind.

Mitten unter dem Waffengeklirr der Rüstungen bringt Preußen am Bunde die Bundesreform und ein Parlament aus dem allgemeinen Stimmrecht in Antrag.

Hüten wir uns einerseits vor voreiligen Urtheilen. Der Plan ist noch nicht einmal in seinen Hauptumrissen erkennbar. Die jetzige Preußische Regierung hat bisher Anspruch gehabt auf unser Zutrauen dem Parlamentswesen gegenüber durch ihre nun mehr als drei Jahre umfassende standhafte und tapfere Haltung. Halten wir aber andrerseits die Augen offen und lassen wir keine Wahrheit, kein Princip fahren auf Grund des Zutrauens zu unserer Regierung. Das allgemeine Stimmrecht ist der politische Bankerutt, — statt lebendiger Rechtsverhältnisse und politischer Gedanken, statt concreter Persönlichkeiten nur Ziffern und Additions-

12. 5. 1866. Exempel. Wir möchten nicht wagen, Deutschland so schlechthin für politisch bankerutt zu erklären. Ist man aber bankerutt, so erfordert die Ehrlichkeit, daß man sich auch für bankerutt erkläre. Haben wirklich alle soliden politischen Substanzen Deutschlands — Adel, Stände, Obrigkeiten, Corporationen aller Art — ihre politische Nullität in vollem Maße überzeugend dargethan, — verdienen für die Composition eines Parlaments, wo Deutschland als solches zu Worte kommen soll, auch die Deutschen Fürsten nicht mehr beachtet zu werden, aus deren Ernennungen doch die ersten Kammern oder Herrenhäuser hervorgehen, — ist Deutschland nur noch eine Kopfzahl — die selbst für den Werth der edleren Thiere kein genügender Maßstab ist, — wir sagen dies alles nicht — nun, so bleibt zunächst keine andere Organisation übrig, als die Organisation des Krieges der politischen Parteien als solcher, und an dieses edle vaterländische Werk haben wir dann ungesäumt Hand anzulegen.

An den drei Classen ist jedenfalls wenig verloren, und die einfachere directe Wahl mag ihre Vorzüge haben vor der künstlichen indirecten Wahl.

Hauptsächlich wird es, wenn dieses Parlament je zusammentritt, auf die Haltung der Regierungen ihm gegenüber ankommen.

Weniger Gewicht möchte auf die Bestimmung der Competenzen des Parlaments zu legen sein. Solche Versammlungen pflegen durch ihre bloße Existenz sich Competenzen zu erobern.

Festzuhalten wird unter allen Umständen sein, daß das gegenwärtige Bundesrecht die Basis der Reform sei, und man keine Phantasie-Bauten versuche, wie 1848 und 1849 in Wien, Berlin, Kremsier und Frankfurt und 1850 in Erfurt mit so kläglichem Erfolge geschehen ist. Wie kann der hoffen, neues Recht zu machen, der das alte nicht achtet? Mit Recht haben Baiern und Sachsen an die großen Leistungen der jetzigen Bundesverfassung im Laufe eines halben Jahrhunderts in ihren Noten erinnert. „Niemand kann bestreiten," — sagt treffend die Baierische Note vom 31. März, vergl. Kreuz-Zeitung vom 12. April, — „daß der Bund über Deutschland einen Segen verbreitet hat, der vorher in der ganzen Deutschen Geschichte ohne Beispiel war. Fünfzig Jahre des innern Friedens, fünfzig Jahre, in denen Niemand gewagt hat, Deutschland anzugreifen, in denen kein fremdes Heer den Deutschen Boden betrat, fünfzig Jahre der Entwickelung und Blüthe aller geistigen, sittlichen und materiellen Interessen, welche endlich die Wunden des dreißigjährigen und der späteren Kriege heilten, — das sind die Erfolge des Bundes, das sind die Verdienste Oesterreichs und Preußens, der beiden Grundpfeiler des Bundes, um die Deutsche Nation."

Unter keinen Umständen ferner sollte das projectirte Parlament eröffnet werden, ehe Preußen und Oesterreich wesentlich einig sind über die Propositionen und über ihre Haltung dem Parlamente gegenüber. „Der Augenblick des häuslichen Zwists" — sagt die Sächsische Note vom 6. April — „ist nicht der, wo die Familie ein neues Haus baut." Eine

Pression aber, ausgeübt mittelst des Kopfzahl-Parlaments von der einen 12. 5. 1866. Deutschen Großmacht auf die andere, ist nicht allein ein grundrevolutionärer Versuch, sondern ein solcher grundrevolutionärer Versuch, der das Herz Deutschlands und zugleich das Herz Preußens und Oesterreichs tief verwundet.

Doch — alles dies gehört einer ungewissen Zukunft an.

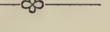
Der Stadtgerichtsrath Twesten freilich zieht jetzt schon ein Facit. Er sagt — am 19. April d. J. nach Zeitungs-Berichten —: die Zersetzung der conservativen Partei sei ein „sehr großes Verdienst" des Grafen Bismarck. Nach ihm werde es in Preußen keine conservative Partei mehr geben. Alle ihre Principien werfe sie jetzt über Bord; nur der nackte Bureaukratismus bleibe übrig. Das Bündniß mit Oesterreich, die Entrüstung gegen Cavour und den „Räuberkönig", Alles sei aufgegeben. Statt dessen „schüre sie unter des Grafen Bismarck Aegide den Krieg gegen Oesterreich im Bunde mit Victor Emanuel" — Alles, um nur „durch Graf Bismarck regieren" zu können.

Lassen wir uns diese Rede zur Warnung dienen. Kein Staatsmann findet in einer Zeit, die so reich an Gegensätzen ist, wie die unsrige, Hülfe bei einer Partei, die blind mit ihm durch Dick und Dünn geht. Stützen kann ich mich nur auf das, was Widerstand leistet. Halten wir daher fest an unsern erkannten Wahrheiten, am meisten an deren göttlichem, ewigem Inhalte.

Herr Twesten sagt weiter: „Wenn noch einige von der alten Garde sich finden und hin und wieder vor illegitimen Gelüsten nach fremdem Eigenthum warnen und Preußen im alten Geleise mit Oesterreich zu halten suchen, wie der alte Rundschauer der Kreuzzeitung, so bringt man sie zum Schweigen."

Daß Herr Twesten hierin irrt, beweist dieser Aufsatz. Widerlegen wir nun auch seine Prophezeiungen des Unterganges der conservativen Partei, indem wir uns rüsten zu vaterländischen Thaten in Gott gethan.

Geschrieben am 5. Mai 1866.



26.

Sechs Briefe Bismarcks an v. d. Heydt.

1866. 1868.

I.

Brünn, 15. Juli 1866.

Ew. Excellenz haben in Ihrem gefälligen Schreiben vom 15. 7. 1866. 9. d. Mts. an mich des üblen Eindrucks erwähnt, welche die neuen Klagen gegen Twesten machen, und den Wunsch aus-

15. 7. 1866. gesprochen, dieses vermieden zu sehen. Ich theile diesen Wunsch Ew. Excellenz vollkommen; und sehe nur zu meinem Bedauern kein Mittel der Abhülfe, da Seine Majestät der König selbst nicht in der Lage ist, in den Gang der gerichtlichen Procedur einzugreifen.

Ew. Excellenz werden mich zu verbindlichem Danke verpflichten, wenn Sie darüber mit unserm Collegen, dem Herrn Justizminister sich besprechen und mit ihm erwägen, was zu thun ist.

(E.) v. Bismarck.

II.

Nikolsburg, 23. Juli 1866.[1])

23. 7. 1866. Meinem gestrigen Schreiben in Betreff der Heranziehung der okkupirten Länder zu den Kriegskosten und der Verwendung der Ueberschüsse von Hannover und Sachsen zu diesem Zwecke beehre ich mich noch vertraulich hinzuzufügen, daß die von Sachsen gezahlten Ueberschüsse zur Bezahlung der an die Ungarn Behufs Anregung einer Diversion von jener Seite und Ausrüstung Ungarischer Corps im Betrage von etwa 250 000 Thlr. verwendet worden sind, auf diese Summe daher nicht mehr zu rechnen sein würde. Der dadurch auf Oestreich zu übende Druck ist von so großer Wichtigkeit für Kriegführung und Frieden, daß die Zahlung nicht verzögert werden durfte, und die bereitesten Mittel dazu genommen werden mußten. Wenn auch vermöge der Schnelligkeit der Erfolge unserer Truppen das Eingreifen einer solchen Diversion in unsere kriegerischen Bewegungen bisher nicht hat stattfinden können, so ließ sich dieß zur Zeit der Zahlung nicht vorhersehen; und sind noch jetzt die Verhandlungen keineswegs soweit gediehen, daß sie volle Sicherheit gegen Wieder-Eröffnung des Krieges darböten, und die Mitwirkung der Ungarn bleibt daher fortdauernd von der größten Wichtigkeit für unsere Erfolge in der Aktion wie bei den Verhandlungen.

(E.) v. Bismarck.

---

[1]) Vgl. zu diesem Briefe die Aeußerung in der Rede vom 16. Jan. 1874 (Pol. Reden VI 139 f.).

III.

(E.) Varzin, 27. Oct. 1868.

Verehrtester College!

Ihr Schreiben erhalte ich so eben durch Staffette. Ich bitte Sie dringend, halten wir fest an dem Zuschlage zu den directen Steuern, wenigstens in erster Vorlage. Wir können ja dann noch immer im Wege des Amendements oder mit neuer Vorlage uns auf den Rückzug auf die Staats-Capitalien drängen lassen, den freiwillig und vor Klarstellung der Situation anzutreten ich für einen so großen politischen Fehler halte, daß ich ihn nicht gern mitmachen würde. 27. 10. 1868.

Die mögliche Beschränkung der Ausgaben um etwa 2¼ Million müssen wir m. E. nicht von Hause aus bringen, sondern nöthigenfalls, nachdem uns der Zuschlag versagt und dieß öffentlich klar gestellt ist; dann können wir uns erbieten, die Lücke aus dem Capital-Vermögen zu decken, unter der Bedingung, daß sie um 2¼ Million vermindert werde. Dadurch schaffen wir wenigstens theilweis die von mir erstrebte drückende Situation, welche zu definitiven Steuer-Bewilligungen treibt. Daß die Ressorts darüber klagen, ist natürlich; die Krankheiten des Ganzen können nicht anders als in den Gliedern fühlbar werden. Den Gedanken, das Budget einfach und definitiv mit Verwendung von 5 oder 6 Million Staatsvermögen zu laufenden Ausgaben vorzulegen, vermag ich mir keinenfalls anzueignen. Ich halte ihn noch mehr politisch als finanziell für unrichtig, und würde lieber den ganzen Winter fort bleiben, als mir diese Politik aneignen.

Mit Wageners Beförderung bin ich sehr einverstanden, und werde ihm den zweiten von ihm geltend gemachten Punkt innehalten, wie es meine persönlichen Beziehungen zu ihm mit sich bringen und ohne meinem Vertrauen und meiner Achtung für Wehrmann zu nahe zu treten.

In freundschaftlicher Verehrung

der Ihrige v. Bismarck.

nur für Ew. Excellenz geschrieben.

IV.

Varzin, 10. Novbr. 1868.

Verehrtester Herr College,

10. 11. 1868. Für Ihre freundlichen Mittheilungen vom 7. d. M. verbindlichsten Dank.

Einverstanden mit Ihrer Ansicht über den Regierungspräsidenten Grafen Eulenburg, halte ich an dem besprochenen Vorschlage fest, und werde nach meiner Rückkehr persönlich die erforderlichen Einleitungen treffen.

Die eventuelle Entscheidung über Posen könnte doch ausgesetzt bleiben, doch sehe ich keinen Grund, mit der Besetzung von Königsberg zu zögern.

Daß dem jungen Grafen Eulenburg zunächst nur ein Regierungs-Präsidium zu übertragen, scheint auch mir angemessen, aber, daß dies bald geschehe, wünschenswerth.

Ueber die wesentlich technische Frage einer englischen Anleihe enthalte ich mich des Urtheils, doch gewinne ich auch aus Ihrer bezüglichen freundlichen Mittheilung wieder den Eindruck, daß wir genöthigt sein werden, den Zinsfuß unsrer Anleihen zu steigern.

Die Beantwortung der Interpellation über den russischen Cartellvertrag als unthunlich zu bezeichnen, halte auch ich für geboten. Ich erlaube mir, die ganz vertrauliche Bemerkung hinzuzufügen, daß, solange die Gefahr eines französisch-östreichischen Angriffs-Krieges die Situation beherrscht, wir nicht in der Lage sind, Rußland erhebliche Concessionen abzudrängen. Ich hätte nichts dagegen, einzelne Vertrauensmänner im Landtage vorsichtig auf diese Seite der Sache hinzulenken; eine Erklärung in einem der beiden Häuser dürfte indeß keine derartige Andeutung enthalten.

Daß die Frau Kronprinzessin bei der Entscheidung über das Vermögen des Königs Georg eventuell interessirt sei, ist nicht anzunehmen. Ein Sohn und zwei Töchter, welche bei ihrer günstigen Vermögenslage wohl heirathen dürften, stehen dazwischen, und in dem sehr unwahrscheinlichen Falle,

daß diese ganze Progenitur aussterben sollte, würden die Agnaten vorgehn, die zahlreichen Geschwister der Frau Kronprinzeß concurriren. 10. 11. 1868.

(E.) Der Ihrige

v. Bismarck.

V.

Varzin, 20. November 1868.

Verehrtester Herr College,

Für Ihre freundlichen Mittheilungen vom 18. d. M. verbindlichsten Dank. 30. 11. 1868.

Gegen die Amendirung des § 4 des Gesetzes vom 2. März d. J. dahin, daß die Aufhebung der Beschlagnahme nur durch Gesetz erfolgen dürfe, habe ich in letzter Instanz nichts einzuwenden, doch möchte ich ergebenst empfehlen, die Sache formell mit Vorsicht so zu behandeln, daß unsre Abneigung dagegen ersichtlich bleibt und diese Bestimmung erscheint als das, was sie ist, nämlich uns vom Landtag aufgedrungen, vorläufig also nur außeramtlich durchblicken zu lassen, daß das Zustandekommen des Gesetzes hieran nicht scheitern würde.

Die Möglichkeit einer Confiscation des Capitals dürfte m. E. nicht principiell zu bestreiten, sondern, für den Fall, daß die feindselige Haltung des Königs Georg sich noch schärfer ausprägen sollte, die Eventualität weiter gehender Vorlagen der Königlichen Regierung anzudeuten sein. Würde sie eintreten, so wäre dadurch nicht ausgeschlossen, auf die Stellung der Agnaten sofort, und bei einem späteren Friedensschlusse von Neuem auf eine Dotation des Königs Georg oder seiner Erben Bedacht zu nehmen.

(E.) Ich habe mich aufrichtig gefreut über die sachgemäße und glückliche Art, in der Sie die Angriffe im Hause abgewehrt haben. Auch die Rede von Heyse liest sich sehr gut. Zum 2. Dezember hoffe ich dort zu sein.

Der Ihrige

v. Bismarck.

VI.

Varzin, 21. November 1868.

Verehrtester Herr College,

21. 11. 1868. Das Amendement zu § 2 Al. 3 der Beschlagnahme-Verordnungen, welches Sie mir unterm 19. d. M. mitzutheilen die Güte hatten, scheint auch mir annehmbar, wenn es vom Hause dringend gewünscht wird, und wenn, wie nach den Motiven anzunehmen, darüber kein Zweifel entsteht, daß die zur Bekämpfung der welfischen und kurhessischen Agitation bestimmten Fonds als geheime zu behandeln.

Den Streit wegen der standesherrlichen Steuerbefreiungen möchte ich ergebenst empfehlen nicht principiell auf die Spitze zu stellen, sondern dem Landtage, wie den Interessenten, die eventuelle Herbeiführung des Rechtsweges in Aussicht zu stellen.

(E.) v. Bismarck.

27.

Zwei Briefe Bismarcks an F. Eulenburg.

1868. 1869.

I.

(E.) Varzin, 5. November 1868.

Verehrtester Herr College,

5. 11. 1868. Wegen Horn für Preußen bin ich nach wie vor mit Ihnen einverstanden. Daß der junge Graf Eulenburg erst ein Regierungs-Präsidium bekäme, bevor er Ober-Präsident wird, halte auch ich für richtig. Wir kennen ihn in selbstständiger Stellung noch nicht. Eventuell würde ich ihn eher als Kühlwetter für Posen empfehlen; der dortige Posten hat seine diplomatische Seite und bedarf eines Mannes von Welt und gewandten Manieren. Der König wünscht den Vater

Eulenburg-Marienwerder für die Oberrechenbar[1]); er würde dort die politischen Interessen der Krone wohl wahrnehmen, aber einen guten Eindruck würde die Ernennung nicht machen. Mit Wehrmann für den Competenz-Gerichtshof bin ich einverstanden. 5. 11. 1868.

Sehr dankbar würde ich sein, wenn den Präsidenten der Häuser eine Mittheilung über meine Verhinderung und meine voraussichtliche Uebernahme der Geschäfte mit Anfang December gemacht würde.

Wenn wir englisches Capital in unsre Fonds ziehn könnten, so hielte ich das für einen großen volkswirthschaftlichen und politischen Gewinn. Die einheimischen Capitalisten sehn mehr auf hohen Zinsgenuß als auf solide Anlage, weil wir verhältnißmäßig arm und anspruchsvoll sind; sie wenden sich deshalb den unsichern fremden Papieren zu. Nach meinem unvorgreiflichen Dafürhalten können wir uns ohne erhebliche Schädigung unsrer Wirthschaftsverhältnisse einer mäßigen Erhöhung der Rentabilität unsrer Papiere nicht länger entziehn; ich stimme dafür, daß wir ein Geldopfer nicht scheuen, um fremdes Capital heranzuziehn. Wir können nicht umhin, der allgemeinen Steigerung der Zinsen Rechnung zu tragen, wenn wir uns den Geldmarkt offen erhalten wollen.

Ich bin erschrocken über die 76 Vorlagen für den Landtag; sollen sie erledigt werden, so sitzen wir bis zum August, und dann der Bund!

In freundschaftlicher Hochachtung

der Ihrige

v. Bismarck.

II.

Varzin, 26. September 1869.

Verehrter Freund,

Zu der Thronrede kann ich aus den Ihnen vorgestern mitgetheilten Gründen von hier aus wegen Mangel an Rücksprache und Acten mich nicht anders stellen, als daß ich sie 26. 9. 1869.

[1]) bar (engl.) = Gericht, Kammer.

26. 9. 1869. zur Kenntniß nehme und erkläre, daß kein Theil ihres Inhalts mir positiv bedenklich ist, mit Ausnahme S. 2, Zeile 10 ff., wo ich den Ausdruck zu stark finde. Derselbe erschwert uns den Rückzug auf Abstrich der Ausgaben, welche die Einnahmen übersteigen, den Rückzug in die einzige Position, in welcher die K. Gewalt sich ohne Verfassungsconflict nachhaltig festzusetzen vermag gegen die beabsichtigten Uebergriffe der parlamentarischen Körper durch Mißbrauch des Bewilligungsrechts. Will Se. Majestät, wie ich nach allerhöchsten Aeußerungen in Pansin allerdings befürchte, diese Position keinenfalls einnehmen, so wird das leitende Uebergewicht der parlamentarischen Einflüsse zwar absatzweise zu hemmen, aber auf die Dauer nicht zu hindern sein. Daß die Unpopularität des Verfahrens durchaus auf Se. Majestät und die Regierung fallen müßte, ist nicht nothwendig, sobald das Finanzministerium und seine Räthe ehrlich mit uns gehen. Für den auswärtigen Passus kann ich nur auf mein vorgestriges Concept Bezug nehmen: der Entwurf, welcher mir vorlag, enthielt nichts, was m. E. fortzubleiben hätte.

Ueber ihren Besuch hier werde ich mich herzlich freuen und meinen Eindruck von der Situation und von dem, was zu thun ist, rückhaltlos mit Ihnen besprechen. Ich würde nach Berlin dazu kommen, wenn ich nicht damit in diesem Moment in die moralische Verantwortlichkeit für die Details vor dem Landtage einträte und mich zur Vertretung der letzteren in Person verpflichtete. Daß Sie den König bewogen haben, Selbst zu eröffnen, bedaure ich. Es ändert das in dem Verhalten des Landtags gar nichts, muß den Herrn sehr ermüden, und die Königliche Erscheinung im Weißen Saal nutzt sich ohne Noth ab. Was sagt denn Lauer dazu?

Der Ihrige

v. Bismarck.

28.

Zwei Briefe Max Dunckers an Bismarck.

1862. 1865.

I.

Ew. Excellenz

verfehle ich nicht, ehrerbietigst zu berichten, daß ich auf der Durchreise nach der Schweiz gestern Abend eine Unterredung mit dem Präsidenten des auswärtigen Amtes Herrn v. Roggenbach gehabt habe. Derselbe theilte mir mit, daß die Stimmung Sr. Majestät von Preußen bei der letzten Anwesenheit in Baden ungleich erregter und schärfer gewesen als bei der doch nur etwa drei Wochen früheren in Anlaß der Taufe. Seiner Seits habe er (Herr v. R.) nur Gelegenheit finden können, hervorzuheben, daß die Interessen Preußens ihm dringend zu fordern schienen, daß der Streit über die Reorganisation beendet werde, daß Preußen von dieser Frage entlastet werde. In demselben Sinne habe, soweit er unterrichtet sei, S. K. H. der Großherzog gesprochen. 5. 10. 1862.

Zur deutschen Frage übergehend bemerkte Herr v. Roggenbach, daß ihm dieselbe gegenwärtig in der Frage des Handelsvertrags und der von dieser untrennbaren der Reform des Zollvereins concentrirt erscheine. Seine Ansichten über die Art dieser Reform habe er bereits vor drei Monaten dem Grafen Bernstorff offiziell ausgesprochen. Preußen habe für die Erledigung dieser Fragen in seinem Sinne so gewichtige materielle Interessen auf seiner Seite, welche für jeden andern Modus, die deutsche Frage zu behandeln, fehlten, daß er es in hohem Grade beklagen würde, wenn dieser mächtige Hebel nicht in vollem Umfange in Bewegung gesetzt würde.

Noch eine andere Frage könne früher, als man annehme, praktisch werden und er müsse wünschen, daß ihr Eintreten Preußen nicht unvorbereitet finde. Nach seinen Nachrichten gehe es mit dem alten Erbprinzen Ferdinand in Kopenhagen zu Ende. Freilich könne sich dessen Hintritt noch ein Jahr, vielleicht noch zwei Jahre hinausziehen, es könne derselbe aber auch binnen wenigen Wochen eintreten. In diesem Falle würde in Kopenhagen sehr viel von der Gräfin Danner abhängen, welche unbedingt im Interesse dessen handeln würde, der ihr Garantieen für ihre persönliche Stellung gegeben hätte. Preußen würde nun freilich seine Aktion nicht von den Schritten der Gräfin Danner abhängig zu machen haben. So weit er zu sehen vermöge, habe Preußen durch einen energischen Schritt, der dem Tode des alten Erbprinzen auf dem Fuße folgte, eine vollendete Thatsache hinzustellen. Preußen müsse die Herzogthümer

5. 10. 1862. besetzen und die Thronfolge der Augustenburger proklamiren, unbekümmert um das Londoner Protokoll, das der deutsche Bund nie anerkannt und dessen Hinfälligkeit Graf Bernstorff auch für Preußen bereits angedeutet habe. Das Gewicht dieser Thatsache würde für Europa noch schwerer sein, ja geradezu unwiderstehlich wirken, wenn Schweden, gleichzeitig mit der preußischen Okkupation der Herzogthümer, eine Okkupation der dänischen Inseln eintreten ließe, natürlich „im Interesse der Wahrung Dänemarks". Die Einleitungen, um Schweden zu einem Schritte dieser Art zu bewegen, würden nur direkt bei dem Souverän selbst geschehen können. Verbindungen, direkt an diesen zu gelangen, fehlten ihm (Herrn v. Roggenbach) nicht und würde er eventuell dieselben Preußen bereitwilligst zur Verfügung stellen. Der Eindruck, den der ganze Verlauf der Unterredung auf mich gemacht hat, war der, daß es Herrn v. Roggenbach nicht unerwünscht sein würde, mit Ew. Excellenz in persönliche Beziehungen zu treten.

Die flüchtige Berührung Süddeutschlands auf dieser Reise hat mir von Neuem die Bedeutung und die Kraft der Würzburger Presse ins Licht gestellt. Sie liegt wesentlich in den Händen eines Mannes, der den literarischen Markt beherrscht, der in München und Karlsruhe dominirt, des Herrn v. Cotta. Ihm gehört die Augsburger Allg. Zeitung, deren Filialanstalt der Schwäbische Merkur ist, die deutsche Vierteljahrsschrift, das Ausland, das Morgenblatt; er verwerthet seinen Bücherverlag in derselben Richtung. Gewiß wäre viel gewonnen, wenn man dem großen Würzburger Verleger einen Verleger, welcher es sich zur Aufgabe machte, die preußischen Interessen in derselben Weise zu verfolgen und zu vertreten, etwa in Frankfurt a/M. gegenüberstellen könnte. Man kann nicht behaupten, daß es den preußischen Interessen in der süddeutschen Presse geradezu an Organen fehlte. Die Süddeutsche Zeitung, die Karlsruher Zeitung, die Badische Landeszeitung, das Frankfurter und das Mannheimer Journal stehen denselben offen, aber es fehlt die Einheit und das Zusammenwirken. Dies gerade wäre für die Frage des Handelsvertrages im gegenwärtigen Augenblick in hohem Maße wünschenswerth. Vielleicht wäre es möglich, eine Uebereinstimmung dadurch herbeizuführen, daß man dem ehemaligen Redaktionsmitgliede der Ausburger Zeitung und des Schwäbischen Merkur, dem gegenwärtigen Professor der Nationalökonomie zu Tübingen Schaeffle, welcher das Centrum der gegnerischen Auffassung ist und das Zusammenwirken der Würzburger Presse für diese Fragen besorgt, einen sachkundigen Mann gegenüberstellte, der die obengenannten Zeitungen mit dem nöthigen Material und den erforderlichen Gesichtspunkten versähe. Das Material liegt in großen Massen in den Berichten der Preußischen und Pfälzischen, der

Nassauischen und Darmstädtischen Handelskammern vor. Es käme nur darauf an, dasselbe für die Zeitungen zu verwerthen. Ich würde es nicht für unmöglich halten, den Berichterstatter des zweiten Hauses über den Handelsvertrag, den Dr. Michaelis, Subredakteur der Nationalzeitung, für eine solche Mission zu gewinnen; er soll, wie man mir sagt, nicht abgeneigt sein, die Stellung zur Nationalzeitung aufzugeben. 5. 10. 1862.

Karlsruhe, 5. Oktober 1862.

Duncker.

II.

Ew. Excellenz

halte ich mich bei der eminenten Wichtigkeit des Augenblicks verpflichtet, die Gründe, die mir gegen eine scharfe Fassung der Schlußrede zu sprechen scheinen und die ich gestern bei der Kürze der Zeit nur andeuten konnte, noch einmal schriftlich vorzutragen. Von meinem Standpunkte aus kann ich Erfolge der Fortschrittspartei weder im Interesse des Staats noch in dem verfassungsmäßiger Entwickelung halten. Eine scharfe Fassung der Schlußworte würde derselben einen solchen Erfolg gewähren. 17. 6. 1865.

Auf dem Wege, den die Regierung einmal betreten hat, liegen meines Erachtens die Chancen derselben nur in der Behauptung großer Geduld und Ruhe, in der Ermüdung des Gegners.

Die Fortschrittspartei ist keines Weges im Gefühle des Erfolges. Gerade die Heftigkeit der letzten Verhandlungen ist aus dem Gefühle der Vergeblichkeit ihrer Anstrengungen hervorgegangen. Die Wahrnehmung des Kleinmuths in ihren Reihen ist mir noch gestern bestätigt worden. Im Lande ist die Anzahl derer nicht klein, die im Begriff stehen, die Fortschrittspartei zu verlassen. Man drängt diese auf die Seite des Fortschritts zurück, wenn der Landtag mit einer scharfen Rede geschlossen wird, und wirft nur neue Erregung in das Land.

Wie wenig die Mehrheit des Landes mit den letzten Schritten seiner Vertreter einverstanden sein mag, sie ist dennoch empfindlich im Namen derselben, wenn diese hart angelassen, wenn dieselben z. B. an ihre „Unterthanenpflicht" erinnert würden.

Die Autorität der Regierung wird am besten gewahrt, wenn dieselbe keine Empfindlichkeit zeigt, wenn sie die Stellung eines einfachen Gegners einzunehmen verschmäht. Die Bevölkerung fühlt gegenwärtig das Uebergewicht des Handelns auf der Seite der Regierung um so mehr, als die Macht des Staats erfolgreich in der Richtung des Staatsinteresses gebraucht worden ist. Warum

17. 6. 1865. den Streit auf das Gebiet der Worte zurückversetzen? Hat die Krone hier in diesem Falle nun auch formell das letzte Wort, die Gegner würden dennoch im Chorus zu antworten wissen.

Wenn meine Erinnerung mich nicht täuscht, wird dem Herrenhause zu starkes Lob gespendet. Es ist nicht von Vortheil für die Monarchie, dieselbe ausschließlich auf der Seite der Aristokratie, an der Spitze der Aristokratie erscheinen zu lassen.

Es kann endlich nicht einladend auf die Elbherzogthümer wirken, wenn der innere Konflikt in Preußen sehr scharf betont und die Vertretung bedroht wird.

Ehrerbietigst
Ew. Excellenz
gehorsamster
Berlin, am 17. Juni 1865. Duncker.

29.

Erster eigenhändiger Entwurf der Gasteiner Convention.

1865.

1865. Se. M. der Kaiser tritt seine an den Herzogthümern Schleswig und Lauenburg durch den Wiener Frieden erworbenen Rechte an Se. M. den König [von Preußen] ab.[1])

Se. M. der König tritt [seine an dem Herzogthum] Holstein [durch den Wiener Frieden erworbenen Rechte an Se. M. den Kaiser von Oestreich ab].

Die an Preußen und Oestreich von den Herzogthümern zu bezahlenden Kriegskosten und der Antheil derselben an der frühern Gesammtschuld der Dänischen Monarchie werden auf jedes der drei Herzogthümer nach der Seelenzahl vertheilt.

Beide contrahirende Mächte werden in kürzester Frist am Bunde beantragen, die Herstellung einer Bundesflotte mit einem Bundeskriegshafen in Kiel und die Erhebung Rendsburgs zur Bundesfestung zu beschließen.

---

[1]) Die in [ ] gesetzten Wörter sind Ergänzungen des Herausgebers.

Bis zur Ausführung der desfallsigen Bundesbeschlüsse 1865. wird Preußen das Besatzungsrecht in Kiel und Rendsburg ausüben und berechtigt sein, die zur Vertheidigung beider Plätze und des Eingangs zur Kieler Bucht erforderlichen Befestigungen anzulegen und auf den Ufern der Kieler Bucht die dem Zwecke des Kriegshafens entsprechenden Einrichtungen zu treffen und die Bucht selbst als Kriegshafen zu benutzen.

In Betreff der Anlage der Befestigungen und der für den Kriegshafen bestimmten Einrichtungen stehn der Krone Preußen bis zur Uebergabe der Plätze an den Bund dem Herzogthum Holstein gegenüber die Rechte zu, welche der Bund bezüglich der militairischen Einrichtungen und Anlagen in den Bundesfestungen und deren Rayons besitzt.

Wenn der Bund die Festung Rendsburg und den Kriegshafen übernimmt, so hat er aus der Matrikularcasse Preußen für die zu Gunsten beider Einrichtungen bis dahin gemachten Aufwendungen zu entschädigen.

Preußen überträgt auf Oestreich die bisher in der Bundesfestung Rastatt von Preußen ausgeübten Besatzungsrechte und wird seine Stimme und seinen Einfluß am Bunde im Sinne dieser Uebertragung verwenden. Dagegen wird Oestreich mit Preußen am Bunde den Antrag stellen, daß bei Erhebung Rendsburgs zur Bundesfestung und Kiels zum Bundeskriegshafen das Commando und das Besatzungsrecht in beiden Plätzen Preußen verbleibt.

Behufs der militairischen Verbindung mit dem Kriegshafen, mit Rendsburg und dem Herzogthum Schleswig erhält Preußen zwei Etappenstraßen durch Holstein, für welche bis zu anderweiter Vereinbarung die für die Preußische Etappenstraße durch Kurhessen geltenden Bestimmungen zur Anwendung kommen. Aus demselben Gesichtspunkte wird Preußen die Anlage zweier, Holstein bis zur Schleswigschen Gränze durch-

1865. schneidender Telegraphenlinien gestatten, deren eine Kiel berührt, und insoweit der Bau einer directen Eisenbahn von Lübeck über Kiel zur Schleswigschen Gränze noch nicht gesichert ist, wird die Concession dazu auf Verlangen Preußens für das Holsteinische Gebiet ertheilt werden. Auf den bestehenden Eisenbahnen von Hamburg nach Rendsburg und Kiel wird der Preußischen Post täglich ein durchgehender Wagen unter denselben Bedingungen gestattet, unter welchen die Preußische Post zwischen Magdeburg und Minden die Gebiete von Braunschweig und Hanover durchfährt.

Preußen ist berechtigt, den anzulegenden Nord-Ostsee-Canal je nach dem Ergebniß der von der K. Regirung eingeleiteten technischen Ermittelungen durch das Holsteinische Gebiet zu führen. Insoweit dieß der Fall sein wird, soll Preußen das Recht zustehn, die Richtung und die Dimensionen des Canals zu bestimmen, die zur Anlage erforderlichen Grundstücke im Wege der Expropriation gegen Ersatz des Werthes zu erwerben, den Bau zu leiten, die Aufsicht über den Canal und dessen Instandhaltung und das Zustimmungsrecht zu allen reglementarischen Bestimmungen über seine Benutzung zu üben. Transitzölle oder Abgaben von Schiff und Ladung irgend welcher Art außer der für die Benutzung des Canals zu entrichtenden für die Handels-Schiffe aller Nationen gleichmäßig von Preußen zu normirenden Schifffahrtsabgabe dürfen auf der ganzen Ausdehnung des Canals nicht erhoben werden.

Holstein ist verpflichtet, dem Zollverein beizutreten, falls es von letzterem unter Gewährung desselben praecipuums, welches Hanover und Oldenburg genießen, dazu aufgefordert wird.

Se. M. der Kaiser von Oestreich verspricht, den Besitz Holsteins nur unter ausdrücklicher Anerkennung der in diesem Abkommen enthaltenen Bedingungen von Seite des Besitznachfolgers anderweit zu übertragen.

Geheimer Artikel.

In Betracht, daß bei der gegenwärtigen Realtheilung beider Herzogthümer der von Preußen übernommene Schleswigsche Antheil an Bevölkerung und an Wohlhabenheit dem Holsteinischen nicht gleichkommt, soll bei definitiver Lösung des Verhältnisses die Benachtheiligung Preußens, welche alsdann darin liegen würde, vollständig ausgeglichen werden. 1865.

30.

Fünf Briefe Julius Hansens an Bismarck.[1]

1864. 1865. 1866.

I.

Excellenz!

Nach unserem Gespräche in Biarritz[2]) habe ich viel darüber gedacht, wie man wohl die Hindernisse entfernen könnte, welche sich der Annexion an Preußen der deutschen Theile der Herzogthümer entgegenstellen. Nach meiner Meinung giebt es, außer der größtmöglichen Bestreitung des Erbrechts des Augustenburgers, nur noch ein Mittel: eine Volksabstimmung. Ich weiß wohl, daß in diesem Augenblicke das Terrain für eine Abstimmung zu Gunsten Preußens nicht vorbereitet ist. Aber ich würde mich sehr irren, wenn es nicht nach und nach gelingen sollte, den Südschleswigern und den Holsteinern (wie jetzt nach allem Anschein den Lauenburgern) die Idee einzuflößen, daß eine Annexion an Preußen einer sogenannten selbständigen Existenz unter einem aller Geldmittel baaren Duodez-Fürsten vorzuziehen sei. Besonders dazu ereignet [l. geeignet] möchte es sein, wenn der Prinz Friedrich Karl den Winter in Kiel einen glänzenden Hofstaat halten würde. Ich müßte denn die Holsteiner schlecht kennen, wenn nicht eine Aussicht auf eine bessere Finantzlage nach und nach ihre jetzige Ansichten verändern würde. Und wenn man es dazu bringen könnte, daß Volksdeputationen ihre Wünsche nach einer Annexion an den König Wilhelm selbst überbrächten, und 27. 10. 1864.

[1]) Die Schreibung ist mit allen ihren Fehlern beibehalten worden.

[2]) Am 13. October 1864, vgl. Hansen, A travers la diplomatie S. 16 ff., Hansen, Les coulisses de la diplomatie S. 33 ff. und Bismarcks Rede 2. Juni 1865, „Politische Reden des Fürsten Bismarck", herausg. von Horst Kohl II 367 ff.

27. 10. 1864. wenn überhaupt der deutsche Theil der Bevölkerung bereit wäre, seine Stimme zu Gunsten Preußens abzugeben, dann müßten doch die Bedenklichkeiten des Königs Wilhelm verschwinden.

Frankreich würde natürlich den Plan einer Abstimmung unterstützen; England hat sich durch seine letzten Erklärungen die Möglichkeit benommen, sich dagegen auszusprechen. Diese beiden Mächte würden zufrieden sein, wenn die dänischen Theile Schleswigs wieder an Dänemark zurückfielen; auf der anderen Seite würden sie es nie gestatten, daß diese nichtdeutsche Gebiete an Preußen kämen. Rußland würde nichts machen, und Oesterreich müßte sich wohl darin fügen.

Ich, der ich mein ganzes Leben dazu gewidmet betrachte, für die Zurückerwerbung Nordschleswigs zu arbeiten, hege keinen Zweifel, daß Ihre Excellenz diese Linien mit Wohlwollen annehmen werden, obgleich sie gewiß für Ihre Excellenz keine neue Gedanken enthalten werden.

Ich habe es mir erlaubt, Ihrer Excellenz gestern einige Actenstücke über die Erbfolgefrage zu übersenden. [1])

Noch nehme ich mir die Freiheit zu bemerken, daß ich immer für den nämlichen Zweck später vielleicht eine Audienz bei Ihrer Excellenz in Berlin nachsuchen werde. [2])

Ich habe die Ehre mit tiefster Hochachtung
zu zeichnen Ihrer Excellenz
gehorsamster Diener
J. Hansen.

Paris, rue Bonaparte 50, den 27. October 1864.

II.

Paris, rue Bonaparte 50.
4 Mars 1865.

Excellenz!

4. 3. 1865. Nach einem zweimonathlichen Aufenthalte in Kopenhagen bin ich, immer für den nähmlichen Zweck, wieder nach Paris zurückgekehrt. Meine Regierung hat sich meiner Reise nicht entgegengesetzt.

Nach dem, was ich hier am competenten Orte schon erfahren habe, betrachte ich es als eine Pflicht, Sie nochmals um eine Audients

---

[1]) Bismarcks Brief an Hansen vom 26. Oct. s. in Hansen, A travers la diplomatie S. 2, Les coulisses de la diplomatie S. 37.

[2]) Die Audienz hatte Hansen am 16. Dec. 1864, s. Hansen, A travers la diplomatie S. 23 ff., Les coulisses de la diplomatie S. 40 ff.

zu bitten. Ich wage es als eine Zusage von Ihnen zu betrachten, wenn ich in fünf Tagen keine abschlägige Antwort erhalte. 4. 3. 1865.

Ich zeichne, Excellenz, mit der tiefsten Hochachtung

Ihr
gehorsamster Diener
J. Hansen.

III.

Paris, 15 Quai St. Michel
2. October 1865.

Excellenz!

Da Frankreich bei der Rückgabe Nordschleswigs keine materielle, sondern nur reine moralische Interesse[n] hat, müßte dasjenige, was zurückgegeben würde, genügend sein, um überhaupt eine solche Bedeutung zu haben. Die neue Linie müßte also so ziemlich die wirklich dänischen Districten umfassen. 2. 10. 1865.

Da Ew. Excellenz mich leider heute nicht hat empfangen können,[1]) will ich mich zu [sic] obigen Andeutungen beschränken, indem ich die Details, die ich kenne, für eine spätere günstigere Gelegenheit aufbewahre.

Ich verstehe gewissermaßen, daß Sie, Excellenz, mich diesmal nicht empfangen haben; ich kann aber nicht einräumen, daß ein unverschuldetes Unglück hinlänglich sein sollte, um Jemanden zu verurtheilen, ohne ihn angehört zu haben.

Ich weiß, daß ich mein Gewissen völlig frei habe; es sollte mich [sic] aber, ganz abgesehen von dem Interesse, welches ich für mein theures Vaterland hege, sehr leid thun, wenn mein Verfahren einen unangenehmen Eindruck bei einem Manne nachgelassen hätte, der mich als wahrer Gentlemann behandelt hat.

Mit tiefster Hochachtung
J. Hansen.

IV.

Excellenz!

Frankreich wünscht immer die Zurückgabe eines Theils von Schleswig. Die Beweggründe sind Freundschaft für das dänische Volk und das Nationalitätsprincip. Materielle Interessen, in der Lage der Herzogthümer begründet, hat Frankreich nicht; die Sache ist aber für dieses Land eine Art von question d'honneur geworden. 3. 11. 1865.

---

[1]) Herr v. B. war am 1. October in Paris eingetroffen und reiste am 2. nach Biarritz weiter.

3. 11. 1865. Rußland will sich gegenwärtig in dieser Frage gar nicht rühren, und die Haltung Englands ist im Augenblicke unsicher.

So ist die Sachlage. Was aber für mich die Hauptsache ist, ist die Zukunft. Seit dem Wiener Frieden giebt's für Dänemark (eventualiter in Union mit Schweden und Norwegen) nur eine vernünftige Politik: ein gutes Verständniß mit dem protestantischen Norddeutschland. Auf der andern Seite muß dieselbe Politik auch die Preußens sein; und hierin sehe ich den Hauptgrund der Zurückgabe eines Theils von Schleswig, welche absolute Bedingung einer dauerhaften Verständigung und eines Zusammengehens in den größeren politischen Fragen ist.

Dies Interesse muß für Preußen noch größer sein als dasjenige, sich nach den Principien Frankreichs einigermaßen zu fügen; und doch ist es meine feste Ueberzeugung, daß die jetzige Regierung Frankreichs, wenn dem Nationalitätsprincipe in Schleswig eine Reparation gegeben wird, im Stande und Willens ist, den [l. die] Principien der jetzigen Regierung Preußens auch in anderen europäischen Fragen zu stützen. Eine Verständigung hierüber würde sich einleiten und durchführen lassen, trotz Allem, was man dagegen hat gesagt oder sagen können.

Für die obigen Ansichten habe ich oft hier — und nicht allein in der Presse — gekämpft. Mit denselben für Augen [l.: vor Augen] verfaßte ich im December vorigen Jahres meinen Bericht für die Kopenhagener Regierung. Meine Stellung war damals sehr schwierig; in meiner Regierung machten sich verschiedene Ansichten geltend, Hr. Heltzen wollte die Personalunion, welche ich als unmöglich und wahnsinnig betrachten mußte. Nach Paris zurückzukehren ohne die Beistimmung der Regierung, konnte zu Nichts führen; darum mußte ich so stark wie möglich auf die Regierung influiren und ihr die Verantwortlichkeit zuschieben, sofern sie eine[r] andre[n] Politik folgen möchte. Hierzu kam noch, daß die dänische Regierung, wenn sie wollte, auch etwas machen konnte, um Preußen die Schwierigkeiten zu erleichtern. Unglücklicherweise war Hr. Heltzen die Seele der Regierung; nach seiner ausdrücklichen Aufforderung übergab ich ihm durch einen Beamten, seinen Vertrauten, einen politischen Bericht nebst Abschriften einiger Briefe. Der Beamte übergab aber diese Dokumente gegen meinen Wissen und Willen einem gewissen Molzen, der als russischer Spion und Agent des Hrn. Heltzen in Kopenhagen bekannt ist. Dieser lieferte sie zwar an Hrn. Heltzen, aber erst nachdem er selbst Copien davon genommen hatte. Von diesem Augenblicke fühlte ich mich in der Gewalt der Herren Heltzen und Molzen und mußte deswegen suchen, sie in meiner [sic!] Macht zu bekommen. Die Gelegenheit bot sich hierzu an, indem Hr. Heltzen mir Geld und Amt durch seinen Agenten anbieten ließ, wenn ich

meine Freunde verrathen wollte — ein wunderbares Ding zu denken, daß ein Mann von meinem Schlage sich auf solche Sachen einlassen wollte. Ich sammelte Beweise gegen ihn und denkte [sic] dann ganz ruhig abreisen zu können in dem festen Glauben, daß man keine Indiscretion wagen würde. Dann publicirten aber plötzlich meine Freunden [sic] in Kopenhagen die ganze Heltzensche Intrigue in den Blättern, um ihn zu stürzen. Es gelang, aber um sich zu rächen, hat der Molzen später auf niederträchtige Weise meinen politischen Rapport nebst einigen Briefen veröffentlicht. Verfälscht ist der Bericht auch; ich kann es, weil ich meine Original-Notizen seit lange gebrannt [sic] habe, nicht erinnern, wie viel Wahres aus meinem Bericht angeführt ist; sicher ist es jedenfalls, daß Namen hinzugefügt sind, die ich nie geschrieben habe. 3. 11. 1865.

So verhält sich diese unglückliche Episode, von der ich Ihrer Excellenz eine Erklärung schuldig wahr [sic]. Es ist mir als Däne peinlich, diese Sachen zu besprechen, und deswegen habe ich auch keine Antwort an die "Norddeutsche allgemeine Zeitung" gerichtet; ich glaubte daneben, daß es am Besten sei, so wenig wie möglich an diese Sache zu rühren. Das Blatt hat ganz Recht darin, daß einige Conservative mich haben unmöglich machen wollen. Dies wird ihnen aber schwierig gelingen; ich werde wahrscheinlicherweise für immer in Paris bleiben, wo ich mit meiner Stellung sehr zufrieden bin.

[Lücke] . . .[1]) habe ich einen Brief geschickt bekommen, [Lücke] . .[2]) Vieles in Schleswig gegen das Augustenburgerthum zu machen ist. So haben einige Beamten in dieser Stadt so gelinde Schritte gegen den augustenburgischen Wühlerklub "Bürgerverein" vorgenommen, daß die Maßregeln des Hrn. v. Zedlitz so gut wie eludirt sind. Gegen den dänischen Verein ("Harmonie") hat der Polizeimeister natürlicherweise im Gegentheil sehr strenge Maßregeln genommen.

Ich habe mir erlaubt, Ihrer Excellenz diesen Brief zuzuschicken, weil die mir in Biarritz hierzu gegebene Erlaubniß mir noch nicht untersagt worden ist; ich bitte Sie, Excellenz, diesen Versuch als den letzten zu betrachten, um eine Relation wieder anzuknüpfen, welche ich als gegenseitig vortheilhaft betrachten muß.

Ich hätte Vieles Ihnen zu sagen, weiß aber nicht, ob Sie mir ein Gespräch gestatten können oder wollen. Soviel füge ich noch hinzu, daß keine Macht auf der Erde mich dazu bewegen könnte,

[1]) Ein Stück des Briefbogens ist abgerissen. Einige Buchstabenreste lassen sich ergänzen zu den beiden Worten: Von Hadersleben.

[2]) Ergänze etwa: aus dem hervorgeht, daß sehr (das letzte Wort aus Buchstabenresten ergänzt).

3. 11. 1865. einen politischen Bericht andersmal schriftlich abzugeben, und daß ich vertraulichen [sic] Eröffnungen nur an einen einzigen Mann — einen Franzosen — mache.

Hiemit empfehle ich mich der Gewogenheit Ihrer Excellenz, und bitte um Verzeihung, wenn sich in meiner freimüthigen Sprache Etwas finden sollte, was mir den zwischen Ihnen und mir sich befindenden Abstand hätte vergessen lassen.

Eine eventuelle mündliche Bewilligung einer Audienz erwarte ich durch einen Domestichen [sic] in meiner Wohnung gestellet.[1])

Ich zeichne mit tiefster Hochachtung

Ihrer Excellenz
gehorsamster Diener
J. Hansen.

Paris, 3. November, 15 Quai St. Michel, [Lücke.]

V.

Excellenz!

23. 5. 1866. Hierdurch nehme ich mir ehrerbietig die Freiheit um eine Audienz zu bitten. Ich habe einige Mittheilungen aus Paris Ihnen zu machen.

Mit tiefster Hochachtung

Ew. Excellenz
gehorsamster Diener

Berlin, 23. Mai 1866. J. Hansen.
Russischer Hof, Französische Strasse 8.

Bleistiftnotiz des Grafen Bismarck-Bohlen: p. 23./5. 66
Abds. $^1/_2$9 bstlln.

31.

Drei Briefe Clément Duvernois' an Bismarck.

1871.

Vorbemerkung: Am 21. Januar 1871 erschien Clément Duvernois unter dem Pseudonym Charles Duparc in Versailles, um mit dem Grafen Bismarck wegen eines Waffenstillstandes zu verhandeln. Ein warmer Anhänger Napoleons, hoffte er den Grafen

---

[1]) Die Audienz fand im Hôtel du Rhin, Place Vendôme statt; vgl. Hansen, A travers la dipl. 39, Les coulisses de la dipl. 55.

Bismarck für den Kaiser günstig zu stimmen und mit deutscher Hilfe die Rückkehr Napoleons zu erwirken. Am 23. Januar traf Jules Favre ein, um im Auftrage der provisorischen Regierung die Verhandlungen wegen der Uebergabe von Paris und des Abschlusses eines Waffenstillstandes einzuleiten. Es ist aus Favres Aufzeichnungen bekannt, wie die Anwesenheit Duvernois' und die Furcht, es möchte ihm gelingen, mit Graf Bismarck zu einer Vereinbarung zu kommen, fördernd auf die Verhandlungen mit der Pariser Regierung einwirkte. Daß die Furcht nicht ganz unbegründet war, lehrt die eigenhändige Notiz Bismarcks auf dem dritten der hier mitgetheilten Briefe.

I.

Dimanche matin [22. 1. 1871].

Monsieur le Chancelier,

22. 1. 1871.

Avant de prendre un parti, j'aurais besoin de causer de nouveau dix minutes avec V. E. Cette fois je n'abuserai pas comme hier de votre indulgence. Je saurais bien reconnaissant à V. E. de vouloir bien me fixer une heure.

J'ai l'honneur d'être respectueusement de Votre Excellence le très humble serviteur

Charles Duparc.

II.

Monsieur le Chancelier,

24. 1. 1871.

Votre Excellence m'obligerait infiniment en voulant bien m'accorder quelques instants d'entretiens.

J'ai l'honneur d'être respectueusement de Votre Excellence le très humble serviteur

Charles Duparc.

Mardi [24. 1. 1871].

III.

Versailles, le 29 janvier 1871.

Monsieur le comte,

29. 1. 1871.

J'ai l'honneur d'informer Votre Excellence que je suis arrivé ce matin. Je suis descendu à l'hôtel de France et j'y attends le bon plaisir de Votre Excellence.

J'ai l'honneur d'être respectueusement de Votre Excellence le très humble serviteur

Charles Duparc.

Von Bismarcks Hand ist mit Bleistift auf dem Briefe vermerkt:

Clément Duvernois. 20 Minuten zu spät!

d. h. nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrags mit J. Favre.

29. 1. 1871. Auf einem dem Briefe beiliegenden Zettel hat Cl. Duvernois mit Bleistift folgende Bedingungen eines Waffenstillstandes niedergeschrieben:

Paris cesse sa résistance et dépose ses armes.

L'armée allemande occupera un ou plusieurs forts qui lui seront livrés par les chefs de corps français.

Une contribution de guerre sera réglée entre le commandant de l'armée allemande et la municipalité de Paris.

La garnison de Paris — armée de Ligne et garde mobile — déposera ses armes.

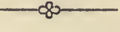
Elle restera prisonnière de guerre sur parole dans Paris jusqu'à la conclusion de la paix.

La garde nationale conservera ses armes.

L'armée allemande restera dans les forts sans entrer dans la ville de Paris.

Un armistice sera immédiatement conclu, et Paris sera ravitaillé.

Une assemblée sera nommée dans un délai de quinze jours — elle se réunira à Bordeaux — elle décidera de la paix ou de la guerre ainsi que de la forme du gouvernement à donner à la France.



32.

Ein Brief des Ministers Fr. Eulenburg an Bismarck und Bismarcks Antwort.

1871.

Berlin, den 21. Februar 1871.

Verehrter Freund,

21. 2. 1871. Vor einigen Wochen schrieben Sie mir, Sie wünschten, daß ich nach Versailles käme: dieser Wunsch wurde demnächst in einen Befehl des Königs umgewandelt, welcher aber mit der Weisung verbunden war, die Reise nach Versailles erst nach Beendigung der Landtags-Verhandlungen anzutreten.

Ich hoffe, Sie haben es mir nicht als Bequemlichkeit ausgelegt, daß ich nicht damals gleich Ihrem Rufe folgte, sondern auf

die Nothwendigkeit meiner Anwesenheit in Berlin während des Landtages aufmerksam machte. Meine Voraussicht hat sich vollständig bestätigt. Hätte ich nicht persönlich unaufhörlich getrieben, und durch persönliche Einwirkung auf die Mitglieder der Commissionen eine endliche, wenn auch widerwillige Einigung zwischen Herren- und Abgeordnetenhaus herbeigeführt, so wäre das sehr wichtige Gesetz über den Unterstützungs-Wohnsitz, welches zwischen den beiden Häusern mehrmals hin- und hergeschoben worden ist, nicht zu Stande gekommen und die Landtagssession eine unfruchtbare gewesen. So aber ist das Resultat ein durchaus erfreuliches: nicht nur, weil das Gesetz vereinbart ist, sondern auch, weil diese Vereinbarung allen Parteien die Hoffnung eröffnet hat, demnächst auch über die schwierigen Probleme der Gemeinde- und Kreisverfassung zur Verständigung zu gelangen. 21. 2. 1871.

Jetzt bin ich mit den Landtagsarbeiten fertig: und es wäre also der Zeitpunkt eingetreten, zu welchem Se. Majestät mein Erscheinen im Hauptquartier befohlen hat. Aber kann, unter den veränderten Verhältnissen, meine Anwesenheit in Versailles Ihnen noch von irgend einem Nutzen sein? Muß, was Gott nicht fügen wolle, der Krieg fortgesetzt werden, und wird dadurch Ihre Abwesenheit von hier verlängert, so könnte es allerdings erwünscht sein, daß wir uns über eine Reihe von Fragen noch vor Ihrer, dann mehr in die Ferne geschobenen, Rückkehr besprechen. Aber wenn es zum Friedensschlusse kommt, kann ich Ihnen dabei wirklich irgend nützlich sein?

Bequemlichkeit ist, wie ich bestimmt versichere, nicht der Grund dieser rationes dubitandi, aber um keinen Preis möchte ich, in dieser so ernsten Zeit, zu der Categorie der Bummler gerechnet werden, die, unbekümmert um die Lücke, die sie an ihrer eigentlichen Berufsstätte lassen, ohne Nutzen für die Sache sich in das interessante Hauptquartier begeben, um eben nichts zu leisten, als zu bummeln.

Dem Allerhöchsten Befehle gegenüber wird es auf jeden Fall nöthig sein, die Bestimmung Sr. Majestät einzuholen. Ich bitte, daß Sie die Güte haben, dies für mich zu thun und mir den Entschluß Sr. Majestät mitzutheilen.

S......-G.........., der mir fest versprochen hatte, zur Zeit der Reichstagswahlen auf seinem Platze in Litthauen zu sein, hat nichts von sich hören lassen: er ist wohl noch in Frankreich. Das ist auch einer dieser eiteln Herren, die das Wichtige im Stiche lassen, um dem Ordenbringenden nachzujagen.

Endlich, seit drei Tagen haben wir Thauwetter: aber was wird es nun an Eisgang und Ueberschwemmungen geben? Eben bekomme

21. 2. 1871. ich die Nachricht, daß die hölzerne Oderbrücke bei Ratibor vom Eise weggerissen ist: sie wird wohl zahlreiche Nachfolger bekommen.

Mit den besten Wünschen für Ihr Wohlergehen bin ich von Herzen Ihr

Eulenburg.

Bismarcks Antwort.[1])

Versailles, den . Februar 1871.

An
den Kgl. Staats-Minister des Innern
H. Grafen zu Eulenburg
Hochgeb.
Berlin.

Verehrter Freund.

Ich bitte Sie, es mit einem augenblicklichen Unwohlsein, welches mir nur eben für die gerade in diesen Tagen sich häufenden und zu einer Entscheidung drängenden Geschäfte Kraft und Zeit läßt, zu entschuldigen, wenn ich Ihre freundlichen Zeilen vom 21. d. M. nicht eigenhändig beantworte.

Ich empfinde die Erwägungen lebhaft mit, welche Sie unter den gegenwärtigen Umständen gegen eine Reise hierher ohne wirkliche Nothwendigkeit Bedenken hegen lassen; und ich kann in der That nicht sagen, daß eine Nothwendigkeit vorhanden wäre. Von all den Gründen, welche mir Ihr Herkommen wünschenswerth machten, würde eigentlich nur noch der Wunsch, Sie persönlich wieder zu sehn und mich über manche, uns beide bewegende Dinge mündlich mit Ihnen auszusprechen, in Geltung sein. Die geschäftlichen Verhältnisse sind theils veraltet, theils nicht von so dringendem Bedürfniß.

Wenn nicht noch besondre, unerwartete Schwierigkeiten dazwischen treten, darf ich hoffen, Sie in kurzer Frist in Berlin wieder zu begrüßen. Die letzten Tage hier würden schwerlich noch die Möglichkeit eines ruhigen Aussprechens bieten.

v. B.

---

[1]) Nach dem Concept.

33.

Sechs Briefe J. L. Motleys an Bismarck.[1]

1864. 1872. 1874.

I.

20 Favoriten Strasse. Wieden.
22 July 1864.

My dear old Bismarck —

22. 7. 1864.

It is a great delight to know that you are here — and I trust sincerely that you will let me see you as often and as soon as you can.

I know that it is hopeless for me to come to you, because you are so much engaged with the emperor and other swells. But you must find time for your old friend. — My wife will be wretched if she does n't make your acquaintance soon.

I shall only say that I am almost always at home till after 4 P. M. — and that I will be here or come to you at any hour of the day or night if you will let me know — I dont wish to importune you and so I shall wait your pleasure. —

Always affectionately your
J. L. Motley.

H. E.
M. de Bismarck-Schonhausen
etc. etc. etc.

---

[1]) Vgl. Bismarck-Jahrbuch III 97 ff.

Uebersetzung.

Mein lieber alter Bismarck,

es ist ein großes Vergnügen [für mich], zu wissen, daß Du hier bist, und ich hoffe aufrichtig, daß Du mir Gelegenheit giebst, Dich so oft und so bald zu sehen, als Du kannst.

Ich weiß, daß es aussichtslos für mich ist, zu Dir zu kommen, weil Du von dem Kaiser und andern großen Herren so viel in Anspruch genommen bist. Aber Du mußt für Deinen alten Freund Zeit finden. — Meine Frau wird ganz unglücklich werden, wenn sie nicht bald Deine Bekanntschaft machen kann.

Ich will nur sagen, daß ich meist bis 4 Uhr Nachmittags zu Hause bin und daß ich hier sein oder zu Dir kommen werde zu jeder Stunde des Tags oder der Nacht, wenn Du mich's wissen läßt.

Ich wünsche nicht, Dir Ungelegenheiten zu bereiten, und so werde ich Deine gefällige Mittheilung erwarten.

Immer in Liebe
Dein
J. L. Motley.

II.

6 Kneuterdyk
the Hague
24 March /72.

My dear Bismarck,

24. 3. 1872. I wonder if you still remember my existence — I shall take the chance of it — for I have so long been wishing to write you a few words of heartfelt and sincere congratulation at the stupendous successes which you have achieved and of the unique and unapproachable position which you hold among the statesmen of the world that I can refrain no longer.

Seeing that you had retired for a few days holiday and rest to your country-seat, I wish to take advantage of it by writing a line or two of friendly interest which will not require a reply.

It is a pleasure to me to bring myself for a moment to your remembrance, but I feel that even in your temporary retirement you are of necessity too much overwhelmed with business to reply to my letter or perhaps even to read it. I trust your heart however too entirely to fear that a few words from so old a friend as I am will be unwelcome to you even amid the worlds plaudits by which you must be well nigh deafened, and the incense by which you must be satiated.

Mein lieber Bismarck,

Ich wundre mich, daß Du Dich noch immer meiner erinnerst. Ich werde davon Nutzen ziehen — denn ich hege schon so lange den Wunsch, Dir einige wenige Worte herzlicher und aufrichtiger Beglückwünschung zu den staunenerregenden Erfolgen zu schreiben, die Du erreicht hast, und wegen der einzigen und unerreichbaren Stellung, die Du unter den Staatsmännern der Welt einnimmst: daß ich es nicht länger unterlassen kann.

Da ich sehe, daß Du Dich für einige Festtage zurückgezogen hast und auf Deinem Landsitze bleibst, so wünsche ich davon Vortheil zu ziehen, indem ich Dir eine Zeile oder zwei freundschaftlicher Theilnahme schreibe, welche eine Antwort nicht erfordern.

Es ist mir ein Vergnügen, mich selbst Dir für einen Augenblick in Erinnerung zu bringen, aber ich fühle, daß Du gerade in Deiner vorübergehenden Zurückgezogenheit nothwendigerweise zu sehr mit Geschäften überhäuft bist, um auf meinen Brief zu antworten oder vielleicht auch nur ihn zu lesen. Ich vertraue jedoch so ganz auf Dein Herz, als daß ich fürchten könnte, daß einige wenige Worte eines so alten Freundes, wie ich bin, Dir unwillkommen sein könnten selbst mitten unter den Beifallsbezeugungen der Welt, von denen Du fast betäubt, und unter dem Weihrauch, von dem Du übersättigt sein mußt.

I wonder if there is a newspaper in the civilized world in which your name does not occur at least once a day. 24. 3. 1872.

Quae regio in terris vestri non plena laboris?

I have often been requested by editors of reviews and similar publications on our side of the water to write a sketch of your life and splendid career — Perhaps some day I might make the effort, but I doubt my power to do justice to the theme — partly because my old affection and admiration for you might prevent me from bringing to the task a sufficient quantity of cold analysis to counterbalance the redundance of necessary enlogy in the eyes of the critical Public and partly because great historical characters and immense world-changing events require to be studied at some considerable distance of time and place, if the laws of historical perspective are to be duly regarded. — All this is matter of great indifference to you as I am well aware. I only mention it to show, how keenly alive I am to every incident to your course. You cannot doubt the pride I have always felt in our old intimacy and the infinite pleasure I have always experienced, whenever there was an opportunity of renewing it, of finding you so unchangeable in your kindly feelings to me.

I say nothing in this brief note of any particular portion of your achievements since last we met: It would be impossible to

---

Ich müßte mich sehr wundern, wenn es in der civilisirten Welt eine Zeitung gäbe, in der Dein Name einem nicht einmal wenigstens am Tage begegnete.

Welches Land auf Erden ist Deiner Arbeit nicht voll?

Ich bin oft von Herausgebern von Revuen und ähnlichen Zeitschriften auf unserer Seite des Wassers gebeten worden, eine Skizze Deines Lebens und Deiner glänzenden Laufbahn zu schreiben. Vielleicht werde ich einmal den Versuch machen, aber ich bezweifle meine Fähigkeit, dem Thema gerecht zu werden, einerseits, weil meine alte Liebe und Bewunderung für Dich mich hindert, zu dem Versuche ein genügendes Maß kalter Analysis aufzubringen, um in den Augen des critisirenden Publikums dem Uebermaß nothwendigen Lobes das Gleichgewicht zu halten, und andererseits, weil große historische Charaktere und ungeheure weltverwandelnde Ereignisse in einer beträchtlichen Entfernung von Zeit und Raum studirt sein wollen, wenn die Gesetze der historischen Perspective gebührend berücksichtigt werden sollen. Alles dies ist Dir natürlich sehr gleichgültig, wie ich recht wohl weiß. Ich erwähne es nur, um zu zeigen, wie aufmerksam ich auf jeden Schritt in Deiner Laufbahn achte. Du kannst Dir denken, mit welchem Stolze ich an unsere alte Freundschaft immer denke, und welche Freude es mir immer gemacht hat, sie zu erneuern, wenn sich eine Gelegenheit bot, und Dich so unveränderlich in Deinen freundlichen Gefühlen für mich zu finden.

Ich sage in diesem kurzen Briefe nichts von irgend einem besondern Theile Deiner Thaten seit unserm letzten Zusammentreffen: es würde

24. 3. 1872. pick out a single thread from the wonderful tapestry. But I will say in regard to the immediate present that I read your speech on the School question with much sympathy and interest as soon as it appeared in the Berlin papers. — Perponcher your minister here — a most agreeable man by the way and as it seems to me of much ability whose acquaintance I have had the pleasure of making here and of whom I see a great deal — sent it to me. Of course, it was afterwards reproduced in every other earthly journal and perhaps in some of the neighbouring planets for aught I know — I can only say that I hope you will stick your spear through the Sacerdotal Dragon who is now assailing you as effectually as you do every thing else. I look upon the contest with deep interest as not by any means the least important one you have waged.

I wish I knew how Princess Bismarck was doing — for I have heard intimations that she was not so well in health as she might be which causes me deep regret. — And it would give me the liveliest pleasure to hear of my never forgotten young friend who, in memory of her childhood's days in Frankfort, will I hope allow me in this note to call her "Marie". —

It was an awful disappointment to me not to be able to accept your cordial invitation in the summer of 1869, but I was

---

unmöglich sein, einen einzelnen Faden aus dem wundervollen Gewebe herauszuziehen. Aber mit Rücksicht auf die unmittelbare Gegenwart will ich sagen, daß ich Deine Rede in der Schulfrage mit viel Theilnahme und Interesse gelesen habe, sobald sie in den Berliner Zeitungen erschien. Perponcher, Dein Gesandter hier — nebenbei ein sehr angenehmer und wie mirs scheint sehr tüchtiger Mann, dessen Bekanntschaft ich hier zu machen das Vergnügen hatte und den ich oft sehe — sandte sie mir. Natürlich wurde sie nachher in jedem anderen Erden-Journal abgedruckt und vielleicht auch in einigen Zeitungen benachbarter Planeten, so viel ich weiß. Ich kann nur sagen, daß ich hoffe, Du wirst mit Deinem Speer den priesterlichen Drachen durchbohren, der Dich jetzt angreift, und zwar ebenso kräftig, wie Du alles andere thust. Ich blicke mit tiefem Interesse auf den Streit, der keineswegs zu den wenigst wichtigen gehört, die Du aufgenommen hast.

Ich möchte wissen, wie es der Fürstin Bismarck ergangen ist, denn ich habe Andeutungen gehört, daß sie sich nicht so recht wohlbefunden hat, was mich tief betrübt. Und es würde mir das lebhafteste Vergnügen machen, von meiner niemals vergessenen jungen Freundin etwas zu hören, die es mir hoffentlich im Andenken an ihre Kindheitstage in Frankfurt erlauben wird, sie in diesem Briefe „Marie" zu nennen.

Es war für mich eine schmerzliche Täuschung, Deine herzliche Einladung im Sommer 1869 nicht annehmen zu können, aber ich stand damals unter einem harten Druck amtlicher Arbeit, welche es mir kaum gestattete,

then under a great pressure of official work wich hardly allowed me to leave London for a day. By the way I think I told you at the time that I carefully communicated your wishes in regard to Mr Bancroft[1]) — translating the portion of your letter relating thereto and sending it by a secretary to be confidentially read at Washington by the President and secy of State. 24. 3. 1872.

The answer confidential and verbal was that there was no intention of disturbing him and that your strongly expressed wish was an additional reason for retaining him at his post. This did not prevent the mission from being offered subsequently to one gentleman (Mr Grinnell) to my certain knowledge. Bancroft's eminent fitness for the place ought however to ensure his remaining there so long as he chooses to stay. Under present circumstances one would think it impossible to displace him. I dont know whether your Boundary arbitration is to fall into the water together with the rest of the famous Treaty of Washington about which we heard so many dithyrambies last year in both countries. — I dare say they dont know — themselves — either in London or Washington.

Was ever such a Comedy enacted before in diplomatic history?

I dont know whether you care to hear anything about my Wenigkeit. I have been here a year working in the Dutch Archives

---

[1]) S. Brief Bismarcks an Motley vom 19. Sept. 1869, in den „Bismarckbriefen", herausg. von Horst Kohl (Bielefeld 1897) S. 339 f.

London auf einen Tag zu verlassen. Beiläufig: ich denke, ich erzählte Dir damals, daß ich Deine Wünsche in Bezug auf Mr. Bancroft vorsichtig mittheilte, indem ich den darauf bezüglichen Theil Deines Briefes übersetzte und ihn durch einen Secretär einschickte, um vertraulich in Washington vom Präsidenten und dem Staatssecretär gelesen zu werden.

Die vertrauliche und wörtliche Antwort war, daß keinerlei Absicht bestehe, ihn abzuberufen, und daß Dein ausdrücklicher Wunsch ein Grund mehr sei, ihn auf seinem Posten zu lassen. Das hinderte nicht, daß die Gesandtschaft nachher — wie ich gewiß weiß — einem Herrn (Mr. Grinnell) angeboten wurde. Durch Bancrofts hervorragende Tauglichkeit für den Platz ist jedoch sein Verbleiben dort so lange gesichert, als er zu bleiben beabsichtigt. Unter gegenwärtigen Umständen dürfte man es für unmöglich halten, ihn zu versetzen. Ich weiß nicht, ob Dein Schiedsspruch in der Grenzfrage zusammen mit dem Reste des berüchtigten Vertrags von Washington ins Wasser fallen wird, von dem wir letztes Jahr in beiden Ländern so viele Dithyramben hörten. Jedenfalls wissen sie es selbst nicht weder in London, noch in Washington.

Hat sich jemals in der Geschichte der Diplomatie eine solche Comödie abgespielt?

Ich weiß nicht, ob Du Lust hast etwas über meine Wenigkeit zu hören. Ich bin nun ein Jahr hier und arbeite in den Niederländischen

24. 3. 1872. for a book on the 17th century which I am now occupying myself with — faute de mieux. Since I was hustled out of my post at London in such brutal fashion, I have gone back to my old literary toil. Nothing was ever so mean and so treacherous as the conduct of my government to me. It was a pure act of revenge and spite towards Sumner, my personal and political friend, who refused to support the treaty for annexing a part of San Domingo. — The day after that treaty was rejected by the Senate, they sent me a letter requesting my resignation, for no reason whatever, and demanded my reply by telegraph.

My conduct of the English mission had nothing to do with my recal. Of course I had as much to do with San Domingo as you had. — Months afterwards when they were forced by me to assign reasons for their conduct and were ashamed to avow the true cause, they pretended to rake up a conversation between Lord Clarendon and myself in the first week of my mission and recorded in a despatch which had been formally approved by the secy of State, and in which they pretend that the American case was put too strongly! And now they have sent in a case stronger than anything I ever said or wrote and which is making all England's hair stand an end.

Archiven für ein Buch über das 17. Jahrhundert, mit dem ich mich jetzt beschäftige — faute de mieux. Seitdem ich aus meinem Posten in London in so brutaler Weise hinausbugsirt worden bin, bin ich zu meiner alten literarischen Arbeit zurückgekehrt. Nichts war jemals so gemein und so treulos, als das Betragen meiner Regierung zu mir. Es war ein reiner Act der Rache und des Hasses gegen Sumner, meinen persönlichen und politischen Freund, der sich weigerte, den Vertrag über die Annexion eines Theiles von San Domingo zu unterstützen. Den Tag, nachdem der Vertrag vom Senat verworfen worden war, schickten sie mir einen Brief, indem sie meine Amtsniederlegung ohne Angabe irgend eines Grundes forderten und meine telegraphische Antwort erbaten.

Meine Leitung der englischen Gesandtschaft hat mit meiner Abberufung nichts zu thun. Natürlich hatte ich mit San Domingo ebensoviel zu thun wie Du. Monate nachher, als sie von mir gezwungen wurden, Gründe für ihr Verfahren anzugeben, und sich schämten, den wahren Grund einzugestehen, erdreisteten sie sich, eine Unterredung zwischen Lord Clarendon und mir in der ersten Woche meiner Gesandtschaft, die in einer formell vom Staatssekretär gebilligten Depesche erwähnt war, aufzuwühlen, in welcher, wie sie behaupteten, der amerikanische Standpunkt zu streng gewahrt wurde! Und jetzt haben sie einen Standpunkt eingenommen, der noch strenger ist, als irgend etwas, was ich je sagte oder schrieb, und der allen Engländern die Haare zu Berge stehen läßt.

Further — they accused me of being too much of Sumner's way of thinking — yet when they wanted to get rid of his opposition, to the San Domingo treaty, Fish — as I am informed on the highest autority — offered my post in England to Sumner! 24. 3. 1872.

And all the time Fish was writing me most confidential and intimate letters.

The treachery of the whole thing is enough to make any honest man sick. They could have had my place at any moment if they had dealt with me like gentlemen and no word of remonstrance would have come from me.

However I didn't mean to say so much to you as I have done on this subject. Only when writing to you, I dont like to omit the opportunity of clearing myself, in case any of the infernal lies which have been circulated against me, have reached you. No man ever did his duty to his gov[t] and his country more conscientiously than I did.

Pardon me for writing so much about myself and for sending so much longer a letter, than you will have time to read.

I shall only add that my wife and daughter constantly talk of the pleasure and privilege they had of seeing so much of you in Vienna and desire to be most kindly remembered to you and through me to present their sincere compliments to Princess Bismarck.

Weiter klagten sie mich an, zu sehr mit Sumners Art zu denken übereinzustimmen, aber als sie seiner Opposition ledig zu werden wünschten mit Bezug auf den San Domingo-Vertrag, bot Fish — wie ich von der höchsten Autorität unterrichtet bin — meinen Posten in England Sumner an.

Und während dieser ganzen Zeit schrieb mir Fish die vertraulichsten und freundschaftlichsten Briefe.

Die Treulosigkeit des ganzen Verfahrens genügt, einen ehrlichen Mann krank zu machen. Sie hätten meinen Platz in jedem Augenblick haben können, wenn sie mit mir nach Art von Gentlemen verfahren wären, und kein Wort des Einwandes wäre von meinen Lippen gekommen.

Doch beabsichtigte ich nicht, Dir über diesen Gegenstand mehr zu sagen, als ich gethan habe. Nur lasse ich, da ich an Dich schreibe, nicht gern die Gelegenheit vorübergehen, mich zu rechtfertigen für den Fall, daß irgend welche von den höllischen Lügen, die gegen mich im Umlauf gewesen sind, Dich erreicht haben. Nie hat Jemand seine Pflicht gegen seine Regierung und sein Land gewissenhafter erfüllt als ich.

Verzeih mir, daß ich so viel über mich selbst schreibe und einen Brief sende, der so viel länger ist, als Du Zeit haben wirst zu lesen.

Ich will nur hinzufügen, daß meine Frau und Tochter beständig von dem Vergnügen und dem Vorrecht erzählen, das sie hatten, so viel von Dir in Wien zu sehen, und wünschen, Dir aufs freundlichste empfohlen zu sein und durch mich ihre aufrichtigsten Empfehlungen der Fürstin Bismarck darzubringen.

24. 3. 1872. Pray give her my most earnest regards as well to your daughter who I trust has not entirely forgotten me.

Your sons whom I saw in London in /69, are I hope well and prospering after all their military adventures.

Ever my dear Bismarck

most sincerely your old friend

J. L. Motley.

Bismarcks Antwort.

Berlin 31 March 72.

My dear old friend,

31. 3. 1872. Your letter found out by me in the dreary task of perusing the enormous quantity of official paper gathered during my absence in the country was the most agreeable surprise I might have met with the day before my birthday, which intrudes upon me tomorrow. Ein süſs bekannter Ton aus schrecklichem [1])

Hier bricht der Brief ab. Bismarck fand nicht die Zeit, ihn fortzusetzen, und lud mittelst Telegramm vom 1. April 1872 Motley zu sich ein.

---

[1]) Goethe, Faust I 4 (Studirstube) V. 1229.

Bitte, sprich ihr meine aufrichtigsten Grüße aus, nicht minder Deiner Tochter, die mich, wie ich hoffe, nicht ganz vergessen hat.

Deine Söhne, die ich 69 in London sah, sind hoffentlich wohl und gedeihen nach allen ihren militärischen Abenteuern.

Stets, mein lieber Bismarck,

in aufrichtigster Ergebenheit

Dein alter Freund

J. L. Motley.

Bismarcks Antwort.

Mein lieber alter Freund,

Dein Brief, den ich bei dem traurigen Versuch entdeckte, die ungeheure Masse amtlicher Papiere, die sich während meiner Abwesenheit auf dem Lande aufgehäuft hatte, durchzulesen, war die angenehmste Ueberraschung, auf die ich am Tage vor meinem Geburtstag stoßen konnte, der mir morgen bevorsteht. Ein süß bekannter Ton aus schrecklichem . . .

III.

6 Kneuterdyk
the Hague
26 june /72.

My dear Bismarck,

I am writing you a single line to know whether it will be possible for me to make you a visit. It is a pleasure which I have been longing for so much that I hope I am not destined again to be disappointed. 26. 6. 1872.

I write some time before hand and give a large margin in order if possible that you may be able without inconvenience to receive me.

When you sent me your very friendly telegram on your birthday, I was much provoked that I could not accept your kind invitation to Berlin. Since then we have been expecting and have at last received and enjoyed a visit from my second daughter and her husband (from England).

They are with us now and will remain until about the 18th July. After that date and at any time up to beginning of October I am at your disposal if I could be allowed to come to you at Varzin.

Will you be so kind as to let me have a single line to say when you are to be there or rather how long? —

I take it for granted that you are not remaining there all summer.

Mein lieber Bismarck,

ich schreibe Dir eine einzige Zeile, um zu erfahren, ob es mir möglich sein wird, Dich zu besuchen. Es ist das ein Vergnügen, nach dem ich mich schon so viel gesehnt habe, daß ich erwarte, nicht noch einmal enttäuscht zu werden.

Ich schreibe einige Zeit vorher und lasse Dir einen langen Zwischenraum, damit Du womöglich in der Lage bist, mich ohne Unbequemlichkeit zu empfangen.

Als Du mir Dein sehr freundliches Telegramm an Deinem Geburtstage sandtest, war ich sehr ärgerlich, daß ich Deine liebenswürdige Einladung nach Berlin nicht annehmen konnte. Seitdem haben wir immer in Erwartung gelebt und haben schließlich zu meiner Freude einen Besuch meiner zweiten Tochter und ihres Gatten aus England empfangen.

Sie sind jetzt bei uns und wollen bis zum 18. Juli bleiben. Nach diesem Tage und einige Zeit gegen Anfang des Octobers stehe ich zu Deiner Verfügung, wenn ich zu Dir nach Varzin kommen darf.

Willst Du so gütig sein, mir eine einzige Zeile zukommen zu lassen, um mir zu sagen, wann, oder besser noch, wie lange Du dort zu sein beabsichtigst?

Ich halte es für ausgemacht, daß Du nicht den ganzen Sommer dort zubringen wirst.

26. 6. 1872. Will you tell me when I can come or if you are too much occupied — as no doubt you are overwhelmed with work even in vacation — perhaps Princess Bismarck would be so gracious as to write to me and say when I could make a little visit — at any time most agreeable to you between 18 or 19 July and first of October.

I have another request to make. My eldest daughter (Mrs Ives) who lives with us usually, since her widowhood, is going to make a journey with me and I wish very much to combine that excursion with my visit to you. Would it be indiscreet if I asked leave for her to accompany me to your place?

I am very anxious that she should have the privilege of making your acquaintance and that of all yours. And you remember that when you were in Vienna, she was the only member of my family absent so that she has been defrauded of her just rights in this respect. She is most desirous of knowing you whose name has been a household word to her since her childhood — before it was a household word to all the world.

If however for any reason this proposition may be inconvenient, you will not hesitate to let me know.

I make all my plans after the 16 July depend on my answer from you so I am sure you will be barmherzig, and communicate with me in some way.

Willst Du, so theile mir mit, wann ich kommen kann, oder wenn Du zu sehr beschäftigt bist — da Du ohne Zweifel auch in den Ferien mit Arbeit überhäuft bist — so würde vielleicht die Fürstin Bismarck so liebenswürdig sein mir zu schreiben und zu sagen, wann ich einen kurzen Besuch machen kann, zu irgend einer Zeit, die Dir am besten paßt, zwischen dem 18. oder 19. Juli und Anfang October.

Ich habe noch eine Bitte zu stellen. Meine älteste Tochter (Mrs. Ives), welche gewöhnlich bei uns lebt seit ihrem Wittwenstand, beabsichtigt, mit mir eine Reise zu machen, und ich wünsche gar sehr, diesen Ausflug mit meinem Besuch bei Dir zu verbinden. Würde es unbescheiden sein, wenn ich für sie um die Erlaubniß bäte, mich nach Deinem Wohnsitz zu begleiten?

Ich bin sehr darauf bedacht, daß sie das Vorrecht haben möchte, Deine Bekanntschaft und die aller der Deinigen zu machen. Und Du erinnerst Dich, daß, als Du in Wien warst, sie das einzige abwesende Glied meiner Familie war, so daß sie in dieser Hinsicht um ihre berechtigten Ansprüche betrogen worden ist. Sie wünscht lebhaft, Dich kennen zu lernen, dessen Name ihr ein vertrautes Wort war seit ihrer Kindheit, noch bevor er ein vertrautes Wort war für alle Welt.

Wenn Dir aber aus irgend einem Grunde dieser Vorschlag unbequem sein sollte, so zögere nicht, mich es wissen zu lassen.

Ich mache alle meine Pläne nach dem 16. Juli abhängig von der Antwort, die ich von Dir erhalte; und Du wirst sicherlich so barmherzig sein und mir auf irgend einem Wege Nachricht geben.

We shall probably break up our residence here at the beginning of November as we are intending to pass the winter either at Nice or Cannes on account of my wife's health which has been much shattered during the last year or two. She is better now I am thankful to say, but she needs a better climate than this. 26. 6. 1872.

I have been a little shaky myself and require a vacation — and I am sure nothing in the world would do me so much good as seeing you for a few days either in the summer or early autumn.

Pray give my most sincere regards to Madame de Bismarck and your daughter and your sons if with you.

My wife sends most affectionate greetings to yours if she will accept them, as well as to yourself in which my daughters join, and I am always my dear Bismarck

most faithfully as of old

your friend

J. L. Motley.

P. S. Perhaps when you answer, you would kindly let me know the right route to take for Varzin.

Wir werden wahrscheinlich mit Beginn des Novembers unsern Aufenthalt hier abbrechen, da wir beabsichtigen, den Winter entweder in Nizza oder in Cannes zu verleben, um meiner Frau Gesundheit willen, die während des letzten Jahres oder [der letzten] zwei [Jahre] sehr erschüttert worden ist. Jetzt befindet sie sich, Gott sei Dank, besser, aber ein besseres Klima als das hiesige thut ihr noth.

Ich bin selbst ein wenig wackelig gewesen und trachte nach einer Ruhezeit, und ich bin überzeugt, daß nichts in der Welt mir so gut thun würde, als einige wenige Tage Dich zu sehen, entweder im Sommer oder im frühen Herbste.

Bitte, richte meine aufrichtigsten Empfehlungen aus an Frau v. Bismarck, Deine Tochter und Deine Söhne, wenn sie bei Dir weilen.

Meine Frau sendet die herzlichsten Grüße, mit denen sich die meiner Tochter vereinigen, der Deinigen, wenn sie sie annehmen will, nicht minder Dir selbst, und ich bin, mein lieber Bismarck,

treulichst wie ehedem

Dein Freund

J. L. Motley.

N.-S. Wenn Du antwortest, bist Du vielleicht so gut, mich den rechten Weg nach Varzin wissen zu lassen.

IV.

6 Kneuterdyk
the Hague
19 July /72.

My dear Bismarck,

19. 7. 1872. Your very kind letter of 6th[1]) duly reached me and I have delayed thanking you for it until now in order to be able to fix the exact day when we could leave for Varzin.

My daughter and her husband left us yesterday for England and we have decided to go to Berlin on Monday next 22d at 3½ P. M.

"We" means my eldest daughter (Lily Ives) and myself. My wife is deeply touched by your kind remembrance and wish to see her and regrets only too much that she is not well enough to undertake the journey. It would be the greatest possible pleasure to her to accept your invitation so cordially made and to have the much wished opportunity to make Made de Bismarck's acquaintance and as for girl No. 3 (Susie) it is an awful disappointment to her not to go to Varzin — but I cannot leave my wife alone and moreover three of the family at a time would be perhaps thought too tremendous an invasion of the sacred soil of Pommerania. —

---

[1]) Bismarckbriefe. Herausgegeben von Horst Kohl. S. 355 f.

Mein lieber Bismarck,

Dein sehr lieber Brief vom 6. erreichte mich richtig und ich habe es bis jetzt aufgeschoben, dir dafür zu danken, um in der Lage zu sein, den genauen Tag festzusetzen, wann wir nach Varzin aufbrechen könnten.

Meine Tochter und ihr Gatte sind gestern nach England abgereist, und wir haben beschlossen, nächsten Montag, den 22. 3½ Nachm., nach Berlin zu reisen.

„Wir" heißt meine älteste Tochter (Lily Ives) und ich selbst. Meine Frau ist tief gerührt durch Eure freundliche Erinnerung und wünscht, Deine Gattin zu sehen, und bedauert nur allzusehr, daß sie nicht wohl genug ist, die Reise zu unternehmen. Es würde für sie das größte Vergnügen sein, Deine so herzlich ausgesprochene Einladung anzunehmen und die vielgewünschte Gelegenheit zu haben, die Bekanntschaft der Frau v. Bismarck zu machen, und was Mädchen No. 3 betrifft (Susie), so ist es eine schmerzliche Enttäuschung für sie, nicht nach Varzin zu reisen; aber ich kann meine Frau nicht allein lassen, und außerdem möchten drei von der Familie gleichzeitig vielleicht doch als ein zu fürchterlicher Einfall in das geheiligte Gebiet Pommerns betrachtet werden.

19. 7. 1872.

Lily will be accompanied by her maid and I by an ancient serving man (Teutonic).

This will be the force mobilized on Monday, and I will send you a telegram trom Berlin Tuesday on arrival there.

I look forward with the greatest delight to seeing you. It is eight years since we met and what eight years! in which you have made a century of history.

Please invoke the Pommeranian divinities — especially the Jupiter Pluvius of your native woods — to be benignant on Wednesday next. But at any rate, rain or shine, we hope to have the pleasure of dining with you on that day.

I must break suddenly off for I find the post leaves in ten minutes and I have only time to send a thousand greetings and kindest messages from all this household to Princess Bismarck and yourself and all your family and especially to your fair daughter.

Even affectionately yours

J. L. Motley.

P. S. I believe that I have made it clear, that we leave Berlin for Varzin Wednesday morning 24th between 8 and 9.

Lily wird von ihrer Jungfer begleitet sein und ich von einem alten Diener (einem Teutonen).

Das wird die am Montag mobilisirte Macht sein, und ich werde Dir von Berlin am Dienstag bei der Ankunft dort ein Telegramm senden.

Ich freue mich unendlich, Dich wiederzusehen, es ist 8 Jahre, daß wir uns nicht gesehen haben, und was für 8 Jahre! in welchen Du ein Jahrhundert Geschichte gemacht hast.

Rufe gefälligst die pommerschen Götter an — speciell den Jupiter Pluvius Deiner Heimathswälder — daß sie dem nächsten Mittwoch gnädig sind. Aber in jedem Falle, ob Regen oder Sonnenschein, hoffen wir, das Vergnügen zu haben, mit Dir an diesem Tage zu speisen.

Ich muß plötzlich abbrechen, denn ich bemerke, daß die Post in 10 Minuten geht, und ich habe nur Zeit, tausend Grüße und freundlichste Empfehlungen von der ganzen Familie der Fürstin Bismarck und Dir selbst und Deiner ganzen Familie und besonders Deiner schönen Tochter zu senden.

Ebenso treulich

Dein

J. L. Motley.

N.-S. Ich glaube, deutlich gesagt zu haben, daß wir Berlin [zur Fahrt] nach Varzin Mittwoch Morgen, den 24., zwischen 8 und 9 verlassen.

V.

"Es wird auf Antwort verzichtet."

6 Kneuterdyck
the Hague
16 Aug. /72.

My dear Bismarck,

16. 8. 1872.

I am not going to bore you with a long letter, but I cant help writing a line to thank you and the Princess for your genial hospitality and to say how delighted both Lily and I were with the week we spent at Varzin.

It was a holiday time I had been looking forward to for years and — as is not often the case with human affairs public or private — the result was even better then the expectation.

I had feared to find you broken in health after the tremendous work you have accomplished in the eight years which have passed since we met. — But I have been most agreeably disappointed and you seem to have a half a century's work left in you. I sincerely hope, however there is not going to be much more to do in the same line.

I shall not undertake to say with how much admiration and sympathy I have followed and shall continue to follow your splendid career.

Mein lieber Bismarck,

ich habe nicht die Absicht, Dich mit einem langen Briefe zu langweilen, aber ich kann nicht umhin, eine Zeile zu schreiben, um Dir und der Fürstin für Eure herzliche Gastfreundschaft zu danken und Dir zu sagen, wie wohl wir uns beide gefühlt haben, Lily und ich, in der Woche, die wir in Varzin zubrachten.

Es waren Festtage, nach denen ich mich seit Jahren gesehnt hatte, und — wie es nicht oft in menschlichen Dingen öffentlicher oder privater Natur zu geschehen pflegt — das Ergebniß war sogar noch besser als die Erwartung.

Ich hatte gefürchtet, Dich mit gebrochener Gesundheit zu finden nach der furchtbaren Arbeit, die Du in den 8 Jahren gethan hast, die seit unsrer Begegnung verflossen sind. Aber ich war sehr angenehm enttäuscht, und Du scheinst mir das Zeug zu haben, noch eine Halb-Jahrhundertarbeit fertig zu bringen. Ich hoffe jedoch aufrichtig, daß in der Richtung nicht allzu viel zu thun sein wird.

Ich brauche Dir wohl nicht erst zu versichern, mit wie großer Bewunderung und Theilnahme ich Deine glänzende Laufbahn verfolgt habe und fernerhin verfolgen werde.

"Mein Pathos brächte Dich gewiss zum Lachen." — 16. 8. 1872.

You have done what I always hoped might be done, but which I thought would take about a century more or less to accomplish. — A great united Germany is at last made — and that as I have always believed is most necessary to the strength, peace and progress of the civilized world. — But I didn't intend to say a word of politics to you — knowing that they are to you just now what figs are to the grocer. But I shall never forget the pleasure which I had in the long walks and drives with you in the forests of Varzin listening to your most interesting conversation. I shall take leave to write to you from time to time, for I dont mean to lose my hold on you as long as I am above ground — but I dont expect answers. A man who gets one hundred and ninety three telegrams and eighty six letters a day — in his retirement — cant be expected to be a very prompt correspondent in private affairs.

You have no idea what a pleasure and privilege it was to Lily and myself to be with you on your silver wedding. — Be assured that my daughter thoroughly appreciated it and felt deeply the kindness of Princess Bismarck and yourself and that of your charming daughter.

„Mein Pathos brächte Dich gewiß zum Lachen."

Du hast fertig gebracht, was ich immer für Deutschland gewünscht habe, was aber nach meinem Ermessen zu seiner Vollendung mehr oder minder ein Jahrhundert in Anspruch nehmen würde. Ein großes geeinigtes Deutschland ist endlich zu Stande gekommen, und dieses ist, wie ich immer geglaubt habe, höchst nothwendig für die Stärke, den Frieden und den Fortschritt der civilisirten Welt. Aber ich wollte nicht ein Wort über Politik mit Dir sprechen, da ich weiß, daß sie für Dich jetzt just dasselbe ist, was Feigen für den Krämer sind. Aber ich werde nimmer vergessen, welches Vergnügen mir die langen Spaziergänge und Fahrten mit Dir in den Wäldern von Varzin gemacht haben, wobei ich Deine interessante Unterhaltung genießen konnte. Ich werde mir gestatten, Dir von Zeit zu Zeit zu schreiben, denn ich denke nicht daran, mein Recht auf Dich fahren zu lassen, so lange als ich am Leben bin — aber ich erwarte keine Antwort. Von einem Manne, der einhundert drei und neunzig Telegramme und sechs und achtzig Briefe an einem Tage erhält, — in seiner Zurückgezogenheit — kann man nicht erwarten, daß er ein sehr gewissenhafter Briefschreiber in privaten Angelegenheiten ist.

Du kannst Dir nicht denken, welches Vergnügen und welche Vergünstigung es für Lily und mich selbst war, Eure Silberhochzeit mit Euch zu verleben. Sei versichert, daß meine Tochter das durchaus zu schätzen wußte und die Güte der Fürstin Bismarck, Deiner selbst und Deiner reizenden Tochter tief empfand.

16. 8. 1872. We have ventured to send Countess Marie some little remembrances on her birthday which I believe is next Wednesday. I hope the box will arrive safe at its destination. —

I dare say that your expected guests are with you by this time. — The only thing wanting to our visit at Varzin was that dear old Keyserling and his daughter might have been with us there together. — Pray give him my most kind and sincere greetings and remembrances — as well to Countess Wanda whom I well remember as a little child. —

I regret to say that I found my wife very very poorly and she has been suffering much for the last two or three weeks. — She is better to day, and the Doctor speaks very encouragingly. — We have decided to pass the winter, on her account, either at Nice or Cannes.

Adieu my dear friend. — Many warm greetings and regards to Madame de Bismarck and your daughter and your sons and believe me always most faithfully your old friend

J. L. Motley.

Pray present my remembrances and regards to the Geheimrath — and pray thank Mademoiselle for her kindness to her interesting patient "Müllerchen". —

Wir haben uns erlaubt, Gräfin Marie einige kleine Erinnerungen für ihren Geburtstag zu senden, der, wie ich glaube, nächsten Mittwoch ist. Ich hoffe, die Kiste wird sicher an den Ort ihrer Bestimmung gelangen.

Ich darf wohl annehmen, daß Eure erwarteten Gäste zu dieser Zeit bei Euch sein werden. Das einzige, was unserm Besuch in Varzin fehlte, war, daß der liebe alte Keyserling und seine Tochter mit uns zusammen hätten dort sein mögen. Bitte, bestelle ihm meine freundlichsten und aufrichtigsten Grüße und Empfehlungen, wie auch der Gräfin Wanda, deren ich mich noch sehr gut aus der Zeit erinnere, da sie ein kleines Kind war.

Leider muß ich Dir sagen, daß ich meine Frau recht elend fand, und sie hat in den letzten zwei oder drei Wochen viel gelitten. Sie befindet sich heute besser, und der Arzt giebt die besten Hoffnungen. Wir haben beschlossen, um ihretwillen den Winter entweder in Nizza oder in Cannes zu verleben.

Adieu, mein lieber Freund. Viele warme Grüße und Empfehlungen an Frau v. Bismarck und Deine Tochter und Deine Söhne, und glaube, daß ich immer treulichst bin Dein alter Freund

J. L. Motley.

Bitte richte meine Empfehlungen und Grüße dem Geheimrath aus und danke dem Fräulein für ihre Güte gegen ihren interessanten Pflegling „Müllerchen".

VI.

Cannes Villa Meissonnier
February 20th 74.

Dear Princess Bismarck,

I received several weeks since from the Queen of Holland a small number of photographs which she had graciously caused to be made of a portrait which was painted of me two years ago by one of the first artists of Holland and which belongs to her. On one of them Her Majesty, quite unexpectedly to me, had written as you see the name of your illustrious husband, doubtless from knowing the great admiration and affection I have for him. I should have sent it sooner, had I not been at that time and for several weeks afterwards confined to my bedroom by a severe illness. You will excuse me for asking my daughter to be my secretary as since a severe nervous malady which I had last July I have very little use of my right hand and arm. We are passing the winter at this place the english doctors thinking it would benefit my health. I am glad of the opportunity to recall myself to your recollection and to say once more, how Lily and I enjoyed the great privilege of being with you at Varzin during that to us most delightful visit on that interesting occasion of your silver wedding and how often we speak of your great kindness and hospitality. 20. 2. 1874.

It is unnecessary for me to say with what interest and unfailing sympathy I continue to follow, as I always have done, each

---

Liebe Fürstin Bismarck,

Ich erhielt vor mehreren Wochen von der Königin von Holland eine kleine Anzahl von Photographien, welche sie liebenswürdiger Weise nach einem Bilde von mir hat machen lassen, welches vor zwei Jahren von einem der ersten Künstler von Holland gemalt worden ist und ihr gehört. Auf eine derselben hat Ihre Majestät, mir ganz unerwartet, den Namen Ihres erlauchten Gemahls geschrieben, zweifellos, weil sie die große Verehrung und Liebe kennt, die ich für ihn empfinde. Ich würde sie eher gesendet haben, wäre ich nicht zu dieser Zeit und mehrere Wochen vorher durch eine schwere Krankheit an das Zimmer gefesselt gewesen. Sie werden entschuldigen, daß ich meine Tochter gebeten habe, mein Sekretär zu sein, da ich seit einer schweren Nervenkrankheit, die mich letzten Juli befiel, meine rechte Hand und den Arm sehr wenig gebrauchen kann. Wir verleben den Winter hier, da die englischen Aerzte glauben, daß das für meine Gesundheit heilsam ist. Ich freue mich der Gelegenheit, mich bei Ihnen wieder in Erinnerung zu bringen und Ihnen noch einmal zu sagen, wie Lily und ich die große Vergünstigung zu schätzen wissen, daß wir bei Ihnen in Varzin sein durften, gerade als Sie Ihre Silberhochzeit feierten, und wie oft wir von Ihrer großen Güte und Gastfreundschaft sprechen.

Ich brauche Ihnen wohl nicht zu sagen, mit welchem Interesse und unausgesetzter Theilnahme ich fort und fort, wie ich es immer gethan

20. 2. 1874. step in Bismarck's career. If I ever get the use of my hand again, I should like sometimes to write to him, but of course I should not expect him to reply. I feel more than usually interested in the great religious conflict now going on in Germany and can have no doubt on which side success is sure, unless civilization is to go backward for a few centuries.

I most sincerely trust my dear Princess that your health has improved, I feel sure that it has if Bismarck has been getting better of his great fatigue, I hope that he sleeps better.

With most affectionate remembrances to Bismarck and Countess Marie, Herbert and Bill in which my wife and daughter beg to join,

(e.) I am always

most sincerely yours

J. L. Motley.

34.

Zwei Schreiben Bismarcks an König und Kaiser Wilhelm I.[1]

1864. 1876.

I.

Berlin, 18. Dezember 1864.

Ew. Majestät

18. 12. 1864. melde ich alleruntertänigst, daß ich dem Feldmarschall Allerhöchstdero Befehle mündlich mitgetheilt habe. Derselbe

[1] Vgl. o. S. 3 ff. 24 ff.

habe, jedem Schritte in Bismarcks Laufbahn folge. Wenn ich je den Gebrauch meiner Hand wiedererlange, werde ich gern manchmal an ihn schreiben, aber natürlich erwarte ich von ihm keine Antwort. Ich fühle mehr als je Theilnahme für den großen religiösen Conflict, der jetzt in Deutschland sich abspielt, und kann nicht zweifeln, auf welcher Seite der Erfolg sicher ist, sofern nicht die Civilisation für einige Jahrhunderte zurückgehen soll.

Ich hoffe aufrichtig, meine liebe Fürstin, daß Ihre Gesundheit sich gebessert hat, ich glaube sicher, daß dies der Fall ist, wenn sich Bismarck etwas von seiner großen Mattigkeit erholt hat, ich hoffe, daß er nun besser schläft.

Mit den herzlichsten Grüßen für Bismarck und Gräfin Marie, Herbert und Bill, in welche meine Frau und Tochter die ihrigen einzuschließen bitten, bin ich immer

Ihr aufrichtig ergebener

J. L. Motley.

forderte mich dabei auf, bei Ew. Majestät die Frage einer Amnestie in Anregung zu bringen. Wenn es in Allerhöchstdero Intention liegt, darauf einzugehn, so möchte ich ehrfurchtsvoll anheimstellen, die Absicht eines Gnaden-Actes in Anknüpfung an die heutige Feier[1]) etwa in der Allgemeinheit andeuten zu wollen, welche die Bestimmung der zu begnadigenden Kategorien noch vollständig offen ließe und eine vorgängige geschäftsmäßige Prüfung derselben behufs Vorbereitung der definitiven allerhöchsten Entscheidung nicht ausschlösse. 18. 12. 1864.

v. Bismarck.

Antwort des Königs.[2])

Einverstanden und wollen Sie mir eine Ordre in diesem Sinne vorlegen, damit sie, von heute datirt, morgen im Staats-Anzeiger erscheinen kann.

W. 18./12. 64.

II.

Berlin, 16. Februar 1876.

Ich habe so eben mit dem Grafen Karolyi über den Wiener Posten gesprochen. Als ich den Grafen Stolberg nannte, war sein erster Ausruf „Vorzüglich, politisch und persönlich die glücklichste Wahl, der Kaiser wird mit beiden Händen zugreifen.“ 16. 2. 1876.

Es ist sonach anzunehmen, und der Botschafter bezeichnete es als gewiß, daß auf seine telegraphische Anfrage die Kaiserliche Zustimmung ohne Verzug erfolgen werde. Im weitern Verlaufe des Gesprächs wiederholte Graf Karolyi in andern Formen den Ausdruck seiner Befriedigung, und bat mich, schon jetzt Ew. Majestät seinen persönlichen Dank für eine Wahl zu Füßen zu legen, die vor aller Welt Ew. Majestät aufrichtige und freundschaftliche Gesinnung für Oestreich kundgebe.

v. Bismarck.

Antwort des Kaisers Wilhelm.[2])

Ungemein erfreulich, wenn die Wiener Erklärung ebenso lauten wird.

W. 17./2. 76.

---

[1]) Siegeseinzug preußischer Truppen.

[2]) Auf den Rand des Briefes Bismarcks geschrieben.

35.

Zwei Briefe Leopolds v. Ranke an Bismarck.

1877.

I.

(o. D., nach Kanzleivermerk eingegangen in Varzin, 28/10. [1877]).

Hochgebietender Herr Reichskanzler,
Durchlauchtigster Fürst!

c. 26. 10. 1877. Ew. Durchlaucht wollen mir gestatten, daß ich Ihnen anbei den fünften Band der Hardenbergschen Denkwürdigkeiten zu Füßen lege. Er enthält nur Actenstücke, die aber ein großes historisches Interesse in sich tragen. Ich denke mir, daß besonders der Bericht des Grafen Metternich, damals österreichischen Gesandten in Berlin, vom November 1805, der S. 198 abgedruckt ist, die Aufmerksamkeit Ew. Durchlaucht auf sich ziehen wird; denn man sieht daraus, daß in jener Zeit sowohl der österreichische Hof, als auch das englische Ministerium mit der Einverleibung Hannovers in Preußen einverstanden gewesen wären. Sie würde die unmittelbare Folge der damaligen Coalition geworden sein, wäre es dieser nach Wunsch gegangen. Man wußte das bisher noch nicht; es ergiebt sich erst aus dem vorgelegten Actenstück, welches mir aus dem Wiener Archiv mitgetheilt worden ist. Durch diesen Band wird das Werk vollendet, an dessen Entstehung und Fortgang Ew. Durchlaucht großen Antheil genommen haben.

Ich habe soeben noch einige kleinere Arbeiten unter der Presse, von denen ich mir einbilde, daß sie Ew. Durchlaucht interessiren könnten. Ich bitte um gewogene Nachricht, ob es Ew. Durchlaucht gern sehen würden, wenn ich dieselben in dem auswärtigen Amte unter der Adresse Ew. Durchlaucht abgeben lasse.

In tiefer Verehrung, nicht ohne Erinnerung an frühere Tage
Ew. Durchlaucht
unterthänigster
(e.) Ranke.

II.

Ew. Durchlaucht

haben meine letzte Sendung durch ein Schreiben erwidert, für welches ich mich zu besonderem Danke verpflichtet fühle.

Der in demselben enthaltenen Erlaubniß gemäß überreiche ich anbei eine neue kleine Arbeit, biographische Artikel über Friedrich den Großen und Friedrich Wilhelm IV. Ich weiß recht wohl, wie mangelhaft sie sind. Möchten sie Ew. Durchlaucht nicht geradehin mißfallen. 6. 12. 1877.

In tiefster Verehrung

Berlin, d. 6. 12. 77. (e.) v. Ranke.

36.

Ein Brief Bismarcks an Graf St. Vallier.[1]

1879.

Varzin, le 20 Octobre 1879.

Cher Comte,

je vous remercie de votre intéressante communication. Par la lettre du Général Chancy j'ai appris sans m'en étonner autrement, que la littérature journalière a fait son métier qui est de broder sur les canevas qui lui paraissent trop simples. L'origine de tout le bruit remonte probablement à la gérance du Kaiserhof, dont les gens se trouvent naturellement en relations avec des journalistes. On a vu sortir le Gl. Chancy avec mon gendre, et cette base a suffi pour controuver le reste. 20. 10. 1879.

Je serai bien heureux de vous voir ici, cher Comte, mais je ne sais pas, si vous vous faites une idée juste de toutes les fatigues d'un voyage en Poméranie et de la solitude de mon séjour. Varzin est bien plus éloigné des centres de la civilisation que Friedrichsruh. C'est vous dire, que je devrais compter sur votre indulgence encore plus que l'année dernière. Le meilleur train part de Berlin à $8^1/_2$ h. du matin et ne vous rendra à la gare de Hammermühle, où j'enverrai vous chercher, qu'à 6 h. du soir. Vous serez le bienvenu à toute heure que vous choisirez.

Je ne quitterai pas Varzin pendant plusieurs semaines et je serai charmé de vous voir ici quel que soit le jour de votre arrivée. Veuillez seulement m'avertir par télégraphe dans la matinée, et tâchons d'avoir beau temps alors.

---

[1]) Nach dem Concept.

20. 10. 1879. La mort du pauvre Bülow m'afflige profondément. Je perds en lui un ami personnel et un collaborateur intelligent, aimable et de relation sûre à toute épreuve.

v. Bismarck.

Beilage.

Brief des Generals Chancy an Graf St. Vallier.

Abschrift. St Petersbourg, 13. Oct. 1879.

Ambassade de France.

Mon cher collègue,

Le Comte de Canclaux vous aura raconté mon séjour à Berlin. Je ne me doutais guères en partant, qu'il allait faire autant de bruit dans la presse. Le Gaulois du 9 Octbre contient un article intitulé „Le Général Chanzy et le Prince de Bismarck“ dans lequel il invente la conversation qu'il me prête avec le Chancelier. Mon premier mouvement a été d'écrire au directeur de ce journal pour le mettre en demeure de déclarer que ses prétendues informations n'ont aucune exactitude; mais c'eût été donner à ce factieux une importance qu'il ne peut et ne doit point avoir. J'ai donc préféré en écrire à M. Waddington, en lui racontant ce qui s'est passé, et en le priant de démentir l'article, s'il le juge convenable et dans les limites qu'il croira utiles.

Ce qui me provoque dans tout cela c'est de savoir, comment le Gaulois a appris que j'avais vu M. de Bismarck, et de ne pas passer pour avoir commis une indiscrétion.

Je me suis rendu chez le prince à 7 hs du soir, avec le Cte de Rantzau qui était venu de sa part; j'y suis resté un quart d'heure; il n'a été question ni de Vienne ni de l'Allemagne. Je suis ensuite rentré à l'hôtel; j'ai dîné en famille, dans une chambre à part, sans ouvrir la bouche sur mon entrevue; nous sommes partis de Berlin à 11 hs. sans avoir reçu qui que ce soit de connaissance. Je n'ai parlé à personne en route jusqu' à Petersbourg; et pendant que je voyageais tranquillement, le Gaulois racontait ce qui, selon lui, s'était passé chez le Prince Chancelier.

Aussi vous serai-je fort obligé si vous voulez bien à l'occasion faire savoir au Prince de Bismarck et à tous ceux que cela peut intéresser à Berlin, que je décline toute responsabilité dans les indiscrétions aussi bien que dans les inventions qui ont pu avoir lieu au sujet de ma visite au Chancelier, et qu'il ne me reste que le regret qu'on ait donné à ma démarche, toute de politesse, une tournure politique et une importance que dans ma pensée elle ne pouvait et ne devait point avoir.

J'espère que vous êtes rentré à votre poste en bonne santé. 20. 10. 1879.
Je l'apprendrai avec grand plaisir, et je compte bien avoir souvent de vos nouvelles.

Croyez, mon cher collègue, à mes sentiments bien affectueux et bien dévoués.

G[l] Chanzy.

Mes meilleurs souvenirs à M. le C[te] de Canclaux et à tout le personnel de l'Ambassade.

37.

Ein Brief des Grafen Stolberg an Fürst Bismarck nebst Bismarcks Antwort.

1880.

Wernigerode, den 5. Sept. 1880.

Ew. Durchlaucht

wollen mir gütigst nachstehende Darlegung gestatten. 5. 9. 1880.

Ew. Durchlaucht werden Sich erinnern, daß der Entschluß, wieder in den unmittelbaren öffentlichen Dienst einzutreten, mir seiner Zeit sehr schwer geworden ist. Vor allem war es die Befürchtung, meinen eignen Angelegenheiten mich zu sehr zu entfremden, welche meine Bedenken erweckte. Ich habe diese Bedenken demnächst zurücktreten lassen und bin nunmehr seit 4½ Jahren wieder im Reichs- bezw. Staatsdienst. In den beiden letzten Jahren habe ich mich zwar mit Allerh. Genehmigung längere Zeit in Wernigerode aufhalten können, aber diese Zeit hat gerade hingereicht, um mir klar werden zu lassen, wie sehr die unvermeidliche Gebundenheit einer amtlichen Stellung mich von meinen eigenen Angelegenheiten abzieht. Daher ist das Bedürfniß nach Wiedererlangung der Freiheit ein immer lebhafteres geworden und jetzt auf den Punkt gestiegen, daß ich den allerdringendsten Wunsch habe, meine Staatsämter wieder aufzugeben.

Das gütige Wohlwollen, mit welchem Ew. Durchlaucht mich fortgesetzt beehrt haben, läßt es mir als Pflicht erscheinen, Hochdenselben von meinen Gedanken vertrauliche Kenntniß zu geben, bevor ich irgend einen entscheidenden Schritt darin thue, und dies ist der Zweck des gegenwärtigen Schreibens.

Meine amtlichen Leistungen schlage ich selbst äußerst gering an. Aber dennoch wäre es immerhin möglich, daß Ew. Durchlaucht

5. 9. 1880. in der Ausführung meiner Absicht eine gewisse Personal-Verlegenheit erblicken könnten.[1] Ich würde dies aufrichtig bedauern, da mir nichts ferner liegt als die Absicht, Ihnen Unbequemlichkeiten zu bereiten; aber ich glaube in der That nicht, daß ernsthafte Verlegenheiten entstehen würden. Ganz abgesehen davon, daß ich mich für sehr leicht ersetzbar halte, erlaube ich mir nur daran ergebenst zu erinnern, wie ich Ew. Durchlaucht schon früher darlegte, daß nach meiner Erfahrung die allgemeine Stellvertretung des Reichskanzlers zweckmäßiger Weise dem Vorstande eines obersten Reichsamts zu übertragen sein würde, welcher durch sein Amt in die Lage gesetzt ist, die allgemeine Reichspolitik fortgesetzt im Zusammenhange zu übersehen. Es bleibt dann meine Hauptstellung als Vice-Präsident des Staatsministeriums. In letzterem müssen Ew. Durchlaucht naturgemäß eine so prädominirende Stellung einnehmen,[2] daß für den Vice-Präsidenten wesentlich nur eine gewisse formelle Handhabung der Geschäfte übrig bleiben kann. Für diese Aufgabe dürfte sich wohl eine andere geeignete oder gar geeignetere Persönlichkeit finden lassen;[3] sollte dies aber aus besonderen Gründen augenblicklich nicht der Fall sein, so kann meines Erachtens auch jeder vorhandene Minister, der nur mit Ew. Durchlaucht Politik im allgemeinen einverstanden ist, diese Geschäftsführung provisorisch übernehmen. Wenigstens konnte ich mich des Eindrucks niemals erwehren, daß die Wichtigkeit der mir im Staatsministerium zufallenden Geschäfte nicht im richtigen Verhältniß zu dem Maaße persönlicher Freiheit stand, welches ich aufzugeben genöthigt bin, so lange ich ein unmittelbares Staatsamt bekleide. Denn mittelbar dem öffentlichen Interesse zu dienen, bin ich nach wie vor gern bereit. Ich glaube auch, daß eine solche Betheiligung am Staatsleben weit mehr meiner Individualität entspricht und jedenfalls die Bewahrung der persönlichen Freudigkeit sichert, welche mir jetzt gänzlich fehlt.

Nach dieser offenen Darlegung gebe ich mich der Hoffnung hin, daß Ew. Durchlaucht meine Erwägungen gütigst würdigen und der Ausführung meiner Absicht keine Hindernisse entgegenstellen werden.

Inzwischen bin ich in bekannten Gesinnungen aufrichtigster Hochachtung

Ew. Durchlaucht

ganz ergebenster

Otto G. z. Stolberg.

---

[1]) Randbemerkung Bismarcks: ja.

[2]) Fragezeichen am Rande.

[3]) Randbemerkung: Wo?

Antwort Bismarcks.[1])

Friedrichsruh, 10. Sept. 1880.

Ew. Excellenz

gefälliges Schreiben vom 5. d. Mts. habe ich bisher wegen heftiger neuralgischer Leiden nicht beantworten können und bin auch heute nicht im Stande es mit eigner Hand zu thun, sondern muß mich der meines Schwiegersohnes bedienen. Die Schwierigkeiten, welche das Zerrgewicht der parlamentarischen Situation der Erfüllung dringlicher ministerieller Aufgaben entgegenstellt und denen meine Gesundheit, wenn sie nicht besser wird, nicht gewachsen ist, würden durch die Ausführung des Entschlusses, den E. E. mir zu meinem Bedauern kundgeben, wesentlich gesteigert werden; die Versuchung, mich denselben auch meinerseits durch den Rücktritt aus dem Dienst zu entziehen, wird dadurch gesteigert. Das Gefühl, Sr. Maj. dem Könige Verlegenheiten zu ersparen, und die Ueberzeugung, daß ein Minister nicht bloß für seine Amtsführung, sondern auch für seinen Rücktritt und dessen Folgen eine Verantwortlichkeit trägt, halten mich bisher in meiner Stellung, können mir aber die schwindenden Kräfte nicht ersetzen, und ich habe schließlich doch nicht allein die Verpflichtung, dafür aufzukommen, daß die Continuität der gegenwärtigen Regirung erhalten werde. Meine Privatverhältnisse machen es mir von Jahr zu Jahr dringlicher, mich, wenn nicht ausschließlich, doch mehr als bisher mit meinen eignen Angelegenheiten zu befassen, und mit der wachsenden Stärke der dem Staat und seiner Regirung entgegenstehenden Parteien und ihrer Anstrengungen wächst auch die Arbeit meiner ministeriellen Stellung und vermindert sich die Möglichkeit, meine eignen Geschäfte im Auge zu behalten. Ich bin auch, wenn ich zurücktrete, gegen den Vorwurf gesichert, daß ich dem Dienst des Vaterlandes meine Schuld nicht bezahlt hätte. Dem Bedürfniß nach Wiedererlangung meiner Freiheit steht außerdem die steigende Nothwendigkeit, meiner Gesundheit zu leben, zur Seite.

10. 9. 1880.

---

[1]) Nach dem Concept letzter Hand.

10. 9. 1880. In dieser meiner Situation bin ich noch mehr als früher auf die Unterstützung der Collegen angewiesen, und wenn Ew. Excellenz mir die Ihrige entziehen, so kann dieses für mich unerwartete Ergebniß auch nicht ohne Einfluß auf meine Entschließung bleiben. Sie sagen, daß Sie Ihre amtliche Leistung gering anschlagen, aber ich glaube, Sie unterschätzen dieselbe. Es kommt in E. E. Stellung gar nicht darauf an, daß Sie in die Details der Geschäfte regelmäßig eingreifen; es kommt vielmehr darauf an, ob das Gewicht Ihrer Persönlichkeit und Ihrer Stellung im Lande in die Wagschale des Ministeriums gelegt wird oder nicht, sowohl dem Lande gegenüber als auch in der Vertretung unsrer Politik bei Sr. Maj. dem Könige. Ich habe manche Collegen im Staatsministerium gehabt, welche bei ununterbrochener eigenhändiger Betheiligung an den laufenden Geschäften dennoch in langjähriger Amtsthätigkeit dem Lande nicht dieselbe Summe von Diensten geleistet haben, wie E. E. allein in der Zeit des Octobers v. J.[1]) In diesen und andern Vorkommnissen von politischem Schwergewicht, wie die kirchliche Gesetzgebung, die Reformen unsres Steuerwesens, kurz in allen größeren principiellen Fragen ist das Gewicht Ihres Namens und Ihrer Person nicht so leicht zu ersetzen, wie Sie annehmen. E. E. werden mir darin Recht geben, wenn Sie auch nur den Versuch machen wollten, den Nachfolger zu nennen, den ich dem Könige vorschlagen könnte. Der Versuch, ähnlich wie früher z. Z. Camphausens, einem der andern Minister die Vertretung im Präsidium zu übertragen, würde, wie ich fürchte, sofort weitere Personalkrisen im Gefolge haben. Gleichgültig, auf welchen von unsern Collegen die Allerhöchste Wahl fiele: die Ernennung des Einen würde, wie ich fürchte, mit Sicherheit den Austritt Andrer zur Folge haben.

Ich bin E. E. aufrichtig dankbar für das freundliche Wohlwollen und die Offenheit, welche auch aus dieser für mich nicht erfreulichen Mittheilung zu mir sprechen, und in Rech-

---

[1]) bei den Verhandlungen mit dem Kaiser wegen Unterzeichnung des deutsch-östreichischen Bündnisses.

nung auf diese Gefühle hoffe ich keine Fehlbitte zu thun, wenn ich E. E. dringlich ersuche, wenigstens in diesem Augenblicke keinen Entschluß zu fassen und denselben mindestens bis nach persönlicher Rücksprache zwischen uns zu verschieben. Es liegen augenblicklich nur solche Geschäfte vor, welche sich durch schriftliches Votum abmachen lassen, wie namentlich die Herstellung der Vorlagen für den Landtag, und diese, soweit E. E. sie den Ressortministern nicht anheim geben wollen, lassen sich auf dem Wege der Correspondenz erledigen, so daß ich mir mit der Hoffnung schmeichle, daß Sie selbst auf die Entscheidung nicht drängen werden. Wenn E. E. dabei, wie Sie sagen, die persönliche Freudigkeit fehlt, so kann ich Ihnen das sehr nachempfinden; ich kenne dies Gefühl seit fast 10 Jahren nicht mehr, sondern nur das der Pflicht gegen Gott und Menschen, und zwar einer Pflicht, die ich nicht mit Liebe zur Sache erfülle, sondern unter dem Zwange meines eignen Gewissens. Die Kämpfe, deren ununterbrochene Kette bei uns ein ministerielles Leben bildet, können nach meiner Erfahrung eine wahre Freude an der ministeriellen Wirksamkeit nur bei den Naturen aufkommen lassen, welche in der Stellung an sich Befriedigung finden, die ein Kampf nicht gewähren kann, in dem man des definitiven und dauernden Erfolges niemals sicher ist. In der Hoffnung, daß meine Bitte E. E. mindestens zu einer Vertagung Ihres Entschlusses bewegen werde, bin ich mit der aufrichtigsten 2c. 10. 9. 1880.

v. Bismarck.

Replik des Grafen Stolberg.

Ew. Durchlaucht

gefälliges Schreiben vom 10. d. M. habe ich heute früh zu erhalten die Ehre gehabt. c. 12. 9. 1880.

Indem ich zunächst meinen Dank für die gütige Art ausspreche, mit welcher Sie meine frühere Mittheilung aufgenommen haben, und indem ich mir vorbehalte, auf die einzelnen Ausführungen des geehrten Schreibens event. später zu antworten, beeile ich mich heute Ew. D. ganz ergebenst in Kenntniß zu setzen, daß ich Ihrem Wunsche gemäß von der Ausführung meines Wunsches, zurückzutreten, für jetzt absehe.

c. 12. 9. 1880. Mit dem wiederholten Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung bin ich

Ew. Durchl.

ganz ergebenster

Otto G. z. Stolberg.

32.

Ein Brief des Grafen Andrássy an Bismarck.

1882.

Hochverehrter Freund!

26. 6. 1882. Am Tage der Hochzeit meiner Tochter[1]) wurde ich freudig überrascht durch den Brief, den Sie an mich zu richten die Güte hatten. Meine Frau und Tochter gehören, wie Sie wissen, unter Ihre wärmsten persönlichen Verehrer, es ist also nur begreiflich, daß die freundschaftlichen Gefühle, welchen Sie Ausdruck gegeben, uns alle mit Freude und Stolz erfüllt haben.

Was mich anbelangt, so weiß ich es am besten zu würdigen, was es heißen will, wenn ein Mann wie Sie inmitten einer Thätigkeit, die jeden Nerv und jede Minute in Anspruch nimmt, Zeit findet, eines entfernten Freundes zu gedenken. Sie können daher versichert sein, daß Ihre guten Wünsche auf einen dankbaren Boden gefallen sind.

Meine Frau und meine Tochter senden Ihnen und der Fürstin, welcher ich mich zu Füßen zu legen bitte, die freundschaftlichsten Grüße, mein Schwiegersohn, der durch Ihre Approbation ganz stolz geworden ist, will Ihnen in warmer Verehrung genannt sein.

Ich folge, obwohl in ländlicher Ruhe, doch jedem Ihrer Schritte mit Spannung und Theilnahme und hege nicht nur die Hoffnung, sondern die feste Ueberzeugung, daß Sie auf dem Gebiete, auf welchem Sie jetzt in heißem Kampfe stehen, auch diesmal Sieger bleiben werden, daher ich Ihnen nichts zu wünschen habe als Gesundheit und Geduld.

Mit aufrichtiger Verehrung und Freundschaft

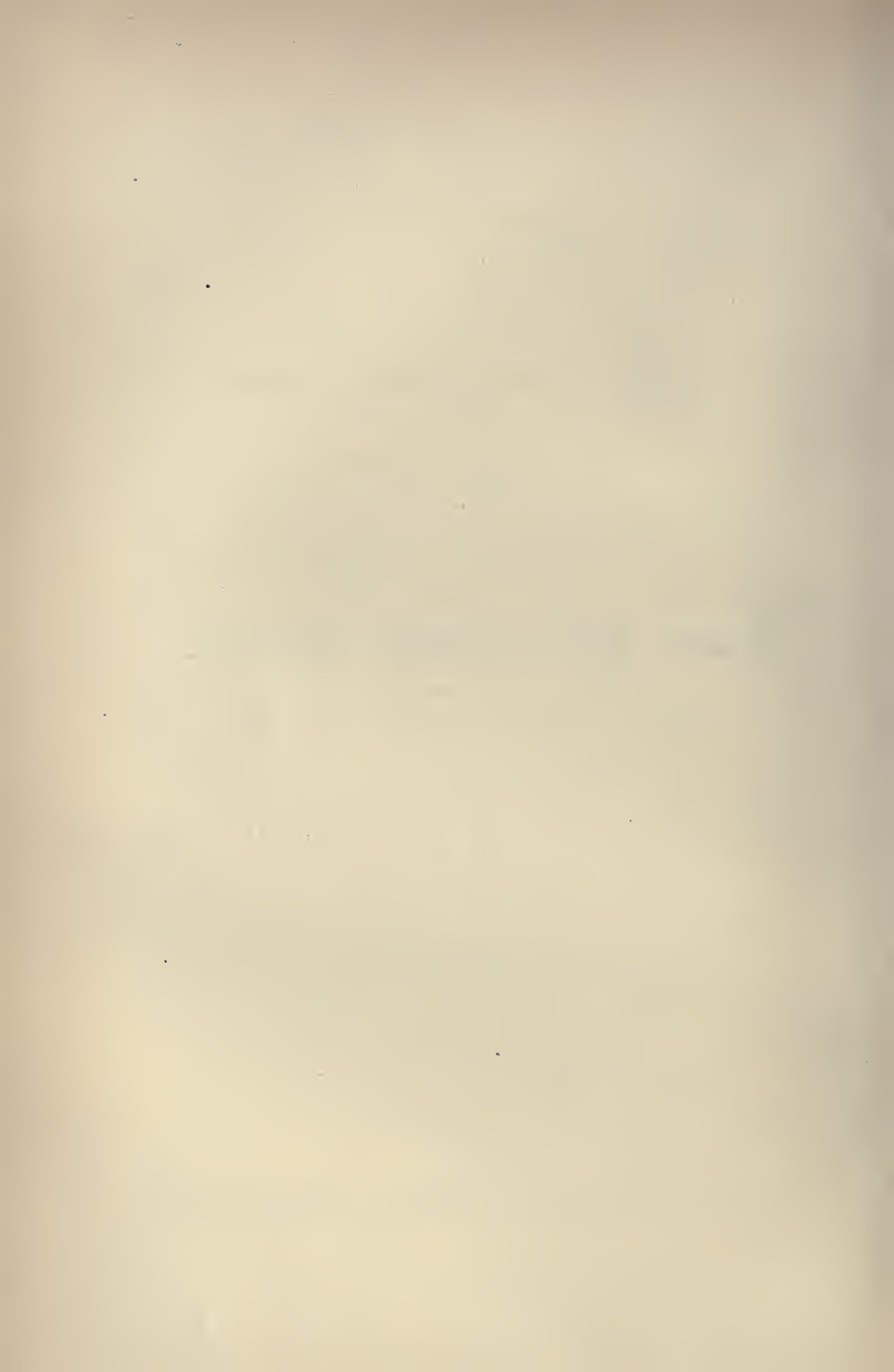
stets der Ihrige

Budapest, den 26. Juni 1882. Andrássy.

[1]) Am 23. Juni 1882 vermählte sich Gräfin Helene Andrássy mit dem Grafen Ludwig Batthyány von Német-Ujvar.

II.

Reden, Abhandlungen, Gedichte.



1.

Trinkspruch auf den Fürsten Bismarck.[1]

Von Prof. Dr. Horst Kohl (Chemnitz).

Hochansehnliche Festversammlung! Wo in diesen Tagen im In- und Auslande deutsche Männer zusammenkommen, um das Andenken des guten Kaisers Wilhelm zu feiern und sich sinnend in die Vergangenheit zu versenken, in der in heißen Kämpfen und schweren Wehen das deutsche Reich erstand: da werden sie auch des Mannes nicht vergessen, den Gott sich zu einem Werkzeuge ausersehen hatte, so Großes zu schaffen — seinem himmlischen und seinem irdischen Herrn zu Ehren, sich selbst zu bleibendem Gedächtniß — des Fürsten Bismarck, der im stillen Frieden von Friedrichsruh heut sicher des edlen Monarchen gedenkt, der in Treue zu ihm stand durch mehr denn fünfundzwanzig Jahre, durch keinerlei Ränke sich von seinem erprobten Rathgeber trennen ließ und noch am Spätabend seines Lebens Gott dankte, daß er ihm in einem solchen Minister ein solches Geschenk gemacht habe. Wahrlich, es ist im Geiste Wilhelms I. gehandelt, wenn wir Deutsche heute an seinem Gedächtnißtage auch dem Fürsten Bismarck die Ehre geben, die er ihm nimmer versagt hat; in seiner Bescheidenheit und demüthigen Selbsterkenntniß wußte er, daß alle Erfolge seiner Regierung dem Geiste und der Thatkraft seines Berathers zu verdanken waren, daß Preußen ohne Bismarck nimmer die Leitung in Deutschland gewonnen, daß ohne Bismarck nimmer das deutsche Reich erstanden, ohne

[1] Ausgebracht auf dem Commers zum Gedächtniß Kaiser Wilhelms I. in der Handelsbörse zu Leipzig Montag, den 22. März 1897.

Bismarck nimmer der Hohenzollern-Aar mit der Kaiserkrone geschmückt worden wäre, ja daß ohne Bismarck das Königthum in Preußen vielleicht zu einem wesenlosen Schatten zusammengeschwunden wäre. Das wußte Kaiser Wilhelm I., aber er begnügte sich nicht damit, es zu wissen, sondern er erkannte es auch gern und freudig bei jeder Gelegenheit an und hat so durch actenmäßige Zeugnisse selbst am besten jeder Verdunkelung der Geschichte durch den Nebel höfischer Geschichtsklitterung vorgebeugt. Mit tiefem Schmerze sehen deutsche Patrioten, wie man noch bei Lebzeiten des großen Kanzlers versucht, ihm die Palme zu rauben, die die Geschichte ihm längst gereicht hat, wie man den gottbegnadeten schöpferischen Geist eines Bismarck hinwegzuleugnen, ihn selbst, den genialen Baumeister des Reichs, den starken Hüter des europäischen Friedens, den ersten Staatsmann des 19. Jahrhunderts, zu einem bloßen Werkzeug, ja zum Handlanger des erhabenen Wollens Wilhelms I. zu machen versucht, um das alleinige Verdienst dem Kaiser zuzuwenden, dessen Größe nicht in der Initiative, nicht im Wollen lag, sondern in der vornehmen Selbstbescheidung, mit der er die überlegene Staatskunst eines Bismarck neidlos gewähren ließ, und in der ehrlichen und aufrichtigen, allem Phrasenhaften abgewandten und darum so herzlichen Anerkennung, mit der er ihm für seine treuen Dienste zu danken wußte. Ein solcher Monarch und ein solcher Minister — sie gehörten zusammen, und hätte Fürst Bismarck nicht dem sterbenden Kaiser das Gelübde gethan, daß er die Schritte des Enkels über die ersten Fährlichkeiten hinwegleiten werde, so wäre er mit dem Tage, da Kaiser Friedrich III. zu seinen Vätern versammelt ward, in den Ruhestand getreten, nach dem sein müder Leib sich schon damals sehnte, so kräftig und stark auch der Geist war, der ihn beseelte. — Und wahrlich, es wäre gut für ihn gewesen, wenn auch nicht gut für uns. Ihm wären die bitteren Erfahrungen erspart worden, die die Zukunft ihm bringen sollte. Es ist, als hätte er eine Ahnung davon gehabt, was ihm beschieden war, denn schon am 1. August 1872 giebt er in einem Briefe an den Kaiser, dem er für einen neuen herzlichen

Beweis der Gnade zu danken hat, der Befürchtung Ausdruck: „Ich habe im Rückblick auf mein Leben so unerschöpflichen Anlaß, Gott für seine unverdiente Barmherzigkeit zu danken, daß ich fürchte, es könne mir nicht so gut bis zu Ende gehn! Für eine besonders glückliche Fügung aber erkenne ich es, daß Gott mich auf Erden zum Dienste eines Herrn berufen hat, dem ich freudig und mit Liebe diene, weil die angestammte Treue des Unterthanen unter Ew. Majestät Führung niemals zu befürchten hat, mit einem warmen Gefühl für die Ehre und das Wohl des Vaterlandes in Widerstreit zu gerathen." So lange Kaiser Wilhelm I. am Leben blieb, war Fürst Bismarck vor solchen Erfahrungen sicher. Das „Niemals", mit dem jener ein Entlassungsgesuch Bismarcks am 7. April 1877 zu genehmigen ablehnte, sprach beredter als viele Worte: es war der Ausdruck eines festen Entschlusses, komme was da wolle, sich nicht von dem zu trennen, dem er nach dem Ablauf einer zehnjährigen Dienstzeit das Zeugniß gegeben hatte, daß sein Rath und seine That ihn Schritt für Schritt in den Stand gesetzt habe, Preußens Kraft zu entwickeln und Deutschland zur Einigkeit zu führen, und daß sein Name unauslöschlich in der Geschichte Preußens und Deutschlands verzeichnet stehe. Wir glaubten, dies „Niemals" werde auch bindend sein für die Nachfolger des edlen Greises, der am 9. März 1888 müde sein Haupt neigte, um auszuruhen von einem arbeitsreichen Leben in treuer Pflichterfüllung, und in stürmischer Begeisterung jubelten wir dem Erben eines mit ehrfürchtiger Liebe genannten Namens zu, weil er das „Niemals" des Großvaters sich zur Richtschnur zu nehmen schien und mit der Pietät des jüngeren Mannes die Leitung Preußens und der Reichspolitik den Händen des erfahrenen Piloten überließ, der durch Stürme und Brandung sicher das Schiff in das offene Meer der Weltpolitik hinausgeleitet und den deutschen Farben bei allen Völkern des Erdballs die vordem höhnend versagte Anerkennung erzwungen hatte. Und nun geschah das Unerwartete, so ganz Unglaubliche, daß Bismarck entlassen wurde, — nicht in Gnaden, wie nach höfischem Brauche die amtlichen Zuschriften sagten, und nicht auf sein

eigenes Gesuch, wie eben dort zu lesen war, sondern gegen seinen Willen, auf einen in dringlicher Form wiederholten Befehl des Souveräns. Freilich ein Begräbniß erster Classe — wie Fürst Bismarck selbst in unübertrefflicher Kürze zu sagen pflegt — ward ihm zu Theil; mit militärischem Pomp ward er zum Bahnhof geleitet, mit militärischem Pomp in Friedrichsruh empfangen und beigesetzt im schlichten Landhaus — ein politisch todter Mann. Denn wenn auch dem Scheidenden der Abschied „in der Zuversicht“ ertheilt ward, „daß sein Rath und seine Thatkraft, seine Treue und Hingebung auch in Zukunft dem Kaiser und dem Vaterlande nicht fehlen werde“, so ist doch die Thatsache unbestreitbar, daß noch nie seit 1890 auch nur in einer der großen Lebensfragen unsres Volkes, unsrer innern und auswärtigen Politik der Rath des Fürsten Bismarck erbeten, oder wenn er ihn unerbeten aus treuer Sorge für sein Vaterland durch Vermittlung der Presse gab, solcher Rath im Centrum unsrer Reichsregierung beachtet worden wäre. Und damit die Welt ja klar erkenne, daß der Gestürzte kein Recht mehr habe, gehört zu werden, ließ Herr v. Caprivi vertraulich schon am 23. Mai 1890 allen Vertretungen des deutschen Reichs die Mittheilung zugehen, daß man in Berlin zwischen dem Fürsten Bismarck von früher und jetzt scharf unterscheide und allen Aeußerungen der Presse in Bezug auf die Anschauungen des Fürsten Bismarck einen actuellen Werth nicht beilege, wovon die auswärtigen Regierungen amtlich zu verständigen seien. Zugleich begann die officiöse Presse, der sich die Blätter der schwarzen und rothen Demokratie von der Kölnischen Volkszeitung bis zum Vorwärts jubelnd anschlossen, in gehässigen Artikeln dem Löwen den Eselstritt zu geben. Da kam das Märchen auf vom Alkoholiker und Morphinisten Bismarck, dessen geistige Fähigkeiten unter den gröbsten Ausschweifungen gelitten haben sollten, die Legende von dem verbitterten Bismarck, der in titanenhafter Wuth danach verlange, durch Zerstörung seiner eigenen Schöpfung zum politischen Selbstmörder zu werden, also daß man seine Treue gegen den Bismarck der Geschichte nicht besser wahren könne, als wenn man im engsten Anschluß

an den deutschen General mit dem italienischen Namen den Bismarck von heute bekämpfe. Es waren schmerzliche Zeiten für jeden aufrichtigen Vaterlandsfreund. Das Wort der Wahrheit drang nicht bis an die Stufen des Throns, um den sich vergoldete Sklaven drängten, die die Angst vor den Bismarcks zittern machte und zu giftiger Verleumdung trieb. Aber schmerzlichere sollten noch kommen. Wie krampfte sich uns das Herz zusammen, als der Reichsanzeiger am 8. Juli 1892 neben jenem bisher geheim gehaltenen Erlaß vom 23. Mai 1890 den neuen Erlaß vom 9. Juni 1892 brachte, durch den die Mitglieder der deutschen Botschaft in Wien angewiesen wurden, der Hochzeit des Grafen Herbert Bismarck fern zu bleiben, ja der deutsche Botschafter Prinz Reuß ausdrücklich beauftragt wurde, dem Grafen Kalnoky amtlich von dem Banne Kenntniß zu geben, der über das Haus Bismarck verhängt worden war. Dem Geächteten schlossen sich die Thore der Wiener Hofburg: der beste Freund Oestreichs, wie Kaiser Franz Joseph selbst Fürst Bismarck genannt hat, durfte von dem Monarchen, der ihn liebte, nicht empfangen werden, weil die Interessen einer großen Nation ihn zwangen, seine Beziehungen zum amtlichen Deutschland nicht der Freundschaft für den Gestürzten zu opfern. Diese gehäuften Beleidigungen des Fürsten Bismarck waren zugleich Beleidigungen des deutschen Volks. Und Gott sei Dank — es fand den Muth, öffentlich gegen eine solche Mißhandlung zu protestiren. Bismarcks Reise von Friedrichsruh nach Wien war der Triumphzug eines Siegers: unvergessen sind die herrlichen Tage, da unsre sächsische Residenz, einst die Brutstätte eines giftigen Bismarckhasses, in überwältigender Weise der Liebe des sächsischen Volkes zu seinem Bismarck Ausdruck gab, unvergessen die Münchener Huldigungen, unvergessen die Wallfahrten nach Kissingen, wo zu Tausenden die Süddeutschen erschienen, um in Wort und Lied den Schwur der Treue zu leisten, unvergessen die großartige Kundgebung des Thüringer Volkes im Saaleumflossenen Jena, bei der Thüringer Gemüth und Thüringer Zorn in ungebändigtem Ungestüm zu Tage traten. Der Stein, den die Bauleute verworfen, war zum Eckstein geworden, auf

dem ein mächtiges Gebäude aus den Quadern der Liebe und der Treue sich erhob. Hatte Caprivi den politisch todten Mann nun auch moralisch tödten wollen, so mußten ihn die Ereignisse vom Sommer 1892 belehren, daß er das Gegentheil erreicht hatte. Ohne es zu wollen, hatte er dem Fürsten Bismarck die glänzendste Gelegenheit geschafft, vor die Oeffentlichkeit zu treten und in den köstlichsten Reden an die deutsche Nation sich als Warner und Weiser zu bethätigen. Zwar versuchten wohl ab und zu die Behörden, durch polizeiliche Chicanen der Begeisterung des Volkes Schranken zu setzen, aber ihr Wille erwies sich machtlos gegenüber dem Drange, der die Herzen spannte. Das Jahr 1893 brachte neue Huldigungen, neue Fahrten nach Kissingen und Friedrichsruh, und oft in ergreifender Form kam das Bekenntniß der Liebe von den Lippen von Männern und Frauen. Fürst Bismarck hat nie danach gegeizt, populär zu sein, ja er hat Jahre lang eine förmliche Furcht davor gehabt, es zu werden, weil er in einem langen Leben die Erfahrung gemacht hat, daß Popularität etwas Vergängliches ist; er hat, so lange er in Amt und Würden stand, das streberische und speichelleckerische Gesindel verachtet, das sich an die Mächtigen der Erde herandrängt, um zu ernten, wo sie nicht gesäet haben, und durch Kriecherei zu erschleichen, was sie in ernster Arbeit nicht erreichen mochten. Er trat noch mit einem gewissen Gefühl der Verachtung vor der leicht beweglichen Masse in den Ruhestand, die heut mit „Hosianna" empfängt, dem sie morgen das „Kreuzige!" zuruft. Aber *diese* elementaren Beweise einer hingebenden Liebe, die liebt, wo sie nichts gewinnen kann, ja wo die Aeußerungen der Liebe als verdächtige Symptome einer vorhandenen Reichsfeindschaft oder gar der Opposition gegen die Allerhöchste Person von den amtlichen Blättern gebrandmarkt wurden — sie lehrten den Fürsten, daß er sich durch seinen selbstlosen Dienst am Vaterlande wirklich in den Herzen des deutschen Volkes einen Tempel aufgerichtet hatte, daß das deutsche Volk seinen Werth und sein Werk besser zu würdigen verstand, als das Hohenzollernhaus, dessen Wappenschild er zum leuchtendsten Symbol eines lebenskräftigen

Königthums gemacht hatte, und daß es ihm dankte mit Treue und Liebe. Und das war für ihn selbst der schönste Lohn. So ward in diesen Jahren der Bund geschlossen zwischen Bismarck und dem deutschen Volke, und wenn auch noch Hunderttausende grollend zur Seite stehen, weil sie offen oder versteckt das deutsche Reich — dieses, will's Gott, dauernde Denkmal Bismarckischer Schöpferkraft — bekämpfen: die vielen Millionen, die heut mit uns den Gedenktag Wilhelms I. feiern, — sie alle sind Bismarckisch bis auf die Knochen.

Es schien, als könnte man sich auch an maßgebender Stelle der Bewegung nicht entziehen, die Caprivis Bannbrief entfesselt hatte. Das Günzer Telegramm Sr. Majestät des Kaisers, das in banger Sorge nach dem Befinden des schwererkrankten Fürsten fragte, ward wie eine Erlösung von schwerem Drucke empfunden. Und als der Fürst, genesen, einer Einladung des Kaisers folgend in Berlin erschien und der vor 18 Monaten Geächtete seinen Einzug in das Kaiserschloß der Hohenzollern als gefeierter Gast hielt — da wollte der Jubel schier kein Ende nehmen, und jauchzend rief Einer dem Andern die Wundermär zu: „Der Kaiser und Bismarck versöhnt!" Und wer noch zweifelte, den mußte des Kaisers Besuch in Friedrichsruh, den mußte sein geharnischter Protest gegen den Beschluß des deutschen Reichstags, dem achtzigjährigen Bismarck den Glückwunsch zu versagen, den mußte die glänzende Schaustellung militärischen Gepränges vor dem Generalobersten Bismarck am 26. März 1895 eines Besseren belehren. Noch einmal flammte mächtig die Liebe zu Bismarck auf: die gewaltigen Huldigungen, die der 26. März 1895 einleitete, die in dem Fest vom 1. April 1895 ihren Höhepunkt, in den Massenfahrten nach Friedrichsruh während des Frühlings und Sommers ihren Nachklang hatten, sie galten auch dem Kaiser, der durch die eigene That bewiesen hatte, daß sein am Grabe Adrian de Ruyters gesprochenes Wort: „Das ist ein großes Volk, das seine großen Männer zu ehren weiß", vom deutschen Volke richtig verstanden worden war, indem es den großen Staatsmann feierte, der ihm im deutschen Reiche ein

wohnliches Haus gebaut und das Elend und den Fluch deutscher Kleinstaaterei von ihm genommen hatte.

Und jetzt? In wenigen Tagen erfüllen sich zwei Jahre seit dem 26. März ruhmvollen Gedenkens, und abermals gilt Fürst Bismarck als ein Geächteter; abermals haben die officiösen Zeitungen einen erbitterten Kampf gegen ihn geführt, weil er zum Zwecke der Vertheidigung gegen eine nichtswürdige Verdächtigung seiner Politik die Thatsache von der Existenz eines russisch-deutschen Vertrags und seiner Nichterneuerung enthüllt hat, abermals hat ihm der „Reichsanzeiger", wenn auch in milder Form, einen Verweis ertheilt, abermals hat die losgelassene Meute der ultramontanen, freisinnigen und socialistischen Presse ein wildes Gekläff erhoben gegen den Greis im Silberhaar, abermals hat man ihn einen Verräther gescholten und die Zuchthausstrafe für ihn gefordert, weil er den Muth gehabt hatte zu sagen, was schon längst jeder einsichtsvolle Politiker wußte, daß die Brüskirung Rußlands der schwerste Fehler der deutschen Politik gewesen ist und mit Naturnothwendigkeit die französisch-russische Intimität nach sich ziehen mußte. Und abermals blieb es nicht beim Zeitungskrieg, abermals wurde in augenfälliger Weise dem Bismarckischen Hause bewiesen, daß die Gnade des Souveräns ein Geschenk sei, das jeden Tag wieder genommen werden kann; und zweifelnd fragt sich das Volk, fragen wir: Wohin soll das führen?

Sie fragen mich vielleicht: wozu das Alles am Gedächtnißtage Wilhelms I.? Ich antworte: weil das deutsche Volk nicht blos das Recht, sondern sogar die heilige Pflicht hat, an diesem Tage für seinen Bismarck einzutreten,

für den Bismarck der Geschichte,

der in den Tagen der Revolution, als das Königthum der Hohenzollern sich selbst aufgegeben hatte und den Bund mit der Revolution zu schließen bereit war, dieses Königthum gegen seine eigene Schwäche vertheidigte, —

der in Frankfurt das gedemüthigte Preußen zu einer achtunggebietenden Macht erhob, —

der in Petersburg und Paris seine großen politischen Ziele weise vorbereitete, —

der, in den Rath Wilhelms I. berufen, die schleswig-holsteinische Frage zu einer Sache der deutschen Großmächte machte und den deutschen Bund und das Ausland von der Einmischung fernzuhalten verstand, —

der nebenbei den Kampf für die bedrohten Rechte der Krone mit unbeugsamer Energie furchtlos und treu führte —

für den Bismarck,

der die Siege der preußischen Waffen auf den böhmischen Schlachtfeldern zur Stärkung Preußens und zur Begründung des norddeutschen Bundes benutzte, —

der durch geheime Verträge mit den Südstaaten die militärische, durch Erneuerung des Zollvereins die wirthschaftliche Einigung zwischen Süddeutschland und dem Norddeutschen Bunde herbeiführte, —

der die Begehrlichkeit der Franzosen nach deutschem Land, nach Luxemburg und Belgien mit diplomatischer Feinheit zum Schweigen brachte, und als der lang vermiedene Krieg mit Ehren nicht mehr zu vermeiden war, durch die meisterhafte Kürze der Emser Depesche die diplomatische Niederlage von Ems in einen Sieg verwandelte, —

der während des Waffengangs Deutschlands mit Frankreich Sieg um Sieg auf diplomatischem Gebiete gewann, indem er die neutralen Staaten in Schach hielt, den Süden Deutschlands zum festen Bunde mit dem Norden einte und gegen den Willen seines Herrn, doch in weiser Erkenntniß dessen, was für Deutschland nöthig war, den Titel eines deutschen Kaisers erneuerte, —

für den Bismarck,

der das neue Reich begründete, den Kampf gegen römische Anmaßung aufnahm und mit Entschlossenheit führte, bis er den Gegner nicht überwunden, wohl aber zur Verhandlung geneigt gemacht hatte, —

der mit kühner Hand auch auf dem Gebiete der Finanz- und Handelspolitik die Zügel ergriff, um in durchgreifender Reform unser wirthschaftliches Leben zu heben, —

der den Deutschen den Weg zum Welthandel erschloß, den ersten bescheidenen Anfängen unsrer Colonialpolitik mit dem Schutze des Reiches folgte und dem gehässigen Neide unserer transatlantischen Vettern Schweigen gebot, —

für den Bismarck,

der mit der großen Botschaft vom 17. November 1881 das deutsche Reich in die Bahnen eines gesunden Staats-socialismus hinüberleitete und gegenüber dem schrankenlosen Egoismus capitalistischen Unternehmerthums dem modernen Staate die Aufgabe stellte, unter Anerkennung des Rechts auf Arbeit praktisches Christenthum zu üben, —

für den Bismarck schließlich,

der Europa 20 Jahre hindurch die Wohlthat des Friedens erhielt, Berlin zum Mittelpunkte aller politischen Verhandlungen der europäischen Diplomatie machte und in dem Bunde mit Oestreich und Italien die werthvollste Bürgschaft für die Ruhe des Erdtheils schuf.

Diesen Bismarck der Geschichte dürfen und wollen wir uns nicht ersetzen lassen durch einen Bismarck der Legende, der — ein braver und tüchtiger Rathgeber — immer nur die Gedanken seines Königs ausführte und ein brauchbares Werk-zeug, aber nimmer ein schöpferischer Geist war. Hinweg mit solchem legendären Plunder. Wenn irgend einer, so hat Fürst Bismarck ein Recht zu sagen, was Sully von sich sagte: Mein Vaterland hat allen Grund stolz zu sein, daß es einen solchen Minister gehabt hat. — Wer sind die Leute, die den Geist des Kaisers mit solchen Gedanken füllen, deren Unwahr-heit so leicht zu erweisen ist? Sehen sie nicht, wie sie das Königthum, das Kaiserthum gefährden, wenn sie dem Monar-chismus die Stütze der Verantwortlichkeit entziehen, die die Verfassung weise als einen Schutzwall unsrer monarchischen Institutionen gegen die Wogen der Revolution aufgerichtet

hat, wie sie die schlimmsten Gegner aller Königsherrschaft mit scharfen Waffen ausrüsten gegen eine Institution, die uns, den Anhängern Bismarcks, die heiligste auf Erden ist, in der Ueberzeugung, daß die Monarchie für unser Volk nicht bloß das Ergebniß unsrer geschichtlichen Entwickelung, sondern vielmehr ein Gottesgeschenk ist, das wir uns stark und lebensfähig erhalten müssen auch für die stürmischen Zeiten, denen wir entgegengehen? Wie Fürst Bismarck von sich sagen konnte: „Meinem Fürsten bin ich treu bis in die Vendée", so sagen auch wir von uns: „Unserm Kaiser sind wir treu bis zum Tode." Aber nicht der ist ein treuer Unterthan, der schweigend gehorcht und im Geheimen murrt, sondern derjenige, der den Muth hat, den Kaiser und seine Rathgeber anzurufen, wenn er sie auf einem Wege sieht, der in Gefahr, der in den Abgrund führt. Der Berufenste aber, dies zu thun, ist niemand anders als Fürst Bismarck. Er ist Deutschlands öffentliches Gewissen, sein treuester Berather und sein wärmster Freund. Und wir, wir stehen hinter ihm, bereit, ihn zu hören und von ihm uns leiten zu lassen auf der Bahn der Ehre zum Wohle von Kaiser und Reich. Und darum, hochansehnliche Festgenossen, die Augen und die Herzen heut nach Friedrichsruh gerichtet. Dem guten Kaiser Wilhelm zu Ehren, der Treue mit Treue lohnte und bis an seinen Tod dem treuesten seiner Diener ein gütiger und dankbarer Herr war, lassen Sie uns jetzt dem greisen Fürsten Bismarck das Gelübde der Treue erneuern, der Treue gegen ihn, gegen Kaiser und Reich, gegen König und Vaterland, indem wir jubelnd und dankerfüllt mit unsern deutschen Brüdern in allen Landen einstimmen in den Ruf:

Se. Durchlaucht, Fürst Bismarck, *unser* Bismarck,
er lebe hoch!

2.

Zur Enthüllung des Bismarckdenkmals in Heidelberg.

1. April 1897.

Festrede, gehalten vom Geh. Hofrath Prof. Dr. Erdmannsdörffer.[1])

Hochansehnliche Versammlung!
Werthe Mitbürger!

Schon manches Jahr haben wir, eine treugesinnte Gemeinde, uns zu der Geburtstagsfeier des 1. April zusammengefunden. Es waren immerdar Stunden freudiger Erhebung der Geister und der Herzen. Hinweg über das Getriebe des täglichen Lebens, über die Sorgen und Kämpfe, die es erfüllen, richteten wir bewundernder Dankbarkeit voll die Blicke auf die ehrwürdige theuere Heldengestalt unseres großen Alt-Reichskanzlers, dem ein gütiges Geschick die nestorische Fülle der Jahre wieder um ein neues vermehrt hatte, und in den letzten sieben mageren Jahren mochte, wem es so zu Muthe war, sich dabei vielleicht in dem stolzen Selbstgefühl wiegen: wir sind doch ein wahrhaft großes und reiches Volk, wir Deutschen — wir besitzen den größten Staatsmann des Jahrhunderts, und wir dürfen uns den Luxus gestatten, ihn in einen stillen Waldwinkel des Vaterlandes zu bannen und die reichsten Schätze politischer Weisheit und Erfahrung, die in eines jetzt lebenden Mannes Haupt vereinigt sind, brach liegen zu lassen.

Unsere heutige Festfeier für den 82jährigen Helden gewinnt durch zwei Umstände einen besonderen Charakter. Es

---

[1]) Den Abdruck hat der Verfasser gütigst gestattet.

ist einmal die Nähe des unvergeßlichen allgemein nationalen Gedenktages vom 22. März, dessen Weihestimmung noch in allen Seelen nachklingt, und es ist in unserem engsten Kreise hier die herzliche Freude über die Erfüllung eines längst gehegten Wunsches, über die glücklich vollbrachte Errichtung eines Bismarck-Denkmals in unserer Stadt.

Die Festklänge der Centenarfeier sind verrauscht. Die ganze Fülle von Liebe und Verehrung für unseren herrlichen alten Kaiser, die in der Nation lebt, ist zum lebendigsten und wärmsten Ausdruck gekommen, und fast überall wohl hat sich dabei auch ganz von selbst das Gefühl geltend gemacht, daß der Gedenktag Kaiser Wilhelms zugleich auch ein Ehrentag sei für seine von ihm unzertrennlichen Paladine (wenn ein so vornehmer Ausdruck heute noch erlaubt ist) und vor allen auch für seinen großen Kanzler. So hat es sich in vielen Hunderten von Kundgebungen aller Orten im Reich ausgesprochen. Es gehört zu den vielen wunderlichen Antinomien, in denen unser öffentliches Leben sich jetzt bewegt, daß allein bei der großen officiellen Feier in der Reichshauptstadt dieser Gesinnung nicht Ausdruck gegeben worden ist. Nun erhebt sich auf dem Schloßplatz zu Berlin das stolze Kaiserdenkmal, das die Nation als Ganzes ihrem alten Kaiser Wilhelm errichtet hat — und die öffentliche Meinung wird sich allmählich Rechenschaft darüber zu geben haben, ob die gewählte künstlerische Ausführung und die politische Auffassung, die ihr zu Grunde liegt, eigentlich der Empfindung des wahren Auftraggebers d. h. der deutschen Nation entspricht. Eine stolze Reitergestalt auf hohem Sockel, von einer weiten Prachthalle umgeben, mit reichem Trophäenschmuck, mit Genien und Victorien, mit brüllenden Löwen und auffliegenden Adlern — kein anderes menschliches Antlitz in dem weiten Raum dem Kaiser zur Seite, nur ein abstracter allegorischer Genius, der das Roß am Zügel führt; für den großen Kanzler, für den großen Feldherrn keine Stelle, kein Symbol der persönlichen Erinnerung.

Es liegt nahe, den Blick von hier aus weiter schweifen zu lassen nach dem Denkmal Friedrichs des Großen von

Rauch, mit seinem dichtgedrängten Personenfries von Celebritäten der Fridericianischen Zeit. Ich gestehe, daß ich immer den Eindruck gehabt habe, dieser erläuternde Fries (der sich fast ausnimmt wie Anmerkungen unter einem Text) könnte fehlen, ohne daß der gewaltigen Wirkung des darüber stehenden Reiterbildes der geringste Eintrag geschehe, ja der Eindruck würde dadurch vielleicht noch gesteigert werden. In dem Wesen Friedrichs des Großen (besonders in seinen späteren Jahren, in denen er hier erscheint), liegt etwas Einsames; er repräsentirt in seiner Person die „Einsamkeit des Genies“, und es ist keine Persönlichkeit zu nennen, die neben ihn gestellt werden müßte, als die nothwendige und unentbehrliche Ergänzung seines Wesens und Wirkens. Bei Kaiser Wilhelm I. ist es anders: die nationale Erinnerung an ihn wird (trotz jenes Denkmals) ihn niemals auffassen lernen als eine einsam ragende Größe, und er selbst hat sich niemals so betrachtet. In zahlreichen mündlichen und schriftlichen Aeußerungen (wie in den noch jüngst durch Horst Kohl veröffentlichten Briefen, besonders in dem schönen Brief über die Einweihung des Niederwald-Denkmals) hat Kaiser Wilhelm I. immer und immer wieder aus der Fülle seines gütigen und gerechten Herzens heraus dem schöpferischen Genius an seiner Seite reichlich und freiwillig die Ehre gegeben, die ihm gebührt. Er sah das große Werk seines Lebens niemals als sein ausschließliches persönliches Verdienst an; er sah die Trias Bismarck-Moltke-Roon immer im Geiste neben sich — «in trinitate robur», wie der Bismarckische Wappenspruch lautet — und man darf wohl einen Zweifel darüber hegen, ob Kaiser Wilhelm I. der künstlerischen Idee, die in dem jetzigen Nationaldenkmal zur Ausführung gebracht worden ist, seine Zustimmung gegeben haben würde.

Nun kann man wohl allen diesen Zweifeln und Bedenken gegenüberhalten, daß ja für den Fürsten Bismarck ein eigenes großes Nationaldenkmal in der Reichshauptstadt geplant ist — die Mittel dazu sind gesammelt und liegen bereit — aber das Unternehmen kommt nicht vorwärts, und es scheint darüber ein eigenthümlicher und unbegreiflicher Unstern zu walten.

Wir wollen darüber weder Verwunderung noch Anklage aussprechen. Denn es ist ein alter Erfahrungssatz, daß die öffentliche Dankbarkeit für geleistete hohe politische Dienste immer um so schwerer einen entsprechenden Ausdruck zu finden weiß, je außerordentlicher und incommensurabler die zu belohnenden Verdienste sind.

Mir fällt, wenn ich von dem Nationaldenkmal für Bismarck höre oder rede, immer eine charakteristische alte Geschichte ein, die ich einmal in einer italienischen Chronik gelesen habe.

In einer von den kleinen italienischen Stadtrepubliken der Renaissancezeit im 15. Jahrhundert begab es sich, daß in Zeiten schwerer Gefahr ein Bürger dem Vaterland durch seine hohe Tüchtigkeit im Rath und im Feld die größten und entscheidendsten Dienste leistete; als Retter des Staates wurde er gepriesen und nahm in der Stadt bald eine Ausnahmestellung ein als ihr zweifellos größter Bürger. Die Häupter des städtischen Rathes erkannten, daß sie dem außerordentlichen Manne ein außerordentliches Zeichen der allgemeinen Dankbarkeit schuldig seien; aber sie konnten sich nicht einigen über die Belohnung, die man ihm darzubringen hätte, und zugleich regte sich wohl die Besorgniß, daß eine allzu hohe Ehrung den Mann doch politisch unbequem für die bisherigen Beherrscher der Stadt machen könnte. Indem sie so vergeblich beriethen, erhob sich zuletzt einer von den Weisen der Stadt und sprach: Meine Freunde, ich habe einen Ausweg gefunden! Lasset uns ihn ermorden, und wenn er todt ist, so lassen wir ihn in Rom heilig sprechen, errichten ihm eine Bildsäule und beten ihn an als unseren Stadtheiligen! Auf diese Art — so war die Ansicht dieses Weisen — werde allen Pflichten der Dankbarkeit genügt und zugleich die Stadt vor der Gefahr behütet, einen allzu großen Mitbürger in ihrer Mitte zu haben! Und nach diesem Rathe wurde es vollbracht.

Ich führe diese kleine Geschichte, die vielleicht nur eine historische Anekdote ist, nur an, um uns das angenehme Gefühl zum Bewußtsein zu bringen, wie weit wir doch in unserer humanen Cultur über jenes mit Gift und Dolch so

schnellfertige Zeitalter der italienischen Renaissance erhaben sind: wir denken nicht mehr daran, einen unbequem großen Mann zu ermorden, sondern wir schicken ihn aufs Land; wir declariren ihn nicht zum Heiligen, sondern zum Herzog von Lauenburg; und wenn es sich darum handelt, ihm als Zeichen der nationalen Dankbarkeit bei Lebzeiten ein Monument zu errichten, für welches die Nation in der Erwartung, daß es alsbald geschehe, die ausreichendsten Mittel bereitgestellt hat — so warten wir ruhig ab, bis er todt ist!

Aber, hochgeehrte Festgenossen und Mitbürger, lassen wir uns durch das alles nicht die Freude verderben an der schönen patriotischen Voreiligkeit, die wir heute hier bei uns in Heidelberg begangen haben!

Von Meisterhand gebildet blickt das gewaltige Antlitz des Helden nun auf uns und unsere Stadt hernieder, und es wird herniederblicken auf unsere Kinder und Kindeskinder bis in die fernsten Zeiten. In unwandelbarer Treugesinnung haben wir ihn schon immer als den Unserigen betrachtet, geliebt, gefeiert, wir Lebenden und Wissenden — heute ist er *unser* Bismarck in einem neuen Sinne geworden. Aber ein Denkmal dieser Art hat seine wichtigste Bedeutung nicht für die Gegenwart allein, sondern für die Zukunft. Den kommenden Geschlechtern auch ist es geweiht, und wir mögen heute wohl der fernen Zeiten gedenken, wenn dereinst die unter seinen Augen spielenden Kinder unserer Urenkel mit scheuem Staunen in den Kinderaugen emporblicken zu dem wundersam mächtigen Menschenantlitz da droben und wenn dann die Mütter den Kindern die Mär erzählen werden — vielleicht schon von manchem Sagenbilde umrankt — von dem großen deutschen Mann, dem sie es verdanken, daß sie ein einiges und mächtiges Vaterland haben. So möge, so wird dieses Bildniß in unserer Stadt dastehen, Stolz und Zierde der Gegenwart, Segen für die Zukunft, und als ein weihevolles Hilfsmittel nationalpatriotischer Erziehung widmen wir es den Geschlechtern, die nach uns kommen werden.

Hochgeehrte Versammlung! Unsere heutige Feier steht unter dem Eindruck seltsam bewegter und verworrener politi-

scher Zeitverhältnisse. Es ist, wie wenn an schwülem Gewittertag die Wolken tief, fast bis zur Erde herabhängen — ein Windstoß kann sie auseinander treiben oder kann sie zur Entladung bringen. Es ist vielleicht unserer heutigen Stimmung entsprechend, wenn wir uns aus dem politischen Leben und Wirken Bismarcks einige Situationen vergegenwärtigen, die mit den heutigen in einem gewissen Parallelismus stehen.

In den jüngst vergangenen Wochen hat die deutsche Flottenfrage im Vordergrund des öffentlichen Interesses gestanden. Wem hätte sich dabei nicht die Erinnerung an den Kampf um die Armee-Reorganisation Wilhelms I. aufgedrängt und an jene entscheidungsvolle Zusammenkunft zwischen dem König und Bismarck im Parke von Babelsberg, im September 1862! Es war die Zeit des heißen Kampfes um die vollzogene Neuordnung; der alte König müde und mürbe von dem zweijährigen hoffnungslosen Streit für das Werk, an das er sich mit seinem politischen und militärischen Gewissen gebunden fühlte, seiner Minister, ja des eigenen Sohnes nicht sicher, alle Kampfesmittel erschöpft — die Berufung Bismarcks war das letzte. Mit der bereits unterzeichneten Abdicationsurkunde in der Hand trat er ihm gegenüber — sie wurde von Bismarck sofort bei Seite geschoben; und dann: „Wollen Sie versuchen, ohne Majorität zu regieren?“ „Ja!“ „Ohne Budget?“ „Ja!“ „Ohne die Armee-Reorganisation preiszugeben?“ „Ja!“ Und auf Grund dieses dreifachen Ja! wurde zwischen den beiden Männern das welthistorische Bündniß geschlossen, das dem preußischen Staate und dem deutschen Volke die Armee von Düppel, Königgrätz und Sedan erhielt, das Bündniß, auf dem kurz gesagt alles beruht, was wir haben und was wir sind.

Es folgten die Zeiten der großen parlamentarischen Ringkämpfe zwischen Bismarck und dem preußischen Abgeordnetenhaus um die Aufrechterhaltung der Heeresreorganisation. Es war ein schwerer und schmerzlicher Kampf, schmerzlich für beide Theile — kein Wohlgesinnter kann wünschen, daß wir jemals einen gleichen Sturm wieder erleben. Der heutige Kampf um die deutsche Flotte ist ja wohl nicht ganz von der

fundamentalen Wucht und Bedeutung, wie der um das preußische Heer in den sechziger Jahren — aber um die gewichtigsten deutschen Zukunftsfragen handelt es sich doch auch hier. Wie verschieden aber die Weise des Kampfes damals und heute!

Die Opposition von damals geführt von einem doctrinären, formalistischen, aber im innersten Grunde doch treu patriotisch und national gesinnten Liberalismus; die Opposition von heute, die sich der Erweiterung unserer Flottenrüstung widersetzt — ich brauche nicht zu sagen, aus welchen Elementen sie besteht! Aber auch die Kampfesweise auf Seiten der Regierung. Es ist trotz allem Bedauerlichen und Schmerzlichen, was ein solcher innerer Conflict mit sich bringt, doch auch ein erfreuender und erfrischender Eindruck, den man jedes Mal wieder empfängt, wenn man sich in die Geschichte dieser Bismarckischen Ringkämpfe mit dem preußischen Parlament vertieft. Da ist historisches Heldenthum ohne alle Phrase, da ist unerschütterlicher Glaube an die eigene Sache, da ist eiserner Wille, — und wo diese drei sind, da ist der Sieg. König Wilhelm und seine Minister standen fest auf dem Lutherwort: ich kann nicht anders; wenn heute in dem Kampfe um die deutsche Flotte die Parole zu lauten scheint, daß man auch anders könne, so ist zu befürchten, daß einem Banner, worauf diese Inschrift steht, die Siegesgöttin sich nicht neigen wird. Bismarck hat schon im Jahre 1865, bald nach dem dänischen Kriege, im preußischen Abgeordnetenhaus eine Marinevorlage zu vertheidigen gehabt, für welche die impotente Regirungspolitik der Opposition ihm die Mittel verweigerte; freilich, hielt er ihr damals entgegen, sei ja im allgemeinen die Existenz auf der Basis der Phäaken bequemer als auf der Basis der Spartaner; man möchte nach Phäakenart essen, trinken und geschützt sein, aber keine oder möglichst wenige Opfer dafür bringen; aber der preußische Staat werde trotz allem sich seine Flotte schaffen müssen, und unter dem Schutz der damaligen Budgetlosigkeit wurde daran rüstig weitergearbeitet. Wie wenig erfreulich dem allen gegenüber der bisherige Verlauf unseres heutigen Marinestreites! An klugen

Worten, an schlagenden Argumenten hat es fürwahr nicht gefehlt bei jenem Kampf für die zwei neuen Kreuzer; die Forderung der Regierung wurde mit guten Gründen vertheidigt, sie wurde gedeckt durch die persönliche Autorität und Sachkunde des Kaisers, durch die Stimmen des gesammten Bundesrathes, durch die einmüthige Meinung der sachverständigen Technik, durch die allgemeine Lage der Finanzen, durch die bereitwillige Zustimmung der alten nationalen Parteien, — und allen diesen Elementen entgegen wird, unter dem höhnischen Dreinschauen des Auslandes, die verneinende Entscheidung getroffen durch das jeder Sachlichkeit baare Fractionsinteresse der einen mächtigen Partei, an deren Uebermacht das deutsche Reich krank ist.

Wird diese Entscheidung ruhig dahingenommen werden? Man wagt nicht, den Reichstag aufzulösen. Wäre hier nicht etwas von dem kämpfenden Heldengeist und der todesmuthigen Ueberzeugungstreue der 60er Jahre am Platze? „Was liegt daran", sagte damals Bismarck zu dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm, „wenn man mich auch hängt, wenn nur der Strick den preußischen Thron fest an das geeinigte Deutschland bindet!" Die Epigonen von heute nehmen die Dinge weniger tragisch; hoffen wir, daß ihnen und uns die Tragik nicht doch unerwartet ins Haus fällt!

Der Vergleich zwischen dem Damals und dem Heute läßt sich noch auf gar manches andere Gebiet ausdehnen; wir wollen uns auf einige nächstliegende Punkte beschränken.

Wenn uns heute in dem scheinbar rettungslosen Wirrsal der orientalischen Verwickelung die Mißklänge jenes sogenannten europäischen Concerts in die Ohren klingen, wo jedes einzelne Instrument auf eine andere Tonart gestimmt ist, und wo die planlose Schießerei der europäischen Concertpanzer auf die Küste von Kreta den Takt dazu schlägt, dann liegt es nahe, abgesehen von Bismarcks orientalischer Friedenspolitik im Jahre 1868, zurückzudenken an die fürwahr nicht minder als jetzt schwierige und verwickelte orientalische Krisis der Jahre 77 und 78.

Damals hat, noch mitten unter den Donnern der heißen Kämpfe bei Plewna und am Schipkapaß, der englische Geschichtsschreiber Thomas Carlyle einmal den Vorschlag in die Welt geworfen, die drei nächstbetheiligten Großmächte, England, Rußland und Oesterreich, sollten einfach dem deutschen Reichskanzler, „als einem großdenkenden, edlen und weitsehenden Mann ohne nationale Wünsche oder Interessen in der Sache" die Schlichtung des Streites als Schiedsrichter in die Hand geben. Auf diesen Gedanken ging man nicht ein; auch Bismarck selbst lehnte ihn ab. Aber als dann die Dinge sich immer unheildrohender verwickelten, so kam es zuletzt doch dahin, daß das allgemeine Vertrauen der europäischen Mächte der deutschen Reichsregierung das Amt der endlichen Friedensstiftung in die Hand legte. In Berlin trat der europäische Congreß zusammen, Fürst Bismarck stand als leitendes Haupt, als „ehrlicher Makler", wie er sich selbst nannte, an seiner Spitze, und aus den Berathungen weniger Wochen unter seiner Führung ging das diplomatische Meisterwerk des Berliner Friedens vom 13. Juli 1878 hervor.

Es war um dieselbe Zeit, wo der liederliche und stets geldbedürftige Khedive von Aegypten, Ismael Pascha, den Versuch machte, plötzlich die Zinszahlung für die ägyptische Staatsschuld einzustellen. Das deutsche Reich war die erste europäische Macht, die, obgleich das deutsche Capital in Aegypten verhältnißmäßig nur wenig betheiligt war, ihr energisches Veto einlegte und die Durchführung des betrügerischen Bankerotts vereitelte — und die heutigen Besitzer von griechischen Staatspapieren dürften sich vielleicht zu nachdenklichen Vergleichen zwischen dem Heute und dem Damals veranlaßt sehen.

Und wiederum, als einige Jahre später die schleichende Ländergier der englischen Politik in Afrika es unternahm, durch einen scheinbar harmlosen Vertrag mit der schwachen portugiesischen Regierung den unteren Lauf des Kongostromes ganz in englische Botmäßigkeit zu bringen, dort dem englischen Handel und der englischen Schifffahrt ein Monopol zu gründen, das den Handel aller anderen Nationen, wenn nicht aus-

schließen, so doch unter englische Bevormundung stellen sollte, — da war es wiederum die entschlossene Einsprache des deutschen Reichskanzlers (der jetzt in gutem Einvernehmen mit Frankreich stand), wodurch jener Vertrag einfach vernichtet wurde. Um aber für alle Zukunft derartigen englischen Gelüsten einen Zaum anzulegen und jenes unendlich wichtige und weite Gebiet des Kongobeckens und seiner Nebenströme dem freien merkantilen Wettverkehr aller handeltreibenden Nationen zu erhalten, wurde auf Bismarcks Antrag die große internationale Kongo-Conferenz nach Berlin berufen, und es ist einer der größten Momente der deutschen Reichspolitik unter Bismarcks Führung gewesen, als damals im November 1884 die Gesandtschaften aller am Welthandel betheiligten Nationen in der deutschen Reichshauptstadt unter dem Vorsitz des deutschen Reichskanzlers tagten und jene Kongo-Acte schufen, die einer der wichtigsten Merksteine in der modernen Entwickelung des Handels- und des Völkerrechts geworden ist.

Ja, damals, meine Herren, trieben wir Weltpolitik. Und wenn heute in den Kreisen gewisser Parteien dieser Begriff perhorrescirt wird, als eine für uns verbotene Frucht, bei deren Anblick wir ein Kreuz schlagen oder eine phäakenhafte Gänsehaut uns überlaufen soll — so können und sollen wir dem entgegenhalten: wir standen in besseren Zeiten einst schon mitten darin und zwar als eine von den ersten und führenden Mächten der Welt! Und eine große Nation, die in der heutigen Weltentwickelung freiwillig Verzicht leisten wollte auf die Theilnahme an der Weltpolitik, würde sich selbst verurtheilen zu dem armseligen Stillleben eines im Niedergang begriffenen Daseins.

Das, meine Herren, werden wir hoffentlich nicht erleben. Ob wir, zur Freude unserer englischen Freunde, nach der Kongo-Conferenz auch noch einmal eine Transvaal-Conferenz in Berlin erleben, das erscheint freilich, trotz einiger löblichen Ansätze, recht zweifelhaft.

Aber genug der Einzelheiten aus einem unerschöpflichen Born. Anfang und Ende: wir neigen uns in dankerfüllter

Huldigung dem großen deutschen Manne, dem größten politischen Genius unseres Volkes.

Bismarck hat einmal einen tiefsinnigen Ausspruch gethan über das Wesen der politischen Genialität: „Der Staatsmann kann nie selber etwas schaffen; er kann nur abwarten und lauschen, bis er den Schritt Gottes durch die Ereignisse hallen hört; dann vorzuspringen und den Zipfel seines Mantels zu fassen — das ist Alles.“ Das ist Alles, aber es ist das Größte. Im deutschen Märchen sind es die Sonntagskinder, die allein die Sprache der geheimnißkündenden Vögel verstehen — in der realen geschichtlichen Welt ist nur dem Genius die Gabe verliehen, das donnernde Schreiten der Gottheit durch die Geschichte im rechten Augenblick zu vernehmen — das ist das demüthige Geheimniß des wahren Genius, sowie es das Wesen falscher Genialität ist, den polternden Commandoschritt des eigenen Gebeins für die dröhnenden Schritte nahender Gottheit zu halten.

Die Zeichen der Zeit deuten auf die Wahrscheinlichkeit großer geschichtlicher Wandelungen am Schlusse des Jahrhunderts. Möge ein gütiges Geschick denen das Ohr schärfen, die pro republica zu hören haben, auf daß sie zur rechten Zeit das Nahen der Gottheit vernehmen und ihr Gewand erfassen! Und möge unser altersgrauer einsamer Seher in Friedrichsruh lauschend, mahnend, zürnend, wenn es sein muß, noch eine gute Reihe von Jahren uns erhalten bleiben, auf daß einige Strahlen wenigstens von dem Abglanz seines großen Wesens noch hinüberleuchten in das neue Jahrhundert, an dessen dunkler Schwelle wir stehen und welches seines Gleichen nicht sehen wird.

Meine Herren! Stimmen Sie ein in den Ruf, der in dieser Stunde durch das ganze deutsche Reich erklingt: der deutsche Alt-Reichskanzler Fürst Bismarck lebe hoch!

3.

Bismarck und die Dichtkunst.

Zuschrift an den Herausgeber von Dr. Richard M. Meyer (Berlin).

Berlin, 14. 11. 96.

Sehr geehrter Herr,

Gestatten Sie einem Literarhistoriker zu dem interessanten Artikel von Dr. Schwetschke in Ihrem dritten Bismarck-Jahrbuch ein paar kurze Anmerkungen.

Herr Dr. Schwetschke kommt in seinem Aufsatz zu dem Ergebniß, der Fürst habe außer zwei (oder drei) Sprüchen selbständige Leistungen auf dem Gebiet der Poesie oder Literatur nicht aufzuweisen; über die Bedeutung, die seine Reden und Briefe auch als literarische Meisterwerke haben, brauchte er sich natürlich an dieser Stelle so wenig auszulassen, wie ich das zu thun gedenke. Aber ich möchte darauf aufmerksam machen, daß der am besten und unmittelbarsten unterrichtete Biograph Bismarck's, G. Hesekiel, ausdrücklich berichtet: „Es hat auch bei ihm eine Zeit gegeben, wo er den Musen opferte, leider ist es uns versagt, unsern Lesern eine Probe davon zu geben; mag er den neun guten alten Mädchen immerhin untreu geworden sein, wir sind überzeugt, daß er auch in Versen ein Bismarck gewesen sein würde, wenn er gewollt hätte . . .“ (Das Buch vom Grafen Bismarck S. 340). Danach möchte ich doch nicht so bestimmt wie Herr Schwetschke (a. a. O. S. 396) behaupten, daß Bismarck auch nicht einen Gelegenheitsvers

verfaßt habe. Daß „sein hervorstechend auf's Klare, Praktische und Große gerichteter Geist" ihm überhaupt das Dichten verboten hätte, erscheint mir nun gar eine gewagte Behauptung; hat doch auch Friedrich der Große gedichtet und Moltke sogar Novellen geschrieben!

Dann aber beurtheilt der Herr Verfasser wohl auf der andern Seite die beiden sicher Bismarckischen Sprüche zu isolirt. Was er ihnen nachrühmt: die dichterische Ausdrucksweise der Sinnbildlichkeit und die künstlerische Gegenüberstellung der Eigenschaften, das sind Dinge, die in der Gattung des Wahlspruchs beinah von selbst gegeben sind. Die hübsche Sammlung „Wahl- und Wappensprüche" (Berlin, W. Herk 1880) zeigt zur Genüge, daß die überwiegende Mehrzahl der Devisen beiden Anforderungen genügt; Bismarck hatte sich eben nur in die Tradition hineinzustellen, was dem in adeligen Kreisen und in historischer Lectüre aufgewachsenen Mann wieder fast selbstverständlich sein mußte. (In dem Artikel gegen Radowitz, Bismarck-Jahrbuch III 414 spricht er selbst, allerdings ironisch und mit Anspielung auf die Sammlungen seines Gegners, von Devisen und Mottos.) So fehlt es denn auch nicht an sehr ähnlichen Sprüchen.

„In Trinitate Robur" ist gewiß, wie Hesekiel (a. a. O. S. 67) rühmt, „einmal eine wirklich regelrechte Devise, die immer eine zweifache Bedeutung haben muß, die eine, welche auf das Wappenbild, hier auf die zweifache Dreiheit der Blätter, hinweist; die andere, die damit einen höhern Begriff, hier die Dreifaltigkeit Gottes, verknüpft." Aeltere Wahlsprüche, die sich gerade auf die Dreieinigkeit beziehen, finde ich in Radowitz' noch unübertroffener Schrift „Die Devisen und Motto des spätern Mittelalters" (Gesammelte Schriften I 283 f., speziell S. 310 f.) nicht verzeichnet. In der „Fruchtbringenden Gesellschaft" führte zwar Hans v. Ziegesar als Wappenzeichen „Dreifaltigkeitskraut", aber dazu den Spruch „In dreierlei Farben", der keinerlei Bezug auf den des Reichskanzlers hat. (Neumarks Neusprossender Teutscher Palmbaum, 1668, S. 245 N. 135). Inhaltlich berühren sich dagegen die oft als Emblem benutzten Pfeilbündel („Eintracht macht stark") entfernt mit

jenem Spruch, formell kommt ihm das Motto der Familie Rovere nah, die, mit Anspielung auf ihren Namen, in ihr Wappen das „Lemma“ gesetzt hat: „Ex vetustate robur“ (Radowitz a. a. O. S. 401). Diesem Geschlecht gehörte bekanntlich der Papst Julius II. an.

„Fert unda nec regitur“ erinnert an den Wappenspruch der Stadt Paris: „Fluctuat nec mergitur“, der das Bild eines Schiffs auf dem Wasser begleitet. Die sinnbildliche Verwendung der tragenden Welle ist aber überall häufig und beliebt. Aus der in Symbolen und Devisen schwelgenden Erbauungsliteratur der nachlutherischen Zeit hebe ich nur wenige Beispiele heraus. Arnd in seinem „Wahren Christenthum“ (wo Buch I Cap. 37 auch das von preußischen Münzen bekannte Sinnbild des zur Sonne fliegenden Adlers verwandt ist), spricht von den Wellen, die den Kahn des Menschen tragen (Buch IV Theil I Cap. 5) nur typisch, nicht symbolisch. Dagegen bringt Aegidius Albertinus, ein eifriger Kämpe der Gegenreformation, in seinem „Hirnschleifer“ (1664) das Bild eines Mannes, der in einem Schiff ohne Mastbaum schläft, und deutet ihn symbolisch auf „den geschwinden Lauf und die Schwachheiten des menschlichen Lebens“ (S. 216), wobei er den heiligen Gregorius citirt. Scriver hat hundert Jahre später (1745) in „Gottholds zufälligen Andachten“, diesem von W. Scherer mit Recht so hoch gepriesenen Andachtsbuch, gleich im Anfang (S. 10) das Symbol der Schiffleute. „Hie hab ich“, sprach er, „eine Vorstellung meiner Reise nach dem Himmel. Die Welt ist der gewaltige Strom, der ihrer viel mit sich fort ins Meer des Verderbens reißet, gegen diesen Strom muß ich hintan mit meinem Schifflein.“ Ganz ähnlich auch Goethe: „Dem Menschen ist in seinem gebrechlichen Kahn eben deshalb das Ruder in die Hand gegeben, damit er nicht der Willkür der Wellen, sondern dem Willen seiner Einsicht Folge leiste.“ (Vgl. H. Henkel, Das Goethe'sche Gleichniß S. 73.) Vergleichen sie Alle, wie Bismarck, das Lebensschiff mit dem von den Wellen getragenen Kahn, so sind dagegen für den englischen Puritaner Bunyan die Wellen das Sinnbild des Todes, der den Christen ins Jenseits trägt. (The Pilgrims Progress, gegen Ende.)

Diese paar Griffe in eine sehr ausgedehnte Literatur, die der Embleme und Sinnsprüche, sollen nur zeigen, daß der Reichskanzler mit beiden Mottos in die alte Tradition der Wahlsprüche eintrat. Das bedeutet keine Verringerung ihres literarischen Werthes, denn Devisen sollen viel weniger Originalität anstreben, als vielmehr Anschluß an klassische Beispiele. Außerdem ist jeder der beiden Sprüche in seiner Prägung eigenartig und bezeichnend. Vielleicht gehören sie inhaltlich eng zusammen. Bei dem Ordensspruch scheint mir nämlich des Horaz bekanntes Gedicht mit vorgeklungen zu haben:

Illi robur et aes triplex
Circa pectus erat, qui fragilem truci
  Commisit pelago ratem
  Primus —

„Robur" und „triplex" stehen auch hier zusammen, und dieselbe Strophe hat Bismarck auch später noch citirt (Blümner, Der bildliche Ausdruck in den Reden des Fürsten Bismarck S. 182.) In diesem Fall würden beide Sprüche auf Schiff und Wellen Bezug haben, der eine zwar nur so zu sagen historischen Bezug; und Schiff und Wellen gehören zu den Lieblingsbildern Bismarcks (Blümner a. a. O. S. 108 f.).

Es schien mir nicht überflüssig, auf diese Beziehungen und Zusammenhänge kurz hinzudeuten. Wahlsprüche improvisirt man nicht in der Eile: sie sollen das Wesen des Erfinders ausdrücken. Das thun auch diese beiden, direct durch ihren Inhalt, indirect, indem sie den Mann, dem endlich die Einigung des Reiches gelang, auch auf diesem Feld als originellen Vollender einer großen Tradition erweisen.

4.

Bismarck und die Dichtkunst. II.

Von Dr. Eugen Schwetschke (Heidelberg).

Ehe wir Bismarcks hervorragend empfänglichen und verständnißvollen Sinn für die schöne Literatur betrachten, sind dem im vorigen Jahrgange des Jahrbuches enthaltenen Abschnitte über seine dichterische Bethätigung noch einige Ergänzungen und Nachträge hinzuzufügen. Soweit sie auf Anregungen und Beihilfen Anderer beruhen, spreche ich diesen hierdurch verbindlichen Dank aus.

Die zu erwähnenden Bismarckschen Verse — denn zunächst um solche handelt es sich, trotz ihres im vorigen Abschnitte angenommenen Nichtvorhandenseins — sind in der Reihenfolge ihrer vermuthlichen Entstehungszeit folgende.

Hesekiel erzählt[1]), der Schuldirector Bonnell in Berlin, der einstige Lehrer Bismarcks, habe diesen bei der Rückkehr aus dem Feldzuge am 4. August 1866 mit einem Gedicht in alcäischem Versmaße willkommen geheißen, und Bismarck habe ihm bald darauf, indem er seine beiden Hände ergriff, aufs herzlichste gedankt für seinen poetischen Gruß, „scherzhaft bedauernd, daß er noch nicht Zeit gefunden habe, denselben in alcäischen Strophen zu erwidern." Hesekiel fügt nun hinzu: „In alcäischen Strophen hat Graf Bismarck nicht darauf er-

[1]) Das Buch vom Fürsten Bismarck 2c., Bielefeld und Leipzig, Velhagen & Klasing. 3. Aufl. 1873. S. 247 f. Das Schreiben des Hrn. Dr. Meyer (vgl. S. 261) macht auf diese Stelle verkürzt aufmerksam.

widert, aber es hat doch auch bei ihm eine Zeit gegeben, wo er den Musen opferte, leider ist es uns versagt, unsern Lesern eine Probe davon zu geben; mag er den neun guten alten Mädchen" [o du guter alter Hesekiel!] „immerhin untreu geworden sein, wir sind überzeugt, daß er auch in Versen ein Bismarck gewesen sein würde, wenn ers gewollt hätte, daß auch ihm der Ruf erklungen wäre: fave, Phoebe, novus tua templa intrat sacerdos!"[1])

Es ist hier nicht klar ausgesprochen, aber dem ganzen Zusammenhange nach wahrscheinlich, daß diese Musenopfer unseres Helden in seine Gymnasialzeit fallen, vielleicht mit in die Zeit, wo er in seinem siebzehnten Jahre als Pensionär Bonnells eine Giebelstube bei diesem bewohnte und, nach Erzählung Bonnells, Abends fast nie ausging, sondern sich oft heimisch und traulich in der Familie bewegte. Das war die richtige Umgebung, die einen deutschen Jüngling reizen konnte, seine Gedanken und Stimmungen — über Natur, Vaterland, Liebe? — antiken und modernen Versmaßen anzuvertrauen, und vielleicht hat damals Jung-Bismarck selbstgedichtete alcäische Strophen seinem geliebten Lehrer zur Beurtheilung vorgelegt. Doch das sind, wie gesagt, nur Vermuthungen; weder über den Inhalt, noch über die Form, noch die Entstehungszeit der Gedichte vermag ebensowenig ich jetzt etwas zu sagen, wie vor acht Jahren Kohut[2]), der bedauert, keine dieser „poetischen Anwandlungen" aus „der Jugendzeit" des Fürsten Reichskanzlers ausfindig machen gekonnt zu haben. Oder sollten diese dichterischen Leistungen Bismarcks, über deren Inhalt uns Hesekiel ohne jede Andeutung läßt, auch aus der zweiten Hälfte seiner zwanziger Jahre herrühren? Sollten vielleicht die Kniephofer Notizbücher jener Zeit[3]) neben einer „Fülle von Citaten aus den Sprachen der verschiedensten Völker" und trüben Ein-

---

[1]) Tibull V, 2, 1: Phoebe, fave: novus ingreditur tua templa sacerdos.

[2]) Dr. Adolph Kohut, Fürst Bismarck und die Literatur. Eine politisch-literarische Studie. Leipzig, Reißner 1889. S. 107.

[3]) Dr. Georg Schmidt, P., Schönhausen und die Familie von Bismarck. Bearbeitet im Auftrag der Familie. Berlin, Mittler und Sohn. 1897. S. 175.

tragungen wie „Das Leben ein Schattenspiel", auch dichterische Aeußerungen enthalten?[1])

Fest steht nur, daß Bismarck, durch seine genialen staatsmännischen Leistungen ein Ausnahme-Deutscher, bezüglich poetischer Anwandlungen und poetischer Grundstimmung außer dem Terenzischen homo sum ꝛc. von sich auch sagen kann: Germanus sum; nihil germanici a me alienum puto.

Dies von noch unveröffentlichten Gedichten Bismarcks.[2])

---

[1]) Eine, Heinrich Noë als Verfasser zugeschriebene, Herzensgeschichte Bismarcks in Tirol, die in jenen Jahren gespielt haben soll (vgl. die Berliner „Staatsbürger-Zeitung" vom 21. April 1893), kann ich, soweit sie Bismarck betrifft, bei dieser Gelegenheit aus sicherster Quelle als auf freier Erfindung beruhend bezeichnen. Es ist auch nicht der leiseste Anhaltepunkt für sie vorhanden!

[2]) Am 1. April 1897 brachte die Berliner Zeitung „Die Zeit" (begründet von Pfarrer Friedrich Naumann) an der Spitze der „Nachrichten aus Berlin" Folgendes: „Ein Gedicht Bismarcks". Man kann ein schlechter Dichter und doch ein großer Staatsmann sein. In seinen in Kürze erscheinenden Memoiren „Aus fünfzig Jahren" berichtet A. P. Riehl über seine persönlichen Erinnerungen an Bismarck. Unter anderem erzählt er, daß auch der „eiserne Kanzler" in seiner Jugend poetische Regungen verspürt hat, und theilt bei dieser Gelegenheit nachstehendes Jugendgedicht Bismarcks mit. Der Vers entstand auf einem Ausflug, den der Student Bismarck in Gemeinschaft mehrerer Freunde machte. Die Gesellschaft hatte sich unter einem Eichbaume gelagert, und einer der Theilnehmer regte an, die Eiche anzuoden. Der launige Vers Bismarcks lautete:

An eine Eiche.

Es steht eine Eiche im freien Feld,
Dran die Stürme vergebens rütteln;
Stolz seh ich zum wolkigen Himmelszelt
Ihr mächtiges Haupt sie schütteln.
Schön zecht es in ihrem Schatten sich; —
Einsame Eiche, ich grüße dich.

Hippel sagt irgendwo: Ein Deutscher, der in seiner Jugend nicht gedichtet hat, ist kein guter Mensch."

Ich wüßte nicht, weshalb man dieses geschickte Gedicht „schlecht" nennen sollte. Wenn auch die Form nicht so fließend ist, wie bei dem Volkslied: „Es steht ein Baum im Odenwald", so ist sie doch nicht schlecht. Und der Inhalt wäre ganz charakteristisch für ein Stegreifgedicht des deutschen Studenten Bismarck. Leider ist das Ganze einer der beliebten Zeitungs-April- (hier: A P Riehl!) Scherze, wie mir auf Anfrage bei Herrn Naumann bestätigt wurde.

In die Oeffentlichkeit sind bisher, soviel bekannt, nur die folgenden beiden gedrungen.

In den sechziger Jahren, als Bismarck vielgenannt wurde, ward in den Tagesblättern auch ein heiteres Gelegenheitsgedicht von ihm erwähnt und ganz oder theilweise wiedergegeben. Er hatte es einst, mit Stiftung einer „großen und weiten“ Kaffeetasse an „Hans, das kleine Landräthlein,“ seinem vertrauten Freunde und politischen Mitkämpfer in der preußischen zweiten Kammer, Hans v. Kleist-Retzow, gewidmet, mit dem er damals so zu sagen das hochkonservative Dioskurenpaar bildete. Herr Graf Herbert Bismarck hat dem Herausgeber des Jahrbuches die Echtheit der Verse bestätigt, deren Veranlassung nach Fedor v. Köppen[1]) wohl der 35. Geburtstag des unverehelichten Freundes war, der 25. November 1849. Herr v. Bismarck hatte, um sich ganz der Politik widmen zu können, Schönhausen seit diesem Jahre verpachtet und wohnte mit Frau und Kind, dem etwa 1¼ jährigen Töchterchen Marie, der jetzigen Gräfin Rantzau, in Berlin.

Das Gedicht lag mir in zwei Drucken vor: bei Köppen und neuerdings bei Schmidt.[2]) Ich übernahm den Text von Köppen (a. O. S. 53 f.) mit einigen mir richtig erscheinenden Aenderungen der Schreibung nach Schmidt (a. O. S. 131).

Es lautet demnach:

„Nicht ganz so schwarz wie Ebenholz,
Doch braun wie Mahagonig
Wünsch ich Dir, aller Pommern Stolz,
Ein Leben süß wie Honig.

---

[1]) Der deutsche Reichskanzler Fürst Otto v. Bismarck und die Stätten seines Wirkens. S. 53. Leipzig (früher Titze, jetzt) Serigsche Buchhandlung, o. J. Der Text reicht bis 1889.

[2]) Es ist bei Köppen nicht genau zu ersehen, ob die Eintheilung in fünf achtzeilige Strophen absichtlich ist oder auf zufälliger Ausnutzung des vorhandenen Raumes beruht. Ich nahm diese Eintheilung an, weil sich so die Gliederung des Gedichtes klar übersehen läßt. Schmidt läßt die ganze vierte Strophe weg, hat einige unwesentliche Wort- und Versmaßänderungen und bringt, offenbar aus Rücksicht auf größere Raumaus-

Wenn Wenzel Dich gelangweilt hat,
Schwerin den Zorn erregt in Dir,
Wenn übel Dir von Beckerath,
Dann, Hans, erhole Dich bei mir.

Wenn dann der Kaffee Dir behagt
Und Du, um streng Dich zu kastein,
Die zweite Tasse Dir versagt,
Dann, Hans, laß mich die erste sein.
Und schein ich Dir zu groß und weit
Für ein so kleines Landräthlein,
So denk: es ist die höchste Zeit
Dir eine Gattin anzufrein.

Ihr trinkt aus mir dann alle beide
Kaffee, Chok'lade oder Thee
Zu Tante Adelgundens Freude
In Kiekow auf dem Kanapee.
Geliebter Onkel Schievelbein,
Schaff bald uns eine Tante,
Dann wirst Du alles hoch erfreun,
Was jemals Hans Dich nannte.

In gleichem Belgard und Polzin,
Schievelbein und Tempelburg,
Ratzebuhr und Neu-Stettin,
Kallies nebst Dramburg, Falkenburg:
Sie und die Leute all nicht minder
Aus Kiekow, Tychow und Kräſſin,
Sowie die beiden Typhuskinder
Wolln all zu Landraths Hochzeit ziehn.

Aber Hochzeit, hohe Zeit,
Hans! schon ist Dein Härchen grau,
Wart nicht länger, 's wird Dir leid,
Du kriegst wahrhaftig keine Frau.

---

nutzung, stets zwei sich reimende Zeilen in eine Druckzeile des strophisch ungegliederten Textes. Er erwähnt nicht, daß ihm eine besondere Fassung, etwa aus dem Archive zu Schönhausen, vorgelegen habe.

Und uns wär es großer Jammer,
Wenn die Art aus sollte sterben;
Wem willst dann in Kreis und Kammer
Deine Stelle Du vererben?" —

In übermüthigem, frischem, wenn auch meist prosaischem Knittelvers-Ton und -Maß geht der Pegasusritt hier flott vorwärts, getrieben halb von gutmüthiger Verspottung, halb von warmer Theilnahme für den Freund. In der äußeren Formgebung: ein tüchtiges „Kehr mich nicht dran", theils gewollt; wie die Ausdrücke „Mahagonig, Chok'lade", theils gezwungen durch den nach seinem eignen Kopf Trab, Galopp und Schritt einschlagenden Musengaul, der bald regellos zwischen männlichen (einsilbigen) und weiblichen (zweisilbigen) Reimen wechselt, bald dreifüßige Verstacte in das vierfüßige Verssystem hineinmischt und endlich vom jambischen Versmaße der vier ersten Strophen in der letzten in das trochäische fällt. Aber, was schadet das! Der Pegasusreiter kommt doch schnell und heiter und wahrscheinlich befriedigend für sich, seinen „Hans" und die andern Leser, die es anging, ans Ziel. Und weiter hatten die harmlosen Verse ja keinen Zweck.

Aber, ist auch die äußere Form mangelhaft, von der innern darf dasselbe nicht gesagt werden, da diese künstlerischen Anforderungen entspricht.

Denn, wenngleich schon in der zweiten Strophe der höchste Trumpf im Allgemeinen ausgespielt ist mit den Worten: „So denk, es ist die höchste Zeit, Dir eine Gattin anzufrein", so liegt doch in der Ausmalung der verlockenden Befolgung dieses Gedankens einerseits, in der Schilderung der abschreckenden Nichtbefolgung in der letzten Strophe andererseits eine künstlerische Steigerung und Gegenüberstellung der Gefühle; eine Art abrundender Einrahmung des Bildes ergiebt sich durch das ungezwungene Zurückkommen am Schluß auf Politik, die schon im Anfange, nach den einleitenden Zeilen, berührt wurde; der einheitliche Grundton des Humors wird durch das ganze Gedicht hindurch glücklich festgehalten, und diese launigen Aeußerungen erklingen endlich — die poetische Grundlage des Ge-

dichtes — aus dem Munde des vom Dichter belebten leblosen Gegenstandes, der Tasse, die sich dem Geburtstagskinde anbietet als Trösterin und Helferin sowohl nach parlamentarischer Aufregung wie bei dem privaten Mißgeschick der Ehelosigkeit.

Den unpolitischen Bezugnahmen auf Kleist, seine Eigenheiten, seine Bekannten u. s. w., deren Kenntniß zur vollen Beurtheilung des Inhaltes gehören würde, vermag ich hier nicht nachzugehen. Den auch allgemeiner interessirenden politischen Anspielungen am Anfang und am Schluß möchte ich indeß noch einige Worte Bismarcks, dort zur näheren Begründung und hier möglicherweise zur Ergänzung, hinzufügen, Worte in Prosa, die eben in jenen Monaten aus seiner Feder geflossen sind.

Die erstgenannten Kleistschen und Bismarckschen parlamentarischen gemäßigt liberalen Gegner Wentzel, Schwerin und Beckerath sind nämlich von Bismarck anonym in ergötzlichen und scharfen Kammerbeurtheilungen des „Berliner Zuschauers" (Feuilleton) der „Kreuzzeitung" characterisirt. Dies geht aus der Kohlschen Abhandlung im vorigen Jahrbuche: „Herr v. Bismarck-Schönhausen als Mitarbeiter der Kreuzzeitung" hervor. Es ist zunächst der Name „Wenzel"[1]) genannt. Daß die Reden des Abg. Wentzel (-Ratibor) — denn dieser ist hier zweifellos gemeint — den armen Herrn v. Kleist furchtbar „gelangweilt" haben mögen, ist kein Wunder gewesen. Bricht doch sein Mitkämpfer Bismarck im „Zuschauer" vom 8. 11. 1849 (B.-J. III 422) über die rednerischen Erzeugnisse dieses Abgeordneten in den galgenhumoristischen Ruf aus: „Lieber demokratische Stricke, lieber einsame Haft, ja, lieber noch Winzler[2]) hören, als die wässerigen Producte von Ratibor!"

Und daß weiter Graf „Schwerin", der altadelige Standesgenosse, durch seine freiere politische Haltung in dem rechtskonservativen Heißsporn Kleist „den Zorn erregte", das läßt sich ganz gut verstehen, wenn wir im „Berliner Zuschauer" vom 9. 10. 1849 (B.-J. III 420) die Bismarckschen Worte

---

[1]) Köppen und Schmidt schreiben ihn Beide mit z.

[2]) Name eines andern Abgeordneten.

lesen: „Es ist uns lieb im Interesse des gutmüthigen Trägers eines glorreichen Namens, daß er nicht eine vierte Präsidialrede zu halten haben wird", da er, nachdem er früher bei der ersten, „von starkem Königthum" gesprochen, vorgestern, nach seiner dritten Wahl zum Präsidenten des Hauses, „nur von Wahrung der Rechte des Volkes sprach". Wem fällt hierbei nicht das Wort Bismarcks in der Zweiten Kammer am 21. März desselben Jahres ein: „Es ist kein Ausdruck im letzten Jahre mehr gemißbraucht worden, als das Wort „Volk"?

Warum aber dem Herrn v. Kleist „übel" wurde „von Beckerath", darüber giebt eine ganze „Blumen"lese Bismarckscher Aeußerungen über den Charakter der in etwas weichem Gefühlston vorgetragenen Schönrednerei des Abg. v. Beckerath (=Krefeld) Auskunft. Bismarck däuchten diese Reden Kohl zu sein im Sinne des alten crambe sexcenties recocta, aber überdies weichlicher, blumiger Kohl. Möglich, daß die witzige Zusammensetzung „Blumenkohl", die in der Anwendung auf Beckerath von Bismarck öfter gebraucht wird, auch von diesem als Bild erfunden ist. Er erwähnt (am 31. 10. 1849, a. O. S. 406) den „bekannten blumenreichen Abgeordneten", nachdem er (am 9. 10., S. 420 f.) geschrieben hatte: „Wir hatten Grund, anzunehmen, daß wir ein Prachtexemplar aus dem Reichsblumengarten" (Beckerath war 1848 bis Mai 1849 Reichs-Finanzminister gewesen) „in bengalischem Phrasenfeuer sehn würden, da Herr v. Beckerath vier Sitzungen versäumt hatte, um sich gründlich vorzubereiten; aber fünf Viertelstunden lang nicht einmal Blumen-, sondern faden Weißkohl" u. s. w. u.s.w., und am 17. 10. berichtet Bismarck (a. O. S. 422) nach Anführung des „Küchenzettels" beim Festmahle der Kammermitglieder zu Ehren des königlichen Geburtstages mit Anspielung auf die Tischreden: „Es versteht sich von selbst, daß außerdem Blumenkohl, graue Erbsen und dergl. gewöhnliche Genüsse à discretion gereicht wurden, auch Elenn aus Ostpreußen fehlte nicht . . ." u. s. w.[1])

---

[1]) Diese Kennzeichnung Beckerathscher Redeweise prägte sich den Zeitgenossen so ein, daß Gustav Schwetschke sie 1867 — fast zwei Jahrzehnte später — in der „Bismarckias" (Neue ausgewählte Schriften.

Hätte der wackere Vaterlandsfreund Hermann v. Beckerath, einer der namhaftesten rheinpreußischen Liberalen, der Bismarck pathetisch als „Deutschlands verlorenen Sohn“ bezeichnet, noch den 70sten Geburtstag seines großen Gegners erlebt, so hätte er, wie die anderen Veteranen der Frankfurter Erbkaiserpartei, ihn sicher aufrichtig als Erfüller seiner Hoffnung beglückwünscht. Auch er hätte dann aus Bismarcks Munde statt des Spottes die ehrende Dankesäußerung vernommen:[1] „Ihre wohlwollenden Worte der Anerkennung meiner politischen Thätigkeit sind für mich von um so größerer Bedeutung, als sie aus dem Munde von Männern kommen, welche von Anbeginn unseres parlamentarischen Lebens mit stets gleicher Hingebung für die Einigung unseres Vaterlandes eingetreten sind.“

Doch genug von der politischen Trias im Anfange des Bismarckschen Gedichtes. Die politisch-persönliche Frage an Kleist aber bei seinem Schlusse:

„Wem willst dann in Kreis und Kammer
Deine Stelle Du vererben?“

(d. h. wenn Du Dich nicht verheirathest) — diese Frage steht vielleicht mit einem anderen ganz eigenartigen Scherze Bismarcks in ursächlichem Zusammenhange. Im „Zuschauer“ vom 30. 12. 1849, a. a. O. S. 424, findet sich nämlich eine scheinbar redactionelle, aber von Bismarck verfaßte Mittheilung,

---

Halle, Ausg. 1878, S. 26 f.) im Sinne Bismarcks wiederholte, dem man vielleicht sogleich ihre Urheberschaft zuschrieb. Bei der Berufung seines Helden zum Vereinigten Landtage 1847, an dem Beckerath auch schon theilnahm, singt nämlich der Dichter:

Vorwärts, vorwärts! Don Rodrigo,
Don Rodrigo von Schönhausen! . .
Auf zum Kampfe gegen jene
Liberalen Zungendrescher,
Die der Vorzeit altgeweihte
Satzung schmähen und verhöhnen!
Und der Held ward hoch begnadet:
Er versalzt die schnöde Brühe
Einem Vincke, er versalzte
Beckerathschen Blumenkohl.

[1]) Kohl, Bismarck-Regesten II. (Leipzig, Rengersche Buchhandlung 1892.) S. 367 (20. 4. 1885).

welche „unsern politischen Freund Herrn v. Kleist-Retzow" auf die in demselben Blatte enthaltene Familienanzeige von der Geburt eines Bismarckschen Sohnes am 28. 12. (des jetzigen Grafen Herbert[1]) aufmerksam macht und fortfährt: „Wir knüpfen daran die mahnende Frage" (an Herrn v. Kleist), „wie er es vor der Nachwelt zu verantworten gedenkt, wenn nach dreißig Jahren . . . in der Kammerwelt wieder ein Bismarck-Schönhausen auftaucht und kein Kleist-Retzow dabei ist?" Es wäre nicht unmöglich, daß Herr v. Kleist seinen Freund vier Wochen früher scherzend darauf aufmerksam gemacht hat, daß dieser trotz seiner Verheirathung ja selbst wohl eine Tochter, aber keinen „Kammer"-Erben besitze. Bismarck könne und dürfe ihm daher auch keinen Sohn in sichere Aussicht stellen, wenn er, Kleist, den Junggesellenstand aufgäbe. Daher nun, nach Ankunft des ersten Bismarck-Sohnes, der heitere und waffenbrüderliche Hinweis des jungen Vaters: „Jetzt ist mein parlamentarischer Erbe da. Willst Du denn nun nicht endlich Dich entschließen, unsere Waffenbrüderschaft in Söhnen fortzupflanzen, Hans mit den „grauen Härchen!"? „Eheu fugaces, Posthume, Posthume, labuntur anni!" schließt Bismarck diese Mahnung. Sie blieb nicht ohne Wirkung; am 5. August 1851 vermählte sich Herr v. Kleist-Retzow mit einer Gräfin Stolberg.

An dieses 1849er Gedicht des Abgeordneten Bismarck mögen sich hier zwei „unwillkürliche" völlig unpolitische Reime des Ministerpräsidenten aus späterer Zeit anschließen. Sie finden sich in einem Briefe an den Bruder vom 22. 7. 1864 (S. 129 der von Horst Kohl soeben nach den Originalen herausgegebenen um ca. 80 Briefe vermehrten Neuausgabe der herrlichen „Bismarckbriefe" [Velhagen & Klasing]). Die Stelle lautet:

„. . . ich wünsche Dir Gottes reichen Segen an Seele und Leib, an Kind und Weib, in Haus und Feld und sehr viel Geld, um den unwillkürlichen Reim vollständig zu machen."

---

[1]) Köppen führt a. O. S. 53 irrthümlich den Tauftag für den Geburtstag an, während er diesen in seinem früheren Buche Fürst B. 2c. (Leipzig, Spamer. 1878. S. 166) richtig angiebt.

Das reine Silbenmaß in den hier gesperrt gedruckten Worten zeigt richtiges Maßgefühl, doch hat dies ebensowenig, wie die erneute Anwendung des uralten Nibelungenreimes: Leib und Weib eine besondere, eigenartige Bedeutung. Charakteristisch neben dem vereinzelt auftretenden Trieb der Freude am Reimen könnte hier nur noch der Hinweis auf den nervus rerum: Geld im Reim auf Feld erscheinen. Der ungewollte Vers erinnert dadurch in mehr heiterer Weise an die weiter unten (S. 277) ernster berührte enge Vereinigung von praktischem und idealem Sinn in Bismarck.

Wir kommen nun auf das zweite in die Oeffentlichkeit gelangte Gedicht Bismarcks: es ist der im vorigen Jahrbuch S. 392 nach Thudichum[1]) von mir mitgetheilte Stammbuchvers. Seine Echtheit stand mir noch nicht fest. Indeß auch von ihm hat Graf Herbert v. Bismarck, der das Album eingesehen, versichert, er sei durchaus original. Daraufhin sehen wir uns das kleine epigrammatische Gedicht und seine Entstehung noch einmal genauer an.

Es kann gewissermaßen als ein Abschluß betrachtet werden, den Bismarck einem persönlichen Kampfe angedeihen ließ, in welchem der bedeutende Gelehrte und unbedeutende Politiker, Professor Mommsen, über ein Jahr lang, etwa seit Ende 1880, angriffsweise gegen ihn aufgetreten war. Es kann hier nicht die Aufgabe sein, das ganze traurige und maßlose Verhalten Mommsens genauer darzulegen. Thudichum hat es in einem eigenen Abschnitte[2]) erzählt, auf den verwiesen sei. Hier nur soviel davon.

Der Gelehrte hatte dem Kanzler Ministerabsolutismus, Verfassungsbruch — „also Lügen, Heuchelei" — wie Bismarck sagte, öffentlich auf das fanatischste vorgeworfen, dann schließlich sich zu der Schmähung verstiegen, daß die neue Wirthschafts- und Sozial-Politik, insbesondere die Altersversicherung, eine „Politik des Schwindels" sei. „Sie ist Schwindel und wird

---

[1]) Bismarcks parlamentarische Kämpfe und Siege. (Stuttgart, Enke 1890.) 2. Abth. S. 216 Anmerk.

[2]) a. O. II. 213—219: „Anklage gegen Professor Mommsen."

es bleiben, mag den Schwindel ein hoher oder niederer Mann in die Hand nehmen." Darauf hin hatte der Reichskanzler endlich am 30. September 1881 Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Bei der mehr als acht Monate später, am 15. Juni 1882, erfolgenden gerichtlichen Verhandlung hatte Mommsen, der sich in Worten drehte und wand, den Muth gehabt, zu sagen: „Ich erkläre nochmals, daß es mir nicht eingefallen ist, den Herrn Reichskanzler als Person beleidigen zu wollen" u. s. w. u. s. w., und — das kgl. Landgericht Berlin II, auf dessen Feststellung der Thatsachen später das Reichsgericht fußen mußte, hatte das vielleicht dem juristischen, aber nicht dem schlichten, gesunden Menschenverstand verständliche Urtheil der Freisprechung gefällt. Mommsen hatte mit seiner „für einen so angesehenen Geschichtsschreiber ungewöhnlichen Feindschaft gegen die Wahrheit" — wie Bismarck einige Monate früher im Reichstag von ihm gesagt, den prozessualen Sieg errungen. — Drei Tage nach der Freisprechung am 18. Juni 1882, findet sich nun in der „Kölnischen Zeitung"[1]) an der Spitze der Rubrik „Vermischte Nachrichten" folgende Mittheilung:

„In das Album einer fürstlichen Frau, das mit Einzeichnungen von den Größten und Bedeutendsten unseres Landes geschmückt ist, hat Moltke vor einigen Tagen eingeschrieben: „Schein vergeht, Wahrheit besteht. Graf Moltke, Generalfeldmarschall." Diese Worte stehen ganz oben auf der Seite. Darunter hat nun der Reichskanzler geschrieben:

Ich glaube, daß in jener[2]) Welt
Die Wahrheit stets den Sieg behält;
Doch mit der Lüge dieses Lebens
Kämpft unser Marschall selbst vergebens.

Bismarck.

---

[1]) Es ist mir gelungen, diese, dem kürzeren Thudichumschen Bericht über die Verseeintragung zu Grunde liegende Zeitungsmittheilung aufzufinden. Th. setzt die Sache um Ende November 1881.

[2]) Bei Thudichum steht wohl aus Versehen „dieser" (st. jener), wodurch der Sinn der ersten drei Zeilen gegen den richtigen verändert wird. „Jener" hat, richtig, auch Kohut (a. O. S. 108), der zu der ganzen Geschichte noch schrieb: „ich übernehme jedoch für diese Mittheilung

Man sieht es diesen Versen an, daß es nicht die ersten sind, die der Reichskanzler gedichtet hat. In der That soll Fürst Bismarck, namentlich in früheren Jahren, ziemlich häufig und sehr gelungene Sinnsprüche in Reimen, sogar auch größere Gedichte geschrieben haben."

Wird auch durch diese Zusätze des Berichterstatters, dessen „soll" und „in Reimen" bisher leider nur durch die beiden angeführten Gedichte Bismarcks und durch Hesekiels Hinweis bestätigt wird, die Sache nur auf das aesthetische Gebiet geschoben, so sprechen die politischen Persönlichkeiten der beiden Eintragenden, die Zeitbestimmungen der Einträge: „vor einigen Tagen" und „nun" und die Veröffentlichung kurz nach Stattfinden des politischen Prozesses — post hoc, ergo propter hoc — dafür, daß sowohl die Eintragungen wie ihre Veröffentlichung auf die Sache Mommsen und seine Freisprechung sich beziehen.

Die Gegenüberstellung im Bismarckschen Vierzeiler von „jener Welt" und „diesem Leben", erinnert an eine andere, die innige Mischung von Realismus und Idealismus in Bismarcks Wesen kennzeichnende obenerwähnte Aeußerung. In der schriftlichen Familienchronik spricht der Fürst am 19. November 1871 seine Genugthuung darüber aus, daß er durch die Dotationen von 1866 und 1871 zu einem Grundbesitze gelangt sei, dessen räumliche Ausdehnung wenigstens den von allen Familiengliedern seit 300 Jahren mit Recht so schmerzlich empfundenen [durch den Kurprinzen Hans Georg herbeigeführten] Verlust von Burgstall ersetze. Diese Betrachtung schließt er mit den schönen Worten: „Möge Gott diesen Besitz in unserer Familie erhalten und meine Erben lehren, ihn weise und barmherzig zu verwalten, mir aber in jener Welt so gnädig sein, wie bisher in dieser".[1]) — Den Gedanken, daß „selbst unser Marschall", d. h. ein so großer Sieger auf dem Schlachtfelde, doch die Unwahrhaftigkeit und Verlogenheit

---

keine Bürgschaft". Dagegen macht er auf die selbstgesehene Einzeichnung Bismarcks in das Album des Vereinigten Landtages (1847) aufmerksam: „Das löbliche Streben wird zur Thorheit, wenn dabei das vorhandene Gute übersehen wird."

[1]) Schmidt (a. O. S. 43).

der Menschen in diesem Leben nicht besiegen könne — diesen Gedanken, angewendet auf andere Personen, vielleicht auf einen französischen Marschall des 18. Jahrhunderts, meine ich in ein oder zwei älteren Versen ausgedrückt gefunden zu haben, welche im Hinblick auf unsern Bismarckschen Vers später in Zeitungen aufgefrischt wurden. Möglich, daß Fürst Bismarck bei seiner großen Belesenheit einen solchen ihm bekannten Vers nachgebildet hat. Mehrere von mir befragte Urtheilsfähige stimmen meiner Erinnerung und meiner Annahme zu, doch ist es mir bis jetzt noch nicht gelungen, diese Verse ausfindig zu machen. — Angeregt durch Moltkes vorhergehenden Spruch erhebt sich der Dichter gleichsam von dem „niederschlagenden Eindruck, den so viel verleumderische Hetzereien" seiner Person gegenüber auf ihn gemacht hatten, „und zwar nicht blos von Leuten niederen Bildungsgrades, sondern von solchen, die hoch in der Bildung und auf anderen Gebieten hoch in Ansehen stehen"[1]); — er hebt sich, um mit Schiller[2]) zu reden, empor in die „heitern Regionen, wo die reinen Formen wohnen", und ihm „schimmert durch der Wehmuth düstern Schleier hier der Ruhe heitres Blau" — im Glauben an seinen Sieg im Jenseits und im gelassenen Spott gegen seinen optimistischen großen Kampfgenossen vom Schwert.

Dies „Mommsen"-Gedicht, wenn man es so nennen darf, ist durch einen mehr als dreißigjährigen Zeitraum von dem „Kleist"-Gedichte getrennt und steht im Gegensatz zu ihm, sowohl als kurzes Sinngedicht durch seinen geringeren Umfang, wie durch seinen ernsten Ton und seine glatte Form. Der gerichtliche Sieg des Gelehrten mußte diesem selbst aber nach anderer Richtung ein Pyrrhussieg dünken. Denn wohl bald nachher zog er sich von dem politischen Kampfplatz gänzlich wieder in seine Studirstube zurück. —

Derselben Zeit heftigen Kampfes, den Bismarck gegen die Fractionen des Reichstages führen mußte, die ihn eine jede unter ihr Joch beugen mochte, gehört auch derjenige la-

---

[1]) Reichstagsrede vom 28. Nov. 1881, Polit. Reden IX 131.

[2]) Das Ideal und das Leben.

teinische Wahlspruch des großen Staatsmannes an, der sein ganzes Sein und Wesen, den Kern seines Lebenskampfes am besten kennzeichnet:

Patriae inserviendo consumor.

Berlin, December 1881. v. Bismarck.

Im Dienst am Vaterlande verzehre ich mich![1]) Dem Vaterlande zu dienen, das war von Anfang seiner politischen Laufbahn an sein innerstes Bestreben, auch als Mitglied der „kleinen, aber mächtigen“ preußischen Junkerpartei. Ja selbst aus seiner Schüler- und Studentenzeit liegen nicht nur Aeußerungen, sondern liegt auch eine That deutschen Nationalsinnes vor: sein siegreicher Zweikampf in Göttingen mit dem amerikanischen Studiengenossen Coffin, der über den deutschen Michel „mit der Schlafmütze über den Ohren und dem bunten Schlafrock aus sechsunddreißig Lappen“ sich lustig gemacht hatte. Das war sein erster Waffendienst für Deutschlands Ehre.[2])

Mit der Uebernahme der preußischen Ministerpräsidentschaft aber begann der Dienst am Vaterlande den Pflichteifrigen völlig in Anspruch zu nehmen, seine Kraft zu verzehren: die Geschäfte und seine Pläne verlassen ihn keinen Augenblick, sie rauben ihm bei Tag kurze Ruhe nach der Arbeit und bei Nacht den Schlaf. Hinter den Kulissen gilt es, heimischen und auswärtigen Ränken gegen seinen König und Kaiser und höfischen „Frictionen“ gegen sich selbst langdauernd entgegenzuarbeiten in mündlichen Verhandlungen und Schriftwechseln der verschiedensten Art, amtlich und außeramtlich; Todesdrohungen werden gegen ihn und sogar gegen seine Knaben namenlos gerichtet seiner Politik wegen —; und, wenn auch — auf der anderen Seite — die offenen Kämpfe

---

[1]) S. auch des Verf.: Aus Bismarcks Zeit. (Heidelberg, Petters 1896.) S. 17. — Hierbei sei bemerkt, daß die im Jahrbuch III 391 angegebene Verdeutschung des französischen Sinnspruchs „Die Zeit vergeht, Freundschaft besteht“ nicht von Bismarck herrührt, wie es dem Drucke nach scheint, sondern von Köppen.

[2]) Köppen, Der deutsche Reichskanzler Fürst Otto von Bismarck und die Stätten seines Wirkens S. 25 f.

auf der Bühne der Parlamente der kleinere Theil seiner Anstrengungen sind, er muß doch immer sein Bestes dabei ausgeben, sein vaterländisches Herzblut, und empfängt dafür von den Gegnern — allerdings auch ihr Bestes, was sie haben. Dieses Beste aber heißt oft: beschränkter Parteigeist, öde Verneinung seines Schaffensdranges, kleinlicher bis jetzt währender persönlicher und wilder politischer Haß, der sich auf der Straße umsetzt in Mordversuche. Wahrlich, hätte den Retter deutscher Wohlfahrt, Freiheit und Ehre nicht seine eiserne Riesennatur, der Glaube an seine göttliche Sendung, die Treue seines alten Herrn und die Kunst Schweningers oft gerettet — das „sich verzehren“ im Dienste des Vaterlandes durch Ueberanspannung seiner Kräfte mit Arbeit, Aufregung und Aerger wäre längst zu einer traurigen wörtlichen Wahrheit geworden!

In einer solchen Zeit, eben in der, bei Erwähnung des Mommsenschen Falles gekennzeichneten, Zeit schweren Ringens nach dem großen Ziele seiner deutschen Wirthschafts- und Socialpolitik, wird Bismarck um einen Eintrag in das Selbstschriftenalbum des Deutschen Reiches „Aus Sturm und Noth“ [1]) zum Besten der „Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger“ gebeten. Und Der, der das deutsche Volk aus dem Schiffbruch seines jahrhundertelangen Einheitsringens glücklich an Land, in den sichern Hafen brachte, giebt nun in den früher gewiß oft von ihm gedachten, wohl auch ausgesprochenen drei Worten ein Bild seines Schaffens für die deutsche Staatsgesellschaft, für das Deutsche Reich!

Trotz des auf Bismarck so völlig passenden Sinnes ist in dem Ausspruche doch nur das allerdings bedeutungsschwere Wort: Patriae sein geistiges Eigenthum. Ihm hat offenbar die alte Devise Aliis inserviendo consumor im Sinn gelegen, welche sein einstiger politischer Gegner anführt („der das Drei-

---

[1]) Verlag von (Schorer, Berlin; jetzt) Paul List, Leipzig. Ohne Jahr (wohl 1882) S. 9. — In einer ersten, jedenfalls schon 1881 erschienenen Ausgabe, wovon ich ein Exemplar besitze, fehlt Bismarcks Einzeichnung noch.

königsbündniß erfand und „die Reichsverfassung" voll heppenheimscher Devisen und paulskirchlicher Mottos"[1]), der preußische General und Staatsmann von Radowitz in einer von ihm herausgegebenen, in ihrer Art noch unübertroffenen Spruchsammlung.[2]) Da wird verzeichnet als ein Sinnbild und als der thatsächlich und symbolisch erklärende Spruch dazu: „Eine brennende Kerze — Aliis inserviendo consumor (Andern dienend verzehr ich mich). Anspielung auf den Beruf des Lehrers". Eine weitere Angabe, wer die Devise gebraucht hat, fehlt leider. Und in einem Briefe Bismarcks an Gerlach vom 6. Nov. 1852[3]) zeigt Bismarck seine Bekanntschaft mit dem Spruch durch folgende Worte: „Sie werden sagen, daß dieß eine egoistische und ehrgeizige Auffassung sei, aber wenn ich auch nicht ein leidenschaftlicher Anhänger der Devise bin: Aliis inserviendo consumor, so würde ich doch sehr gern bereit sein, mich abzunutzen, wenn ich für den Dienst Sr. Majestät irgend einen erheblichen Vortheil davon unter den jetzigen Umständen absehen könnte." Später, nachdem der Briefschreiber für den Dienst des Königs von Preußen erheblichen Vortheil davon absehen konnte (Vertheidigung der königlichen Verfassungsrechte und der Heereserneuerung), hat er sein Wort eingelöst und sich — „zu erheblichem Vortheil" für das deutsche Vaterland — redlich „abgenutzt"! Die „brennende Kerze" seines Wirkens aber wird Deutschland zur Lehre ein ewig leuchtendes Licht sein. Käme es je anders, so würde Deutschland verdienterweise in ein noch tieferes Dunkel der Ohnmacht hinabsinken, als das war, aus dem es Bismarck zum Tageslicht erweckt hat.

Ueberblicken wir nun im Zusammenhange noch einmal, was über Bismarcks Gedichte und Wahlsprüche sich hat feststellen lassen.

---

[1]) Kohl, Herr v. Bismarck-Schönhausen als Mitarbeiter der Kreuzzeitung. Jahrb. III 414.

[2]) Die Devisen und Motto des späteren Mittelalters (?) Ein Beitrag zur Spruchpoesie. Stuttgart und Tübingen, Cotta. 1850. S. 46.

[3]) Kohl, Bismarcks Briefe an General Leopold v. Gerlach. Berlin, Häring. 1896. S. 41.

Hesekiel hat noch nicht bekannt gewordene Gedichte von ihm gesehen, die ihn zu der Ueberzeugung brachten, Bismarck würde auch in Versen ein Bismarck gewesen sein, „wenn er's gewollt hätte". Dieser letzten Wendung muß man widersprechen, da im tiefsten Grunde — trotz Allem — nicht das eiserne Wollen, sondern das große Können den klassischen Künstler macht. Ehe die von Hesekiel erwähnten und vielleicht noch andere Gedichte Bismarcks nicht veröffentlicht sind, wozu der Fürst nicht geneigt scheint, läßt sich natürlich kein vollständiges Urtheil über seine ganze poetische Begabung bilden. Das deutsche Volk kann aber jedenfalls Gott nicht genug dafür danken, daß er nach der befruchtend fortlebenden klassischen Dreiheit Lessing, Goethe, Schiller die Schaar der deutschen Berufsdichter nicht in Bismarck um Einen vermehrt hat und wäre dieser auch noch so hervorragend oder eigenartig geworden, — sondern daß er ihn zum Schöpfer des Ideals vom gedanken- und thatkräftigen einheitlichen Deutschthum im geachteten neuen deutschen Reich machte. — Darum, weil Bismarcks Geist im Innersten ein politischer ist, ist er auch im weiteren Sinne ein politischer Gelegenheitsdichter: es haben alle seine bekannt gewordenen Verse und Wahlsprüche das Gemeinsame, daß sie durch politische Persönlichkeiten oder Ereignisse veranlaßt sind und so mit der politischen Zeitgeschichte in Zusammenhang stehen:

Das „Kleist"- (1849) und das „Mommsen"-Gedicht (1882); zeitlich zwischen ihnen seine vier Wahlsprüche: In trinitate robur [1]) (1852 nach Verleihung des Danebrogordens) [2]); Fert unda nec regitur (nicht nach 1873) als Unterschrift unter seinen politischen Lebenslauf; Ohne Kaiser kein Reich! (1881) — über diese drei Sprüche vergl. das im Abschnitt I dieser Abhandlung

[1]) Ein auf die Dreieinigkeit anspielender Sinnbildspruch findet sich bei Radowitz nicht, dagegen S. 57 der Wahlspruch (Motto) des Grafen Friedrich II. von Henneberg: „Drei und Ein, erbarm dich mein", den Herr Dr. Meyer übersehen, vgl. S. 262 f.

[2]) B. empfing am 11. Juni 1852 das Großkreuz dieses Ordens wohl als Lohn für die Führung der Verhandlungen mit dem Herzog v. Augustenburg, wegen Geldabfindung für die von der dänischen Krone beschlagnahmten Augustenburgischen Güter.

Gesagte, zu den zwei ersten auch R. M. Meyer S. 262 f.; endlich: Patriae inserviendo consumor (December 1881 und früher?)

Diese wenigen (sechs) bekannt gewordenen Beispiele vereinzelten Dichtens (die Briefreime bilden kein Ganzes) zeigen, aesthetisch betrachtet, daß das längere Gelegenheitsgedicht der abgerundeten äußeren, wenn auch nicht der inneren, Form entbehrt; daß dagegen dem Dichter in den Einzeilern und in dem Vierzeiler epigrammatischer Inhalt und Form gut gelungen ist. Bezüglich des Vierzeilers ist dies schon oben gesagt. Bezüglich der Sinnbildsprüche muß hervorgehoben werden, daß sie den Anforderungen der Kunst an gute Sprüche dieser Art nachkommen dadurch, daß sie nur drei bis vier Worte enthalten und daß sie, besonders der erste, ebenso bestimmt sowohl auf das Sinnbild in unmittelbar natürlicher, wie auf den Charakter des Inhabers in übertragener Erklärung sich beziehen. Es thut hierbei Nichts, daß bei In trinitate der Spruch auf ein wirkliches, das Wappenbild, bei Fert unda nur auf das gedachte Bild des von einer Welle empor gehobenen (Lebens-)Schiffes oder Schwimmers Bezug nimmt. Das ursprüngliche Bild der brennenden Kerze ist allerdings ohne weitere gedankliche Zuthat durch Patriae inserviendo nicht mehr voll erklärt. Doch hat der Spruch durch die Kraft der geschichtlichen Wirklichkeit in dem leuchtenden Vorbild des Bismarckschen Heldenlebens selbst um so größere Wucht.

Von allen Bismarckschen Sprüchen aber kann gesagt werden, was Radowitz (a. O. S. 19) von den so seltenen gut erfundenen Devisen sagt: „Es erscheinen die sinnreichsten Gedanken in der glücklichsten Form" — kurz und treffend, wie oft in Bismarcks Prosa —, und auch das Weitere darf auf die von Bismarck erfundenen, mit seinem großen Dasein zusammenhängenden Sprüche Anwendung finden: „eine solche Vereinigung von Scharfsinn und Schwung bringt dann eine ungemein erfreuliche Wirkung hervor und sichert diesen kleinsten Ausflüssen der epigrammatischen Poesie eine eigenthümliche Stelle in dem Interesse aller Zeiten". —

Der, wenn auch nicht überall ursprüngliche, Inhalt der Bismarckschen Verse und Sprüche zieht den nachdenkenden

Leser in doppelter Weise an: durch seinen allgemein menschlichen und durch seinen deutschen Sinn. Allgemein menschlich: denn welcher glückliche junge Ehemann hätte nicht auch einmal versucht, einen befreundeten Junggesellen zur Erstrebung des gleichen Glückes zu überreden, hätte nicht bei dieser oder bei einer anderen Gelegenheit heitere Verse gemacht, wenn er es konnte? Welcher, über sich und die Welt tiefer nachdenkende, Mensch könnte nicht mit Bismarck im Glauben an Gott seine „Stärke“ finden (wenn ihm auch dabei die „Dreieinigkeit“ nicht immer gegenwärtig ist)? Wen brächte Erfahrung nicht zu der Erkenntniß, daß „die Woge“ des Lebensschicksals ihn „leitet“ und „nicht von ihm geleitet wird“ unfehlbar nach vorgesteckten Zielen? Und wem von uns böte sich nicht Gelegenheit, zu empfinden, daß die stets zu bekämpfende menschliche „Lüge“ in „diesem Leben“ oft bei Hoch und Nieder „vergebens“ bekämpft wird, weil hier die menschlichen Schwächen herrschen, deren Unterliegen der Glaube erst „in jener Welt der Wahrheit“ erhofft? — Jeder Deutsche aber von vorurtheilsfreier geschichtlicher Bildung und klarem Sinn — ist er nicht im Innersten mit Bismarck von der Nothwendigkeit und dem Segen der monarchischen (gegenüber einer erträumten offen oder versteckt republikanischen) Staatsform für unser Vaterland überzeugt („Ohne Kaiser kein Reich!“), trotz der, wie jeder menschlichen Einrichtung, auch dieser anhaftenden, zu Zeiten recht hervortretenden Mängel? Ein jeder vaterlandliebende Deutsche wird so danach streben, nach Bismarcks Vorbild in diesem Zeichen seine Kräfte „im Dienste für das Vaterland aufzubrauchen“ (patriae inserviendo consumi), je nach Beruf und Fähigkeit!

So sehen wir auch hier in diesen Aeußerungen Ausstrahlungen des natürlichen und wahrhaftigen Bismarckschen Wesens. Auch dieses Geburtstagsgedicht, diese Briefstelle, dieser Stammbuchvers, dieser Wappenspruch und diese Wahlsprüche als Einträge in Bücher und als Bildunterschrift — sie als private und nichtamtliche Aeußerungen der Erfahrung und Lebensweisheit erhellen und erheben uns und erregen unsere deutsch-menschliche Theilnahme in Heiterkeit und Ernst

an ihrem kleinen Theil, wie es die folgenschweren Aussprüche und Thaten des Staatsmannes öffentlich und amtlich so häufig im Großen zu thun vermochten, wenn er z. B. im Reichstag die Hörer erhob, erheiterte und auch im Falle der Niederlage fesselte. Der sich selbst immer Gleiche bringt überall die gleichartigen Wirkungen hervor! Wo die lateinische Sprache gebraucht ist, da beschränkt sich Tiefe und Umfang der Wirkungen allerdings mehr oder weniger auf die Kenner dieser Sprache.

Die formale Fähigkeit Bismarcks, zu dichten, wie sie sich nun in Versen von ihm erwiesen hat, beruht nach alter, psychologischer Erfahrung, an die Schmidt (a. O. S. 130) erinnert, vielleicht mit auf Vererbung von seinem Großvater Karl Alexander (1727—97), der diese Fähigkeit viel geübt hat. Denn Schmidt führt (a. O. S. 125) außer Mittheilungen von und aus dessen bekannter „Gedächtnißschrift“ in poetischer Prosa[1]) nachfolgende bisher nicht bekannte Thatsachen an: „Mannigfache Excerpte aus deutschen und französischen Dichtungen, sowie poetische Erwiderungen auf die Anzeigen von Familienereignissen, z. B. eine längere Traurede auf die Gemahlin des Großkanzlers Fürst, finden sich von seiner Hand in großer Zahl im Archiv zu Schönhausen“.

Zum Kapitel der „dichtenden Vorfahren“ überhaupt behandelte Schüddekopfs „Ein Bismarck als Dichter“ im Jahrbuch I den Generallieutenant Adam August Heinrich (1739—1813). Schmidt vervollständigt es noch durch mehr oder weniger kurze Hinweise auf folgende Kinder des Ururgroßvaters des Fürsten, des Landraths August (1666—1732), der das Schloß wieder erbaute: nämlich den Urgroßvater des Fürsten, den Obersten August Friedrich (1695—1742), von dem er den Anfang eines vier Seiten langen gemüthvollen Gedichtes an seine „Fritzgen“, seine zweite Gemahlin, mittheilt; den Georg Friedrich (1697 bis 1767), den Major Karl Ludolf (1700—1760) und die Dorothea Sophie (1705—1750). Die letztgenannten Brüder besaßen eine sehr gute klassische Bildung, die sich auch in lateinischen

[1]) S. über sie: Schüddekopf im Jahrbuch I 485 f. und besonders Schmidt (a. O. S. 125 f. Anmerkung).

Gratulationsoden an ihren Vater kundgab, vom ersten Bruder sogar in der Form künstlicher Doppel-Akrosticha. Von der Schwester sind ebenfalls allerlei deutsche Gratulationsschreiben in poetischer Form im Archiv zu Schönhausen erhalten. So war nach den Stürmen des dreißigjährigen Krieges dem Zuge der Zeit folgend eine Neigung zu Wissenschaft und Dichtung in mehrere Familienglieder eingekehrt. Es geht also eine gewisse Neigung zur Dichtkunst bei den directen Vorfahren des Fürsten auch noch über seinen Großvater hinauf.[1]) Fürst Bismarck selbst scheint oder schien jedoch den Kindern seiner Muse, seinen wenigen bekannten — und den noch unbekannten — Reimen, keine besondere Bedeutung beizumessen, sonst hätte er bei den von mir erzählten Veranlassungen (Jahrb. III 393) doch vielleicht Gelegenheit genommen, in irgend einer Weise auf sie hinzudeuten, wenn er überhaupt gerade ihrer dachte.

Hiermit könnte ich diese Mittheilungen und Betrachtungen über Bismarcks Gedichte und Wahlsprüche schließen mit der Bitte, mir gütigst etwaige weitere Ergänzungen dieses Gegenstandes zukommen zu lassen.

Doch, es ist Pflicht der Forschung, noch eines Bismarckverses zu erwähnen, der in die Bismarckliteratur Eingang gefunden hat.

Im I. Bändchen von: Bismarckbriefe. Neue Folge. Mit Einleitung und Anmerkungen (Berlin, Hennig und Eigendorf o. J., Vorrede vom Mai 1889, Herausgeber: H. v. Poschinger) wird Seite 139 folgender Austausch von Versen mitgetheilt, der jedenfalls dem „Weißenfelser Kreisblatt" vom 10. April 1877, Nr. 83 entnommen ist. Dort heißt es unter „Lokal-Nachrichten":

„Auf folgende Geburtstags-Depesche der Gäste vom „Halben Mond" an Se. Durchlaucht Fürst Bismarck:

---

[1]) Von einem Herrmann v. Bismarck bringt F. v. Köppen (Der deutsche Reichskanzler und die Stätten seines Wirkens) mehrfach Gedichte, die auch Schmidt theilweise wiedergiebt, ohne zu sagen, daß es der bei ihm auf der Stammtafel S. 90 angeführte 1810 geborne, am 28. 7. 1876 zu Berlin verstorbene Steuerrath Hermann Friedrich Ludw. Rudolf von der zweiten Schönhausener Linie war. Den Herren Graf Herbert v. B. und Hauptmann im 3. Garde-Reg. Claus v. B. verdanke ich diese Ergänzungen.

„Durchlaucht, wir gratuliren.
Sie sind dies zwar gewohnt,
Doch selten mags passiren
Von Gästen aus dem Mond"

traf gestern Antwort ein und zwar in sehr schlagender Weise:

∪ ∸ ∪ ∸ ∪ ∸ ∪[1]
„Daß mir Gratulationen
Vom Monde aus gebracht,
Wo selten Gäste wohnen,
Das hätt ich nie gedacht!"

Den liebenswürdigen Bemühungen des Herrn Prof. Dr. Rosalsky, Direktors des dortigen Progymnasiums, verdanke ich nicht nur diese Quellenmittheilung, sondern auch die von anderer Seite gegebene dankenswerthe Aufhellung dieser sofort recht dämmerig erscheinenden Mondschein-Dichtung. Da der geschilderte Vorgang typisch sein mag für die Entstehung ähnlicher Preßnachrichten — vielleicht ist es bei der Abfassung der amerikanischen „Brand"-Verse (Jahrb. III 392) ebenso zugegangen — da er auch das Verhalten gutgesinnter, aber von wissenschaftlichem Wahrheitsdrange nicht angekränkelter Bürger kennzeichnet, so sei die Erzählung des Vorganges hier abgekürzt nach dem Leben mitgetheilt. Zugleich kann sie als ein nicht allzuhäufiger, mit Heiterkeit gemischter Lohn der ernsten Forschung nach Wahrheit betrachtet werden.

Herr Rentner M. berichtete: „In meinem Haus am Markt hier (Nordseite) wurde früher die Gastwirthschaft „Zum halben Monde" betrieben. Am 1. April 1877 saßen am „Runden Tisch" Abends ungefähr zwölf Personen, darunter ich selbst, und führten beim Glase Bier allerlei heitere Gespräche. Nach elf Uhr erwähnte ein Gast, daß Bismarcks Geburtstag sei. Man trank auf das Wohl des Fürsten und beschloß, an den Herrn Reichskanzler eine Depesche abzusenden. Dieselbe wurde in gereimten Worten aufgesetzt, und um Mitternacht trug sie ein Geschäftsreisender gleich nach dem

[1] Ich füge die Scandirung dieser sonst schwer lesbaren Zeile hinzu.

Bahnhof, obgleich man zweifelte, daß sie noch aufgegeben werden könnte; denn damals war noch kein telegraphischer Nachtdienst auf dem Bahnhofe. Einige Tage darauf kam der Herr zum Frühschoppen ins Gastzimmer gestürzt und rief: „Hört einmal! Ich will Euch Bismarcks Antwort vorlesen." Er that es und fügte hinzu: „Ihr könnt Alles im Kreisblatte selber lesen." (Wie oben.) „Niemand hat jedoch die Bismarcksche Depesche selbst sich angesehen, noch nach Aufgabe der Weißenfelser an ihn geforscht."

Eine Anfrage meinerseits nach dem Sachverhalte bei einem dritten mir als Anstifter des „Scherzes" bezeichneten Herrn ergab die folgende humoristische Antwort, welche als öffentliche Sühne des in dem inzwischen ganz untergegangenen Halben Monde verübten Verbrechens an der geschichtlichen Wahrheit gelten mag:

„Daß im Halben Mond die Gäste
Bismarck zum Geburtstagsfeste
Telegraphisch gratulirt —
Das ist thatsächlich passirt!

Aber, — daß der Fürst erwidert
Humoristisch und geliedert, [sic!]
Damals, — in so ernsten Stunden,
Das — war thatsächlich erfunden!"

Die „ernsten Stunden" sollen sich wohl auf die Zeit des bekannten Abschiedsgesuches unseres großen Staatsmannes beziehen, dem der alte Kaiser sein berühmtes „Niemals!" entgegensetzte. Die Bismarckliteratur ist mit dem obigen Geständniß um einen — sogenannten — Bismarckvers ärmer geworden! Wir aber beruhigen uns über diesen Verlust mit dem einst an Bismarck gerichteten Verse Scheffels, den wir auch auf die echten Verse Bismarcks, wie auf die zu Bismarcks Ruhme verfaßten Gedichte anwenden:

Ein gutes Blatt Geschichte
Ist mehr, als tausend Gedichte.

5.

Biesemark und Bischofsmark.[1]

Von Dr. Julius Langer (Zeitz).

In der „Historischen Beschreibung der Chur und Mark Brandenburg" von J. C. und B. L. Bekmann, Berlin 1751—53, wird die Vermuthung ausgesprochen, der Name des altmärkischen Städtchens Bismark, nach welchem sich das Geschlecht der Bismarck benannt hat, habe ursprünglich Biesemark gelautet und sei von dem Flüßchen Biese herzuleiten, welches „Bismark fast umgränzet." Diese Deutung ist neuerdings von Dr. Schmidt in seiner Schrift „Schönhausen und die Familie von Bismarck" wieder aufgenommen worden und findet auch sonst noch mehrfach Anhänger. Ob aber die sachlichen Gründe, welche zur Stütze dieser Ansicht angeführt werden, wirklich beweiskräftig sind, darf man doch wohl noch bezweifeln.

Die Biese, welche nach Bekmann's Angabe Bismark fast umgrenzt, bleibt doch selbst an dem Punkte, wo sie dieser Stadt am nächsten kommt, das ist bei Beesewege, immerhin noch soweit von ihr entfernt, daß sie auch nicht einmal ihre Feldmark berührt. Diese Schwierigkeit läßt sich auch nicht so ohne weiteres durch die Annahme forträumen, daß der Name Biesemark in erster Linie von dem ganzen Landstriche zu verstehen sei, der von der Biese in einem unregelmäßigen Bogen im Südosten, Süden und Westen umgeben wird, und

[1] Abkürzungen: ahd. = althochdeutsch; an. = altnordisch; as. = altsächsisch; got. = gothisch; mhd. = mittelhochdeutsch; mnd. = mittelniederdeutsch; fem. = Femininum.

daß derselbe erst späterhin an der nachherigen Ansiedelung Bismark haften geblieben sei.

Ich nehme hierbei an der Bezeichnung „Mark" Anstoß. Für den von der Biese (das ist nach der gegenwärtigen Bezeichnung der Bese-, Schau- und Seekants-Graben) eingerahmten, höchstens $2^1/_4$ Quadrat-Meilen großen Landstrich will mir die Bedeutung des got. marka (fem.) ὅριον, μεθόριον Grenze, Grenzgebiet, ahd. marca, marka, marcha (fem.) terminus, finis, limes, confinium, Grenze, Grenzland, abgegrenzter Landtheil, Bezirk, Provinz, as. marca Grenze, abgegrenzter Landtheil (O. Schade, altdeutsches Wörterbuch) nicht recht passend erscheinen. Diese Bedeutung des alten Wortes findet ihre natürliche Anwendung bei ausgedehnten Gebieten, wie Nordmark, Altmark, Ostmark, Uckermark, wird aber wohl kaum als Bezeichnung eines Landabschnittes, der heute noch nicht mehr als 13 Ortschaften umfaßt, in Gebrauch gewesen sein. Es ist auch nicht recht abzusehen, wie eine derartige Bezeichnung schließlich auf eine einzelne Ansiedelung hätte übertragen werden können.

Aber auch, wenn wir das — mark in dem fraglichen Biesemark in dem Sinne nehmen wollten, wie es auch sonst als Bezeichnung für kleinere Landstrecken in Gebrauch ist, würde der Name nicht leicht zu erklären sein.

Das ahd. marca hat nämlich auch die speciellere Bedeutung: einer Gemeinde zugehöriges Gesammteigenthum an Grund und Boden, besonders dann Wald (weil dieser neben der Gemeindeweide der Hauptheil des gemeinsamen Eigenthums, vgl. O. Schade, altdeutsches Wörterbuch), und das mnd. mark, marke, merke bedeutet ebenso gemeinschaftliches Besitzthum einer Genossenschaft, Bauerschaft 2c. namentlich an Holzungen (Walther, mittelniederd. Handwörterbuch). Nach A. Meitzen, Siedelung und Agrarwesen der Westgermanen 2c. I. p. 153 und an anderen Orten ist die Mark im eigentlichen Sinne und auf rein deutschem Boden der Rest des alten Volkslandes. Man hat darunter Wald- und Grasländereien zu verstehen, auch geringeren Heide-, Sumpf- und Moorboden, der am Rande einer Bauerschaft lag und der erst in späterer

Zeit urbar gemacht ist oder sich auch bis auf unsere Zeit als Wald oder Unland erhalten hat.

Nach alledem wäre die Biesemark zu der Zeit, wo sie diesen Namen erhielt, — und das könnte, da die deutschen Ortsnamen in der Altmark nicht über die slavische Zeit zurückgehen, frühestens zu Ende des achten Jahrhunderts geschehen sein —, ein unbesiedeltes und unangebautes Gebiet gewesen. Das läßt sich aber für den von der Biese umflossenen Landstrich in seiner Gesammtausdehnung nicht behaupten. Noch jetzt weisen die slavischen Ortsnamen im Westen, Südwesten und Osten von Bismark, wie Döllnitz, Poritz, Carritz, Kremkau, Berkau, Garlipp, Schäplitz, darauf hin, daß zu der Zeit, als die Deutschen von dieser Gegend Besitz ergriffen, schon wenigstens die Hälfte des ganzen Gebietes besiedelt und mehr oder weniger angebaut war. War das aber der Fall, so konnte der betreffende Landstrich in seiner ganzen Ausdehnung auch nicht als „Mark" in dem oben angegebenen Sinne bezeichnet werden. Höchstens könnte man also annehmen, daß ein als Mark zu bezeichnender wüster Landstrich im Süden bis an die Biese gereicht habe. Dann wäre es doch aber auffällig, daß der Name Biesemark nicht auf eine der an dieser Stelle gelegenen Ansiedelungen übertragen wurde, sondern an einer Ortschaft haften blieb, die ihrer natürlichen Lage nach am wenigsten eine Bezeichnung erwarten läßt, welche mit dem Flußnamen Biese gebildet ist (s. auch die Schlußbemerkung p. 298). Schon aus diesen Erwägungen wird sich ergeben, daß die Bezeichnung Biesemark für die weitere und nähere Umgebung von Bismark nicht unerheblichen Bedenken unterliegt.

Diese Bedenken werden aber noch verstärkt, wenn wir die Frage vom sprachlichen Standpunkte aus betrachten.

Der Name der Biese, welcher nach der oben erwähnten Annahme in dem Ortsnamen Bismark enthalten sein soll, findet sich urkundlich[1]) in folgenden Formen: Bima, Annal.

[1]) Die betreffenden Namensformen sind, wenn nicht ausdrücklich eine andere Quelle angegeben ist, dem Codex diplomat. brandenburg. ed. Riedel entnommen.

Quedlinb. III, p. 38 z. Jahre 781; in rivum Bese, Verdener Grenzbeschreibung v. J. 786; iuxta fluvium Besam 1241; super fluvium, qui Bysa dicitur 1241 (Anhang zum Chron. princ. Saxon. ed. v. Heinemann, p. 29, vgl. Riedel, Cod. dipl. brand. D. p. 10 N. 1149); per aquam Bysen 1287; di Bise 1305; up der Bisen 1421; in der Byse 1427; uff der Bise 1441; in die Beze, vort die Besze 1473; tor Bisze 1473; to der Byesse 1479; Bese 1500.

Mit dem Flußnamen identisch und in den Urkunden zum Theil nicht leicht von ihm zu unterscheiden ist der Name des Dorfes Beese, das auf dem linken Ufer der Biese etwa an der Stelle liegt, wo sie den sogenannten Voßfluß aufnimmt und wo sie nach Bekmann „erst recht den Namen Biese bekommt." Die urkundlichen Formen des Namens sind folgende: Beso 1324; curiam dictam hoge Byze 1367; zu der Pesse 1423; to der Beze 1452; tor Bisse 1473; in dem dorpe to der Byesen 1479; to Bese 1506; im dorff zu der Byse 1516; in der Besen 1517.

Wie man sieht, finden sich schon in älterer Zeit die Wechselformen mit i (y) und e, die gegenwärtig wenigstens noch der Flußname zeigt (s. Generalstabskarte: Biese und Besegraben), und zwar sind diese Laute als Längen zu bezeichnen. Das ist allerdings in der urkundlichen Schreibung nur an zwei Stellen, in den Formen Byesse und Byesen 1479, an dem hinzugefügten e zu erkennen, ergiebt sich aber, von anderen Gründen abgesehen, auch aus der gegenwärtigen Namensform Biese und Beese für den Flußnamen und Beese für den Ortsnamen. Dieselbe Länge des inlautenden Vokals und, soweit ältere Formen überliefert sind, auch der Wechsel zwischen î und ê zeigt sich nun auch in allen Ortsnamen, die unzweifelhaft mit dem Flußnamen Biese gebildet sind.

Ich führe als solche an:

1) Der große und kleine Biesehof, die beide westlich von Falkenberg in der Wische unmittelbar an der Biese liegen. Bei Bekmann a. a. O. II. T. Kp. V p. 30 ist „Bischofes" ein Druckfehler für „Bisehofes", wie sich aus dem Zusammenhange

ergiebt: „so ist aus den Urkunden des Bischofes zu Falkenberg zu ersehen" 2c.

2) Biesenthal, Dorf im Kreise Osterburg, etwa eine Viertelmeile von der Biese gelegen: Biesedal 1375 (Kaiser Karls IV. Landbuch der Mark Brandenburg ed. Fidicin); czu Biesendale 1420; czu Bisendall 1420; to Bysendall 1435; czu Bisendall 1473; to Bessendael 1492; in Besendall 1514.

3) Beesewege, Dorf im Kreise Stendal: Biswede 1273; Byswede c. 1346; Beswede 1347 u. 1348; Bysewede 1375 (Landbuch 2c.); Biswede 1495; Bessewede 1498; Besewede 1513, ebenso 1659 (s. Jahresbericht des altmärk. Vereins 2c. XXI, Heft I, p. 44). Der Name ist zusammengesetzt mit mnd. wede Wald, also Wald an der Biese oder Biesewald. Bei Beesewege entspringt die Biese.

Zweifelhaft muß vorläufig noch ein anderer Name bleiben, der sich in einer Urkunde von 1345 findet: in villa Gor et in villa Byssewolde. Da eine Ortschaft des Namens Byssewolde in der Altmark sonst nicht nachzuweisen ist, so muß man entweder annehmen, daß sie spurlos verschwunden ist, oder daß wir es hier nur mit einer anderen Bezeichnung für Beesewege zu thun haben. Von Gohre liegt Beesewege nur etwa 2 Meilen entfernt, und da —wede gleichbedeutend mit —wald ist, so ließe sich eine solche Vertauschung für die ältere Zeit wohl begreiflich finden.

Wenn aber Riedel, die Mark Brandenburg etc. I, p. 97, auf Grund eines Eghardus miles de Bysenslage 1248 eine gleichnamige Ortschaft in der Gegend der Biese suchen will, so beruht das auf einem Irrthum. Dies Bysenslage ist entweder verlesen oder verschrieben aus Gysenslage, das ist das heutige Giesenslage, südlich von Werben in der Wische, vgl. Jo de Gisenslage 1212; Ghysenslage 1349; Gysenslage 1351; Ghisenschlage 1455; Gieszenslag 1472; Giesenschlage 1532. Wohlbrück (Geschichte der Altmark ed. v. Ledebur) hat den betreffenden Namen auch schon stillschweigend in Eckhard von Gisenschlage verbessert.

Sehen wir demnach von den beiden zuletzt genannten Namen ab, so ergiebt sich für die übrigen nach dem Flußnamen Biese gebildeten oder mit ihm zusammengesetzten Namen, daß sie sämmtlich in den gegenwärtig geltenden Formen noch den alten Lautstand gewahrt haben. Sie zeigen ausnahmslos î oder ê und haben theilweise noch die Flexion oder wenigstens die volle Form des Bestimmungswortes erhalten. Wenn nun aber durch diese Namensformen, Beese, Biesehof, Biesenthal, Beesewege, bezeugt wird, daß ihre Zugehörigkeit zu dem Flußnamen Biese bis auf den heutigen Tag im Sprachbewußtsein lebendig geblieben ist, so wäre es doch mehr wie auffällig, daß einzig und allein der Name Bismark, wenn er denn wirklich auch den Flußnamen enthält, eine so abweichende Lautentwickelung aufweisen sollte, daß er nicht einmal in Bezug auf den inlautenden Vokal sich in Uebereinstimmung mit den übrigen gehalten hat. Nach der Analogie der angeführten Namen könnte derselbe gegenwärtig doch nur Biesenmark, Biesemark oder Beesenmark, Beesemark lauten, aber nicht Bismark mit gekürztem i. An dieser sprachlichen Schwierigkeit muß demnach wohl die Erklärung Bismark = Biesemark scheitern, die ja auch schon oben aus sachlichen Gründen angezweifelt wurde.

Gleich an dieser Stelle will ich noch eine Vermuthung in Erwägung ziehen, die vielleicht schon von anderer Seite aufgestellt sein mag, mir aber weiter nicht bekannt geworden ist. Ich denke hierbei an den Personennamen Biso, der nach Förstemann, deutsches Namenbuch I, 264, von demselben Stamme bis gebildet ist, zu dem auch der Flußname Biese gehören wird.

Es würde sich da zunächst fragen, ob bei der oben angenommenen Bedeutung des Wortes „Mark" in Flur- und Ortsnamen eine Zusammensetzung mit einem Personennamen in Gebrauch gewesen ist. Allerdings könnte man hierbei auf einen derartig gebildeten Ortsnamen und zwar sogar auf einen altmärkischen verweisen, nämlich auf Petersmark (Dorf im Kr. Osterburg), das ja, wie auch die urkundlichen Formen bezeugen, mit dem Personennamen Peter zusammengesetzt ist.

Indessen ist dieser Peter doch wohl kein anderer als der Heilige gleichen Namens, sodaß nicht dieser der eigentliche Besitzer der betreffenden Mark war, sondern vielmehr die Kirche. So ist auch die „Mark“ das Eigenthum des Königs (s. Königsmark im Kr. Osterburg), des Grafen (s. quorundam agrorum qui vocantur Grevenmarke 1292, bei Stendal?), einer Dorfgemeinschaft oder der Markgenossenschaft, auch wohl einer erlauchten Familie, aber daß sie etwa auch den Namen von einem miles agrarius haben könnte, als den wir doch den angenommenen Biso auffassen müßten, — wenigstens so lange, als er nicht urkundlich als eine höher gestellte Persönlichkeit nachzuweisen ist —, ist mir nicht so ohne weiteres glaubhaft.

Aber, wenn auch dieser Einwurf nicht begründet sein sollte, so scheinen doch sprachliche Gründe gegen eine derartige Annahme zu sprechen. An und für sich wäre es ja sprachlich nicht unmöglich, daß sich das „Bis“ in Bismark auf den Personennamen Biso zurückführen ließe, wie der Name des Dorfes Bistrup bei Bösingfeld (vgl. Jellinghaus, die westfälischen Ortsnamen p. 16) jedenfalls den erwähnten Personennamen enthalten wird. Aber dieses Bistrup heißt noch 1348 Bysendorpe, hat also noch im 14. Jahrhundert die Flexion des Bestimmungswortes bewahrt. Andere mit dem Personennamen Biso zusammengesetzte Ortsnamen zeigen in ihrer gegenwärtigen Form ê und î: Bisihusen (9. Jahrhundert) = Besenhausen, zwischen Heiligenstadt und Göttingen (Förstemann, d. Namenbuch); Bisinesburg (9. Jahrhundert) = Besenbruch bei Bünde in Westfalen (Förstemann, d. N.); Bysenhusen 1348 = Biesen, Dorf bei Detmold (Jellinghaus a. a. O.).

Demnach sollte man für Bismărk in älterer Zeit etwa Formen, wie Bis(s)en-, Bis(s)e-, Bys(s)en-mark erwarten, aber schon in der Urkunde von 1370 heißt es: In dem Stetichen zu Bismarke, und der Familienname erscheint schon 1283 als (Hinricus de) Bismarke.

Ganz unwahrscheinlich ist es, daß in dem ersten Theile unseres Namens eine Verbalform oder ein Adjectivum stecken sollte. Man könnte hierbei nur an das zu dem oben angeführten Stamme bis gehörende ahd. pisôn denken, in der

Bedeutung von lascivire, muthwillig springen (vom Vieh), wie toll rennen wie Vieh von Bremsen gestochen (Schade a. a. O.), s. auch an. bisa angestrengt thätig sein, mnd. bissen a) wie toll hin- und herrennen, bes. vom Rindvieh, wenn es vom Bisselwurm umschwärmt und gestochen wird oder in der Brunstzeit ist, b) in Aufruhr bringen, conturbare (Walther, mittelniederd. Handwörterbuch, s. auch Danneil, Wörterbuch der altmärkischen Sprache, Vilmar Idiot.: bîsen zischen 2c.). Arnold (Siedelungen und Wanderungen p. 109) zieht das Wort wohl richtig zur Erklärung des Flußnamens Beise = „bîsaha, das bisende oder zischende Wasser" heran, und so wäre auch wohl der Flußname Biese zu erklären. Aber eine derartige Bedeutung der Silbe „Bis" in Bismark anzunehmen, würde doch mit dem Begriffe „Mark" d. i. eines Wald- oder Weidereviers nicht recht vereinbar sein.

Unter diesen Umständen wird es jedenfalls am gerathensten sein, zu der schon von Riedel (die Mark Brandenburg 2c. I, 145) aufgestellten Deutung des Namens Bismark = Biscopesmark zurückzukehren. Man hat zwar neuerdings nachweisen wollen, daß das von Riedel angezogene Biscopesmark in der bekannten Urkunde von 1209 garnicht das altmärkische Bismark bezeichnen könne, indessen ist dieser Einwurf für die in Rede stehende Frage nicht von allzu großer Bedeutung. Die Folgerung wenigstens, daß damit auch der Erklärung Bismark = Biscopesmark der Boden entzogen wäre, kann daraus in keinem Falle gezogen werden. Ich gehe noch einen Schritt weiter. Ich will nicht nur zugeben, daß die Form Biscopesmark für unser Bismark sich nicht urkundlich erweisen läßt, sondern sogar zugeben, daß dieser Name vielleicht nie für diese Ortschaft in Gebrauch gewesen ist. Aber trotzdem ist er auf ein ursprüngliches Biscopesmark zurückzuführen.

Das ahd. piscof, biscof, as. biscop Bischof hat sich in den Ortsnamen in mehrfacher Weise abgeschliffen. So ist der Name des Ortes Fischhausen in Ostpreußen nach Förstemann, die deutschen Ortsnamen p. 164, aus Bischofshausen contrahirt und nach dem samländischen Bischof Siegfried benannt. Auch

Bischelsried (Büschelsried) bei Beuerberg hieß im 11. Jahrhundert Biscofesriet (Förstemann, d. Namenbuch), s. die mhd. Nebenform bischolf (Lexer, mittelhochd. Wörterbuch), und Bischleben im Herzogthum Gotha erscheint in älterer Zeit als Bischoffesleybin (Seelmann, Jahrbuch des Vereins f. niederd. Sprachf. 1886 p. 12). Ebenso wird der Ortsname Bisdorf (zwischen Magdeburg und Barby), der 1498 Bistorp heißt, urkundlich um 946 und 973 als Biscopesdorp aufgeführt. (vgl. Förstemann, d. Namenbuch).

Was aber die Ortsnamen zeigen, ist nichts anderes, als eine allgemein sprachliche und schon früh eingetretene Veränderung und Verstümmelung des Wortes „Bischof" in Zusammensetzungen. Schon im ahd. entwickelt sich aus älterem piscoftuom ein biscetuom und bisctuom, das im mhd. als bischtuom und bistuom erscheint, und im mnd. wechselt bischopdôm mit bischedôm. Auf Grund dieser bekannten sprachlichen Erscheinung bemerkt auch Kluge in seinem etymolog. Wörterbuch der deutschen Sprache unter „Bisthum": „durch ähnlichen Wandel entsprang Bismarck aus bischoves marc."

Man darf also immerhin annehmen, daß die Mark in der Gegend des heutigen Bismark zu einer Zeit ihren Namen empfing, als sich der eben angeführte sprachliche Vorgang auch für jene Gegend schon soweit befestigt hatte, daß das ursprünglich nur allein mögliche Biscopes-mark (cf. as. biscop) bereits damals durch die Form Bis-mark ersetzt war, und das wir vielleicht aus diesem Grunde die vorauszusetzende Form Biscopesmark urkundlich sicher nachzuweisen nicht imstande sind. Daß aber durch diese Einräumung die oben gegebene Erklärung in irgend einer Weise beeinträchtigt werden könne, darf auf Grund der angeführten sprachlichen Thatsache nicht mehr in Frage kommen.

So wäre also Bismark die Mark eines Bischofs, der wohl kein anderer sein kann, als der Bischof, zu dessen Sprengel der Gau Belcsem, mithin auch Bismark, gehörte, und das ist der Bischof von Halberstadt. Damit würde denn Wohlbrücks und Riedels Ansicht wieder zu Ehren kommen, die vielleicht noch insofern gestützt werden könnte, als eine engere Beziehung

des Bisthums und des Bischofs von Halberstadt zu der Stadt Bismark auch sonst sich vermuthen läßt. Einmal wäre es ganz ungewöhnlich, daß die kleine Landstadt eine Kirche besaß, deren Trümmer noch jetzt achtunggebietend sind, wenn nicht irgendwie besondere Beziehungen zur Geistlichkeit stattgefunden hätten, dann ist aber auch die Tradition nicht ganz ohne Bedeutung, nach welcher (cf. Bekmann a. a. O. II, Zusätze p. 27) der Bischof von Halberstadt alle Jahre nach Bismark gekommen ist und eine Wallfahrt gehalten hat. Davon soll denn auch die heilige Straße in Bismark ihren Namen tragen.

Wenn nun Bismark die Bischofsmark ist, so scheint der Name in bewußtem Gegensatze zu einem anderen zu stehen, den wir in nächster Nähe von Bismark finden. Ziemlich genau südlich von Bismark und kaum eine halbe Meile davon entfernt liegt das Dorf Könnigde, urkundlich Konningende 1370; Kongode, Kongede, vgl. Tzander de Kongede, Heyneke Kongede 1375 (Landbuch rc.); Konigede 1420; Koningede 1435 rc. Der Name ist mit dem Suffixe-ede (ithi) aus mnd. konink, konnink „König" gebildet und wird allgemein einen Ort, Landstrich, Grundbesitz des Königs oder vielleicht (cf. Jellinghaus, die westfälischen Ortsnamen p. 26) den Heide- und Weidegrund des Königs bedeuten. So würde uns in den Namen der beiden unmittelbar benachbarten Ortschaften der Vertreter der geistlichen und der der weltlichen Macht entgegentreten. Wir werden wohl nicht irren, wenn wir annehmen, daß dieser Gegensatz in dem Bestimmungsworte einen Gegensatz in dem Besitzverhältniß ausdrücken soll. Demnach würde der nördlichere und von der Biese entferntere Theil des besprochenen Landstriches im Besitze des Bischofs, der südliche in dem des Königs gewesen sein.

6.

Zur Frage der Emser Depesche.

Von Oberst z. D. Block (Münster i. W.).

Im 3. Bande des Bismarck-Jahrbuchs erörtert der Oberlehrer Georg Rathlef in Dorpat unter der Ueberschrift: „Die Emser Depesche" ausführlich die Entstehungsgeschichte des Krieges 1870/71 und stellt bei Besprechung der Hohenzollernschen Candidatur die Behauptung auf: der Kanzler habe in dieser Sache unaufrichtig gehandelt, und seine Schuld sei es, daß die Franzosen darüber in Aufregung gerathen seien. Der Verfasser ist von der Richtigkeit seiner Ansicht so überzeugt, daß er bei Erwähnung der Circulardepesche Bismarcks an die Vertreter des Norddeutschen Bundes (18. Juli 1870) sich sehr mißbilligend über die darin enthaltene „officielle Ableugnung" äußert und seine in pathetischem Ton gehaltene Betrachtung darüber mit den Worten schließt: „Man kann nicht anders als wünschen, der gewaltige Kanzler hätte auch hier statt des Fuchspelzes die Löwenhaut, die ihn so gut kleidet, getragen; es thut einem weh, ihn hier so unaufrichtig handeln zu sehen."

Gegen eine solche Auffassung muß entschieden Widerspruch erhoben werden, und gewiß werden sehr Viele den klaren Worten Bismarcks, den wir gerade wegen seiner Wahrheitsliebe und rückhaltlosen Offenheit verehren, mehr Vertrauen schenken, als den auf den Angaben von Memoiren und Zeitschriften beruhenden Schlüssen und den darauf gestützten Behauptungen, namentlich der Behauptung: die Franzosen hätten nicht so ganz Unrecht mit der Anschauung gehabt, daß die

spanische Candidatur ein Werk Bismarcks gewesen sei, durch das man sie habe — wie der Verfasser sagt — überrumpeln wollen.

Bei solcher Behauptung wird ganz außer Acht gelassen, daß für Bismarck das spanische Anerbieten nur eine sehr untergeordnete Bedeutung hatte; er wußte außerdem, daß der König sich im Grunde ablehnend dagegen verhielt und ihm die ganze Angelegenheit überhaupt unsympathisch war. Bismarck wird daher schwerlich daran gedacht haben, um einer für ihn so wenig wichtigen Sache willen die von ihm so gering geschätzten Künste einer veralteten Diplomatie anzuwenden und unaufrichtig zu handeln. Die Annahme, es treffe ihn hier, und damit an dem Ausbruch des Krieges, eine Verschuldung, ist um so willkürlicher, als Napoleon seit März 1869 von der ganzen Angelegenheit Kenntniß hatte, ohne Anstoß daran zu nehmen, und als bekanntermaßen die Franzosen eifrig bedacht waren, einen Kriegsfall herbeizuführen.

Es ist bemerkenswerth, mit welcher Rücksicht von dem Verfasser die Franzosen in dieser Sache beurtheilt, und in welchem Umfange ihnen mildernde Umstände bewilligt werden. Nirgends wird bestimmt hervorgehoben, daß die Candidatur in erster Linie eine spanische Angelegenheit war, und daß die Franzosen ihren Zorn an eine andere Adresse hätten richten sollen, wenn sie es überhaupt für angemessen fanden, sich in die inneren Angelegenheiten eines fremden souveränen Staates einzumischen. Zur Entschuldigung der Franzosen wird sogar für „natürlich" erklärt, daß sie in der spanischen Angelegenheit eine preußische Intrigue gesehen hätten, und die drohende Sprache Gramonts am 6. Juli 1870 wird für „zutreffender, als man bisher anerkannt hat", bezeichnet.

Es erscheint schwer begreiflich, wie der Verfasser hier das Schreiben des Grafen Beust an den Botschafter in Paris vom 11. Juli 1870 hat übersehen können, in dem es heißt:

„Man behauptet zwar, Preußen sei es, das den Krieg hervorrufe, wenn es die Hohenzollernsche Candidatur nicht zurücknehme. Ich will mich darüber ganz offenherzig aus-

sprechen. Wird der Krieg nothwendig, so wird vor allem die von Frankreich seit dem ersten Moment eingenommene Haltung daran schuld sein. Gleich seine ersten Kundgebungen tragen nicht den Charakter diplomatischen Vorgehens, sie sind vielmehr eine thatsächliche Kriegserklärung gegen Preußen, und zwar in Ausdrücken, die in ganz Europa Aufregung hervorgerufen haben und zu dem Glauben berechtigen, man habe mit Vorbedacht und um jeden Preis Krieg herbeiführen wollen."

Dieses für die Verschuldung der Franzosen hier abgelegte Zeugniß ist um so gewichtiger, als es von einem der erbittertsten Gegner Preußens herrührt.

Wenn der Verfasser über die dilatorische Behandlung der Franzosen durch Bismarck sagt: ein solches Verfahren sei ihm herzlich unsympathisch, die Freude, die uns bei der Bewunderung hierüber wohl überkommen könne, sei eine unschöne Freude, sie entspreche dem Besten im deutschen Volksgemüth nicht, und wir leisteten dem deutschen Geist einen bessern Dienst, wenn wir diese Täuschung des Gegners in unserm sittlichen Urtheil verwürfen, oder sie nur als ein unvermeidliches Unglück hinnähmen, als wenn wir sie priesen — so beweist solche Auffassung, daß der Verfasser Bismarcks Handlungsweise hierbei in keiner Hinsicht richtig zu würdigen gewußt hat. Es scheint ihm nicht bekannt zu sein, wie sich Bismarck im Jahre 1868 dem bayerischen Diplomaten Frhrn. v. Völderndorf gegenüber geäußert hat, als er mit diesem die damalige Sachlage zwischen Deutschland und Frankreich besprach. Diese Aeußerung Bismarcks findet sich im dritten Bande des Jahrbuchs S. 386 und lautet folgendermaßen:

„Vielleicht würde ich mir weniger Mühe geben, den Krieg mit Frankreich zu vermeiden, wenn ich nicht die böhmischen Schlachtfelder in der Erinnerung trüge und die Lazarethe und Spitäler besucht hätte. Allein die Leiden und das Elend, das ich dort gesehen, kann ich nicht vergessen. Es ist möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß schließlich der Krieg uns doch aufgezwungen wird, und ich zweifle keinen Augenblick, daß wir ihn siegreich beenden werden. Aber andererseits bleibt

es doch auch möglich, jedenfalls bei den Zuständen in Frankreich nicht völlig unmöglich, daß wir um den Krieg herumkommen. Und der müßte ein schlechter Christ und ein gewissenloser Mensch sein, der nicht schon um dieser Möglichkeit willen Alles aufbieten würde, seinen Mitbürgern einen, wenn auch siegreichen, Krieg zu ersparen, so lange es ohne Schaden und ohne der nationalen Ehre zu nahe zu treten geschehen kann."

Hätte der Verfasser diese Aeußerung gekannt, so würde er über das „Dilatorische" in Bismarcks Verfahren wohl anders geurtheilt und dasselbe nicht als etwas „Welsches und Undeutsches", als eine „Täuschung, die vor dem sittlichen Urtheil nicht bestehen könne", bezeichnet haben. Seine Auffassung ist um so unzutreffender, als er selbst zugiebt, daß sich Preußen in der „Nothwehr einem hinterhaltigen, das Leben Deutschlands fortwährend mit Störung bedrohenden Gegner" gegenüber befunden habe.

Diesen letzteren Gedanken hätte der Verfasser nur weiter ausführen und darauf hinweisen sollen, wie eifrig die Franzosen nach einem Kriegsgrunde suchten, um sich die von Preußen verweigerte Compensation zu erzwingen, und wie sie schon seit dem Herbst 1867 sich in intimster Weise den Oestreichern genähert hatten. Es ist bekannt, daß im Juni 1869 zwischen beiden Staaten das Kriegsbündniß, zu dem auch Italien zugezogen wurde, fertig war. Im darauf folgenden Jahre wurden die gemeinschaftlichen Kriegsoperationen besprochen; man war über die Details der Ausführung völlig einig geworden, man wußte sogar, wo es voraussichtlich zur ersten Hauptschlacht kommen werde; alles war vorbereitet, zum Kriege fehlte nur noch ein passender Anlaß, — und dazu sollte jetzt die spanische Candidatur benutzt werden. Daß die Franzosen uns ausgelacht haben würden, wie Delbrück meint, wenn wir ihnen hierbei zugemuthet hätten, sie sollten sich mit der Unterscheidung zwischen „amtlich und nichtamtlich", oder zwischen „Hohenzollernscher Haus-" und „preußischer Staatsangelegenheit" abspeisen lassen, ist gewiß ganz richtig. Ebenso gewiß ist aber, daß sie uns „auslachen", wenn sie sehen, wie

gründlich wir bemüht sind, nach Entschuldigungs- und Rechtfertigungsgründen für ihr längst geplantes Vorgehen gegen Preußen zu suchen. Wie berechtigt dies Auslachen wäre, geht auch daraus hervor, daß es nach dem Zeugniß des Verfassers nicht an Franzosen fehlt, die ehrlich genug sind, einzugestehen, daß ganz Frankreich zum Kriege drängte und daß die Kriegswuth von Presse und Regierung in unerhörter Weise geschürt wurde. Selbst Napoleon und Benedetti hätten dies bestätigt, wie auf Seite 467 vom Verfasser weiter ausgeführt wird.

An alles dies hätte der Verfasser denken sollen, als er es unternahm, Bismarcks Verfahren in dieser Sache seiner Kritik zu unterziehen und das „Dilatorische" so hart zu beurtheilen. Er scheint hierbei übrigens den Ueberblick darüber, wie er sich der ganzen Frage mit seinem Urtheil gegenüberzustellen habe, einigermaßen verloren zu haben, denn weiterhin sagt er: „Aber wer vermag auf die Frage nach der Unvermeidlichkeit des Krieges sichere Antwort zu geben? Der Revanchekrieg, den Frankreich seit 1871 im Auge hat, scheint auch unvermeidlich, und seit 25 Jahren ist er nicht ausgebrochen, um etwas wächst damit die Hoffnung, daß er unterbleibe, so unwahrscheinlich das auch ist, und so thöricht es wäre, wollte Deutschland darauf rechnen. Gerade Bismarcks eigne Ansicht war es, daß jedes weitere Jahr, in welchem der Krieg mit Frankreich nicht losbrach, die Hoffnung mehre, es werde die Entwickelung Deutschlands sich schließlich doch in Frieden vollziehen können; um mit Bismarcks eigenem Worte zu reden: so sehr durchschaut kein Mensch die Wege der göttlichen Vorsehung."

Wie wenig stimmen diese Worte mit dem oben vom Verfasser ausgesprochenen harten Tadel überein, wo er in Bismarcks Handlungsweise etwas „Welsches, Undeutsches, das wir in unserm sittlichen Urtheil verwerfen müßten", erblickt!

Ferner muß noch Folgendes bemerkt werden: Wenn der Vorwurf gegen Bismarck erhoben wird, er habe die Franzosen getäuscht, ja man habe den Eindruck, „als ob ein Uebriges in der Täuschung geschehen sei, mehr als nöthig war", so scheint der Verfasser immer von der Annahme auszugehen, als habe Frankreich auf eine Gebietsvergrößerung ein gutes

Recht gehabt, und Bismarck habe ihm hinterlistiger Weise dieses Recht verschränkt, so daß es sich schließlich als hintergangen habe fühlen müssen. Von einer Täuschung, die vor dem Richterstuhle der Moral nicht bestehen könnte, kann aber hier gar keine Rede sein. Die Franzosen hatten kein Recht auf irgendwelche Compensation, und sie hätten wissen können, daß sie auf eine Nachgiebigkeit Bismarcks niemals zu rechnen haben würden, denn die Sprache, die er dem französischen Botschafter gegenüber schon am 6. und 7. August 1866 geführt, und die den Rücktritt des Ministers Drouyn de L'Huys veranlaßt hatte, war deutlich genug gewesen.

Der Verfasser hätte seinen Tadel lieber gegen die fortgesetzten Versuche der Franzosen, Compensationen zu erlangen, richten sollen, nicht aber gegen das Verfahren Bismarcks, das von 1867 an um so vorsichtiger und zurückhaltender werden mußte, als der Abschluß des Kriegsbündnisses zwischen Frankreich, Oestreich und Italien sich immer mehr der Verwirklichung näherte. Mit Recht zog Bismarck in seiner „Nothwehr dem hinterhaltigen Gegner“ gegenüber vor, von einem Versuch, die Franzosen „von der Unmöglichkeit der Befriedigung ihrer Compensationsgelüste offen zu überzeugen“, abzusehen. Er gedachte des Spruches: fert unda, nec regitur, und konnte sich den französischen Gelüsten auch schon deshalb kühler und abwartender gegenüberstellen, als es sich nicht mehr um die Zumuthung einer Preisgebung deutschen Gebietes handelte.

Was die Emser Depesche und die von Sybel sehr treffend charakterisirte angebliche „Fälschung“ anlangt, so hat auch hier der Verfasser Mancherlei an Bismarcks Handlungsweise zu tadeln. Er sagt: er müsse gestehen, daß er im Unterricht bei der Darstellung des großen Jahres des deutschen Volkes immer wieder an dieser Depesche Anstoß genommen habe, daß sie ihm als eine Entstellung des Thatbestandes und dadurch, gerade bei der großen Bedeutung, die sie gewonnen, als eine Verschuldung deutscherseits bei dem Ausbruch des Krieges erschienen sei.

Von einer solchen Verschuldung Bismarcks kann aber ebenso wenig die Rede sein, wie von einer durch die Form seiner Depesche bewirkten Entstellung des Thatbestandes.

An König Wilhelm war soeben, wie der Verfasser mittheilt, zu der von Benedetti gemachten Zumuthung hinsichtlich der bekannten Verpflichtung für alle Zukunft auch noch die durch Werther übermittelte Zumuthung eines eigenhändig zu schreibenden Entschuldigungsbriefes herangetreten. Hierüber sei der König in gerechten Zorn gerathen und habe gesagt: „es ist doch nothwendig, an Werther zu chiffriren, daß ich indignirt sei über die Gramont-Ollivier'sche Zumuthung und mir das Weitere vorbehalte."

Der Verfasser erkennt an, daß der König jetzt die Unterhandlungen für seine Person als abgebrochen angesehen und die Sache in Bismarcks Hände gelegt habe, und daß so von dem Könige selbst die Initiative dazu ergriffen worden sei, jetzt einen andern Ton anzuschlagen.

Danach entspricht die schärfere Fassung, die Bismarck in vollem Einverständniß mit Roon und Moltke der Depesche gegeben hat, durchaus der wirklichen Sachlage; es lag in dieser Fassung die berechtigte Abwehr gegen eine, wie der Verfasser mit Karl Bleibtreu sagt, „empfindliche Antastung der Großmachtstellung Preußens", gegen eine „Unverschämtheit, wie sie frecher nie gegen das Oberhaupt eines mächtigen Staates gewagt worden war".

Der Verfasser billigt also den „scharfen Gegenhieb" Bismarcks und meint, derselbe sei geführt worden ganz nach dem Herzen einer kriegsbereiten friedfertigen Nation, die fortwährender Einmischung, ja man dürfe wohl sagen, jahrhundertelangen Unthaten gegenüber endlich in der Empfindung losgebrochen sei: „Laßt uns jetzt endlich in Ruhe, oder wir werden uns wehren, daß euch die Augen übergehen." Darin liege für diesen scharfen Gegenhieb eine tiefe sittliche Rechtfertigung.

Mit dieser Auffassung kann man sich vollständig einverstanden erklären, um so wunderlicher ist es aber, daß der Verfasser an anderer Stelle mit Karl Bleibtreu in der Depesche eine öffentliche Beleidigung, eine öffentliche Beschimpfung Frankreichs sehen will, und daß er Betrachtungen darüber anstellt, ob die schärfere Fassung der Depesche „sittlich gerechtfertigt" gewesen sei.

Daß jener scharfe Ton die Franzosen empfindlich berühren mußte, darf ohne Weiteres zugegeben werden. Aber eine mildere Form, wie sie dem Verfasser „wohlthuender und sympathischer" gewesen wäre, konnte Bismarck nicht angesonnen werden, denn es handelte sich darum, wie der Verfasser selbst sagt, die nationale Ehre einer frechen Unverschämtheit gegenüber zu wahren. Eine mildere Form würde die Franzosen auch schwerlich veranlaßt haben, auf halbem Wege stehen zu bleiben, denn sie wollten durchaus den Krieg, wie — abgesehen von den früheren Erörterungen hierüber — auch daraus hervorgeht, daß „Gramont schon am 12. Juli sich Werther gegenüber dahin geäußert hatte: die Entsagung des Prinzen sei Nebensache, jetzt gelte es, die dauernde Verstimmung zwischen Frankreich und Deutschland zu beseitigen." Mit Nachdruck weist der Verfasser auch auf die „thöricht überstürzte" Kriegserklärung hin, der keine Anzeige darüber, daß man sich beleidigt fühle, keine Zeile eines Schriftstücks vorangegangen sei, während man doch zunächst „eine genugthuende Erklärung oder Zurechtweisung" des Inhalts der Depesche habe verlangen können, wenn man eine friedliche Beilegung gewünscht hätte.

Wo bleibt danach die Verschuldung Bismarcks, und wie kann der Verfasser von einem „Schatten" sprechen, der auf die Emser Depesche falle, und der uns verpflichte, das an dem Gegner begangene „Unrecht" durch eine ehrliche Anerkennung jener Verschuldung auszugleichen, „nicht nur weil wir dies unserm Gegner, sondern weil wir es uns selbst schuldig seien!"

Der Verfasser ist in seiner Beurtheilung der Handlungsweise Bismarcks offenbar nicht einig mit sich und schwankt zwischen Tadel und Anerkennung. Seine widerspruchsvollen Aeußerungen haben wohl auch den Herausgeber des Jahrbuchs zu der in der ersten Anmerkung enthaltenen Erklärung veranlaßt, daß seine Anschauungen in Sachen der Emser Depesche mit denen des Verfassers in einigen wichtigen Punkten nicht übereinstimmten.[1])

---

[1]) Die obige Darlegung entspricht durchaus der Ansicht des Herausgebers. H. K.

7.

Zwei Gedichte.

Von Ernst Scherenberg (Elberfeld) und Dr. Emil Jacobsen
(Charlottenburg).

I.

Ein Nachklang.

Des theuren Kaisers Bildniß,
Das jedes Herz erfüllt,
Jüngst vor dem Königsschlosse
Ward es in Erz enthüllt.

Ein Genius giebt dem Rosse
Des Helden das Geleit —
Doch Er, der Geistesrecke
Aus thatgewalt'ger Zeit,

Deß' Rath zu höchstem Wagen
Den Herrscher einst beseelt,
Untrennbar ihm verbunden —
Der Riesengenius fehlt!

Am Postamente schweben
In anmuthvoller Zier
Die Göttinnen des Sieges —
Seht der Victorien vier!

Doch er, der einst in Gluthen
Zum Kampf sein Volk gestählt,
Deß' Geist die Schwerter schärfte —
Der Siegesschöpfer fehlt!

Und drunten auf den Stufen
In Vierzahl grimme Leu'n
— Der Kraft und Treue Sinnbild —
Des Reiches Feinden dräu'n;

Doch Er, der Treuen Treuster,
Ohn' Menschenfurcht und Scheu,
Der stets für Reich und Kaiser
Zum Sprung bereite Leu,

Der, mit der Brust ihn deckend,
Aus Wunden ungezählt
Für seinen Herrn geblutet —
Der greise Löwe fehlt!

Und um das Denkmal schaarte
Zu Reiches Ruhm und Preis
Und seines Gründers Ehren
Sich deutscher Fürsten Kreis;

Doch Er, den einst sein Kaiser
Aus Tausenden erwählt,
Der Fürst in Volkes Herzen —
Er hat im Kreis gefehlt!

Beim Mahl im Zollernschlosse
Klang dann manch herrlich Wort.
Dank Dir, Du junger Kaiser,
Des Reichs und Friedens Hort!

Doch nimmer sei, in Treuen,
Dir unser Schmerz verhehlt:
Uns hat am Tag der Weihe
Ein Spruch, ein Gruß gefehlt!

Dem Rächer Deiner Ahnen!
Dem Tilger deutscher Schmach!
Millionenstimmig holen
Den Gruß wir heute nach.

Denn ihm, der nie dem Kaiser,
Dem Reich in Noth gefehlt —
Bleibt seines Volkes Seele
In Ewigkeit vermählt!

II.

Wer sleht den lewen? wer sleht den risen?
wer überwindet jenen unt disen?
Daz tuot jener der sich selber twinget
und alliu siniu lit in huote bringet
uz der wilde in staeter zühte habe.

Walther von der Vogelweide.

Wo schwarzweißrothe Banner auf freiem Boden wehn
Und freie deutsche Männer zusammen heute stehn,
In Ehrfurcht da ihr Denken auf Einen ist gestellt,
Viel tapfrer Helden Kaiser, ein Ritter selber und ein Held.

Mit jugendlichem Muthe zog er hinaus, ein Greis,
Ein Vater mit den Söhnen, und rang um hohen Preis.
Wie werden unsre Enkel uns neiden jener Zeit,
Da unter ihm geworden des neuen Reiches Herrlichkeit.

Gedenken wir des Helden, sei auch dabei gedacht,
Daß eitel deutsche Treue so Großes hat vollbracht;
Daß einst nicht scheiden wollten sich Fürsten und ihr Lehn,
Um ihrer Treue willen sah man sie fest beisammen stehn.

Gedenken wir des Helden, sei auch dabei gedacht,
Warum ihm ward verliehen von Gott so große Macht:
Des Menschen höchste Stärke, die wissen wir ihm Dank,
Den Sieg hat er errungen, weil er den Feind in sich bezwang!

Erst wägen und dann wagen, wie Moltke es gelehrt,
Bei Wilhelm hat, dem Weisen, als Tugend sich bewährt,
Er hat, sich selbst bescheidend, des Stärkern Kraft gesetzt,
Schien ihm gering die eigne, sich nimmer selbst zu hoch geschätzt.

Nie machte Stolz ihn unfrei — so ward ihm Lieb' zum Lohn!
Er saß, ein freier Weiser, in Demuth auf dem Thron.
Voll Trauer und voll Ehrfurcht sah drum sein Volk ihn ziehn.
Ob so viel Herrschertugend wir heißen gern den Großen ihn.

Heut blickt der Nimmermüde, uns segnend, aus Walhall,
Umringt von seinen Kühnen, den treuen Recken all. —
Nur Einer noch, der Riese an Wollen und an Kraft,
Fehlt in der Heldenrunde, sitzt noch in dunkler Erdenhaft.

Dem bis zum Scheiden Wilhelm gar großen Dank im Herzen trug,
Den hat der Neid geschlagen, wie Hagen Siegfried schlug. —
Doch Wilhelm seinem Volke noch heute Treue hält:
Er hat den besten Helden zum treuen Eckhard ihm bestellt.

Nun lohne Gott Dir, — Bismarck, — der Du dem Kaiser gut
In Nöthen hast getröstet das Herz und auch den Muth,
Der Deutschland Du erlöset aus Feindesnoth und Spott,
Gelehrt uns, nichts zu fürchten auf dieser Welt, allein nur Gott.

Als Maulwurfsarbeit, feige, Dich Recken baß verdroß,
Der Schranzen und der Neider, des feilen Strebertroß,
Wegmüde wollt'st Du rasten, da schuf Dir Wilhelm Ruh
Und rief Dir, uns zum Heile, sein treugebornes „Niemals!" zu.

Dies Wort ist uns Vermächtniß! Was Mund gelobt und Hand
Von treuen, freien Männern, nie werd' es je zu Schand!
Auf daß man uns nicht schelte darum in später Zeit,
Denn jedem guten Werke liegt auch ein reiches Lob bereit.

Nicht darf sich Deutscher nennen, wer, Bismarck, Dich, vergißt,
Wer Treu und Dank nach Worten und nicht nach Thaten mißt.
Still trinken dem Kaiser wir Minne nach alter deutscher Art
Und rufen dann Heil! dem Großen, im Sachsenwald dem Eckehard.

Der Dank von freien Männern gilt mehr als andre Ding',
Werth ist der Dank von Sklaven nicht einen Pfifferling.

III.

Chronik

vom 17. September bis 31. December 1896.



Nachtrag zur Chronik

(vgl. Bd. III).

1896.

11. Juli: Rath und Stadtverordnete von Dresden beglückwünschen den Fürsten Bismarck am Tage seines fünfundzwanzigjährigen Ehrenbürgerjubiläums mit folgendem Schreiben:

Durchlauchtigster Fürst!

Mit froher Begeisterung hat unser Volk in den letzten Monaten die Erinnerung an die große Zeit begangen, in der sich die langersehnte Einigung und die Aufrichtung des Deutschen Reiches vollzogen, und in tiefer Dankbarkeit ist allerorten der Helden gedacht worden, die das Vaterland zur Höhe der Macht und des Ansehens erhoben haben. Heute feiert unsere Stadt den letzten dieser ruhmvollen Gedenktage, die Stunde, in welcher vor einem Vierteljahrhundert Sachsens Kronprinz Albert an der Spitze seiner siegreichen Truppen hier seinen festlichen Einzug hielt. Wenn damals unsere Stadt den lorbeergeschmückten Feldherrn mit stolzem Jubel als ihren geliebtesten Sohn begrüßte, so wollte sie der Freude nicht entsagen, fortan auch die beiden Männer, die sich durch unvergleichliche Staatsweisheit und Kriegskunst vor allem um die politische Wiedergeburt Deutschlands und um die Rückerwerbung einst entrissener deutscher Provinzen verdient gemacht hatten, zu den ihrigen zu zählen, indem sie ihnen das Ehrenbürgerrecht antrug. Ew. Durchlaucht, wie auch der nun verewigte Feldmarschall Graf Moltke, erwiesen unserer Stadt die Ehre, dieses Bürgerrecht freundlich anzunehmen und uns zu gestatten, daß zwei öffentliche Plätze mit Ihren Namen geschmückt wurden.

Fünfundzwanzig ereignißvolle Jahre sind seitdem vergangen. Der große Kaiser und seine Paladine sind dahingesunken, des großen Kanzlers mächtige Gestalt aber wandelt aufrecht unter den Eichen des Sachsenwaldes. Bei manchem festlichen Anlasse hat unsere Stadt den gefeierten Ehrenbürger aus der Ferne

begrüßen dürfen, aber auch der lange gehegte Wunsch, ihn in ihren Mauern zu sehen, ist in Erfüllung gegangen.

Der Empfang, den Ew. Durchlaucht am 18. Juni 1892 hier gefunden, hat gezeigt, daß Dresdens Bewohner gegen den Schöpfer der deutschen Einheit von unwandelbarer Treue, von der innigsten Liebe und Verehrung erfüllt sind. Ein Gemälde, das die Ew. Durchlaucht an jenem denkwürdigen Abend bereitete Huldigung darstellt, ist von einem patriotischen Mitbürger dem Stadtmuseum gestiftet und wird die Erinnerung an den großen Augenblick von Geschlecht zu Geschlecht fortpflanzen. Und als ein stolzes und unvergängliches Zeichen liebender Verehrung wird sich in wenigen Jahren das eherne Standbild Ew. Durchlaucht auf einem der belebtesten Plätze im Herzen unserer Stadt erheben.

So hoffen wir, der von Ew. Durchlaucht unserer Stadt erwiesenen wohlwollenden Gesinnung uns nicht unwerth gezeigt zu haben, und bringen heute, am fünfundzwanzigsten Jahrestage der Annahme des Ehrenbürgerrechtes, gehobenen Herzens Ew. Durchlaucht unsere Wünsche dar. Möge der Allmächtige uns noch lange das Glück gönnen, den Besten der Deutschen zu unseren Mitbürgern zu zählen, möge es Ew. Durchlaucht beschieden sein, noch viele Jahre in Kraft des Geistes und des Körpers zu wirken, zur Freude des deutschen Volkes, zum Heile des Vaterlandes.

Dresden, am 11. Juli 1896.

In größter Ehrerbietung

Der Rath Die Stadtverordneten

der königlichen Haupt- und Residenzstadt Dresden.

Beutler. Gustav Ackermann.

12. Juli: Schreiben des Fürsten Bismarck an Oberbürgermeister Beutler in Dresden:

Friedrichsruh, den 12. Juli 1896.

Ew. Hochwohlgeboren bitte ich, dem Rath und den Stadtverordneten der königlichen Residenzstadt meinen verbindlichsten Dank für die freundliche Begrüßung auszusprechen, durch die Sie mich zum 11. d. M. beehrt haben. Die hohen Auszeichnungen, die mir vor 25 Jahren durch Verleihung des Ehrenbürgerrechtes von Dresden und durch meinen Empfang im Juni 1892 zu Theil wurden, gehören zu den besten politischen Erinnerungen meines politischen

Lebens, und in Dankbarkeit bitte ich meine Mitbürger, meine Wünsche für das Wohlergehen Ihrer schönen Stadt entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

16. Juli: Schreiben des Fürsten Bismarck an den deutschen Club in Sydney (Neu-Süd-Wales): Dank für das Geburtstagsgeschenk:

Friedrichsruh, den 16. Juli 1896.

Das Geburtstagsgeschenk meiner Landsleute habe ich mit Freude über die Anhänglichkeit, welche sie der Heimath bewahren, und mit lebhaftem Interesse an den übersandten zoologischen und botanischen Seltenheiten erhalten. Mit meinem Danke verbinde ich meine herzlichen Wünsche für das Gedeihen des Clubs und das persönliche Wohlergehen seiner Herren Mitglieder.

v. Bismarck.

3. August: Schreiben des Fürsten Bismarck an den Verlagsbuchhändler A. de Grousilliers: Dank für Uebersendung des Werkes „Das Schönhausener Museum".

Friedrichsruh, den 3. August 1896.

Die Lieferungen des Werkes über das Schönhauser Museum und jetzt den vollendeten Band habe ich mit Interesse und Freude an der kunstvollen Reproduction der Gaben erhalten und bitte Sie und Herrn Jerosch, für die zu meinen Ehren aufgewandte Mühe meinen verbindlichsten Dank wiederholt entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

24. August: Schreiben des Fürsten Bismarck an den Gouverneur von Texas, Charles A. Culberson (H. N. 24. 9. 1896 Nr. 225 A.-A.).

Schreiben Culbersons.

Austin, Texas, Juli 1 1896.

Ew. Eurchlaucht wird nicht unbekannt sein, daß dem Volke der Vereinigten Staaten bei der diesmaligen Präsidentenwahl die große Finanzfrage vorliegt, ob es für dasselbe besser sei, die einfache Goldbasis oder den Bimetallismus anzunehmen. Die

Gründe für und gegen beide Währungen sind Ew. Durchlaucht wohlbekannt, doch wird hier von den Bimetallisten besonders geltend gemacht, daß der Goldvorrath zum Prägen in der Welt ungenügend für den Bedarf sei und die alleinige Goldwährung daher noch mehr niederdrückend auf alle andern Werthe wirken muß.

In einer Rede eines Mitgliedes des Congresses der Vereinigten Staaten fand ich kürzlich die Bemerkung, daß Ew. Durchlaucht bei einer Gelegenheit erklärt habe, Gold sei nicht die beste Basis, da nicht genügend vorhanden, und daran die Bemerkung geknüpft, Sie fürchteten, die Decke würde nicht groß genug für Alle sein. Diese Bemerkung erschien mir als höchst passend und wichtig und hat ohne Zweifel den gleichen Eindruck auf Tausende von Anderen gemacht.

Es ist unnöthig zu versichern, daß Ew. Durchlaucht Meinung über diesen Gegenstand von großer Tragweite ist. Außer dem großen und einflußreichen deutschen Element in diesem Lande bewundern und verehren auch die Amerikaner in Ew. Durchlaucht den bedeutendsten und größten unserer lebenden europäischen Staatsmänner, welcher Ansicht auch ich mich stets angeschlossen.

In Rücksicht hierauf erlaube ich mir, im Interesse des Volkes der Vereinigten Staaten Ew. Durchlaucht folgende Fragen vorzulegen, mit deren gütiger Beantwortung Sie bei Millionen meiner Landsleute jeden Zweifel in dieser Frage heben würden:

1) Welches ist nach Ew. Durchlaucht Meinung die beste Finanzpolitik für civilisirte Nationen, Goldwährung oder Bimetallismus, und aus welchem Grunde?
2) Welchen Einfluß würde nach Ew. Durchlaucht Ansicht die unmittelbare Annahme der Doppelwährung durch die Vereinigten Staaten auf die Sache des Bimetallismus in Deutschland und auf den Handel der übrigen großen civilisirten Völker haben?

Indem ich wagte, Ew. Durchlaucht mit dieser Anfrage zu belästigen, geschah es im Interesse von Millionen meiner Landsleute, von denen eine große Anzahl von deutscher Abkunft, die, bei aller Loyalität für die neue Heimath, doch die Liebe zum alten Vaterlande nicht vergessen haben, und im Vertrauen auf Ew. Durchlaucht Großmuth, die auch einem fremden Volke eine Belehrung in dieser Hinsicht nicht vorenthalten wird, und zeichne ich mit Bewunderung und Verehrung

Ew. Durchlaucht unterthänigster Diener

Charles A. Culberson.
Gouverneur des Staates Texas.

Antwort Bismarcks.

Friedrichsruh, den 24. August 1896.

Sr. Hochwohlgeboren
dem Herrn Charles A. Culberson,
Gouverneur von Texas.

Austin
U. S. A.

Geehrter Herr!

Ihr gefälliges Schreiben vom 1. Juli d. Js. habe ich erhalten.

Ich habe stets Vorliebe für Doppelwährung gehabt, ohne, als ich im Amte war, den Sachverständigen gegenüber mich für unfehlbar zu halten. Ich glaube noch heute, daß es sich empfiehlt, das Einverständniß der am Weltverkehr vorzugsweise betheiligten Staaten in der Richtung der Doppelwährung zu erstreben.

Die Vereinigten Staaten sind wirthschaftlich freier in ihrer Bewegung wie jeder einzelne der europäischen Staaten, und wenn Nord-Amerika es mit seinen Interessen vereinbar fände, in der Richtung der Doppelwährung einen selbstständigen Schritt zu thun, so glaube ich, daß ein solcher auf die Herstellung internationaler Einigung und des Anschlusses der europäischen Staaten von förderlichem Einflusse sein würde.

Mit der Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung bin ich Ew. Hochwohlgeboren

ergebenster Diener
v. Bismarck.

1896.

20. September: Der Verein Deutscher Eisenhüttenleute sendet von Gleiwitz aus dem Fürsten Bismarck folgendes Huldigungstelegramm:

Dem eisernen Kanzler, ihrem durchlauchtigsten Ehrenmitgliede, senden die heute in Gleiwitz in der Ostmark des Reiches zu festlicher Hauptversammlung vereinten Mitglieder des „Vereins Deutscher Eisenhüttenleute" ihren ehrfurchtsvollen Gruß. Dem hochverdienten Förderer des deutschen Eisengewerbes geloben wir unverbrüchlich festzuhalten an dem Schutz der nationalen Arbeit für alle Berufsstände im Vaterlande, durchdrungen von der Gemeinsamkeit der Interessen in Landwirthschaft, Handel und Industrie. Dem eisernen Kanzler unseren ewigen, eisernen Dank!

Antwort Bismarcks:

Ich bitte Sie, der Festversammlung für die ehrenvolle Begrüßung und für das Festhalten an der Interessengemeinschaft aller heimischen Erwerbsstände meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.
v. Bismarck.

20. September: Die Generalversammlung der nationalliberalen Partei für den 19. hannoverschen Reichstagswahlkreis sendet dem Fürsten Bismarck folgendes Huldigungstelegramm:

Die heutige Generalversammlung des nationalliberalen Vereins des 19. hannoverschen Wahlkreises sendet Ew. Durchlaucht als unserm früheren Reichstags-Abgeordneten ehrfurchtvollsten Gruß mit der Versicherung, daß wir nicht aufhören werden, im Sinne Ew. Durchlaucht den vaterländischen Gedanken wie auf politischem so auch auf wirthschaftlichem Gebiete zu vertreten.

21. September: Schreiben an den Stadtrath von Annaberg (Sachsen): Dank für Uebersendung der zum vierhundertjährigen Jubiläum der Stadt geprägten Denkmünze:

Friedrichsruh, den 21. September 1896.

Den Stadtrath und die Stadtverordneten bitte ich, mit meinen besten Wünschen für das fernere Wohlergehn meiner Mitbürger meinen verbindlichsten Dank für die Uebersendung der schönen Erinnerungsmedaille freundlich entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

24. September: Telegramm Bismarcks an Herrn Kettler in Opalenitza: Dank für die Begrüßung durch den Verein zur Förderung des Deutschthums:

Ich danke Ihnen für Ihre Mittheilung und hoffe, daß die Gesinnung, die aus derselben spricht, alle Deutschen Ihrer Landschaft zusammenhalten wird.

v. Bismarck.

30. September: Die „Hamb. Nachr." (No. 230 A.-A.) schreiben zur Frage über die Urheberschaft der kirchenpolitischen Gesetze:

Die „Germania" berichtet über die angebliche Anregung der kirchenpolitischen Gesetze vom Jahre 1872 durch den Fürsten Bismarck das Folgende:

„Dr. Falk, geh. Oberjustizrath im Justizministerium, übernahm am 22. Januar 1872 an Mühlers Stelle die Leitung des Cultusministeriums. Kurze Zeit, nachdem Dr. Falk Cultusminister geworden, besuchte er die Wittwe eines früheren Collegen im Justizministerium. Der neue Cultusminister Dr. Falk war bei diesem Besuche sehr erregt und klagte der Dame, daß Fürst Bismarck ihm die Aufgabe gestellt habe, mehrere gegen die katholische Kirche in Preußen gerichtete Gesetze unter Angabe bestimmter Gesichtspunkte, von denen jene auszugehen hätten, auszuarbeiten. Diese Aufgabe sei ihm im höchsten Grade unangenehm und bedauerlich, weil er überzeugt sei, daß sie ihren Zweck in keiner Weise erfüllen könne. Er habe seine Bedenken dem Fürsten Bismarck mitgetheilt, dieser aber habe darauf bestanden, und es bleibe ihm nichts übrig, als der Aufforderung Folge zu leisten."

Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Mittheilung, soweit sie den Fürsten Bismarck betrifft, vollständig erfunden und erlogen ist. Wir bezweifeln nicht, daß der Staatsminister Falk dies auf Befragen bestätigen würde. Die „Germania"

ist mit ihren Entstellungen über die deutsche Politik ein nützlicher Bundesgenosse der französischen Blätter, die das gleiche Gewerbe betreiben.[1])

4. October: Enthüllung des Bismarck-Denkmals auf dem Feldberge. Auf das ihm zugesandte Huldigungstelegramm antwortet Fürst Bismarck:

Ich bin sehr dankbar für die hohe Ehre, die mir mit der Einweihung des Denkmals gerade auf dem Feldberg erwiesen wird. Ich habe aus früheren Besuchen des schönen badischen Landes die anschaulichste Erinnerung des Schwarzwaldes.

v. Bismarck.

4. October: Der Delegirtentag der nationalliberalen Partei sendet dem Fürsten Bismarck folgendes Huldigungstelegramm:

Dem großen deutschen Manne, dem Mitbegründer und ersten Kanzler des Deutschen Reiches, rufen die Delegirten der

---

[1]) Dr. Falk kam dem hier ausgesprochenen Wunsche nach, indem er an den „Rheinisch-westfälischen Anzeiger" folgenden zur Veröffentlichung bestimmten Brief richtete:

Im Laufe der Jahre sind manche Mittheilungen über meine Thätigkeit als Minister in die Oeffentlichkeit gelangt, welche zu einer Berichtigung geeignet waren. Ich habe eine solche bisher niemals eintreten lassen und gedenke, so weit irgend möglich, bei dieser Haltung zu bleiben. Am wenigsten würde ich sie aus eigener Bewegung einer so umrahmten Mittheilung gegenüber aufgeben, wie es die von der Redaction in Bezug genommene, kürzlich von der Zeitung „Germania" gebrachte ist. Allein heute lese ich eine Erklärung der „Hamburger Nachrichten", welche mich deutlich zu einer Aeußerung über die Mittheilung der „Germania" auffordert. Wie die Verhältnisse liegen, glaube ich mit der Annahme nicht zu irren, daß solche Aufforderung im Sinne einer von mir besonders hochverehrten Stelle ist. Das legt mir die Pflicht zu einer Aeußerung auf. Dieselbe lediglich auf den Punkt richtend, auf welchen es sachlich ankommt, erkläre ich, daß — wenn auch selbstverständlich im Hinblick auf Besprechungen innerhalb der Staatsregierung — doch die Initiative zu den im Jahre 1872 vorbereiteten, Anfangs 1873 dem Landtage vorgelegten und im Mai desselben Jahres allerhöchst vollzogenen kirchenpolitischen Gesetzentwürfen von mir und nicht von Sr. Durchlaucht dem Fürsten Bismarck genommen worden ist. Die in meinen Händen befindlichen Schriftstücke zeigen, daß meine formulirten Vorschläge dem Genannten nicht eher zugegangen sind, als den übrigen Mitgliedern des Staatsministeriums.

Falk.

nationalliberalen Partei aus ganz Deutschland in alter unverbrüchlicher Verehrung und Dankbarkeit für alles, was er dem Vaterlande Großes geschaffen hat, aus tiefstem Herzen zu: Gott schütze und erhalte ihn uns noch lange!

Im Auftrag: Dr. Osann.

Antwort Bismarcks:

Mit meinem verbindlichsten Danke für die ehrenvolle Begrüßung bitte ich Sie, den Kampfgenossen, deren Unterstützung ich mich in ernster Zeit erfreut habe, meine Wünsche für die politische Zukunft der Fraction auszusprechen.

v. Bismarck.

6. October: Schreiben an den General der Infanterie Vogel v. Falckenstein in Coblenz: Fürst Bismarck bemerkt zu den in der „Frankfurter Oder-Zeitung" veröffentlichten angeblichen Aeußerungen über General Vogel v. Falckenstein:

... Ich habe keine Erinnerung von den Gesprächen, die an meinem 80. Geburtstage von mir und Andern geführt worden sind; in der Gestalt, wie die „Frankfurter Oder-Zeitung" sie giebt, haben sie sicher nicht stattgefunden ...

? October: Schreiben Bismarcks an Senator Sauer in Suhl: Dank für Uebersendung der Photographien des auf dem Domberg errichteten Bismarckdenkmals:

Ew. Hochwohlgeboren und die Herren Mitunterzeichner des Schreibens vom 26. v. M. bitte ich, für die hohe Auszeichnung, die Sie mir durch die Errichtung des Thurmes auf dem Domberge erwiesen haben, und für die Uebersendung der wohlgelungenen Photographien meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen. Ich würde mich freuen, wenn ich rüstig genug wäre, den Besuch Ihrer landschaftlich schönen Heimath zu wiederholen, den ich 1850 von Erfurt aus Ihren Wäldern und Ihren Auerhähnen machte.

v. Bismarck.

11. October: Die „Hamb. Nachr." (No. 240 M.-A.) bringen folgende Berichtigung der „Volks-Zeitung":

Die Berliner „Volks-Ztg." citirt in einem Artikel über den Fürsten Bismarck und die Maigesetze aus einem Briefe desselben an den Grafen Roon eine Stelle, wo es heißt:

„Ich stehe dienstlich auf der Bresche und mein irdischer Herr hat keine Rückzugslinie, also: vexilla regis prodeunt und ich will, krank oder gesund, die Fahne meines Lehnsherrn halten, gegen meine factiösen Vettern so fest wie gegen Papst, Türken und Franzosen."

Das urgelehrte Berliner Demokratenblatt übersetzt die lateinische Stelle wie folgt:

„Die Fähnlein des Höllenfürsten rücken an; der bekannte Anfang eines lateinischen Hymnus."

Die „Volks-Ztg." scheint zu den infernalischen Mächten in engeren Beziehungen als zu den himmlischen zu stehen, wenigstens können wir uns ihre Uebersetzung nur so erklären. Fürst Bismarck hat, als er den Brief an den Grafen Roon schrieb und ebenso als er die darin enthaltenen lateinischen Worte später einmal im Reichstage gebrauchte, sie aus einem Hymnus des Fortunatus citirt, der sich im „Hymnologischen Blüthenstrauß altlateinischer Kirchenpoesien", gesammelt von Dr. H. A. Daniel (Halle, E. Anton, 1840) findet, als „Hymnus de passione Domini" in der neueren Sammlung „Lauda Sion", Auswahl der schönsten lateinischen Kirchenhymnen von K. Simrock, Stuttgart, Cotta 1868, abgedruckt ist und dessen Eingang lautet: Vexilla regis prodeunt, (fulget crucis mysterium etc.) Wenn die „Volks-Ztg." den Vers auf den Höllenfürsten bezieht, so hat sie allerdings insofern Recht, als Dante im 34. Gesange der Hölle die höllischen Heerscharen mit dem Hymnus Vexilla regis prodeunt inferni einführt. Der Dichter hat also durch Hinzufügung des inferni seinem Zwecke entsprechend den rex in satanas umgewandelt, und wir finden es ganz begreiflich, daß diese Travestie ins Höllische dem Berliner Demokratenblatte und seinem unchristlichen Hasse gegen den Fürsten Bismarck besser zusagt, als der kirchliche Urtext des Fortunatus.

12. October: Die „Hamb. Nachr." (N. 240 A.-A.) schreiben:

Einige fortschrittliche und ultramontane Blätter beschäftigen sich im Hinblick auf den Fürsten Bismarck mit gewisser Genugthuung mit den Schwächen, welche hohes Alter mit sich bringt. Und doch ist eine Aenderung im Gesundheitszustande des Fürsten eigentlich nicht eingetreten. Er leidet seit 1879 an demselben Uebel der Neuralgie, nervösen Gesichtsschmerzen, und es war kaum zu erwarten gewesen, daß diese mit den Jahren besser

werden würden. Die Intensität der Schmerzen ist wesentlich mit von der Witterung abhängig, und in diesem kühlen und feuchten Jahre sind sie besonders unbequem gewesen.

Die Schlaflosigkeit, an welcher der Fürst mitunter leidet, ist kein selbstständiges Uebel, sondern Ergebniß der genannten Schmerzen, welche hindern, zu schlafen, so lange sie lebhaft sind.

Es ist nach menschlichen Verhältnissen natürlich, daß mit hohem Alter auch Altersschwächen eintreten, und wenn dies bei dem Fürsten Bismarck der Fall ist, so giebt es Leute, welche das betrübt, und Andere, denen es eine Genugthuung gewährt. Für ihn selber aber wird es eine Beruhigung sein, daß seine persönlichen Gegner, die ihm auch in sein Privatleben mit geiferndem Hasse folgen, zugleich Gegner des Deutschen Reichs und der Schöpfung Kaiser Wilhelms sind.

19. October: Die zum Gedächtniß der Leipziger Schlacht versammelten Festgenossen senden telegraphisch dem Fürsten Bismarck ihren huldigenden Gruß:

Ew. Durchlaucht sendet die große Festversammlung der zum dankbaren Gedächtniß der strahlenden Ruhmeszeit der Leipziger Schlacht und zur Förderung ihres erstrebten Nationaldenkmals in Leipzig veranstalteten Feier des 18. und 19. October in treuer Verehrung der erhabenen Führer und Vorbilder auf dem Felde der deutschen Ehre und Erhebung aus dankerfülltem Herzen ehrfurchtvollsten Gruß.

Dr. Georgi, Oberbürgermeister.

20. October: Telegramm an Oberbürgermeister Dr. Georgi in Leipzig:

Für die gestrige Begrüßung sage ich verbindlichsten Dank und freue mich über den nationalen Sinn, den meine Leipziger Mitbürger auch bei Anlaß dieser Gedenkfeier bethätigen.

v. Bismarck.

21. October: Die „Hamb. Nachr.“ (No. 248 A.-A.) schreiben:

Zum Untergang des „Iltis“.

Wir constatiren mit Genugthuung, daß die Unverschämtheit, mit welcher der ehemalige Schiffskoch und spätere Speisewirth Schwartz aus Lübeck auf dem Gothaer Parteitage der Socialdemokratie die Angehörigen der deutschen Marine über ihre Pflicht im Moment höchster Gefahr zu belehren versucht hat, überall in der vaterländischen Presse mit Entrüstung zurückgewiesen wird.

Wenn der socialistische Schwätzer der untergegangenen Besatzung des „Iltis" zum Vorwurfe macht, daß sie im Momente der Katastrophe ein Hurrah auf den Kaiser und das Flaggenlied angestimmt hat, anstatt auf die eigene Rettung bedacht zu sein, so ist die Absicht offenbar darauf gerichtet, den Eindruck zu erwecken, daß nicht Alles geschehen sei, was pflicht- und naturgemäß zur Erhaltung von Schiff und Leuten geboten gewesen sei, und daß die Mannschaft gleichsam eines patriotisch-militärischen Theater-Effectes wegen voreilig in den Tod getrieben wäre. Für diese ruchlose Verdächtigung der untergegangenen heldenmüthigen Besatzung des „Iltis" verdiente der ehemalige Schiffskoch eine Züchtigung, die wir hier ihm mit der Feder nicht zu Theil werden lassen können, die ihm aber sicherlich in ausgiebigster Weise verabfolgt werden würde, wenn er die Unvorsichtigkeit beginge, sich demnächst im Kreise patriotisch denkender und fühlender deutscher Marinemannschaften blicken zu lassen.

Als wir seiner Zeit die Liste der untergegangenen Besatzung des „Iltis" veröffentlichten, knüpften wir daran die Bemerkung, sie bilde insofern ein Document der Einigung des deutschen Volkes, als Angehörige aller deutschen Volksstämme auf dem Schiffe gedient und miteinander in den Tod gegangen seien[1]; heute möchten wir der socialdemokratischen Verunglimpfung gegenüber darauf hinweisen, daß unter der Besatzung des „Iltis" gewiß auch Mancher war, der denjenigen Kreisen der Bevölkerung entstammte, deren politische Vertretung die Gesinnungsgenossen des pp. Schwartz in Anspruch nehmen. Wenn diese Mannschaften mit demselben Heldenmuthe wie ihre Kameraden bis zum letzten Augenblicke ausgeharrt und mit patriotischen Kundgebungen gestorben sind, so dürfen wir uns dadurch in der tröstlichen Ueberzeugung bestärkt fühlen, daß unsere Marine bisher so wenig wie unsere Armee unter dem Gifte gelitten hat, das ihrem Organismus durch die socialdemokratische Agitation zugeführt wird. Pflichtgefühl und Vaterlandsliebe, Disciplin und aufopferungsfreudiger Heldenmuth sind nur für die socialdemokratische Führerschaft, die zum größten Theil von der Bekundung gegentheiliger Eigenschaften lebt, nicht aber für die Angehörigen unserer Wehrmacht zu Wasser und zu Lande ein überwundener Standpunkt.

Uebrigens steht das rühmliche Beispiel unseres „Iltis" nicht vereinzelt da in den Annalen der Marine. Als das italienische Admiralschiff „Re d'Italia" in der Seeschlacht bei Lissa von dem Admiral Tegethoff gerammt und in Begriff war zu sinken, brach die Mannschaft in den Ruf aus: Evviva l'Italia!

[1]) S. Bismarck-Jahrbuch III 586.

Für solchen Heldenmuth im Augenblick der höchsten Gefahr — einerlei ob er von Deutschen oder von Ausländern bekundet wird — hat unsere Socialdemokratie allerdings kein Gefühl, und gerade darin drückt sich der sittliche Defect, an dem die Partei leidet, am deutlichsten aus.

22. October: Schreiben an den Oberbürgermeister Dr. Giese von Altona: Dank für Uebersendung des Ehrenbürgerbriefes:

Friedrichsruh, den 22. October 1896.

Ew. Hochwohlgeboren haben mir durch die Zustellung des Bürgerbriefes der Stadt[1]) eine besondere Freude gemacht, und ich bitte, den Ausdruck meines verbindlichsten Dankes für die Ehre wiederholt entgegen zu nehmen, welche die hohen städtischen Behörden mir durch ihren Beschluß erwiesen haben.

Der größten Stadt Schleswig-Holsteins Bürger zu werden, bedeutet nach dem Laufe der vaterländischen Geschichte für mich eine der höchsten Auszeichnungen und eine für mich persönlich um so erfreulichere Anerkennung meiner amtlichen Thätigkeit, da ich an der Entwicklung Altonas nachbarliches und nationales Interesse nehme.

Die Ausstattung der Urkunde bietet ein glänzendes Zeugniß des Altonaer Kunstgewerbes, und ich bitte Ew. Hochwohlgeboren, meinen Herren Mitbürgern und vornehmlich auch den an der Herstellung betheiligten Künstlern meinen herzlichsten Dank aussprechen zu wollen.

v. Bismarck.

24. October: Schreiben an Rector Prof. Dr. Kämmel in Leipzig:

Friedrichsruh, den 24. October 1896.

Geehrter Herr Director.

Für die freundliche Zusendung des Werdegangs [des deutschen Volkes] und des neuen Bandes der [Illustrirten] Weltgeschichte sage ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank und werde beide Werke mit dem Interesse einsehn, welche die Lectüre Ihrer frühern Schriften mir erweckt hat.

---

[1]) Den Text siehe Bismarck-Jahrbuch II 601 f.

Bei flüchtiger Durchsicht des illustrirten Buches wiederholt sich mein früherer Eindruck, daß durch die bildliche und kartographische Darstellung der geschichtlichen Existenzen und Gränzen die historische Anschaulichkeit der Vergangenheit gesteigert wird und sich fester einprägt. Ich freue mich der Entwicklung dieser Art der Ausstattung und der ihr dienenden Forschung in Archiven und Museen. Dies trifft besonders bei den Karten zu: Mir zeigten sich Zustände von anno 500 oder 1500 schärfer in der Illustration wie durchs Lesen, und die kartographische Anschauung ist in dieser Hinsicht besser und dauerhafter wie die mittelst Wort und Druckerschwärze. Ich höre mit Freude, daß in den Schulen auf die Lehrmittel der Anschauung jetzt mehr Gewicht gelegt wird.

In angenehmer Erinnerung an Ihren Besuch in Varzin bin ich der Ihrige

v. Bismarck.

24. October: Die „Hamb. Nachr." (No. 251 M.-A.) veröffentlichen folgenden Artikel:

Fürst Bismarck und Rußland.

Die „Voss. Ztg." erinnert daran, daß Fürst Gortschakow im Jahre 1882 vom Amte zurückgetreten und im Jahre 1883 gestorben, Fürst Bismarck dann aber noch sieben Jahre Reichskanzler geblieben sei; wäre die Persönlichkeit des Fürsten Gortschakow das einzige Hinderniß des deutsch-russischen Einvernehmens gewesen, so hätte es wohl überwunden werden können.

Das einzige Hinderniß ist Fürst Gortschakow allerdings nicht gewesen. Trotz seiner vornehmen Stellung war er doch nicht mächtig genug, um an der Entfremdung Rußlands gegen Deutschland mit Erfolg zu arbeiten, wenn ihm nicht andere Einflüsse und Ereignisse zu Hülfe gekommen wären. Die russische Kriegspolitik hatte nicht die Erfolge gehabt, die man von ihr erwartete; vielleicht deshalb, weil sie ihre Bestrebungen nicht innerhalb der Grenzen gehalten hatte, die ursprünglich beabsichtigt waren, außerdem aber auch, weil sie militärisch vor Heranziehung des Generals Totleben nicht so sachkundig geleitet war, um Erfolg zu sichern. Wenn man der russischen Politik weitere Ziele zuschrieb, so war sie nicht entschlossen genug, um rechtzeitig mit den schwachen Kräften, die blieben, einen Vorstoß auf Konstan-

tinopel zu machen. Diese Versäumniß war, wenn man überhaupt ein großes Geschäft machen wollte, 6 Wochen später nicht mehr nachzuholen. Es waren also militärische und politische Fehler begangen, und die Verantwortlichkeit für diese Fehler wollte man nicht in der Staatsleitung tragen, sondern suchte sie dem gutmüthigen deutschen Freunde zuzuschieben. An hohen, vielleicht höchsten Stellen wurde damals gesagt: „Die Unterstützung Deutschlands ist zu platonisch, zu wenig praktisch.“ Nun, über die platonische, d. h. über die wohlwollende Neutralität hinauszugehen, hätte die deutsche Reichsleitung wieder vor ihrer eigenen Nation nicht verantworten können. Aber Thatsache bleibt immer, daß außer der Thätigkeit Gortschakows die verantwortlichen russischen Leiter das übereinstimmende Bedürfniß hatten, für die vorgekommenen Irrthümer einen anderen Schuldigen zu suchen, un bouc émissaire, und dazu schien der „platonische“ Deutsche geeignet, den man in die Wüste außerhalb der alten Grenzen der russischen Liebe hinausstieß. Insofern hat die „Voss. Ztg.“ Recht, daß Gortschakow allein nicht stark genug gewesen wäre, das schwer wiegende russische Reich aus seiner deutschen Freundschaft in die Stellung hinüber zu schieben, welche die russische Presse nach dem Berliner Congreß einnahm.

Aber der Artikel der „Voss. Ztg.“ führt seine irrthümliche Auffassung auch für die Zeit nach dem Abschiede und dem Tode Gortschakows durch, indem er behauptet, daß dessen Nachfolger sowohl, wie die Zaren, denen diese Nachfolger dienten, seine Politik fortgesetzt hätten. Das ist absolut unwahr. Schon in Skierniewice, also sehr bald nach dem Thronwechsel und dem Ausscheiden Gortschakows, war das gute Einvernehmen der deutschen und der russischen Politik hergestellt und blieb in dieser Verfassung bis 1890. Bis zu diesem Termine waren beide Reiche im vollen Einverständniß darüber, daß wenn eins von ihnen angegriffen würde, das andere wohlwollend neutral bleiben solle, also wenn beispielsweise Deutschland von Frankreich angefallen wäre, so war die wohlwollende Neutralität Rußlands zu gewärtigen und die Deutschlands, wenn Rußland unprovocirt angegriffen würde. Dieses Einverständniß ist nach dem Ausscheiden des Fürsten Bismarck nicht erneuert worden, und wenn wir über die Vorgänge in Berlin richtig unterrichtet sind, so war es nicht etwa Rußland, in Verstimmung über den Kanzlerwechsel, sondern Graf Caprivi war es, der die Fortsetzung dieser gegenseitigen Assecuranz ablehnte, während Rußland dazu bereit war. Wenn man dazu die gleichzeitige polonisirende Aera, die durch die Namen Stablewski und Koscielski gekennzeichnet ist, politisch in Anschlag bringt, so wird man nicht

zweifelhaft sein können, daß die russische Regierung sich fragen mußte: welche Ziele kann dieser preußische Polonismus haben, der mit den Traditionen Kaiser Wilhelms I. so flagrant in Widerspruch steht?

Wir lassen andere gleichzeitige Symptome antirussischer Strömungen in der politischen Richtung der Wilhelmstraße hier unerwähnt; die Situation war schon durch die Caprivische Haltung in der europäischen und in der polnischen Politik für Rußland eine solche, daß diese Macht, so groß sie ist, sich doch über die Zukunft Gedanken machen mußte. Rußland hat im Krimkriege die Situation erlebt, daß alle übrigen Großmächte, Frankreich, England, Italien, ihm gegenüber im Felde standen, daß Oesterreich das Gleiche androhte, wenn Rußland nicht bestimmte Concessionen machte, und daß Preußen, die letzte der russenfreundlichen Großmächte, nur mit großer Anstrengung davon abgehalten wurde, die Coalition aller europäischen Mächte gegen Rußland zu vervollständigen. Wir wollen nicht sagen, daß die Wiederholung dieser Complication in der Wahrscheinlichkeit liegt, aber wir finden es doch nur erklärlich, wenn auch ein so mächtiger und unangreifbarer Staat wie das russische Reich sich sagt: „Einen sicheren Bundesgenossen müssen wir uns in Europa zu halten suchen. Wir hatten früher auf den Dreikaiserbund gerechnet, dann wenigstens auf das Hohenzollernsche Haus in seinen gesteigerten Machtverhältnissen; wenn wir aber von dort her, anstatt eine zuverlässige Stütze in schwierigen Lagen zu finden, eine Behandlung der polnischen Fragen erleben, die nur russenfeindlich gemeint sein kann, dann müssen wir doch sehen, daß wir eine anderweitige Anlehnung finden, die sonst bisher keine entscheidende Anziehungskraft für uns hatte."

So entstand Kronstadt mit der Marseillaise und die erste Annäherung zwischen dem absoluten Zarenthume und der französischen Republik, unserer Ansicht nach ausschließlich durch die Mißgriffe der Caprivischen Politik herbeigeführt. Dieselbe hat Rußland genöthigt, die Assecuranz, die ein vorsichtiger Politiker in den großmächtlichen Beziehungen Europas gern nimmt, in Frankreich zu suchen.

24. October: Die „Hamb. Nachr." (No. 251 A.-A.) schreiben:

Partei-Politik.

In den Zeitungen beginnen die Vorarbeiten für die parlamentarische Wintercampagne und die Stellungnahme der einzelnen Parteien. Wenn dabei die Unmöglichkeit zur Sprache kommt, im Reichstage zu einer festen Mehrheit im Sinne des

früheren Cartells zu gelangen, so erblicken wir das Hinderniß darin nicht einseitig in der Verschiedenheit der Interessen der Parteien und ihrer Concurrenz untereinander. Wie im preußischen Abgeordnetenhause, so ist auch im deutschen Reichstage die Bildung von Cartellmehrheiten ohne feste Stellungnahme der Regierung überhaupt nicht möglich. Aus eigenem Vermögen haben die einzelnen Fractionen den anderen gegenüber kein hinreichend starkes Rückgrat, um die ministerielle Politik ohne jeden erkennbaren Beistand der Regierung durchzuführen. Wenn die Regierung ihrerseits eine bestimmte Richtung annähme, so könnten die Parteien sich an diesem Schleifstein schärfen und stärken, nicht blos in Anlehnung, sondern auch im Kampfe gegen die Regierung, in Vertretung der Rechte des Parlaments.

Letzteren Punkt empfehlen wir namentlich der nationalliberalen Partei zur Erwägung. Sie ist offenbar um ein Programm verlegen, und dasjenige, was ihr durch die jüngste Entwickelung zugeschoben wird, ist unbequem, namentlich für die leitenden Führer der Fraction. Es ist dasjenige der strengeren Wahrung des parlamentarischen Bodens der oppositionellen Berechtigung, also im Grunde dasselbe, dem die nationalliberale Partei ihren Ursprung und ihre Erfolge verdankt. Die politischen Größen bedürfen zu ihrem weiteren Leben der Elemente, aus denen sie entstehen, und wir glauben, daß, wenn es für die nationalliberale Partei einen Jungbrunnen giebt, so ist es der der strengen Verfassungsmäßigkeit, der Vertretung der parlamentarischen Rechte gegenüber der Regierung und ihrer Bureaukratie. Die Gefahr für die Fraction besteht darin, daß sie sich zu sehr mit der Bureaukratie identificirt. Von dieser läßt sich zwar, wenn man nicht gar zu genau den Punkt auf das i setzen will, sagen, daß sie auf nationalliberalem Boden gebildet und erwachsen ist, aber sie hat für die nationalliberale Richtung doch auch ihren Klebstoff und geräth bei dem sujet mixte beider Richtungen sehr leicht in die Lage einer unangenehmen Option zwischen persönlichem Interesse und politischer Ueberzeugung.

Die „Voss. Ztg.“ sagt von dem zurücktretenden Director der Colonialabtheilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Kayser, bei den nahen Beziehungen, in denen er zu dem Hause des ersten Reichskanzlers gestanden hätte, habe er unter dem „neuen Curs“ bei den leitenden Personen erst allmählich manches Vorurtheil zu überwinden gehabt. Wir glauben, daß er solche Vorurtheile doch schon früher, vor der Entlassung des Fürsten Bismarck, überwunden hat, da er durch seine Betheiligung am Secretariate des Staatsraths, die auf hohe Veranlassung, aber

ohne Wissen und Mitwirkung des ihm vorgesetzten Reichskanzlers erfolgte, an den Bestrebungen betheiligt war, die schließlich mit dem Abschiede des Fürsten Bismarck endigten.

26. October: Schreiben an den Chefredacteur des „Geselligen" P. Fischer in Graudenz: Dank für Uebersendung von „Vater Freimuths Illustrirtem Familienkalender für 1897":

Den neuen volksthümlichen Kalender werde ich mit Interesse weiter durchsehn und wünsche ihm in seiner patriotischen Tendenz weite Verbreitung. Ich bitte Sie, für die Sendung und für Ihre freundliche Zuschrift meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen, und erinnere mich gern Ihrer und des „Geselligen" Mitwirkung bei dem ehrenvollen Besuche, welchen Ihre Landsleute mir vor zwei Jahren in Varzin abgestattet haben.

v. Bismarck.

27. October: Schreiben an M. Bewer: Dank für Uebersendung der Schrift: „Der Papst in Friedrichsruh." — Schreiben an den Bürgermeister von Leisnig:

Friedrichsruh, den 27. October 1896.

Ew. Hochwohlgeboren und meine Herren Mitbürger bitte ich, für die mir durch Errichtung des Denkmals erzeigte hohe Ehre meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen. Nach der übersandten Abbildung halte ich das plastische Werk für ähnlich.

v. Bismarck.

27. October: Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht gegen den Artikel der „Hamb. Nachr." vom 24. October folgende Erklärung:

Bei der öffentlichen Besprechung der jüngsten Enthüllungen der „Hamb. Nachr." über die deutsch-russischen Beziehungen bis zum Jahre 1890 ist vielfach der Wunsch hervorgetreten, die Regierung möge auch ihrerseits das Wort zur Sache ergreifen. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß dies nicht geschehen wird. Diplomatische Vorgänge der von den „Hamb. Nachr." erwähnten Art gehören ihrer Natur nach zu den strengsten Staatsgeheimnissen. Sie gewissenhaft zu bewahren, beruht auf einer internationalen Pflicht, deren Verletzung eine Schädigung wichtiger Staatsinteressen bedingen würde. Die

Kaiserliche Regierung muß daher auf jede Klarstellung verzichten; sie wird jenen Auslassungen gegenüber weder Falsches berichtigen noch Unvollständiges ergänzen, in der Ueberzeugung, daß die Zuversicht in die Aufrichtigkeit und die Vertragstreue der deutschen Politik bei den anderen Mächten zu fest begründet ist, als daß sie durch derartige Enthüllungen erschüttert werden könnte.

27. October: Die „Hamb. Nachr." (No. 253 A.=A.) schreiben:

In den Blättern wird die Frage erörtert, ob nicht gegen den „Vorwärts" wegen seiner Invectiven gegen den Fürsten Bismarck eine Beleidigungsklage erhoben werden solle. Wie wir erfahren, hat der Fürst, als in diesem Sinne angefragt wurde, geantwortet: Nein, denn wenn er öffentlich sagen wolle, was er über die Hintermänner des „Vorwärts" denke, so würde er sich auch einer Injurienklage aussetzen.

31. October: Die „Hamb. Nachr." (No. 257 M.=A.) antworten auf die Erklärung im „Reichsanzeiger":

Die Erklärung im „Reichsanzeiger".

Wir haben in unserer Mittwoch=Morgenausgabe die Erklärung mitgetheilt, welche der „Reichsanzeiger" im nichtamtlichen Theile gegen den neulichen Artikel der „Hamb. Nachr." über die deutsch=russischen Beziehungen veröffentlicht hat. Wir beabsichtigen nicht, in eine Polemik mit der Redaction des „Reichsanzeigers" auch in ihrem außeramtlichen Theile einzutreten, sind aber doch genöthigt, gegen einige Sätze ihres Artikels Verwahrung einzulegen.

Einmal geben wir nicht zu, daß diplomatische Vorgänge der in Rede stehenden Art zu den „strengsten Staatsgeheimnissen" gehören. Die besprochenen russisch=deutschen Verhandlungen gehören der Geschichte an und den Archiven; ihre Geheimhaltung war für uns wie für den Dreibund von Hause aus kein Bedürfniß, sie erfolgte lediglich auf russischen Wunsch, und die Situation, auf welcher dieser Wunsch damals beruhte, besteht heute nicht mehr. Im deutschen Interesse hätte unserer Ansicht nach die volle Veröffentlichung gelegen, da der ganzen Sache für uns nicht etwa ein Pudendum zu Grunde liegt, sondern ein berechtigter Anlaß für alle friedliebenden Angehörigen des Reiches wie des Dreibundes, mit Genugthuung auf den Vorgang zurückzublicken. Staatsmänner, die den Frieden überhaupt pflegen wollen, die sich die Schwere der Verantwortlichkeit stets vor Augen halten, welche die Schuld an einem

Kriege der größten europäischen Mächte untereinander mit sich bringen würde, sind sich der Pflicht bewußt, jedes sich ihnen bietende Mittel zur Erhaltung des Friedens, welches mit den Interessen des eigenen Landes verträglich ist, auch anzuwenden und zu vertreten.

Die Behauptung, daß das 1890 abgelaufene deutsch-russische Abkommen mit der Treue gegen den Dreibund nicht verträglich wäre, ist vollständig aus der Luft gegriffen für Jeden, der es kennt und der die Dreibundverträge auch nur oberflächlich liest. Schon dieser Text wahrt der österreichisch-ungarischen Monarchie in Bezug auf etwaige neue deutsch-französische Verwickelungen die Freiheit, sogar bei einem Angriffe Frankreichs auf Deutschland neutral zu bleiben, und Niemandem ist es eingefallen, deshalb von einer Duplicität der österreichischen Stellung im Dreibunde zu sprechen. Auch wenn, wie man theoretisch bei aller praktischen Unwahrscheinlichkeit sich zurechtlegen kann, Rußland vom deutschen Reiche unprovocirt angegriffen würde, so wäre aus dem Dreibundsvertrage eine Verpflichtung zur österreichischen Betheiligung an dem deutschen Eroberungskriege gegen Rußland nicht herzuleiten. Der ganze Dreibund in corpore könnte, wenn Rußland dazu bereit wäre, mit letzterem ganz dasselbe Abkommen treffen, was bis 1890 zwischen Rußland und Deutschland bestanden hat; er würde deshalb auf seinen Hauptzweck, die gemeinsame Vertheidigung gegen russische Angriffe, nicht zu verzichten brauchen, und es würde gewiß allen Freunden des Friedens in Europa eine erhebliche Beruhigung gewähren, wenn die drei verbündeten Regierungen der russischen gemeinsam ihre Neutralität für den Fall eines unprovocirten Angriffes auf Rußland zusagten. Wenn bei der russischen Regierung Neigung dazu vorauszusetzen wäre, so würde es sich unserer Ansicht nach empfehlen, noch heute denselben Vertrag zu erneuern, dessen Fortsetzung im Jahre 1890 von uns abgelehnt wurde und dessen jetziges Bekanntwerden in so hohem Maße die sittliche Entrüstung aller derjenigen Parteien in der Presse erregt, welche vor 1890 dem Reiche unfreundlich und kämpfend gegenüberstanden, nach 1890 aber sich für die Stützen des Reiches ausgaben.

Wir finden bei dieser Sachlage die Behauptung, daß „Staatsgeheimnisse" zum Nachtheile des deutschen Reiches preisgegeben worden wären, unbegründet und werden in dem leider nicht mehr bestehenden russischen Vertrage stets einen Beweis der Einsicht und Gewissenhaftigkeit der Regierung Kaiser Wilhelms I. erblicken. Noch weniger können wir die Wendung des „Reichsanzeigers" unbeanstandet lassen, in welcher er darauf

„verzichtet", „Falsches zu berichtigen" oder „Unvollständiges zu ergänzen". Letzteres würde der „Reichsanzeiger" nur können, wenn er den Text des so heftig angefochtenen deutsch-russischen Vertrages vollständig veröffentlichte. Falsches aber ist in unseren Anführungen überhaupt nicht enthalten gewesen, und die Andeutung, als ob es wäre, würde uns wohl eine Berechtigung geben, im nichtamtlichen Theile des „Reichsanzeigers" eine Berichtigung im Sinne des § 11 des Preßgesetzes zu verlangen.

31. October: Telegramm aus Hamburg an Fürst Bismarck (H. N. 2. 11. 1896 No. 258 A.-A.):

Hurrah! Du kühner Fechter!
Wie jeder Hieb da sitzt,
Wenn sich die Officiöse
Darüber auch erhitzt.
Schlag sie nur auf die Köpfe
Du Fechter deutscher Art,
Schirm uns mit deinem Schilde
Du deutscher Ekkehard!

1. November: Die „Hamb. Nachr." (No. 258 M.-A.) rechtfertigen ihren Artikel vom 24. October durch einen neuen Artikel folgenden Wortlauts:

Zum russischen Vertrage.

Wunderlich erscheint uns die Aufregung, in welcher sich die clericalen und die liberalen Blätter bis zur „Nat.-Ztg." über eine Veröffentlichung befinden, von der wir nur bedauern, daß sie nicht früher erfolgt ist, und daß sie nicht, nachdem sie erfolgte, im nationalen Interesse mit allgemeiner Genugthuung aufgenommen ist. Wir können das Uebermaß der liberalen und clericalen Entrüstung uns aus der Sache selbst nicht erklären. Letztere ist in sich vernünftig, berechtigt und nützlich; außerdem sind wir, solange wir die Gesetze nicht verletzen, Niemandem für den Gebrauch verantwortlich, den wir von unserer verfassungsmäßigen Freiheit, unsere Ansicht durch Wort und Schrift auszusprechen, gemacht haben.

Die wohlwollendsten Kritiker beschränken sich darauf, unsere factischen Angaben für unwahrscheinlich zu halten, wie das ja auch der bekannte Artikel im „Reichsanzeiger" thut, indem er darauf „verzichtet, Falsches zu widerlegen." Um die Glaubwürdigkeit unserer Angaben zu erschüttern, oder doch die Ehrlichkeit des ersten Reichskanzlers anzufechten, wird das — vom diplomatischen Standpunkt aus betrachtet — doch vollständig

banausische Argument ins Gefecht geführt, daß die Haltung der deutschen Regierung im Parlament und in den Reden des damaligen Kanzlers eine Unmöglichkeit gewesen sei, wenn sie „in ihrem Schubfach", wie ein Blatt sagt, eine Sicherheit gegen russische Angriffe im Falle eines französischen Krieges besessen hätte. Daß diese Sicherheit auf 6 Jahre vorhanden war, erscheint uns als ein glänzender Erfolg der deutschen Staatskunst, den man loben, aber nicht schmähen sollte; aber über die Dauer hinaus, auf welche man Verträge der Art zu schließen pflegt, auf unbestimmte Zeit eine solche Sicherheit zu erlangen, lag außerhalb der obwaltenden Möglichkeiten. Wenn der vorhandene Vertrag 1890 nicht die beiderseitige Bereitwilligkeit zur Fortsetzung fand, so trat doch immer wieder das si vis pacem, para bellum in sein Recht, und sowohl die Erhaltung des Friedens als eventuell auch die Erneuerung des Vertrages hatte umsomehr Aussicht auf Erfolg, je stärker das deutsche Reich in etwaige Kriege eintreten konnte. Große Armeeeinrichtungen lassen sich aber nicht plötzlich improvisiren, wenn das Bedürfniß dafür eintritt, und der Reichskanzler hat 1888 nur seine Pflicht gethan, wenn er beim Reichstage die militärischen Bürgschaften für die Erhaltung des Friedens nachsuchte, auf die man sich verlassen mußte, wenn die Verträge versagten.

Daß die Fühlung mit Rußland durch den Abschluß des Dreibundes, wie die „Nationalzeitung" sagt, allen Werth verloren hat, können wir nicht zugeben, und wir glauben auch nicht, daß diese Auffassung von unsern beiden Bundesgenossen im Dreibunde unbedingt getheilt wird. Denselben war die Rückversicherung mit Rußland nicht unbekannt und schwerlich unerwünscht; im Gegentheil, man hat mit Befriedigung gesehen, daß Deutschland die Beziehungen, die es mit Petersburg unterhielt, jeder Zeit benutzte, um Verstimmungen zwischen beiden benachbarten Kaiserreichen zu verhüten, respective beizulegen. Unsere Bundesgenossen werden zwar das Vertrauen gehabt haben, daß der Dreibund einen Krieg nach zwei Seiten hin werde bestehen können, aber im Interesse des Friedens wird es ihnen doch lieber sein, wenn ein Krieg, der von allen continentalen Mächten die ungeheuerlichsten Opfer an Blut, Geld und Vermögen fordern würde, überhaupt vermieden werden kann. Dächten die betheiligten Regierungen anders, so würden sie schon unter Kaiser Wilhelm I. die russischen Beziehungen Deutschlands zum Gegenstande von Besprechungen gemacht haben. Es ist dies niemals der Fall gewesen, obschon ihnen die Pflege der politischen Beziehungen zu Rußland, wie sie von Berlin aus trotz aller Rüstungen und Börsenmaßregeln niemals unterblieben ist, und

selbst die jetzt verschrieenen Abkommen nicht fremd waren. Wir glauben die aufgeregten Blätter in der Presse zerbrechen sich ohne Noth den Kopf der zum Dreibunde verbündeten Regierungen.

Wir sind zu der ganzen Besprechung dieser Verhältnisse, außer anderen Zwecken, über die wir Niemandem Auskunft schuldig sind, äußerlich durch die fortgesetzte Geschichtsfälschung veranlaßt worden, die von der clerical-liberalen Presse nicht ohne Beihülfe der officiösen in der Richtung betrieben wird, die Regierung Kaiser Wilhelms I. und seines Kanzlers unehrlicher Weise für alle Uebel verantwortlich zu machen, über die jetzt nach verschiedenen Seiten hin geklagt wird, namentlich aber für den Abbruch der früheren günstigen Beziehungen zu Rußland, der die europäische Stellung des deutschen Reiches sicher nicht bessert. Wir haben deshalb die uns mitgetheilte Thatsache an die Oeffentlichkeit gebracht, daß dieser Abbruch erst unter der Regierung des zweiten Kanzlers und durch die unzweideutige Zurückweisung des russischen Ansuchens um Fortsetzung des bisherigen Verhältnisses herbeigeführt wurde. Gegen diesen actenmäßigen Beweis, daß der Bruch des russischen „Drahtes“ unter Caprivi stattfand, kann die unehrliche Verleumdung der deutschen Politik unter Kaiser Wilhelm I. nicht Stich halten. Wir hätten es richtiger gefunden, wenn von amtlicher Seite, ebenso wie früher bei Gelegenheit der Fälschung der „Emser Depesche“, eine actenmäßige Klarstellung der Wahrheit stattgefunden hätte, und möchten dieselbe noch heute empfehlen.

Wir glauben, daß Verleumdungen der Politik Kaiser Wilhelms I. und seines Kanzlers überhaupt nicht zu den Aufgaben der Nachfolger des letzteren gehören, und wenn die Wirksamkeit des ersten Kaisers und des ersten Kanzlers als ein integrirender Bestandtheil der preußisch-deutschen Entwickelung seitens der officiösen Presse — wenn die amtliche dazu den Entschluß nicht finden konnte — jemals eine Vertheidigung gegen socialdemokratische, clericale und fortschrittliche ungerechte Angriffe gefunden hätte, so würden wir unsererseits gern unterlassen haben, uns mit der Vertretung der Ehrlichkeit und der Gerechtigkeit gegen diese Verleumdungen zu belasten. Wir glauben, daß auch der frühere Reichskanzler nicht für nöthig gehalten haben würde, sich Deputationen und Publicisten gegenüber politisch auszusprechen, wenn sich in der officiösen oder amtlichen Presse der letzten sechs Jahre irgend eine Notiz finden ließe, welche eine wohlwollende Erinnerung an die Zeit Kaiser Wilhelms I. zum Ausdruck gebracht hätte, und daß er dem gegenüber alle übelwollenden Insinuationen ruhig in den Kauf genommen haben

würde. Es giebt gewiß eine erhebliche Anzahl achtbarer Blätter, die gleich uns der Vergangenheit gerecht werden, aber officiöse und inspirirte sind nicht darunter; in denen dauert der Caprivismus auch nach Ausscheiden seines Begründers ungeschwächt fort. Sobald Fürst Bismarck und die ihm befreundeten Blätter dagegen reagiren, heißt es immer: „Ja, Bauer, das ist ganz was anders; ihr habt keine Preßfreiheit, die haben nur wir!" und dem Fürsten wird seine staatsbürgerliche Berechtigung zur freien Meinungsäußerung, selbst so weit er defensiv davon Gebrauch macht, bestritten. Als ob sie dadurch verloren gegangen wäre, daß ihr Inhaber ein Menschenalter hindurch sachkundig an der Staatsmaschine mitgearbeitet hat!

1. November: Begrüßung Bismarcks durch die zur Einweihung des Corpshauses in Göttingen versammelten Activen und Alten Herren der Hannovera:

Die zur Einweihung ihres Corpshauses versammelten Activen und Alten Herren der „Hannovera" senden Ew. Durchlaucht, dem Alten Herrn und Ehrenmitgliede, ihren innigsten Gruß und die Versicherung, daß es immer der höchste Stolz des Corps bleiben wird, daß Ew. Durchlaucht demselben angehört haben. Möge Ew. Durchlaucht noch an vielen ungetrübten Tagen sich zuweilen gern an die freien und glücklichen Stunden erinnern, welche Ew. Durchlaucht im Kreise der „Hannovera" verlebt haben.

Im Auftrage: Hasselbach, Chargirter.

Antwort Bismarcks:

Herzlichen Dank für freundliche Begrüßung.

v. Bismarck.

2. November: Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht gegen den Artikel der „Hamb. Nachr." vom 31. October folgende Erklärung:

Die „Hamb. Nachr." führen in einem Artikel, betitelt „Die Erklärung im Reichsanzeiger" Folgendes aus:

„Einmal geben wir nicht zu, daß diplomatische Vorgänge der in Rede stehenden Art zu den „strengsten Staatsgeheimnissen" gehören. Die besprochenen russisch-deutschen Verhandlungen gehören der Geschichte an und den Archiven; ihre Geheimhaltung war für uns wie für den Dreibund von Hause aus kein Bedürfniß, sie erfolgte lediglich auf russischen Wunsch, und die Situation, auf welcher dieser Wunsch damals beruhte, besteht heute nicht mehr. Im deutschen Interesse hätte unserer

Ansicht nach die volle Veröffentlichung gelegen, da der ganzen Sache für uns nicht etwa ein Pudendum zu Grunde liegt, sondern ein berechtigter Anlaß für alle friedliebenden Angehörigen des Reichs wie des Dreibundes, mit Genugthuung auf den Vorgang zurückzublicken."

Wir sind ermächtigt, darauf Folgendes zu erwidern: Die Frage, von welchem Zeitpunkt an geheime diplomatische Vorgänge den Charakter von Staatsgeheimnissen verlieren, kann ausschließlich von leitenden Staatsmännern auf Grund ihrer Verantwortlichkeit und ihrer besonderen Kenntniß der politischen Lage entschieden werden. Jede Abweichung von diesem Grundsatz würde die auswärtige Politik Ueberraschungen und Erschütterungen aussetzen und damit das Staatsinteresse gefährden. Hat Deutschland bedingungslos die Zusage ertheilt, sowohl die Thatsache wie den Inhalt der vor 1890 mit Rußland geführten Verhandlungen geheim zu halten, so dauert diese Verpflichtung für Alle, die darum wissen, auch heute noch unverändert fort. Damit entfällt auch die Möglichkeit, auf den sachlichen Inhalt jener Verhandlungen einzugehen.

4. November: Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht gegen einen Artikel der „Bank- und Handelszeitung" folgende Erklärung:

Aus dem Artikel eines hiesigen Blattes über „den Zweck der Enthüllungen" sind nachstehende Behauptungen in verschiedene Zeitungen übergegangen:

„Zar Nikolaus II. hatte die Absicht, während seines Aufenthalts in Deutschland dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh einen Besuch abzustatten. Der junge Zar hegt für den deutschen Staatsmann das Gefühl aufrichtiger Verehrung und Zuneigung. Das Vorhaben seines Besuchs war kein Geheimniß. Der Besuch ist unterblieben auf eine Anregung hin, die nicht von niedriger Stelle kam. Wenn der Zar auf die Erfüllung seines Vorhabens und Wunsches verzichtete, so konnte es nur geschehen sein, weil ihm von höchster Regierungsstelle der Verzicht nahegelegt wurde. Wie wir zuverlässig erfahren, ist das auch der Fall gewesen."

Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß weder an Allerhöchster Stelle noch in amtlichen Kreisen von einer Absicht des russischen Kaisers, den Fürsten Bismarck zu besuchen, etwas bekannt geworden ist. Die vorstehenden Angaben über die Gründe, warum der Besuch unterblieben sei, beruhen daher auf Erfindung.

6. November: In der Winterversammlung des nationalliberalen Vereins von Karlsruhe giebt Prof. Goldschmidt unter einmüthiger Zustimmung der Anwesenden folgende Erklärung ab:

Wir wenden uns mit Abscheu von der Preßfehde ab, die jetzt gegen Bismarck getrieben wird, nicht nur, wie sie von unsern politischen Gegnern, sondern auch von solchen ausgeht, die sich sonst zu unseren Freunden zählen. Wir wollen uns durch dieselbe nicht irre machen lassen, woher sie auch stamme, und nach wie vor im alten Vertrauen und unwandelbarer Treue zum Fürsten Bismarck stehen.

Nach ihm erklärt der Vorsitzende der Partei der badischen Nationalliberalen, Landgerichtsdirector Frieser:

Wir bedauern, daß die Richtung unserer auswärtigen Politik nicht dieselbe geblieben ist, wie sie unter Bismarck bis zum Jahre 1890 bestand, und sind fest entschlossen, allezeit einzutreten für das Lob seiner unvergleichlichen Staatskunst. Wir erklären aber auch zugleich, daß wir die officiöse Preßfehde, wie sie in der „Karlsruher Zeitung" und in der „Weimarer Zeitung" gegen den Fürsten inscenirt wurde, auf das Entschiedenste zurückweisen.

7. November: Telegramm an den Vorsitzenden des Vereins inactiver Offiziere der deutschen Armee und Marine: Dank für die kameradschaftliche Begrüßung.

? November: Die Wanderversammlung der deutschen Partei in Freudenstadt sendet telegraphisch dem Fürsten Bismarck „das Gelöbniß unerschütterlichen Vertrauens und unwandelbarer Dankbarkeit."

8. November: Die „Hamb. Nachr." (No. 264 M.-A.) schreiben:

Die „Braunschweigische Landeszeitung" hängt folgenden Rohheitsausbruch gegen den Fürsten Bismarck niedriger:

„Von der unsäglichen Brutalität, mit der man den Schöpfer der deutschen Einheit zu behandeln sich nicht entblödet, mag eine Probe aus dem Berliner Wochenblatt „Die Welt am Montag" den Beweis liefern. Es heißt da an einer Stelle: „Bismarck hat kein physisches Recht auf ein seelen- und geistesfrisches Alter, wie Gladstone und Moltke. Körper und Nerven sind zermorscht unter den tückischen Einflüssen eines unregelmäßigen und unhygienischen Lebens, so daß es natürlicher und gerechter ist, die Bedingung für solche Unbegreiflichkeiten wie die letzte Enthüllung

in seinem greisenhaft verfallenen Gehirn, als in ständigen moralischen Perversitäten zu suchen." Und eine solche unerhörte Rohheit dem Manne, der sein ganzes Mannesalter bis zu seinem 75. Jahre unaufhörlich, Tag und Nacht dem Dienste des Vaterlandes gewidmet hat!"

Wie wir aus Friedrichsruh erfahren, hat Fürst Bismarck, als ihm die obige Stelle aus der „Welt am Montag" vorgelegt wurde, geäußert: „Solche Schreibereien beweisen nur, daß viele Leute mit Ungeduld auf mein Ende warten und froh sein werden, wenn die „alte Raketenkiste" erst begraben und ein schicklicher Kranz hingelegt worden ist. Deshalb wird jede Nachricht, daß es mit meiner Gesundheit schlechter ginge, mit großer Genugthuung verbreitet, unter Umständen auch erfunden."

9. November: Eine nationalliberale Parteiversammlung in Leipzig sendet dem Fürsten Bismarck telegraphisch folgende Begrüßung zu:

Eine heute im Saale des Vereins für Volkswohl zur Anhörung eines Vortrages über die politische Lage versammelte große Anzahl von Mitgliedern des nationalliberalen Landesvereins im Königreich Sachsen ergreift gern diese Gelegenheit, um Ew. Durchlaucht unwandelbar innige Verehrung und Dankbarkeit und damit zugleich ihr tiefstes Bedauern über die unwürdigen Angriffe auszusprechen, denen Ew. Durchlaucht, der hochverdiente Gründer und Bewahrer eines mächtigen Deutschland, von einem Theil der deutschen Presse ausgesetzt ist.

10. November: Eine Bürgerversammlung in Karlsruhe sendet dem Fürsten durch Prof. Böhtlingk folgenden telegraphischen Huldigungsgruß:

Viele hundert deutsche Männer und Frauen, Bürger und Bürgerinnen der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, bringen Ew. Durchlaucht im Anschluß an einen historischen Rückblick auf Ew. Durchlaucht unvergleichliches Wirken und Walten, insbesondere im Hinblick auf den europäischen Frieden, begeisterte dankbare Huldigung dar. Möge uns der getreue Wächter, der eben erst wieder der Welt zum Bewußtsein gebracht hat, daß er nach wie vor auf seinem Posten steht, von dem ihn keiner ablösen kann, noch lange, lange erhalten bleiben, dem Vaterlande zur Zierde und Sicherheit, den Feinden des Reiches, Ew. Durchlaucht unvergänglicher Schöpfung, allen Widersachern und Saumseligen zur Bestürzung und Beschämung.

Im Auftrage: Arthur Böhtlingk.

10. November: Dem Fürsten Bismarck geht aus Freiburg in Schlesien folgendes Telegramm zu:

> Lassen Ew. Durchlaucht sich nicht durch Geschreibsel der Preßbanditen mißstimmen. Unser Bismarck steht dafür zu hoch. Gott sei Dank fühlen Millionen Deutsche im Erdenrund, wie der Bismarckstammtisch im Hotel zur Burg. Bismarck der Einzige, der deutsche Mann, hoch, hoch, hoch!

11. November: Telegraphische Begrüßungen Bismarcks durch die Posener Mitglieder des Bundes der Landwirthe und durch den Verein deutscher Studenten der Universität Halle-Wittenberg:

> (1.) Gegen 2000 Posener Mitglieder des Bundes der Landwirthe entsenden Durchlaucht die Versicherung tiefsten Dankes und unerschütterlicher Treue. Schamlose Schmähungen werden niemals den treuen Dank des deutschen Volkes auslöschen.
>
> von Ploetz. Dr. Rösicke. Major Endell.

> (2.) Wenn alle untreu werden,
> Wir bleiben Dir doch treu,
> Daß Dankbarkeit auf Erden
> Nicht ausgestorben sei.
>
> Verein deutscher Studenten Halle-Wittenberg
> und die zu seinem Commers versammelten Gäste.

11. November: Eine von dem Vorstand der nationalliberalen Partei einberufene Versammlung reichstreuer Wähler in Reichenbach i. V. begrüßt den Fürsten Bismarck mit folgendem Telegramm:

> Ew. Durchlaucht senden die heute hier versammelten reichstreuen Männer Reichenbachs im Hinblick auf die unwürdigen Angriffe eines Theiles der deutschen Presse huldigenden Gruß und das Gelöbniß unerschütterlichen Vertrauens und nie erlöschender Dankbarkeit.

12. November: Die „Hamb. Nachr." (No. 267 M.-A.) besprechen die bevorstehende Interpellation im Reichstage:

> Die Interpellation.
>
> Die Aufregung in der Presse, zu der unser Artikel vom 24. October Anlaß gegeben hat, läßt sich jetzt in ihrem Umfange ziemlich übersehen und das Ergebniß des Ueberblicks gewährt uns eine gewisse Genugthuung. Die Tragweite unseres Artikels beurtheilen wir nicht bloß aus der Zustimmung, sondern ein gewichtiges Element der Beurtheilung liegt auch in der Frage:

„Wer sind unsere Gegner?“ Wir haben uns darüber schon in unserem Artikel vom 7. November ausgesprochen und haben ein Verständniß dafür, wenn Fürst Bismarck, wie uns privatim mitgetheilt wird, in befreundeten Kreisen gesagt haben soll: „Ich muß doch dem deutschen Reiche und der Monarchie gute und wirksame Dienste erwiesen haben, daß die Gegner noch heute, nachdem ich 6 Jahre nicht mehr im Dienste bin, einen so rachsüchtigen Haß gegen mich empfinden“. Wir sind durch dieses Vorgewicht, mit dem die Aufregung über unsern Artikel sich gegen den ersten Reichskanzler richtet, unsererseits in einer behaglichen Deckung geblieben; wir haben wenigstens keinen Artikel in Erinnerung, in welchem den „Hamburger Nachrichten“ eine Verschwörung gegen das deutsche Reich wegen ihrer Veröffentlichung Schuld gegeben wird. Vielleicht wird dies noch der Fall sein, nachdem die im gestrigen Abendblatte mitgetheilte Interpellation über die Enthüllungen der „Hamburger Nachrichten“ von der Centrumspartei im Reichstage eingebracht ist und, wie es heißt, dort zur Discussion gelangen wird. Die competenten juristischen Behörden haben bisher keine Neigung zu einem Einschreiten gegen uns gezeigt; möglicher Weise wird sie ein Reichstagsvotum dazu ermuthigen. Wir sind vollständig darauf gefaßt und werden uns in unserer Abwehr der Würde eines angesehenen und unbescholtenen Organs der deutschen Presse entsprechend verhalten.

Die Interpellation bezieht sich in ihren beiden ersten Fragen auf Vorgänge unter Kaiser Wilhelm I., d. h. auf den Abschluß des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages neben dem Dreibunde, und auf die Nichterneuerung dieses Abkommens durch den Grafen Caprivi im Jahre 1890. Wir glauben, daß die Discussion der Interpellation, wenn sie stattfindet, wesentlich nach der letzteren Richtung hin gravitiren wird. Die Münchener „Allg. Zeitung“ sagt in einem Wiener Artikel vom 27. October: „Was der erste Kanzler geknüpft und der zweite gelöst hatte, war für den dritten nur eine historische Thatsache, von der er vielleicht gar keine Kenntniß hatte. Somit bleibt auch nicht der Schatten des Mißtrauens an seiner Politik haften, und die österreichischen Staatslenker werden mit derselben Zuversicht wie bisher den Bund pflegen.“ Wir glauben kaum, daß eine retrospective Discussion im Reichstage über die Frage, ob ein russischer Vertrag 1887 im Interesse des deutschen Reichs erwünscht und richtig war, noch heute einen lebhaften Anklang in der öffentlichen Meinung finden wird. Uns könnte es ja nur erwünscht sein, wenn die Auffassung, die wir für die richtige halten, dabei zur vollen Klarheit und Anerkennung käme, dahingehend, daß

die Regierung Kaiser Wilhelms I. sich durch eine Rückversicherung des Friedens mit Rußland Anspruch auf den Dank nicht nur der Deutschen, sondern aller Friedensfreunde in Europa, einschließlich der Mitglieder des Dreibundes erworben habe.

Besonders lebhaft dürfte sich im Reichstage das Interesse herausstellen, die Gründe kennen zu lernen, durch welche Graf Caprivi 1890 sich genöthigt gesehen hat, den noch bestehenden Draht, der uns mit Rußland verband, abzuschneiden. Es wird den etwaigen Erklärungen der Regierung gewiß leicht werden, der Nation die Beruhigung zu gewähren, daß bei diesem Entschlusse auswärtige Einflüsse von Mächten, welchen ein deutsch-russisches Abkommen unbequem sein konnte, nicht wirksam gewesen sind. Wir sind der Ueberzeugung, daß eine vollkommen durchsichtige Oeffentlichkeit der Verhandlungen und Erwägungen, welche dabei stattgefunden haben können, im Interesse des deutschen Volkes liegt, und als Freunden der verfassungsmäßigen Institutionen, unter denen wir leben, würde es uns auch erwünscht sein, wenn aus diesen Erörterungen ein verschärftes Gefühl ministerieller Verantwortlichkeit, wie die Verfassung sie uns verspricht, hervorginge. Die Frage, ob ein mächtiges Nachbarreich wie Rußland mit uns, oder mit unsern Gegnern in Europa engere Fühlung hat, ist für die gesammte Bevölkerung des deutschen Reichs eine Frage von hervorragender Wichtigkeit, und nicht minder ist dies die andere, ob die englische Politik bemüht und im Stande ist, auf die unsrige einen Einfluß zu üben, dessen Ergebnisse nicht unbedingt im Interesse des deutschen Reichs liegen.

Wir zweifeln nicht, daß die für alle Deutschen wünschenswerthe Klarheit hierüber eine beruhigende Wirkung auf unsere öffentliche Meinung und auf die Anhänglichkeit derselben an unsere bestehenden Institutionen üben würde. Wir werden uns also freuen, wenn die clericale Interpellation im Reichstage sie herbeiführt.

13. November: Eine von dem nationalliberalen Wahlverein des 23. sächsischen Reichstagswahlkreises einberufene Versammlung reichstreuer Wähler zu Plauen i. V. begrüßt den Fürsten Bismarck mit folgendem Telegramm:

Eine zahlreiche Versammlung reichstreuer Wähler Plauens bittet Ew. Durchlaucht, angesichts der unwürdigen Angriffe eines Theiles der deutschen Presse den Ausdruck unerschütterlichen Vertrauens und aufrichtigster Dankbarkeit entgegennehmen zu wollen.

? November: Der Vorstand des Liberalen Bürgervereins in Bonn faßt einstimmig folgenden Beschluß:

Der Vorstand des Liberalen Bürgervereins in Bonn mißbilligt aufs Entschiedenste den Ton, den die „Kölnische Zeitung" dem Fürsten Bismarck gegenüber in der Angelegenheit der sogenannten „Hamburger Enthüllungen" anzuschlagen für gut befunden hat, und bedauert, daß ein sonst rein nationale Interessen vertretendes Blatt sich zu derartigen Verunglimpfungen des größten deutschen Staatsmannes herbeigelassen hat.

14. November: Die November-Versammlung des Gothaer „Deutsch-socialen Reformvereins" nimmt einstimmig folgende Adresse an Fürst Bismarck an:

Aus der Hochburg freisinnig-socialdemokratisch-jüdischer Gesinnung, dem Herzogthum Gotha, bringen deutsche Männer, auf der Monatsversammlung des „Deutsch-socialen Reformvereins" zu Gotha zahlreich vereinigt, dem Ekkehard des deutschen Volkes angesichts der treuen Fürsorge für unser deutsches Vaterland, wie sie sich wiederum aus seinen „Enthüllungen" offenbart hat, und angesichts der niedrigen Angriffe, denen seine uns theure Person wegen jener ausgesetzt war, deutschen Gruß und deutsches Heil dar mit der Versicherung unwandelbarer Dankbarkeit und unerschütterlicher Treue.

14. November: Eine nach Klingenthal (Sachsen) vom nationalliberalen Wahlverein des 23. sächsischen Reichstagswahlkreises einberufene Versammlung reichstreuer Wähler sendet dem Fürsten Bismarck telegraphisch folgenden Gruß:

Ew. Durchlaucht wollen, im Hinblick auf die unwürdigen, jeden vaterlandsliebenden Deutschen tief beschämenden Angriffe eines Theiles der deutschen Presse, den Ausdruck dankbarer Verehrung und unerschütterlichen Vertrauens einer großen Zahl in politischer Versammlung tagender Klingenthaler Bürger entgegennehmen.

15. November: Eine vom Bunde der Landwirthe der Pfalz nach Dürkheim einberufene Versammlung von Weininteressenten sendet dem Fürsten Bismarck folgende Kundgebung:

Angesichts der morgigen Verhandlung im deutschen Reichstage versichern wir Ew. Durchlaucht unseres unbeschränkten Vertrauens, unserer unverbrüchlichen Treue.

15. November: Eine von Seiten der nationalliberalen Partei einberufene Versammlung reichstreuer Wähler von Auerbach i. V. beschließt folgende Depesche an Fürst Bismarck:

Ew. Durchlaucht sendet eine heute hier tagende zahlreiche Versammlung reichstreuer Voigtländer die Versicherung ihrer, trotz aller verdammenswerthen Angriffe, unwandelbaren Verehrung und Dankbarkeit.

15. November: Die „Hamb. Nachr." (No. 270 M.-A.) veröffentlichen folgendes in Friedrichsruh eingegangene Gedicht:

Zu den Enthüllungen.

Das war wieder so ein Wasserstrahl
Zur Abkühlung der Franzosen,
Dem Zweibund fallen mit einem Mal
Die Herzen jetzt in die Hosen.
Nun traut der Franzmann dem Russen nicht,
Die Russen nicht den Franken;
Für diese rettende, neue That
Hat Wilhelm dem Fürsten zu danken. —
Wir saßen nun leider dicke drin,
Wohin uns Caprivi geschoben,
Und nur dein streitbarer Rittersinn
Hat uns aus der Patsche gehoben. —
Ja, ja uns Leutchen im Sachsenland
Dein Coup war uns klar auf der Stelle,
Die Andern haben die Augen voll Sand,
Wir Sachsen aber sind helle!

B., den 12. Nov. 1896.

Dr. Holtz aus Eisenach telegraphirt dem Fürsten Bismarck (H. N. 16. 11. 1896 No. 270 A.-A.):

Als Luther in dem Kämmerlein,
Durch manche dumme Teufelein
Geärgert ward ohn' Unterlaß,
Da griff er nach dem Tintenfaß.
Satan fuhr stinkend aus dem Haus
Und mit dem Teufelsspuk war's aus.

So traf dein Wurf aus starker Hand
Auch jetzt den Teufel an der Wand.
Den Stänkerei'n laß ihren Lauf,
Hab' Dank und mach' das Fenster auf!

Aus der Lutherzelle, am 15. November 1896.

15. November: Schreiben an Prof. Böhtlingk in Karlsruhe:

Friedrichsruh, den 15. November 1896.

Ew. Hochwohlgeboren danke ich verbindlichst für die wohlwollenden Worte, mit denen Sie meiner in der Versammlung am 10. d. Mts. gedacht haben. Zugleich bitte ich Sie, auch den Theilnehmern an dieser Versammlung den Ausdruck meines Dankes und meiner Freude, daß der Reichsgedanke in Süddeutschland feste Wurzel geschlagen hat, aussprechen zu wollen.

v. Bismarck.

16. November: Die „Hamburger Enthüllungen" vor dem Reichstag.

Stenographischer Bericht.

125. Sitzung des Reichstags,

Montag, den 16. November 1896.

Die Interpellation des Abgeordneten Grafen Hompesch lautet:

Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, Auskunft darüber zu geben,

1. ob bis zum Jahre 1890 ein geheimer Vertrag zwischen dem deutschen Reich und Rußland bestanden hat;
2. im Fall ein solcher Vertrag bestand, welche Vorgänge dazu geführt haben, ihn nicht zu erneuern;
3. welchen Einfluß die jüngsten Veröffentlichungen über diese Angelegenheit auf die Stellung Deutschlands im Dreibunde und sein Verhältniß zu den übrigen europäischen Mächten geübt haben.

Ich stelle zunächst an den Herrn Reichskanzler die Anfrage, ob und wann er diese Interpellation beantworten wird.

Reichskanzler Dr. Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst: Ich bin bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Interpellant Abgeordneter Graf v. Hompesch:

Meine Herren, ein vielbesprochener Vorgang hat in weiten Kreisen des deutschen Volkes lebhafte Bewegung und Beunruhigung hervorgebracht, und dies hat uns veranlaßt, die gegenwärtige Interpellation einzubringen.

Ein Hamburger Blatt, die „Hamburger Nachrichten", hat gewisse Enthüllungen gebracht, welche das größte und wohlberechtigtste Aufsehen machen mußten. Aus diesen Enthüllungen war zu entnehmen, daß in

den Jahren 1884 bis 1890[1]) neben dem Dreibunde ein Separatabkommen mit Rußland bestanden hat, welches der Vermuthung Raum gab, als ob innerhalb dieser Zeit die Politik der Reichsregierung nicht frei gewesen sei von einer Haltung, welche die Gefahr in sich barg, diejenigen Mächte, mit denen wir uns schon früher vertragsmäßig verbündet hatten, mit Mißtrauen zu erfüllen und die Friedensgarantien, welche der Dreibund jeder der drei betheiligten Mächte darbot, zu erschüttern und in Frage zu stellen. (Sehr richtig!) Von diesem Gesichtspunkt hat das deutsche Volk wohl das Recht, zu verlangen, daß ihm Auskunft darüber gegeben werde, ob diese Enthüllungen auf Wahrheit beruhen, und ob ein solcher Separatvertrag mit Rußland in der That in den Jahren 1884 bis 1890 bestanden hat.

Der „Reichs-Anzeiger“ hat zwar in seinem nichtamtlichen Theil eine Mittheilung enthalten, wonach die Reichsregierung sich nicht für befugt halte, Staatsgeheimnisse der Oeffentlichkeit preiszugeben; indeß will ich annehmen, daß diese Weigerung sich nur auf den Wortlaut des betreffenden Abkommens bezieht, nicht aber auf die Existenz desselben. Sollte dies zugegeben werden, so erscheint es angemessen, nachzuforschen, aus welchen Gründen jenes Abkommen im Jahre 1890 nicht erneuert worden ist, beziehentlich, ob die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten, welche dem damaligen Leiter der deutschen Politik ein solches Separatabkommen im Jahre 1884 als geboten erscheinen ließen, im Jahre 1890 sich so gestaltet haben, daß der damalige Reichskanzler die Verlängerung des Abkommens als nicht mehr im Interesse der deutschen Politik liegend ablehnen zu müssen glaubte. Bei dem so geringen Maß von Kenntniß, die der Reichstag überhaupt von dem Gang unserer auswärtigen Politik hat (sehr richtig!) — es werden uns ja sehr selten darüber Mittheilungen gemacht —, erscheint es zur Aufklärung und Beruhigung extra et intra muros angezeigt, von maßgebender Stelle aus darüber unterrichtet zu werden, welchen Einfluß die Enthüllungen auf die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten, insbesondere zu den befreundeten Mächten, ausgeübt haben. Es würde uns zur großen Befriedigung gereichen, wenn uns die Versicherung zu Theil werden könnte, daß der jetzige Leiter der deutschen Politik entschlossen ist, unentwegt an dem Vertrag mit Oesterreich und Italien festzuhalten, und daß die Enthüllungen der „Hamburger Nachrichten“ das gegenseitige Vertrauen in keinerlei Weise alterirt haben. (Bravo!)

Ich glaube mich auf diese wenigen Worte beschränken zu sollen und erwarte die Antwort von Seite der Reichsregierung. (Bravo!)

Reichskanzler Dr. Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst:

Ich habe auf die Interpellation Folgendes zu erklären:

Ueber die Verhandlungen, die vom Jahre 1887 bis zum Jahre 1890 zwischen Rußland und dem Deutschen Reich stattgefunden haben, ist seiner

[1]) richtiger 1887 bis 1890.

Zeit unbedingte Geheimhaltung verabredet worden. Der Zeitpunkt, von welchem an diese Verpflichtung aufhört, kann hiernach von uns nicht einseitig bestimmt werden. Ich bin daher zur Zeit nicht in der Lage, über das Ergebniß dieser Verhandlungen amtliche Auskunft zu ertheilen.

Was sodann die Haltung der deutschen Politik gegenüber Rußland seit dem Frühjahr 1890 betrifft, so ist auch hier meinerseits eine erschöpfende Antwort nicht möglich, so lange jene Verpflichtung fortbesteht. Was in dieser Beziehung gesagt werden kann, überlasse ich dem Herrn Staatssecretär des Auswärtigen Amts darzulegen, der damals an den Berathungen theilgenommen hat.

Nach sorgfältigster Prüfung des vorhandenen Materials kann ich nicht umhin, die Gründe, welche damals die deutsche Politik leiteten, als vollwichtig anzuerkennen. Dabei kann ich der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß eine ungünstige Veränderung in unseren Beziehungen zu Rußland als Folge jener Politik sich nicht fühlbar gemacht hat. Die Behauptung, daß damals oder jetzt englische oder überhaupt auswärtige Einflüsse mitgewirkt hätten, muß ich als jeder Begründung entbehrend zurückweisen. (Hört! hört! und Bravo!)

Was die Wirkung betrifft, welche die jüngsten Veröffentlichungen auf die Stellung Deutschlands im Dreibunde und sein Verhältniß zu den übrigen europäischen Mächten gehabt haben, so freue ich mich erklären zu können, daß die Wolke des Mißtrauens, welche sich im ersten Augenblick in einzelnen Schichten der Bevölkerung jener Länder gezeigt hat (hört! hört!), wieder verschwunden ist, und daß unser Verhältniß zu unseren Verbündeten nach wie vor getragen ist von unbedingtem gegenseitigem Vertrauen! (Bravo!)

Desgleichen haben unsere Beziehungen zu Rußland keinen Augenblick aufgehört, gute und freundschaftliche zu sein. (Lebhaftes Bravo!)

Bevollmächtigter zum Bundesrath, Staatssecretär des Auswärtigen Amts, Staatsminister Freiherr Marschall v. Bieberstein:

Meine Herren, bei der Darlegung der Gründe, die im Jahre 1890 die deutsche Politik gegenüber von Rußland bestimmt haben, bin ich mir der großen Schwierigkeiten meiner Aufgabe wohl bewußt. (Sehr richtig! rechts.) Sie liegen in der Sache, aber nicht nur in der Sache. Ich bitte von mir keine Enthüllungen zu erwarten. Ich habe dazu keine Ermächtigung, sie würden auch voraussichtlich nur den Streit vermehren, und an Streit haben wir genug im Lande. (Sehr richtig! rechts und aus der Mitte.) Meine Aufgabe ist die Vertheidigung, die Beleuchtung gewisser Angriffe, soweit deren sachliche Abwehr im allgemeinen Interesse nach außen und nach innen geboten ist.

In dem jüngsten Streit sind zwei Anklagen hervorgetreten, die sich nach diametral entgegengesetzter Richtung bewegen; die eine, daß die

deutsche Politik nach 1890 schwere Fehler begangen, eine wichtige Sicherung und Friedensgarantie preisgegeben habe, und die andere Anklage, die sich gegen die Politik vor 1890 richtet mit der Behauptung, daß damals mit einem anderen Staat Dinge verabredet worden seien, die im Widerspruch ständen mit den bestehenden Verträgen.

Von diesen Anklagen wiegt die letzte am schwersten, denn sie trifft uns an einer Stelle, wo wir mit einem gewissen Stolze sagen können, daß wir am empfindlichsten sind (sehr wahr! in der Mitte), — und darum wende ich mich zunächst gegen diese Anklage und weise mit aller Entschiedenheit den Gedanken zurück, als ob jemals von deutscher Seite mit irgend einem Staate etwas verabredet worden sei, was unvereinbar wäre mit bestehenden Verträgen. (Bravo! in der Mitte und rechts.) Das ist nicht geschehen, nicht dem Wortlaut, auch nicht dem Geiste nach; denn was je von uns verabredet wurde, sollte dem Frieden dienen, also demselben Zweck wie unsere Verträge. (Sehr richtig!) Wo immer dieser Vorwurf sein Haupt erhebt, möchte ich glauben, alle Deutschen sollten zusammenstehen, um ihn zurückzuweisen; denn wenn er Boden fassen könnte, er würde uns zum Schaden gereichen, und nur unsern Feinden zur Freude und Genugthuung. (Sehr richtig!)

Weit schwieriger ist die Abwehr der zweiten Anklage. Das Gebiet meiner Ausführungen ist eng begrenzt. Ich kann nur im Wege einer akademischen Darstellung die Gründe andeuten, warum die deutsche Politik im Jahre 1890 die bekannten Wege gegangen ist, und ich knüpfe an die jüngsten Enthüllungen und an den Grundsatz an, der dabei aufgestellt wurde, daß in den Vertragsbeziehungen zweier Länder zu einander der Grundsatz gelte, die Rückversicherung stärke die Sicherung und vermehre die Friedensgarantie. Bei aller Bewunderung des staatsmännischen Gedankens, der diese Ziele sich steckt, und der in seinen letzten Consequenzen dahin führen könnte, durch ein ganzes Netz von Defensivverträgen den allgemeinen Weltfrieden dauernd zu sichern, wird doch der Zweifel gestattet sein, ob mit der Mehrzahl der Bündnisse und der Verträge auch der innere Werth jedes einzelnen sich steigert (sehr gut!), ob nicht umgekehrt die Gefahr entstehen kann, daß unter den mehrfachen Sicherungen gerade die im entscheidenden Momente versagt, auf die es ankommt. (Sehr wahr! in der Mitte.)

Die Kriege, die geständigerweise im Angriff geführt sind, gehören der Vergangenheit, der Geschichte an. Selbst bei den Nationen, die Grund zu haben glauben, mit ihrem Loos nicht zufrieden zu sein, besteht heute ein so tiefgehendes Friedensbedürfniß, gesteigert durch den heutigen Verkehr, durch die allgemeine Wehrpflicht, durch die Scheu vor den unbekannten Schrecken der modernen Kriege, daß jede Regierung, die zum Kriege entschlossen ist, alles aufbieten wird, schon der eigenen Bevölkerung wegen, um von sich das Odium des Angriffs abzuwehren. (Sehr wahr!)

Die Entscheidung der Frage, wer ist der angreifende, wer ist der angegriffene Theil, wird also in der Jetztzeit dem freien Ermessen einen großen Spielraum gewähren, und daraus folgt, daß ein Bündnißvertrag, der wirksam werden soll im Fall eines fremden Angriffs, doch nur dann eine zuverlässige Schutzwehr bietet, wenn bei dem Verbündeten in jedem Augenblick auf die Gesinnung gerechnet werden darf, die ihn geneigt macht, uns als die Verfechter der gerechten Sache und den Gegner als Angreifer zu betrachten. (Sehr gut!)

Diese Gesinnung kann man nicht verabreden, man kann sie nicht in Paragraphen fassen, sie muß erworben, erhalten und gepflegt werden. Sie entsteht nicht mit dem Vertrag, sie braucht auch mit dessen Ablauf nicht zu verschwinden; sie beruht im letzten Ende bei Regierenden und bei Regierten auf dem Bewußtsein, daß die Erhaltung der beiderseitigen Machtstellung ein gemeinsames Interesse ist. Sie beruht nicht zum mindesten auf der gegenseitigen vertrauensvollen Ueberzeugung, daß das, was der Eine verlangt, er unweigerlich im entsprechenden Fall auch leisten werde und leisten könne. Diese Factoren bestimmen den inneren Werth jedes Bündnisses, und es ist klar, daß diese Factoren beeinflußt und beherrscht werden durch all die Momente, die an sich geeignet sind, auf menschliche Stimmungen und menschliche Beziehungen einzuwirken. Hier ist der Punkt, wo die Lehre versagt, daß auf politische Dinge nur politische Erwägungen einwirken, und die abstracte Formel hält gegenüber diesen Erwägungen nicht Stand, daß die Rückversicherung die Versicherung stärke. Es wird stets auf die concreten Umstände ankommen. Die nächste Frage wird immer die sein: wie wirkt die Existenz eines zweiten Bündnisses auf das erste und wie umgekehrt? Das Material zu dieser Betrachtung und zu einem Beispiel entnehme ich den jüngsten Enthüllungen. Es wird behauptet, daß bis zum Jahre 1890 zwischen Rußland und Deutschland volles Einverständniß darüber bestanden habe, daß, wenn eins von ihnen angegriffen wäre, das andere wohlwollend neutral bleiben müsse. Ob das zutrifft, kann ich nicht sagen; aber ich weiß — denn das ist publici juris —, daß in § 1 unseres Vertrages mit Oesterreich-Ungarn vom Jahre 1879 wir Oesterreich gegenüber verpflichtet sind, wenn es von Rußland angegriffen wird, ihm mit unserer ganzen Kriegsmacht beizustehen. Diese Bestimmungen sind durchaus vereinbar. Aber wenn die Enthüllungen richtig sind, dann konnten wir in die Lage kommen, daß, wenn ein Conflict ausbrach zwischen unseren beiden östlichen Verbündeten, in dem beide die Rolle des Angreifers sich zuschoben, wir von der einen Seite angegangen wurden um wohlwollende Neutralität, von der anderen Seite um Unterstützung mit der ganzen Kriegsmacht. (Sehr gut!) Wir mußten dann die Frage entscheiden: wer ist der Angreifer, wer ist der Angegriffene? und mußten dann für den Einen gegen den Anderen optiren. Man sagt: das ist Theorie, so wird sich in der Praxis der Fall nie gestalten. Das gebe ich unbedingt zu. Für mich hat

diese Betrachtung nur den Werth eines Beispiels, und ich sage, selbst wenn derartige Vertragsverhältnisse vollkommen klar zu Tage liegen, die bloße Möglichkeit, derartige Fälle zu construiren — und sie wird nie auszuschließen sein bei einem mehrfachen Vertragsverhältniß — kann bei aller Loyalität menschlich und politisch bei keinem der Verbündeten die Neigung stärken, wenn wir an das Bündniß appelliren, uns jederzeit die Interpretation zu gewähren, die unserem Interesse entspricht, und ohne die der Vertrag ein werthloses Blatt Papier ist. (Sehr wahr!) Und hier zeige ich auf die schwache Stelle der Rückversicherung.

Dazu kommt ein Anderes. Als im Jahre 1879 der deutsche Vertrag mit Oesterreich-Ungarn geschlossen wurde, war in einer besonderen Bestimmung vorgesehen, daß trotz der Geheimhaltung des Vertrages Sr. Majestät dem Kaiser von Rußland unter Umständen vertrauliche Mittheilung davon gemacht werden solle. Die Mittheilung ist auch erfolgt. (Hört! hört!) Es genügt der Hinweis auf diesen Vorgang und dessen erkennbare Motive, um klarzustellen, daß die unbedingte Geheimhaltung von Verhandlungen doch für beide Theile die Möglichkeit von Schwierigkeiten und Mißverständnissen enthält, die Quelle werden kann von Verwirrungen, von Unruhen, von Factoren, die auf ganz unberechenbaren Ereignissen beruhen, und über die kein Theil eine Controle auszuüben vermag. Wenn ein Staatsmann wie Fürst Bismarck die Zuversicht hatte, alle derartigen Schwierigkeiten zu beherrschen, so bin ich wahrlich der letzte, der eine Kritik versuchen wollte. Aber ich darf es doch freimüthig aussprechen, daß die Staatskunst des Fürsten Bismarck so fest steht in der Anerkennung der ganzen gebildeten Welt, daß sie keiner Bestätigung durch die Glorificirung einer einzelnen Handlung bedarf (sehr wahr!), und daß der Dank, den jeder Deutsche dem Fürsten Bismarck für das schuldet, was er Deutschland geleistet, wahrlich nicht der Folie bedarf von schweren Angriffen auf seinen Nachfolger. (Sehr wahr! links.)

Nach dem, was ich gesagt habe, wird jeder Unbefangene zugeben, daß die Fragen, um die es sich handelt, doch einer sehr verschiedenartigen Beurtheilung fähig sind, und er wird begreifen, daß ein Mann in verantwortlicher Stellung in so wichtigen Entscheidungen nicht auf eine Autorität hin handelte, sondern nur auf seine innere Ueberzeugung, die er nach gewissenhafter Prüfung gefaßt hat. Wenn der Nachfolger des Fürsten Bismarck über die Rückversicherung und ihren Werth eine andere Auffassung hatte, wenn er in der unbedingten Geheimhaltung gewisse Gefahren mit Rücksicht auf die Beziehungen zu anderen Mächten sah, ja selbst zweifelhaft war, ob nicht die Friedensgarantie dadurch verringert werden könnte, so mag man diese Anschauung kritisiren und mag sie bekämpfen; aber ich meine, als die Ueberzeugung eines verdienten und gewissenhaften Mannes (sehr richtig! aus der Mitte) ist sie doch erhaben über die mannigfaltigen, selbst höhnischen Angriffe, die man heute gegen ihn schleudert. (Sehr gut! links und aus der Mitte.) Es be-

darf fürwahr nicht des unfaßbaren Begriffs englischer Einflüsse, um die Gründe zu verstehen, die damals den Reichskanzler v. Caprivi bewogen, in diesem Sinn die Allerhöchste Stelle zu berathen. (Sehr wahr! aus der Mitte.)

Diese mehr theoretische Erörterung allein wird freilich niemanden überzeugen; man wird in der Politik auch dem Erfolg das Wort gönnen und die Frage aufwerfen: hat sich denn in der Folgezeit gezeigt, daß die damalige Politik wirklich zu einer verminderten Sicherheit, zu einer verminderten Friedensgarantie für Deutschland geführt hat? ist denn in den sechs Jahren jemals eine acute Kriegsgefahr entstanden? Nein! Man sagt, jene Politik habe den Draht mit Rußland zerrissen und die Beziehungen zu Rußland verschlechtert. Ich widerstehe der Versuchung, eine Vergleichung eintreten zu lassen zwischen den Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland vor 1890 und nach 1890. (Sehr gut! links und aus der Mitte.) Diese Vergleichung ist nicht nützlich, sie kann auch zu einem positiven Ergebniß nicht führen; denn Beziehungen zwischen verschiedenen Ländern lassen sich nicht von den actuellen Fragen loslösen, welche die jeweilige Gesammtlage beherrschen. Es wird stets ein großes Verdienst des Fürsten Bismarck bleiben, daß er in den schwierigsten Zeiten es verstanden hat, unsere Beziehungen zu Rußland gut und freundschaftlich zu gestalten, sie nutzbar zu machen im Sinne des Friedens und indirect für die Interessen unserer Verbündeten. Die Geschichte wird einst dieses Verdienst noch in ein helleres Licht stellen, als es heute der Fall ist. (Bravo! rechts.)

Ich meine aber, es heißt das Verdienst des Fürsten Bismarck verkleinern und unterschätzen, wenn man die Behauptung aufstellt, daß im Frühjahr 1890 diese Beziehungen keine andere Grundlage gehabt hätten, als das zerbrechliche Piedestal von Abmachungen, deren Existenz alle drei Jahre in Frage stand. (Sehr richtig! links und aus der Mitte.) So liegt die Sache nicht. Unsere Beziehungen zu Rußland beruhen auf einer festeren und dauerhafteren Grundlage: auf der traditionellen Freundschaft der herrschenden Familien, auf der Friedensliebe der Souveräne und der Regierungen, auf der Achtung der Verträge und dem gemeinsamen Wunsch, ihnen überall Geltung zu verschaffen, auf dem Vorhandensein mancher gemeinsamen und dem Mangel aller divergirenden Interessen; und wenn einst unsere Archive geöffnet werden, dann wird es sich zeigen, daß auch nach 1890 unsere Politik mit Erfolg thätig gewesen ist, auf dieser Grundlage unsere Beziehungen zu Rußland zu pflegen, daß seit jener Zeit keine einzige politische Divergenz bestand, und daß wir bei diesem Streben stets volle Gegenseitigkeit gefunden haben; denn das ist die unumgängliche Voraussetzung aller guten Beziehungen. (Sehr richtig! in der Mitte.) Die Behauptung, die in der Presse aufgestellt wurde, wir hätten den Draht zerrissen, wird hiernach zur Begründung doch ein festeres Material bedürfen als den Hinweis auf Abmachungen, von denen man

selbst zugiebt, daß sie der Geschichte angehören, und den Hinweis auf englische Einflüsse, von denen ich im Zweifel bin, ob sie jemals der Geschichte angehören werden. (Heiterkeit links.)

Und dasselbe gilt bezüglich des Vorwurfs, wir hätten damals eine wichtige Schutzwehr nach Westen beseitigt. Da erinnere ich doch daran, daß im Jahre 1887 der Boulangismus auf der höchsten Höhe stand; mit dessen Verschwinden sind auch die Gefahren zurückgetreten, die damals drohten, und die Zuversicht, daß Rußland niemals eine unprovocirte Friedensstörung fördern oder unterstützen werde, ist heute ebenso fest wie damals.

Man sucht dann die deutsche Politik von 1890 verantwortlich zu machen für die heutige Gruppirung der Mächte. Auch dieser Vorwurf ist nicht begründet. Der Gedanke, daß ein Vertrag des Inhalts, wie er kürzlich enthüllt worden ist, im Stande sei, den Keil zu bilden zwischen zwei großen Nationen, die vielfach gemeinsame friedliche Interessen besitzen innerhalb Europas und außerhalb Europas, daß ein solcher Vertrag dem einen Staat ein Aequivalent bieten könnte für alles das, was er von der gemeinsamen Vertretung jener Interessen erwarten kann, das ist doch eine gewaltige Ueberschätzung, und der Nachweis wäre nicht schwer zu liefern, daß in früherer Zeit man von solchen Abmachungen eine viel kleinere Idee gehabt hat. In jenem Vorwurf liegt aber ein merkwürdiger Widerspruch. Man rühmt die Staatskunst, die es verstanden hat, neben unseren Verträgen einen anderen Vertrag mit einer dritten Macht zu schließen; aber man rühmt gleichzeitig, daß dadurch die dritte Macht außer Stande gesetzt worden sei, neben diesem Vertrag noch einen anderen zu schließen. (Sehr gut! links.) Ja, wenn uns der Dreibund nicht verhinderte, eine Abmachung zu treffen mit einer dritten Macht, warum soll denn die dritte Macht verhindert sein, mit einer anderen Macht Annäherung zu suchen, dort die Rückversicherung zu suchen (sehr gut! links und in der Mitte), von der wir das Beispiel gegeben haben? Wenn jene dritte Macht zu einer vierten in ein ebenso intimes Verhältniß getreten wäre, wie wir es zum Dreibund waren, wir hätten uns darüber nicht erstaunen, wir hätten uns nicht beklagen dürfen. Die Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich datiren doch nicht vom Jahre 1890, sie reichen in ihren Anfängen zurück bis in die 70er Jahre; sie haben sich seitdem entwickelt Hand in Hand mit der allmählichen Consolidirung der staatsrechtlichen Verhältnisse Frankreichs, mit der Erkenntniß gemeinsamer Interessen, und die Entwickelung hat auch vor dem Jahre 1890 keinen Augenblick stillgestanden; ja sie hat damals in höherem Maße als jetzt das Augenmerk politischer und auch militärischer Kreise auf sich gezogen. (Hört! hört!) Der Gedanke, daß es die Aufgabe der deutschen Politik sein könne, zwei große Nationen zu trennen, hat niemals bestanden; es würde uns das Opfer kosten, die wir nicht leisten könnten, und würde uns abdrängen aus unseren bewährten

Bahnen. Die Vorwürfe und Klagen, die heute in dieser Richtung gegen die deutsche Politik des Jahres 1890 erhoben werden, sie haben noch eine ganz andere ernste Seite: sie vindiciren jenen Beziehungen eine Bedeutung, die bisher nur unsere Feinde im Auslande vergeblich diesen Beziehungen beizulegen versuchten. (Hört! hört!) Darin liegt die Warnung, wir möchten zurückkehren zu der ruhigen, beobachtenden Haltung, die der Sachlage und unserer Würde entspricht. Ich will auf politische Combinationen nicht eingehen, nur einen Gedanken aussprechen, daß gerade die Fragen, die heute im Vordergrunde des politischen Interesses stehen, und deren Lösung voraussichtlich Jahre in Anspruch nehmen wird, es höchst unwahrscheinlich machen, daß eine der Continentalmächte einen Streitfall schaffen wollte, dessen unmittelbare Folge wäre, daß die Gruppe der continentalen Mächte sich compensirt und ihre Kräfte lahmlegt zur thätigen Mitwirkung bei der Lösung jener Fragen. Auf der anderen Seite bietet gerade die Entwickelung unserer überseeischen Interessen voraussichtlich in der Zukunft Gelegenheit, mit denselben Mächten wiederum zusammenzugehen, mit denen wir im vorigen Jahre zusammengegangen sind.

Damit bin ich mit meinen Ausführungen zu Ende. Sie werden selbstredend der Kritik anheimfallen. Ich war nach bestem Willen bestrebt, nichts zu sagen, was einen Streit verbittern könne, der niemandem frommt, und aus dem ich trotz allem Bemühen außer Stande bin einen praktisch brauchbaren Kern herauszuschälen. (Sehr richtig!)

Die Linie der deutschen Politik ist klar vorgezeichnet: treues, unentwegtes Festhalten an unseren Bündnissen mit Oesterreich-Ungarn und mit Italien (Bravo!), Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland auf der Grundlage, die ich vorhin angab, Erhaltung guter und freundlicher Beziehungen mit anderen Mächten in Achtung ihrer Rechte und nach Maßgabe der Achtung, die sie unseren Rechten gewähren (sehr gut! und Bravo!), Bereitwilligkeit allezeit, unsere Machtstellung in die Wagschale des Friedens zu legen. (Lebhafter Beifall.) Gestützt auf diese Politik, zuversichtlich vertrauend auf unsere Wehrkraft und allezeit entschlossen, nach außen hin die Einheit zu bekunden, die wir unserem großen Kaiser und seinem ersten Staatsmann verdanken, ist für den Deutschen auch heute kein Anlaß zu irgend einer Besorgniß. Wir können getrost uns der Pflege unserer realen und idealen Güter widmen und voll Zuversicht in die Zukunft schauen. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Dr. Lieber (zur Geschäftsordnung):

Herr Präsident, ich beantrage die Besprechung der Interpellation.

Präsident:

Der Antrag auf Besprechung bedarf der Unterstützung von 50 Mitgliedern des Hauses.

Ich bitte diejenigen Herren, welche dem Antrag ihre Unterstützung leihen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Die Unterstützung reicht aus.

Abgeordneter Dr. Lieber:

Meine Herren, die Beantwortung unserer Interpellation hat die Absicht, welche wir mit ihr verbanden, zu unserer großen Befriedigung im Wesentlichen schon erfüllt. Dieselbe war, wie auch schon der Herr Begründer es ausgesprochen hat, dem Interesse des Vaterlandes, des Dreibundes und damit dem Interesse dauernder Gewähr des europäischen Friedens nach besten Kräften zu dienen.

Gern folge ich der Mahnung und dem Beispiel des Herrn Staatssecretärs des Auswärtigen Amts sowohl für mich als auch, wie ich erklären darf, im Sinne aller meiner politischen Freunde, bei der von mir beantragten Besprechung der Antwort, die uns ertheilt worden ist, so weit als thunlich alles zu vermeiden, was uns nach außen hin als im Innern gespalten und uneins erscheinen lassen könnte. (Bravo!) Wir haben den lebhaften Wunsch, es mögen sich mit uns alle übrigen Parteien und Mitglieder des Reichstags vereinigen, um auch von Seiten des Reichstags zunächst den drei verbündeten Mächten und Völkern, dann aber auch ganz Europa die Sicherheit zu geben — oder wiederzugeben —, daß das deutsche Volk ausnahmslos gesonnen ist, vertragstreu dem Weltfrieden zu dienen. (Bravo!)

Die Antwort auf unsere drei Fragen scheidet ja einen großen Theil der Betrachtungen, die sich an die Vorgänge, wodurch die Fragen veranlaßt sind, nothwendig zu knüpfen schienen, von vornherein aus. Der Herr Reichskanzler hat auf unsere erste Frage erklärt, es seien Verhandlungen, die sich auf das Sonderabkommen zwischen Rußland und dem deutschen Reich bezogen, oder von denen man annehmen könnte, daß sie sich auf einen solchen Rückversicherungsvertrag bezogen hätten, unter der gegenseitigen Verabredung unbedingter Geheimhaltung gepflogen worden, und deswegen sei er zur Zeit nicht in der Lage, einseitig eine amtliche Auskunft auf die Frage zu geben, ob bis zum Jahre 1890 ein geheimer Vertrag zwischen dem deutschen Reich und Rußland bestanden habe. Auch die Ausführungen des Herrn Staatssecretärs des Auswärtigen Amts, soweit sie die Zeit vor dem Jahre 1890 entweder unmittelbar betrafen oder in seinen Betrachtungen über die Zeit nach dem genannten Jahre nebenher berührten, — auch diese Ausführungen waren überall so sorgfältig hypothetisch gehalten, daß wir unsererseits dadurch vollkommen außer Stand gesetzt sind, auf diese Dinge hier im Reichstag näher einzugehen, wenn wir nicht von vornherein die gute Absicht verleugnen wollen, soviel an uns liegt, die verbündeten Regierungen zu unterstützen, um das gegenseitige Vertrauen der drei verbündeten Mächte und der europäischen Völker in die Friedensliebe Deutschlands zu stärken und zu erhalten.

In der positiven Beantwortung unserer Interpellation durch den Herrn Reichskanzler war von ganz besonderem Werth für uns ein Dreifaches: zunächst die ganz bestimmte Versicherung, daß die seit dem Jahre 1890 eingehaltene auswärtige Politik insbesondere Rußland gegenüber, zu welcher der Herr Reichskanzler sich auch für seine Person formell bekannte, keinerlei ungünstige Veränderungen in den Beziehungen des Deutschen Reichs zu Rußland zur Folge gehabt habe. Nicht minder beruhigend, wenn auch überraschender, war die runde Inabredenahme von Behauptungen, die fort und fort mit allem Anschein von Unanfechtbarkeit sich wiederholen und bis in die Stunde der Eröffnung dieser Verhandlungen hereinerschallten, die nachdrückliche Versicherung, keinerlei englische Einflüsse seien maßgebend gewesen bei Einnahme und Innehaltung der Politik Deutschlands gegenüber Rußland seit dem Jahr 1890. Ich hoffe, daß diese unzweideutige und außergewöhnlich betonte Versicherung seitens des Herrn Reichskanzlers jene stets wiederkehrende Behauptung, das deutsche Reich sei durch die auswärtige Politik seit 1890 in die dringende Gefahr gebracht, englische Lasten auf deutsche Schultern bürden zu müssen, nunmehr endlich und für immer zum Schweigen bringen wird. (Sehr richtig!)

Für uns als Mitglieder des Reichstags war aber drittens von ganz besonderem Werthe die letzte Versicherung des Herrn Reichskanzlers, daß jene Wolke des Mißtrauens, die sich in einzelnen Schichten der Bevölkerung der drei mit uns verbündeten Länder in Folge der Enthüllungen der „Hamburger Nachrichten" gezeigt habe, inzwischen erfreulicherweise zerstreut sei. Für uns stand bei Einbringung unserer Interpellation in vorderster Reihe das dringende Interesse, den Bevölkerungen der uns verbündeten Mächte die Sicherheit zu geben, daß das deutsche Volk, soweit es im Reichstage vertreten ist und zu Worte kommt, durchaus entschlossen ist, die eigene Regierung und die mit ihr verbündeten Regierungen nach allen Kräften zu unterstützen in den Bestrebungen, die Bündnißtreue und das gegenseitige Vertrauen in dieselbe auf die schonendste Weise zu pflegen, zu befestigen und zu vertiefen und damit dem Bestande des Dreibundes und der Sicherheit des europäischen Friedens die nothwendige Gewähr zu geben. Denn, meine Herren, die Zeiten sind vorbei, wo Bündnisse ausschließlich oder fast ausschließlich in dem guten Willen derjenigen Regierungen ihre Festigkeit, die Bürgschaft ihres Bestandes besitzen, welche solche Bündnisse abschließen; und wenn das überhaupt gilt, so dürfen wir es im deutschen Reichstage gewiß offen aussprechen: kaum ein Bündniß bedarf so, aber auch kaum ein Bündniß genießt so des Vertrauens der Bevölkerung auf beiden Seiten als das im Jahre 1879 abgeschlossene Bündniß zwischen dem deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn, die Grundlage des Dreibundes. (Bravo! in der Mitte.)

Nun, meine Herren, würden auch die Ausführungen des Herrn Staatssecretärs des Auswärtigen Amts durchaus beruhigend auf uns

wirken, wenn er nicht einen allgemeinen Satz ausgesprochen hätte, zu dem ich mir doch erlauben muß eine Bemerkung, ein Bedenken — wenn Sie so wollen — zu äußern. Meiner Meinung nach mit vollem Recht hat der Herr Staatssecretär des Auswärtigen Amts bei der Vertheidigung der Haltung unserer auswärtigen Politik seit dem Jahre 1890 darauf hingewiesen, daß nicht nur politische Erwägungen Ziel und Wege solcher Politik bestimmen dürfen, sondern daß Rücksicht genommen werden müsse auf menschliche Stimmungen und menschliche Neigungen und Leidenschaften. Wenn aber der Herr Staatssecretär dann ganz ausdrücklich erklärt hat, niemals sei von deutscher Seite etwas verabredet worden, was unvereinbar wäre mit den bestehenden Verträgen, weder dem Wortlaut noch dem Sinn und der Absicht dieser Verträge nach, so erlaube ich mir, im Namen meiner politischen Freunde und für diejenigen Volkskreise, die uns hierher geschickt haben, zu erklären, daß, wenn wirklich ein Abkommen, wie es die „Hamburger Nachrichten" behaupten, vor dem Jahre 1890 bei währendem Dreibund zwischen dem Deutschen Reich und Rußland abgeschlossen wäre und bestanden hätte, dieses Abkommen jenen berechtigten menschlichen Stimmungen und menschlichen Empfindungen nicht die Rücksicht getragen hätte, welche der Herr Staatssecretär des Auswärtigen Amts jetzt als nothwendig zu berücksichtigen bezeichnet. (Lebhafter Widerspruch rechts. Sehr richtig! sehr wahr! in der Mitte und links.) Wenn in diesem Satze des Herrn Staatssecretärs des Auswärtigen Amts die Anschauungen der hohen Diplomatie überhaupt zur Aussprache gekommen sind, so trage ich gar kein Bedenken, zu erklären, daß nach unserer Auffassung die hohe Diplomatie damit sich für das Empfinden und Denken weiter Kreise des deutschen Volks selbst verurtheilt. (Sehr richtig! in der Mitte.)

Ich folge dem Herrn Staatssecretär selbstverständlich nicht auf ein Gebiet, auf welchem er Meister ist, und auf welchem wir das natürliche Empfinden des Volks und den gesunden Menschenverstand ausschließlich vertreten könnten. (Große Heiterkeit.) Aber ich muß sagen: ich habe doch, als der Herr Staatssecretär jenen Satz aussprach, einen leisen Zweifel gehabt, ob nicht die hohe Diplomatie die Sache vielleicht anders betrachtet haben würde, wenn statt Deutschlands und Rußlands Oesterreich und Frankreich in Frage gekommen wären, wenn eines schönen Tages hier in Deutschland bekannt geworden wäre, das mit uns treu- und dreiverbündete Oesterreich-Ungarn habe bei währendem Bündnißvertrage ein gegenseitiges Assecuranzverhältniß mit Frankreich eingegangen. Ich will den Herrn Staatssecretär nicht zu einer Aeußerung darüber veranlassen, ob auch dann der allgemeine Satz die hohe Diplomatie vollständig beruhigt hätte, daß ja gar nichts vereinbart sei, das mit den bestehenden Verträgen unvereinbar wäre.

Inzwischen verzichte ich gern auf die Verfolgung dieser Betrachtungen, nachdem zur Zeit durch die uns gegebene Begründung der seit

dem Jahre 1890 innegehaltenen Politik, eine Begründung, die wir als sachlich vollkommen zutreffend ausdrücklich anerkennen, jede Besorgniß ausgeschlossen ist, daß durch die jetzt an der Spitze unserer auswärtigen Geschäfte stehenden Staatsmänner Abmachungen, wie die vor dem Jahre 1890 behaupteten, in Zukunft abgeschlossen werden wollten, sollten oder könnten. Wir haben nur gewünscht, nachdrücklichst und jedem Mißverständniß unzugänglich auszusprechen, daß unserer Meinung nach derartige Abkommen weder jemals hätten abgeschlossen werden sollen, noch jemals in Zukunft abgeschlossen werden dürfen, solange der Dreibund besteht. (Sehr richtig!)

Ich betrachte nicht näher die Folgen der Enthüllungen für die Bevölkerungen Oesterreich-Ungarns und Italiens, nachdem uns die Versicherung gegeben ist, daß dieselben sich inzwischen beruhigt und das alte Vertrauen zu der sprichwörtlichen deutschen Treue wiedergewonnen haben. Ich frage auch gar nicht, wie man in maßgebenden Kreisen diese Enthüllungen beurtheilt haben würde oder beurtheilen möchte, wenn der angebliche Geheimvertrag zwischen dem deutschen Reich und Rußland statt auf den Redactionstisch der „Hamburger Nachrichten" sich auf den des „Vorwärts" verirrt haben würde. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich denke aber, es ist nicht müßig, wenn wir nunmehr auf die bündigen Erklärungen des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Staatssecretärs des Auswärtigen Amts mit der ebenso bündigen Erklärung des deutschen Reichstags antworten — ich bediene mich dabei eines Wortes des ersten Kanzlers des deutschen Reichs —: auch wir im deutschen Reichstag stehen fest zu dem Grundsatz: Deutschland ist und muß sein und bleiben „der Freund der Freunde unserer Freunde und der Feind der Feinde unserer Freunde". (Lebhafter Beifall aus der Mitte.)

Abgeordneter Freiherr v. Manteuffel:

Meine Herren, meine politischen Freunde und ich hatten nach den Aeußerungen des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Staatssecretärs des Aeußern eine Besprechung der Interpellation nicht für nothwendig erachtet. Nachdem aber von der Mehrheit des Reichstags eine solche gewünscht ist, halte ich mich für verpflichtet, auch mit wenigen Worten sowohl auf die Begründung der Interpellation wie auf die Ausführungen des Herrn Vorredners wie endlich auf die des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Staatssecretärs des Aeußeren einzugehen.

Sowohl der Herr Interpellant wie der Herr Abgeordnete Lieber haben mehrfach betont, daß die Interpellation nothwendig gewesen sei wegen der Beunruhigung, welche durch die Veröffentlichungen der „Hamburger Nachrichten" in weiten Kreisen des deutschen Volkes, insonderheit aber bei unseren Verbündeten hervorgerufen wäre; und der Herr Abgeordnete Dr. Lieber hat insonderheit seinen Dank dafür ausgesprochen, daß

diese Beunruhigungen nunmehr durch die Erklärungen des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Staatssecretärs des Aeußeren beseitigt seien. Ich glaube, im Namen aller meiner politischen Freunde hier aussprechen zu können, daß bei uns von Beunruhigung thatsächlich niemals die Rede gewesen ist (sehr richtig! rechts; Lachen links und aus der Mitte), — gewiß, meine Herren, daß wir diese Beunruhigung nicht verspürt haben, und daß wir auch nichts davon wahrgenommen haben, daß bei den uns verbündeten Nationen derartige Beunruhigungen zu Tage getreten sind. Ich habe deshalb auch die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers nicht ganz verstehen können, indem er sagte: „nachdem die ersten Wolken der Beunruhigung glücklich zerstreut worden sind". Die ersten Wolken der Beunruhigung sind in Deutschland aufgestiegen und haben sich nachher weiter verflüchtigt; bei den uns verbündeten Regierungen ist von dieser Beunruhigung absolut nichts zu sehen gewesen. (Sehr richtig! rechts. Bewegung links und in der Mitte.)

Nun hat der geehrte Herr Vorredner aus dem Hause des weiteren ausgeführt, daß er das Bestehen des sogenannten Rückversicherungsvertrags, wenn solcher bis zum Jahre 1890 bestanden hätte, auf das lebhafteste bedauert haben würde; und er hat weiter ausgeführt, daß er sich der Hoffnung hingebe, daß für die Zukunft ein derartiger Rückversicherungsvertrag mit einer außerhalb des Dreibundes stehenden Macht niemals würde abgeschlossen werden. Meine Herren, auch nach dieser Richtung hin stehe ich nicht auf demselben Standpunkt wie der Herr Vorredner.

Zunächst muß ich allerdings das eine hier eingestehen, daß ich, so hypothetisch auch die Ausführungen des Herrn Staatssecretärs des Aeußern und des Herrn Reichskanzlers gewesen sind, doch aus denselben die Ueberzeugung gewonnen habe, daß seit dem Jahre 1887 ein Rückversicherungsverhältniß bestanden hat, zu unserem Besten und insonderheit zum Besten des europäischen Friedens. (Sehr richtig! rechts.) Deshalb sehe ich auch nicht ein, warum man nicht zu einem derartigen Rückversicherungsvertrag in Zukunft wieder schreiten sollte, wenn dadurch der europäische Friede, an dem Ihnen doch hoffentlich allen gelegen sein wird, in höchstmöglichem Maße gesichert ist. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, Sie sagen, dieser Rückversicherungsvertrag müßte nothgedrungen auf die uns verbündeten Nationen einen verstimmenden Einfluß ausgeübt haben. Aber wie kommen Sie zu dieser Deduction? Meines Erachtens haben doch die betreffenden uns verbündeten Regierungen von diesem Rückversicherungsvertrag Kenntniß gehabt. (Widerspruch links und aus der Mitte.) Meine Herren, glauben Sie doch nicht, daß die davon nicht unterrichtet gewesen sind! Sie würden also einfach Widerspruch dagegen erhoben haben. Andererseits muß es im Interesse der Nationen, die einen Rückversicherungsvertrag mit dem Dreibund eingehen, selbst liegen, in diesen Vertrag einzugehen; denn dadurch würde diesen anderen Nationen gegenüber ja erst zum vollen Ausdruck gebracht, daß

der Dreibund wirklich nur Defensivinteressen verfolgt. (Sehr gut! rechts.) Das war nach meiner Ansicht auch der wunde Punkt in den Ausführungen des Herrn Staatssecretärs des Aeußern, daß er diesen Rückversicherungsvertrag als werthlos hinstellte bei mangelndem guten Willen. Das kann ich nicht zugeben; denn gerade der Schwerpunkt, der in dieser Sicherung der Defensive des Dreibundes lag, mußte auch uns dafür die Gewißheit geben, daß der Nation, mit der in diesem Falle contrahirt wurde, auch an der Haltung des Vertrages gelegen sei. (Sehr richtig! rechts.)

Die ganze Theorie des Herrn Staatssecretärs des Aeußern über die Beziehungen zwischen den Staaten unter einander war gewiß ungemein geistreich und hörte sich sehr schön an (Heiterkeit), aber ich glaube, in der Praxis wird es sich niemals so gestalten, wie er es ausgeführt hat; und ich glaube, die Geschichte wird ihm auch, wenn man dieselbe verfolgt, nicht Recht geben, denn in der Geschichte werden derartige Bündnisse immer als von höchstem Werth sich dargestellt haben. Es kommt allerdings — das will ich nicht verschweigen — bei der Handhabung derartiger Verträge sehr viel darauf an, daß die Hand, die auf der Claviatur ruht, eine geschickte und geübte, daß sie die Hand eines wirklichen Künstlers ist. (Sehr richtig! rechts.) Und ich glaube, daß das vielleicht einer der Schwerpunkte bei Errichtung derartiger Verträge gewesen ist.

Nun, meine Herren, zur Interpellation selber. (Zwischenruf.) — Das war bisher die Abwehr gegenüber Aeußerungen, wie sie vorhin gemacht worden waren, Herr Bebel! — Die Punkte 1 und 2, glaube ich, entziehen sich durch die Erklärung des Herrn Reichskanzlers zur Zeit unserer Discussion. Was nun den dritten Punkt anlangt, so sind wir dankbar dafür, daß die Erklärung abgegeben worden ist, daß irgend welche Störungen innerhalb des Verhältnisses zwischen uns und den im Dreibund uns befreundeten Mächten nicht eingetreten sind. Wir sind insonderheit dankbar dafür, daß hier erklärt worden ist, daß irgend welcher auswärtige Einfluß, insonderheit englische Einfluß, sich niemals als maßgebend erwiesen hat für die deutsche Politik. (Hört! hört!) Das würde eine unwürdige Stellung gewesen sein, die die deutsche Politik eingenommen hätte, und eine unwürdige Politik wird meines Erachtens die deutsche Staatsleitung niemals treiben. (Bravo! rechts.) Aber, meine Herren, nicht minder dankbar bin ich dafür, daß der Herr Reichskanzler ausdrücklich ausgeführt hat, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland die nur denkbar besten seien, und ich lege darauf einen ganz besonderen Werth. (Zurufe links.) Ich meine auch, daß das, was wir in den Septembertagen in Breslau erlebt haben, das Einvernehmen der beiden Monarchen, für uns von größtem Werth sein muß, von allergrößtem Werth; und ich meine, daß durch die nachmaligen Ereignisse in Paris die Errungenschaften, die wir in Breslau erlangt haben, in keiner Weise verdunkelt werden. Für mich sind diese Breslauer Tage von sehr viel größerem Werth, und ich spreche das hier ganz offen aus, daß die guten Beziehungen, die

zwischen Deutschland — und wenn Deutschland in Frage kommt, kommen die Dreibundmächte selbstverständlich mit in Frage — und Rußland bestehen, für mich sehr viel werthvoller sind als die Beziehungen zwischen Deutschland und anderen, außerhalb des Dreibundes stehenden Mächten, aus zwei Gründen: einmal finden wir uns Rußland gegenüber in der glücklichen Lage, mit einer starken und kräftigen Monarchie pactiren und Hand in Hand gehen zu können (Bravo! rechts; Zurufe links); und zweitens muß man bei den anderen Seiten, mit denen wir versucht sein könnten, in Verbindung zu treten, immer das berücksichtigen, daß die jeweilige Leitung der Geschicke der betreffenden Staaten abhängig ist von den jeweiligen Majoritäten in den Kammern, respective den Parlamenten (sehr richtig!), und das ist ein sehr unsicheres Substrat, und vor einem Pactiren mit solchen Mächten wünschen wir uns womöglich gesichert zu sehen. (Bravo! rechts.)

Ja, meine Herren, wir sind dankbar dem Herrn Reichskanzler dafür, daß er das ausgesprochen hat, daß zwischen Deutschland und den zum Dreibund gehörigen Staaten eine Trübung nach keiner Richtung hin stattgefunden hat (Bravo! rechts), und daß er ausgesprochen hat, daß die Verhältnisse zwischen uns und Rußland die denkbar besten sind (Bravo); und ich bin überzeugt, daß, wenn dem wirklich so ist — und das kann kein Mensch bezweifeln, nachdem es von dieser hervorragenden Stelle ausgesprochen ist —, Deutschland die Aufgabe, die ihm in Europa zufällt, ganz erfüllen wird, nämlich die Aufgabe, der stärkste Wahrer des europäischen Friedens zu sein. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abgeordneter Dr. Enneccerus:

Ich bin dem Herrn Reichskanzler und der weiter ausführenden Rede des Herrn Staatssecretärs des Auswärtigen Amts namentlich dafür und an erster Stelle dankbar, daß sie beide ausgesprochen haben, daß niemals ein Vertrag stattgefunden hat, der mit der Vertragstreue des deutschen Volks und der deutschen Regierung in irgend welchem Widerspruch stehe. Diese allgemein und bei dieser Gelegenheit abgegebene Erklärung bezog sich unzweifelhaft an erster Stelle auf den Neutralitätsvertrag mit Rußland, dessen Dasein der Herr Reichskanzler zwar nicht ausdrücklich anerkannte, über dessen Inhalt er uns keine einzelne Mittheilung machen konnte, an dessen Dasein und wesentlichen in der Hauptsache bekannten Inhalt wir aber glauben, — ein Glaube, der, wie schon Herr v. Manteuffel sagte, aus den Erklärungen der beiden Herren selbst keine Erschütterung, sondern vielmehr Befestigung gefunden hat.

Wenn uns ausgesprochen wurde, daß dieser Neutralitätsvertrag in keiner Weise mit der deutschen Vertragstreue in Widerspruch stehe, so stimmen meine Freunde dem einmüthig und aus voller Ueberzeugung zu.

Nachdem die Grundlage unserer Politik, ein mächtiges und einheitliches Reich erstanden war, da hat der geistige Schöpfer desselben seine

ganze Energie und seine unablässige Sorge darauf verwendet, die Macht dieses Reichs nach innen und außen zu mehren und diese Macht im Interesse des Friedens zu verwerthen. (Bravo!) Der Dreibund und der russische Neutralitätsvertrag sind zwei hochwichtige Schritte auf diesem Wege. Der Dreibund ist nicht nur ein Vertrag der Herrscher und der Regierungen, er hat — das kann ich von Deutschland ganz gewiß sagen — in dem Verständniß des Volkes und im Herzen des Volkes Wurzel geschlagen. (Bravo!) Wir sehen nächst unserer eigenen Kraft in ihm die erste der Friedensbürgschaften, und das deutsche Volk will wie die verbündeten Regierungen unverbrüchlich an demselben festhalten.

Aber der Dreibund ist nur ein Defensivvertrag, er ist nichts anderes und kann nichts anderes sein, wenn er nicht aus einer Sicherung des Friedens in eine Gefährdung des Friedens und unserer selbst umschlagen soll. Klar und scharf versprechen sich daher die verbündeten Regierungen in den Artikeln des Dreibundsvertrages Schutz und Hilfe lediglich für den Fall, daß die eine von ihnen angegriffen wird; ja, sie heben ferner in den eingehenden Erörterungen zu dem Dreibundsvertrag ausdrücklich hervor, daß derselbe lediglich defensive Intentionen verfolge, und fügen, um auch noch den letzten Zweifel vollständig auszuschließen, wörtlich hinzu, daß sie ihrem rein defensiven Abkommen eine aggressive Tendenz nach keiner Richtung jemals beilegen wollen. Es kann nicht klarer, nicht eindrucksvoller gesagt werden: wenn etwa eine der verbündeten Regierungen zum Angriff schreiten wollte, so verpflichtet der Dreibund die anderen nicht zur militärischen Hilfe. Für diesen Fall haben sie sich Freiheit ihres Willens vollkommen vorbehalten, für diesen Fall können sie also auch Verträge abschließen, und unser erster großer Kaiser und sein großer Kanzler haben durch den Neutralitätsvertrag mit Rußland die Verpflichtung aus dem Dreibund nicht im allermindesten beeinträchtigt.

Allerdings geht die freundschaftliche Gesinnung zu unseren Verbündeten über die vertragsmäßige Verpflichtung weit hinaus. Aber auch dieses freundschaftliche Band verletzt der Neutralitätsvertrag in keiner Weise. Nachtheil konnte, da er sich nach allen Mittheilungen lediglich auf den Fall eines Angriffs gegen Rußland beschränkt, für Oesterreich daraus in keiner Weise entstehen; denn Oesterreich verfolgt ebenso wenig, wie das deutsche Reich selbst, aggressive Tendenzen. Wohl aber nahm Oesterreich und neben ihm Italien an der eminenten Friedensversicherung Theil, welche er zunächst uns mittelbar, aber nicht weniger auch allen gewährte.

Daran, meine Herren, kann auch meiner Meinung nach dadurch nichts geändert werden, daß dieser Neutralitätsvertrag dem deutschen Reich die Entscheidung darüber beimaß, ob ein Angriffskrieg erfolgt; denn, meine Herren, diese Entscheidung lag auch in der Hand des deutschen Reichs nach dem Dreibundsvertrag. Auch dieser muß die Entscheidung, ob eine der Dreibundsmächte in der Rolle der Vertheidigung oder des Angriffs steht, vorangehen lassen.

Der Herr Reichskanzler hat uns mitgetheilt, daß die Veröffentlichung des Vertrages trotz einiger anfänglicher Beunruhigung kleiner Kreise der Bevölkerung keine Störung des Einvernehmens unter den verbündeten Regierungen bewirkt habe, und daß, an die volle Vertragstreue der Verbündeten zu glauben, bei der deutschen Regierung auch nicht der leiseste Zweifel besteht. Meine Freunde sehen in dieser von ihnen niemals bezweifelten, aber darum nicht minder erfreulichen Thatsache eine volle Bestätigung ihrer von mir dargelegten Auffassung.

Wenn endlich der Herr Staatssecretär die Gründe, aus denen im Jahre 1890 der Neutralitätsvertrag nicht erneuert worden, in andeutender Weise über den Werth der Rückversicherung berührte, so kann ich auf ein näheres Eingehen auf diesen Theil seiner Rede um so lieber verzichten, als seine Erklärung über dasjenige, worauf es jetzt allein ankommt, keinen Zweifel ließ. Er wie der Herr Reichskanzler gaben die klare Zusicherung, daß die von dem Fürsten Bismarck inaugurirte Politik, die ich mit den zwei Worten zusammenfasse: „treues Festhalten am Dreibund unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung guter und fester Beziehungen zu Rußland", jetzt und in Zukunft eingehalten werde. Meine Freunde haben diese Zusicherung mit hoher Befriedigung aufgenommen. Wir begrüßen diesen Theil seiner Erklärung mit Genugthuung. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abgeordneter Freiherr v. Gültlingen:

Meine Herren, ich habe Ihnen im Namen der Reichspartei lediglich folgende Erklärung abzugeben:

> Nach der Beantwortung der Interpellation des Grafen v. Hompesch durch die verbündeten Regierungen kann die Reichspartei ein Bedürfniß zur Besprechung derselben nicht anerkennen, um so mehr als sich unsere Anschauungen decken mit den von deutsch-conservativer und nationalliberaler Seite ausgesprochenen. Die Reichspartei wird sich daher an einer Besprechung nur dann betheiligen, wenn sich die Nothwendigkeit herausstellen sollte, ungerechtfertigte Angriffe zurückzuweisen. (Bravo! rechts und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter Richter:

Im Gegensatz zum Herrn Vorredner halten wir die Besprechung der Interpellation für durchaus erforderlich. Die Enthüllung hat eine Erregung hervorgerufen in der gesammten europäischen Welt, daß man es nicht verstanden haben würde im In- und Ausland, wenn in Deutschland, welches zunächst davon betroffen wird, man sich darüber hätte hier ausschweigen wollen. Der deutsche Reichstag würde geradezu in eine subalterne Stellung gerathen sein vor der Welt, wenn diese Sache in ihm nicht zur Sprache gebracht würde. Meines Erachtens hat die Centrumspartei sich ein Verdienst dadurch erworben, daß sie in Form einer Inter-

pellation die Handhabe zu einer Besprechung bot, die sonst jedenfalls bei der Etatsberathung erfolgt wäre, dann aber, untermischt mit der Discussion über anderweitige Fragen, eine zusammenhängende, wie es der Bedeutung der Sache entspricht, nicht hätte sein können. Auch nach der Erklärung des Herrn Staatssecretärs halten wir eine weitere Erörterung für durchaus angezeigt. Abgeordnete sind in der glücklichen Lage, sich über manches freier aussprechen zu können als die verantwortlichen Minister. Es kommt auch nicht blos darauf an, daß die Regierungen unter sich selbst ihre Meinungen kundgeben, sondern es kommt auch darauf an, daß die öffentliche Meinung zu Worte kommt, wie sie durch die Parlamente vertreten wird, die öffentliche Meinung hüben und drüben in den Dreibundsländern. Das ist allseitig ein Bedürfniß. Herr Freiherr v. Manteuffel hat sich freilich sehr abfällig bei dieser Gelegenheit über Parlamentarismus geäußert, er habe mehr Vertrauen in Bezug auf auswärtige Politik zu absolutistischen Staaten. Warum nicht auch in Bezug auf innere Politik? Das ist es, was er im Augenblick zu verschweigen für klüger hält. Ich bin der Meinung, daß eine Regierung, die sich auch in Fragen der auswärtigen Politik auf die öffentliche Meinung stützt, die sie in ihrem Parlament vertreten hört, eine stärkere ist und eine größere Sicherheit der Continuität bietet als eine Regierung, die dieses Rückhaltes entbehrt, die von wechselnden Personen getragen wird, oder gar eine absolutistische Regierung, bei der, wie in Rußland, die wichtigsten Entscheidungen auf die Nerven eines einzigen Mannes gespannt sind. (Sehr gut! links.)

Meine Herren, wir halten die öffentliche Erörterung im Reichstag für sachlich geboten gerade gegenüber den Dreibundsmächten. Der Dreibund ist in unseren Augen nicht blos ein Augenblicksproduct diplomatischer Klugheit, sondern beruht auf den dauernden gemeinschaftlichen Interessen der verbündeten Völker, und daß er diese Sicherheit behält, ist davon abhängig, daß das Bewußtsein seiner Nothwendigkeit und seiner Nützlichkeit unter diesen Völkern lebendig bleibt. Meine Herren, wir haben dem Fürsten Bismarck in mancher Beziehung entgegentreten müssen, aber wir haben das Abschließen des Dreibundes von vornherein mit voller Sympathie begrüßt und in allen Phasen der Folgezeit die Dreibundspolitik stets für eine richtige und glückliche für Deutschland bezeichnet. Um so peinlicher war für uns der Eindruck, als diese Enthüllungen durch die „Hamburger Nachrichten“ bekannt wurden. Freilich ist zum Glück der nachtheilige Eindruck theilweise paralysirt worden dadurch, daß gleichzeitig damit bekannt wurde, im Jahre 1890 sei der Vertrag nicht wieder erneuert. Letzteres sollte wahrscheinlich die besondere Spitze gegenüber der gegenwärtigen Regierung bilden. Aber gerade durch die gleichzeitige Veröffentlichung in Folge eines zweiten Verraths, der kein Verrath eines Amtsgeheimnisses gewesen ist, ist den nachtheiligen Wirkungen des ersten Verraths wesentlich die Spitze abgebrochen worden. Es ist die Frage hier

erörtert und verschieden beantwortet worden: war dieser deutsch-russische Assecuranzvertrag zu vereinbaren mit dem Dreibundsvertrag? Eine apodictische Antwort läßt sich darauf nicht geben, weil wir den deutsch-russischen Assecuranzvertrag nicht kennen. Aber da, obwohl man den Vertrag nicht kennt, schon soeben aufgefordert worden ist, auch in Zukunft es nicht zu unterlassen, ähnliche Rückversicherungsverträge zu schließen, so sehe ich mich doch veranlaßt, mich im allgemeinen zu äußern, wie weit ich solche Verträge für zulässig oder nicht zulässig halte. Es ist dies schon nothwendig, damit nicht ein Präjudiz bei den anderen Dreibundmächten aus dem Vorgang gezogen wird. Es ist bekannt, daß es in Italien Parteien giebt, die der Dreibundspolitik nicht günstig gegenüberstehen, und man hat dort schon von Seiten dieser Parteien Consequenzen zu ziehen versucht in Bezug auf eine Politik der freien Hand von Italien, die ich meinerseits mit dem Dreibundsvertrag nicht für vereinbarlich halte. Gewiß, der Dreibundsvertrag schließt durchaus nicht aus, daß eine Dreibundmacht auch mit einer anderen Macht Verträge abschließt. Jedermann hat es für selbstverständlich erachtet, daß wir nach den Handelsverträgen mit Oesterreich-Ungarn und Italien auch einen Handelsvertrag mit Rußland abgeschlossen haben; jedermann findet es einwandfrei, daß Italien einen Handelsvertrag mit Tunis abschließt, und würde ebenso wenig etwas dagegen zu erinnern haben, wenn Italien einen Handelsvertrag mit Frankreich abschließt. Aber auch politische Verträge mit anderen Mächten sind meines Erachtens seitens der einzelnen Dreibundmächte nicht ausgeschlossen, denn jeder der Staaten hat besondere politische Interessen, die nicht durch das gemeinsame Interesse der Dreibundmächte gedeckt werden.

Aber, meine Herren, es giebt eine Grenze für den Abschluß solcher Sonderverträge. Das sichere Kennzeichen dafür, ob Sonderverträge, die im Kriegsfall gegenüber einer anderen Dreibundmacht die Stellung zu verändern in der Lage sind, verträglich sind mit dem Dreibundvertrag, ist, daß sie den anderen Dreibundstaaten mitgetheilt werden können. (Sehr richtig! links und aus der Mitte.) Dieser Umstand ist entscheidend. Sind die Verträge der Art gewesen, daß sie den anderen Dreibundmächten nicht mitgetheilt werden durften, so haben sie, wenn nicht gegen den Wortlaut, so gegen den Geist des Dreibundes verstoßen. (Sehr richtig! links und aus der Mitte.) Es kommt nicht auf eine casuistische Auslegung an, ob die Paragraphen des Dreibundvertrags genügend weite Maschen haben, um den deutsch-russischen Assecuranzvertrag zuzulassen; nein, meine Herren, Verträge müssen auf gegenseitigem Vertrauen beruhen, sonst sind sie leere Schemen, und mit diesem Vertrauen würde es nicht zu vereinbaren sein, wenn man vor einer anderen Dreibundmacht einen politischen Vertrag geheim hält, der unter Umständen im Kriegsfall auf die Verhältnisse dieser Dreibundmacht einen Einfluß zu üben im Stande ist.

Herr Fürst Bismarck hat offenbar selbst empfunden, daß in dieser Frage das punctum saliens für die Entscheidung über die Zulässigkeit des

deutsch-russischen Neutralitätsvertrags[1]) liegt. Herr Fürst Bismarck ist nunmehr persönlich in diese Sache durch das Interview eingetreten, welches er mit dem Correspondenten des „Neuen Wiener Tagblatts" gehabt hat, das heute aus Wien telegraphisch übermittelt worden ist.[2]) Ich nehme an, Herr Fürst Bismarck hat seinen Freunden hier im Reichstag nicht genügend getraut, daß er ihnen hier allein die Vertheidigung in dieser schwierigen Sache überlassen konnte (Heiterkeit links), und er hat sich deshalb beeilt, noch in letzter Stunde aus der Anonymität hervorzutreten und selbst in dieser Sache das Wort zu ergreifen. Sollten etwa, was ich nicht glaube, die Verlautbarungen des Interviewers — er führt ja den Fürsten Bismarck redend an — auf Unrichtigkeiten beruhen, nun, so ist ja der Herr Graf Bismarck, den wir uns freuen gerade heute in unserer Mitte zu sehen, in der Lage, diese Unrichtigkeiten zu berichtigen und klar zu stellen. Solange aber dies nicht geschieht, glaube ich, sind wir es dem Fürsten Bismarck selbst schuldig, ihn hier an der Hand des „Neuen Wiener Tagblatts" redend einzuführen und dasjenige zu antworten, was wir auf seine Ausführungen zu entgegnen haben.

Der Herr Fürst Bismarck leugnet nun in dieser Unterredung, daß überhaupt der Vertrag ein geheimer gewesen, und sagt:

> Während an Berliner amtlicher Stelle betont wurde, daß dies nicht der Fall gewesen sei, erklärte der Fürst, es sei dies geschehen, aber man brauchte dazu nicht nothwendig den amtlichen Weg, bei dem es ja immer ziemlich viel Mitwisser giebt, es giebt ja auch andere Wege.

Er sagte also, daß dieser Vertrag ein Gegenstand des öffentlichen Rechts bereits gewesen ist. Wenn aber Fürst Bismarck derart ausführt, daß man, wenn man amtlich die Verpflichtung eingeht, etwas geheim zu halten, doch hinten herum es verrathen könne, so macht er sich selbst den Vorwurf eines Vertrauensbruchs Rußland gegenüber. Aber, meine Herren, wenn das auch nicht der Fall ist, diese Ausrede ist eine so durchaus gezwungene, daß sie gegenüber den Erklärungen des Herrn Staatssecretärs, zu unbedingter Geheimhaltung habe man sich verpflichtet, in keiner Weise stichhaltig erscheint, sondern nur als eine ganz unhaltbare Ausrede, die wahrlich für die Güte der von ihm vertretenen Sache nichts beweist. (Sehr richtig! links.)

---

[1]) Der Stenographische Bericht (S. 3269) hat „Handelsvertrag", was doch nur auf einem Versprechen des Redners beruhen kann.

[2]) Zu diesem „Interview" bemerken die „Hamb. Nachr." vom 19. 11. 1896 No. 272 A.-A.: Das „Neue Wiener Tagblatt" vom 15. d. Mts. enthält ein angebliches „Interview" mit dem Fürsten Bismarck. Wir bemerken dazu nur, daß das „Neue Wiener Tagblatt" zu den entschiedenen Gegnern der Politik und der Person des Fürsten Bismarck gehört, und wir gehen deshalb auf eine Kritik der Einzelheiten nicht ein, die wir auch objectiv für unzutreffend halten.

Meine Herren, ein solches Vertrauensverhältniß im Dreibunde, welches durch derartige geheime Verträge erschüttert wird, ist insbesondere nothwendig Oesterreich-Ungarn gegenüber, und niemand hat schöner das für uns gebotene Verhältniß im Dreibunde zu Oesterreich-Ungarn in diesem Hause geschildert als gerade Herr Fürst Bismarck, indem er am 11. Januar 1887 bei einer Erörterung der Verhältnisse zwischen Oesterreich, Rußland und Frankreich hier sagte:

> Wir stehen mit Oesterreich in einem so sicheren und vertrauensvollen Verhältniß, wie es weder in dem deutschen Bund trotz aller geschriebenen Verträge, noch früher im heiligen römischen Reich jemals der Fall gewesen ist, nachdem wir uns über alle Fragen, die zwischen uns seit Jahrhunderten streitig gewesen sind, im gegenseitigen Vertrauen und gegenseitigen Wohlwollen auseinandergesetzt haben.

Wir legen im Dreibund noch ein ganz besonderes Gewicht auf ein vertrauensvolles Verhältniß zu Oesterreich-Ungarn gegenüber den deutschen Völkern, die uns stammverwandt sind, die jenem Staate angehören, gegenüber dem ganzen Kaiserreich wegen der engen nachbarlichen Verhältnisse und unserer alten früheren Beziehungen.

Nun hat der Herr Staatssecretär mit Recht die precäre Lage geschildert, die durch Rückversicherungsverträge entstehen könnte. Für Oesterreich-Ungarn ist die Balkanhalbinsel die Wetterecke; dort können Zettelungen entstehen von russischer Seite, die nicht zum Angriffskriege von Seiten Rußlands oder eines anderen Landes auf Oesterreich-Ungarn Veranlassung geben, aber die doch Oesterreich-Ungarn in eine Lage bringen, die thatsächlich einem Angriff gleicht, und die es zwingt, formell seinerseits zum Angriff zu schreiten, um sich dieser gefährlichen Lage zu entziehen. Unsere Interessen auf der Balkanhalbinsel sind keineswegs identisch mit den Interessen Oesterreich-Ungarns; das hat Herr Fürst Bismarck hier oft in überzeugender Weise dargelegt. Aber, meine Herren, wir haben doch das Interesse auf der Balkanhalbinsel, wenn Conflicte entstehen, eine freie Hand zu behalten, und diese freie Hand ist gefesselt worden, nach dem, was man hört, durch den deutsch-russischen Assecuranzvertrag. Und da würde in der That eine sehr schwierige Lage entstanden sein, wenn nun die Frage des Angriffskrieges in einem praktischen Falle erörtert worden wäre, und wir in der Unmöglichkeit gewesen wären, die Politik der freien Hand nach unseren eigenen Interessen, wie der Herr Staatssecretär ganz richtig hervorgehoben hat, zu bethätigen, anstatt daß wir durch einen Vertrag dabei gefesselt waren.

Meine Herren, mit Recht hat der Herr Staatssecretär hervorgehoben, daß große Gefahren gerade für die Bewahrung des Friedens entstehen können durch die Verpflichtung einer solchen unbedingten Geheimhaltung. Was wäre geschehen, wenn dieser Verrath erfolgt wäre zu einer Zeit, wo der deutsch-russische Assecuranzvertrag noch in Kraft stand? Dann hätte

in der That diese Veröffentlichung wie eine Sprengpatrone wirken können auf das Verhältniß zu dem Dreibund. Und, meine Herren, noch eins: durch die Verpflichtung zur unbedingten Geheimhaltung hat sich Deutschland in gewissem Sinne in die Hand des Zaren gegeben. Gewiß, auch er war verpflichtet zur Geheimhaltung; aber wenn ein Kriegsfall entstanden wäre, der alle Verträge, alle Verpflichtungen aufhebt, so hätte der Zar, indem er in ähnlicher Weise diesen Vertrag publicirte, wie einst Fürst Bismarck die Schriftstücke Benedettis publicirt hat, damit das Dreibundsverhältniß in einem Augenblick erschüttern können, wo es gerade darauf ankam, daß es seine praktische Bedeutung bewährte. (Sehr richtig! links.)

Meine Herren, der Herr Staatssecretär hat mit Recht das Urtheil über unser Verhältniß zu Rußland abhängig gemacht von der Entscheidung, wie sich die frühere und wie sich die jetzige Politik Rußland gegenüber, also vor 1890 und nach 1890, bewährt. Ich halte es für richtig, in diesem Augenblick einen Blick zu werfen auf unser Verhältniß zu Rußland vor 1890. Im Jahre 1884, als der Vertrag geschlossen wurde, sind unter Autorität der Königlichen Seehandlung die russischen Anleihen in Berlin und in Deutschland begeben worden. Das war ein Fehler. Aber ein noch größerer Fehler war es, daß dann 1887 das Verbot der Lombardirung bei der Reichsbank erfolgte, was geradezu reizend, kränkend auf die Beziehungen zu Rußland wirken mußte. Die Massenausweisungen russischer Arbeiter in den 80er Jahren während des Bestehens jenes Vertrags standen wahrlich nicht im Einklang mit einer wohlwollenden Neutralität zu Rußland auch nur in Friedenszeiten. Geantwortet hat man mit der Verfolgung des Deutschthums in Rußland, mit der Einschränkung des Erwerbs von Besitzthümern seitens der Ausländer. Wir haben die Zölle gerade auf Ausfuhrartikel erhöht, an denen Rußland ein besonderes Interesse hatte; Rußland hat geantwortet mit fortgesetzten Erhöhungen seiner Zölle zur Einschränkung unseres Absatzes nach Rußland. Die Beziehungen, selbst die Kaiserbegegnungen in jener Zeit, hatten eine so frostige Natur, wie sie frostiger gar nicht gedacht werden konnten. Handel und Wandel litt unter dieser Unsicherheit. Auch der Boulangismus hat gerade in jener gerühmten Zeit — das hat der Herr Staatssecretär mit Recht hervorgehoben — sich besonders auch im Westen bemerkbar gemacht. Handel und Wandel, der ganze Verkehr litt darunter. Das ganze Verhältniß zu Rußland, man kann es nicht besser kennzeichnen als mit den Worten, deren Fürst Bismarck sich einmal hier bedient hat, als er am 11. Januar 1887 das Verhältniß von Großmächten zu einander hier besprach. Er sagte:

> Die Politik zweier Großmächte kann man vergleichen mit der Lage zweier Reisenden, die einander nicht kennen, in einem wüsten Walde, von denen keiner dem anderen vollständig traut. Wenn der Eine die Hand in die Tasche steckt, dann spannt der Andere seinen Revolver, und wenn der Erstere den knacken hört, feuert er schon.

Das Gefühl der Unsicherheit in dem Verhältniß zu Rußland hat gerade in jenen Jahren alle Kreise beherrscht. Herr Fürst Bismarck beruft sich auf das besondere Vertrauen, welches der Zar Alexander ihm gegenüber gehabt hat. Nun, die Geschichte bestätigt das durchaus nicht. Fürst Bismarck hat einen Verdacht des Zaren, daß er die dem Zaren untergeschobenen Depeschen und Noten in den bulgarischen Händeln geschrieben, Depeschen, die eine andere Haltung des Kanzlers andeuteten, als er officiell vertrat, erst persönlich hier in Berlin entkräftet und gegenüber diesen Depeschen den Nachweis führen müssen, daß sie gefälscht waren. Vielleicht hat der Zar, weil er auf der einen Seite den Dreibundsvertrag kannte und auf der anderen Seite das Rückversicherungsverhältniß des deutsch-russischen Assecuranzvertrags kannte, nun gemuthmaßt, daß ein solcher Anhänger der Rückversicherung auch noch die vierte Rückversicherung abgeschlossen hat, und daraus ist gerade das besondere Mißtrauen des Zaren entstanden, welches nur durch den Nachweis jener Fälschungen beseitigt wurde.

Meine Herren, was nun die Zeit nach 1890 betrifft, so haben wir ja die ganz bestimmte Versicherung von Seiten des Herrn Staatssecretärs erhalten, daß irgend welche englischen Einflüsse nicht maßgebend gewesen sind, die Erneuerung zu verhindern. Ich komme auf diese Behauptung englischer Einflüsse gleich noch etwas näher zurück. Ich meine, es hätte schon ganz nahe die Erklärung gelegen: zu dem Fürsten Bismarck als dem sogenannten „ehrlichen Makler" hatte Rußland seit den Verhandlungen des Berliner Vertrages ein solch besonderes Mißtrauen, daß darin vielleicht die Erklärung liegt, warum Fürst Bismarck dieses in seine Person gerade gesetzte Mißtrauen glaubte durch einen Assecuranzvertrag aufheben zu müssen. Nachdem dann aber mit dem Wechsel des leitenden Staatsmanns auch der Grund für das besondere Mißtrauen in Fortfall gekommen war, welches Zar Alexander zum deutschen Reichskanzler haben mußte, so mag schon aus diesem Grunde in Folge des Wechsels der leitenden Person jeder Grund fortgefallen sein, ein solches Vertragsverhältniß zu erneuern. (Sehr richtig! links, Lachen rechts.)

Was nun weiter die Verhältnisse nach 1890 anbetrifft, so kann allerdings der Herr Staatssecretär mit einer gewissen Genugthuung darauf hinweisen, wie sehr in allem, was vor der Oeffentlichkeit klar liegt, die Verhältnisse mit Rußland sich gebessert haben. An Stelle jener fortgesetzten gegenseitigen Abschließungen der Grenzen ist der russische Handelsvertrag getreten. Die Herren von der Rechten haben heute ihre besondere Genugthuung ausgesprochen in Bezug auf freundliche Beziehungen zu Rußland. Ihr Verdienst ist es nicht, daß der Handelsvertrag zu Stande gekommen (sehr gut! links), niemand aber wird leugnen, daß ein Vertrag wie dieser — man mag wirthschaftlich denken, wie man will — auch seine hohe politische Bedeutung hat. Keinem Reichskanzler vorher ist es gelungen einen solchen Vertrag zu Stande zu bringen. Fürst Bismarck hat

es oft genug hier vor uns als das Ziel seiner Politik bezeichnet, einen Tarifvertrag mit Rußland abzuschließen; ihm ist es nicht gelungen, was sein Nachfolger, dem angeblich der Draht mit Rußland abgeschnitten war, zu Stande gebracht. (Sehr richtig! links.)

Man hat dann von unserer Seite jene unglückliche Ausweisungspolitik gegen die russischen Arbeiter aufgehoben; man hat unter gewissen Bedingungen die Arbeiter wieder zugelassen; es sind überhaupt die Maßnahmen rückgängig gemacht worden aus jener Vorzeit; es ist die Lombardirung der russischen Werthe wieder zugelassen. Meine Herren, wenn Sie sagen: der Draht ist abgerissen, — ich habe eher den Eindruck: wir sind in mancher Beziehung in der letzten Zeit zu freundlich gegenüber Rußland gewesen. (Sehr richtig! rechts. — Heiterkeit links.) Mir ist es zweifelhaft, ob unser Anschluß an die Intervention von Rußland und Frankreich bei dem Friedensschluß zwischen Japan und China vollständig gedeckt wird durch eine solche Solidarität deutscher und russischer Interessen in Ostasien, wie sie die Voraussetzung einer solchen Cooperation sein müßte.

Nun, meine Herren, die zweite Frage, die uns hier beschäftigen muß, ist die: welcher Grund lag vor für den Fürsten Bismarck, diesen Vertrag zu veröffentlichen, dies Staatsgeheimniß zu verrathen, wie es der Fall gewesen ist? Der Fürst Bismarck hat offenbar selbst den Eindruck gehabt, daß alles, was seine Presse in seinem Auftrage darüber bisher veröffentlicht hat, in keiner Weise ausreicht, um diese Veröffentlichung zu rechtfertigen. Was sagt er also dazu? Er rühmt sich, wie folgt:

> Durch den Besuch des Zaren in Paris war die französische Nervosität auf das höchste gestiegen. Frankreich glaubte der russischen Unterstützung auf jeden Fall sicher zu sein. So war die stets actuelle Gefahr einer Herausforderung und damit eines Krieges vorhanden.

Er schildert dann, daß die Mittheilung, daß Rußland mit uns selber ein Separatabkommen gehabt, hätte abkühlend wirken müssen als eine Verstärkung der Friedensgarantie; auch Rußland hätte sich seiner wahren Traditionen erinnern müssen, nachdem die „Hamburger Nachrichten" von dem Neutralitätsvertrag gesprochen hatten. Meine Herren, ich möchte doch bezweifeln, ob die Verlautbarung, daß ein früher bestandenes Verhältniß vor 6 Jahren formell aufgehoben ist, irgend geeignet ist, abkühlend auf Liebeswerbungen in der Gegenwart zu wirken. (Sehr richtig! links.)

Dann ist ja nach den Andeutungen des Herrn Staatssecretärs gar nicht ausgeschlossen, daß auch in jener Zeit schon oder gegenwärtig nach der Rückversicherungstheorie noch ein anderweitiges Abkommen zwischen Rußland und Frankreich besteht. Meine Herren, die Franzosen wissen sehr gut, woran sie mit den Russen sind, und woran sie mit den Russen nicht sind, und sie werden eine Belehrung darüber aus den „Hamburger Nachrichten" gar nicht bedürfen.

Und hat denn in der That diese Verlautbarung in Frankreich eine solche Wirkung hervorgebracht? Sie ist gerade in der französischen Presse durchaus spurlos verschwunden. Und nun gar die Erinnerung an Rußland, sich seiner wahren Traditionen bewußt zu werden. Ich muß sagen: nachdem Fürst Bismarck sich Rußland gegenüber zur absoluten Geheimhaltung verpflichtet hat, ist der Bruch eines solchen Geheimnisses Rußland gegenüber eine etwas unfreundliche Art, sich in Erinnerung zu bringen. (Heiterkeit links.) Und in der That ist in keiner Presse der Welt die gegenwärtige Handlungsweise des Fürsten so abfällig beurtheilt worden wie gerade in der russischen Presse.

Weiterhin werden dann nun angedeutet die englischen Beziehungen. Es heißt da:

> London habe verstärkte Werbungen an Deutschland gelangen lassen, gegenwärtig nach den Eindrücken von Breslau und den französischen Festen sei eine gewisse Depression entstanden, und man habe sogar Anhaltspunkte für die Vermuthung, daß man sich den englischen Werbungen hingebe.

Ja, meine Herren, da muß ich doch sagen: was weiß denn der Herr Fürst Bismarck weiter davon? Solche allgemeine Verdächtigungen, denen keine thatsächlichen Erhärtungen zugefügt werden, nach denen man sie auf ihre Wahrheit controliren kann, sind die allerschlimmsten Verdächtigungen, die überhaupt möglich sind. (Sehr richtig! links.) Und wenn Sie dann das, was seine Presse bringt, vergleichen mit seinen Aeußerungen, die er selbst dem Interviewer gegenüber gethan hat über englische Einflüsse, über die Art, wie höfische Einwirkungen den Grafen Caprivi seine Verantwortlichkeit als Reichskanzler vermissen lassen, über die Art, wie auf diese Weise sachliche Interessen des Reichs preisgegeben werden persönlichen Strömungen und Eindrücken, da muß ich doch sagen: es erscheint die Regierung und erscheinen die sie leitenden Personen des deutschen Reichs dabei in einem so ungünstigen Licht, wie es ungünstiger gar nicht gedacht werden kann. Da fordere ich den Herrn Grafen Bismarck, der hier unter uns sitzt, auf, ob er zur Vertheidigung seines Vaters in Bezug auf die Verdächtigungen der leitenden Factoren in unserem Staat etwas beibringen kann, oder ob er sie ebenso haltlos lassen will, wie sie hier in der Presse und von dem Fürsten Bismarck selber hingestellt sind. (Unruhe rechts. Zustimmung links.) Wenn er dazu im Stande ist, so ist er verpflichtet, es nicht blos bei Verdächtigungen bewenden zu lassen, sondern wenigstens den Versuch zu machen, ob er sie erhärten kann. (Bravo! links. Ach! ach! rechts.) Meine Herren, was weiß denn der Herr Fürst Bismarck? Er befindet sich seit 6 Jahren außerhalb des Amts, er lebt fern von den politischen Kreisen. Es mag ja sein, daß mancher alte Freund ihm dies oder jenes mehr oder weniger Beglaubigte zuträgt; aber kann man auf solchen Klatsch hin einen solchen Angriff gegen die Regierung

und höher hinauf richten in der Oeffentlichkeit? (Unruhe rechts. Sehr gut! links.) Ist das gerechtfertigt? Ja, meine Herren, Sie stellen unsere Regierung hin, Sie stellen die Krone hin als eine Marionette, die von englischen Einflüssen beherrscht wird. (Lebhafte Unruhe und Widerspruch rechts. Zustimmung links.) Das ist die Darstellung. Ich gehöre nicht zu den Freunden der Regierung, ich habe keine Veranlassung, sie zu vertheidigen; aber ich halte es für angezeigt, darauf hinzuweisen, wie schwer der Angriff ist, namentlich auch dem Auslande gegenüber. (Sehr wahr! links.)

Meine Herren, Fürst Bismarck hat uns gegenüber früher immer hervorgehoben, wie zurückhaltend man als Privatmann sein müsse, der nicht die ganze Sachlage übersieht, in Aeußerungen über die auswärtige Politik. (Sehr richtig! rechts.) Er war schon unwirsch, wenn auch nur eine bloße Anfrage in einer auswärtigen Angelegenheit ohne seine Zustimmung gerichtet wurde; er verglich es mit einer Schneeflocke, die eine Lawine in Bewegung setzen könnte — und hier thut derselbe Mann, der auch außerhalb des Amtes jetzt steht, auch nur ein Privatmann ist, auch nicht im Stande ist, die ganze Sachlage der auswärtigen Politik zu übersehen, das gerade Gegentheil von dem, was er selbst immer als das Richtige bezeichnet hat.

Wir können nur urtheilen nach dem, was wir sehen; und nach dem, was wir sehen, sind seine Anklagen durchaus unberechtigt. Er spricht von einer Depression, die nach den Breslauer Kaisertagen eingetreten sei. Meine Herren, ich bin umgekehrter Meinung, ich kann den Optimismus nicht theilen, der sich dabei geltend gemacht hat. Ich halte es nicht für richtig — wie man wohl gesagt hat —, daß der Kaiser von Rußland seine Truppen nur zum Schutz der Cultur unterhält, daß er seine große Macht nur unterhält zum Schutz der heiligsten Güter des europäischen Welttheils. Aber wenn ich auch diesen Optimismus nicht für gerechtfertigt halte, so bin ich doch weit entfernt davon, anzunehmen, daß eine Depression eingetreten sei in Folge jener Begegnung, und daß diese Depression zu einer ungerechtfertigten Annäherung an England führen könnte. Sind denn unsere Beziehungen zu England gegenwärtig so außerordentlich zufriedenstellend? Ich wünschte, sie wären besser. Ich meine, die überseeischen Verhältnisse, bei denen wir hie und da in Conflict kommen können, sind in verschwindender Bedeutung gegenüber den großen europäischen Fragen, bei denen wir mit England durchaus identische Interessen haben, und es giebt keine europäischen Fragen, in denen unsere Interessen von denen Englands abweichen. Wenn also auf solche vagen Vermuthungen, die gar nicht zu erhärten sind, solche Enthüllungen Platz gegriffen haben, die die öffentliche Meinung überall erregen, dann kann ich es nur vergleichen mit einem Mann, der eine 24-Centimeter-Kanone ins Dunkle hinein abfeuert, ohne sich bewußt zu sein, wohin das schwere Geschütz trifft. Und wenn dabei die Detonation stärker gewesen ist als die Wirkung,

so ist das wahrlich nicht das Verdienst des Schützen, der sie abgefeuert hat. (Sehr gut! links.)

Wenn auch sachlich diese Veröffentlichung zu rechtfertigen wäre, so bleibt sie darum doch vom sittlichen Standpunkt immer ein grober Vertrauensbruch (Zustimmung links); und das muß hier gerade herausgesagt werden, weil bisher im deutschen Beamtenthum solche Vertrauensbrüche nicht vorgekommen sind. Es hat gar keinen Zweck, hier juridisch erörtern zu wollen, ob ein Zuwiderhandeln gegen einen bestimmten Paragraphen des Strafgesetzbuchs vorliegt. Nein, darin ist die öffentliche Meinung übereinstimmend, daß mit Rücksicht auf die Vergangenheit des Fürsten Bismarck, mit Rücksicht auf sein Alter Gnade vor Recht ergehen muß (große Unruhe rechts und bei den Nationalliberalen), noch bevor der gerichtliche Thatbestand eines Vergehens festgestellt ist.

Die Presse des Herrn Fürsten Bismarck hat es zuletzt gar nicht mehr anders zu entschuldigen gewußt, als daß sie es darstellte als einen Act der Selbsthilfe, zu dem Fürst Bismarck habe schreiten müssen wegen der Angriffe, denen seine Politik ausgesetzt gewesen ist in der Presse zur Zeit der letzten Kaiserzusammenkünfte, insbesondere von den officiösen Demokraten — officiöse Demokraten sind nämlich dieselben Organe, die ihm selbst Jahre hindurch treu gedient haben. Meine Herren, ich habe nicht wahrgenommen, daß die Presse in dieser Zeit irgendwie die frühere Politik des Fürsten Bismarck zum Gegenstand von Angriffen gemacht hat; im Gegentheil, die Presse hat sich monatelang, ja jahrelang mit dem Fürsten Bismarck weniger als je befaßt. (Zuruf.) Und was die freisinnige Presse anbetrifft, wenn Sie glauben, wir hätten ein Kritikbedürfniß, ein Oppositionsbedürfniß — die gegenwärtige Regierung ist im Stande, das ganz allein zu decken. Sogar für die Zukunft hinaus versorgt sie ausreichend unseren etwaigen Bedarf. Wir haben gar kein Interesse daran, gegenüber den Schwierigkeiten, die uns die gegenwärtige Regierung bereitet, auch noch in die Vergangenheit zurückzugreifen in der Abrechnung mit dem früheren Regiment, die doch nur ein mehr oder weniger historisches Interesse heute haben kann. Nein, die Presse würde sich Jahre hindurch mit dem Fürsten Bismarck gar nicht beschäftigen als mit gelegentlichen Berichten über sein persönliches Befinden oder mit der Registrirung von Huldigungstelegrammen nationalliberaler Vereine, wenn nicht Fürst Bismarck selbst ab und zu das Bedürfniß empfände — gewöhnlich tritt es im November hervor —, aus seiner alten Raketenkiste heraus einen Brander loszuschießen, bei dem dann allerdings alle diejenigen, die ihn für feuergefährlich halten, herbeieilen, ihn zu löschen, soweit dies nothwendig ist. (Heiterkeit.)

Meine Herren, glauben Sie doch überhaupt nicht, daß unsere Partei irgendwo dem Fürsten Bismarck gram zu sein Ursache hat wegen dieser Enthüllungen und wegen seines gegenwärtigen Verhaltens! Im Gegen-

theil! Hier treten ja die staatsgefährlichen Consequenzen desselben Hausmeierthums hervor, die wir in ihren ersten Ansätzen bekämpft haben; er zeigt sich hier drastisch für jeden Unbefangenen, wie wir ihn unsererseits stets richtig charakterisirt haben, und für jeden Unbefangenen ist sein jetziges Verhalten ein Zeugniß dafür, daß wir ihn stets nicht ganz unrecht beurtheilt, als wir ihm Vorbehalte machten und als wir es ablehnten, unserer Selbständigkeit uns zu begeben gegenüber seiner Politik.

Menschlich ist das Verhalten des Fürsten Bismarck mir ganz klar: Fürst Bismarck hat sich wegen seiner 28jährigen Regierung über Deutschland derart in die Vorstellung eingelebt, daß er bis zu seinem Lebensende berufen sei, diese Regierung zu führen, er hat seine Person derart identificirt mit dem Deutschen Reich, daß er es als eine ungerechtfertigte Depossedirung angesehen hat, überhaupt verabschiedet zu werden, er betrachtet jede nachfolgende Regierung als eine Fremdherrschaft (Heiterkeit), er betrachtet jeden nachkommenden Reichskanzler, und wenn er so wohlwollend und so rücksichtsvoll gegen ihn ist wie der Herr Fürst Hohenlohe, jeden nachfolgenden Staatssecretär als einen Eindringling in ein Familienbesitzthum. (Sehr gut! und große Heiterkeit links.) Von diesem Standpunkt aus hält er sich berechtigt, rücksichtslos jedem Nachfolger in die Flanke zu fallen, wie er es nicht schlimmer thun konnte in der Regierung gegenüber einer auswärtigen gegnerischen Macht.

Meine Herren, wir sind aber unbefangen genug, durchaus mildernde Umstände dem Fürsten Bismarck zuzubilligen. Fürst Bismarck hätte niemals so werden können nach seiner großveranlagten Natur, wenn er seiner Genialität entsprechend immer Anhänger gefunden hätte; aber das ist das Unglück auch dieses großen Staatsmanns gewesen, daß er statt dessen vielfach eine blinde Gefolgschaft fand, die sich erging in einem Cultus der Anbetung, in einer Beweihräucherung, die schon manchen großen Staatsmann in die Irre geleitet hat, die ihn das Maß hat verkennen lassen, was jedem menschlichen Wissen und Können, auch dem des größten Mannes, gesetzt ist, das ihn schließlich dazu geführt hat, sich der Selbstkritik zu entäußern; und so ist er auf diesen Irrweg einzig und allein gekommen. (Sehr gut! links.)

Und sehen Sie denn jetzt nicht: giebt es nicht draußen im Lande jetzt noch Conventikel, die jetzt noch weiter nichts zu sagen wissen, als: was Fürst Bismarck thut, ist wohlgethan —, die zwar die Absichten bei dieser Veröffentlichung nicht kennen, wie sie selbst zugeben, aber sie gleichwohl billigen, ja die ihn auch jetzt noch für so unfehlbar in der auswärtigen Politik halten, wo sie doch zugeben müssen, daß er das Terrain zu übersehen gar nicht mehr im Stande ist?

Meine Herren, ich bin weit entfernt, die heutige Haltung hier im Reichstage zu vergleichen mit der in denjenigen Kreisen, von denen ich eben sprach, aus dem Lande; im Gegentheil, ich erkenne durchaus die

Zurückhaltung an, die die drei Fractionen in ihren officiellen Erklärungen sich vorher auferlegt haben. Ich verstehe das sehr wohl: sie wollen sich nicht in Widerspruch mit ihrer Vergangenheit setzen, und sie sind doch, im Grunde ihres Herzens genommen, außer Stande, den Fürsten Bismarck in der Gegenwart zu vertheidigen. (Große Unruhe und Zurufe.) — Nein, nur deshalb ziehen Sie sich mit solchen Erklärungen hinter die Front des Gefechts zurück; Sie wünschen, es wäre Abend und es wäre alles schon vorbei. (Große Heiterkeit.) Vielleicht, daß noch einige Nachspiele erfolgen, einige Freischärler, Franktireurs außerhalb der officiellen Linie der Partei auftreten. Sie werden sich dann allerdings scharen müssen um die Partei der Antisemiten, die, soviel ich sehe, geschlossen ebenso huldigend wie früher auch in diesem Fall für ihn eintritt. Wenn irgend etwas geeignet ist, den Fürsten Bismarck noch zur Einkehr zu veranlassen, so müßte es die Wahrnehmung sein, daß die Jubelhymnen in diesem Reichstag zurückgekommen sind auf jene kleine Zahl von Parteileuten. (Widerspruch rechts und bei den Nationalliberalen.) — Ja, meine Herren, die unarticulirten Laute beweisen nichts. (Heiterkeit.) Bitte, reden Sie von Partei wegen officiell; aber unarticulirte Laute sind auch für die Regierung nicht controlirbar. (Heiterkeit.)

Meine Herren, gestatten Sie mir, mit einem Appell an den Fürsten Bismarck zu schließen. Wir sind niemals seine Feinde gewesen. (Lebhafter Widerspruch rechts.) — Nein, wir sind vielfach seine Gegner gewesen, wir sind immer als Gegner offen und ehrlich gegen ihn gewesen; er hat immer gewußt, woran er mit uns war, und darum sage ich ihm auch offen ein Wort. Jedermann findet es natürlich, daß ein Mann, der so lange Jahre an der Spitze der Geschäfte gewesen, auch am Abend seines Lebens sich noch an den öffentlichen Dingen, die Deutschland bewegen, betheiligt. Aber er möge diese Betheiligung in der Oeffentlichkeit so rücksichtslos, wie es seiner Natur entspricht, bethätigen in anderen Fragen, möge sie bethätigen in der Opposition gegen die Handelsverträge, für die Doppelwährung, kurzum, er möge das ganze Ressort des Bundes der Landwirthe, für den er so entschieden eingetreten war, vertreten, aber möge sich auf diejenige Linie dabei zurückziehen, wo ihn auch sein Herr Sohn hier wirkungsvoll vertheidigen kann, aber er möge doch dasjenige, was er uns immer empfohlen hat, auch für sich selbst beherzigen: er möge in auswärtigen Angelegenheiten diejenige Zurückhaltung künftig beobachten, die wir zu beobachten stets für unsere patriotische Pflicht halten. (Lebhaftes Bravo! links.)

Abgeordneter Graf v. Mirbach:

Meine Herren, ich werde mich zunächst aphoristisch gegen den Herrn Abgeordneten Richter wenden, und zwar glaube ich, gut zu thun, wenn ich mit dem Schluß seiner Rede beginne.

Der Herr Abgeordnete Richter sagte, nur eine kleine Gruppe, eine kleine Partei stände hinter dem Fürsten Bismarck. Er ist gewiß in erster Reihe berechtigt, das auszusprechen als Führer einer Partei, die bei den ersten Hauptwahlen zu diesem Reichstag als Null aus der Wahlurne hervorging. (Sehr gut!) Dieser Ausspruch eines so großen Parteiführers ist besonders werthvoll. (Heiterkeit rechts.)

Nun weiter: er behauptete, niemand in Deutschland wäre im Stande, aus seinem Herzen heraus den Fürsten Bismarck zu vertheidigen. Dazu erkläre ich, und zwar in voller Uebereinstimmung mit meinen sämmtlichen Parteigenossen, daß wir dem großen Staatsmann von Herzen dankbar sind und unentwegt dankbar waren bis auf den heutigen Tag. (Bravo!) Meine Herren, der Fürst Bismarck ist auch nur ein Mensch, wie jeder andere, er hat auch Fehler, auch Schwächen (Heiterkeit links); aber ich meine, die Lichtseiten seines Geistes, seine Errungenschaften für das Deutsche Reich sind doch so überwiegend gegenüber Fehlern, die er natürlich auch hat, daß, glaube ich, jeder wirklich deutsche Mann ihm zum tiefsten, nachhaltigsten Danke verpflichtet ist. (Bravo! rechts.)

Ich möchte hierzu nur eins bemerken. Der Herr Abgeordnete Richter hat — es ist das freilich schon lange her — in Anwesenheit des Fürsten Bismarck hier im Reichstag — in der Leipziger Straße — ihn als „den größten Staatsmann dieses Jahrhunderts" bezeichnet. (Hört! hört! rechts.) Nun, glaube ich, war das dem Fürsten v. Bismarck ebenso gleichgiltig wie die Angriffe, die heute aus seinem Munde geflossen sind. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, ob die freundschaftliche Aufforderung des Herrn Abgeordneten Richter an den Herrn Grafen v. Bismarck den Effect haben wird, daß derselbe das Wort ergreift, weiß ich nicht. Ich glaube kaum, daß die Worte des Herrn Abgeordneten Richter so in die Wagschale fallen, daß gerade sie zu dieser Entscheidung führen könnten. Ich würde wenigstens nach dem Gefühl, was ich dabei hatte, an seiner Stelle mich nicht veranlaßt sehen, dieserhalb das Wort zu ergreifen. (Aha! links.) Es hat aber der Herr Graf v. Bismarck mir soeben folgendes erklärt: er wisse nichts von dem Interview, es sei ihm unbekannt, und er halte es in dieser Form für apokryph. (Hört! hört!) Also auf ein solches Schriftstück, was vollkommen werthlos ist, basirt der Herr Abgeordnete Richter so weitgehende und meines Erachtens so unmotivirte Angriffe. (Sehr richtig! rechts. Heiterkeit links.)

Ich gehe nun auf einige Fragen der Politik ein.

Wenn Rußland nach den Verhandlungen in Berlin, die dem türkisch-russischen Kriege folgten, ein Mißtrauen gegen den Fürsten v. Bismarck empfand, so war dasselbe ein absolut unbegründetes. Ich meine, das ist aus den Blättern der Geschichte vollkommen klar; man muß Panslawist sein oder ein Mann von der Auffassung des Herrn Abgeordneten Richter,

um ein begründetes Mißtrauen russischerseits zu deduciren aus der Stellungnahme des Fürsten v. Bismarck in diesen Verhandlungen in Berlin. Deutschland war die einzige Macht, die in der schwierigen Position, in der damals Rußland sich befand, treu dem russischen Reich zur Seite stand. Das ist, glaube ich, anerkannt worden von allen Staatsmännern in Rußland, — nicht so überall im russischen Volke, weil da allerdings Legenden verbreitet werden in dem Sinne, wie wir sie soeben hier gehört haben.

Nun ist von Herrn Richter auch die Frage der Handelsverträge gestreift worden, und da gebe ich dem Herrn Abgeordneten Richter vollkommen zu: da sind wir viel zu freundlich gegen Rußland gewesen; darin hat er vollkommen Recht. (Sehr richtig! rechts.) Handelsverträge, wirthschaftliche Verträge sollen nicht basirt sein auf politischen Gesichtspunkten, sondern ganz unabhängig von denselben. (Sehr richtig! rechts.) Einer der größten Fehler der Wirthschaftspolitik des Herrn v. Caprivi war, daß er politische Gesichtspunkte subsumirt hat unter Erwägungen auf ganz heterogenen wirthschaftlichen Gebieten. (Sehr richtig! rechts.) Nein, meine Herren, wir mußten frei und unabhängig von allen politischen Gesichtspunkten Handelsverträge abschließen, dann kamen wir zu sehr viel günstigeren Resultaten, als wir sie bedauerlicherweise erzielt haben. (Sehr wahr! rechts.)

Es ist ferner nicht richtig, was der Herr Abgeordnete Richter behauptet, daß in der russischen Presse, mindestens nicht in dem überwiegenden nationalen Theile derselben, diese Kundgebungen der „Hamburger Nachrichten" besonders scharf kritisirt werden. Sie finden das allerdings in derjenigen russischen Presse, die ihre Information bezieht aus der deutsch-national-freisinnigen Presse. Da allerdings lesen Sie die schärfste Discreditirung dieser Kundgebungen der „Hamburger Nachrichten" (sehr richtig! rechts); das ist doch etwas ganz anderes. (Hört! hört! rechts.)

Ich will nun mit dem Herrn Abgeordneten Richter schließen und nur noch eins streifen. Er spricht von den naturgemäßen Beziehungen zu Oesterreich, von der Grenze, die uns mit diesem Staat auf einer erheblichen Strecke eine gemeinsame sei, von den alten, guten Beziehungen zu Oesterreich. Ja, meine Herren, so sehr lange ist es noch nicht her, wo diese Dinge doch anders lagen. Es ist ja erfreulich, daß die Entwickelung den Gang genommen hat, den wir heute vor uns sehen; aber vor 30, 31 Jahren waren diese Beziehungen doch nicht so unbedingt freundschaftliche. Ich habe das praktisch mit durchgemacht. Was die Grenznachbarschaft anlangt, so ist unsere Grenze mit Rußland doch wohl viel länger. Aber ich will keine Parallele ziehen zwischen den Beziehungen von Deutschland einerseits zu Rußland und Oesterreich andererseits, — das würde mir nicht wohl anstehen; ich bin kein Diplomat, und es fehlen mir demnach die Kenntnisse, um dies vollkommen richtig beurtheilen zu können. Der Herr Abgeordnete Richter gebietet ja natürlich in vollem Umfang darüber. (Heiterkeit.)

Endlich hat der Herr Abgeordnete Richter, indem er die Verdienste des Fürsten Bismarck, die ja den seinen gegenüber geringfügig sind, herabzusetzen sich bemüht, verschwiegen, in welch' schwieriger Situation Fürst Bismarck seiner Zeit Rußland gegenüber stand. Die Wogen der panslawistischen Bewegung — und unsere Erfolge Frankreich gegenüber gaben den ersten Anstoß zu der Bewegung — die Wogen dieser Bewegung gingen damals besonders hoch; es gehörte die ganze Geschicklichkeit eines Staatsmannes wie die des Fürsten Bismarck dazu, um gerade in dieser Situation die Beziehungen zu Rußland so aufrecht zu erhalten, wie wir alle es gewünscht haben.

Nun, meine Herren, noch einige allgemeine Bemerkungen.

Ich wende mich zunächst gegen den Herrn Staatssecretär Freiherrn v. Marschall; ich bin ihm dankbar dafür, daß er die Verdienste des großen Staatsmannes in der Weise anerkannt hat, wie das seinerseits geschehen ist. Auf der rechten Seite des Hauses wird das ganz besonders dankbar anerkannt.

Es besteht eine kleine Dissonanz zwischen dem Herrn Staatssecretär des Auswärtigen und mir, aber vielleicht nur eine scheinbare! Der Herr Staatssecretär erklärt sich gegen Rückversicherungsverträge im allgemeinen. Er sagt: je mehr Verträge, desto mehr schwindet der Werth des einzelnen. Das ist ja, rein äußerlich betrachtet, vielleicht richtig; aber ich glaube, er hat thatsächlich doch nicht recht; ich glaube, mein verehrter Freund, Freiherr v. Manteuffel, hat die Frage bereits gestreift, — es gehört allerdings eine sehr geschickte und erprobte Hand dazu, um so verschiedene Transactionen richtig functioniren zu lassen; und da ich von ihm, dem Freiherrn v. Marschall, eine sehr hohe Meinung als Diplomaten habe und als begabtem Staatsmann, so möchte ich gerade aus dieser meiner Ueberzeugung heraus ihm das System der Rückversicherungsverträge für die Zukunft auf das wärmste empfehlen. (Sehr gut! und Heiterkeit.)

Wenn nun die Herren Abgeordneten Lieber und Richter anderer Ansicht sind und sagen, dieses System ist falsch, dann steht auf der einen Seite das System Bismarck und auf der anderen Seite das System Lieber-Richter (lebhafter Widerspruch links und in der Mitte), und meine Herren, die Wahl wird mir nicht schwer, — ich habe aber darüber nicht zu entscheiden.

Meine Herren, ich will Sie nicht ermüden (Zuruf rechts) — ich bin sehr dankbar dafür, daß das nicht der Fall ist. Sie werden aber wohl noch eine ganze Anzahl von Rednern hören, und da beschränke ich mich auf das thunlichste Maß von Kürze.

In Bezug auf Punkt 3 der Interpellation haben wir ja ebenso wenig eine umfassende Belehrung erfahren können, wie betreffs der ersten Punkte, das liegt ja in der Natur der Sache; wohl aber hat — das ist ja nicht die Absicht der Interpellanten gewesen — dieses Gebiet eine sehr

schöne und bequeme Gelegenheit gegeben, den Fürsten Bismarck aufs schärfste und bitterste anzugreifen. Eine kleine Blumenlese haben wir ja hier schon erlebt; aber eine sehr viel reichere Blumenlese finden Sie in der Presse derjenigen Parteien, die durch den letzten Redner hier vertreten wurden.

Welche Gründe zu den Kundgebungen der „Hamburger Nachrichten" führten, — und ich nehme an, sie sind direct von der so scharf angegriffenen Stelle ausgegangen —, kann nur derjenige ermessen, der die Fäden der europäischen Politik selbst in seinen Händen gehabt hat, ihren Zusammenhang genau kennt und deshalb correct zu urtheilen im Stande ist. Wer die Ehre hat, den großen Staatsmann näher zu kennen — und ich kann mich dessen rühmen —, wird mit mir der Ansicht sein, daß nun und nimmermehr kleinliche, persönliche Motive ihn zu einem solchen Schritte hätten veranlassen können. (Sehr wahr!) Meine Herren, diese Möglichkeit muß ich aus meiner Kenntniß des großen Mannes heraus auf das entschiedenste bestreiten. (Bravo! rechts und links.)

Ich möchte nicht zu Recriminationen meine Zuflucht nehmen; das ist aber wohl zweifellos, daß die eigenartige Politik seines Nachfolgers, der in Wien dem Vertreter des deutschen Reichs den Umgang mit dem Begründer dieses Reichs verbot — daß diese eigenartige Politik den Fürsten Bismarck empfindlich, schmerzlich und nachhaltig verletzen mußte. (Sehr wahr! rechts.) Als Mensch könnte man mit ihm empfinden, daß er danach den Wunsch hätte, einmal bei passender Gelegenheit dem deutschen Volke die Gelegenheit zu bieten, eine recht scharfe Parallele zu ziehen zwischen seiner auswärtigen Politik und der seines Nachfolgers. Das aber, meine Herren, hat Fürst Bismarck nicht nöthig. Jene wunderliche Politik — ich bedaure mich da in einem kleinen Gegensatz zum Bundesrathstisch zu bewegen — hat eine recht scharfe Kritik fast im gesammten deutschen Volk erfahren. (Sehr richtig! rechts.) Ich meine, solche Motive stehen vollständig ex nexu der Möglichkeit, auch nur eine Anregung gegeben zu haben zu solchen Publicationen. Nein, Fürst Bismarck ist lediglich von dem Wunsch getragen worden, seinem deutschen Volk und Vaterlande damit einen großen Dienst zu leisten. (Bravo! rechts.)

Das ist die Genesis dieser Kundgebungen der „Hamburger Nachrichten". Wenn nun allerdings nicht angesehene, aber über einen großen Leserkreis verfügende Organe in Deutschland den Versuch machen, solchen Kundgebungen eine Spitze zu geben gegenüber einer hohen Stelle, die man nicht in den Rahmen einer parlamentarischen Discussion zieht — ich meine, wenn Blätter den Versuch machen, aus diesen Kundgebungen der „Hamburger Nachrichten" eine Spitze gegen diese Stelle herzuleiten, so muß ich denn doch sagen: das ist der Gipfel der Unverschämtheit und Niederträchtigkeit. (Bravo! rechts. Unruhe und Zurufe links.) Ich habe hierfür kein anderes Wort zur Verfügung. (Bravo! rechts.) Der ruhm-

reichste Theil der Geschichte des Fürsten Bismarck ist für mich der, welcher die sogenannte Conflictszeit umfaßt. Sie wissen, daß unser nationaler Linksliberalismus damals systematisch daran arbeitete, die Macht der Krone von Preußen zu untergraben, die Idee des monarchischen Staates zu discreditiren. (Sehr gut! rechts.) Dem Fürsten Bismarck unter Unterstützung des Kriegsministers Grafen v. Roon gelang es, unter Einsetzung seiner Person und seines Vermögens die Macht der Königskrone von Preußen und damit das Fundament des Deutschen Reichs — denn auf keiner andern Macht konnten Sie das deutsche Reich aufbauen als auf der des starken preußischen Königthums — sicherzustellen und die Lichtstrahlen der Königskrone von Preußen wieder hell leuchten zu lassen. Wenn dem Fürsten Bismarck nach Gottes Rathschluß nur beschieden gewesen wäre, dem deutschen Vaterlande diesen Dienst zu leisten, so war dieses Verdienst bedeutend genug, um ihm unsterblichen Ruhm zu sichern. Und einem Mann, der das errungen hat, will man suppeditiren, es richteten sich seine Kundgebungen gegen eine hohe Stelle, die ich vorhin klar bezeichnet habe! Dagegen erhebe ich an dieser Stelle Protest. Jemand, der so für die Krone Preußens gekämpft hat wie er, bleibt Royalist bis zu seiner letzten Stunde. (Bravo! rechts.) Es giebt allerdings Leute — natürlich nicht in diesem hohen Hause — die von dem Wunsch beseelt sind, bei dieser Gelegenheit sich ein Stückchen herostratischen Ruhms zu erwerben. Ich gönne ihnen den von Herzen. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abgeordneter Liebknecht:

Es ist hier von herostratischem Ruhm gesprochen worden. Ich glaube, es wäre wohlgethan gewesen, dieses Wort nicht auszusprechen; denn wenn es einen herostratischen Ruhm giebt, so ist er gerade auf der Seite des Mannes, der diese Enthüllungen gemacht hat. Das war das Werk eines Herostratos.

Dann ist gesagt worden, es sei der Gipfel der Unverschämtheit, [wenn behauptet werde[1])], daß die Enthüllungen nach jener Stelle, die hier nicht genannt werden darf, zielten. Ich sage, es ist einfach unmöglich, eine andere Auffassung zu haben, wenn man den Wortlaut gewisser Stellen nimmt; und der Ausdruck „der Gipfel der Unverschämtheit" hätte meiner Meinung nach ernstlich gerügt werden müssen.

Es freut mich sehr, daß diese Debatte aus dem engen Rahmen, in welchen man sie im Anfang einbannen wollte, herausgehoben worden ist. Ueber eine Interpellation zu reden, welche durch die Enthüllungen des Fürsten Bismarck veranlaßt worden ist, ohne den Fürsten Bismarck selbst zu nennen, das wäre ein Nonsens, hieße ja die Hauptsache vermeiden. Und es freut mich auch sehr, daß der Reichstag sich nicht den Mund hat

---

[1]) Ergänzung des Herausgebers.

verbinden lassen, daß er sich nicht so tief herabgewürdigt hat, in einer Angelegenheit zu schweigen oder sie blos mit Sammthandschuhen zu berühren, welche die ganze übrige Welt in Bewegung und Aufregung gebracht hat.

Wenn man nun von mir etwa glaubt, daß ich mich ganz besonders gegen die Person des Fürsten Bismarck ereifern werde, daß ich in sehr leidenschaftlichem Ton reden werde, so ist das ein großer Irrthum. Es giebt in Deutschland nur eine einzige Partei, die über diese Enthüllungen und dieses Herostratenthum nicht in Aufregung gekommen ist, und das ist gerade meine Partei. Der Fürst Bismarck, der diese Enthüllungen gemacht hat, ist derselbe Fürst Bismarck, der uns in den Krieg von 1864 verwickelt hat, der das „Pferd über den Graben springen ließ", um uns in den Bruderkrieg von 1866 zu stürzen; es ist derselbe, der die Emser Depesche derartig redigirte, daß aus der Chamade eine Fanfare wurde. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Kurz, es ist ein und dieselbe Politik, die sich in diesen Handlungen und in den jüngsten Enthüllungen geäußert hat. Ich sage, die Enthüllungen, von denen wir jetzt reden, sind der würdige Schluß eines langen Lebens, sie entsprechen der ganzen Vergangenheit des Fürsten Bismarck. Und wenn vorhin bemerkt worden ist, daß ein Theil der Herren da drüben verpflichtet wäre, den Verrath der Staatsgeheimnisse zu billigen, statt entrüstet zu sein, so ist das ganz richtig. Denn Sie haben durch Ihr Verhalten in früherer Zeit den Fürsten Bismarck dazu ermuntert, zu werden, was er geworden ist. Für uns ist Fürst Bismarck das Product der Verhältnisse. Unter anderen Verhältnissen — das habe ich schon früher hier ausgesprochen — wäre ein Fürst Bismarck nicht möglich gewesen. Wir haben in anderen Ländern gleiche Erscheinungen aus gleichen Ursachen: in Frankreich einen Napoleon, in Italien einen Crispi, wie in Deutschland einen Fürsten Bismarck. Das liegt in der Tendenz der Zeit, in der Entwickelung des Capitalismus, und wäre Fürst Bismarck nicht gekommen und hätte diese Rolle gespielt, so würde irgend ein anderer gekommen sein. Die wirthschaftliche Entwickelung Deutschlands bedingte die Einigung Deutschlands zu wirthschaftlichen Zwecken; die Einigung von unten war 1848 mißlungen: es gab also schließlich blos eine dynastische Einigung von oben, eine Einigung, die allerdings nicht das gesammte Deutschland umfassen konnte. Zu dieser dynastischen Einigung bot sich Preußen dar, hierzu bot sich Fürst Bismarck dar, und die deutsche Bourgeoisie, obgleich sie im Anfang den Fürsten Bismarck verkannte und anfeindete, hat ihm, sobald er sich offenbart, zugejubelt, hat in ihm ihren Götzen verehrt und hat noch weit schlimmere Praktiken als die, über welche heute so große Entrüstung in bürgerlichen Kreisen ist, seinerzeit in Dutzenden von Fällen bewundernd gutgeheißen. — Es ist von einem Redner behauptet worden, daß die Enthüllungen des Fürsten Bismarck eigentlich gar nichts enthüllt hätten, daß es sich überhaupt nicht um einen geheimen Vertrag gehandelt hätte. Das widerspricht nicht blos dem, was von den Vertretern der Regierung gesagt worden

ist, obgleich dies sehr verschleiert war, sondern einfach dem gesunden Menschenverstand. Ein solcher Vertrag konnte nicht veröffentlicht werden; dieser Vertrag war ein so schwerer Treubruch gegenüber Oesterreich (sehr richtig! bei den Socialdemokraten), daß die österreichische Regierung, wenn er ihr bekannt geworden wäre, sofort den Dreibundvertrag als ein werthloses Stück Papier hätte zerreißen müssen. Und daß die österreichische Regierung auch wirklich so über den enthüllten Vertrag urtheilt, das erhellt aus den Auslassungen eines officiösen österreichischen Blattes, des „Pester Lloyd", welcher, wie positiv versichert werden kann, den betreffenden Artikel aus dem Militärcabinet, aus dem Generalstab von Wien erhielt. Ein Mitglied des österreichischen Generalstabs sagt dort mit dürren Worten: „das war Verrath". Ja, das ist ein Verrath, nicht blos von Staatsgeheimnissen, es ist der Verrath eines Verbündeten; und wer es versucht, diesen Verrath zu entschuldigen oder gar zu beschönigen, der beweist nur, daß er nicht mehr das genügende Feingefühl hat, um eine unehrenhafte Handlung von einer ehrenhaften zu unterscheiden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten). Es ist von einem Vertreter jener Partei, die zu allem Ja und Amen sagt, was Fürst Bismarck thut, ausgesprochen worden, es sei ein Muster von Staatsmannskunst gewesen, daß Fürst Bismarck den Bundesvertrag mit Oesterreich, der sich gegen Rußland richtete, bei Rußland rückversichert habe — beide Verträge hätten sich gegenseitig ergänzt. Schöne Staatsmannskunst! Das ist die Moral und die Praxis der Rennbahnen und der Spielhöllen. Dort giebt es allerdings doppelte und dreifache Rückversicherungen, d. h. man macht große Wetten, versucht aber durch Wetten gegen die Wetten sich gegen allzu große Verluste zu schützen. Das sind aber Gepflogenheiten, die nur bei Spielern von Profession und bei Buchmachern im Schwang sind, und die den, der dabei ertappt wird, vor den Richter und schließlich in das Gefängniß führen. Was Fürst Bismarck gethan hat, ist eine unehrenhafte Handlung. Und daß der Verrath eines Staatsgeheimnisses strafbar ist, das weiß niemand besser als der Urheber des Arnim-Paragraphen.

Was ist der Zweck des Fürsten Bismarck gewesen? Man hat gesagt, persönliche Motive seien es nicht gewesen. Ich sage: wenn es nicht persönliche Motive waren, die vom rein menschlichen Standpunkt aus das Urtheil mildern können, dann waren es die Motive eines bewußten Verbrechers (Gelächter rechts); ja, dann war es ein vorbedachtes Verbrechen. Sagt man: persönliche Abneigung oder Zuneigung, oder persönliche Rachsucht hat diese Enthüllungen veranlaßt, — so ist das, wenn auch keine Entschuldigung, doch eine psychologische Erklärung. Von einem anderen als einem persönlichen Standpunkt fehlt jedes die Schuld mildernde Moment.

Doch wir müssen etwas tiefer in die Sache eingehen. Es handelt sich bei dieser Rückversicherung um das Verhältniß des Fürsten Bismarck

zu Oesterreich und zu Rußland. Als Fürst Bismarck im Jahre 1862 das erste Mal zur Regierung kam, war sein mehr oder weniger scharf ausgesprochenes Programm, daß Oesterreich durch Preußen aus Deutschland herauszudrängen sei, und zwar unter der wohlwollenden Neutralität Frankreichs und Rußlands. Fürst Bismarck war bekanntlich mit Napoleon verschiedentlich, schon ehe er Minister wurde, zusammen gekommen; er hatte auch sehr freundliche Beziehungen zum russischen Hofe. Und wie jene Partei, die vorhin schon wieder ihrer inbrünstigen Liebe für das zarische Rußland so kräftigen Ausdruck gab, so neigte er in seinem innersten Herzen zu Rußland hin, in dem er stets sein politisches Ideal sah. Im Jahre 1863 schloß er mit Rußland die Militärconvention ab, die Rußland den Sieg über den polnischen Aufstand gab. Dann kam der Krieg von 1864 gegen Dänemarck, aus welchem sich, unter dem Schutz wohlwollender Neutralität Frankreichs und Rußlands, der Krieg gegen Oesterreich entwickelte; durch diesen Krieg wurde Oesterreich aus Deutschland hinausgeworfen. Unmittelbar vorher im Jahre 1865 war Fürst Bismarck in Biarritz bei Napoleon gewesen, um sich noch einmal der freundlichen Unterstützung desselben gegen den österreichischen Bruderstaat zu versichern. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Nach dem Bruderkrieg wandte Fürst Bismarck sich nochmals nach Rußland hin; denn es war zu befürchten, daß Rußland sofort die Vortheile würde einheimsen wollen, die ihm versprochen worden waren, und es wurde damals ein neuer Vertrag mit Rußland geschlossen. Und nun war Bismarck gegen Frankreich gesichert; wie er früher Oesterreich mit Rückendeckung durch Frankreich und Rußland niedergeworfen hatte, so hatte er jetzt die nöthige Rückendeckung durch Rußland, um Frankreich anzugreifen. Man sieht, die nationale Politik war sehr verwickelt und hatte mit sehr viel Beziehungen zum Ausland zu thun. Fürst Bismarck hatte sich mit Napoleon in gewisse Verbindlichkeiten eingelassen, über die ich hier nicht des weiteren zu reden brauche. Wenn es nöthig befunden werden sollte, so lassen sich die Beweisstücke aus La Marmoras „Un po' piu di luce“ — „Etwas mehr Licht“ leicht beschaffen. Ich meine namentlich das Gespräch des Fürsten Bismarck mit dem italienischen General Govone. Da aber nicht jeder das Buch zur Hand hat, so verweise ich auf die Sitzung des Reichstags vom 16. Januar 1874, in welcher der Abgeordnete v. Mallinckrodt gegenüber dem Widerspruch des Fürsten Bismarck diese Thatsache festgestellt hat.

Napoleon wurde überwunden, und, was ihm verheißen worden war, wurde durch den siegreichen Krieg ausgewischt. Mit Napoleon war Fürst Bismarck also quitt. Aber nun kam dadurch, daß das überwundene Frankreich in Folge der Annexion von Elsaß-Lothringen einen Dorn im Fleische hatte, der in ihm die brennende Begier hervorrufen und wach halten mußte, diese Provinzen wiederzuerobern, ein neues Moment in die europäische Politik hinein. Es wurde bewirkt, daß Frankreich sich nach Bundesgenossen umsehen mußte. Wir hatten noch während des Krieges,

schon im December 1870, von der Tribüne des Reichstags und zwar gestützt auf eine, wahrhaft geniale Voraussicht bekundende Denkschrift, welche Karl Marx nach der Schlacht von Sedan veröffentlicht hatte, ausgeführt, daß die Annexion von Elsaß-Lothringen, wenn man nicht auf die eine oder andere Weise Frankreich mit Deutschland versöhne, Frankreich nothwendigerweise in die Arme Rußlands treiben müßte, und daß der Schwerpunkt von Europa statt nach Berlin nach Petersburg verlegt werden würde. Das ist geschehen, und heute ist Rußland der Schiedsrichter Europas. Von dem Tage an, wo der Friede geschlossen war, der Elsaß-Lothringen an Deutschland überlieferte, schwebt vor uns das Gespenst der französisch-russischen Allianz. Rußland war sich seines Vortheils sofort bewußt, und unmittelbar nach dem Frankfurter Frieden kündigte es alle seine Verträge. Es hatte die Hand frei.

Allerhand Versuche sind gemacht worden, um aus dieser Lage herauszukommen, und von deutscher Seite verfiel man darauf — man streitet ja darüber, ob es Fürst Bismarck oder Graf Moltke war, der Plan hat aber und zwar an höchster Stelle in Berlin bestanden —, daß man, um der Gefahr eines Krieges mit zwei Fronten, gegen Rußland und Frankreich zu gleicher Zeit, zu entgehen, das Prävenire spielen und Frankreich rasch niederwerfen und dauernd unschädlich machen wollte. Das wurde ruchbar und führte zu jener bekannten diplomatischen Episode des Jahres 1875; Fürst Bismarck betheuerte seine absolute Unschuld, aber sowohl von englischer wie von russischer Seite wurde die Thatsache des Plans aufrechterhalten und zwar amtlich und von höchster Stelle. Und wenn man die damaligen Verhältnisse in Europa betrachtet, so erscheint der Plan auch vollkommen natürlich.

Seit jener Zeit nimmt das Gespenst der französisch-russischen Allianz mehr oder weniger greifbare Gestalt an. Fürst Bismarck sucht diese Gefahr durch alle möglichen Gefälligkeiten, die er Rußland erzeigt, zu beseitigen.

Im Jahre 1877 brach Rußland, welches auf die Rückendeckung durch Deutschland traute, gegen die Türkei los; es machte einen neuen Versuch, sich den Weg nach Konstantinopel zu eröffnen. Die russischen Waffen waren jedoch nicht so glücklich, als die Regierung in Petersburg gehofft hatte; mehr durch die Gewalt des russischen Rubels, als durch die Gewalt der russischen Waffen, erreichten die Russen schließlich den Präliminarvertrag von S. Stephano, und da Rußland in eine schwierige Lage gerathen war, wurde ein Congreß nach Berlin berufen. Auf diesem Congreß war Fürst Bismarck „der ehrliche Makler"; er wurde aber zwischen Rußland einerseits und England andererseits derart in die Enge gebracht, daß er die Forderungen Rußlands nicht befriedigen konnte, obgleich er sich, seinem eigenen Ausdruck nach, als russischer Bevollmächtigter fühlte. Rußland wurde damals des größten Theiles dessen, was ihm der Präliminarvertrag von S. Stephano geboten hatte, beraubt, und der Zorn

der russischen Staatsmänner wandte sich hauptsächlich gegen den Fürsten Bismarck. Das lag in der Natur der Dinge. Dieser Haß gegen den Fürsten Bismarck und Deutschland äußerte sich so kräftig, daß Fürst Bismarck sich genöthigt sah, dem Land, gegen welches er früher so feindlich vorgegangen war, nämlich Oesterreich, sich zu nähern und die, welche er 1866 aus Deutschland herausgeworfen, wieder heranzuholen. (Zurufe von der Rechten.) — Das sind alles keine Geheimnisse, die ich Ihnen hier vortrage — ganz richtig! Aber man muß daran erinnern, und es muß im Zusammenhang vorgeführt werden. Im Jahre 1879 wurde der Vertrag mit Oesterreich geschlossen — eine wundersame staatsmännische Leistung: erst riß man Oesterreich aus Deutschland heraus, dann begreift man die Nothwendigkeit Oesterreichs für Deutschland, und durch eine Cur à la Doctor Eisenbart setzt man das amputirte Glied wieder an Deutschland an, allerdings in einem etwas defecten Zustande. Seitdem gravitirt und pendelt Fürst Bismarck fortwährend zwischen Rußland und zwischen Oesterreich und kämpft krampfhaft gegen die Consequenzen seiner eigenen Politik an. Wir haben die Dreikaiserzusammenkünfte, wir haben im September 1884 das Dreikaiser-„Verhältniß", die Zusammenkunft in Skierniewice, — bis 1886 die Katastrophe in Bulgarien ausbricht. Nachdem die russische Politik ihre Karten ausgespielt hatte, den Staatsstreich gegen den deutschen — den Battenberger — Prinzen gemacht hatte, und als die öffentliche Meinung in Deutschland eine Stellungnahme gegen Rußland forderte, protestirte Fürst Bismarck im Reichstag dagegen, daß man ihn zum Krieg mit Rußland zwingen wolle, und klagte besonders die Fortschrittspartei an, deren Drängen gegen Rußland er fast als landesverrätherisch kennzeichnete. Das folgende Jahr bringt andere Stimmungen. Betrachten wir die Rede des Fürsten Bismarck vom 6. Februar 1888. Sie wurde gehalten wenige Wochen vor dem Tode Kaiser Wilhelms I., welcher Todesfall damals fast stündlich erwartet wurde. Jetzt behauptet Fürst Bismarck, der Draht zwischen Rußland und Deutschland sei erst im Jahre 1890 zerschnitten worden. Am 6. Februar 1888 äußerte sich aber Fürst Bismarck nach dem stenographischen Bericht folgendermaßen: „es haben gewisse *Nöthigungen* stattgefunden zu einer Option zwischen Rußland und Oesterreich". Er sagte weiter: man wollte unsere Politik in den Dienst der russischen Politik stellen, und selbst ein vollständiges Indienststellen unserer Politik (für gewisse Zeit) schützte uns nicht davor, gegen unseren Willen und gegen unser Bestreben *mit Rußland in Streit zu gerathen.* Dieser Streit — — steigerte sich *bis zu Drohungen, bis zu vollständigen Kriegsdrohungen von der competentesten Seite.* Es ist Aehnliches erklärt, z. B. daß die öffentliche Meinung Rußlands „*uns die Thür gewiesen*", daß wir „*Rußland nicht nachlaufen*", an anderer Stelle der Rede. Und jene berühmte, allerdings in Wahrheit etwas komische und nicht ganz originale Phrase: „*wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt*" richtet sich gegen

Rußland weit mehr als gegen Frankreich oder irgend einen anderen Staat. Aus diesen Thatsachen erhellt doch sonnenklar — und wir haben es ja aus dem Munde des Fürsten Bismarck selbst —, daß die Beziehungen zu Rußland schon damals, als er noch auf dem Gipfel der Macht stand oder zu stehen schien, die denkbar schlechtesten gewesen sind. Und wahrhaftig, nachdem dieses alles geschehen war, hatte Graf Caprivi keinen Draht mehr zu zerschneiden; wohl aber konnte er einen Vertrag zerreißen, von dem er annehmen mußte, daß er geeignet sei, den Glauben an die Vertrags- und Bundestreue Deutschlands zu erschüttern.

Was sind nun die Wirkungen der Enthüllungen auf die anderen Mächte? Nach dieser Richtung hin haben die Vertreter der Regierungen beruhigende Versicherungen gegeben. Beiläufig verstand sich das von selbst; denn eigentlich hatte Fürst Bismarck doch nur sich selbst denuncirt und an den Pranger gestellt; seinen Nachfolger dagegen hat er in die angenehme Lage gebracht, den beiden Verbündeten gegenüber als ehrlicher Mann dazustehen. (Sehr richtig! links.)

Bei dieser Gelegenheit will ich erklären: wenn es in diesem Hause eine Partei giebt, die den Frieden will, und die für jede Bürgschaft des Friedens ist, dann ist es unsere Partei, die Socialdemokratie. Und das gilt von allen Ländern. Der Friede ist für die gedeihliche Entwickelung Deutschlands, für den Fortschritt und das Gedeihen der Völker nothwendig, und blos solche Parteien, die im Trüben fischen und die Nation übervortheilen wollen, haben ein Interesse an internationalen Zettelungen, an Kriegsgeschrei und am Krieg.

Wie steht es nun aber gegenwärtig mit Deutschland? Wir haben zwei Verbündete. Von Italien will ich nicht reden; es sind dort manche Erfahrungen gemacht worden, welche die Stärke des Dreibundes vielleicht nicht in allzu günstigem Lichte erscheinen lassen. Aber nun zu Oesterreich. Daß wir ohne Oesterreich einen Kampf gegen Rußland nicht mit Erfolg führen können, daß Oesterreich dasjenige Land ist, das uns am nächsten steht, und durch dessen Vermittelung wir auf die Lösung der orientalischen Frage einwirken können, das sind Wahrheiten, die auf der Hand liegen. Ist denn aber der neue Curs nach der Seite Oesterreichs hin wirklich viel sicherer, als es der alte gewesen ist? Man nennt den neuen Curs auch den Zickzackcurs. Er übernahm den neuen Dreibund Deutschlands mit Oesterreich und Italien gegen Rußland und — ich will auch sagen — gegen Frankreich. Seitdem ist aber ein zweiter Dreibund geschlossen worden, veranlaßt durch den Frieden zwischen Japan und China, und dieser Dreibund ist ein Bund, den Deutschland geschlossen hat mit denjenigen beiden Ländern, gegen die der erste Vertrag sich gerichtet hat, d. h. mit Rußland und mit Frankreich. Das sieht einer Rückversicherung nicht ganz unähnlich.

In der orientalischen Frage scheint für den Augenblick in Europa wenigstens ein Stillstand eingetreten zu sein; aber in Europa

spielt ja nur ein ganz kleiner Bruchtheil der orientalischen Frage, die sich von Aegypten über Indien hin nach Ostasien, China und Japan erstreckt. Wir haben seit kurzem in Japan ein Ministerium der Revanche, welches das, was Japan im Kriege mit China errungen hat, und was durch jenen von Deutschland mit Frankreich und Rußland geschlossenen Vertrag ihm zum großen Theil abgetrotzt worden ist, wieder zurück haben will. Wenn nun hinter diese japanische Politik die englische sich stellt, die doch einmal mit Rußland die asiatischen Fragen zu lösen hat, die indische und die ostasiatische, — und wenn es zum Kriege käme, wie dann? Dann wäre Deutschland auf Grund des zweiten Dreibundvertrags genöthigt, für Rußland und mit Frankreich, welches im Schlepptau Rußlands ist, zusammenzugehen, und Oesterreich, welches unzweifelhaft durch einen solchen Krieg berührt, in ihn hineingerissen werden würde — denn die orientalische Frage würde nach Europa zurückschlagen —, wäre wiederum preisgegeben: — der erste Dreibund wäre ein werthloser Fetzen Papier.

Ich glaube nicht, daß ein derartiger Verrath beabsichtigt ist; aber jedenfalls ist auch dieser zweite Dreibund ein Vertrag, der dringend der Erläuterung bedarf und am allerbesten beseitigt würde wie der Bismarck'sche Assecuranzvertrag.

Es liegt in der Natur der gegenwärtigen Zeit, daß das im Niedergang begriffene Bürgerthum, aus welchem sich die Capitalistenclasse herausgebildet hat, sich sogenannte „Kraftmenschen" sucht, „übermenschliche" Menschen, denen es sich anvertraut, deren Führung es sich blindlings ergiebt. Es hat keine politischen Ideale mehr, hat den Glauben an sich selbst verloren, und will eine starke Regierung, die es in seiner wilden Jagd nach Gold gegen die kommende Classe: das Proletariat beschützt. Ich deutete vorhin schon die ähnliche Stellung an, welche ein Bismarck in Deutschland, ein Napoleon in Frankreich, ein Crispi in Italien hatte. Bei der Wahl dieser Götzen ist man allerdings nicht überreinlich gewesen; es handelt sich nicht um sittliche, um gute Menschen, sondern um Gewaltmenschen, die „jenseits von Gut und Böse" sind und mit der gemeinen menschlichen Moral es eben nicht genau nehmen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Der Götze Napoleon in Frankreich ist zertrümmert; der Götze Crispi — es giebt kaum ein Verbrechen des Strafgesetzbuchs, dessen er sich nicht schuldig machte —, auch er ist zerbrochen. Wir sehen auch in Fürst Bismarck einen solchen Götzen; und er hat sich die erdenklichste Mühe gegeben, sich selbst zu zerbrechen. Daß diejenigen auf den Trümmern herumtrampeln, die ihm früher Beifall klatschten, als er wahrhaftig nicht besser war als heute, das billigen wir Socialdemokraten sicherlich nicht. Wir haben den Fürsten Bismarck früher genau so beurtheilt und so verurtheilt wie heute. Ich schrieb schon im Jahre 1871, daß wir Socialdemokraten vielleicht noch in die Lage kommen würden, ihn gegen seine Anbeter, die nachher über ihn herfallen würden,

wenn er zertrümmert ist, in Schutz zu nehmen. Und die Zeit ist gekommen. Was Fürst Bismarck sündigte, sündigte er als Bevollmächtigter der bürgerlichen Gesellschaft, des Capitalismus. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Und dem Capitalismus, den Reichen hat er ebenso treu gedient wie Napoleon III. In Bismarcks Person ist der moderne Capitalismus, ist die aller Ideale bare capitalistische Gesellschaft verkörpert: in Bismarck ist eine der großen Säulen geborsten, auf welchen die capitalistische Gesellschaft ruht. Und das kann einen Socialdemokraten nur mit Genugthuung erfüllen.

Was die allgemeine politische Lage anbelangt, so ist sie gegenwärtig nichts weniger als beruhigend. Alles ist verworren. Die Allianz zwischen Frankreich und Rußland ist eine Thatsache. Ob ein directer Vertrag besteht, weiß ich so wenig wie wahrscheinlich irgend einer im Hause — es ist auch ganz gleichgiltig. Der Dreibund ist keineswegs eine absolut sichere Friedensgarantie. Die stärkste der europäischen Großmächte, England, steht vereinsamt da; und merkwürdig, alle die, welche versuchen, uns Rußland zuzuführen und in die Arme zu treiben, richten die spitzesten und giftigsten Pfeile ihrer Angriffe auf England; wir finden, daß gerade die Presse des Fürsten Bismarck und der ihm freundlichen Parteien seit Jahr und Tag gegen England hetzt und gegen die Annäherung Deutschlands an England, gegen ein freundliches Verhältniß zwischen Deutschland und England wühlt und kämpft. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Da möchte ich doch einmal fragen — und hier appellire ich an den wirklichen Patriotismus, nicht an den Patriotismus, der Emser Depeschen redigirt, reichsfeindliche Enthüllungen macht und Verrath von Staatsgeheimnissen treibt —: wenn es nun zum Kriege kommt, wenn Frankreich, in welchem die chauvinistische Strömung leider noch sehr stark ist, sich wirklich auf einen Wink von Rußland in Bewegung gegen Deutschland setzt, wenn wir zu kämpfen haben gegen Rußland einerseits und gegen Frankreich andererseits, — wenn die Flotten beider Staaten unsere deutsche Flotte in den ersten Tagen von der See wegfegen, — denn die Uebermacht ist so groß, daß sie bei den äußersten Anstrengungen nicht ausgeglichen werden kann, nicht in einem Jahr, nicht in zehn Jahren — wer soll da Deutschland verproviantiren? wie sollen Schiffe zu uns übers Meer kommen? Diese Frage hat dem Marschall Moltke schon schwere Sorge gemacht, und er hat ausgesprochen: die allerbrennendste Frage des nächsten Krieges wird die der Verproviantirung sein. Da giebt es nicht blos eine Million Soldaten hüben und drüben, da stehen, nachdem der erste Kanonenschuß gefallen ist, binnen 8 oder 14 Tagen mindestens 10 bis 12 Millionen unter den Waffen. Wie diese Massen ernähren? wie das Volk ernähren, dem mit Ausbruch des Krieges fast jeder Erwerb abgeschnitten ist? Denn die Kriege der Zukunft dulden keine Friedensbeschäftigung mehr. Da brauchen wir Getreide von außen, denn Deutschland zieht nicht genug Korn, um sein Volk zu ernähren. Und

wenn uns das Meer verschlossen ist, kämen wir in die allerprecärste Lage; denn die Länder sind uns ja verschlossen, die uns und Europa Getreide liefern können. (Lachen rechts.) — Da lachen Sie, das ist Ihr Patriotismus — das Brod wird ja theuer! Das wäre gut für Sie, aber für uns ist das eine Frage, wie sie brennender nicht gedacht werden kann. Ja, wenn England auf deutscher Seite stände, dann wären alle diese Schwierigkeiten gehoben: England hat gegenüber einer Coalition von Rußland und Frankreich genau dieselben Interessen wie Oesterreich und Deutschland. Es herrscht zwischen uns und England die vollste Harmonie der Interessen; das bischen Colonialpolitik zählt nicht. Es fällt mir nicht ein, zu sagen: wir wollen England nachlaufen. Aber warum England beständig erbittern, reizen? Der Haß unserer Junker und Reactionäre gegen England stammt aus dem Anfang dieses Jahrhunderts. Fürst Bismarck sprach in derselben Rede, aus der ich vorhin einige Auszüge gab, von der heiligen Allianz. Ja, Fürst Bismarck hat immer nach der Wiederherstellung der heiligen Allianz gestrebt —, die drei Kaiser sollten sich zusammenschließen, als Vertreter aller conservativen Factoren, und gegen wen? gegen was? Gegen die demokratischen, gegen die socialdemokratischen Bestrebungen des Volkes und gegen England. Denn wer hat die erste heilige Allianz vernichtet? Das war England. Und seit jener Zeit ist für alle diejenigen, die eine heilige Allianz des Absolutismus wollen, England ein Dorn im Auge. England und Frankreich, die beiden Westmächte, waren im Krimkriege verbündet gegen Rußland, und Rußland wurden die Flügel beschnitten. Seit der Annectirung von Elsaß-Lothringen ist ein Keil zwischen die beiden Völker hineingetrieben, Frankreich ist auf Seite des barbarischen Rußlands gezwängt worden, ganz Europa ist aus den Gelenken, und England steht allein Rußland gegenüber, in dessen Bekämpfung es dasselbe Interesse hat wie Deutschland. Denn wenn Rußland Herr wird, dann ist das englische Weltreich vernichtet, in Europa herrscht die Knute, und die Unabhängigkeit Deutschlands ist ebenso zu Ende wie die Frankreichs. Der alten heiligen Allianz ist eine neue entgegenzusetzen. Neben dem Zusammenbruch der Götzen, die Sie sich geschaffen haben, ist noch die zweite erfreuliche Thatsache zu verzeichnen, daß die europäische Diplomatie bei Behandlung der türkischen Frage vor aller Welt ihre Unfähigkeit und Nichtswürdigkeit bewiesen hat. Es ist der vollständige Bankerott der Diplomatie. Und wenn es ein unfreiwilliges Verdienst giebt, das Fürst Bismarck sich je um das Wohl der Menschheit erworben hat — er hat auch besonders der Socialdemokratie manchen guten Dienst wider Willen geleistet —, dann war es dies, daß er mit seinen Enthüllungen wie mit einer elektrischen Lampe in diesen Hexenkessel, in diese schmutzige Küche, in welcher die Diplomatie die Leckerbissen der hohen Politik bereitet, hineingeleuchtet hat. Er hat den Völkern gezeigt, wie heutzutage regiert wird, wie es mit der Moral steht in den Kreisen derer, welche die Geschicke der Völker lenken.

Es muß eine neue Moral zur Herrschaft kommen, es müssen neue Grundsätze für die Politik maßgebend werden. Schon im Jahre 1864 wurde von der internationalen Arbeiterassociation ausgesprochen: auch in der Politik soll in Zukunft die gemeine Moral, die ehrliche Moral, wie sie unter verständigen Menschen gilt, zur Geltung gelangen. Das ist derselbe Gedanke, der auf dem letzten internationalen Arbeitercongreß in London den einstimmigen Beschluß hat fassen lassen, daß alle geheimen Verträge zu verwerfen sind, daß jede Regierung in Anklagezustand zu versetzen ist, welche geheime Verträge abschließt. Ehrliches braucht das Licht des Tages nicht zu scheuen. Der Bundesvertrag mit Oesterreich konnte am ersten Tage veröffentlicht werden — es wäre dadurch keine Beunruhigung, keine Störung gekommen, im Gegentheil, die Wirkung wäre nur eine gute gewesen. Blos was das Licht zu scheuen hat, bedarf der Geheimhaltung! Die Amerikaner, die nur eine öffentliche Politik haben, und deren ganzes politisches Leben vom Licht der vollsten Oeffentlichkeit beleuchtet wird, haben die erfolgreichste Diplomatie, und haben die größten und raschesten Fortschritte in Bezug auf Machtentwickelung gemacht unter allen Völkern der Erde.

Andere Grundsätze müssen zur Geltung kommen, und mit jener alten Diplomatie und Moral muß gebrochen werden, die einen doppelten Boden hat. Es gilt endlich einmal, die Forderung des internationalen Proletariats zu verwirklichen, daß Treu und Glauben und Gerechtigkeit zu herrschen hat unter den Menschen und unter den Völkern, daß, was dem einen Volk recht ist, auch dem anderen recht sein muß, gerade so wie: was dem einen Menschen recht ist, es auch dem anderen zu sein hat. Die Gleichheit der Menschen, Gerechtigkeit nach allen Seiten, keine Ausbeutung und Gewaltherrschaft mehr! Die Weltgeschichte läßt sich ja doch nicht weder überlisten, wie Hegel gesagt hat, noch läßt sie sich vergewaltigen. Die Engländer haben recht: honesty is the best policy — die einfache Ehrlichkeit, welche sich im Licht der Oeffentlichkeit bethätigt, ist die beste Politik. Das ist die Politik, welche die Socialdemokraten wollen —, das ist die Politik der internationalen, neuen, wirklich heiligen Allianz, welche der unheiligen Allianz der Unterdrücker der Völker entgegengesetzt ist.

Die Socialdemokratie aller Länder wirkt in demselben Sinne und in demselben Geiste, in welchem ich hier geredet habe, und ganz so, wie ich heute, hat unser Genosse Jaurès vor wenigen Tagen in der französischen Kammer bei Behandlung der Orientpolitik ausgesprochen, daß die Diplomatie, zu deren classischsten Vertretern Fürst Bismarck gehörte, sich unfähig gezeigt hat, die einfachsten Fragen der Menschlichkeit zu lösen, und daß es die Aufgabe der Arbeiterclasse ist, die Politik auf ein höheres Niveau zu heben.

Da sagt man uns jetzt freilich — und dieser Tage ist es auch von einem englischen Minister erklärt worden —, Europa sei nun endlich einig gegenüber der Türkei und werde eine humane Lösung erstreben.

Erstreben! Wenn Europa einig ist, wäre es nicht eine Kinderei, die Metzeleien der Armenier, Griechen und Türken zu beendigen? Bei gutem Willen wäre das eine Kleinigkeit. Bei gutem Willen wäre es eine Kleinigkeit gewesen, diese Metzeleien zu verhüten. Aber Ehrlichkeit herrscht bei keiner der Großmächte; kein Diplomat, kein Staat traut dem anderen, einer arbeitet gegen den anderen, und die Metzeleien, die man öffentlich mit Krokodilsthränen beklagt, sind wesentlich die Schuld der europäischen Mächte (sehr richtig! bei den Socialdemokraten), die politisches Capital schlagen wollen aus diesen Metzeleien, weil jeder der Aerzte des „kranken Mannes“ von der Türkei ein größeres Stück stehlen will als der andere. Mit dieser Räuber- und Spitzbubenmoral muß endlich aufgeräumt werden. Das will die Socialdemokratie, und unsere Politik ist es, die schließlich die Billigung der Völker haben wird. Das ist die einzige Politik, welche uns den Weltfrieden verbürgt: den Frieden auf dem Boden der Freiheit und der Gleichheit! (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abgeordneter v. Kardorff:

Meine Herren, die heutige Discussion hat sich verhältnißmäßig weniger mit dem eigentlichen Gegenstand der Interpellation, mit den Verträgen beschäftigt als mit der Person des Fürsten Bismarck. (Widerspruch.) — Ja, Herr Richter hat die Hauptsache seiner Rede über den Fürsten Bismarck und dessen Person gehalten, Herr Liebknecht brachte in jedem zweiten Satze den Fürsten Bismarck vor; da werden Sie mir als altem Anhänger des Fürsten Bismarck es nicht verwehren wollen, daß ich hier einige Worte gegen diejenigen Ausführungen sage, die wir von den Herren gehört haben. Nun, den Abgeordneten Liebknecht — den können wir wirklich nicht ernsthaft nehmen. (Sehr richtig!) Wenn er den Fürsten Bismarck einen großen Verbrecher nennt, so sind das doch Aeußerungen, die in der That nicht ernsthaft zu nehmen sind. (Sehr richtig! rechts.)

Was zunächst die Verträge betrifft und den Theil der Interpellation und Begründung, der sich darüber ausließ, so will ich offen anerkennen, daß die Erklärungen der verbündeten Regierungen uns keinerlei Veranlassung zu irgend welchen Angriffen geben, wenngleich sie vielleicht nicht ganz ohne Bedenken bleiben, Bedenken, wie sie schon der Herr Abgeordnete Freiherr v. Manteuffel hervorgehoben hat, indem er mit Recht darauf hinwies, daß es in der Politik doch nicht so sehr auf die Art und Weise der formalen Gestaltung von Verträgen ankommt als auf diejenigen Männer, die die Politik leiten und das Vertrauen der anderen Nationen und der eigenen besitzen. Es geht eben nicht nach den so oder so formulirten Verträgen und Abmachungen, sondern es richtet sich nach den Männern, die die Politik vertreten. (Sehr richtig! rechts. Heiterkeit links.)

Wenn von Seiten des Herrn Abgeordneten Richter bezüglich der Verträge geäußert ist, Fürst Bismarck sei zur Geheimhaltung um so mehr

verpflichtet gewesen, als in den Jahren 1887 und 1889 die unbedingte Geheimhaltung noch von Seiten der jetzigen Vertreter der Regierung betont worden wäre, so verwechselt er eben die beiden Perioden. Fürst Bismarck spricht in seinen Veröffentlichungen von der Periode, die im Jahre 1884 war. Ich will mir kein Urtheil darüber erlauben, wie weit er zur Veröffentlichung berechtigt ist oder nicht — die Herren behaupten: er war es nicht —, er seinerseits sagt: das sind Dinge, die der Vergangenheit, der Geschichte angehören, es sind andere Regierungen, andere Männer da, und da ist durchaus kein Grund vorhanden, jetzt noch die Geheimhaltung festzuhalten. Aber die unbedingte Geheimhaltung, auf die der Herr Abgeordnete Richter Bezug nahm als von den Regierungen hier bestätigt, bezog sich auf diejenigen Verhandlungen, welche im Jahre 1887 über die Verlängerung des Vertrags geführt worden sind.[1])

Meine Herren, wir sind ja von den Herren vom Freisinn seit sehr vielen Jahren gewöhnt, daß sie der Politik, wie sie Fürst Bismarck in Deutschland ins Leben gerufen hat, eine sehr herbe Kritik immer haben angedeihen lassen. Ich möchte mir erlauben — es ist eine ziemlich lange Zeit her seit dem Jahre 1864, über 30 Jahre —, eine Rede des Herrn Abgeordneten Virchow zu verlesen, wie er die Politik des Fürsten Bismarck damals verurtheilte. Das stimmt ungefähr überein mit dem Urtheil, welches der Herr Abg. Richter der Politik des Fürsten Bismarck heute zu Theil werden läßt. Er sagt — es sind nur wenig Worte, die ich verlesen werde —:

> Meine Vorwürfe beschränken sich eben auf Thatsachen . . . . . Der Ministerpräsident hat in der verhältnißmäßig kurzen Zeit seines Ministerpräsidiums eine so große Masse von wechselnden Standpunkten eingenommen, daß, wie ich glaube, niemand seine eigentliche Politik definiren kann. Man kann nur das angreifen, daß er eigentlich keine Politik hat (große Heiterkeit rechts), daß er ohne Compaß in das Meer der äußeren Verwickelungen hinausstürmt, daß ihm jedes leitende Princip fehlt. (Hört! hört!) Der Ministerpräsident hat auch gar keine Ahnung von einer nationalen Politik. (Heiterkeit.) Das ist der große Vorwurf, das ist die Schwäche seiner Position, daß er seiner ganzen Entwickelung nach kein Verständniß für ein nationales Wesen hat, für das, was aus dem Herzen des Volks hervorgeht, was seiner ganzen Entwickelung nach dem Volk werden muß, welche Widerstände sich ihm auch entgegenstellen. (Hört! hört!)

Meine Herren, das ist ungefähr dasselbe Urtheil, welches der Herr Abgeordnete Richter heute, nur etwas modificirt, gefällt hat. Er ist noch heute derjenige, der eigentlich den ganzen Gang der auswärtigen und nationalen Politik von vornherein viel besser verstanden hat als Fürst

---

[1]) Die Deductionen des Abg. v. Kardorff beruhen auf der falschen Voraussetzung, daß der Vertrag mit Rußland 1884 geschlossen, 1887 erneuert worden sei.

Bismarck (sehr gut! und Heiterkeit rechts); er muß immer diesen Glauben erwecken bei den gutgläubigen Zuhörern — ich weiß nicht, ob noch sehr viele Herren bei dem Herrn Abgeordneten Richter sind —, daß, wenn er an der Spitze gestanden hätte, die ganzen Dinge für das deutsche Reich sehr viel besser gegangen wären. (Bravo! rechts. Heiterkeit.) Die ganze Art und Weise, wie die Herren den Fürsten Bismarck beurtheilen, wie sie ihn kritisiren, erinnert lebhaft an eine Kritik, die auf anderem Felde zu Anfang und in dem ersten Drittel dieses Jahrhunderts an dem Großmeister unserer deutschen Dichtkunst, an Goethe, geübt wurde. Wenn Sie in die Literatur der damaligen Zeiten — in den ersten Decennien des Jahrhunderts — zurückgreifen, so werden Sie einen so giftigen, heftigen Krieg gegen Goethe dort finden können, wie Sie ihn heute in fortschrittlichen, socialdemokratischen und auch in ultramontanen Blättern gegen den Fürsten Bismarck finden. Ja, meine Herren, wie werden die Leute, die damals diese Kritik an Goethe übten, — wie werden die heute angesehen? Man sagt doch einfach: sie waren selbst zu klein, sie konnten den Maßstab für die Größe Goethes nicht finden. (Sehr richtig! Bravo! rechts.) Und so ist es heute auch. Die Kritiker sind zu klein, um den Maßstab für die Größe eines Staatsmannes wie des Fürsten Bismarck finden zu können. (Sehr gut! Bravo! rechts. Heiterkeit links.)

Der Herr Abgeordnete Richter hat nun eine ganze Reihe von Behauptungen aufgestellt, die doch sehr fragwürdiger Natur sind. Er sagte unter anderem bezüglich Englands, der Fürst Bismarck hätte in Bezug auf die englischen Einflüsse sich in irgend einem Interview geäußert — ich weiß nicht, ob das richtig ist oder nicht — er hätte sich über englische Einflüsse geäußert, und unsere Interessen und die englischen — ich habe dicht beigesessen und habe das notirt, ich glaube also richtig gehört zu haben — wären doch durchaus identische. Verehrter Herr Abgeordneter Richter, das kann ich unter keinen Umständen zugeben. (Sehr richtig! rechts.) Wenn Sie die englischen Zeitungen lesen — und ich verfolge sie ziemlich genau —, so werden Sie finden, daß in allen englischen Blättern zu Tage tritt ein Gefühl, daß England sich in einer gewissen isolirten Situation befindet, weil keine Macht sonst Neigung hat, sich mit England zu verbinden; jede andere Macht hat die Erfahrung gemacht, daß England doch rücksichtslos sein eigenes egoistisches Interesse vertritt (sehr richtig! rechts), und es wäre allerdings von höchstem Interesse für England, wenn es die deutsche Armee für seine Interessen einmal marschiren lassen könnte (sehr gut! rechts); und daß es zu diesem Zweck das dringendste Interesse hat, uns in eine möglichst schlechte Situation zu Rußland zu bringen, liegt für jeden auf der Hand, der von Politik auch nur das ABC versteht. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben gewiß alle Veranlassung, mit einer Nation wie der englischen, die eine so große Culturträgerin ist, — darin haben ja die Herren vollständig recht — in Friede und Freundschaft auszukommen. Aber, meine Herren, auch mit

großer Vorsicht muß jede Politik England gegenüber betrieben werden; die Engländer haben es immer vortrefflich verstanden, die Arbeit und die Schwerter anderer Nationen für sich in Anspruch zu nehmen.

Ich bin dem Herrn Abgeordneten Dr. Lieber bei seiner Begründung der Interpellation dankbar, daß er wenigstens nicht dazu beigetragen hat, die Debatte durch persönliche Ausfälle gegen den Fürsten Bismarck zu verbittern, persönliche Ausfälle, von denen er sich ja nicht freigehalten hat in Volksversammlungen — ich will ihm das nicht so übel nehmen, in Volksversammlungen spricht vielleicht jeder einmal ein Wort mehr, als er eigentlich verantworten kann. (Heiterkeit.) Aber ich bin ihm heute dafür dankbar; denn ich habe das Gefühl, daß vielleicht der Herr Abgeordnete Dr. Lieber doch nachträglich auch zu dem Bewußtsein gekommen ist, daß ohne die conservativen Parteien eine positive Politik in Deutschland nicht gemacht werden kann — ohne die nationalen Parteien, will ich lieber sagen; denn die Nationalliberalen gehören in diesem Sinne mit zu den conservativen Parteien —, und daß es darauf ankommt, den mittleren Boden der Verständigung zwischen der Centrumsfraction und diesen Parteien zu finden, auf dem noch ein gangbarer Weg in allen Fragen beschritten werden kann. Wir erkennen dankbar, daß Sie das nicht gethan haben. Wir wissen ja die Differenzen, die Sie vom Fürsten Bismarck trennen; ich darf aber wohl daran erinnern, daß die großen Politiker, die früher Ihre Fraction leiteten, die Abgeordneten Windthorst und Freiherr v. Frankenstein, von dem staatsmännischen Genie des Fürsten Bismarck eine andere Meinung hatten, als sie hin und wieder jetzt in manchen Volksversammlungen auch von den Herren vom Centrum zu Tage gefördert wird. (Heiterkeit.)

Meine Herren, wir sind vom Fürsten Bismarck, so lange wir ihn als Leiter der Regierung erlebt haben, und auch späterhin daran gewöhnt, daß alle Augenblicke einmal von ihm eine Thatsache ausgeht oder ein Wort, was allgemeines Erstaunen, allgemeines Verblüffen selbst bei seinen treuesten Anhängern erregt, daß sie sich im Augenblick nicht zurechtfinden. Aber, meine Herren, wir wissen auch aus Erfahrung, daß in der übergroßen Mehrzahl aller dieser Fälle die weitere Entwickelung ganz klar zeigte, daß er jeder Zeit das Wohl und Wehe des deutschen Vaterlandes im Sinn gehabt hat, wenn er irgend etwas that und sagte, und daß das das einzige Kriterium gewesen ist, nach dem er einzig und allein zu handeln gewohnt war.

Wenn die Herren, die in der freisinnigen Presse und in den anderen Pressen ihr Unwesen treiben (Widerspruch links), ihn dauernd der niedrigsten, selbstsüchtigsten, schlechtesten Motive zeihen bei jedem, was er spricht, bei jedem, was er thut, so habe ich immer das Gefühl: was müssen die Herren für schlechte Erfahrungen in ihren nächsten Kreisen gemacht haben von Politikern! (Sehr gut! rechts. Widerspruch links.) Wir wissen bei Fürst Bismarck, daß er jederzeit bereit ist, alles hinzugeben für das Wohl

des Vaterlandes (Widerspruch links), alles hinzugeben. Ja, meine Herren, Sie haben ihm das nicht geglaubt. Sie haben ihm immer persönliche Interessen untergeschoben. Auch seine Anhänger sind vielfach überrascht worden durch die Enthüllungen; aber ich glaube, in der großen Zahl — sie zählt ja nach Millionen im deutschen Reiche, die ihm heute noch treu anhängen, — ist das Bewußtsein vorherrschend, Fürst Bismarck würde die Enthüllungen nicht gemacht haben, wenn er sie nicht im Augenblick für das Gedeihen und das Wohl des deutschen Reiches für nothwendig gehalten hätte. (Bravo! rechts. Widerspruch links.) — Wenn die Herren die Nothwendigkeit nicht einsehen und begreifen, so kann ich nur daran erinnern, Sie haben die Nothwendigkeit seiner früheren Politik auch niemals einsehen können, und vielleicht hatte er doch in seiner früheren Politik manchmal recht, vielleicht hat er auch in dem, was er heute sagt, recht.

Endlich ist darauf hingewiesen — in Blättern und nicht in den Verhandlungen des Reichstags —, die Desertion der damaligen Bismarckfreunde wäre bei dieser Gelegenheit außerordentlich groß gewesen. Ich habe das nicht finden können, es sind mir nur ganz vereinzelte Fälle bekannt geworden. Die Desertion, die wir früher erlebt haben, wie der neue Curs kam nach dem Bismarckcurse, die Desertion hat nicht stattgefunden. Die heute noch Anhänger des Fürsten Bismarck sind, die werden das wohl bis an ihr Lebensende bleiben. Damals lagen doch der Desertion Motive zu Grunde, die gerade nicht zu den schönsten gehörten.

Meine Herren, ich hoffe, daß die Besprechung der Interpellation und die Begründung derselben dazu dienen werden, die allgemeine Ueberzeugung in der deutschen Nation wachzurufen, daß bezüglich der auswärtigen Politik wir fremde Einflüsse nicht haben wollen, sondern daß wir uns da nur leiten lassen wollen von deutschen Interessen. Ich glaube ferner, daß die Interpellation und die Beantwortung derselben durch die Vertreter der Bundesregierungen uns die Ueberzeugung gegeben hat, daß unsere auswärtige Politik heute in sehr vorsichtigen, ruhigen Händen liegt, die keine Uebereilung begehen werden. Und so glaube ich, daß das Resultat der Besprechung auch insofern ein nützliches sein wird, als es doch, woran ich schon vorhin erinnerte, die Parteien, die etwas Positives schaffen wollen, daran mahnen wird, nicht in der Vergangenheit herumzurühren, sondern auf die Zukunft zu sehen und zu sehen, wo sie da Gesichtspunkte auffinden können, in denen sie sich zum Wohle des deutschen Volkes einigen können. (Bravo! rechts. Zischen links.)

Abgeordneter Dr. Paasche:

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Richter hat vorhin im Hinblick darauf, daß die Rednerliste verhältnißmäßig kurz war, seiner Befriedigung darüber Ausdruck gegeben, daß diejenigen Parteien, die sich bisher als Freunde des Fürsten Bismarck bezeichnet hätten, sich mit ganz kurzen Erklärungen begnügten, sie sehnten wohl die Stunde herbei, wo endlich

die Verhandlungen zu Ende wären, sie würden froh sein, wenn es Abend wäre. (Heiterkeit.) Vielleicht melden sich noch einige Franctireure, so fuhr er fort, die einige Worte auf ihre eigene Faust sagen, aber doch nur für sich reden würden. Ich muß persönlich constatiren, daß ich durchaus nicht als Franctireur auftrete, sondern daß ich als vorher designirter Redner meiner Fraction mich zum Wort gemeldet habe, und daß unsere Fraction im voraus bei ihrer Berathung darüber einig war, daß sie zunächst nach den Erklärungen, die von den verbündeten Regierungen abgegeben würden, eine sachliche Stellung zur Interpellation nehmen müßte, und daß dann, wenn, wie zu erwarten sei, heftige Angriffe gegen den Fürsten Bismarck kommen würden, ein Redner — und dazu war ich designirt — im Namen der ganzen Fraction und im Namen wohl aller unserer politischen Freunde draußen im Vaterlande die Stellung wahren sollte, die wir dem Fürsten Bismarck gegenüber von jeher eingenommen haben und auch in diesem Streitfalle einnehmen. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Also nicht als Franctireur trete ich auf, und ich bitte dem entsprechend meine Ansicht nicht als meine persönliche Ansicht hinzustellen.

Ich brauche auf den Inhalt der Interpellation, nachdem er von den verschiedensten Seiten so ausführlich besprochen worden ist, wohl kaum noch im besonderen einzugehen. Wenn ich aber vorhin sagte, wir hätten uns entschlossen, unsere Stellung dem Fürsten Bismarck gegenüber zu wahren, so waren wir wohl berechtigt, im voraus sorgend einzutreten, weil wir ja nach den Erörterungen, wie sie in der Presse vorliegen, und vor allem auch nach der Wiesbadener Rede des Herrn Dr. Lieber, die durch die Presse gegangen ist, annehmen mußten, daß es an scharfen Seitenhieben auf den Fürsten Bismarck, den Begründer der deutschen Reichseinheit, nicht fehlen würde. Ich gebe zu, was Herr v. Kardorff auch anerkannt hat, daß thatsächlich die Angriffe im Hause in der Form nicht denen entsprochen haben, die man draußen gelesen und gehört hat, sondern daß eine gewisse Mäßigkeit hier gewaltet hat; aber scharf und verletzend genug war der Ton, den der Herr Abgeordnete Richter angeschlagen hat, ganz gewiß. Ich will gar nicht davon reden, was der Herr Abgeordnete Liebknecht gesagt hat; denn auch darin stimme ich mit Herrn v. Kardorff überein — „von verbrecherischen Motiven“ reden, kann man nicht ernsthaft nehmen, wenn man von dem Fürsten Bismarck spricht, der uns in gewissem Sinn erst hierher gerufen, der es fertig gebracht hat, daß wir ein deutsches Parlament haben, und daß wir in diesem Parlament die Vertreter des allgemeinen gleichen Stimmrechts haben. (Sehr wahr! rechts. Widerspruch links.)

Nun hat der Herr Abgeordnete Richter mit verletzender Ironie darauf hinzuweisen versucht, daß die Neutralitätsverträge doch ganz gewiß nicht den wahren Interessen Deutschlands entsprechen können; und er hat die Politik, die Fürst Bismarck vertreten hat, anzugreifen versucht, indem

er sich namentlich auch auf die Erklärungen der verbündeten Regierungen stützte. Er ging von der Anschauung aus: man kann auch politische Rückversicherungsverträge — was er an sich nicht billigt — abschließen, aber immer nur unter der Voraussetzung, daß diejenigen, neben denen die Verträge abgeschlossen würden, wenigstens davon Kenntniß hätten. Er hat, wie ich glaube, die Aeußerung des Herrn Reichskanzlers nicht ganz correct wiedergegeben oder nicht richtig verstanden; denn wenn ich recht gehört habe, hat der Herr Reichskanzler und auch der Herr Staatssecretär die Existenz eines geheimen Versicherungsvertrags überhaupt nicht formell zugestanden, hat auch nicht gesagt und konnte deswegen nicht sagen, daß in diesen Verträgen absolute Geheimhaltung zur Pflicht gemacht sei. (Widerspruch links.) — Der Herr Reichskanzler hat die Existenz des Vertrags, sage ich, nicht zugegeben; er hat einfach erklärt, daß hier im allgemeinen Verhandlungen in Frage kommen, über die man nicht ohne Zustimmung der betheiligten Regierungen sprechen könne, und daß er deswegen nicht in der Lage sei, über diese Dinge Auskunft zu ertheilen. Aber es ist mit keinem Worte gesagt, daß in den Verträgen gestanden habe, es sei die Bedingung der absoluten Geheimhaltung gestellt; das setzte die Anerkennung der Thatsache dieses Vertrages voraus.

Nun, meine Herren, Sie mögen über das Interview, das heute veröffentlicht worden ist, denken, was Sie wollen — ich glaube, die Thatsache ist nach allen Berichten, die wir in der Presse gelesen haben, unbestreitbar, daß Fürst Bismarck gerade die Bedingung erfüllt hat, die der Herr Abgeordnete Richter an die Existenz eines Rückversicherungsvertrags geknüpft hat, daß er den verbündeten Regierungen Mittheilungen von den Verhandlungen machte, wie sie mit Rußland stattgefunden haben. Der Beweis dafür liegt auch in der Presse vor, in den Preßstimmen, die aus Oesterreich und Italien kommen, in dem Leiborgan des Grafen Kalnoky und des damaligen Ministerpräsidenten Crispi. Ich will Sie in der vorgerückten Stunde nicht mit der Verlesung dieser Aeußerungen aus der Presse belästigen, die in den letzten Tagen erschienen und in den „Leipziger Neuesten Nachrichten" gesammelt sind; aber sie beweisen deutlich, daß man dort von der Existenz dieses Versicherungsvertrags Kenntniß gehabt und ihn gebilligt hat. Nun, meine Herren, wenn das der Fall ist, wenn die verbündeten Regierungen, die Monarchen und deren leitende Staatsmänner von den Verhandlungen unterrichtet gewesen sind, so wäre doch gerade das, was der Herr Abgeordnete Richter so strikte fordert, die Mittheilung an die verbündeten Regierungen, erfüllt.

Ist das aber der Fall, so kann man hier ganz gewiß nicht aus der Thatsache der Existenz eines solchen Rückversicherungsvertrags, wie es auch mit verblümten Worten von dem Herrn Abgeordneten Dr. Lieber ausgesprochen worden ist, eine Art von Doppelzüngigkeit ableiten oder behaupten, daß sie gegen die deutsche Treue verstoße. (Sehr richtig! rechts.) Bedenken Sie doch, meine Herren: Bismarcksche Politik

war doch immer Kaiserliche Politik; und wenn der Vertrag bestanden hat — und ich glaube, man kann nach alledem, was hier gesagt worden ist, an dessen Existenz nicht zweifeln —, so bestand doch der Vertrag sicherlich nicht blos in der Actenmappe des Fürsten Bismarck, sondern war ein Vertrag, genehmigt und gebilligt von unserem Allergnädigsten Kaiser, anerkannt von den drei Kaisern, unter denen Fürst Bismarck diese Beziehungen aufrecht erhalten hat. Wie kann man da wagen, von einem Mangel an Treue zu sprechen, wenn unsere drei Kaiser diesen Vertrag durchaus gebilligt haben, wenn sie dieser Vertretung ihrer Interessen und ihrer Politik die Zustimmung gegeben haben! (Sehr gut!)

Also, diese Vorwürfe, die da laut geworden, sind unter allen Umständen unbegründet. Es hat das Bündniß bestanden, und es hat, wie Herr v. Manteuffel sehr richtig gesagt hat, erst den defensiven Charakter des Dreibunds noch wesentlich verstärkt.

Wenn wir heute die denkbar besten Beziehungen zu Rußland — so lautete ja wohl der officielle Ausdruck — haben, so ist das ganz gewiß eine erfreuliche Rückkehr zu jener Bismarckschen Politik. Und wenn man sagt: ein solcher Versicherungsvertrag ist ein gefährliches Instrument, weil es eben thatsächlich darauf ankommt, wer diesen Versicherungsvertrag eingeht —, nun, so meine ich allerdings, dann muß man zugeben, daß der Fürst Bismarck wohl das Recht hatte, solche Verträge zu schließen, weil er das volle Vertrauen unserer Verbündeten genoß, und man kann ihm heute ganz gewiß daraus keinen Vorwurf machen. Wenn aber der Herr Abgeordnete Richter vorher sagte, das Mißtrauen des Zaren, Seiner Majestät des Kaisers von Rußland, gegen Bismarck sei unbegrenzt gewesen, so möchte ich ihn auf die Veröffentlichungen, die zahllos vorliegen, hinweisen, in denen Fürst Bismarck immer wieder gesagt hat, daß er das Vertrauen Seiner Majestät des verstorbenen russischen Kaisers vollauf besessen hat. Gerade im Gegentheil, zu ihm hatte der Kaiser von Rußland Vertrauen, das hat Fürst Bismarck ausdrücklich ausgesprochen; aber er sagte ihm damals schon, als es sich um die gefälschten Actenstücke handelte: wer weiß, ob Sie dauernd im Amte bleiben?

Sodann sind die Motive zu diesen Enthüllungen des Fürsten Bismarck in einer Weise dargestellt worden, daß ich mich da vollständig dem anschließen kann, was Graf Mirbach und Herr v. Kardorff darüber gesagt haben. Es sind kleinliche Gesichtspunkte, von denen aus man hier den größten Staatsmann beurtheilt; und wenn man sich gar so weit verstiegen hat, zu sagen, daß sein Handeln aus persönlicher Rachsucht u. s. w. hervorgegangen sei, nun, so schändet sich derjenige, der solche Verdächtigungen ausspricht, ganz gewiß mehr als den Fürsten Bismarck, an dessen Größe solche Verdächtigungen nicht heranreichen. (Sehr richtig! rechts.) Solche kleinlichen Motive einem Mann unterzuschieben, der sein ganzes Leben lang seine ganze amtliche Thätigkeit nur im Dienste seines Vaterlandes, in treuer Pflichterfüllung gegen seinen König und Herrn verbracht hat,

dessen großes unvergängliches Verdienst gerade darin besteht, daß er die deutsche Monarchie und das deutsche Reich gekräftigt hat für alle Zeit, ihm derartige Motive unterzulegen, als ob er aus persönlicher Rachsucht und kleinlicher Rancüne daran denken könnte, das Werk seines Lebens wieder anzutasten und zu untergraben, — ich wiederhole es: das sind Anschuldigungen, die auf den zurückfallen, der sie ausspricht. Unser Altreichskanzler hat ja immer nur an der Befestigung des Hohenzollernthrones gearbeitet; Sie werden sich aus seinen vielen Reden, die er im Reichstag gehalten hat, der häufig wiederkehrenden Redewendung erinnern: „für meinen allergnädigsten König und Herrn und in der Vertretung seiner Politik thue ich das, was ich thue."

Wenn nun heute versucht wird, diejenigen, die es wagen, die Politik des Fürsten Bismarck und sein jüngstes Handeln zu vertheidigen, und die, wenn er solche Enthüllungen gemacht hat, der vollsten Ueberzeugung sind, daß er sie nur gemacht habe, weil er von der Ansicht durchdrungen sei, daß sie dem deutschen Vaterland nützlich sein werden, daß sie den Frieden wahren helfen, — ich sage: wenn man uns daraus den Vorwurf machen will, daß wir uns in Widersprüche zu dem heutigen Träger der Kaiserkrone setzten, nun, so brauchen wohl gerade meine politischen Freunde gegen einen solchen Vorwurf sich nicht zu verwahren. Ich meine, diejenigen, die solche Vorwürfe machen, haben am wenigsten gezeigt, daß sie bereit sind, Opfer zu bringen für des Reiches Macht und Herrlichkeit; sie haben überall versagt, wo es sich darum handelte, einzutreten für das deutsche Reich und seinen erhabenen Kaiser, während unsere Freunde immer alle Kraft einsetzten und nie daran gedacht haben, zu versagen. (Zurufe links.) — Es freut mich, daß es auch Ihre Zustimmung findet. — (Zurufe. Heiterkeit.) — Wir haben auch unsere Groschen daran gewandt, Herr Bebel; auf diese Vorwürfe brauche ich wohl nicht zu antworten. — Ich glaube, unsere Partei ist über den Zweifel erhaben, daß sie jemals versagt hätte, wo es sich darum handelte, die Machtmittel für das deutsche Reich zu steigern und dafür zu sorgen, daß die deutsche Kaiserkrone in unverdunkeltem Glanze weiter strahlt. Wir lassen uns auch darin von keiner anderen Partei übertrumpfen. Aber wenn wir heute für den Fürsten Bismarck eintreten und erklären, daß wir der Ueberzeugung sind, daß, was er auch gethan hat, nur geschehen ist, um sein großes Werk der nationalen Einheit des deutschen Volkes, die Aufrichtung des deutschen Reiches zu sichern und zu erhalten, daß er das Beste gewollt hat, so bringt uns das in keinerlei Widerspruch zu dem Träger der Krone. Ich hoffe auch, wie die Erfahrung bereits gezeigt hat, daß er das Ziel, was er verfolgte, thatsächlich erreicht hat, und daß er auch in diesem Falle Recht behalten wird. Schon heute — der Herr Abgeordnete Richter wollte es nicht aus der Presse bemerkt haben — ist für jeden, der die Presse zu lesen versteht, offenkundig: es ist schon viel Wasser in den französischen Wein gegossen, und wenn eine Gefahr aus der überschwenglichen Russen-

begeisterung für uns Deutsche entstehen könnte, so ist sie, glaube ich, durch diese Enthüllungen um ein gut Theil zurückgedrängt worden. Wir haben nicht annähernd mehr so damit zu rechnen, wenn den Franzosen der Beweis geliefert ist, nicht unwiderstehliches Liebessehnen der russischen Nation ist es gewesen, das sie in die Arme der Franzosen drängt, sondern Rußland hat noch vor wenig Jahren eine Anlehnung an Deutschland versucht! Wenn das heute den Franzosen klar wird, werden sie nicht daran denken können, daß sie nun, sicher der russischen Hilfe, diejenigen Schritte thun können, von denen sie, wie wir glauben und hoffen, für alle Zeiten die Vernunft abhalten wird. (Bravo!)

Wenn wir also heute eintreten für den Fürsten Bismarck und seine Politik, so geschieht es nicht aus blinder Verehrung, weil wir ihn für unfehlbar halten, sondern deshalb, weil ein Mann, der so Großes und Unvergängliches geleistet hat, gerade in diesem Hause, im hohen Reichstag, sicher sein sollte vor Anfeindungen, vor der Unterschiebung von Motiven so kleinlicher Art; denn ein Volk, das seine großen Männer nicht ehrt, ist ihrer nicht werth! (Lebhafter Beifall.)

Präsident:

Es ist mir ein Antrag auf Vertagung zugekommen, unterzeichnet von dem Herrn Abgeordneten Rickert. (Widerspruch.) Der Antrag bedarf der Unterstützung.

Ich bitte diejenigen Herren, welche den Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Die Unterstützung genügt.

Ich bitte diejenigen Herren, welche die Vertagung beschließen wollen, sich von den Plätzen zu erheben, beziehungsweise stehen zu bleiben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Abgeordneter Liebermann v. Sonnenberg:

Meine Herren, ich befinde mich in der angenehmen Lage, der Meinung des Herrn Abgeordneten Lieber entsprechend, mehr das zu betonen, was uns eint, als was uns in dieser Frage trennt, zumal die Herren, die sich in der Debatte gegen den Fürsten Bismarck und seine Führung der Politik ausgesprochen haben, thatsächlich mit sehr wenigen Worten abgefertigt werden können. (Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Liebknecht ist von den beiden vorigen Herren Rednern schon gebührend dahin belehrt worden, daß jemand, der derartige Aeußerungen, wie er heute gegen einen Fürsten Bismarck machen kann und dabei nur freundliche Heiterkeit statt Entrüstung seitens des Hauses einerntet, sich selber sein Urtheil gesprochen hat; ich halte es für eine kleine Bosheit seitens der socialdemokratischen Fraction, daß sie gerade den Herrn Abgeordneten Liebknecht am heutigen Tage vorgeschickt hat

(Heiterkeit); die Herren haben vielleicht vor der Oeffentlichkeit den Beweis liefern wollen, daß sie Recht hatten, wenn sie ihm die Befähigung, den „Vorwärts" noch ferner zu redigiren, auf dem Parteitage absprachen. (Heiterkeit.)

Ich weiß auch nicht, warum der verehrte Herr College Richter sich so sehr auf das hohe Pferd setzt und von der antisemitischen Partei als von Franctireuren spricht. (Zuruf links.) — Der Herr Richter hat gesagt: es werden wahrscheinlich noch Franctireure kommen, — und er hat angefügt: die einzige Partei, von deren Presse ich den Eindruck gewonnen habe, daß sie geschlossen für den Fürsten Bismarck eintritt, ist die antisemitische Partei. Daraus habe ich zu entnehmen geglaubt, daß er uns mit den Franctireuren meinte. (Zuruf links.) — Ich weiß nicht, wen er sonst meinen könnte; er müßte dann den Herrn Collegen Haußmann meinen, der noch sprechen will (Heiterkeit); denn sonst sind die Redner, die noch folgen sollen, bei irgend einer Fraction eingepfarrt.

Aber, ich meine, auch wenn der Herr Abgeordnete Richter uns nicht Franctireure nennt, so sollte er doch nicht so von oben herab über die antisemitische Partei sprechen, als ob sie ganz so ohne Bedeutung im Lande wäre, zumal im Vergleich mit seiner eigenen Partei. Denn, hochverehrter Herr College, Ihre Partei bröckelt fortwährend ab, und unsere wächst fortwährend; das ist doch eine Thatsache, die aus den letzten Wahlen deutlich hervorgeht, und mit der man rechnen muß. Es wird noch der Augenblick eintreten, nach den nächsten Wahlen vielleicht, wo man frei nach Uhland sagen kann:

Noch eine dicke Säule zeugt von entschwundner Macht
(große Heiterkeit),
Ist sie auch noch recht borstig, sie stürzt wohl über Nacht.
(Große Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete v. Kardorff hat bereits die besondere Befähigung der jetzigen freisinnigen, früheren Fortschrittspartei zu einem Urtheil über die weltgeschichtliche Bedeutung des Fürsten Bismarck klargestellt. Eine Partei, die so hervorragende Leistungen aufzuweisen hat, wie die Verweigerung der Heeresverstärkung zum Zweck des Schutzes des Vaterlandes, die die hervorragende Leistung verzeichnen kann, daß sie einen Abrüstungsantrag stellte, als der Krieg unmittelbar vor der Thür stand, — die Partei, die sich ihre Informationen über die Sicherheit des Friedens von einer „Tante" in Paris holt, oder von der ein hervorragendes Mitglied seiner Zeit wegen mangelhafter Kenntniß der französischen Sprache eine liebenswürdige Redewendung des französischen Botschafters auf einer Gesellschaft falsch übersetzte und als Friedensgarantie in die Welt hinausrief, — eine solche Partei hat fürwahr volle Berechtigung dazu, dem Fürsten Bismarck seine Bedeutung abzusprechen. (Heiterkeit.) Es ist bezeichnend, daß bei allen denjenigen, die die Partei des angegriffenen

Fürsten Bismarck hier genommen haben, derselbe Gedankengang sich herausbilden mußte: wir sind der Regierung von Herzen dankbar für ihre Erklärung. Ich freue mich besonders mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Lieber und mit seiner Partei, daß sie auch eine so große Befriedigung empfunden haben über die Ehrung, die der Herr Freiherr v. Marschall dem Fürsten Bismarck und dessen Politik hat zu Theil werden lassen. Ich bin fest überzeugt, daß große Kreise des katholischen Volks ihm dafür danken werden. Denn auch in weiten Kreisen des katholischen Volks, in dem Stand der Landwirthe, der Industrie, des Bürgerstandes überhaupt, die die Wohlthaten der Wirthschaftspolitik des Fürsten Bismarck genossen haben, ist man demselben dankbar dafür; desgleichen verehren den Einiger des Reiches auch die katholischen Veteranen aus dem großen Krieg, die vor dem Feinde mit ihrem Blut uns die Einigkeit des Reichs mit haben erringen helfen. Diese großen katholischen Kreise sind auch geneigt, dem Fürsten Bismarck das gutzuschreiben, daß er den Culturkampf, über den sie grollten und entrüstet waren, aus freien Stücken abbrach und seine Folgen zu beseitigen begann.

Meine Herren, es ist in den heutigen Verhandlungen festgestellt, wenigstens von der Mehrzahl der Redner, daß sie nichts von einer Beunruhigung im Lande gespürt haben. Es ist auch gar keine Veranlassung zu einer Beunruhigung vorhanden gewesen, nicht bei uns in Deutschland, denn was konnte uns die Bekanntmachung eines früher bestandenen Geheimbündnisses irgendwie schaden; nicht bei unseren Verbündeten in Oesterreich und Italien, denn sie haben von diesem Rückversicherungsvertrag Kenntniß gehabt, er ist, wenn ich recht berichtet bin, den Souveränen und ihren Kanzlern mitgetheilt worden und hat Crispi seiner Zeit eine besondere Anerkennung abgenöthigt. Es konnte auch in England keine besondere Beunruhigung darüber entstehen, denn England war, vielleicht nicht auf diplomatischem Wege, aber doch thatsächlich, auch über diesen deutsch-russischen Vertrag unterrichtet, und jetzt, wo er nicht mehr vorhanden ist, konnte doch daraus gerade in England keine Beunruhigung mehr entstehen. In Deutschland hat sich höchstens eine Beunruhigung insofern herausgestellt, als ein großer Theil der Presse in den unflätigsten Beschimpfungen gegen den Fürsten Bismarck sich erging, während man im Volk sehr bald die Empfindung hatte, daß auch diese Veröffentlichung des Fürsten Bismarck, wie das von anderen Rednern bereits betont wurde, in letzter Linie wieder den Interessen des großen gemeinsamen Vaterlands gedient hat. In Frankreich hat die Veröffentlichung nicht beunruhigend, sondern niederschlagend gewirkt; sie hat den Chauvinismus, der in Weißglühhitze gekommen war durch den Zarenbesuch, sehr erheblich abgekühlt und den Franzosen zu Gemüthe geführt, aus welchen Motiven Rußland wohl mit ihnen einen Flirt angebahnt hat. Die Veröffentlichungen haben die Friedenspolitik, die der große Kaiser Wilhelm begann und sein Nachfolger weiterführt, in hohem Grade gestärkt.

Meine Herren, es ist hier und da auch der Ausdruck „Verletzung von Staatsgeheimnissen“ gefallen. Was ist denn ein Staatsgeheimniß? Dafür wird mir wahrscheinlich keiner der anwesenden Juristen irgend eine allgemein giltige Definition geben können. Ich meine: was ein Staatsgeheimniß ist, wird von Fall zu Fall entschieden werden müssen, und in diesem Falle ist vor allen Dingen wohl Fürst Bismarck der allerkompetenteste Sachverständige.

Herr Richter hat in seinen Ausführungen ebenso, wie es in der Presse vielfach geschehen ist, den Fürsten Bismarck als einen Privatmann bezeichnet, der sich so verhalten sollte wie jeder andere Privatmann. Wenn man sich einmal auf den Standpunkt stellen will, so müssen Sie doch folgerichtig, wenn Sie von ihm die Pflichten des Privatmanns verlangen, ihm auch die Rechte zugestehen, die jeder Privatmann hat; und ein unveräußerliches Recht jedes Privatmannes ist, wenn er angegriffen wird, sich seiner Haut zu wehren bis zum letzten Athemzuge. Fürst Bismarck ist in schmählichster Weise angegriffen; man hat ihm den Vorwurf gemacht, daß unter seiner Amtsführung die Beziehungen zu Rußland sich verschlechtert hätten, daß der Draht durch ihn abgeschnitten sei; dagegen hat er seine Politik in Schutz nehmen wollen. Das war sein gutes Recht.

Daß die Verhältnisse zwischen Rußland und Deutschland sich thatsächlich seit Abgang des Fürsten Bismarck verschlechtert haben, scheint mir dadurch bewiesen worden zu sein, daß wir, um Rußland günstiger zu stimmen, zu der Handelsvertragspolitik greifen mußten. Meine Herren, es lag darin der grundsätzliche Fehler, daß man meinte, günstige Handelsbeziehungen zu einem Lande verbessern auch die äußeren politischen Beziehungen. Wir haben unter dem Fürsten Bismarck mit Rußland zum Theil im wirthschafts- und handelspolitischen Kriege gestanden und haben dabei doch in großen politischen Fragen uns mit dem Nachbarreich im Einverständniß befunden. Heute ist es umgekehrt, oder wenigstens war die Gefahr dafür vorhanden, daß ein umgekehrtes Verhältniß eintreten konnte. Wir haben uns damals besser gestanden; wir haben nicht so große Kosten dafür zahlen müssen, wie sie heute unserer Landwirthschaft durch die Handelsverträge auferlegt worden sind.

Daß der Fürst Bismarck, indem er sich persönlich vertheidigte, sich nicht vergreifen würde, daß er das Rechte treffen würde, das wußten seine nach Millionen zählenden Verehrer. Das deutsche Volk hat sich in diesem Vertrauen nicht getäuscht; es hat sich vielmehr von neuer Bewunderung für den genialen Staatsmann erfüllen lassen müssen, dessen vorausschauender Blick im Stande war, zu berechnen, welche günstigen Wirkungen diese Veröffentlichung auf die Verhältnisse insbesondere in Frankreich uns gegenüber ausüben würde.

Für die Socialdemokratie hat Herr Liebknecht uns selber zugestanden, daß sie durch die Enthüllung nicht beunruhigt worden sei; wir glauben es ihm gern. Da möchte ich doch wirklich wissen, wo anders Beunruhigung

vorhanden war als etwa bei einigen Zeitungen. Bei den mit uns verbündeten Staaten haben die Regierungen in ihren amtlichen Organen sehr bald jeder Beunruhigung unter den Völkern vorgebeugt. Dieselbe hat, wenn sie vorhanden war, nur ganz kurze Zeit gedauert. Ich kann darin dem Herrn Abgeordneten Dr. Lieber nicht ganz Recht geben, wenn er meint, daß der Reichstag den Beruf hätte, die verbündeten Völker zu beruhigen. Ich glaube wirklich nicht, daß das Gros der Bewohner in dem vielsprachigen Oesterreich unsere Reichstagsverhandlungen lesen wird. (Heiterkeit rechts.) Ich glaube auch nicht, daß das in Italien der Fall sein wird. Wie gesagt, das Vorhandensein einer durch die Enthüllungen erzeugten Beunruhigung im großen bestreite ich.

Meine Herren, in seiner persönlichen Vertheidigung hat der Fürst Bismarck ein Mittel gewählt, welches wieder, wie immer bei ihm, dem großen ganzen Vaterlande zum Nutzen gereichte. Ich halte es aber für unrichtig, für falsch, wenn man den Fürsten Bismarck als Privatmann deswegen hinstellt, weil er nicht mehr amtirender Kanzler ist. Als erster Mitarbeiter des großen Kaisers bei der Errichtung des deutschen Reichs bleibt er bis zu seinem letzten Athemzuge vor seinem Gewissen und vor der Weltgeschichte verantwortlich für das Wohlergehen des deutschen Reichs. Das Vertrauen des deutschen Volks in seiner großen Mehrzahl ist ihm gefolgt in die Einsamkeit des Sachsenwaldes, — und daß er bei den auswärtigen Mächten ganz besondere Autorität noch immer besitzt, das beweist die Aufmerksamkeit, die man allen seinen Kundgebungen schenkt; dieselbe geht oft weit über das Maß hinaus, das man den Kundgebungen amtirender Minister entgegenbringt. In diesem Sinne, meine Herren, halte ich den Fürsten Bismarck überhaupt für unabsetzbar; er bleibt der unabsetzbare Kanzler des deutschen Reichs. (Große Heiterkeit links.) — Ganz gewiß in dem Sinne, den ich eben bezeichnet, meine verehrten Herren! Ich will Sie nicht an das deutsche Sprichwort erinnern, wen man am vielen Lachen erkennt. Ich habe deutlich ausgesprochen, in welchem Sinne ich den Fürsten Bismarck als unabsetzbar betrachte, nämlich, daß er vor seinem Gewissen und vor der Weltgeschichte die Verantwortlichkeit fühlen muß bis zu seinem letzten Athemzuge für die Geschicke des deutschen Reichs. Man darf das Verhalten des Fürsten Bismarck nicht mit dem Maßstab messen, mit dem man z. B. die Politiker der deutsch-freisinnigen Partei zu messen berechtigt ist. Quod licet Jovi, non licet — deo minorum gentium, will ich mich höflich ausdrücken. (Heiterkeit rechts.)

Die Unruhe, die im deutschen Lande entstanden war durch die Beschimpfungen, denen Fürst Bismarck ausgesetzt war, hat Gott sei Dank durch die gegenwärtige Reichstagssitzung eine Beruhigung erfahren; man hat gesehen, daß die weitaus größte Mehrzahl dieses Hauses bis in die Reihen der Gegner des Fürsten Bismarck hinein, nicht im Stande gewesen ist, diese Unflätigkeiten in irgend einer Weise zu vertheidigen. Man kann sich darüber trösten mit der bekannten Fabel von dem sterbenden Löwen,

um den sich die Schakale, die Füchse, die Hyänen, die Wölfe und anderes Gethier versammelten und den wehrlosen Feind schmähten; eins von dem Gethier versetzte ihm sogar einen Fußstoß, das war ein Esel — außerhalb dieses Hauses natürlich. (Große Heiterkeit rechts.) In dem Namen des Fürsten Bismarck verkörpert sich gegenwärtig der Stolz unseres Volkes auf seine große Vergangenheit, die Klage um die traurigen gegenwärtigen Zustände und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Und so ist der Name des Fürsten Bismarck, von seiner Persönlichkeit entkleidet, eine Art Programm geworden für alle diejenigen, welche hoffen, daß das Vaterland wieder in bessere Verhältnisse sich hineinarbeiten wird. In diesem Sinne sind diese Vorgänge gerade ein Sammelruf (ach! links), sind eine Mahnung geworden, daß wir heraus aus den Wirren suchen, was uns eint, gegenüber der Revolution und dem Umsturz. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Abgeordneter Haußmann:

Meine Herren, die Erklärungen, die im Eingang der Verhandlungen des heutigen Tages der Herr Reichskanzler abgegeben hat, haben das doppelte von Amtswegen ausgesprochen: einmal, es handelt sich bei dem Vertrag mit Rußland um ein Staatsgeheimniß, das nicht veröffentlicht werden darf — und zweitens: es ist durch die Enthüllungen eine Wolke von Mißtrauen am politischen Horizont heraufgezogen; es ist uns aber gelungen durch die Erklärung der Treuhaltung an den Verträgen und unserer Politik, diese Wolke des Mißtrauens zu verscheuchen. Damit ist nach meiner Meinung ganz klar den Enthüllungen ihr Urtheil gesprochen. (Sehr richtig! links.) Denn sie sind damit bezeichnet als die Enthüllung von Staatsgeheimnissen, die nicht enthüllt werden durften, und es ist ferner ausgesprochen, daß sie eine schädigende Wirkung hervorgerufen haben für Deutschland; denn der autoritative Mund des Herrn Reichskanzlers hat erklärt, daß sie Mißtrauen zwischen den Bundesgenossen hervorgerufen haben. Damit ist ein Resultat erzielt, welches die Herren von der Rechten veranlassen sollte, weniger weit den Mund aufzumachen, als es namentlich der letzte Redner gethan hat, entsprechend den Dimensionen, die ihm zur Verfügung stehen. (Heiterkeit und Bravo! links.)

Was die Redner der Rechten anlangt, so möchte ich dem Grafen Mirbach, der die Worte von der „Unverschämtheit" gesprochen hat, folgendes zu Gemüthe führen. Er hat es für eine Unverschämtheit erklärt, daß man behaupte, die Worte des Fürsten Reichskanzlers haben höher gezielt als die Worte der Träger der gegenwärtigen Regierung; er hat es für nützlich gehalten zu supponiren, um den beschimpfenden Ausdruck rechtfertigen zu können, es sei das eine Vermuthung, welche nur von den Blättern der Opposition ausgesprochen sei. Ich bemerke aber dem Grafen Mirbach, daß diese Ansicht von der „Kölnischen Zeitung" und von dem „Hamburgischen Korrespondenten" als zutreffend dargethan wurde, und nun möchte ich den

Herrn Grafen Mirbach fragen, wenn er solche Worte gebraucht für die Thätigkeit, welche darin liegt, jene Tendenz festzustellen, was müßte er dann mit seinem royalistischen Bewußtsein für Worte wählen, um die Thätigkeit des Fürsten Bismarck zu bezeichnen, die darin in der That gegipfelt hat, über den Grafen Caprivi und den Fürsten Hohenlohe hinaus sich an die höchste Stelle zu richten.

Der Herr Abgeordnete von Kardorff hat — und in diesem Bestreben ist ihm der Herr Abgeordnete der nationalliberalen Partei, insbesondere der Herr Paasche, nachgekommen und ebenso auch der letzte Redner, der diesen Gedanken noch ausgetreten hat — sie haben alle keine andere Erklärung zu geben gewußt als: wir wissen nicht, was der große Geist in Friedrichsruh gewollt hat, aber wir sind von seiner Unfehlbarkeit überzeugt. (Heiterkeit links.) Nun, wenn Sie dieses Dogma der politischen Unfehlbarkeit besitzen, dann haben Sie auch den Muth, auf dieses Dogma zu treten und die Konsequenz zu ziehen und zu sagen: der Fürst Bismarck greift die gegenwärtige Regierung wegen ihrer auswärtigen Politik aufs heftigste an und ist damit im Recht, und dann greifen Sie auch die Regierung an, wenn Sie den Muth haben (sehr gut! links), drücken Sie sich nicht um die Situation und um diese Konsequenz mit großen Redensarten von der Dankbarkeit herum, die jedenfalls sehr unnöthig sind, weil kein Mensch in Deutschland ist, der nicht weiß, daß Deutschland Anlaß hat, für einen ganzen Theil dessen, was er gethan hat, ihm dankbar zu sein.

Aber dadurch hat man doch noch nicht das Recht, blind zu sein dann gegen seine Irrthümer und Fehler und zu jubeln, auch in den Fällen, wo es Deutschland nicht mehr nützlich ist; und das liegt vor, das ist in der That die Situation. Sie wollen auf der einen Seite sich mit dem Namen des Fürsten Bismarck identificiren, und auf der anderen Seite schreiben Ihnen Ihre Traditionen vor, die Regierung nicht anzugreifen. (Unruhe rechts. Beifall links.) Wenn Sie überzeugt sind von der Berechtigung des Angriffs des Fürsten Bismarck, und daß es ein patriotisches Werk ist, die Regierung wegen der Aenderung ihrer Politik in dem von ihm enthüllten Punkte zur Verantwortung zu ziehen, dann seien Sie auch Patrioten und sprechen Sie hier von der verantwortlichen Stelle im Reichstage diese Angriffe auch aus. Sie haben es nicht gethan, und der Herr Graf Herbert Bismarck hat es auch nicht gethan. Es ist eins der bemerkenswerthen Ergebnisse der heutigen Sitzung, daß er sich auf das, was hier gesagt worden ist, mit keinem Worte zu vertheidigen und die Anklagen zu substanziiren und zu vertreten veranlaßt fand. (Sehr richtig! links.) — Er ist ja doch sonst der Vertreter seines Vaters. Wenn er, sich in die Angelegenheit von Amerika einmischend, der Silberpartei empfiehlt, sie solle die Doppelwährung einführen, dann ist er der Interpret seines Vaters. So soll er auch hier auftreten und diese Politik gleichfalls vertreten. Wir müssen den Eindruck in uns aufnehmen, daß sie sich öffentlich und anders als anonym überhaupt nicht vertreten läßt. (Bravo links.)

Nun den letzten Redner anlangend — was ist die Quintessenz dessen, was der Herr Liebermann v. Sonnenberg vorgetragen hat? Ein mit Scheltworten garnirter Lobgesang. Dahin ist es gekommen, daß der Fürst Bismarck als seinen eigentlichen Lobpreiser hier im Reichstag den Vertreter der antisemitischen Partei sein eigen nennen darf. Die Partei Ahlwardt ist diejenige, die es am meisten für nöthig hält, die Defecte ihrer Partei dadurch zu verdecken, daß sie sich zu drapiren sucht mit dem großen Namen Bismarcks (sehr gut! links), und, meine Herren, eine Partei, die sich, wie eben das der Herr Abgeordnete Liebermann v. Sonnenberg gesagt hat, ihrer Erfolge bei den Wahlen rühmt, die sollte sich doch auch vergegenwärtigen, daß sie neuerdings Erfolge nur dadurch zu erringen sucht, daß sie Landrathscandidaturen acceptirt und hinter dem Landrath hermarschirt.

Er hat gesagt, der Fürst Bismarck habe das Recht, wie jeder Privatmann, seine Ansicht zu vertreten. Gewiß! Und gewiß ist sein Wort wichtiger als das jedes anderen Privatmannes in diesen Angelegenheiten, und gewiß wäre es außerordentlich erwünscht gewesen, falls er patriotische Befürchtungen hat, wenn er, solange er Abgeordneter dieses Hauses gewesen ist, hier seine Politik vertreten hätte. (Sehr richtig! links.) Aber anders liegt die Frage, wenn man für ihn das Recht reclamirt, daß er, der Privatmann, nun die früheren Kenntnisse seiner amtlichen Stellung und der ihm in dieser bekannt gewordenen Geheimnisse benutzt, um der gegenwärtigen Regierung Schwierigkeiten zu machen — das ist ein „Recht", welches nach unserer Meinung weit hinausgeht über das, was der Patriotismus vorschreibt.

Nun aber der Kernpunkt der ganzen Anklage ist ja doch der — und von der Pflicht, ihre Berechtigung zu untersuchen, können alle Ruhmeserhebungen über die Bedeutung des einzelnen Mannes nicht entbinden und nicht darüber hinwegbringen —: die gegenwärtige Regierung und ihre Vorgängerin, die Regierung des Grafen Caprivi, hätte dadurch Deutschland geschädigt, daß sie aufgehört haben, sich außer auf den Dreibund mit einem Fuß auf Rußland zu stützen. Ich muß sagen: alles, was bisher vorgebracht worden ist zur Rechtfertigung dieses angeblichen großen Fehlers der Regierung, hat auch für denjenigen, der im übrigen kein Anhänger der Regierung ist, in keiner Weise überzeugend gewirkt, während umgekehrt nicht zu verkennen ist, daß das, was der Herr Staatssecretär ausgeführt hat über die Wirkungen und die Nebenwirkungen solcher Assecuranzverträge gegenüber den Hauptverträgen, in der That dahin führt, daß man der Ansicht des Herrn v. Kardorff zustimmen kann, welcher vorhin erklärte, man sähe, daß die gegenwärtige Leitung der auswärtigen Angelegenheiten „in vorsichtigen und ruhigen Händen" ruhe. Wenn das der Fall ist, dann thut man aber dieser „vorsichtigen und ruhigen Regierung" einen schlechten Dienst, wenn man erklärt, derjenige, der sie der Fehler und der Preisgebung deutscher Interessen beschuldige, sei ein unfehlbarer Staatsmann. (Sehr richtig! links.)

Auch das ist ganz gewiß wahr, daß die geschriebenen Klauseln von diplomatischen Geheimverträgen eine verhältnißmäßig geringe Bedeutung haben, und niemand hat das überzeugender ausgeführt, als in seinen früheren Jahren der Fürst Bismarck selbst. Anno 1887 ist es gewesen, am 20. Februar, daß der Fürstreichskanzler hier ausgesprochen hat — also zu einer Zeit, wo der Assecuranzvertrag bestanden hat —:

> daß der Kaiser von Rußland, wenn er sieht, daß die Interessen seines großen Reiches von 100 Millionen Unterthanen ihm gebieten, Krieg zu führen, — daß er dann Krieg führen wird, daran zweifle ich gar nicht.

Also er hat unterstellt, daß nicht die Klauseln dehnbarer Verträge, sondern die Interessen des Reichs eines Monarchen dasjenige sind, was zum Kriege führt oder nicht zum Kriege führt. Wie weit solche Verträge, auch wenn und gerade wenn dieselben auf den Fall eines Angriffs beschränkt sind, nach den vielfältig herzustellenden Eventualitäten und Constellationen dehnbar und verschiebbar sind, hat treffend der Herr Staatssecretär ausgeführt, und ich brauche darauf nicht weiter hinzudeuten. Aber das scheint mir noch werth zu sein, hervorgehoben zu werden, daß Fürst Bismarck es selbst gewesen ist, der als Richtschnur für unsere auswärtigen Beziehungen den Grundsatz ausgesprochen hat, der dauernd Bedeutung auch für die jetzige Situation besitzt, und dem wir dauernd zustimmen können: „wenn wir uns Oesterreich entfremdeten, so geriethen wir, wenn wir nicht ganz isolirt sein wollten in Europa, nothwendig in Abhängigkeit von Rußland.“ Wenn das wahr ist, dann mußte die Regierung in dem Augenblick, wo sie das fand, daß Assecuranzverträge mit den eventuellen Gegnern von Oesterreich uns Oesterreich entfremden, im deutschen Interesse aufhören, diesen Vertrag zu erneuern. (Zustimmung links und in der Mitte.)

Ich glaube weiter aussprechen zu dürfen: nicht die geschriebenen Worte, sondern die Gesammtbeziehungen der Völker unter einander sind die unendlich wichtigeren Factoren und Assecuranzen für Krieg und Frieden; und deshalb ist es auch ganz gewiß richtig, daß eine Politik eine Bürgschaft für den Frieden schafft, welche die Völker einander wirthschaftlich näher bringt. (Sehr richtig! links. Zurufe rechts.) Und von diesem Gesichtspunkt aus, behaupte ich, ist besser als jeder Geheimvertrag, den man die Bundesgenossen nicht lesen lassen darf, ein Handelsvertrag, welcher nicht nur selbst ein Band ist, sondern Tausende von neuen wirthschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Bewohnern des Landes knüpft und sie darauf hinweist, daß sie gemeinsame Interessen für die Erhaltung des Friedens haben.

Daran will ich nur im Vorübergehen erinnern, daß es etwas höchst eigenthümliches ist, wenn man sich nachträglich an die Stimmung von 1887 erinnert, wo man zu einer Zeit, da der Friedensassecuranzvertrag bestanden hat, dem deutschen Volk in einer Wahlcampagne, wie sie sonst

nie gewesen, und welche inspirirt war von dem Fürsten Bismarck, vorgemalt hat, daß Deutschland unmittelbar vor einem Angriff von zwei Fronten stehe. (Sehr richtig! links.)

Es ist aber auch zur Beurtheilung der ganzen Handlungsweise, welche sich in diesen Enthüllungen gezeigt hat, und zur Prüfung auf ihre wirkliche Bedeutung und ihren Werth nützlich, sich einen Augenblick zum Bewußtsein zu bringen, daß diese ganze Taktik nur ein Glied ist in der Kette von Schwierigkeiten, welche der frühere Reichskanzler seinen Nachfolgern zu bereiten versucht hat. Gestern ist in den „Hamburger Nachrichten" das interessante Bekenntniß niedergelegt, daß die „Hamburger Nachrichten" den ersten Auftrag und Weisung, wie sie sich ausdrücken, von Fürst Bismarck schon im April 1890 erhalten hätten, und zwar ging die Weisung angeblich dahin, den Grafen Caprivi zu „schonen". Damit ist festgestellt, daß die Politik, welche seither die „Hamburger Nachrichten" gemacht haben, auf Weisungen und Aufträge des Fürsten Reichskanzlers Bismarck zurückzuführen sind. (Zurufe.) Und wenn wir uns nun vergegenwärtigen, welche Schwierigkeiten in der inneren Politik er gesucht hat seinen Nachfolgern zu bereiten, indem er in Wien die Schlagworte gegen die Handelsvertragspolitik ausgegeben hat, in Wien, wo er auch merkwürdigerweise die Beschwerde losgelassen hat, der Draht mit Rußland sei abgeschnitten, eine Aeußerung, die man damals auf ihren materiellen Inhalt nicht verstehen konnte, welche aber heute substanziirt ist, daß unter dem Vertrag eben jene unterirdische Leitung, des geheimen Assecuranzvertrags enthalten war, gemeint sei, — wenn man sich dann weiter erinnert, wie er dadurch in dem Verhältniß der europäischen Nationen untereinander eine nicht unbedenkliche Verschärfung herbeigeführt hat, daß er gleichfalls das Staatsgeheimniß enthüllt hat, in welcher Weise die Depesche von Ems retouchirt — ich will mich vorsichtig und mild ausdrücken — (Heiterkeit links) worden sei, wie er dadurch dem Gros der Franzosen und auch jenem urtheilsfreieren Theil, welcher bis dahin geglaubt hatte, daß die Angriffslust Napoleons in der That die Ursache dieses Zusammenstoßes gewesen sei, — wie er auch diesen dadurch das Mittel in die Hand gedrückt hat, die Legende oder das Axiom auszuspinnen, daß sie schlau durch eine überlegene Diplomatie in diese Situation hineingelockt und in einen Krieg gegen ihren Willen von einem angriffslustigen Gegner verwickelt worden seien; wenn man sieht, wie seither, unter dem Eindruck dieser Geschichtsdarstellung des Fürsten Bismarck, die ganze Auffassung in Frankreich sich nicht gemildert, sondern verschärft hat, und wenn man ferner bedenkt, wie der Fürst Bismarck alles thut, um die Stimmung und das Verhältniß zwischen uns und England zu verschärfen, so muß man in der That sagen: über Tendenz und System dieses Verhaltens kann kein Zweifel sein. Zugleich aber muß auch die Politik, die die gegenwärtige Regierung macht, welche, anstatt die Taktik des kalten Wasserstrahls fortzusetzen, die Weltausstellungsbeschickung von Paris beschlossen hat, und die Politik, welche nicht auf eine

Verfeindung mit England lossteuert, um sich Rußland sympathisch zu machen, denjenigen als eine klügere erscheinen, die nicht von dem Gedanken durchdrungen sind, daß jener Mann mit dem großen Namen in Friedrichsruh die unfehlbare Quelle aller staatsmännischen Weisheit sei. Weil ich von England eben spreche — ich finde auch heute die Meinung, die ich im Januar dieses Jahres ausgesprochen habe, unter dem Eindruck der Echauffirung, welche damals in der öffentlichen Meinung beider Länder eingetreten ist, nur bestätigt. Heute, wo das Telegramm an den Präsidenten Krüger längst vergessen ist — oder wenigstens eine kleine, kleine Sache geworden ist —, kann man, glaube ich, aussprechen, daß es nicht weise gewesen ist, die Stimmung der beiden Länder wegen dieses Anlasses so scharf zu steigern, wie es damals der Fall gewesen ist; es war nicht weise von den englischen Staatsmännern und auch von den deutschen Staatsmännern — ich sage: Staatsmännern (Heiterkeit rechts), um dem parlamentarischen Gebrauch getreu zu bleiben, den Träger der Krone nicht in die Debatte zu ziehen. (Heiterkeit links.)

Es hat der Fürst Bismarck seiner Zeit ausgesprochen, daß die reellen Beziehungen der Nationen das Entscheidende für ihre Bündnisse sein sollen; und wenn wir so die Frage stellen, dann müssen wir nach meiner Meinung sie dahin beantworten, daß wir stärkere Interessengemeinschaften als mit Rußland mit England besitzen. Wir haben eine gemeinsame Abstammung und eine weitgehende gemeinsame Auffassung und ein weitgehend gemeinsames Temperament; und in diesem Sinne läßt sich, wenn man in chemischen Bildern sich auszudrücken liebt, vielleicht sagen: Blut ist dicker als Branntwein. (Heiterkeit.) Aber, meine Herren, wichtiger noch als diese Beziehungen der Stammesgemeinschaft scheint mir die Thatsache zu sein, daß wir eine weitgehendste Kulturgemeinschaft mit England besitzen. Wie man nicht verkennen kann, daß die russische Kultur von der unsern verschieden ist und, wie ich meine, tiefer steht, ebenso sicher kann man aussprechen, daß die ganze Art der Thätigkeit geistigen Schaffens zwischen Deutschland und England eine nahe verwandte ist, und daß diese beiden Länder gleichmäßig an dem großen Kulturwerke des Fortschritts der Menschheit fortarbeiten. Wenn das wahr ist, werden wir wohl daraus nicht den Schluß ableiten, daß wir darum Bündnisse schließen müssen mit England, aber wir werden doch aussprechen können, daß es eine falsche Politik ist, wenn man Verfeindung und Verbitterung der Beziehungen zwischen England und Deutschland herbeiführen will. Dies zu unterlassen ist auch deshalb zweckmäßig, weil wir bei der ganzen Gestaltung unserer Beziehungen, soweit es unsere Interessen nicht verbieten, doch aus allen Gründen der Klugheit werden Rücksicht zu nehmen haben auf die Beziehungen, die unsere Bundesgenossen zu den anderen Staaten haben.

Und da möchte ich noch auf einen Punkt zurückkommen, den ich im Januar dieses Jahres bei der Transvaalinterpellation hervorgehoben habe, und der gerade in diesem Zusammenhang außerordentlich interessant ist,

nämlich die Frage, die ich als Frage zugleich an die Regierung richten will, ob sie darüber Auskunft geben kann, daß zwischen Italien und England ein Assecuranzverhältniß besteht, und ob ein solches der Regierung mitgetheilt ist — in welchem Falle sie getreu ihrer heutigen Stellungnahme sich nicht aussprechen wird. (Heiterkeit.) — Ja, meine Herren, hier ist im Jahre 1892 in einem zu der Vertheidigung der Politik Caprivis von einer dem Consulardienst angehörigen Persönlichkeit verfaßten Buch „Berlin, Wien, Rom" die Existenz eines Assecuranzvertrags mit den Worten ausgesprochen worden: das eigentliche Geheimniß desselben ist durch den dem Minister nahestehenden Abgeordneten Terraris mitgetheilt worden, welcher in einem Brief als den wesentlichsten Punct der zwischen Italien, dem Dreibund und England getroffenen Festsetzung die Bestimmung bezeichnet,

> daß keiner der contrahirenden Staaten für irgend einen Angriffskrieg auf Unterstützung seiner Verbündeten rechnen dürfe, daß aber jeder Angriff gegen eine der drei Mächte die sofortige bewaffnete Theilnahme der beiden anderen zur Folge haben werde.

Zugleich wurde über gewisse, zwischen Italien und England getroffene Abmachungen berichtet und darüber das Folgende gesagt:

> Sollte Italien angegriffen werden, so wird England ihm von der Seeseite zu Hilfe kommen. Jede Veränderung des status quo, welche den Interessen beider Staaten widerspricht, wird eine gemeinsame Action Englands und Italiens zur Folge haben und England auch in dem Falle zur Vertheidigung Italiens verpflichtet sein, daß das letztere durch sein Verhältniß zum Dreibunde in den Krieg gezogen worden sein sollte. Ein besonderes Abkommen zwischen England und der Tripelallianz besteht nicht.

Nun, wenn das der Fall wäre, dann wäre also, nachdem der russische Assecuranzvertrag zwischen Rußland und Deutschland abgelaufen wäre, zwischen England und dem Dreibundsstaat Italien ein Friedensassecuranzvertrag geschlossen worden, in dem dies Schweigegebot gegenüber den beiden anderen Dreibundsmächten wohl nicht aufgenommen sein mußte. Diejenigen, die den Werth der Assecuranzverträge so außerordentlich hochstellen, wie das zum Theil heute geschehen ist, hätten dann allen Grund, auch auf diese Frage Rücksicht zu nehmen. (Unruhe rechts.)

Meine Herren, ich glaube nicht nöthig zu haben, auf diese Frage nochmals einzugehen (Zustimmung), — auf die Frage nochmals einzugehen, ob es sich um nachtheilige Wirkungen bei solchen Veröffentlichungen handelt; aber das darf ausgesprochen werden, daß für diejenigen, die ein Interesse an der Untergrabung des Dreibundes in den drei Bundesstaaten — es giebt ja, nicht in Deutschland, aber in Böhmen und Italien solche Parteien und außerhalb derselben — haben, daß denen der große Dienst geleistet ist, einen Vorwand für ihre Thätigkeit zu schaffen und für ihre Behauptung,

daß der Dreibund brüchig sei, und schon das halte ich für höchst unerwünscht, wenn die Frage discutirt wird, die Frage, ob der Dreibund besteht, oder ob er anfängt, brüchig zu werden. (Unruhe rechts.)

Und, meine Herren, was die Frage anlangt, ob solche Assecuranzverträge ohne Verrath an den Interessen der Bundesgenossen abgeschlossen werden dürfen, so bin ich der Meinung: gewiß dürfen sie abgeschlossen werden, aber nur die Frage der geheimen Abschließung ist das Bedenkliche. Ich will die Frage nicht weiter verfolgen, um nicht zu einem für Deutschland ungünstigen Resultat zu kommen; aber ich will denen, welche die Bedenken leugnen, die Frage vorlegen: was würden wir und was würden sie sagen, wenn man erfahren würde, daß Italien mit Frankreich einen Bund abgeschlossen hätte, und zwar hinter unserm Rücken (Unruhe rechts), und uns nichts davon gesagt hätte. In Deutschland wäre man sehr schnell bereit mit dem Vorwurf der italienischen Perfidie — zu dem übrigens Italien niemals Anlaß geben wird.

Aber, meine Herren, wie alle solche Handlungen ihre gute und ihre schlimme Seite haben, so ist auch das Vorgehen des Fürsten Bismarck nicht ohne Nutzen gewesen, er ist auch schon in diesem Fall, wie schon so manchmal, der Geist gewesen, der mitunter das Böse will und doch das Gute schafft. (Heiterkeit links.) Ich glaube, es ist der Nutzen entstanden, daß die Regierung in der Lage war, gegenüber den Bundesgenossen eine klare und unzweideutige Erklärung abzugeben, wie sie zweifellos in diesen letzten Wochen erfolgt sein wird, und auch über ihr Verhältniß zu den anderen Staaten diesen gegenüber keinen Zweifel um sich greifen zu lassen. Es ist aber namentlich für das Parlament und das öffentliche Leben der Nutzen eingetreten, daß während wir unter der Regierung des Fürsten Bismarck weitgehendst davon ausgeschlossen waren, über auswärtige Politik überhaupt zu debattiren, jetzt durch ihn selbst der Nutzen, nicht nur für das Parlament, sondern, was wichtiger ist, für die öffentliche Meinung gegeben ist, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen und sie nicht mehr als ein ausschließliches Privileg der Diplomatie anzusehen. Denn auch die Lehre und Einsicht ist aus all den Erörterungen dieser Tage hervorgegangen, daß die Kulissenspielerei und Geheimkunst der Diplomatie und die papierenen Verträge einen verschwindenden Werth haben gegenüber den reellen und ideellen Interessengemeinschaften, welche getragen sind von der Ueberzeugung der ganzen Bevölkerung. (Bravo! links.)

Abgeordneter Rickert:

Meine Herren, ich bedaure, daß Sie meinen Vertagungsantrag abgelehnt und mich dadurch gezwungen haben, in so später Stunde mich mit einigen Worten zu begnügen. Ich bedaure es um so mehr, als gerade von jener Seite (rechts) Provocationen ergangen sind, welche eine Antwort nöthig machen, indeß Sie haben ja darin Recht: für den heutigen Tag ist die Frucht, die die Interpellation bringen sollte, bereits da. Sie können

sie einheimsen, und wir können uns bei späteren Gelegenheiten über die Fragen, welche der Herr Abgeordnete v. Kardorff und auch der Herr Graf v. Mirbach angeregt haben, eingehender unterhalten. Die Frucht der Interpellation ist die unumwundene Erklärung des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten. Alle Parteien haben ihnen dafür Dank gezollt. Wir schließen uns nicht aus. Allerdings zollen wir diesen Dank in etwas anderer Weise als Herr v. Kardorff. Wenn jemand unbefangen diese Rede hörte, so mußte er doch sagen: der Dank auf den Lippen, dagegen innen das allergrößte Mißtrauen; denn was soll es wohl heißen, wenn auf die politische Versicherung des Herrn Reichskanzlers wie auch des Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten: fremde Einflüsse sind bei unserer auswärtigen Politik nicht maßgebend, — Herr v. Kardorff sich hinstellte und mit Emphase antwortet: der Reichstag muß das Wort sprechen, daß bei unserer auswärtigen Politik fremde Einflüsse nicht maßgebend sein dürfen. Warum diese Antwort, wenn sie kein Mißtrauen bedeutet? warum die Frage, nachdem die beiden Herren von der Regierung sich so klar ausgedrückt haben? Das ist Versteckspiel; das nennen Sie doch keinen aufrichtigen Dank, den Sie der Politik der Regierung darbringen.

Herr v. Kardorff hat Excursionen in eine weite Vergangenheit gemacht. Er vergaloppirte sich dabei sogar bis zu dem Ausspruch, daß die Regierung die Ueberzeugung haben müsse, daß ohne die Conservativen eine verständige Politik überhaupt nicht möglich sei. — Er bestätigt mir das. — Ja, Herr v. Kardorff, wir beide sind doch alt genug und lange genug Parlamentarier, daß Sie ebenso gut, wie ich, wissen müßten, daß der Fürst Bismarck sehr häufig ohne die Conservativen verständige Politik gemacht hat, und namentlich ohne die Herren, die weiter rechts von Ihnen sitzen. Oder wissen Sie denn gar nichts von der Kreuzzeitungspartei, die dem deutschen Programm Bismarcks gegenüberstellte: keine Einigung Deutschlands auf den Wegen Italiens, durch Kronenraub und Blut! Haben Sie das alles vergessen? Die „verständige" Politik der damaligen Conservativen ist das Programm des Preußenvereins gewesen, und wir könnten, wenn sie befolgt wäre, heute noch die Sehnsucht nach einem einigen Deutschland in unserem Herzen tragen. Erinnern Sie sich denn gar nicht der Zeit des Pairsschubs in Preußen? War da auch nicht ohne die Mitwirkung der Conservativen eine verständige Politik möglich?

Ich könnte diese Unterhaltung mit Herrn v. Kardorff fortsetzen, aber ich bitte ihn, sich einmal selber in seinem Gedächtniß etwas genauer zu orientiren. Es hat ihn heute in der That bei dem Drange, gegen unsere jetzige Regierung und für den Fürsten Bismarck etwas vorzubringen, vollständig verlassen. Er greift auf eine Rede Virchows aus der Conflictszeit zurück! Da könnte ich Ihnen auch Reden von Anderen bringen? Haben Sie denn die Rede Bismarcks ganz vergessen, in der er zu der Linken sagte: Sie hatten damals Recht in der Opposition, die Sie mir in der

Verfassungsfrage gemacht haben; denn Sie konnten nicht wissen, und ich selber habe es nicht sicher gewußt, wohin die auswärtige Politik gehen würde. Ich kann den Wortlaut jener Erklärung heute hier nicht feststellen; der Sinn der Rede war aber der. Fürst Bismarck war also viel gerechter gegen die Opposition der Herren Virchow, Gneist und ihrer Collegen — auch die Stützen der nationalliberalen Partei standen im Verfassungsconflict ebenso in der Opposition wie der Abgeordnete Virchow. Wissen Sie denn nicht, meine Herren, daß der Fürst Bismarck nachher um Indemnität wegen der Verletzung der Verfassung gebeten hat? Ist das nicht eine Rechtfertigung für die Opposition, welche damals die Majorität des preußischen Abgeordnetenhauses hatte? Alle diese Dinge haben Sie vergessen? Damit kommen Sie uns doch nicht! Wollen Sie gründlich discutiren an der Hand der Geschichte, wollen Sie dabei unbefangen und gerecht sein, wir sind jeden Tag dazu bereit.

Die eigentliche Sachlage wird bei der jetzigen Discussion vollständig verschoben. Ich weiß nicht recht, was für die Herren der Kern der Debatte ist. (Heiterkeit rechts.) Ja, was dann? Es scheint, als wenn Sie die Regierung vor England haben warnen und zum Anschluß an Rußland haben bewegen wollen. Ich will auf diese Frage, die auch der Herr College Haußmann, mein verehrter Herr Vorredner, besprochen hat, nicht eingehen. Ich entscheide mich in dieser Discussion weder für England noch für Rußland. Um diese Frage kann es sich für heute doch nicht handeln. Es handelt sich auch nicht um den unsterblichen Ruhm des Fürsten Bismarck, den Herr v. Kardorff hier vertheidigen zu sollen gemeint hat. Gegen wen denn? Wer hat denn diesen unsterblichen Ruhm angegriffen? Sie müssen eben ein solches Kampfobject vorschieben, weil das eigentliche Kampfobject Ihre Schwäche zeigen würde. Es handelt sich hier jetzt einfach darum: war der Fürst Bismarck zu jenen Veröffentlichungen berechtigt, hat er dem Vaterland damit einen Dienst geleistet oder Schaden zugefügt? Das ist die Frage. (Sehr richtig! links.) In dieser Frage stehen wir unbedingt zur Regierung. Fürst Bismarck hat sich mit den schärfsten Worten, als er noch Reichskanzler war, gegen diejenigen gewendet, welche es wagten, ohne die Autorisation des verantwortlichen Reichskanzlers Dinge aus dem auswärtigen Ressort zu veröffentlichen. Sie kennen ja die Verhandlungen über den sogenannten Arnim-Paragraphen. Und nun, wo Fürst Bismarck Privatmann ist, und der Fürst Hohenlohe und der Minister des Auswärtigen verantwortlich sind — da soll es auf einmal heißen: jetzt ist es anders. In dieser Beziehung sind wir loyaler gegen die Regierung. Wenn sie erklärt, hier handelt es sich um Staatsgeheimnisse, die nicht veröffentlicht werden dürfen ohne Schaden für das Vaterland, so stimmen wir zu und legen uns die Reserve auf, die wir zu Zeiten des Fürsten Bismarck uns immer auch haben auferlegen müssen. Er hätte uns schön heimgeleuchtet, wenn wir anders hätten verfahren wollen.

Einer der Herren Vorredner behauptete wieder, daß sowohl die österreichische wie auch die italienische Regierung Kenntniß von dem Rückversicherungsvertrage mit Rußland gehabt habe. Was soll man dazu sagen?! Die Regierungsvertreter haben uns gerade das Gegentheil gesagt. Woher haben Sie denn Ihre Kenntniß? Auch wieder aus Friedrichsruh oder durch Vermittlung von Friedrichsruh?

Meine Herren, mir hat am wenigsten gefallen, daß hier und in der Bismarckpresse immer diese fortgesetzten Angriffe gegen den Grafen Caprivi im Vordergrund stehen. (Heiterkeit rechts.) — Ja, meine Herren, Graf Caprivi ist zu vornehm dazu, um sich in diesen Kampf einzulassen. (Sehr wahr! links und in der Mitte.) Er enthält sich des Eingreifens in die öffentliche Discussion, weil er weiß, daß er derartige Enthüllungen nicht machen könnte, ohne Staatsgeheimnisse zu verrathen und Staatsinteressen zu verletzen. Haben Sie doch Respect vor der vornehmen Zurückhaltung des Grafen Caprivi und greifen Sie einen Mann in dieser Weise nicht an, der niemals die Verdienste Bismarcks um unser deutsches Vaterland geschmälert hat. (Sehr wahr! links.) Er hat hier sehr oft vor uns darüber gesprochen und sie anerkannt, wie heute der Herr Reichskanzler und der Staatssecretär des Auswärtigen. Nie kann es Ihnen mit allen Ihren Angriffen auf den Grafen Caprivi gelingen, sein g r o ß e s und d a u e r n d e s V e r d i e n s t zu s c h m ä l e r n, d a ß e r u n s v o r e i n e m e u r o p ä i s c h e n Z o l l k r i e g d u r c h d i e H a n d e l s v e r t r ä g e b e w a h r t h a t (Bravo! links), und daß er gerade auf diesem Wege die näheren Beziehungen zu Rußland, die früher nicht in dem Maße vorhanden waren, wiederhergestellt hat.

Nun, meine Herren, der Zweck der Interpellation ist für uns wenigstens vollkommen erreicht. Wir sind der Zuversicht, daß das Vertrauen auf die Vertragstreue und die aufrichtige Friedenspolitik des deutschen Reiches im Ausland nicht erschüttert werden kann und auch nicht erschüttert worden ist, und daß nach den Erklärungen des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten jeder weiteren Beunruhigung der öffentlichen Meinung — die allerdings vorhanden gewesen ist — vorgebeugt ist. Das ist die Frucht der heutigen Interpellation, und wir können alle damit zufrieden sein. Zu bedauern ist nur, daß wir nicht durch einen mit großer Majorität des Reichstags — und diese wäre vorhanden — gefaßten Beschluß diesem Ergebniß auch einen bestimmten öffentlichen Ausdruck geben können. (Bravo! links.)

Präsident:

Es ist mir ein Antrag auf Schluß dieser Besprechung zugegangen, unterzeichnet von den Herren Abgeordneten Grafen Limburg-Stirum, Fritzen (Düsseldorf) und Weber (Heidelberg). Der Antrag bedarf der Unterstützung. Ich bitte diejenigen Herren, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Die Unterstützung reicht aus.

Ich bitte diejenigen Herren, welche den Schluß der Besprechung beschließen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben, beziehungsweise stehen zu bleiben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; der Schluß ist beschlossen.

Abgeordneter v. Kardorff (zur persönlichen Bemerkung):

Der Herr Abgeordnete Haußmann hat mir vorgeworfen, ich wäre nicht oppositionell genug; nach meiner ganzen Stellung zum Fürsten Bismarck müßte ich oppositionell gegen die jetzige Regierung sein. Ich weiß nicht, ob ihm meine Haltung bei den Handelsverträgen, bei allen agrarischen Fragen nicht oppositionell genug war. Ich werde mir Mühe geben, sie zu verbessern. (Heiterkeit.)

Abgeordneter Richter (zur persönlichen Bemerkung):

Der Herr Abgeordnete Graf v. Bismarck hat die Unterredung im „Neuen Wiener Tagblatt" als apokryph bezeichnen lassen. Ich muß abwarten, was das „Neue Wiener Tagblatt" über das Interview vom vorigen Sonnabend erklärt. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß ich mich bei meinen Ausführungen nicht blos auf das „Neue Wiener Tagblatt" berufen habe, sondern ich habe ausgeführt, daß diese Darlegungen sich genau decken mit den sonstigen Ausführungen in der Presse aus der Umgebung des Herrn Fürsten Bismarck.

Herr Abgeordneter v. Kardorff hat behauptet, ich hätte die Interessen Englands und Deutschlands für identisch erklärt. Ich habe nur hervorgehoben, daß in Europa die Interessen der beiden Länder identisch sind, und denen gegenüber die etwaigen überseeischen Streitigkeiten nicht sonderlich ins Gewicht fallen.

Herr Abgeordneter v. Kardorff meinte, ich hätte den Fürsten Bismarck beschuldigt, Mißtrauen verdient zu haben Rußland gegenüber in den Verhandlungen beim Berliner Vertrag. Ich habe nur gesprochen von dem Mißtrauen, welches der Zar Alexander zu dem Fürsten Bismarck gefaßt hat, ohne meinerseits irgend ein Urtheil abzugeben.

Dann hat der Herr Abgeordnete v. Kardorff gemeint, ich habe den ganzen Gang der auswärtigen nationalen Politik des Fürsten Bismarck angegriffen. Mit keinem Wort; ich habe im Gegentheil ausdrücklich hervorgehoben, daß, wie wir fast immer in der auswärtigen Politik ihm zugestimmt haben, wir seine Dreibundspolitik von Anfang an mit unserer Sympathie begleitet haben.

Ich bin nicht im Stande, dem verehrten Kollegen Herrn Liebermann v. Sonnenberg etwas übel zu nehmen. (Heiterkeit.) Er ist nun einmal der berufene Spaßmacher der Herren auf der Rechten; er ist berufen, diejenigen Scherze zu machen, über welche die Herren sehr gern lachen, die sie aber selbst zu machen zu vornehm sind. (Sehr richtig! links.)

Ich bin auch weit davon entfernt gewesen, die Herren Antisemiten mit Franctireuren zu vergleichen; im Gegentheil — das war der Kern

meiner Ausführungen — ich halte sie für die Krongarde des Fürsten Bismarck und finde dies gerade für die gegenwärtige Situation bezeichnend. (Heiterkeit links.)

Präsident:

Das war zuletzt nicht mehr persönlich.

Abgeordneter Liebermann v. Sonnenberg
(zur persönlichen Bemerkung):

Ich bin in der angenehmen Lage, dem Herrn Abgeordneten Richter sein Compliment zurückgeben zu können; ich will aber dabei doch erwähnen, daß in diesem Fall, weil ihm nichts Neues einfiel, er Plagiator an sich selbst geworden ist. Diese schmeichelhafte Redewendung über uns Antisemiten hat er kürzlich schon in Hessen zum Besten gegeben. Er nannte uns auch dort Spaßmacher der Junker. Herr Richter, es kommt, wenn man Scherze macht, sehr darauf an, ob sie treffen und ob die Zuhörer über den Scherz lachen oder über die Person. Bei Ihnen lacht man, wenn Sie Witze machen, jetzt meistens über Ihre Person. (Lachen links.)

Der Herr Abgeordnete Rickert hat mich gefragt, woher ich Kenntniß davon hätte, daß die Monarchen in Oesterreich und Italien über den Vertrag mit Rußland unterrichtet waren. Ich brauchte dazu nicht, wie er meinte, nach Friedrichsruh zu reisen, sondern nur die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ von gestern, Sonntag, den 15. November, zu lesen, worin Materialien zur Bismarckinterpellation gesammelt sind. Ich stelle ihm die Zeitung zur Verfügung.

Der Herr Abgeordnete Haußmann hat uns die Ahlwardt-Partei genannt, und hat dabei eine objective Unwahrheit ausgesprochen: er hätte wissen müssen, daß Ahlwardt mit unserer Partei nicht nur nichts zu thun hat, sondern daß der kleine Versuch, den wir 14 Tage mit ihm machten, indem wir ihn als Hospitant aufnahmen, mit seiner Entfernung sehr bald beendet war. Ahlwardt hat, dem Drange seines Herzens folgend, sich nachher in die Nähe des Herrn Abgeordneten Haußmann gesetzt. (Heiterkeit.)

Wir decken uns auch nicht, wie der Herr Abgeordnete Haußmann betonte, mit dem Fürsten Bismarck, sondern als Fürst Bismarck amtirte, haben wir Worte des Widerspruchs gefunden, wenn wir anderer Meinung waren. Wenn wir jetzt für ihn eintreten, ernten wir dafür nur Beschimpfungen und Schmähungen von der linken Seite des Hauses und ihrer Presse, ohne daß uns sonst ein Vortheil daraus erwachsen könnte.

Endlich hat der Herr Abgeordnete Haußmann etwas, was ich nicht verstehe, von Dimensionen gesprochen, die mich angingen. Seine Lieblingsdimension scheint die vierte zu sein; er ist meistens unsichtbar hier im Hause. (Heiterkeit.)

Abgeordneter Graf v. Bismarck-Schönhausen:

In Bezug auf die persönliche Bemerkung des Herrn Abgeordneten Richter kann ich nur wiederholen, was der Herr Graf v. Mirbach schon für mich zu erklären die Güte hatte, daß mir ein Interview, über welches hier kurz vor Eröffnung der Sitzung in den Hausfluren ein Blatt herumgereicht wurde, vollkommen unbekannt ist, und daß ich es in dieser Form für apokryph halte.

Der letzte oder vorletzte Redner, Herr Haußmann, hat sich persönlich mit mir beschäftigt und hat, soweit ich seine Mundart verstehen konnte, etwas von Amerika und Doppelwährung und Interview gesagt; ich weiß nicht genau, in welchem Zusammenhang, nehme aber daraus Anlaß, zu erklären, daß ich keinerlei Interview mit irgend einem Amerikaner während des Laufes der letzten Jahre gehabt und über Doppelwährung mit keinem Journalisten gesprochen habe. Sollte ich mich geirrt haben, so liegt das an dem mir nicht ganz geläufigen Dialekt des Herrn Haußmann. Ich habe es so verstanden und einige Herren neben mir auch. — Soviel ich mich erinnere, sagte Herr Haußmann: da ich der Interpret eines Briefes des Fürsten Bismarck über Bimetallismus gewesen sei u. s. w. — das ist nicht zutreffend, ich habe, wie gesagt, überhaupt kein Interview gehabt. Einen Herrn, der wider meinen Wunsch und Willen vor etwa 14 Tagen nach Schönhausen kam, habe ich, weil es draußen kalt war, in das Haus eintreten lassen und habe ihm gesagt, ich hätte nicht die Absicht, mich irgendwie über Bimetallismus zu äußern, und ersuchte ihn, mit dem nächsten Zug wieder abzureisen. Diese Begegnung fand vor Zeugen statt.

Herr Haußmann hat ferner die Ansicht ausgesprochen, daß ich heute mich hätte in der Hauptdiscussion zum Wort melden sollen. Dazu hatte ich wohl keinen Anlaß. Erstens fehlte für eine sachliche Diskussion nach den Erklärungen des Herrn Reichskanzlers die Basis, für mich also auch die Veranlassung, denn es hätte keinen Zweck gehabt, wenn ich mich, gerade mit meiner amtlichen Vergangenheit, mit Hypothesen hätte abgeben wollen.

Herrn Haußmanns Ansicht, daß es für mich angemessen gewesen wäre, zu reden, vermag ich nicht zu theilen. Es ist das eine Frage des Tactgefühls, das bei verschiedenen Leuten eben verschieden entwickelt ist. Ich gehe sogar weiter und sage umgekehrt wie Herr Haußmann, daß ich überzeugt bin, er hätte seinem Ansehen mehr genützt, wenn er heute nicht geredet hätte. (Sehr gut! rechts.)

Abgeordneter Dr. Lieber (Montabaur)
(zur persönlichen Bemerkung):

Der Herr Abgeordnete Liebermann v. Sonnenberg hat sich darüber gefreut, daß ich die volle Befriedigung meiner Freunde über die Ehrung des Fürsten Bismarck durch den Herrn Staatssecretär des Auswärtigen

Amts ausgesprochen hätte. Ich bedaure, dem Herrn Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg diese Freude benehmen zu müssen. Ich habe die Punkte, hinsichtlich deren ich unsere Befriedigung auszusprechen in der erfreulichen Lage war, deutlich genannt und ausgeführt. Den Namen des Fürsten Bismarck habe ich aber in meiner ganzen Rede nicht genannt. Ich hätte geglaubt, der ziemlich scharfe Angriff, welchen ich gegen den Herrn Staatssecretär des Auswärtigen Amts gerichtet habe, würde den Herrn Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg vor dem Irrthum haben bewahren können, ich hätte irgend welcher Befriedigung über Ehrungen des Fürsten Bismarck Ausdruck verliehen.

Der Herr Abgeordnete v. Kardorff hat gemeint, in Volksversammlungen spricht mancher ein Wort, welches er nicht verantworten kann. Wenn der Herr Abgeordnete v. Kardorff damit ein Selbstbekenntniß hat machen wollen, so nehme ich das mit Interesse und voll Dankbarkeit entgegen und werde mich gelegentlich ihm gegenüber gern daran erinnern. (Heiterkeit.) Wenn er aber, wie ich bei seiner freundlichen Gesinnung gegen mich beinahe vermuthen muß, die gütige Absicht gehabt hat, damit eine Entschuldigung in Bezug auf mich auszusprechen, so kann ich zwar ihm auch für diese wohlmeinende Absicht danken, die Entschuldigung aber muß ich ganz bestimmt zurückweisen. Ich kann davon keinen Gebrauch machen. (Sehr gut!)

Abgeordneter Haußmann:

Meine Herren, der Herr Graf Bismarck hat alles, was er zu den wichtigen Gegenständen der heutigen Debatte zu sagen wußte, auf eine persönliche Bemerkung beschränkt, die sich gegen meine Person gerichtet hat. Ich habe die Ansicht vertreten und vertrete sie noch, daß offene Angriffe einer Politik würdiger sind als anonyme (lebhafte Zustimmung links), und diese Gesichtspunkte hätten ihn veranlassen müssen, hier das Wort zu ergreifen.

Ueber die Frage des Tacts bin ich nicht im Stande mich mit ihm zu unterhalten; denn ich bin in der That der Ansicht, daß, wenn man auch keine schärferen Angriffe richten will, doch im Punkt des Tacts die Familie Bismarck gegenwärtig nicht auf der Höhe der Situation steht. (Lebhafter Beifall links; große Unruhe rechts.)

Was dann den Herrn Liebermann v. Sonnenberg anlangt, so hat er sich darüber beschwert, daß ich den Abgeordneten Ahlwardt als zu seiner Specialfraction gehörig bezeichnet habe. Das habe ich nicht gethan, denn da es in der antisemitischen Partei sieben Linien giebt wie bei den Fürsten v. Hohenlohe (lebhafte Heiterkeit), so ist man nicht in der Lage, zu wissen, wo der einzelne hingehört. Was ich aussprechen wollte, war nur, daß die Partei des Abgeordneten Liebermann und der Abgeordnete Ahlwardt einander werth sind. (Heiterkeit links.)

Wenn er dann noch den Wunsch hinzugefügt hat, daß ich mich noch häufiger hier sehen lassen soll, so kann ich ihm sagen: wenn der Ton, den er vertritt, noch mehr überhand nimmt, dann werde ich meine Besuche im Reichstag möglichst einschränken. (Heiterkeit und lebhafter Beifall links.)

Abgeordneter Liebermann v. Sonnenberg:

Der Herr Abgeordnete Haußmann hat ein sehr kurzes Gedächtniß. Er hat meine Partei als die Partei Ahlwardt bezeichnet. (Sehr richtig!)

Der Herr Abgeordnete Haußmann ist auch sehr schlecht unterrichtet, wenn er mit unbefangener Miene ausspricht, daß es in unserer Partei sieben Linien gebe wie in der Fürstenfamilie Hohenlohe. Er würde in Schwierigkeiten gerathen, wenn ich ihn nach den Namen dieser Linien fragen wollte. (Heiterkeit.) Er würde zugestehen müssen, daß er die Unwahrheit gesagt hat, weil er es nicht besser versteht. (Unruhe links.)

Zum Schluß will ich ihm bemerken: wenn er noch weniger hier erscheint, so wird der Reichstag dabei keinen Schaden erleiden. Vielleicht verhelfen wir ihm dazu, daß er das nächste Mal überhaupt nicht wieder zu kommen braucht. — (Heiterkeit rechts.)

16. November: Eine vom nationalliberalen Verein in Glauchau einberufene Versammlung reichstreuer Wähler sendet dem Fürsten Bismarck telegraphisch folgende Begrüßung:

> Zahlreich versammelte reichstreue Männer der Stadt Glauchau sprechen ihre Entrüstung über die Ew. Durchlaucht zugefügten unwürdigen Angriffe und Schmähungen aus und bringen in größter Ehrerbietung unvergängliche Dankbarkeit zum Ausdruck.

18. November: Eine Versammlung des liberalen Bürgervereins in Augsburg sendet dem Fürsten Bismarck folgende Begrüßung:

> Eine zahlreich besuchte Versammlung des liberalen Bürgervereins Augsburg schöpft aus den Vorgängen der letzten Wochen und insbesondere aus den in der Montagssitzung des Reichstages gepflogenen Verhandlungen die Veranlassung, Ew. Durchlaucht aufs Neue die Versicherung ihrer unwandelbaren Anhänglichkeit und unauslöschlichen Dankbarkeit darzubringen.

19. November: Der in Berlin tagende Delegirtentag der deutschconservativen Partei begrüßt den Fürsten Bismarck durch ein Huldigungstelegramm.

19. November: Schreiben an Graf Mirbach: Dank für die Rede im Reichstag vom 16. November.

21. November: Die Generalversammlung des nationalliberalen Vereins von Hannover richtet folgendes Telegramm an den Fürsten Bismarck:

> Die gegen Ew. Durchlaucht in einem Theil der deutschen Presse und auch im Reichstag in jüngster Zeit gerichteten Angriffe weisen die Theilnehmer an der Generalversammlung des nationalliberalen Vereins Hannover mit Entrüstung zurück. Sie senden Ew. Durchlaucht, dem starken Begründer und treuen Schirmer des Deutschen Reiches, die Versicherung unverlöschlicher Dankbarkeit und begeisterter Verehrung.

22. November: Mannheimer Bürger bitten den Fürsten Bismarck, gegen die socialdemokratische „Volksstimme“ Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen.

23. November: Die „Bismarck-Nische“ zu Goslar sendet dem Fürsten Bismarck folgenden telegraphischen Gruß:

> Genehmigen Ew. Durchlaucht den Ausdruck unserer unentwegten Liebe und Verehrung; möge der größte Sohn der Mutter Germania uns noch lange erhalten bleiben zum Segen unseres Vaterlandes und zum Trutze der Anfeinder unserer heiligsten Güter. Ein herzliches „Glück auf!“ von den Getreuen des Harzes. In unwandelbarer Begeisterung und Dankbarkeit die Mitglieder der „Bismarck-Nische“ im „Achtermann“ zu Goslar.

25. November: Die Generalversammlung der deutschconservativen Partei der Rheinprovinz zu Moers sendet dem Fürsten Bismarck telegraphisch folgende Huldigung:

> Dem Fürsten Bismarck, Friedrichsruh, bringt die Generalversammlung der Deutschconservativen der Rheinprovinz ehrfurchtsvollsten Gruß und die Versicherung unerschütterlichen Vertrauens, begeisterter Dankbarkeit, sowie herzlicher Liebe dar.

Antwort des Fürsten:

Ich danke verbindlichst für die freundliche Begrüßung der rheinischen Deutschconservativen.

v. Bismarck.

An Frhrn. v. d. Leyen-Moers.

26. November: Schreiben an Herrn Anton Vilmeyer in Mannheim:

Friedrichsruh, den 26. November 1896.

Geehrter Herr! Ihnen und den Herren Mitunterzeichnern des gefälligen Schreibens vom 22. d. Mts. danke

ich verbindlichst für diese freundliche Kundgebung Ihrer wohlwollenden Gesinnungen. Seitdem ich nicht mehr Beamter bin, finde ich aber keine Veranlassung mehr, gegen Angriffe der Presse, auch wenn sie, wie es häufig der Fall ist, den vorliegenden an Heftigkeit übertreffen, den Strafrichter anzurufen.

v. Bismarck.

7. December: Fürst Bismarck erklärt sich bereit, das ihm angebotene Ehrenpräsidium des Comités für die Nationalfeier am 22. März 1897 anzunehmen.

10. December: Schreiben an den Schriftführer des Ausschusses für Errichtung eines Bismarckdenkmals in Zschopau:

Friedrichsruh, den 10. December 1896.

Geehrter Herr, ich bitte Sie, den Freunden, die mir die hohe Ehre erweisen wollen, mir ein Denkmal zu setzen, für diese Auszeichnung meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

v. Bismarck.

? December: Fürst Bismarck überweist die Hälfte der in Mecklenburg gesammelten Bismarckspende dem Friedrich Franz-Hospiz in Groß-Müritz.

23. December: Fürst Bismarck übersendet dem Pfarrer Dr. Schmidt in Sachsenburg bei Sangerhausen die silberne Denkmünze von 1885 mit dem Ausdruck des Dankes für das Buch: Schönhausen und die Familie v. Bismarck.

Früher erschien:

Bismarck-Jahrbuch.

Herausgegeben
von
Horst Kohl.

Erster Band gr. 8°, 33 Bg., brosch. M. 10,—; geb. M. 14,—.
Zweiter Band gr. 8°, 45 Bg., brosch. M. 12,—; geb. M. 16,—.
Dritter Band gr. 8°, 37 Bg., brosch. M. 10,—; geb. M. 14,—.

Inhalt des ersten Bandes:

I. Urkunden und Briefe: darunter, neben einer größeren Zahl von bisher nicht veröffentlichten privaten und politischen Briefen, ein von Bismarck corrigirter orientirender Aufsatz für die Presse des Auslandes über die Ursachen des Preußischen Verfassungsconflicts 1862, die Entlassungsgesuche aus den Jahren 1869 und 1875, eine Denkschrift über die Neuwahlen zum Reichstag 1878, eine Denkschrift über die Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen seit dem Berliner Congreß aus dem Jahre 1879, Briefe des Kaisers Wilhelm I. und anderer Fürsten an Fürst Bismarck, 16 an den Fürsten Bismarck gerichtete Drohbriefe aus den Jahren 1866—1874. — II. Gedichte zu Bismarcks Ruhme, gesammelt aus den Spalten der Kreuzzeitung 1849—1890, Bismarck-Gedichte von E. Walther, Dr. Winchenbach, Aug. Ammann, E. Schwetschke u. a. — III. Chronik vom 17. September 1893 bis 16. September 1894 mit einem Anhang der bemerkenswerthesten Artikel der Hamburger Nachrichten. — IV. Reden und Abhandlungen, darunter: Fürst v. Bismarck im Kulturkampfe I. von Dr. theol. Graue, Herr v. Bismarck-Schönhausen als Mitarbeiter der Kreuzzeitung I. von Dr. Horst Kohl, Ein Bismarck als Dichter von Dr. Schüddekopf. — V. Litteraturbericht.

Inhalt des zweiten Bandes:

I. Urkunden und Briefe: **Bismarcks Probearbeiten zur Referendariatsprüfung:** 1. Ueber die Natur und Zulässigkeit des Eides im Allgemeinen und nach seinen verschiedenen Arten aus dem Gesichtspunkte der philosophischen Rechts- und Tugendlehre, mit Berücksichtigung der Lehre des Christenthums; 2. Ueber Sparsamkeit im Staatshaushalte, ihr Wesen und ihre Erfolge — auch durch geschichtliche Beispiele erläutert. 16 Berichte und Briefe Bismarcks an Minister v. Manteuffel 1854—1858. 13 Briefe Bismarcks an General v. Gerlach 1853 bis 1858. 35 Briefe des Generals v. Gerlach an Bismarck 1855—1858. Schreiben Leopolds v. Ranke an Bismarck 1877. — II. Gedichte: Festdichtung von Emil Walther zum 1. April 1895. — III. Reden und Abhandlungen: Rede des Prof. Dr. W. Oncken am Nationaldenkmal auf dem Niederwald. Graue, Fürst Bismarck im Kulturkampfe II. Busch, Der Gegensatz zwischen König Wilhelm I. und Bismarck vor dessen Eintritt ins Ministerium. Kohl, Kritische Beiträge zu den Reden Bismarcks. — IV. Chronik vom 17. September 1894 bis 16. September 1895. Darin außer Adressen, Ehrenbürgerbriefen und Ehrendiplomen die bei den großen Empfängen dieses Jahres gehaltenen **Ansprachen** und Fürst Bismarcks **Erwiderungsreden im authentischen Wortlaut.**

Inhalt des dritten Bandes:

I. Urkunden und Briefe: darunter, neben einer größeren Zahl von bisher nicht veröffentlichten privaten und politischen Briefen, vier Briefe Bismarcks an den A.-G.-Präsidenten L. v. Gerlach 1846—53, sieben Briefe des A.-G.-Präsidenten L. v. Gerlach an Bismarck, Schreiben Waldersees an Bismarck und Bismarcks Antwort 1856, siebenundzwanzig Briefe Ottos v. Manteuffel an Bismarck 1855—58, 1870, ein Brief des Erzbischofs Ledochowski an Bismarck und Bismarcks Antwort 1866, zwanzig Briefe Albrechts v. Roon an Bismarck 1852—74, 1878, achtunddreißig Briefe Bismarcks an Roon 1857—73. — II. Reden, Vorträge und Abhandlungen: darunter zwei Erlasse des großen Kurfürsten zu Gunsten Derer v. Bismarck-Schönhausen 1665, Bismarck und die Dichtkunst I. von Dr. E. Schwetschke, Herr v. Bismarck-Schönhausen als Mitarbeiter der Kreuzzeitung II. von Dr. H. Kohl, die Emser Depesche von Rathlef. — III. Chronik vom 17. September 1895 bis 16. September 1896, fünfzig Artikel der Hamburger Nachrichten.

In den gleichen Verlag sind übergegangen:

Bismarcks Briefe

an den

General Leopold v. Gerlach.

Mit Genehmigung

Sr. Durchlaucht des Fürsten Bismarck

neu herausgegeben

von

Horst Kohl.

Gr. 8°, 26 Bogen, broch. M. 6.—; gebunden M. 9.—.

Druck von Hugo Wilisch in Chemnitz.





